

Dissertation
zur Erlangung des akademischen
Grades Doktor der Ingenieurwissenschaften (Dr.-Ing.)

POTENZIALE FÜR DIE RÄUMLICHE PLANUNG BEI BETEILIGUNGSPROZESSEN VON JUGENDLICHEN MITTELS DIGITALER MEDIEN



**EINE KRITISCHE REFLEXION EINES ONLINE- UND OFFLINE-BETEILIGUNGSPROZESSES
VON JUGENDLICHEN**

vorgelegt von: Dipl.-Ing. Bauass. Alexandra Bradtke (geb. Terhorst)

Gutachter: Prof. Dr. Karsten Zimmermann, Technische Universität Dortmund

Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Bergische Universität Wuppertal

Prüfer: Prof. Dr. Stefan Siedentop, Technische Universität Dortmund

Dortmund, Januar 2021

Titelbild: Eigene Darstellung in Anlehnung an <https://zukunftsbermachen.org/2018/01/31/umwelt-jugendstudie-neue-wege-der-jugendbeteiligung/>

Bei dem Thema *gendergerechtes Schreiben* gibt es kein Richtig und Falsch, jedoch verschiedene Ansichten und Positionen. Im Rahmen dieser Arbeit entschied sich die Verfasserin ohne eine jegliche Wertung aus Gründen der besseren Lesbarkeit für die Verwendung des generischen Maskulinums. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten sind ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist. Bei Begrifflichkeiten, bei denen es möglich war, wurde ein geschlechtsneutraler Begriff bevorzugt.

Eidesstattliche Versicherung

Hiermit versichere ich, Alexandra Bradtke, dass ich die Dissertation selbstständig angefertigt und alle in Anspruch genommenen Quellen und Hilfsmittel in der Dissertation vermerkt habe.

Die Dissertation wurde in keiner Fassung an der Technischen Universität Dortmund oder an einer anderen Hochschule im Zusammenhang mit einer staatlichen oder akademischen Prüfung bereits vorgelegt.

Ort, Datum

Unterschrift

Danksagung

Ich versichere, diese Forschung eigenständig betrieben und die Dissertation vollständig alleine verfasst zu haben. Doch diesen Prozess habe ich nicht ohne Unterstützer zurückgelegt, bei denen ich mich an dieser Stelle bedanken möchte. Ein Dankeschön, das aus tiefstem Herzen kommt.

Ein besonderer Dank gebührt meinem Doktorvater Prof. Dr. Karsten Zimmermann von der TU Dortmund, der mir in meiner Forschungsarbeit viel freie Hand ließ und bei Fragen und Problemen jederzeit mit seiner mannigfachen Ideengebung Unterstützung bot. Ebenso danke ich meinem Zweitgutachter Prof. Dr. Hans J. Lietzmann von der Bergischen Universität Wuppertal für seine konstruktiven Anregungen, die mich nicht in meinem Forschungs- und Schreibprozess einschränkten, sondern beflügelten, diverse Sichtweisen der Thematik zu betrachten.

Dem ILS Dortmund, durch das ich zu diesem Forschungsprojekt gekommen bin, gilt desgleichen mein Dankgefühl. Vor allem meinen Kollegen der FG-M, den Mitstreitern im Doktorandenkolloquium und besonders meiner Mentorin Dr. Angelika Münter sowie meiner lieben Büro-Kollegin Anna-Lena van der Vlugt möchte ich herzlich Danke sagen. Beide standen mir auf verschiedene Art und Weise jederzeit hilfreich zur Seite. Dank gilt auch meinen beiden Studienkolleginnen Samaneh Naseri und Elisabete Lopes, die sich viel Zeit bei der kritischen Betrachtung meiner Arbeit nahmen und mir zahlreiche Hinweise gaben.

Natürlich bedanke ich mich auch bei den Experten, die mir trotz ihrer vollen Terminkalender für die Interviews zur Verfügung standen und darüber hinaus zahlreiche Anregungen beitrugen. Auch Kristina Zimmermann gebührt mein Dank, die mit ihren Augen Buchstabendreher und Grammatikfauxpas fand, die ich auch nach zahlreichen Durchsichten noch übersah.

Erkenntlich zeigen möchte ich mich vornehmlich bei meinen Eltern für die uneingeschränkte, liebevolle, vielseitige Unterstützung bei der Anfertigung. Auch meinem Bruder Dr. Stephan Terhorst danke ich für die intensiven Diskussionen über die unterschiedlichen (politischen) Sichtweisen von Öffentlichkeitsbeteiligung. Zu guter Letzt danke ich meinem Mann Michael, der mir das Chaos im Arbeitszimmer und die Zeit ließ, meine Arbeit (tagsüber, nachts, am Wochenende und an Feiertagen) in Ruhe zu verfassen, der mich trotz meines Zeitmangels, meiner Launen und meiner durchstrukturierten Tage, noch kurz vor dem Finalisieren der Dissertation heiratete.

Inhaltsverzeichnis

I. Abbildungsverzeichnis.....	X
II. Tabellenverzeichnis.....	XII
III. Abkürzungsverzeichnis.....	XIII
IV. Zusammenfassung.....	XIV
V. Abstract.....	XVIII

1. Einleitung 1

2. Zielsetzung und Forschungsfrage 5

2.1. Forschungskontext UrbanRural SOLUTIONS.....	5
2.2 Das Forschungsvorgehen.....	8
2.3 Forschungsfrage und Hypothesen.....	10

3. Öffentlichkeitsbeteiligung als Gegenstand der Untersuchung 14

3.1 Bestimmung des Beteiligungsbegriffs und rechtliche Grundlagen.....	15
3.1.1 Beteiligung als Sockel der Demokratie.....	15
3.1.2 Begriffsbestimmung.....	17
3.1.3 Rechtliche Grundlagen.....	19
3.2 Öffentlichkeitsbeteiligung im aktuellen Forschungskontext.....	21
3.3 Theoretische Grundlagen der Öffentlichkeitsbeteiligung.....	27
3.3.2 Voraussetzungen.....	31
3.3.3 Beteiligungsstufen.....	37
3.3.4 Akteure der Öffentlichkeitsbeteiligung.....	41
3.3.4.1 Beteiligt, betroffen oder beteiligend – die verschiedenen Akteure einer Öffentlichkeitsbeteiligung.....	41
3.3.4.2 Zielgruppenbestimmung: Es gibt keine homogene Gruppe.....	44
3.4 Umfassender Blick auf Öffentlichkeitsbeteiligung.....	46
3.4.1 Öffentlichkeitsbeteiligung im internationalen und europäischen Kontext.....	47
3.4.2 Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland.....	50
3.4.3 Das dt. Ebenensystem in der Beteiligung mit der Formellen und Informellen Beteiligung.....	53
3.5 Chancen und Grenzen von Öffentlichkeitsbeteiligung.....	55
3.5.1 Chancen.....	56
3.5.2 Grenzen.....	58

3.6 Zwischenfazit	64
4. Kinder- und Jugendbeteiligung	67
4.1 Kinder und Jugendliche sind keine jungen Erwachsenen	68
4.1.1 Spezifika in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	68
4.1.2 Akteure für Kinder- und Jugendbeteiligung	76
4.1.3 Beteiligungsformen	79
4.2 Die jungen Verwandten der Öffentlichkeitsbeteiligung	82
4.2.1 Rahmenbedingungen	82
4.2.2 Rechtliche Grundlagen	84
4.2.2.1 Internationale Gesetzesgrundlagen	84
4.2.2.2 Deutsche Gesetzesgrundlagen.....	86
4.2.3 Entwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland	90
4.3 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im internationalen Vergleich	93
4.3.1 Beteiligung außerhalb Europas	93
4.3.2 Beteiligung innerhalb Europas	96
4.4 Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	99
4.4.1 Chancen nutzen	102
4.4.2 Grenzen der Beteiligung	107
4.5 Zwischenfazit	111
5. E-Partizipation	113
5.1 Ein indirekt demokratisches Element der E-Democracy.....	113
5.1.1 Digitale Medien	114
5.1.2 Das E in der E-Beteiligung.....	117
5.1.2.1 Kinder und Jugendliche im Alltag mit digitale Medien	121
5.1.2.2 Soziale Medien: Entwicklung von Facebook, Twitter und Co.	126
5.2 Voraussetzungen für E-Partizipation	129
5.2.1 Rechtliche Voraussetzungen	129
5.2.2 Der Zyklus eines Online-Beteiligungsverfahrens und technische Voraussetzungen	131
5.3 Chancen und Grenzen der E-Partizipation.....	135
5.3.1. Chancen der E-Partizipation	135
5.3.2 Grenzen der E-Partizipation	138
5.4 Zwischenfazit	145

6. Das Forschungsdesign	147
6.1 Die empirische Grundlage	147
6.2 Der Mixed-Method-Ansatz als Untersuchungsmethode	151
6.2.1 Literaturanalyse als Basis der Forschung.....	152
6.2.2 Kombination qualitativer und quantitativer Forschung	154
6.3 Rahmenbedingungen der Forschung.....	157
6.3.1 Zielgruppendefinition	157
6.3.2 Untersuchungsraum der Fallstudie: Göttingen Osterode a. H.	161
6.4 Experteninterviews.....	164
6.4.1 Qualitative Experteninterviews	164
6.4.2 Expertenauswahl	166
6.4.3 Interviewleitfaden	168
6.4.4 Pre-Test und Durchführung.....	170
6.4.5 Interviewauswertung	171
6.5 Die Online-Plattform: My-Goettingen-Osterode.de.....	176
6.5.1 Grundgesamtheit, Stichprobe und Repräsentativität der Zielgruppe	177
6.5.2 Konzipierung, Umsetzung und Verbreitung der Plattform.....	179
6.5.3 Probleme bei der Gewinnung von Beteiligten	182
6.5.3.1 Gründe für die geringen Beteiligungszahlen.....	182
6.5.3.2 Maßnahmen zur Steigerung der Beteiligungszahlen	187
6.5.4 Planung und Erstellung des Fragebogens.....	190
6.5.5 Die Plattform-Evaluation	191
6.6 Offline-Workshops als Ergänzung zur Online-Beteiligung	195
6.6.1 Erste Vor-Ort-Beteiligung mit dem Mini-Workshop.....	197
6.6.2 Der erste Workshop	198
6.6.3 Der zweite Workshop	200
6.7 Die Offline-Befragung an Schulen.....	200
6.8 Zwischenfazit	203
7. Überprüfung der Hypothesen	206
7.1 Überprüfung Hypothese 1: Zeit und Interesse fehlen für eine Beteiligung.....	206
7.2 Überprüfung Hypothese 2: Ohne Information keine Beteiligung.....	216
7.3 Überprüfung Hypothese 3: Wechselhaftigkeit und geringer Nutzen beeinträchtigen Ergebnisse	219
7.4 Überprüfung Hypothese 4: Ohne Technik und digitale Medien keine Beteiligung	223
7.5 Überprüfung Hypothese 5: Erwachsene haben Angst vor Jugendlichen.....	235
7.6 Zwischenfazit	239

8. FAZIT	243
8.1 Diskussion der Beobachtungen der bisherigen Forschung in Bezug auf die vorliegende Untersuchung	244
8.2 Beantwortung der Forschungsfrage	248
8.3 Reflexion der Hypothesen	250
8.4 Der wissenschaftliche Mehrwert des Beteiligungsprozesses in Göttingen Osterode a. H. und Handlungsempfehlungen für die Praxis.....	256
9. Anhang.....	264
10. Literaturverzeichnis	266

I. ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Verbindung des UR-Forschungsprojekts mit der vorliegenden Forschungsarbeit	7
Abbildung 2: Aufbau und Vorgehensweise der Forschungsarbeit	8
Abbildung 3: Partizipation in der Beteiligung	18
Abbildung 4: Funktionen und Voraussetzungen für Öffentlichkeitsbeteiligung	28
Abbildung 5: Fünfstufige Beteiligungspyramide	38
Abbildung 6: Akteure in Beteiligungsprozessen.....	42
Abbildung 7: Prozessschritte einer Jugendbeteiligung	71
Abbildung 8: Assoziationen zu dem Begriff <i>Jugendliche</i>	73
Abbildung 9: Zentrale Akteure von Kinder- und Jugendbeteiligungen	77
Abbildung 10: Formen für eine repräsentative, offene und projektorientierte Kinder- und Jugendbeteiligung	80
Abbildung 11: Beispiele von Beteiligungsmethoden	81
Abbildung 12: Ladder of children’s participation.....	99
Abbildung 13: Engagementsstufen von Online-Beteiligungen	120
Abbildung 14: Gerätebesitz von Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren von 1998 bis 2018	122
Abbildung 15: Wege der Internetnutzung 2018 in den letzten 14 Tagen über unterschiedliche Zugänge	123
Abbildung 16: Entwicklung der täglichen Onlinenutzung von 2006 bis 2018.....	124
Abbildung 17: Medienbeschäftigung in der Freizeit 2018	125
Abbildung 18: Beteiligungszyklus im UR-Projekt	131
Abbildung 19: Verbindung aus Empirie und Grundlagenanalyse.....	148
Abbildung 20: Zeitlicher Methodenablauf der empirischen Bestandteile	150
Abbildung 21: Fokusregion Göttingen	161
Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklungsprognose in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. von 2013 bis 2025	162
Abbildung 23: Prognostizierte Veränderung der Altersgruppen im Planungsraum Göttingen zwischen 2008 und 2025	163
Abbildung 24: Schematische Ansicht des Interviewleitfadens	169
Abbildung 25: Ablauf der durchgeführten Analyse mittels Grounded Theory	174
Abbildung 26: Die Verzahnung beim Methodenmix des vorliegenden Forschungsprojekts	176
Abbildung 27: Stichprobe, Grundgesamtheit und Element	178
Abbildung 28: Überblick über die Module der Online-Plattform <i>My-Goettingen-Osterode.de</i>	180
Abbildung 29: Breitbandverfügbarkeit in der Fokusregion.....	183
Abbildung 30: Twitter-Seite der Jugendbeteiligung.....	188
Abbildung 31: Stränge der Evaluations-Befragung	194
Abbildung 32: Prototypen und Konzepte des Workshops	199
Abbildung 33: Häufigkeit der Beteiligung auf der Plattform.....	210
Abbildung 34: Hobbies der Jugendlichen.....	212

Abbildung 35: Möglichkeiten an öffentlichen Freizeitorten Orten mitentscheiden zu können	213
Abbildung 36: Abstimmung zur Aussage: „Wenn ich mehr Informationen zu der Online-Plattform erhalten hätte, hätte ich auch mitgemacht.“	217
Abbildung 37: Abstimmung zur Aussage: „Mir hat das Design gut gefallen.“	222
Abbildung 38: Medien für den Internetgang	225
Abbildung 39: Nutzung des Smartphones für...	226
Abbildung 40: Abstimmung zur Aussage: „Ich wünsche mir, dass es noch mehr solcher Beteiligungsplattformen gibt, damit sich die Jugendlichen äußern können.“	227
Abbildung 41: Abstimmung zur Aussage: „ANSTELLE einer Online-Plattform wäre mir eine andere Art der Beteiligung lieber (z. B. Workshop oder Schülerrat)“	228
Abbildung 42: Abstimmung zur Aussage: „ERGÄNZEND zu einer Online-Plattform fände ich andere Arten der Beteiligung gut“	229
Abbildung 43: Abstimmung zur Aussage: „Ich wünsche mir, dass es nach der Online-Plattform noch weiter geht mit der Beteiligung Jugendlicher“	229
Abbildung 44: Abstimmung zur Aussage: „Ich würde bei gar keiner Beteiligung noch mal mitmachen.“	231
Abbildung 45: Beteiligungsformate, bei denen Jugendliche mitmachen würden	232
Abbildung 46: Wünsche der Jugendlichen der Beteiligung	235
Abbildung 47: Abstimmung zur Aussage: „Durch meine Teilnahme fühle ich mich ernst genommen.“	239

II. TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Formelle und informelle Beteiligungsinstrumente der Raumplanung	54
Tabelle 2: Gründe von Jugendlichen für eine Beteiligung.....	70
Tabelle 3: Diskussionsstränge über die Bedeutung und den Wandel von Jugendbeteiligung.....	94
Tabelle 4: Chancen und Risiken von Kinder- und Jugendbeteiligung.....	102
Tabelle 5: Austauscharten von Beteiligung im Internet.....	119
Tabelle 6: Fragen zur Bestimmung der Zielgruppe und Antworten aus dem Beteiligungsprozess in Göttingen Osterode a. H.	160
Tabelle 7: Experten für das Interview	168
Tabelle 8: Nutzerzahlen der Online-Plattform.....	182
Tabelle 9: Themenschwerpunkte des Fragebogens.....	191
Tabelle 10: Alter der Evaluationsteilnehmenden.....	193
Tabelle 11: Frageblöcke des Fragebogens der Online-Plattform-Evaluation.....	193
Tabelle 12: Motivation zur Beteiligung auf der Online-Plattform.....	208
Tabelle 13: Nutzung /Nichtnutzung der Plattform	210
Tabelle 14: Gründe für die Nichtbeteiligung auf der Plattform	211
Tabelle 15: Gründe für das Smartphone als Störfaktor	221
Tabelle 16: Wohnortentfernung der Befragten gemessen vom Wohnort nach Göttingen.....	226
Tabelle 17: Schulformen beteiligter Jugendlicher.....	227
Tabelle 18: Evaluationsergebnisse Workshop Teil 1.....	233
Tabelle 19: Evaluationsergebnisse Workshop Teil 2.....	234
Tabelle 20: Erfahrungen aus der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H.....	262

III. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AGB = Allgemeinen Geschäftsbedingungen

AWO = Arbeiterwohlfahrt

BauGB = Baugesetzbuch

Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung = BITV

BDSG = Bundesdatenschutzgesetz

BGB = Bürgerliches Gesetzbuch

BGG = Behindertengleichstellungsgesetz

BMBF = Bundesministerium für Bildung und Forschung

EIPP = European Institute for Public Participation

EU = Europäische Union

EU-DSGVO = Europäische Datenschutzgrundverordnung

GemO = Gemeindeordnung

F+E = Forschung und Entwicklung

FiFo = Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

GG = Grundgesetz

IKT = Informations- und Kommunikationstechnologie

ILS = Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

JGG = Jugendgerichtsgesetz

K. A. = Keine Angabe

KJHG = Kinder- und Jugendhilfegesetz

NGO = Non-Profit-Organisationen = Nichtregierungsorganisation

NRW = Nordrhein-Westfalen

O. A. = Ohne Angabe

O. J. = Ohne Jahresangabe

ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr

SGB = Sozialgesetzbuch

UN = United Nations = Vereinte Nationen

UR = UrbanRural SOLUTIONS

ZVSN = Zweckverband Südniedersachsen

IV. ZUSAMMENFASSUNG

Die Kindheit und Jugendzeit gilt als prägender Lebensabschnitt mit persönlichen Herausforderungen, bedingt durch die Entwicklung zum Heranwachsenden. Kinder und Jugendliche befinden sich in einer Wachstums- und Lernphase, nehmen in der öffentlichen Stadt- und Regionalplanung, vor allem in Anbetracht sozialräumlicher und infrastruktureller Gegebenheiten, teilweise vordringliche gesellschaftliche Rollen ein: Ziehen sie aus ländlichen Gemeinden weg, können soziale und technische Gemeinschaftseinrichtungen wie der ÖPNV, kulturelle Einrichtungen, Schulen etc. kaum aufrechterhalten werden. Es ist das Ziel vieler kommunaler und regionaler Verwaltungen, dort wohnende Jugendliche am Abwandern in größere Städte im frühen Erwachsenenalter zu hindern, beziehungsweise sie zum Rückkehren zu bewegen sowie neue Familien anzuziehen. Ein Verhindern der Abwanderung respektive eine Motivation zum Rückkehren zu schaffen ist möglich, wenn Jugendliche zu ihrer Heimat eine so große Verbindung aufbauen, dass sie dort bleiben oder zurückkommen möchten, falls sie nach ihrem Schulabschluss zu Ausbildungs- oder Studienzwecken ihren Wohnort verlassen. Ein einflussreicher Faktor für eine positive Einstellung ist das Erleben einer angenehmen Jugendzeit in der Heimatgemeinde, wofür es unter anderem unerlässlich ist, dass Gemeindeverwaltungen Kinder und Jugendliche in öffentliche Planungsprozesse einbeziehen. Können sie beispielsweise über die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen, Jugendräumen oder bei der Tarifgestaltung des ÖPNV mitbestimmen, fühlen sie sich als ein essenzieller Part der Gemeinde.

Die folgende Untersuchung zeigt, dass Vorteile von Kinder- und Jugendbeteiligungen ihrerseits und auf Seiten öffentlicher Akteure bestehen. Kinder und Jugendliche erweisen sich als Experten für *ihre* Themen, denn sie kennen Trends und aktuelle Begebenheiten, die ihre Altersklassen bewegen. Aussagen von Experten werden durch diese Arbeit in dem Punkt bestätigt, dass wenn Kinder und Jugendliche ihre Heimat mitgestalten, sie Planungen der öffentlichen Hand vermehrt annehmen. Durch Kinder- und Jugendbeteiligungen lassen sich Verdrängungseffekte verhindern, die entstehen, wenn Jugendliche öffentliche Räume in Anspruch nehmen, die desgleichen andere Bevölkerungsgruppen für sich fordern. Konfliktpunkte sind beispielsweise Sitzbänke auf Marktplätzen, die Jugendliche für sich beanspruchen, während ebenfalls Senioren diese Bänke nutzen möchten. Solche Verdrängungen bestehen in zwei Richtungen: Entweder verdrängen Jugendliche ältere Mitmenschen oder jene verdrängen die Jugendlichen. Es ist für öffentliche Akteure nicht gängig, Jugendliche in ihre Planungen einzubeziehen und sie an öffentlichen Prozessentwicklungen und -lösungen teilhaben zu lassen. Gründe seitens beteiligender Gemeinden, die von Kinder- und Jugendbeteiligungen abhalten sind begrenzte finanzielle, personelle und

zeitliche Ressourcen, Einbußen von Gestaltungsspielräumen, negative Erfahrungen und Vorurteile gegenüber Kindern und Jugendlichen, ein gefühlter Machtverlust sowie Unsicherheiten oder sogar Ängste vor den Beteiligten.

Die Menschen leben in einem digitalen Zeitalter, jüngere Generationen sind in der Nutzung digitaler Medien äußerst aktiv und diese Medien bieten wiederum eine große Stärke, jene zu erreichen und zu beteiligen. Die vorliegende Arbeit setzt sich mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unter dem Aspekt digitaler Medien anhand eines konkreten Fallbeispiels auseinander. Der Anlass der Untersuchung resultiert aus einem Forschungsauftrag aus der Raumplanung, an dem die Verfasserin dieser Arbeit mitarbeitete, der die Aktualität und Brisanz des Themas unterstreicht: Im Zuge des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Forschungsprojektes *UrbanRural SOLUTIONS - Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement* wurde ein mehrmonatiger Beteiligungsprozess von Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren in Göttingen Osterode am Harz zum Thema *Erreichbarkeiten von Freizeitorten und -gestaltung in der Region* durchgeführt. Er bestand aus einer Online-Plattform, drei regionalen Workshops sowie Offline-Befragungen an drei weiterführenden Schulen in der Stadt Göttingen. Mit diesen Beteiligungen wurden Fragen beantwortet, die für die inhaltliche Ausarbeitung des UR-Projekts relevant waren: Fragen zu Erfahrungen in Beteiligungsverläufen, zur Erreichbarkeit und Zufriedenheit von Freizeitorten, Vorschläge zu Änderungswünschen etc. Darüber hinaus wurde die Beteiligung für das Erreichen des Untersuchungsziels der vorliegenden Arbeit genutzt, um bestimmende Faktoren der Kinder- und Jugendbeteiligung aufzuzeigen, beispielsweise aus welchen Gründen Kinder und Jugendliche sich beteiligen beziehungsweise welche Aspekte sie von einer Beteiligung abhalten oder ob Online- respektive Offline- Beteiligung zielführender ist.

Während im theoretischen Teil dieser Arbeit noch Kinder und Jugendliche Untersuchungsgegenstand sind, fokussiert sich die empirische Erforschung unter anderem aus Gründen des Datenschutzes nur auf Jugendliche. Ein wesentlicher Aspekt ist die Beantwortung der Forschungsfrage: ***Inwiefern trägt der Einsatz digitaler Medien bei Jugendlichen zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bei?***

Die vorliegende Arbeit umfasst eine Beschreibung und Herleitung der Zielsetzung und Forschungsfrage, thematisiert Öffentlichkeitsbeteiligung, ehe sie konkret auf Kinder- und Jugendbeteiligung eingeht. Des Weiteren werden unterschiedliche Aspekte, Chancen und Grenzen von E-Partizipation erläutert, bevor der empirische Teil der Arbeit beginnt. Als eine der Grundlagen dieser Untersuchung dient eine Literaturanalyse hinsichtlich *Öffentlichkeits-* und *Jugendbeteili-*

gung sowie *E-Partizipation*. Obgleich in der Praxis Beispiele für Jugendbeteiligung mittels Online-Beteiligungsmethoden im Vergleich mit Offlinemethoden vorhanden sind, wurde darüber nur wenig evaluiert und publiziert. Ein wichtiger Bestandteil des Forschungsdesigns sind zwölf qualitative Telefon-Interviews mit Experten aus Kinder- und Jugendbeteiligungswissenschaften und der Beteiligungspraxis. Neben qualitativen werden auch quantitative Forschungsmethoden angewendet. So sind weitere empirische Bestandteile der Arbeit eine überwiegend quantitative Online-Umfrage sowie eine quantitativ durchgeführte Evaluation der Online-Plattform durch die beteiligten Jugendlichen.

Ergänzt wird die Empirie durch eine Evaluation der in der Fokusregion durchgeführten Workshops, bei der ebenfalls gemeinhin quantitative Fragebögen eingesetzt wurden. Die anwendungsorientierte Forschung bezieht Wissenschaftler, Beteiligungspraktiker und Zielgruppe aktiv in die Untersuchung ein, da letztere nicht nur Fragebögen beantworteten, sondern auch Problemlösungen entwickelten. Die Arbeit schließt mit der Auswertung der Empirie ab, um

- die Forschungsfrage zu beantworten,
- den Beteiligungsprozess in der Fokusregion zu reflektieren sowie
- Handlungsempfehlungen für zukünftige Jugendbeteiligungen zu formulieren.

Damit soll sowohl ein wesentlicher Beitrag für die Raumplanungswissenschaft geleistet werden, als auch eine anwendungsorientierte Forschung für öffentliche Verwaltungen und Planungspraxis erfolgen.

Ein Ergebnis dieser Arbeit ist, dass Jugendliche in Anbetracht ihrer unterschiedlichen geistigen Entwicklung beschwerlich für Beteiligungsabläufe einzuschätzen sind. Das erschwert es vorrangig zu Beginn einer Beteiligung, an die Beteiligungszielgruppe heranzutreten und beeinflusst den Einsatz digitaler Medien in der Beteiligung. Denn die ungleichen jugendlichen Altersstufen haben verschiedene Vorlieben in der Mediennutzung. Sie benötigen einen Bezug zum Beteiligungsthema, andernfalls nehmen sie von einem Beteiligungsangebot Abstand. Ebenso beteiligen sie sich nicht, wenn sie mangelhaft über den Beteiligungsprozess informiert werden und sich nicht ernstgenommen fühlen. In ländlichen Räumen, ähnlich der Fokusregion, in denen Erreichbarkeitsdefizite bestehen, kann es zielführender sein, vermehrt durch Online-Formate zu beteiligen, als Offline-Veranstaltungen durchzuführen. Es bekundete sich jedoch, dass es für einen Erstkontakt unerlässlich ist, mittels Offline-Format an Jugendliche heranzutreten, ihnen zu vermitteln, worum es sich bei der Beteiligung handelt, was sie bewirken können und worin ihr Vorteil liegt, ehe mit Online-Formaten ergänzend beteiligt wird. Online- und Offline-Beteiligungen gehören, soweit möglich, fortwährend zusammen.

V. ABSTRACT

Childhood and adolescence are considered to be a formative period of life with specific challenges and are groundbreaking due to the development to adulthood, prerequisites for the future are laid at this age. Children and adolescents are in a phase of growth and learning, but in spatial and social structures of public urban and regional planning, they sometimes assume socially relevant roles that are crucial: Primarily in rural areas, adolescents are important users of public infrastructures and services of general interest like health care, public transport or child care. If they move away, social and technical community facilities can hardly be maintained, like public transport, cultural institutions or schools. The aim of many local and regional administrations is to prevent the young people living there from migrating to larger cities in their early adulthood, or to encourage them to return later. Another aim of many municipalities is to be attractive for young families. If young people leave their home town after school for higher education or studies and want to return later, they should have built up a strong connection to their home town. One influence factor in this positive attitude is the experience of a pleasant youth time in the community. To achieve this, it is essential, that the local authority values the children and young people so that they can get involved. If they are involved in planning processes and have a say in the construction of playgrounds and sports fields, youth areas or in the pricing of public transport, for example, they feel that they are an essential part of the community, which is addressed by those involved.

Available research shows that there are advantages of child and youth participation on the side of the youth and on the side of public actors. Young people are experts in child- and youth-related topics, because they know trends and current affairs that affect their age groups. In case they plan and participate in the design of their home country, they increasingly accept the plans of the public authorities. Previous studies are confirmed by this work because through their involvement in public planning children's and young people's experiences change and adults learn about the ideas, visions and needs of young people. Through participation, they can influence public planning in a positive way. In addition, displacement effects can be prevented. They arise when young people take up public spaces for themselves, which are claimed by other population groups. Common examples are benches that young people use because they do not have any other public space for themselves. At the same time, the elderly complain that they cannot use these benches now. There are displacements in both directions: young people often displace the older people or the municipalities' elderly displace the young ones.

It is still uncommon for public actors to involve young people in their planning and in process solutions in public planning. The reasons of the participating municipalities for not involving young people include limited financial, personnel and time resources and perceived loss of power, as well as insecurity or even fear of the adolescents. In addition, negative experiences and prejudices against child and youth participation as well as a lack of expertise in this field prevent child and youth participation.

People live in a digital age that means in a period of time characterized by digital information and communication technologies, especially social media. The younger generations are extremely active in using social media and these media offer a great power in reaching and involving young people. This thesis deals with the participation of children and young people from the perspective of digital media on the basis of a concrete case study. The research results from a concrete project, on which the author of this paper has collaborated, that underlines key topics of my research focus: as part of the project *UrbanRural SOLUTIONS - Innovation Groups for Sustainable Land Management*, funded by the Federal Ministry of Education and Research, a participation process of young people aged 15 to 19 years was carried out over several months in the region of Göttingen Osterode in the Harz Mountains. This participation process consisted of an online platform, three local workshops and offline surveys at three secondary schools in Göttingen. The topics of the participation were accessibility and leisure activities in the region. On the one hand, findings from these participation processes were used to answer questions relevant to the content of the original project. For example, questions were asked on experience in participation processes, the accessibility and satisfaction of recreational places in the region. On the other hand, participation is used to achieve the research objective of this study in order to identify the determining factors of child and youth participation. Some examples illustrate the reasons why young people participate, which aspects prevent or motivate them from/to participate, which format (whether online or offline participation) is appropriate and which topics of participation interest young people. While children and young people are still considered in theory, the empirical study focuses on young people for reasons of data protection. The key objective is to answer the research question: ***To what extent does the use of digital media among young people contribute to participation in participatory processes?***

The work includes the description and the derivation of the objective and the research question, comprehensively discusses *public participation* before going into detail on *child and youth participation*. Furthermore, various aspects, opportunities and problems of eParticipation are explained first before starting the empirical part of the work. One of the foundations of this study

is a comprehensive literature analysis which examines public participation, youth participation and eParticipation from various perspectives. Although in practice there are examples of youth participation by means of online participation methods compared to offline methods, little has been evaluated and published in eParticipation and youth. Further essential steps in the development of the research design are qualitative telephone interviews with experts from science and participation practice. In addition to qualitative research methods, quantitative research methods were also applied. For example, the online platform included questionnaires with mainly quantitative questions. The young people involved evaluated the online platform by means of mainly quantitative questionnaires. The empirical evidence is supplemented by the evaluation of the workshops conducted in the focus region of Göttingen Osterode, in which quantitative questionnaires were also used. Application-oriented research actively involves scientists, participation practitioners and the target group in the investigation; this means that they did not only serve to answer questionnaires, but also to develop problem solutions. The thesis ends with the evaluation of the empirical data, which serves to answer the research question, to reflect on the participation process in the focus region and to formulate recommendations for future youth participation. This is intended both to make a significant contribution to science and to provide application-oriented research for public administration and planning practice. For this reason, not only analyses but also concrete references to the participation practice of children and young people should be established.

One result of the research process is that young people are difficult to assess for participation processes due to their different mental development. This makes it more difficult to address the target group of the participation, especially at the beginning of participation process in the focus region and influences the use of digital media in participation. This is because the different age groups of young people have different preferences in media use. In rural areas, similar to the focus region, where there are major accessibility deficits, it can be assumed that it might be more purposeful to increase participation through online formats than to conduct offline events. However, it was stated that it is essential for initial contact to approach young people through an offline format and communicate what participation is about, what they can achieve and where their benefits lie. Young people need to have a strong personal reference to the participation issue in order to be active participants; otherwise they will refrain from participating. Similarly, they will not participate if they do not receive sufficient information about the participation process and if they feel they are not taken seriously. It is precisely these aspects that young people need to be made aware of, online and offline participation are both appropriate. These two formats should be used in combination only and not separately or independently.

1. EINLEITUNG

Die demografische Entwicklung verändert die Gesellschaft tiefgreifend (vgl. BMFSFJ 1 o.J.). Die sinkende Zahl jüngerer Menschen und die gleichzeitig steigende Zahl älterer verschieben den demografischen Rahmen, gleichwohl Deutschland in den letzten Jahren eine auffallende Zuwanderung vor allem junger Menschen erlebt. Nach einem langjährigen Rückgang steigt seit 2012 die Geburtenrate je nach Jahr unterschiedlich stark an (vgl. Statistisches Bundesamt 1 2020). Die Zukunft vor allem ländlicher Räume in Deutschland wird von den dort lebenden Jugendlichen bestimmt. Vor dem Hintergrund von realen, prognostizierten oder befürchteten Abwanderungen junger Menschen aus ländlichen Räumen (vgl. Becker; Moser 2013: S. 1), unabhängig von bestehenden oder erwarteten Bevölkerungszuwanderungen untersucht die vorliegende Studie einen Beteiligungsprozess von Jugendlichen in der Region Göttingen Osterode am Harz unter gegenwärtigen Bedingungen. Beteiligung, wie sie in der Fokusregion betrachtet wird, hat eine wichtige Bedeutung. Eine Demokratie lebt von ihrer Bevölkerung und deren Teilhabe am öffentlichen Geschehen (vgl. Niedermayer 2001: S. 82). Das verdeutlichen exemplarisch die Auseinandersetzung um Stuttgart 21, Konflikte in Bezug auf den Flughafen Berlin Brandenburg, Proteste gegen Atomkraft und Streiks für das Klima. Menschen haben Interesse am Öffentlichkeitsgeschehen, wollen an öffentlichen Planungen und Entscheidungen teilhaben, sie mitgestalten und gründen dafür eigens Bürgerinitiativen (vgl. Pöttsch 2009: S. 54 ff.). Bei Beobachtung von Suchmaschinen über Zeitungsberichterstattung zur Bürgerbeteiligung, wird deutlich, dass tagtäglich weltweit Bürgerbeteiligung zumindest gefordert wird (vgl. Birzer: 2015).

Ein übergeordnetes Ziel von Öffentlichkeitsbeteiligung ist, Menschen Demokratie zu ermöglichen und sie in öffentliche Planungsprozesse einzubeziehen, doch ihre Durchführung ist keine Selbstverständlichkeit. In Deutschland wird Beteiligung auf den drei Ebenen Bund, Land und Gemeinde, auf der ebenso das System der räumlichen Planung gilt und sich die Öffentlichkeitsbeteiligung bewegt, unterschiedlich bedeutend durchgeführt. Auf der einen Seite sind die Ebenen gesetzlich, organisatorisch und inhaltlich definiert und voneinander abgegrenzt. Auf der anderen Seite sind sie durch das Gegenstromprinzip¹ sowie aufgrund vielschichtiger Informations-, Betei-

¹ Landesplanungsbehörden sind dazu angehalten die Ziele und Grundsätze der Raumordnung sowie der Landesplanung in der kommunalen Planung zu beachten respektive zu berücksichtigen. Im Gegenstromverfahren nehmen sie Anregungen aus Städten und Gemeinden auf und müssen gemeindliche Entwicklungsziele mit übergeordneten Planungszielen abstimmen (vgl. BBR 2018; Scholl et al. 2007: S. 20.). Die so genannte *Raumplanung* vollzieht sich nicht nur auf verschiedenen Planungsebenen, sondern ebenso in unterschiedlichen Planungsräumen, welche sich gegenseitig bedingen (vgl. Bieker et al. 2007: S. 112).

ligungs-, Abstimmungs- und Verbindlichkeitsnormen miteinander verbunden (vgl. Turowski 2005: S. 895). In dieser Arbeit steht die regionale und kommunale Betrachtung von Beteiligung im Fokus. Raum- und Umweltplanung, unabhängig von der Ebene, ist ein Prozess kollektiver Bestimmung gemeinsamer Entwicklungen unterschiedlicher Akteure, wie Verwaltung, Politik, Bevölkerung und Fachexpertise. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an Planungen und Entwicklungen im allgemein zugänglichen Raum, ist wesentlich für Planungsprozesse (vgl. Fürst; Scholles 2008: S. 163 f.).

Beteiligungsprozesse sind seit langem in den öffentlichen Medien präsent, verfolgen verschiedene Ziele, haben unterschiedliche Hintergründe und Verläufe sowie zahlreiche Methoden², um sie durchzuführen. Doch neben Beteiligung und Aktivismus gibt es gleichzeitig Politiker- und Parteienverdrossenheit, eine Defensivhaltung und Ablehnung gegenüber der Öffnung von Prozessen seitens öffentlicher Stellen (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 35). Speziell Jugendliche sind gegenwärtig in den Medien im Zusammenhang mit Beteiligungen vertreten, entsprechend der weltweiten Aktion für den Klimaschutz *Fridays for Future*. Diesen Protest organisieren Schüler und Studierende eigenständig und stoßen sowohl auf Anerkennung (die Bewegung *Fridays for Future* verzeichnete am 15. März 2019 weltweit 1.789.235 Demonstranten) als auch Ablehnung (Gegenaktivisten bedrohen Klimastreiker, denn es gibt auch Ablehnung aus der Bevölkerung) in der Öffentlichkeit. An diesen Protesten nehmen mittlerweile nicht mehr nur junge Menschen teil, gleichermaßen schließen sich ältere Generationen der Bewegung für das Klima an (vgl. *fridays for future* 2019; FAZ 2019; Lüddemann 2019; Grau 2019). So eine zwiespältige Haltung ist bei vielen Beteiligungen vorzufinden, vor allem bei solchen, die eine hohe Medienpräsenz genießen, wie die bereits genannten Beispiele. Angewandte Planungswissenschaften beobachten, dass die Beteiligung Jugendlicher positive Effekte für die räumliche Planung und die Bevölkerung aufweist, obgleich sie Politiker, Eltern, Lehrer etc. auch kritisch betrachten.

Im Zuge des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Forschungsprojektes *UrbanRural SOLUTIONS Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement (UR)* wurde eine Beteiligung von Jugendlichen in der Region Göttingen Osterode am Harz (a. H.) durchgeführt. Dieser Beteiligungsverlauf bestand aus einer im Rahmen des UR-Projekts eigens initiierten Online-Plattform, drei Workshops vor Ort sowie Offline-Befragungen

² Mit Beteiligungsmethoden sind unterschiedliche Möglichkeiten gemeint, die einer Beteiligung dienen. Bekannte Methoden sind Bürgerräte, Delphi-Befragungen, Fokusgruppen, Mediationen, Planspiele oder Zukunftswerkstätten, Demonstrationen, Streiks, Wahlen, Flashmobs oder Umfragen.

von Schülern an drei weiterführenden Göttinger Schulen. Mit diesen Beteiligungen werden zum einen Fragen beantwortet, die für das UR-Projekt relevant waren: Zum Beispiel Fragen zu Erfahrungen in Beteiligungsprozessen, zur Erreichbarkeit und Zufriedenheit von Freizeitorten sowie Vorschläge zu Änderungswünschen diesbezüglich. Zum anderen wird die Beteiligung für die vorliegende Untersuchung genutzt, um die Forschungsfrage zu beantworten: ***Inwiefern trägt der Einsatz digitaler Medien bei Jugendlichen zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bei?***

Für das Erreichen des Forschungszieles aus raumwissenschaftlicher Sicht gehört es zu eruieren, warum sich Jugendliche beteiligen, welche Einflüsse sie von einer Beteiligung abhalten, ob Online- oder Offline-Beteiligungsformate für Jugendbeteiligungen geeigneter sind und welche Beteiligungsthemen Jugendliche interessieren. Bezüglich der aufgeführten Aspekte wurden Hypothesen aufgestellt, die in einem Zusammenhang zur Forschungsfrage stehen, dabei helfen, diese zu beantworten und einen roten Faden der wissenschaftlichen Arbeit zu verfolgen. Ein Beteiligungsverfahren ist ein komplexer Prozess, der in der vorliegenden Arbeit auf seine unterschiedlichen Facetten untersucht wird. Es werden Vor- und Nachteile von Kinder- und Jugendbeteiligung sowie die Auswertung eines praktischen Beteiligungsbeispiels dargelegt. Gegenstand sind zudem die Reflexion der zwiespältigen Betrachtungen, das Aufzeigen grundlegender Voraussetzungen und Funktionen von Jugendbeteiligungen sowie eine Faktorenanalyse, die Gründe für ein Gelingen oder Scheitern von Jugendbeteiligungen aufzeigt. Gleichfalls werden Möglichkeiten, die sich für die räumliche Planung mittels Beteiligung Jugendlicher durch digitale Medien bieten, eruiert.

Der Aktualität und Komplexität der Thematik ist es geschuldet, den gegenwärtigen Forschungsstand mit Methoden der quantitativen und qualitativen Forschung zu ergänzen. Für die Erstellung theoretischer Grundlagen der vorliegenden Arbeit dienen eine Literaturanalyse sowie zwölf Experteninterviews. Die methodisch-systematische Sammlung von Daten erfolgt desgleichen durch die Evaluation der Online-Plattform, Evaluation der drei Jugendbeteiligungsworkshops sowie der bereits aufgeführten Offline-Befragung. Ergänzt wird die Datensammlung durch eine teilnehmende Beobachtung bei den Workshops. Durch diese empirischen Methoden wird der mittels Literaturanalyse und Experteninterviews aufgebaute theoretische Wissensstand erweitert und praktisch untermauert respektive widerlegt. Die Forschung generiert neben der Aufarbeitung von Forschungslücken, auch den kommunalen Verwaltungen und anderen Akteuren der Praxis, die Jugendbeteiligungen durchführen, essenzielle Erkenntnisse in Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligungen. Die verschiedenen angewandten Methoden der empirischen Forschung verbinden somit Wissenschaft und Praxis miteinander und ziehen die Zielgruppe dieser Forschung in den Forschungsprozess mit ein.

Nach einer kurzen Einführung in das Thema in Kapitel 1, werden in Kapitel 2 Zielsetzung und Forschungsfrage vorgestellt und darauf Bezug genommen, wie und woraus sich beide in dieser Forschung entwickelten. Dabei wird auf die für die Arbeit essenziellen Hypothesen eingegangen, da sie teilweise zu Beginn der Untersuchung entstanden und für das Verständnis des Forschungsverlaufs entscheidend sind. Kapitel 3 setzt sich mit der Öffentlichkeitsbeteiligung im Allgemeinen auseinander. Da Beteiligung keine allgemeingültige Definition hat, verbinden Akteure damit unterschiedliche Assoziationen, was den Stellenwert und den Erfolg eines Beteiligungsprozesses beeinflusst. Für das Nachvollziehen der hier praktizierten Arbeitsweise wird darauf eingegangen, was in dieser Arbeit unter dem Begriff *Beteiligung* verstanden wird. Gleichmaßen werden einflussreiche gesetzliche Grundlagen dargeboten sowie eine Betrachtung der Beteiligung im internationalen und zeitgeschichtlichen Kontext vorgenommen. Darüberhinaus zeigt diese Arbeit auf, worin Chancen und Grenzen von Beteiligung liegen. In Kapitel 4 erfolgt eine Fokussierung auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie ihrer spezifischen Grundlagen und Bedingungen. Dort werden Auseinandersetzungen mit dem internationalen und zeitgeschichtlichen Beteiligungskontext, Chancen und Grenzen von Kinder- und Jugendbeteiligungen und die Rahmenbedingungen der Arbeit mit dieser jungen Zielgruppe aufgeführt. Da die Beteiligung vor allem unter dem Gesichtspunkt digitaler Medien untersucht wird, vollzieht sich eine Übersicht über wesentliche Aspekte der E-Partizipation in Kapitel 5. Dieses Kapitel nennt die Verbindung von Jugendlichen mit digitalen Medien, Voraussetzungen der E-Partizipation, den Einbezug digitaler Medien und erläutert diesbezüglich Chancen und Grenzen. Mit Kapitel 5 endet der theoretische Gedankengang der Arbeit und es folgt der empirische Part.

In Kapitel 6 wird das Forschungsdesign erläutert und der Einsatz der verschiedenen angewendeten qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden dargestellt. Das Kapitel schließt detaillierte Beschreibungen der geführten zwölf Experteninterviews, der Online-Plattformerstellung und -auswertung, der Durchführung und Auswertung der Offline-Workshops sowie die Darstellung der Offline-Befragung an Schulen der Fokusregion ein. In Kapitel 7 werden die daraus resultierenden Erkenntnisse anhand der Hypothesen reflektiert. Jede Hypothese wird dabei einzeln bestätigt oder widerlegt. Den Schluss bildet das Kapitel 8 mit der Beantwortung der Forschungsfrage, der Reflektion der dazugehörigen Hypothesen sowie der Darstellung der Erfahrungen aus dem Beteiligungsvorgang in Göttingen Osterode a. H. inklusive Handlungsempfehlungen für die Beteiligungspraxis, sodass bis zuletzt eine Brücke von Wissenschaft zu Praxis geschlagen wird.

2. ZIELSETZUNG UND FORSCHUNGSFRAGE

Die Forschung wird in dieser Arbeit nicht losgelöst von der Praxis betrachtet, da hier eine praktische Anwendung im Mittelpunkt steht, die über eine theoretische Untersuchung hinausweist. Jede wissenschaftliche Arbeit ist in einen Untersuchungskontext eingebettet und verfolgt ein Ziel, wobei wichtig ist zu unterscheiden, was das Ziel ist und was untersucht wird, um dieses Ziel zu erreichen. Das nachfolgende Kapitel beinhaltet eine Erklärung zum vorliegenden Zusammenhang des Forschungsthemas mit der im UR-Projekt behandelten Forschung (Kapitel 2.1). Darüber hinaus wird auf die Zielsetzung der Forschung eingegangen (Kapitel 2.2) und es werden die Forschungsfrage sowie die erarbeiteten Hypothesen vorgestellt (Kapitel 2.3).

2.1. FORSCHUNGSKONTEXT URBANRURAL SOLUTIONS

Im Rahmen des vom BMBF geförderten vierjährigen Forschungsprojekts *Urban-Rural SOLUTIONS– Innovationen im regionalen Daseinsvorsorgemanagement durch optimierte Unterstützung von Stadt-Land-Kooperationen* (Laufzeit: 04/2015 bis 03/2019) wurde in der Zeit von 2017 bis 2018 in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. neben weiteren Bausteinen³, eine Beteiligung für Jugendliche zum Thema Daseinsvorsorge mit dem Schwerpunkt auf öffentliche Freizeiteinrichtungen durchgeführt.⁴ Diese Fokusregion wurde gewählt,

Das UR-Projekt erforscht und entwickelt regionale Kooperationen zur Sicherung einer nachhaltigen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Dazu wurden bisherige Grenzen regionaler Kooperationen für eine nachhaltige Daseinsvorsorge analysiert, um die Hemmnisse der Umsetzung besser zu verstehen. Auf dieser Basis wurden innovative und praxisrelevante Ansätze entwickelt, mit deren Hilfe bisherige Hemmnisse bei Beteiligungen gezielt überwunden werden können. Anhand von regionalen Fallstudien in drei Modellregionen wurden unterschiedliche Herangehensweisen erprobt und Werkzeuge für Politik und Planung entwickelt. Das Projekt konzentriert sich dabei auf wohnstandortbezogene Infrastrukturen, sei es Bildung, Einzelhandel, Kultur, Verkehr oder Gesundheit (vgl. TU Harburg 2 2015; TU Harburg 3 o. J., Innovationsgruppen 2015).

weil sie sowohl ländliche als auch urbane Strukturen aufweist, da Raumkontraste vor allem für Fragestellungen in Bezug auf Daseinsvorsorge relevant sind, welche das Projekt behandelt. Ebenso spielen bei Beteiligungen die jeweiligen Raumstrukturen eine wichtige Rolle, weil Beteiligungen in ländlichen und urbanen Räumen unterschiedlichen Voraussetzungen unterliegen und

³ Die anderen Bausteine des UR-Projekts sind in Anhang 1 auf S. 266 aufgeführt.

⁴ Das UR-Forschungsprojekt verfolgte das Ziel, effektive regionale Kooperationen für eine nachhaltige Daseinsvorsorge zu ermöglichen, die ohne innovativen Input nicht zustande kämen. Für mehr Informationen vgl. TU Harburg 3 o. J.

entsprechender Umsetzungskriterien bedürfen. Die im UR-Projekt durchgeführte Beteiligung handelt von der Erfassung und Bewertung für Jugendliche öffentlich zugänglicher Freizeitorde sowie deren Erreichbarkeiten, Ausgestaltung und Nutzerzufriedenheit. Zudem wurde das Mobilitätsverhalten von Jugendlichen, ihre Einstellung zum Internet und zur Smartphone-Nutzung für die Freizeitgestaltung untersucht. Der Beteiligungsprozess vollzog sich mittels einer Online-Plattform, Befragungen in Schulen sowie drei lokalen Workshops.

Die vorliegende Arbeit ist in das UR-Projekt eingebettet, geht aber beifolgend über den Baustein der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. hinaus (siehe Anhang S. 266). Für diese Forschung bedeutet dies, dass teilweise Forschungsstrukturen des UR-Projekts genutzt wurden, um daraus Ergebnisse zu erhalten, die aber nicht zurück in den UR-Kontext diffundieren. So wurde bei der Offline-Befragung zum Thema Freizeitorde ebenfalls gezielt nach Beteiligungsaspekten gefragt, ohne dass diese Ergebnisse im UR-Projekt veröffentlicht wurden, weil dort die Resultate zu Freizeitorde im Mittelpunkt standen. Anschließend an die durchgeführten Jugend-Workshops und die Online-Plattform, die ebenfalls Freizeitorde thematisierten, wurde die Beteiligung evaluiert. Diese Evaluationsergebnisse finden ebenfalls nur in der vorliegenden Arbeit Verwendung. Die hier ausgearbeitete Studie handelt somit nicht von Ergebnissen der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. im Hinblick auf das Thema Freizeitorde, demnach dem *Was* (Was möchten Jugendliche in der Gemeinde für ihre Freizeit? Was machen sie in ihrer Freizeit? Was finden sie gut/ schlecht?), sondern von dem *Wie* der Beteiligung (Wie können Jugendliche in der Fokusregion bestmöglich beteiligt werden? Wieso funktionieren manche Beteiligungsmöglichkeiten, wieso funktionieren andere dort nicht?). Die Autorin nimmt in dem Beteiligungsprozess somit eine Doppelrolle ein:

- 1) Als wissenschaftliches Projektmitglied im UR-Forschungsprojekt mit dem Hintergrund der Raumplanung, die das *Was* erforscht, dessen Ergebnisse im Endbericht des Projekts veröffentlicht wurden.
- 2) Als Verfasserin dieser Arbeit, die das *Wie* untersucht und deren Ergebnisse in dieser Arbeit enthalten sind.

Die Forschung stützt sich auf Ergebnisse von Experteninterviews, in Bezug auf Beteiligung, Ergebnisse der Online- und Offline-Befragung in der Fokusregion sowie auf Resultate der Evaluati-

onen der angewandten Online- und Offline-Beteiligungsformate⁵, um Antworten auf das *Wie* zu erhalten (siehe Abbildung 1).



Abbildung 1: Verbindung des UR-Forschungsprojekts mit der vorliegenden Forschungsarbeit
Quelle: Eigene Darstellung

Die Interviews und die Beteiligungsevaluationen⁶ wurden, wie in Abbildung 1 ersichtlich, abseits des UR-Projekts durchgeführt und die Ergebnisse nicht für das UR-Projekt verwendet, sodass diese Ergebnisse ausschließlich der vorliegenden Forschung dienen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die für Jugendbeteiligung verantwortlichen Akteure der Fokusregion nicht komprimierte Veröffentlichungen zu der vorliegenden Studie erhalten. Ein Anliegen dieser Arbeit ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse der Praxis zuzuführen, denn sie beantwortet nicht nur die wissenschaftlich relevante Forschungsfrage und widerlegt beziehungsweise bestätigt die aufgestellten Hypothesen (siehe Kapitel 2.3). Die Arbeit generiert kongruent für die Praxis, also für kom-

⁵ Beteiligungsformat bezeichnet in dieser Arbeit die Art der Beteiligung: Online- oder Offline-Beteiligung. Ein Format/ eine Beteiligungsform kann unterschiedliche Methoden beinhalten beziehungsweise Methoden können mit unterschiedlichen Formaten umgesetzt werden: Daher kann eine Zukunftswerkstatt oder eine Delphi-Befragung online oder offline abgehalten werden.

⁶ Evaluiert wurden die Online-Plattform und die Offline-Workshops. Die Offline-Befragung wurde im Nachgang aus zeitlichen Gründen nicht durch die Teilnehmenden evaluiert.

munale/ regionale Verwaltungen und andere Akteure, die Jugendbeteiligungen durchführen, wesentliche Feststellungen. Obwohl die Beteiligung in einem einzigen Fokusraum mit einer eingegrenzten Zielgruppe durchgeführt wurde, bietet sie wesentliche, allgemeingültige Erkenntnisse für zukünftige Jugendbeteiligungen. Aus dieser Beteiligung ergeben sich Erfahrungen und Handlungsprozesse, die teilweise auf andere Jugendbeteiligungen übertragbar sind. Die Vorgehensweise der Forschung, um jene wesentlichen Erkenntnisse zu erhalten, wird in Kapitel 2.2 dargestellt.

2.2 DAS FORSCHUNGSVORGEHEN

In Abbildung 2 werden der Forschungsaufbau und der Zusammenhang der einzelnen Untersuchungsschritte graphisch dargestellt. Nach einer Einführung in die Thematik erfolgt eine detaillierte Darlegung des Begriffs *Beteiligung*, die auf einer Literaturanalyse und den geführten Experteninterviews basiert. Ein weiterer Gesichtspunkt ist die allgemeine Entwicklung internationaler und nationaler Umsetzungsweisen von Öffentlichkeitsbeteiligung.

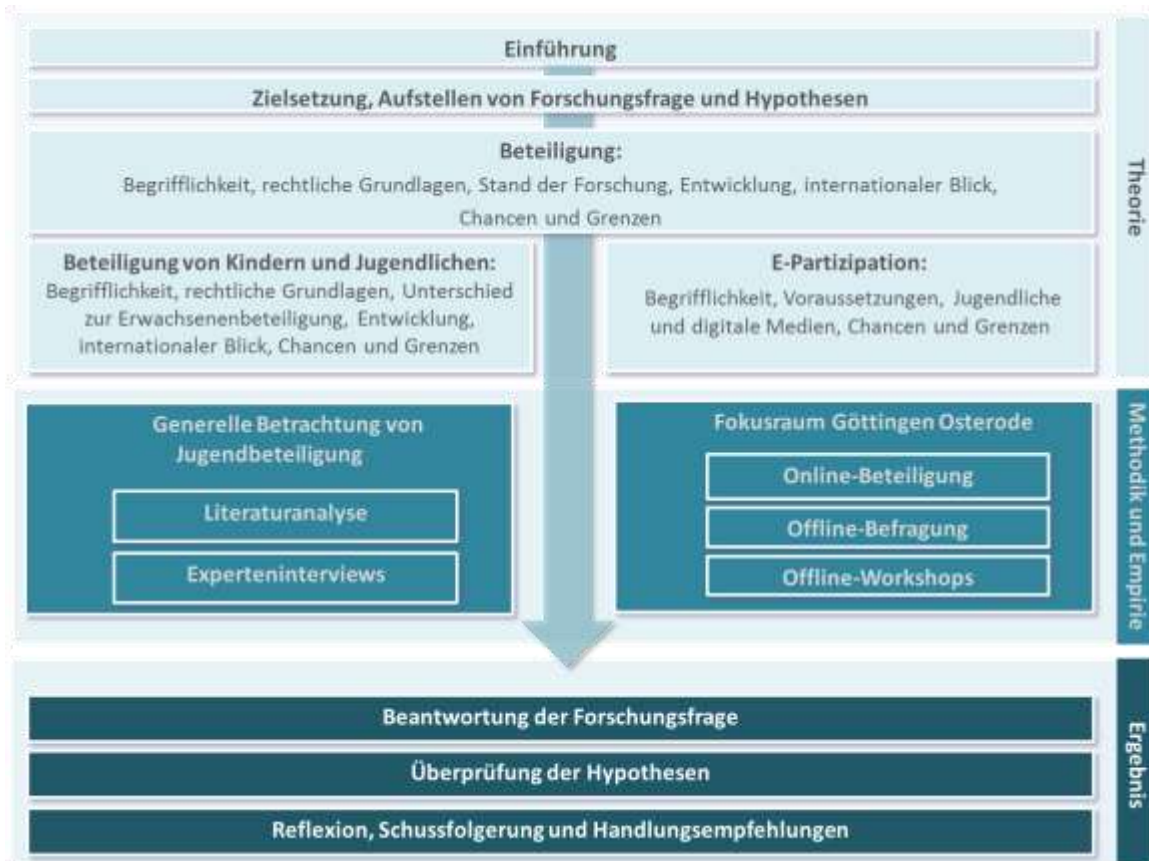


Abbildung 2: Aufbau und Vorgehensweise der Forschungsarbeit

Quelle: Eigene Darstellung

Charakterisiert wird zudem der gegenwärtige Stand der Beteiligungsdebatte in Deutschland, bevor exemplarisch internationale Kinder- und Jugendbeteiligungsprozesse thematisiert werden. Anschließend bezieht sich die Arbeit auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie Beteiligung mittels digitaler Medien, wozu sich mit Chancen und Grenzen von Online-Beteiligungsformaten, Trends⁷ und Akzeptanzen von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich Online-Medien auseinandergesetzt wird. Die theoretische Grundlage ist für ein nachvollziehbares Verständnis der Arbeit und konvergent für den Beteiligungsverlauf in Göttingen Osterode a. H. bedeutsam, denn ohne Kenntnisse über Beteiligungen ist das Durchführen solcher Verfahren kaum effizient möglich. Neben der Literaturanalyse bewirkten weitere Methoden Einsichten für die Forschung: Die Auswertung von Fragebögen einer Offline-Befragung an drei weiterführenden Schulen in der Stadt Göttingen, die Evaluation einer Online-Beteiligungsplattform für Jugendliche in der Fokusregion, eine Evaluation von drei Jugend-Workshops sowie die Analyse von zwölf Beteiligungsexperteninterviews. Parallel zum Beteiligungsprozess mittels Online-Plattform wurden in der Fokusregion Workshops durchgeführt, die einen inhaltlichen Zusammenhang zur Online-Plattform aufweisen. Quintessenzen der Workshops konnten über die Online-Plattform auch von Jugendlichen, die nicht bei den Workshops anwesend waren, eingesehen und kommentiert werden. Die Evaluation der beiden Beteiligungsverläufe ermöglicht einen Vergleich von Online- mit Offline-Methoden. Ergänzend zu der Befragung auf der Online-Plattform wurden die gleichen Fragen des Online-Fragebogens bei drei Offline-Befragungen in weiterführenden Schulen gestellt, um einer größeren Zahl von Jugendlichen die Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche, Kritik und Bedürfnisse in Bezug auf öffentliche Freizeitorte in Göttingen Osterode a. H. und Jugendbeteiligungen zu äußern.

Das beschriebene Forschungsvorgehen dient dazu, die Forschungsfrage zu beantworten, die Hypothesen zu überprüfen sowie eine Schlussfolgerung daraus zu ziehen, die in Handlungsempfehlungen für die Praxis einfließt. Das Aufstellen von Forschungsfrage und Hypothesen dient dem Erreichen des Ziels des Forschungsvorhabens und stellt das Forschungsziel ins Verhältnis zum gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, zur gewählten Methodik und zum aktuellen gesellschaftlichen Kontext. Im folgenden Kapitel wird erläutert, wie sich Forschungsfrage und Hypothesen entwickelten.

⁷ Ein Trend ist eine über einen bestimmten Zeitraum zu beobachtende, statistisch erfassbare Entwicklungstendenz. Synonyme Begrifflichkeiten sind Bewegung(-sströme), Entwicklung und Entwicklungstendenz, Mode oder Richtung (vgl. Duden 1: o. J.).

2.3 FORSCHUNGSFRAGE UND HYPOTHESEN

Auch wenn Beteiligung ein interdisziplinäres Thema ist, erfolgt die Forschung aus der Sicht der Raumplanung. Schon zu Beginn der hier behandelten Forschung erwies sich, wie umfang- und facettenreich das Thema Jugendbeteiligung ist. Es ist nicht aussichtsreich, ferner im Zuge dieser Forschungsarbeit undurchführbar, sich mit allen Aspekten von Jugendonline- und Jugendoffline-Beteiligung zu befassen. Zur Fokussierung wurde das Untersuchungsfeld eingegrenzt und eine Forschungsfrage formuliert. Diese dient dazu, den Forschungsfokus beizubehalten, nur die wesentlichen Gesichtspunkte einzubringen und bezeichnet im Zusammenhang des wissenschaftlichen Arbeitens die Ausformulierung des Forschungsziels. Gleichzeitig stellt die anschließende Forschungsfrage das Untersuchungsziel ins Verhältnis zum gegenwärtigen Stand der Wissenschaft dar.

Ausschlaggebend für die Formulierung der Forschungsfrage war die Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. Gleich zu Beginn der Beteiligungsplanung stellten sich Fragen nach einer passenden Beteiligungsform und -methode für die Zielgruppe, welche Beteiligungsmethoden und -formate von Jugendlichen aktuell angenommen werden, welche in der Fokusregion gut umsetzbar wären und auf welche Weisen Jugendliche mit ihrer Umwelt kommunizieren. Gleichmaßen ist fraglich, wie häufig Jugendliche online unterwegs sind, was sie im Internet bevorzugt tun auf welche Weise Jugendliche durch den Einsatz digitaler Medien zur Teilnahme an partizipativen Prozessen bewegt werden können. Jene Gesichtspunkte flossen in die Forschungsfrage mit ein:

**Inwiefern trägt der Einsatz digitaler Medien bei Jugendlichen zur
Mitwirkung an partizipativen Prozessen bei?**

Digitale Medien im Zusammenhang mit Beteiligungen von Jugendlichen sind zwar in wissenschaftlicher und praxisorientierter Literatur aufgeführt, aber auf welche Art ihr Einsatz zu gestalten ist, damit diese Beteiligungsformate Jugendliche zur Mitwirkung motivieren und ob digitale Medien und Online-Beteiligungen grundsätzlich erfolgversprechend sind, wurde bislang kaum erforscht. Die Reflexion der Hypothesen, die Beantwortung der Forschungsfrage sowie das Ziehen von Schlüssen aus der Beantwortung der Forschungsfrage sind für die Beteiligung, wie sie unter anderem im Rahmen dieser Studie durchgeführt wurde, daher wesentlich. Überdies können für andere Jugendbeteiligungen außerhalb dieses Untersuchungskontextes diese Antworten auf die Forschungsfragen vielversprechend sein und es leiten sich weitere Schritte der Entwicklung des Forschungsdesigns von der Forschungsfrage ab.

Folgende Auffassungen im Hinblick auf Jugendliche und Mitwirkung an öffentlichen Planungsprozessen stellten sich bereits bei der Beteiligungsvorbereitung in der Fokusregion durch die Literaturanalyse (bspw. Beck (2019) oder Heiden (2014)) und die Experteninterviews (bspw. Flüge (2018) oder Wenzl (2018)), heraus:

- Jugendliche sind aktiv und kommunizieren zunehmend im virtuellen Raum, wodurch das Internet einen Beitrag zur täglichen Lebensgestaltung leistet.
- Jugendliche haben in der heutigen Zeit vielfältige Interessen, welche sich vermehrt ändern, von aktuellen Trends beeinflusst werden und daher zeitweilig kein Interesse an öffentlichen Beteiligungsprozessen.
- Jugendliche verfügen, unter anderem aufgrund von Ganztagschule und Freizeitaktivitäten über wenig Zeit, sich mit Beteiligungen an öffentlichen Belangen zu befassen.
- Ländliche Räume ermöglichen es zahlreichen Jugendlichen, die noch nicht eigenständig motorisiert sind, kaum, zu Beteiligungsveranstaltungen zu gelangen, weil das ÖPNV-System vieler ländlicher Räume nur eingeschränkt vorhanden ist. Selbst wenn Jugendliche sich offline beteiligen möchten, wird es ihnen aufgrund äußerer Umstände erschwert.
- Beteiligung wird nicht an Jugendliche herangetragen, dadurch, dass Erwachsene unweigerlich keine Notwendigkeit und nicht den Vorteil sehen, den diese bringen kann.
- Gegenüber der *Jugend heutzutage* bestehen Vorurteile und Beteiligter erfassen Jugendliche vielfach als eine homogene Gruppe, was teils ein negatives Image der jungen Menschen hervorruft.

Die Online-Plattform kostet Teilnehmenden weniger Zeit als Offline-Beteiligungen, ist ortsunabhängig und per Smartphone auch von unterwegs praktikierbar. Erreichbarkeiten sind bei Online-Beteiligungen somit untergeordnet, infrastrukturelle Gegebenheiten entsprechend Internetanschlüssen umso wesentlicher. Ländliche Räume, ähnlich derer in Göttingen Osterode a. H., bieten weniger Möglichkeiten der ÖPNV- oder Fahrradnutzung bei weiten Distanzen, unter anderem weil der ÖPNV, hinsichtlich der hügeligen Topografie und weitläufiger Siedlungsstrukturen nicht adäquat ausgebaut ist. Jugendliche sind somit in ihrer räumlichen Mobilität und Er-

***Mobilität** impliziert Bewegungen außerhalb der Wohnung: Zufußgehen, Radfahren oder die Nutzung öffentlicher/privater Verkehrsmittel (vgl. Mollenkopf 2002: S. 255). Mobilität dient der Erreichbarkeit von Standorten zur Bedürfnisbefriedigung im Raum (vgl. Gerike 2005: S. 70). **Erreichbarkeit** ist die Zahl und Art wahrnehmbarer Aktivitäten und beschreibt die durch die Verkehrsteilnehmenden empfundene Erreichbarkeit, „welche ein bestimmter Ort in Abhängigkeit vom umgebenden Raum- und Verkehrssystem und unter Beachtung der eingeschränkten Informationsmenge und des einschränkenden Wert- und Zielsystems des Verkehrsteilnehmers bietet“ (Gerike 2005: S. 36).*

reichbarkeit eingeschränkt und Beteiligungsveranstaltungen zu erreichen, ist für nicht individualmotorisierte Jugendliche problematisch. In Anbetracht des knappen Finanz- und Zeitbudgets von Jugendlichen bietet eine Beteiligung mittels Internet – je nach Art – eine kostengünstige und zeitsparende Chance für Jugendliche, sich zu beteiligen. In Zeiten vergleichbar mit dem Jahr 2020, in denen durch die COVID-19-Pandemie⁸ weltweit Beschränkungen von öffentlichen Veranstaltungen eine Beteiligung der Öffentlichkeit durch Vor-Ort-Veranstaltungen verhindern, ist das Internet zeitweise die einzige Möglichkeit, Beteiligungsprozesse durchzuführen, denn gewohnte Formate konnten nicht stattfinden (vgl. Brans 2020: S. 18).

Aus der theoretischen Aufarbeitung der gegenwärtigen Forschungs- und Praxisbeteiligungssituation, der Alltagssituation, den Bedürfnissen und dem Verhalten von Jugendlichen sowie durch die Analyse der Raumstruktur der Fokusregion und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, ergeben sich fünf Hypothesen⁹:

1) Aufgrund dessen, dass der Alltag vieler Jugendlicher zeitlich stark eingegrenzt und von zahlreichen Interessen beeinflusst ist, besteht seitens der Jugendlichen weder Zeit noch Motivation, an öffentlichen Beteiligungsverfahren teilzunehmen.

2) Wenn Jugendliche besser über Beteiligungsangebote informiert werden, nehmen sie vermehrt an Beteiligungsprozessen teil.

3) Dadurch, dass Wünsche und Bedürfnisse von Jugendlichen differenziert und trendabhängig sind und sich schnell ändern, ist der Nutzen einer Beteiligung von Jugendlichen für Beteiligter gering, weil keine fundierten und umsetzbaren Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess resultieren.

⁸ Die Infektions- und Atemwegserkrankung COVID-19 wurde Ende 2019 in China entdeckt und hat sich rasant in die ganze Welt ausgebreitet. Die Folgen sind so dramatisch, dass die Pandemie je nach betroffenem Land zu Schließungen von Schulen und Kindertageseinrichtungen, Absagen von öffentlichen Veranstaltungen, Ausgangssperren, Kontaktverboten und Quarantänen führte (vgl. Robert Koch Institut 2020; Brans 2020 S. 18).

⁹ Hypothesen bezeichnen eine zu beweisende Behauptung oder einen Leitsatz. Sie sind Aussagen, die das Wesentliche aus einem Aussagenkomplex pragmatisch hervorheben beziehungsweise zur Geltung bringen. Der Wahrheitsgehalt von Hypothesen muss angesichts der folgenden Argumentation und durch empirisches Material überprüft und gefestigt werden. Sind sie nicht belegbar, sind sie zu verwerfen; Hypothesen werden demnach verifiziert oder falsifiziert (vgl. Richter 2012: S. 1; Kromrey 2006: S. 347). Im Rahmen einer Überprüfung helfen Hypothesen Forschungsfragen zu beantworten (vgl. Kepplinger; Mair 2016: S. 14 ff.).

- 4) Weil Jugendliche in einer so vernetzten und technikorientierten Welt leben, können sie nur noch mittels digitaler Medien zur Beteiligung motiviert werden, was sich primär in ländlichen Räumen, in denen Erreichbarkeiten ein Problem darstellen, darin ausdrückt, dass Offline-Beteiligungs-Formate vorwiegend bei Jugendlichen keinen Anklang finden.
- 5) Weil Jugendliche eine unbekannte und schwer einschätzbare, heterogene Gruppe bilden, vor der teilweise seitens Beteiligten Unsicherheiten, sogar Ängste bestehen, beziehen Beteiligter diese Gruppe oftmals nicht oder nur ungern in Planungsprozesse ein.

Das weitere Vorgehen begründet sich damit, dass sich die Hypothesen partiell zu Beginn dieser Studie ergaben, wesentlich für das weitere Verständnis dieser Arbeit sind und in einem Zusammenhang mit der Forschungsfrage stehen. Sie werden daher bereits an dieser Stelle erwähnt, allerdings erst im späteren Verlauf der Arbeit vertieft.

Bevor der empirische Teil der Arbeit in Kapitel 6 beginnt, erfolgt in Kapitel 3 ein Querschnitt über Öffentlichkeitsbeteiligung, wie sie in dieser Forschung verstanden wird, um ein eindeutiges Verständnis des Begriffs zu erhalten und eine nachvollziehbare theoretische Basis zu bilden. Zur theoretischen Basis werden in Kapitel 4 wesentliche Aspekte von Kinder- und Jugendbeteiligung sowie in Kapitel 5 zentrale Informationen zur E-Partizipation dargelegt.

3. ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG ALS GEGENSTAND DER UNTERSUCHUNG

Die Mitwirkung der Bevölkerung an öffentlichen Planungen und Entscheidungen ist ein zentraler Aspekt der gesellschaftlichen Entwicklung im 21. Jahrhundert, wiederkehrend in der medialen Öffentlichkeit sowie in der Politik und der öffentlichen Verwaltung¹⁰ (vgl. Stange 2013: S. 13). Menschen möchten sich in die Gestaltung ihres Lebensumfeldes einbringen und bei öffentlichen Stadt- und Regionalplanungen, -entwicklungen oder -projekten mitreden und mitentscheiden. Sie fordern, protestieren oder präsentieren eigene Vorschläge (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 9). Bei jedem Menschen ist der Wunsch nach Einbeziehung individuell ausgeprägt und jeder bringt sich unterschiedlich stark bei diesbezüglichen Angeboten ein. Manchen genügt es, regelmäßig über laufende Prozesse informiert zu werden, andere wollen an Verfahren teilhaben und Einfluss nehmen. Dem gegenüber gibt es Teile der Bevölkerung, die sich nicht für das öffentliche (Planungs-)Geschehen interessieren (vgl. Nanz; Kamlage 2017: S. 9). Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein fortwährender Prozess und als Diskurs, der der Entscheidungsvorbereitung dient und nicht als eigene Entscheidung zu betrachten (vgl. Sommer 2015: o. A.). Eine allgemeingültige Definition von Beteiligung mit Fokus auf Jugendliche im Verständnis der Raumplanung liegt nicht vor und jede wissenschaftliche Disziplin definiert anders. Daher wird sie international und national, sogar innerhalb der deutschen Bundesländer verschieden interpretiert und durchgeführt (vgl. Sommer 2015: o. A.). Stellenwert und Verständnis von Öffentlichkeitsbeteiligung sind regional, kommunal und innerhalb von Verwaltungsstrukturen einer Gemeinde unterschiedlich.

Um die Vorgehensweise dieser Forschung und der Themenbehandlung zu verstehen, erfolgt zunächst eine Definition von *Beteiligung*, eine ausführliche Erläuterung von dazugehörigen Begrifflichkeiten sowie ein Überblick über rechtliche Grundlagen (Kapitel 3.1). Anschließend wird in Kapitel 3.2 die Öffentlichkeitsbeteiligung im aktuellen Forschungskontext dargelegt, gefolgt von einer theoretischen Auslegung jener (Kapitel 3.3). Daraufhin wird der Blick um zusätzliche Aspekte erweitert: Informationen zum internationalen und europäischen Kontext, der Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Deutschland und formelle und informelle Beteiligung (Kapitel 3.4). Bevor in Kapitel 3.6 ein Zwischenfazit gezogen wird, werden in Kapitel 3.5 Chancen und Grenzen von Öffentlichkeitsbeteiligung herausgestellt.

¹⁰ Unter Verwaltung ist in der vorliegenden Arbeit die öffentliche Verwaltung einer Kommune, einer Region oder der darüber liegenden Ebenen gemeint, wozu verschiedene Fachbereiche zählen. Für diese Arbeit relevant sind Bereiche der kommunalen Sozial- und Jugendverwaltung, Bauverwaltung sowie das Stadtplanungsamt, da diese am meisten in Jugendbeteiligungen involviert sind.

3.1 BESTIMMUNG DES BETEILIGUNGSBEGRIFFS UND RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Mit *Bürger-, Öffentlichkeits- und Betroffenenbeteiligung, politische Beteiligung* oder *Partizipation* verbinden sich diverse Assoziationen und Anwendungsbereiche innerhalb öffentlicher Teilhabe. Das führt dazu, dass Beteiligung laut Knauer (2004) auch die Bezeichnung *Containerwort* trägt, ein Begriff welcher in Abhängigkeit von dem jeweiligen Standpunkt mit verschiedenen Bedeutungen versehen ist (vgl. Knauer 2004: S. 15). Eine Literaturanalyse belegt keine eindeutige, verbindliche Definition von Beteiligung, weshalb sich zunächst umfassend mit der Bedeutung auseinandergesetzt wird.

3.1.1 BETEILIGUNG ALS SOCKEL DER DEMOKRATIE

Die Organisation des Gemeinwesens beruht in einer Demokratie auf dem Grundsatz der politischen Gleichheit der Bürger sowie der Entscheidungsgewalt des Volkes (vgl. Meyer 2002: S. 11). Beteiligung ist eines der zentralen Kennzeichen demokratischer Ordnungsformen (vgl. Kuhn 2006: S. 27). Bürger- und Kinder-/ Jugendbeteiligung¹¹ sind für den Erhalt und die Stabilität einer Demokratie fundamental (Stichwort: *Direkte Demokratie*; siehe Kapitel 3.4.3) und bedeutet Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten des eigenen Lebensumfelds (vgl. Baden-Württembergstiftung 2015: S. 9). Beteiligung wird unter der Betrachtungsweise politischer und sozialer Teilnahme wahrgenommen. Soziale Mitwirkung umfasst die Öffentlichkeit und tritt in unterschiedlichen Formen auf, beispielsweise in Vereinen, Kirchen, Eltern-Kind-Gruppen, Selbsthilfegruppen oder anderen sozialen Gemeinschaften (vgl. Paust 2016b: S. 7). Sie schließt alle Mitwirkungsformen ein, „die in der Zivilgesellschaft lokalisiert sind und sich zum Beispiel auf Aktivitäten im sportlichen und kulturellen Bereich, im Bereich der Wohlfahrtspflege, des Rettungswesens, des Umweltschutzes etc. beziehen und überwiegend in Vereinen, Verbänden, Initiativen und bürgerschaftlichen Netzwerken ausgeübt werden“ (van Deth 2004: S. 141). Politische Beteiligung umfasst Formen der Bürgereinbeziehung in politische Entscheidungsprozesse (vgl. Paust 2016b: S. 4). Darunter werden die Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie entweder alleine oder gemeinschaftlich mit dem Ziel ausüben, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (vgl. Lange et al. 2015: S. 7). Sie ist die Beteiligung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und hat diverse Facetten: Von dem Lesen einer Zeitungslektüre, Anwenden des passiven Wahlrechts durch eine Kandidatur für ein Amt bis hin zum Debattieren politischer Themen (vgl. Pötzsch 2009: S. 35f.). Ist von Beteiligung die Rede, entsteht zu-

¹¹ Jugendliche sind keine Bürger, worauf in Kapitel 3.1.3 eingegangen wird.

nächst oftmals eine Konnotation zur Politik und zu politischen Wahlen. Zwar gibt es einen Zusammenhang von politischer Mitwirkung und Beteiligungen in divergenten Themenfeldern, dennoch stehen Beteiligung und Politik nicht immer in einem Zusammenhang (vgl. Geißel 2015: S. 40). Manche Menschen halten sich von politischen Wahlen fern, beteiligen sich aber bei relevanten Themen in ihren Quartieren (vgl. Kersting 2015: S. 52). In Deutschland findet das System der liberalen, repräsentativen Demokratie Anwendung und Beteiligung ist wesentlich für diese Demokratieform. Bekanntlich übt bei demokratischen Herrschaftsformen die gewählte Volksvertretung politische Entscheidungen und die Kontrolle der Regierung aus. Die Entscheidungsgewalt liegt bei gewählten Vertretern der Bürger und indirekt beim Volk. Über Wahlen sowie die Mitwirkung in Parteien, Verbänden und Initiativen können Menschen auf Entscheidungen zum Teil Einfluss nehmen (vgl. Bundestag 1 o. J.). Bürger und begrenzt Jugendliche ab 16 Jahren verfügen über das Recht an politischen Wahlen teilzuhaben, gleichwohl manche ihr Wahlrecht bewusst aus diversen Gründen nicht nutzen: Fehlendes Vertrauen in die zur Wahl stehenden Parteien/Politiker, Desinteresse oder Zeitmangel. Das politische Mehrheits- und Verhältnismäßigkeitswahlrecht vertritt die Interessen aller Bevölkerungsgruppen ungleichmäßig, hingegen bietet Beteiligung eher Möglichkeiten, persönliche Interessen zu repräsentieren (vgl. Bundestag 2 o. J.; Fürst; Scholles 2008: S. 161 ff.). Seit Jahren sind Menschen verunsichert über ihre Zukunftsaussichten und vertrauen in Bezug auf Problemlösungen immer weniger in Politik(er) (vgl. Hebestreit; Korte 2015: S. 21). In dieser Forschung steht die politische Beteiligung in Form von Wahlen und politischen Parteien jedoch nicht im Vordergrund, sondern die soziale Beteiligung.

Bei jeder Beteiligung ist fraglich, auf welche Art eine korrekte, möglichst viele Menschen zufriedenstellende Entscheidungsfindung umzusetzen ist. Nicht alle Bevölkerungsgruppen können an allen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Jeden Menschen zu beteiligen ist aus Ressourcensicht (Finanzen, Arbeitszeit, Bevölkerungsanzahl, -interesse und -verteilung etc.) unmöglich und nicht zielführend umzusetzen. Zudem wollen aus diversen Gründen¹² nicht alle Menschen bei jeder Gelegenheit beteiligt werden (vgl. Herrmann 2002: S. 16). Gabriel (1997) nennt in diesem Zusammenhang den Gelegenheitspartizipanten, der sich nur manchmal bis selten (politisch) engagiert (vgl. Gabriel 1997: S. 456).

Neben klassischen Formen der Beteiligung von direkter Demokratie (Volksentscheide, Referenden und Bürgerbegehren etc.) ist seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts weltweit eine Ver-

¹² Keine Zeit, falsches Thema, fehlende Motivation, (zeitweiliger) Beteiligungsüberdruß etc.

breitung von innovativen¹³ Formen der Bürgerbeteiligung – sowohl bei politischer als auch sozialer Beteiligung – zu beobachten. Die Arten bürgerschaftlichen Engagements sind zunehmend themenbezogen und zeitlich begrenzt, weniger an politische Parteien gekoppelt und direkter auf persönliche Interessen zugeschnitten (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 10). Bürgerbeteiligung soll und kann existierende Modelle der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen, doch sie kann eine konstruktive Ergänzung bilden (vgl. Goodin 2008).

Bürgerbeteiligung ist zwar ein elementares Grundrecht der Demokratie mit rechtlichen Verankerungen (siehe Kapitel 3.1.3), woraus sich jedoch kein Beteiligungszwang ableitet: Das Grundgesetz (GG) garantiert die Freiheit, dass Menschen das Recht haben, sich mit Angelegenheiten nicht zu befassen. Bürger dürfen wählen, sind dazu aber nicht verpflichtet, ebenso dürfen sie sich beteiligen oder davon absehen (vgl. Eisel 2016: S. 271 ff.). Obschon gesetzliche Grundlagen bestehen und die Bedeutung von Beteiligung in Kapitel 3.1.1 deutlich wird, gibt es vielfältige Konnotationen mit dem Begriff *Beteiligung*. Um ein einheitliches Verständnis dieser Bezeichnung zu erhalten, erfolgt eine Begriffsbestimmung im anschließenden Kapitel.

3.1.2 BEGRIFFSBESTIMMUNG

Bürgerbeteiligung ist ein Sammelbegriff und aus sozialer oder politischer Perspektive zu betrachten (siehe Kapitel 3.1.1). Für die vorliegende Arbeit wird sich an dem sozialen Mitwirkungsbegriff orientiert, was unter anderem daran liegt, dass es sich bei der Untersuchungspopulation um Jugendliche handelt, die je nach Alter, Bundesland und Wahlaltergrenze nicht wählen oder gewählt werden dürfen. Sie scheiden für konventionelle Formen politischer Beteiligung weitgehend aus (siehe Kapitel 3.4.3). Außerdem herrscht unter Jugendlichen Politik(er)verdrossenheit, welche jedoch nicht zwangsläufig mit einer ausnahmslosen Verdrossenheit für andere Beteiligungsformen zusammenhängt (vgl. Brüninghoff 2018). Nur weil Jugendliche mit der aktuellen Politik und/oder den Politikern nicht konform sind, heißt das nicht, dass sie nicht anderweitig an öffentlichen Mitwirkungsangeboten teilnehmen. Zudem ist der politische Blickwinkel in dieser Arbeit von geringfügiger Relevanz.

¹³ Für die Innovationsgruppe bedeutet *innovativ*, dass es sich um neuartige oder als neuartig wahrgenommene Ideen oder eine neue Kombination existierender Ideen handelt. Erst die Einführung und Umsetzung macht eine neue Idee respektive Erfindung zu einer Innovation. Beim UR-Forschungsprojekt wurde ergänzend der Anspruch erhoben, Innovationen zu entwickeln, die der sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimension von Nachhaltigkeit entsprechen (vgl. Institut für Verkehrsplanung und Logistik 2019: S. 79 ff.).

Angesichts des Vergleiches verschiedener Definitionsansätze¹⁴ ergab sich eine beispielhafte Definition des Partizipationsbegriffes:

„[lat.: Teilhabe] Allg.: [Partizipation] bezeichnet die aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten beziehungsweise der Mitglieder einer Organisation, einer Gruppe, eines Vereins etc. an den gemeinsamen Angelegenheiten. Spez.:

- 1) P. bezeichnet die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Willensbildungsprozessen, insbesondere an Wahlen und Referenden.
- 2) In einem rechtlichen Sinne bezeichnet P. die Teilhabe der Bevölkerung an Verwaltungsentscheidungen“ (Schubert; Klein 2001).

Für Fatke (2007) ist Partizipation beziehungsweise Beteiligung mehr als Teilnahme, obwohl die Bezeichnung aus dem Lateinischen stammend, in der Regel mit *Teilnahme* übersetzt wird. Dieses Verständnis ist ein Grund, warum es Erwachsene und Beteiligter gibt, die unter Partizipation von Kindern und Jugendlichen lediglich verstehen, ihnen Gehör zu schenken und sie nur oberflächlich in Planungs- beziehungsweise Entscheidungsprozesse einzubeziehen (vgl. Fatke 2007: S. 19f.).

Der Begriff *Partizipation* beschreibt den **aktiven** Part von Mitwirkung im Rahmen der Bürgerbeteiligung, daneben gibt es die reine Informationsvermittlung, die den anderen Teil, die **passive** Beteiligung, ausmacht¹⁵ (siehe Abbildung 3). Beide Teile sind bedeutsam, aber der aktive Teil



Abbildung 3: Partizipation in der Beteiligung
Quelle: Eigene Darstellung

muss überwiegen. Allenfalls sind die Grenzen zwischen Information und aktiver Beteiligung fließend (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 32). Kaase (1995) betont die Freiwilligkeit: Bürgerbeteiligung „umfasst demnach alle Tätigkeiten, die Bürger auf freiwilliger Basis unternehmen, um Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen. Sie wird als instrumentelle, zielgerichtete und aktive Handlung im Sinne der Teilnahme an dem politischen Prozess der Meinungs- und Willensbildung sowie Entscheidungsfindung verstanden“ (Kaase 1995: S. 521). Die beiden Aspekte der Beteiligung werden insgesamt primär danach unterschieden, inwieweit sie einem formell, rechtlich festgelegten Weg folgen (vgl. Baumann et al. 2004: S. 6).

¹⁴ Beispielsweise: Nanz; Fritsche 2012: o. A.; Beteiligungskompass 2 2015; BMVI 2014; Paust 2016a.

¹⁵ Im Laufe dieser Arbeit wird demnach der Begriff *Beteiligung*, nicht *Partizipation* verwendet, da gemeinhin von aktiver und passiver Beteiligung die Rede ist.

Bürgerbeteiligung ist die Gelegenheit, dass Bürger, die am Ende der Mitwirkung stehende Entscheidung durch eigenes Handeln, Aussagen oder Einsprüche unmittelbar mitbeeinflussen können, was in Deutschland rechtlich verankert ist (vgl. Vetter 2008: S. 10).

3.1.3 RECHTLICHE GRUNDLAGEN

In der räumlichen Planung gibt es eine Vielzahl von gesetzlich geregelten Planungs- und Zulassungsverfahren in Bezug auf Bürgerbeteiligungen. In manchen Rechtsbereichen beziehungsweise Verfahrensstufen können sie nur auf die in ihren Rechten Betroffenen legitimiert sein. Das deutsche Planungssystem besteht im Sinne der Raumordnung auf Bundes-, Landes- und Regionalplanungs- sowie kommunaler Ebene. Auf allen gesellschaftlichen und verwaltungstechnischen Ebenen ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit realisierbar. Auf Ebene der Kommunen wird Planung so konkret, dass dort Planungs- und Genehmigungsverfahren für Einzelobjekte (Gebäude- oder Straßenplanung, Marktplatz oder Parkanlagen etc.) praktiziert werden. Da der räumliche Bezug vielfach deutlich erkennbar ist, wird auf kommunaler Ebene Beteiligung der Bevölkerung von Akteuren durchweg wahrgenommen und angenommen. Für Infrastrukturprojekte mit übergeordneter Bedeutung (etwa Autobahnen, Mülldeponien oder Stromtrassen) sind die jeweiligen Fachplanungen zuständig, für die in Planfeststellungsverfahren eigene Regeln und Beteiligungsverfahren gelten, weil sie sich zumeist regional oder überregional auswirken (vgl. Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW 2014: 15).

Bei allen Bauleitplanverfahren, das impliziert Flächennutzungs- und Bebauungspläne, wird eine zweistufige Öffentlichkeitsbeteiligung durch kommunale Akteure¹⁶ durchgeführt. In der ersten Phase ist es Aufgabe von Kommunen, ihre Bürger „möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; [der Öffentlichkeit] ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben. Auch Kinder und Jugendliche sind Teil der Öffentlichkeit [...]“ (§ 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)). Daraufhin hat die Bevölkerung die Möglichkeit zur persönlichen Stellungnahme. Manche Kommunen führen in dieser Phase Informationsübermittlung mittels Aushängen im Rathaus durch, andere gestalten Bürgerversammlungen und zunehmend wieder andere veröffentlichen ihre Planungen ergänzend im Internet (vgl. Institut für den öffentlichen Sektor e.V. 2017). Das BauGB befasst sich mit Formen der Bürgerbeteiligung die in der Regel als

¹⁶ Die Bezeichnungen *Akteure*, *Beteiligter* und *Beteiligte* werden in Kapitel 3.3.4 erläutert.

öffentliche Informationsveranstaltungen und Planauslegungen umgesetzt werden. Zu den Plänen können Bürger, Verbände und Behörden Stellungnahmen abgeben sowie Einwände oder Anregungen vortragen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 13). Beteiligung der Öffentlichkeit in der Bauleitplanung ist deutlich anspruchsvoller als in der Planfeststellung, in der sie teilweise sehr vereinfacht durchgeführt wird¹⁷ (vgl. Fürst; Scholles 2008: S. 166).¹⁸

Ursprünglich entstammt der Begriff *Bürgerbeteiligung* der kommunalen Planung. In der seit 1987 geltenden Fassung des BauGBs lautet der maßgebliche § 3, der Bürgerbeteiligung explizit nennt:

„§ 3 Beteiligung der Bürger

- (1) Die Bürger sind möglichst frühzeitig über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung, sich wesentlich unterscheidende Lösungen, die für die Neugestaltung oder Entwicklung eines Gebiets in Betracht kommen, und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung öffentlich zu unterrichten; ihnen ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

In der Neufassung von September 2004 heißt es:

§ 3 Beteiligung der Öffentlichkeit

- (1) Die Öffentlichkeit ist möglichst frühzeitig ... zu unterrichten; ihr ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben“ (Baumann et al. 2004: S. 6 f.).

Die Substitution der Bezeichnung *Bürger* durch *Öffentlichkeit* ist bedeutsam und hat folgenden Grund: Kinder gelten in Deutschland nicht als Bürger, sondern als Einwohner.¹⁹ Ein **Bürger** ist ein Angehöriger eines Staates beziehungsweise einer Kommune. Aus der Staatsangehörigkeit resultieren bürgerliche Ehrenrechte (Rechte und Befugnisse) vergleichbar dem aktiven und passiven Wahlrecht. Aus den jeweiligen Gemeindeordnungen der deutschen Bundesländer geht der Unterschied zwischen Einwohnern und Bürgern hervor: Aus dem unterschiedlichen Status ergeben sich andersgeartete Rechte und Pflichten. Im § 11 der Kommunalverfassung Brandenburgs, Sätze 1 und 2 heißt es beispielsweise:

¹⁷ Die Planfeststellung ist ein in gesetzlich angeordneten Fällen durchzuführendes besonderes Verwaltungsverfahren. Sie beurteilt die Zulässigkeit raumbedeutsamer Vorhaben und Infrastrukturmaßnahmen. Planfeststellung wird in der Fachplanung durchgeführt wie bei Hochspannungstrassen oder bei Müllverbrennungsanlagen. Die Raumbedeutsamkeit definiert sich nach § 3 Abs. 1 Nr. 6 Raumordnungsgesetz.

¹⁸ Weil es sich hierbei nicht um Beteiligung von Planfeststellungsverfahren handelt, wird darauf verzichtet, weiter auf diese Verfahren einzugehen.

¹⁹ „Die Unterscheidung von Menschen- und Bürgerrechten gehört zu den zentralen Merkmalen nationalstaatlicher verfasster Gesellschaften“ (Olk; Roth 2007: S. 42). Menschenrechte gelten universell; Nationalstaaten billigen ihren Bürgern besondere Rechte zu, die Nicht-Bürger nicht haben wie das Wahlrecht. Diese so genannte *Citizenship* ist aktuell ein hochkontroverses Thema. In dem klassischen Verständnis der *Citizenship* werden Kinder und Jugendliche weitgehend ausgeschlossen (vgl. ebd.).

- „(1) Einwohner der Gemeinde ist, wer in der Gemeinde seinen ständigen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.
- (2) Bürger der Gemeinde ist, wer zu den Gemeindewahlen wahlberechtigt ist“
 (Kommunalverfassung des Landes Brandenburg).

Das Wahlrecht besitzen allerdings **Kinder/Jugendliche** bis zum 16. respektive 18. Lebensjahr, je nach Wahlart nicht. Deswegen wurde in einschlägigen Gesetzen im Zusammenhang mit Beteiligung der Begriff **Bürger** durch **Öffentlichkeit** ersetzt, der alle Menschen in Deutschland einschließt (vgl. Politische Bildung Brandenburg o. J.). Es können sich nicht nur private Personen an Planungsentscheidungen beteiligen, denn zur Öffentlichkeitsbeteiligung zählen desgleichen natürliche oder juristische Personen, vergleichsweise Unternehmen, Vereine, Verbände oder sonstige Organisationen (vgl. Danielzyk et al. 2003: S. 17). Öffentlichkeitsbeteiligung ist jedoch nicht nur unter einem rechtlichen und verwaltungs- beziehungsweise planungspraktischen Kontext zu betrachten, sondern kongruent unter dem Aspekt aktueller Forschung zu thematisieren, was im anreihenden Kapitel geschieht.

*Zu hinterfragen ist, ob **Öffentlichkeitsbeteiligung** einer **neuen Rechtsgrundlage** bedarf, damit sie an Stellenwert gewinnt und fester Bestandteil öffentlicher Prozesse wird. Dafür spricht, dass durch festgelegte Standards garantiert würde, dass Einwohner gehört oder angemessen beteiligt werden. Dagegen spricht, dass eine Überregulierung, Einschränkung des Dialogs zwischen Beteiligten und Beteiligten hervorruft sowie Freiwilligkeit untergräbt, was zu einer sinkenden Motivation und Effektivität führen könnte.*

3.2 ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG IM AKTUELLEN FORSCHUNGSKONTEXT

Dieses Kapitel legt dar, an welchen Schnittstellen die vorliegende Arbeit an aktuellen Forschungspunkten anknüpft. In den vergangenen Jahren gab es zu Fragestellungen rund um Beteiligungen zahlreiche Diskussionen auf wissenschaftlicher und praktischer Ebene. Derweil existieren Praxisprojekte²⁰ und Forschungsvorhaben sowie dazugehörige Berichte, wobei vorwiegend Best-Practice-Beispiele genannt werden, jedoch erfolgt selten eine Umsetzung der Projekte in die Praxis²¹ (vgl. Stange 2013: S. 13). „Partizipative Formate [...] ermöglichen einer dialogorien-

²⁰ Beispielsweise gibt es eine Online-Karte, auf der positive Beispiele von Projekten in ganz Deutschland aufgelistet sind, in denen sich Jugendliche digital beteiligen können. Bei Klick auf einen Pin in der Projektlandkarte gibt es weiterführende Informationen über die Projekte und deren Ziele (vgl. DJKS o. J.). Aktuell weist die Karte rund 35 Projekte auf (Stand: Juni 2020).

²¹ Mit Praxis sind in diesem Fall Kommunalverwaltungen gemeint. Sie sind der Teil der öffentlichen Verwaltung, der als Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltung sowie als Zweckverband in ihrer Eigenschaft als

tierten Wissenschaftskommunikation vielfältige Chancen“ (Wissenschaft im Dialog 2011: S. 9). Wissenschaftler bringen ihr Faktenwissen, (Forschungs- und Berufs-) Erfahrung und ihren Sachverstand ein, Erwachsene, Kinder und Jugendliche fügen ihre Meinungen, Erwartungen, spezifische (Alltags-) Erfahrungen und Wertorientierungen hinzu. Wissenschaftler analysieren Prozesse und Pläne mitsamt Verfahren und entwickeln sie ggfs. weiter, verbessern oder bearbeiten sie neu. Bislang sind diese partizipativen und dialogorientierten Elemente der Wissenschaftskommunikation in Deutschland jedoch häufig nicht deutlich ausgeprägt (vgl. Wissenschaft im Dialog 2011: S. 9).

Bürger-/Öffentlichkeitsbeteiligung wird unter anderem aufgrund befindlicher Unklarheiten des Begriffs (siehe Kapitel 3.1.3) vor allem in der Stadtentwicklungsforschung als Erwachsenenbeteiligung verstanden. Dabei ist die spezielle Mitwirkung junger Zielgruppen nicht nur für die Praxis, sondern deckungsgleich für die Wissenschaft relevant. Es gibt zwar Berichte innerhalb angewandter Planungswissenschaften über Jugendarbeit und Jugendbeteiligungen, doch diese haben mehrheitlich keinen wissenschaftlichen Anspruch. So zeigt sich bei der in Kapitel 6.2.1 dargestellten Literaturanalyse, dass es schwierig ist, Beiträge aus hochrangigen wissenschaftlichen Journals zu finden. Ferner gibt es Erhebungen über kommunale Beteiligungsprojekte, jedoch, ohne dass Rahmenbedingungen, Nutzung und Wirkung untersucht wurden (vgl. Fatke 2007: S. 29).

Die Beteiligungswissenschaft stellt in Deutschland noch immer Neuland dar, wenngleich beispielsweise aus den USA und Österreich Forschungsansätze übertragen werden. Wenn es neue Forschungsansätze gibt, ergeben sich Impulse aus der Jugend- und Sozialisationswissenschaft, Jugendhilfeplanung, Hilfen zur Erziehung in der Heimerziehung, Erziehung in Familien etc., aber selten aus der Planungspraxis (vgl. BertelsmannStiftung 2010: o. A.; Stange 2012a: S. 8). Die Bertelsmann Stiftung bemerkte bereits 2009, dass der Stand der Entwicklung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch einzelne Beteiligungshergänge unzureichend ist, was Praxisbeispiele sind, die sich mit ihren positiven Merkmalen und (Teil-) Erfolgen „von der grauen Wirklichkeit des [Beteiligungs-]Geschehens abheben“ (BJK 2009: S. 22). Dies hat sich bislang nur geringfügig gebessert (vgl. Interview Stange 05.03.18). Es gibt nur wenige negative publizierte Beispiele, doch auch aus nicht erfolgreich verlaufenden Beispielen ergeben sich Lerneffekte für die Wis-

Behörde beziehungsweise Verwaltungsträger die kommunale Hoheitsgewalt ausübt. Hier ist von der Stadtverwaltung Göttingen oder der Landkreisverwaltung von Göttingen Osterode a. H. die Rede. Gegenüber ist die Wissenschaft, welche durch Theorie, nicht durch Praxis definiert ist. Sie sollte eine Verbindung zur Praxis herstellen, also eine Anwendung von Forschungserkenntnissen ermöglichen. Die Wissenschaft wiederum sollte diese praktische Anwendung im Nachgang reflektieren.

senschaft, würden Fehler publik gemacht und analysiert werden (vgl. Ganguin; Sander 2005: S. 222 ff.).

Im Bereich der Evaluation von Beteiligungsverfahren in Deutschland sieht es ähnlich aus. Hier besteht keine konsequente Evaluationskultur, sondern nur Projekte, die am Ende vor allem für Beteiligter erfolgreich verliefen, werden evaluiert und öffentlich publiziert (vgl. Böttcher 2014: S. 73 f.; Interview Stange 05.03.18). Andere Nationen führen dies energisch durch und erkennen Schwachstellen, wofür England ein gutes Beispiel ist. Für englische Forscher sind Evaluationen selbstverständlich und ihnen sind keine (negativen) Evaluationen oder anderweitige negative Beiträge über Beteiligungen in Deutschland bekannt (vgl. Interview Stange 08.02.18). Gibt es Veröffentlichungen zu Evaluationen, wird allgemein und vorwiegend positiv formuliert, um keinen Misserfolg einer durchgeführten Beteiligung zu bekunden (vgl. Interview Stange 05.03.18). Darüber hinaus sind in der Literaturrecherche keine relevanten Forschungen unter dem Aspekt von Kinder- und Jugendbeteiligungen mittels digitaler Medien aufzufinden, sondern nur Berichte über erfolgreich verlaufende Beteiligungsprojekte aus dem Ausland.

Durchweg ist die sozialwissenschaftliche Forschung im Zusammenhang von Medien, Kommunikation und individueller Lebensführung im deutschsprachigen Raum umfangreich, aber nicht im Bereich der Kinder-/Jugendbeteiligung und digitaler Medien. Das Spektrum an medienpädagogischen Studien ist überschaubar; dort wird unter anderem eruiert, inwieweit Medien die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigen oder fördern können und der Forschungsbedarf ist aufgrund der Ausdifferenzierung der Medien derzeit sehr vielfältig, sodass er nicht hinreichend von Forschungseinrichtungen gedeckt werden kann. Medienforschung in Hinblick auf Kinder- und Jugendbeteiligungen wird hingegen so gut wie gar nicht betrieben obwohl Wissenslücken für die Forschung in Bezug auf Online-Beteiligungen vorhanden sind (vgl. BMFSFJ 2013: S. 24 ff.). Wissenschaftler betrachten vermehrt negative Aspekte der Mediennutzung. Jugend(medien)schutz ist ohne Frage ein elementares Thema, jedoch werden überwiegend Probleme und weniger Chancen thematisiert, weswegen auch dort Untersuchungsbedarf besteht (vgl. Lutz et al. 2012: S. 16). Internetbasierte Mitwirkung setzt bestimmte Medientechnologien voraus, deren Rolle in der Strukturierung von Nutzungsweisen bislang kaum verstanden wird. Es fehlt an Studien, die techniksoziologische oder kritische informatische Perspektiven mit denen der Jugendsoziologie und politikwissenschaftlicher Beteiligungsforschung verbinden (vgl. Schmidt 2015: S. 14). Das JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis greift beispielsweise seit 1949 mit Medien und medialen Phänomenen, Trends, Chancen und mögliche Komplikationen aus Sicht von Kindern und Jugendlichen, auch im Kontext von Beteiligung und

politischen Interessen, auf. Jedoch steht weniger die Beteiligung im Vordergrund, als eine breite, umfassende sowie nachhaltige Förderung von Medienkompetenz (vgl. jff o. J.). Es ist ersichtlich, dass diesbezüglich in der Forschung etwas passiert, aber es bestehen immer noch große Lücken, was Wirkungsweisen anbelangt (vgl. Interview Behr 30.04.2018).

Kinder werden aktuell mehr in kommunale Planungsgebiete der Stadtplanung, Stadtentwicklung, Stadtteilsanierung involviert, vergleichsweise in die Verkehrsplanung (Verkehrswegegestaltung, Radwegeplanung und Schulwegsicherungen) als dass Jugendliche bei diesen Themen einbezogen werde. Beteiligung vollzieht sich zudem in Schulen²² oder in Kindertagesstätten²³. Der Bereich der Medien- und Kulturarbeit in der Beteiligung kleinerer Kinder ist teilweise vorbildlich: Zum Beispiel in Videoprojekten, bei verschiedenen Kindernachrichtensendern oder bei der selbst organisierten Gestaltung von Internetseiten durch ältere Kinder. Im Fokus liegen für die pädagogische Forschung relevante Lerneffekte, die aus solchen Verfahren resultieren und die Beeinflussung auf die künftige Entwicklung, worüber deutlich mehr publiziert wird (vgl. Stange 2010: o. A.).

In Bezug auf Jugendliche gibt es wenige Versuche, Beteiligungsprozesse online durchzuführen und darüber zu forschen (vgl. Ertelt 2012: S. 82). Mittlerweile liegen bei der Kinder- und Jugendbeteiligung empirische allgemeinere Untersuchungen und Studien vor, aus denen Aussagen zur Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen ableitbar sind, vergleichbar Untersuchungen von Gert Pickel, vielzählige Shell-Studien oder die Freiwilligensurveys²⁴ (vgl. Andresen et al. 2019: S. 51). Aber diese Studien fokussieren weniger die Beteiligung, wie sie hier verstanden wird, sie handeln stärker von der Abfrage von Informationen im Sinne einer Ein-Wege-Kommunikation (siehe Kapitel 3.3.3). Den Transfer von Praxisprojekten in die Wissenschaft und umgekehrt, müssen Interessierte regelrecht suchen (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018; Interview Flügge 06.09.2018). Die Beteiligungstheorie hat Forschungs- und Handlungsbedarf, die Ursachen der zwiespältigen E-

²² Schülerparlamente, Klassen- und Schülerräte, Mitbestimmung bei Inhalten und Formen des Lernens, Projektwochen, Schulfesten, Klassenreisen und Strukturen des Schullebens (Regeln, Einrichtung des Klassenzimmers, Sitzordnung).

²³ Beteiligung an der Festlegung von Themen und Arbeitsformen, Spielen, Projekten, Schulhofgestaltungen, Ausflügen oder der Entwicklung von Einrichtungsstrukturen (Regeln, Zeitrhythmen, Hausordnungen, Diensten).

²⁴ Der Deutsche Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Befragung, die sich an Personen ab 14 Jahren richtet und zum Thema *freiwilliges Engagement* befragt (vgl. Pickel 2002: o. A.).

Partizipation²⁵ sowie der Öffentlichkeitsbeteiligung zu analysieren und Maßnahmen für ein positives Bild zu entwickeln und vor allem den Praxisbezug zu bewirken (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 35).

Projekte, in denen Menschen außerhalb der Wissenschaft in allen Projektphasen gleichrangig beteiligt werden, sind vereinzelt vorzufinden. Aus dem Grunde liegen bislang insgesamt für partizipative Forschungen keine Standards vor, an denen sich je nach Beteiligungsverlauf orientiert werden kann. Zudem erfolgt keine transparente Übermittlung seitens der Praxis über Mitwirkungsverfahren und deren Ergebnisse, Potenziale und Grenzen von Beteiligung an die Forschung. Dass Jugendliche als Experten ihrer Angelegenheiten (an)erkannt und gleichrangig wie Erwachsene in der Wissenschaft befragt werden, ist eine vergleichsweise neue Herangehensweise²⁶. Gegenüber Aussagen von Kindern und Jugendlichen gibt es Vorbehalte bezüglich ihrer Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit. Berichten oder Daten von Jugendlichen in ausgefüllten Fragebögen wird erfahrungsgemäß weniger Validität zugesprochen und die Qualität der Forschung in Frage gestellt (vgl. Andresen et al. 2019: S. 50). Jugendliche werden zu wenig ernst genommen und die Meinung eines Erwachsenen ist *mehr wert*, weil dieser mehr reflektiert hat und Dinge besser entscheiden kann, als ein Jugendlicher (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Das Eingrenzen auf einzelne Zielgruppen, entsprechend Jugendlichen, weist Defizite auf, derer sich Wissenschaftler annehmen müssen. Online-Medien bieten diesbezüglich vielfältige Optionen, die kaum systematisch erfasst und erprobt wurden und daher stark im Interesse der wissenschaftlichen Forschung liegen (vgl. Wagner et al. 2013: S. 21 f.).

Pauli (2006) erkannte, dass in wenigen gesellschaftlichen Funktionsbereichen die Öffentlichkeitsbeteiligung so explizit geregelt ist, wie in der Stadtplanung. „Es erstaunt daher, dass weder die politische Beteiligungsforschung noch Systemtheoretikerinnen und -theoretiker sich dieses Bereiches bisher wirklich umfassend gewidmet haben“ (Pauli 2006: S. 1). Trotzdem ist sie in der Wissenschaft ein Randbereich, denn es fehlt an detaillierten empirischen Einblicken und eingehenden Untersuchungen. Von Interesse sind unter anderem Forschungsbilanzen in Bezug auf das Verhältnis von Zielen und passenden Instrumenten sowie die Wirkung von Beteiligungsprozessen auf teilnehmende Erwachsene, Kinder und Jugendliche. Zudem ist die Ausgestaltung von

²⁵ Unter *E-Partizipation*, *ePartizipation* oder auch *Online-Partizipation* ist die Nutzung des Internets zu Beteiligungszwecken zu verstehen (vgl. Scholl 2011: S. 34; siehe Kapitel 5). Das schließt Informationsübermittlung ein, weswegen der Begriff *E-Partizipation* hier weiterhin Verwendung findet.

²⁶ Studie Children's Worlds+ Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland der BertelsmannStiftung 2019; vgl. BertelsmannStiftung 1 2019.

jenen Prozessen notwendig, um in der Wissenschaftskommunikation für alle Seiten aussichtsreich zu sein (vgl. Wissenschaft im Dialog 2011: S. 10). Die Ursache, ob kein Bedarf oder keine Ressourcen für Beteiligungsforschung oder keine Interessen seitens der Adressaten vorhanden sind, ist unbekannt. Ein Grund ist die Sichtweise auf und der Stellenwert von Beteiligung. Einerseits gilt das Thema nicht mehr als maßgebend und als nicht mehr präsent, andererseits gibt es einen Überdruß an Beteiligung, fraglich daher, ob zu viel, ausreichend oder zu wenig beteiligt wird (vgl. Selle 2012: S. 12).

Es gibt Befürworter der öffentlichen Mitwirkung Erwachsener, die aber keine Kinder- und Jugendbeteiligung praktizieren. Sie sehen Kinder und Jugendliche nicht als Träger eigener Rechte an. Es ist kein in sich geschlossenes, ganzheitlich angelegtes Gesamtkonzept von Beteiligung beziehungsweise der Kinder- und Jugenddemokratie für alle Ebenen und Situationen zu erkennen. Die Rahmenbedingungen für Kinderbeteiligung sind unzureichend entwickelt und schränken eine eventuelle (Weiter-) Entwicklung ein (vgl. Stange 2012a: S. 21). Es besteht eine Kluft zwischen dem Anspruch und politischen Absichtserklärungen einerseits und der Handhabung der Beteiligung andererseits. Entgegen der Vielzahl von Projekten und der wachsenden Bedeutung dieses Themas in der Fachdiskussion, stellt das Bundesjugendkuratorium fest, „dass eine strukturelle Nachhaltigkeit im Sinne verlässlicher, situations- und personenunabhängiger Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche bislang nicht entstehen konnte“ (BJK 2009: S. 4). Empirische Studien belegen, dass die meisten Kinder und Jugendlichen nicht über ausreichende Möglichkeiten verfügen „sich an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, zu beteiligen“ (ebd.).

Hinderlich für die Forschung sind bestehende Vorbehalte und Kritik innerhalb der Beteiligungswissenschaft beispielsweise bezüglich der Teilnehmenden. Neben altersspezifischen gibt es soziale und milieuspezifische Vorbehalte²⁷ bei der Einbeziehung in Forschungsprozesse. Mehrfach beanstandet wurde, dass Erkenntnisse der Psychologie oftmals auf Basis der Befragung von Studierenden als Teilnehmende entstanden und nicht auf Basis weniger gebildeter und jüngerer Menschen. Minderheiten der Bevölkerung, wozu auch Kinder und Jugendliche zählen, erhalten seltener die Gelegenheit, im Rahmen von Forschung gehört zu werden (vgl. Andresen et al. 2019: S. 51). Obwohl diese Kritik nicht unbegründet ist, darf nicht vergessen werden, dass sich

²⁷ Unter *sozialem Milieu* wird in dieser Arbeit das soziale Umfeld sowie die Umgebung, in der ein Mensch lebt und die ihn prägt verstanden. Die Gesellschaft weist nach wie vor eine vertikale Struktur auf: Soziale Milieus sind unter anderem abhängig vom Bildungsgrad, Einkommen und von der beruflichen Stellung. Das gilt auch für den *Lebensstil* – ein weiterer Begriff der die Gesellschaft in Gruppen einteilt (vgl. BBP 5 2006).

unter allen gesellschaftlichen Schichten gleichermaßen zahlreiche Menschen befinden, die sich nicht beteiligen möchten und somit aus freien Stücken der Forschung entziehen. Teilweise trauen sie sich nicht, sich zu beteiligen, haben kein Interesse, fühlen sich nicht betroffen und benötigen spezifische Auskünfte und Motivation. Für viele liegen ihre persönlichen Belange woanders oder sie sind nicht an Themen ihrer Umwelt interessiert, die gegenwärtig zur Beteiligung einladen. Daher ist es für die Beteiligungsforschung auch nicht leicht, vor allem Jugendliche zu untersuchen, wie sich auch in den folgenden Kapiteln, ab Kapitel 6 zeigt.

Die Forschungsdefizite bei Themen vergleichbar *Jugendliche in der Beteiligung, unter anderem zur Daseinsvorsorge und Online-Formate* sind derart groß, dass es notwendig erschien, eine qualitative und quantitative Untersuchung diesbezüglich durchzuführen. Die Untersuchung erforscht bisher nicht thematisierte Einflussgrößen, die komplexe Beteiligungsverfahren entscheidend prägen. Aktuell gibt es noch keine kohärente und konsistente Theorie der Beteiligung in Bezug auf Kinder und Jugendliche. Diese müsste die bislang wenigen, empirischen Nachweise integrieren, die angeben, welche Parameter²⁸ auf welche Weise auf das Beteiligungsverhalten von jungen Menschen Einfluss nehmen (vgl. Fatke 2007: S. 35). Das demonstriert, dass Beteiligungsforschung, speziell im Hinblick auf Kinder und Jugendliche, nicht allein von einer Fachdisziplin erfasst werden kann. Es bedarf einer interdisziplinären Forschung, um alle Facetten darzulegen. Bestehende relevante theoretische Grundlagen von Öffentlichkeitsbeteiligung werden im folgenden Kapitel erläutert.

3.3 THEORETISCHE GRUNDLAGEN DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

So unterschiedlich die Bezeichnung *Öffentlichkeitsbeteiligung* auszulegen ist, entsprechend verschieden sind Funktionen und Voraussetzungen und letztendlich die Ziele von Beteiligungen. Worum es sich handelt und worin sie sich unterscheiden, wird im Folgenden dargelegt. In Abbildung 4 werden Funktionen und Voraussetzungen für Beteiligungsprozesse illustriert. Es können und müssen nicht immer alle Voraussetzungen gegeben sein, damit Funktionen erfüllt werden, weil ohnehin nicht immer allen Funktionen entsprochen werden kann. Die Funktionen und Voraussetzungen aus den beiden folgenden Unterkapiteln haben angesichts der unterschiedlichen Höhendarstellungen keine hierarchische Bedeutung. Alle Funktionen im oberen Teil der Grafik

²⁸ Beispielsweise soziokulturelle, entwicklungspsychologische oder politische Einflussgrößen.

(gekennzeichnet in **Dunkeltürkis**) und alle Voraussetzungsbausteine im unteren Teil (gekennzeichnet in **Hellblau**) sind gleichgewichtet.



Abbildung 4: Funktionen und Voraussetzungen für Öffentlichkeitsbeteiligung
Quelle: Eigene Darstellung

3.3.1 Funktionen von Öffentlichkeitsbeteiligungen

Beteiligung kann die Vorbereitung und Umsetzung von planerischen Maßnahmen wie Bauleitplänen, Platzgestaltungen etc. verbessern (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 22). Es kann komplex werden, für jeden Mitwirkungsprozess Funktionen verständlich zu definieren und die Funktionen zu erreichen. Desgleichen lassen sich vielfach Funktionen mit Zielen von Beteiligungen gleichsetzen. Auf die Art kann mit ihrer Unterstützung eine **inhaltliche Rückkopplung** mit den Wünschen von Beteiligten möglich und eine höhere Responsivität getroffener Entscheidung seitens der dafür zuständigen Akteure sichergestellt werden. Kuhn fasst dies in einem repräsentativen System als eine „legitimierende, kontrollierende, vermittelnde, integrative und Effizienzsteigernde Systemfunktion“ (Kuhn 2006: S. 29) zusammen. Den Kern bildet der Austausch von Argumenten, was eine gemeinschaftliche Willensbildung fördert und idealerweise anschließend in einer konsensualen Entscheidungsfindung endet. „In Diskussionen wägen die Beteiligten alternative Positionen ab unter der Prämisse, andere Standpunkte zu berücksichtigen“ (Nanz; Fritsche 2012: S. 11).

Der **Schutz von Rechten** bewirkt, dass Beteiligungsangebote in Gesetze aufgenommen wurden, um private Rechte zu schützen, relevante Aspekte für die planerische Abwägung zu ermitteln und Rechtskraft zu erlangen. Auf Grund des planerischen Abwägungsgebotes müssen öffentliche und private Belange gerecht gegeneinander und untereinander abgewogen und diesbezüglich alle erkennbaren Belange berücksichtigt werden (vgl. § 1 Abs. 7 BauGB). Eine Öffentlichkeitsbeteiligung ist notwendig, um Beteiligten die Gelegenheit zu geben, Einwände in den Abwägungsprozess einfließen zu lassen. Selbst wenn nicht auf jeden Einwand eingegangen wird, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch alle entscheidungsrelevanten Belange berücksichtigt werden (vgl. Danielzyk et al. 2003: S. 18 f.). Die Garantie des Eigentums ist zu gewährleisten, wenn Eigentumsrechte durch die Stadt- und Verkehrsplanung tangiert werden (vgl. Artikel 14 Abs. 1 GG). Eigentümern werden früh Informations- und Einspruchsrechte in gesetzlich geregelten Verfahren zugesprochen (vgl. Selle 2010: S. 357). In Anbetracht des Fakts, dass mit öffentlichen Plänen und Satzungen, sofern erst einmal beschlossen, Tatsachen festgesetzt werden, müssen Betroffene die Chance haben, vor Rechtskraft des Planes, ihre Rechte zu wahren. Insbesondere dann, wenn Planungen beziehungsweise deren Umsetzung schwer rückgängig zu machen sind (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 21).

Aktuelle Governance-Praktiken²⁹ machen die Beteiligungsbedeutung der Zivilgesellschaft unmissverständlich (vgl. Grove et al. 2012: S. 180 f.). Öffentlichkeitsbeteiligung kann als ein **Frühwarnsystem** betrachtet, mit dem potenzielle Probleme oder Widerstände gegenüber der Planung frühzeitig erkannt werden (vgl. Naßmacher; Naßmacher 1999: S. 355). Beteiligung dient somit der **Konfliktverringering im Voraus**. Hier spielt vorrangig ebenfalls die Vermeidung von (aufkommenden) Konflikten eine Rolle, da Entscheidungen, die gemeinsam getroffen und von der Mehrheit der Menschen mitgetragen werden, reibungsloser umzusetzen sind (vgl. Adam 2011: S. 155; Selle 2013: S. 177). Vielfach bestehen jahrelang Misstrauen und Ablehnung gegenüber Verfahren verantwortlicher Stellen. Dies kann durch Beteiligung vermindert werden, wodurch ebenfalls langen Verzögerungen angesichts gerichtlicher Verfahren vorgebeugt wird beziehungsweise **Verfahren beschleunigt** werden. Dadurch können ausführende Akteure **Zeit und Kosten sparen** (vgl. Krautzberger 2013: S. 1).

²⁹ Governance (lat. = steuern) wird allgemein übersetzt als Regierungs-, Amts- beziehungsweise Unternehmensführung, auch Lenkungsform. Das Wort bezeichnet das Steuerungs- und Regelungssystem im Sinne von Strukturen (Aufbau- und Ablauforganisation) eines Staat, einer Verwaltung, Gemeinde und privaten oder öffentlichen Organisation (vgl. Kohler-Koch; Rittberger 2006: S. 27 ff.).

Für alle Seiten von Vorteil ist die Stärkung der Kommunikation auf Akteursebene mit der Öffentlichkeit (vgl. Selle 2013: S. 182). Die Identifikation der Bevölkerung mit Planungen kann mit Beteiligung gesteigert werden, denn letztlich soll es sich bei Planung um eine Gemeinschaftsarbeit von Bürgern, Politik, Verwaltung, Stakeholdern und je nach Beteiligung, weiteren Akteuren handeln (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 21; FGSV 2012: S. 8). Eine **Akzeptanz- und Legitimitätssteigerung** wird durch eine stärkere und effizientere Kommunikation zwischen Bürgern und Entscheidungsträgern sowie einer Präzisierung der Artikulation bürgerlicher Belange hervorgerufen. Beteiligung ermöglicht, dass **Maßnahmen besser vorbereitet und umgesetzt** werden können, wenn die Haltung der Bevölkerung zu einer Beteiligung bekannt ist und bietet somit mehr **Planungssicherheit** (vgl. Vetter 2008: S. 16 ff.). Anwohnende, unabhängig davon welcher Altersklasse sie angehören sind Experten ihrer örtlichen Belange und bringen einer Kommune eine **Expertise**, die Planende nicht durch Beobachtungen von außen erlangen können (vgl. Andresen et al. 2019: S. 50 ff.). Die Bevölkerung kennt ihre Umgebung, Missstände und Probleme, verfügt teilweise sogar über Lösungsanregungen (vgl. Renn 2006: S. 7).

Weil Beteiligungsverfahren divergente Perspektiven und Informationen einspeisen, verbessern sie die Grundlage politischer Entscheidungen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 11). Die Funktion **Steigerung der Responsivität politischen Handelns** bedeutet, dass Beteiligte in Beteiligungsverfahren ein Verständnis für den Ablauf politischer Entscheidungsprozesse und Komplexität der dort bearbeiteten Fragestellungen erlangen können (vgl. Geißel 2008: S. 32). Sind starke Interessenkonflikte vorzusehen, kann die öffentliche Mitwirkung aller Betroffener vermittelnd und positiv für alle Seiten eingesetzt werden (vgl. Fung; Wright 2004: o. A.).

Eine aktive Teilnahme am Beteiligungsgeschehen fördert Selbstverantwortung, Aktivitäten aller Akteure sowie eine **Zufriedenheit der Einwohner**. Es entstehen mehr Gestaltungsspielräume für Beteiligte, weil Beteiligung auf diese Weise Kommunen entlastet (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 23 ff.). Zudem sind Bürger, die beachtet werden und sich beteiligen, der Politik und Verwaltung gegenüber oftmals wohlgesonnener, je nach Beteiligtem und seinem persönlichen Ziel. Menschen, die beteiligt werden und zufrieden sind, bleiben eher in der Kommune wohnen und wandern seltener ab (vgl. Olk; Roth 2007: S. 50). Ein weiterer Vorzug ergibt sich aus gemachten Erfahrungen in Anbetracht von Gestaltung und Aneignung von Räumen sowie mit den Möglichkeiten des gemeinschaftlichen und eigenen Handelns. Dies stärkt im Idealfall den sozialen Zusammenhalt der Bewohner, in erster Linie auf Quartiersebene und gibt **Kommunen und Quartieren neue Impulse**. Es entstehen wesentliche Sozialisationsimpulse und Beteiligte leisten einen Bei-

trag zur aktiven Gestaltung des sozialen Wandels (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 24; Selle 2013: S. 185 f.).

3.3.2 VORAUSSETZUNGEN

Funktionen einer Beteiligung (siehe Kapitel 3.3.1), werden nur erfüllt, wenn bestimmte Voraussetzungen vorhanden sind. Sie sind Grundlagen, die teils von der Verwaltung (Stellenwert, Transparenz, Verbindlichkeit der Ergebnisse etc.), den Menschen (Interesse und Bereitschaft) oder anderen Akteuren (Einstellung der Entscheidungsträger etc.) beeinflusst werden können. Die Voraussetzungen (siehe Abbildung 4 in Kapitel 3.3) bilden das Grundgerüst, um Funktionen zu erfüllen.

Eine Beteiligung kann nicht losgelöst von **gesetzlichen Regelungen** und administrativen Verfahren durchgeführt werden, sondern ist in bestehende Verwaltungskontexte einzubetten. Gleichwohl Beteiligungsrichtlinien über keine gesetzlichen Bindungen verfügen, sollten sie als solche betrachtet werden (vgl. Koop 2010: S. 26). Zu Voraussetzungen gehört vor allem, dass **Interesse und Bereitschaft zur Kooperation** aller Akteure erkennbar sein müssen, andernfalls ist der Erfolg einer Beteiligung in Frage zu stellen (vgl. Hamedinger 2010: S. 33). Auf Seiten verantwortlicher Akteure und politischer Entscheidungsträger sollte der Wille vorhanden sein, die Ergebnisse der Beteiligung bei der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen (vgl. Koop 2010: S. 25).

Wichtig ist zudem der freie Wille und vor allem die **Betroffenheit der Beteiligten**, die einen Grund erkennen, sich zu beteiligen und sich für die Gemeinschaft zu engagieren, weil sie von Planungen und Entscheidungen betroffen sind (vgl. Fatke 2007: S. 30). Geschieht eine Handlung unmittelbar vor der eigenen Haustüre, ist es wahrscheinlich, dass sich Menschen beteiligen wollen (Stichwort: *Not in my backyard (NIMBY)-Mentalität*): Bekanntermaßen treten verstärkt Belange und Engagement hervor, sobald eine persönliche Betroffenheit vorliegt. Je kritischer eine Planung und je mehr Konfliktpotenzial sie

*Bei einer **Alibi-Beteiligung** wird seitens Beteiligter aus dem Grund beteiligt, damit die Bevölkerung zufrieden ist; Wünsche, Meinungen, Anregungen etc. der Beteiligten werden nicht oder kaum beachtet. Klaus Selle prägt den Begriff *Particitainment* (s.u.) und stellt fest, dass zunehmend Öffentlichkeitsbeteiligung inszeniert wird, die Teilhabe an Meinungsbildung und Entscheidungen suggeriert, ohne sie wirklich durchzuführen. Eine Menge von Ergebnissen dieser Prozesse bleibt ohne wesentliche Einflussnahme auf die Stadtentwicklung (vgl. Paust; Claus 2012: S. 2). Das Erlangen von Aufmerksamkeit, die öffentlichkeitswirksame Inszenierung von Verfahren sowie der Einsatz sozialer Medien, sind Indizien, die in diese Richtung deuten (vgl. Selle 2012: S. 11). Andere Wissenschaftler sehen diesen Prozess noch kritischer: „Wenn sich das nicht ändert, wird in Bürgeraugen bald auch Beteiligung zu einem PR-Trick“ (Paust; Claus 2012: S. 2).*

bietet, desto wahrscheinlicher ist, dass sich beteiligt wird (vgl. Fürst; Scholles 2008: S. 163 f.; Selle 2012: S. 7; Kinder o. J.: o. A.). Vornehmlich steht die so genannte *kritische Öffentlichkeit*, die sich vor allem durch eine skeptische Einstellung zum jeweiligen Beteiligungsgegenstand auszeichnet, oftmals einem gesamten Beteiligungsverfahren ablehnend gegenüber. Auf sie gilt es daher eigens einzugehen, da sie die größte Gefahrengruppe für einen Mitwirkungserfolg darstellt (vgl. Sommer 2015: o. A.).

Fairness ist neben **Transparenz** eine Grundvoraussetzung für Akzeptanz von Planung, Entscheidung und Umsetzung. Ein transparenter, fairer Umgang aller Akteure innerhalb einer Beteiligung mit einer multilateralen Kommunikation bewirkt zahlreiche Funktionen entsprechend zufriedener Bürger, Akzeptanz- und Legitimitätssteigerung etc. Planungsschritte müssen für alle Beteiligten verständlich herausgestellt und nachvollziehbar sein (vgl. Brückner; Korte 2016: S. 1). Ferner ergänzt sich der Austausch und die Zusammenarbeit aller Akteure bei der Planung oder Projektentwicklung (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 9 f.). Die Öffentlichkeit benötigt **Kommunikation und Informationen** über ihre Situation, die Problemlage, Auswirkungen und ihren Handlungsspielraum, bevor Menschen sich beteiligen, denn eine Voraussetzung ist, dass sie wissen, dass sie betroffen sind, wann, wo und auf welche Art sie sich beteiligen können (vgl. Klagge; Stegert 2015: S. 182). Information ist zwar der passive Part der Beteiligung, jedoch ein entscheidender. Nur ein umfassend informierter Mensch weiß, ob der Wunsch zur Beteiligung besteht. Zudem ist Information Teil des Empowerments, welches heutzutage gefragt ist.³⁰ Mit ihrer Hilfe wird es möglich, dass die Öffentlichkeit ihre Interessen selbstverantwortlich und selbstbestimmt vertreten kann. Entscheidend für Empowerment innerhalb einer Organisation ist mitunter eine passende Kommunikationsstruktur mit entsprechenden Systemen (vgl. Empowerment 2017; IfS 2011: S. 6). Daher ist es ebenso wichtig, für Beteiligter sich mit **Medien- und Öffentlichkeitsarbeit** auseinander zu setzen und sie zielgruppenspezifisch und kontrolliert zu betreiben (vgl. Klagge; Stegert 2015: S. 182 ff.).

Gegebene **Informationen müssen eine bestimmte Qualität und Vollständigkeit** aufweisen: Beiliegende Planunterlagen, Berechnungen, Gutachten, Abbildungen etc. sind lesbar und verständ-

³⁰ Empowerment (engl. = Bemächtigung, Übertragung von Verantwortung) sind Strategien und Maßnahmen, die den Grad Selbstbestimmung im Leben von einzelnen Menschen oder Gemeinschaften erhöhen sollen. Bedingungen für Empowerment in einer Organisation sind eine Vertrauenskultur und Verantwortungsdelegationsbereitschaft auf allen Hierarchieebenen. Hinzukommen eine entsprechende Qualifizierung und zweckdienliche Kommunikationssysteme (vgl. Richter 2000; Empowerment 2017).

lich zu formulieren sowie mit beigefügten Erläuterungen zu versehen (vgl. Klagge; Stegert 2015: S. 182). Offenheit und ein problemloser Zugang zu Informationen ohne Barrieren, gehören ebenso dazu. Die Bedeutung und Erforderlichkeit des Vorhabens, wer wann welche Entscheidung trifft/traf, die Verbindlichkeit und der Grund für die Entscheidung, müssen nachvollziehbar sein, weil andernfalls Misstrauen entstehen kann (vgl. BertelsmannStiftung 2015: S. 4). Dessen ungeachtet ist auch bei der Information das geeignete Maß ausschlaggebend: Zuviel, vorrangig zu fachspezifisch, kann besonders Kinder und Jugendliche überfordern.

Eine anschauliche Darstellung der Zielsetzung und des Veranstaltungsprozesses ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor bei der Durchführung von Beteiligungsformaten. Das beinhaltet die **Verbindlichkeit der Ergebnisse** und Aufklärung darüber, was mit der Beteiligung erreicht werden soll, zudem eine unmissverständliche Aussage darüber, wo Grenzen des Machbaren liegen (vgl. Wissenschaft im Dialog 2011: S. 19). Ob mit oder ohne Beteiligungsprozess liegt die letztendliche Entscheidung über den Plan-/Beteiligungsgegenstand bei den legitimierten verantwortlichen Gremien. Damit die (politische) Verwaltungs- und Beteiligungs-Ebene (die so genannte *beteiligte Öffentlichkeit*) kooperieren können, „müssen die Schnittstellen zwischen Beteiligungsprozessen und repräsentativ-demokratischen Strukturen und Zuständigkeiten klar definiert und aufeinander abgestimmt sein“ (Magistrat der Stadt Wien 2012: S. 48). Vorab ist demzufolge zu bestimmen, wie informelle Beteiligungsergebnisse in etablierte formelle Entscheidungsabläufe integriert werden.

Entscheidungsträger müssen die **Bereitschaft** signalisieren, Resultate des Beteiligungshergangs, unabhängig davon, wie sie ausfallen, zu diskutieren und bei ihrer Entscheidung im Rahmen des Möglichen zu berücksichtigen (vgl. Gemeinschaftsaktion *Niedersachsen – Ein Land für Kinder* Geschäftsstelle 2002: S. 19). Nicht alle Resultate des Mitwirkungsprozesses müssen/können immer bei der Entscheidung übernommen werden (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012: S. 48). Beteiligten ist mitzuteilen, wie mit Ergebnissen der Beteiligung verfahren wird, wobei erneut der Punkt **Kommunikation und Information** bedeutsam wird, der sich durch den gesamten Beteiligungsprozess zieht. Finden (Teil-)Ergebnisse keine Berücksichtigung, ist dies plausibel zu erläutern. Andernfalls könnte es geschehen, dass sich Beteiligte bei dem nächsten Beteiligungsverfahren nicht erneut engagieren, weil Enttäuschung oder Ärger überwiegen. Daher sind im Vorfeld denkbare Gestaltungsspielräume, in denen sich die Planung bewegt den Beteiligten, aufzuzeigen (vgl. Walz 2012: S. 83).

Ein zusätzlicher zentraler Baustein im Beteiligungsverlauf ist der Einsatz eines (**professionellen**) **Projektmanagements**, wozu bei Planungsprozessen vornehmlich eine neutrale Moderation zählt. Die Doppelrolle von Planenden und Moderation ist oft eine zu große Verantwortung und gewinnt selten an Anerkennung, weil vielfach eine subjektive Haltung unterstellt wird (vgl. Hamedinger 2010: S. 33). Zu einem Projektmanagement gehört auch, sich nicht starr an einem Konzept zu verankern, sondern offen für Neues und Unvorhergesehenes zu sein und **Verfahrensflexibilität** zu gewährleisten (vgl. BertelsmannStiftung 2015: S. 7). Das Projektmanagement muss die Zielgruppenbestimmung und Methoden-/Formatauswahl durchführen und klären, wie mit eingegangenen Beiträgen angemessen umzugehen ist und bestimmen, welcher Akteur welche Rolle einnimmt: Welche Akteure sind für die Organisation, Koordination und Evaluation der Beteiligung zuständig, welche Akteure für die Betreuung von Beteiligten und welche Akteure kümmern sich um die Umsetzung der Ergebnisse (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012: S. 22; Bischoff et al. 2005: S. 45)? Selbst wenn externe professionelle Beteiligter einbezogen werden, können nicht alle Aufgaben der Beteiligter an sie übertragen werden. Alle Beteiligter benötigen eine gewisse **Beteiligungskompetenz**. Neben Kenntnissen zu Beteiligungsmethoden gehören kommunikative Fähigkeiten, Konfliktbewältigungsvermögen, bürgernahes Auftreten und eine angemessene Sprache. Es benötigt Fähigkeiten zum umfassenden Denken und zu Perspektivwechseln sowie Bereitschaft zum Akzeptieren von Sachständen, die nicht der ursprünglichen Planung entsprechen. So früh wie möglich muss sich daher das Projektmanagement an strategischen (Grundsatz-)Fragen orientieren: Fragen nach Bedarf an Ressourcen und Personal, Ziel und Zweck sowie nach Kapazitäten (vgl. Magistrat der Stadt Wien 2012: S. 22; Bischoff et al. 2005: S. 45).

Kommunen verfügen für gewöhnlich über ein begrenztes **finanzielles Budget** und sind zum Teil nur eingeschränkt handlungsfähig, auch **personelle Ressourcen** müssen geklärt werden. Für die durchführenden Verantwortlichen muss das Kosten-Nutzenverhältnis so positiv wie möglich ausfallen. Jedoch sind Kosten variabel, exemplarisch je nach Anspruch des Verfahrens oder nach Aufwand, der betrieben wird. Zudem bestätigte sich vielfach, dass Kosten im Laufe eines Beteiligungsprozesses steigen und der im Vorfeld durchgeführten Kalkulation nicht mehr entsprechen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 25 f.). Beteiligte rechnen sich ebenso ihr eigenes Kosten-Nutzenverhältnis aus, denn sie investieren Zeit, ggf. Fahrtkosten und wollen dafür einen Profit sehen. Eine weitere Voraussetzung für eine zweckmäßige Öffentlichkeitsbeteiligung ist die technische und organisatorische Umsetzung des Mitwirkungsformates. Je nach Problemstellung ist eine andere Methode gefragt, die einer bestimmten Ausstattung bedarf, zum Beispiel finanzielle Kapazitäten, Know-how, technische Gerätschaften oder Räumlichkeiten (vgl. Jörke 2010: S. 4).

Um positive Effekte zu erzielen, muss eine Öffentlichkeitsbeteiligung zum frühestmöglichen **Zeitpunkt** beginnen, bevor anderweitig wesentliche Festlegungen getroffen werden. Allerdings sollte der Zeitpunkt nicht so früh gewählt werden, dass noch keine Pläne und Handlungsabsichten zu erkennen sind (vgl. Gessenharter 2012: S. 5 ff.). Zum Startpunkt der Beteiligung müssen noch Gestaltungs- und Handlungsspielräume vorhanden sein (vgl. Roth 2011: S. 53). Das Engagement bei

*Wie entscheidend der **richtige Zeitpunkt** des Einbezugs der Öffentlichkeit sein kann, belegt sich an dem Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung von **Stuttgart 21**. Das Vorhaben wird seit 1988 diskutiert, 1994 das erste Mal auf einer Pressekonferenz angekündigt, die Baugenehmigung 2005 erteilt und die Bauarbeiten begannen 2010 (vgl. Pagel 2010). Alle drei Öffentlichkeitsbeteiligungen fanden zwischen 1995 und 1997 statt, fast 15 Jahre vor Baustart. Das war ausreichend Zeit für sich ändernde Vorstellungen, Befürchtungen, Ideen und Wünsche bei den Bürgern. In einem derart langen Zeitraum zogen zudem zahlreiche Menschen weg oder hinzu.*

einer Beteiligung fällt zu Beginn des Entscheidungsprozesses, wenn der Entscheidungsspielraum noch am größten ist, geringer aus. Es verstärkt sich hingegen zunehmend, je eindeutiger Planungen ausgearbeitet sind oder spätestens, wenn sie sich bereits in der Umsetzung befinden (vgl. Walz 2012: S. 83). Trotzdem darf es nicht so spät sein, dass Betroffene nicht mehr mitentscheiden können.

Planungsverfahren benötigen eine gewisse Dauer und somit eine entsprechende **Beteiligungsdauer**. Diese hängt von differierenden Faktoren, wie dem Thema, ob es eine formelle oder informelle Beteiligung ist, welche/ wie viele Akteure einzubeziehen sind etc. ab und kann zwischen punktuellen, einmaligen Beteiligungen und Jahren variieren, denn die Zeit, die zwischen Aufstellungsbeschluss und Planrechtskraft vergeht, kann fortwähren. Daher ist es gewinnbringend, Beteiligte durch einen mehrmaligen, gleichwohl nicht zu häufigen Einbezug an dem Prozess teilhaben zu lassen (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 22). Die Dauer richtet sich insbesondere nach dem Umfang des Themas, der Fragestellung, der Ressourcen, der Verfügbarkeit der Beteiligten und der Beteiligungsmethode (vgl. Koop 2010: S. 37). Das Verfahren sollte einen längeren, allerdings nicht zu langen Zeitraum beanspruchen. Bei zu langen und/oder zu häufigen Beteiligungsprozessen, verlieren Beteiligte vielfach im Laufe der Zeit das Interesse beziehungsweise sind nicht mehr bereit, zeitliche Ressourcen zu investieren. Das gilt sowohl für die Beteiligung Erwachsener als auch für die von Jugendlichen, vor allem dann wenn jene den Status eines Kindes oder Jugendlichen verlassen, ehe mit der Umsetzung der Planung begonnen wird und haben ggfs. Pläne außerhalb der Heimatgemeinde (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 22).

Ein **aktives Mitarbeiten von jedem Akteur** ist elementar. Beteiligter, Beteiligte und sonstige Akteure sollen nicht nur Zuschauer des Prozesses sein, sondern eine aktive Rolle einnehmen. Der

Beteiligtenkreis hängt neben der Fragestellung des Sachverhalts und dem Grad der Betroffenheit davon ab, wie im Vorfeld informiert wurde, ob über allgemein zugängliche Anzeigen, Aushänge und Veröffentlichungen oder in Form von Mund-zu-Mund-Propaganda (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 29). Die zu beteiligende Bevölkerung besteht aus Personen mit individuellen Bedürfnissen und alle Akteure müssen auf **gleicher Augenhöhe** stehen, um sich als gleich(-wertig) behandelt zu fühlen. Ungleiche Konstellationen verhindern den Aufbau von gegenseitigem Vertrauen, ohne die eine Beteiligung nicht gelingen kann (vgl. Arbter 2015: S. 2; Gessenharter 2012: S. 2). Gleichwertigkeit, Solidarität und Gerechtigkeit müssen im Vordergrund stehen (vgl. DuPasquier 2003: S. 29).

Laufende gesellschaftliche und städtebauliche Prozesse, als Beispiel zu nennen Gentrifizierung³¹ und Trading Down³², sind aktuelle Probleme in Kommunen, die eine Beteiligung verhindern oder erschweren können. **Andere aktuelle Themen**, auch abseits von planerischen Aspekten können von einem Sachverhalt ablenken oder eine negative Grundstimmung verbreiten, weshalb der **Stellenwert der Beteiligung** deutlich sein und dementsprechend eingehalten werden muss (vgl. Gessenharter 2012: S. 2).

Die Erfüllung von Funktionen und Voraussetzungen einer Öffentlichkeitsbeteiligung beziehen sich auf alle Beteiligungsstufen, die im nachstehenden Kapitel thematisiert werden, wie die Voraussetzungen **aktives Mitarbeiten von jedem Akteur, Kommunikation und Information** oder ein Agieren auf **gleicher Augenhöhe**. Je höher die Stufe (siehe Abbildung 5 in Kapitel 3.3.3), auf der sich die Beteiligung befindet, desto mehr Funktionen sind erfüllt wie beispielsweise **Akzeptanz- und Legitimitätssteigerung** oder **Zufriedenheit der Einwohner**. Auf der untersten Stufe können diese Funktionen durchaus zum Teil oder bei Teilen der Beteiligten erfüllt sein. Befindet sich die Beteiligung auf der obersten Stufe, ist es äußerst wahrscheinlich, dass diese Funktionen voll erfüllt sind.

Abschließend sei gesagt, dass es bei der Nachhaltigkeit von Beteiligungsprozessen auf das Zusammenspiel zahlreicher Voraussetzungen ankommt. Es gibt keine Garantie bei Planungen und

³¹ Gentrifizierung bezeichnet die Verdrängung von einkommensschwächeren Haushalten durch finanziell stärkere Haushalte in innerstädtischen Quartieren oder die Vertreibung gewerblicher Nutzer durch profitablere Nutzungsformen (vgl. ARL 2005: S. 1061; 1139).

³² Trading-Down im Sinne der Raumplanung bezeichnet den für einen Stadtteilzentrum typischem Entwicklungstrend vom vollständigen Angebot mit hoher Lebensqualität und Aktivität zu zunehmenden Leerständen inklusive ausbleibender Kundschaft (vgl. Block; Icks 2010: S. 3).

Verfahren, die sich über Jahre hinziehen, dass irgendwann, die damals einvernehmlich getroffenen Vereinbarungen oder gemeinsam erarbeiteten Quintessenzen, noch immer umgesetzt werden (können) (vgl. Bayrischer Städtetag 2012: S. 22).

3.3.3 BETEILIGUNGSSTUFEN

Je nach Literatur finden sich zu Beteiligungsstufen synonym verwendet die Begriffe *Grundformen* oder *Grundmuster der Beteiligung* (vgl. Stange 2007: S. 5), die Bezeichnungen *Beteiligungsstrategien* (vgl. Stange; Tiemann 1999: S. 245) oder *Beteiligungsmodelle* (vgl. Bruner et al. 1999: S. 28 ff.). Alle Begriffe beschreiben Stufenmodelle zur Erklärung von Beteiligungsprozessen mit unterschiedlich vielen Schritten. Für Beteiligte ist entscheidend, dass ihr Engagement Einfluss auf das Beteiligungsergebnis ausüben kann, nicht unter allen Umständen ausüben muss (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 17 ff.; Arnstein 1969: S. 216 ff.).

Zur Beteiligung der vorliegenden Forschung passen die Schritte der ursprünglich vierstufigen Beteiligungspyramide von Paust (2016a). Sie wurde als Maßstab für den Mitwirkungsverlauf in Göttingen Osterode a. H. verwendet, jedoch um die Stufe *Befragung* erweitert (siehe Abbildung 5). Pausts Bild des Beteiligungsmodells unterstreicht, dass Öffentlichkeitsbeteiligung idealerweise alle Ebenen umfasst. Es gibt Mitwirkungsverfahren, bei denen die Öffentlichkeit nach und nach mit jeder Stufe beteiligt wird. Dieses Vorgehen ist jedoch eine Ausnahme, nicht bei jeder Planung notwendig und nicht immer möglich.³³ Insbesondere bei unstrittigen Projekten oder der Sammlung von Ideen, muss der Konsultation beziehungsweise Kooperation nicht zwingend eine Abstimmung in Form eines Bürger- oder Volksentscheids folgen. Die Reihenfolge der Beteiligungsphasen kann je nach Situation variieren: Zum Beispiel kann eine Abstimmung vor einer Kooperation stattfinden, wenn zunächst die grundsätzliche Zustimmung zu einem Vorhaben festgestellt werden soll, bevor Planende, beispielsweise die städtische Verwaltung, private Planungsfirmen etc., durch Kooperation in die Detailplanung erfolgt (geschehen bei der Landesgartenschau 2020 in Überlingen am Bodensee) (vgl. Paust 2016a).

³³ Beispiele: Die Weiterentwicklung des Straßenbahnnetzes und das Projekt *City 2015* in Karlsruhe oder das Bürgerbeteiligungsverfahren *Ortsumgehung Waren/Müritz*. Weitere Informationen zu den Beteiligungen vgl. Stadt Karlsruhe 2011 und BertelsmannStiftung 2013.



Abbildung 5: Fünfstufige Beteiligungspyramide
 Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Paust 2016a

Information und Befragung finden häufiger als Konsultation und Kooperation, Abstimmungen finden nur in Ausnahmefällen statt. Information stellt einen passiven Part dar und ist zugleich fundamental: Beteiligte bekommen Informationen³⁴, können mit den Informationsgebern jedoch kaum in Kontakt treten, andernfalls wäre es eine Konsultation. Information ist somit eine einseitige Beteiligung mittels einer Ein-Wege-Kommunikation. Aufklärung über den Ablauf, politische, planerische und wirtschaftliche Hintergründe eines Projekts sind allerdings Voraussetzung für eine Öffentlichkeitsbeteiligung.

Die Stufe **Befragung** befindet sich nicht im Beteiligungsmodell von Paust (2016a). Befragung ist nicht nur eine Verfahrensweise der Wissenschaft, sondern gleichsam eine beliebte und stetig zunehmende Methode zur Beteiligung. Ihre Aufgabe ist es, systematisch Daten über Einstellungen, Meinungen, Wissen und Verhaltensweisen von Menschen zu gewinnen. Vor allem die Begriffe *Umfrage* und *Meinungsumfrage* stehen in einem engen Zusammenhang mit Beteiligung. Sie dienen dazu, repräsentative Aussagen bezogen auf Gruppen oder die Gesamtbevölkerung in Erfahrung zu bringen. Hinsichtlich des Internets und Online-Befragungen gewinnt diese Beteiligungsstufe an Geltung. Für die Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. erweist sich die

³⁴ Beispielsweise durch Plakate, Projektsteckbriefe, Internetseiten oder Zeitungsartikel und (lokale) Ausgänge mit denen auf eine Planung aufmerksam gemacht wird. Vielfach ist Information nicht eindeutig von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu trennen. Zur Information gehören desgleichen Transparenzregeln und Open Data, folglich Daten, die von jedermann zu jedem Zweck genutzt, weiterverbreitet und verwendet werden dürfen (vgl. Paust 2016a).

Online- und Offline-Befragung zugleich als einträglich, obgleich sie nur wie die Information eine Ein-Wege-Kommunikation darstellt (siehe Kapitel 6.7). Da sie aber nicht die einzige Beteiligungsmethode ist, ist ihre Anwendung nur als Ergänzung zu sehen.

Nach der Befragung folgt im Beteiligungsmodell von Paust (2016a) die **Konsultation**, wobei im Fokus steht, die Menschen nach ihren Standpunkten zu einem Vorhaben oder einer anstehenden Entscheidung zu erkunden. Anders als bei der Befragung wird hierbei ihre Meinung in Abwägungsprozesse einbezogen. Dabei erfolgt eine gemeinsame Beratung, die beispielsweise dazu dient, lokales Wissen und zivilgesellschaftliche Expertise in Planungsprozesse einfließen zu lassen, wodurch eine Zwei-Wege Kommunikation vorhanden ist. Die Konsultation ermöglicht, sich mit Bitten und Beschwerden an zuständige öffentliche Stellen und Volksvertretungen zu wenden. Der Verfassungsgeber räumt dieses Grundrecht jedem ein, der sich durch Verwaltungsentscheidungen benachteiligt fühlt oder Vorschläge zur Gesetzgebung vorbringen will, was Minderjährige einschließt (vgl. Landtag Niedersachsen o. J.). Bei einer Konsultation ist es umsetzbar, aber nicht als Voraussetzung zu betrachten, dass Hinweise und Anregungen der Menschen berücksichtigt werden (vgl. Paust 2016a). Beteiligter müssen nach außen verständlich kommunizieren, dass die letzte Entscheidung immer den Verfahrensverantwortlichen vorbehalten bleibt (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 17; Kubicek 2014: S. 19).

Die Übergänge zwischen Konsultation und der nächsten Stufe **Kooperation** sind fließend und zeitweilig erst im Nachhinein festzustellen. Eine zunächst als Konsultation geplante Mitwirkung wird beispielsweise dann zur Kooperation, wenn vorgebrachte Anstöße dazu führen, dass sich ein Vorhaben grundlegend verändert. Beteiligte werden nach ihrer Meinung zu Bestehendem gefragt und können gleichsam bei Planungen aktiv mitarbeiten. Bei der Kooperation wird die Öffentlichkeit in die Ausgestaltung eines Plans, Projekts oder einer Entscheidung einbezogen. Sie kann in einem geordneten Verfahren an Details mitwirken oder Eckpunkte direkt beeinflussen. Vergleichbar der Stufe der Konsultation bleibt bei der Kooperation die Letztentscheidung Beteiligten beziehungsweise der Politik vorbehalten (vgl. Paust 2016).

Die oberste Stufe einer Öffentlichkeitsbeteiligung ist die **Abstimmung**. Dies meint beispielsweise die rechtsverbindliche Entscheidung über die Realisierung eines Projektes mittels eines Bürger- oder Volksentscheids. Bei Konsultation und Kooperation steht das *Wie* (wie eine Planung umgesetzt wird) im Vordergrund, bei der Abstimmung hingegen das *Ob* (ob eine Planung umgesetzt wird) (vgl. ebd.). Eingaben, Beschwerden und Petitionen verfügen von allen Stufen über die größte Intensität einer Beteiligung. Die staatliche Seite bietet zwar Möglichkeiten für Eingaben

und Beschwerden an, die Initiative liegt dahingegen jeweils bei dem Antragsteller (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 17 ff.).

So vielschichtig und undefiniert der Beteiligungsbegriff ist, entsprechend vage sind Einteilungsstruktur und Auslegung. Um partizipative Strukturen und Praxen inhaltlich zu bestimmen und diese von Formen einer Alibi-Beteiligung abzugrenzen, analysieren zahlreiche Wissenschaftler Reichweiten, Formen und Gegenstände von Beteiligung und stellen sie in Stufenmodellen dar. In der Vergangenheit sind unterschiedliche Modelle entstanden:

- Acht Stufen³⁵ der Citizen Power nach Arnstein (1969),
- neun Stufen³⁶ der Beteiligung ermittelten Hart (1992) und Gernert (1993),
- ein Dreistufenmodell³⁷ entwickelten Petersen (1999) und Kriener (1999).

Unabhängig der Stufenanzahl und der Abweichung der Bezeichnungen einzelner Stufen einer Beteiligungsleiter, ist das Ziel der Aussage aller Modelle fast immer identisch: Beteiligung ist kein einstufiger Prozess oder festgesetztes Format, sondern unterschiedlich ausgeprägt (vgl. Wadenpohl 2011: S. 41). Der Grad der Mitwirkung beziehungsweise die Intensität der Stufen ist unabhängig von dem Kontext zu betrachten. Grundsätzlich sollten immer alle Stufen einer Beteiligung realisierbar sein, die Formen der Teilhabe sollten sich jedoch je nach Situation und Entwicklungsstand der Beteiligten unterscheiden (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2003: S. 13). Alle aufgezeigten Modelle, nicht nur das Dreistufenmodell von Petersen (1999) und Kriener (1999), grenzen Nicht-Beteiligung, Quasi-Beteiligung und Beteiligung voneinander ab. Jede Stufe unabhängig davon welches der Modelle betrachtet wird, hat ein unterschiedliches Gewicht, je weiter oben eine Stufe, desto schwerwiegender ihre Absicht. Die Stufen werden in unterschiedlicher Häufigkeit sowie auf eine vielfältige Weise verwendet. Manche Stufen verlaufen in ein und derselben Beteiligung parallel zueinander.

Allen Beteiligungen ist gemeinsam, dass im Vorfeld das Beteiligungsziel zu bestimmen ist, auf welche Weise es erreicht werden kann, welche Akteure einzubeziehen sind, wer zur Zielgruppe gehört und wie diese bestmöglich zu erreichen ist. Akteure sind hierbei eine sehr heterogene

³⁵ Die acht Stufen bestehen aus: Citizen Control, Delegated Power, Partnership, Placation, Consultation, Informing, Therapy and Manipulation (vgl. Arnstein 1969: S. 216 ff.).

³⁶ Die neun Stufen des Modells sind: Fremdbestimmung, Manipulation, Dekoration, Alibi; Zugewiesen, Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung (vgl. Landesjugendring Hamburg o. J.).

³⁷ Sie unterscheiden hierbei die Stufen: Beteiligung, Quasi-Beteiligung und Nicht-Beteiligung (vgl. Petersen 2002: S. 909 ff.).

Gruppe mit unterschiedlichen Einflussfaktoren, Zielen und Bedürfnissen. Im nächsten Kapitel werden daher wesentliche Akteure der Öffentlichkeitsbeteiligung beschrieben.

3.3.4 AKTEURE DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Akteure in öffentlichen Mitwirkungsprozessen sind Betroffene, Beteiligte und Beteiligter, welche unterschiedlich starke Rollen einnehmen und verschiedenartige Einflüsse ausüben. Beteiligter sind öffentliche Stellen (Planende, Verwaltung, Politik und private Planungsbüros) sowie wissenschaftliche Vertreter (wie in diesem Fall: Universitäten und Forschungsinstitute), wohingegen die Betroffenen und Beteiligten meist Privatpersonen sind (exemplarisch Bürger, Firmen, Berufsgruppen oder Vereine). Alle Akteure sind in unterschiedlichem Umfang zu verschiedenen Zeitpunkten und Themen in den Planungs- und Entscheidungs- respektive Beteiligungsprozess einzubeziehen.

3.3.4.1 BETEILIGT, BETROFFEN ODER BETEILIGEND – DIE VERSCHIEDENEN AKTEURE EINER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Übergreifend lassen sich beispielhaft mehrere *große* wissenschaftlich orientierte Organisationen im Kontext von Öffentlichkeitsbeteiligung nennen, die sich in den letzten Jahrzehnten in der Forschung nachdrücklich herauskristallierten. Diese Akteure bieten anschauliche Arbeitshilfen für Beteiligungspraktiker an und geben zudem aus der Analyse einzelner Verfahren resultierende Handlungsempfehlungen heraus.³⁸ Seit 1999 bestehen unterschiedliche lokale und großräumigere Beteiligungsansätze durch das Bund-Länder-Förderprogramm *Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt*.³⁹ Das Ziel aller wissenschaftlichen Akteure ist es, neue Formen politischer Willensbildung zu erforschen und daraus resultierend Angebote im Bereich der Beteiligung zu verbessern (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 17 f.).

³⁸ Die Bonner Stiftung Mitarbeit unterstützt seit 1963 eine Demokratieentwicklung seitens der Bürger, das bedeutet *von unten*. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung gründete sich aus der o.g. Stiftung (2011) und ist weitreichend verbreitet. Zudem ist die Bundeszentrale für politische Bildung aktiv sowie das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen. Der Online-Informationdienst für Soziale Stadtteilentwicklung *stadtteilarbeit.de* machte sich im Bereich der Bürger-/ Öffentlichkeitsbeteiligung einen Namen. Nicht zuletzt ist die BertelsmannStiftung seit über 40 Jahren ein gewinnbringender Treiber. Erfolgreich ist zudem das in Bremen ansässige European Institute for Public Participation (EIPP) mit Partnern in London, Brüssel, Turin und Darmstadt (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 16 ff.). Das EIPP setzt sich für mehr Bürgerbeteiligung sowie eine Stärkung der demokratischen Partizipationskultur in ganz Europa ein (vgl. participationinstitute (2021)).

³⁹ Weitere Informationen zu den Beteiligungen vgl. Universität Duisburg 2020; BMI o. J.; LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. o. J.

Bei der Betrachtung von Akteursstrukturen auf einer kleinräumigeren Ebene sind bei Öffentlichkeitsbeteiligungen verschiedene Akteursgruppen involviert, wobei jene Gruppen prinzipiell abhängen von:

- der Verfahrensart (formell oder informell)
- der Planungsebene (Bund, Land, Region, Kommune/Gemeinde)
- den Planungsgegenständen beziehungsweise -inhalten (Rahmen- oder Objektplanung)
- dem räumlichen Bezug (Gesamtstadt, Quartier oder Einzelprojekt).

Ausgehend ist ein Beteiligungsverlauf überwiegend von den **Planenden**, die verwaltungsmäßig intern oder beauftragt als Externe ein Vorhaben vorbereiten (siehe Abbildung 6). Sie geben die Beteiligung des Vorhabens an die Beteiligten weiter beziehungsweise nehmen eine Doppelrolle als Planende und Beteiligter ein. Desgleichen kann die Bevölkerung als Beteiligte von sich aus eine Beteiligung anstoßen. **Beteiligter** sind die Planenden oder Akteure in Form von Vorhabenträgern und Verwaltungen, welche eine starke Rolle in Mitwirkungsprozessen einnehmen. Sie haben die Aufgabe, Beteiligungsangebote zu unterbreiten, sind für die Gewährung von Teilhabe verantwortlich und müssen sich mit den Planenden abstimmen (vgl. BMVI 2014: S. 12).



Abbildung 6: Akteure in Beteiligungsprozessen
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schäfer 2009: S. 7

Als Erstes wird die **institutionalisierte Öffentlichkeit** einbezogen. Sie setzt sich zusammen aus öffentlichen Auftraggebern, Politik, zu beteiligenden Behörden, Entscheidungsträgern, jeweiligen Fachverwaltungen sowie aus Trägern öffentlicher Belange (= Verwalter öffentlicher Sachbereiche, insbesondere Behörden). Die nächste Ebene ist die **organisierte Öffentlichkeit**, wozu örtliche Interessenträger und -verbände mit einem ökonomischen Interesse gehören (beispielsweise Industrie- und Handelskammer). Ferner zählen Organisationen mit einem bürgerschaftlichen (beispielsweise Bürgerinitiativen) oder mit einem gesellschaftlichen Bezug (beispielsweise Schulen oder Kitas) und für die Planung relevante Unternehmen dazu. Die Ebene darüber bildet die **allgemeine Öffentlichkeit**. Das sind diejenigen, die in einer Kommune oder Region leben, in der eine Beteiligung stattfindet, die aber keinen unvermittelten Bezug zum Planungsgegenstand aufweisen. Hinzukommen die Betroffenen, also diejenigen, die von einer Planung beziehungsweise deren Auswirkung berührt werden. Damit sind neben der vor Ort lebenden Wohnbevölke-

rung ganze Gruppen, Institutionen und Organisationen gemeint, die von den jeweiligen Maßnahmen in ihren Interessen tangiert werden (vgl. Schäfer 2009: S. 6).

Betroffenheit ist angesichts der individuellen Wahrnehmung eines jeden Menschen ein vielfach persönliches Empfinden. Sie kann sich zu Beginn oder erst im Laufe eines Verfahrens ergeben, verändern oder wieder vergehen. Aus diesem Grunde ist der Kreis der Betroffenen oft größer, als zunächst scheint (vgl. Sommer 2015: o. A.). Wenn sich Betroffene beteiligen möchten, können sie dies und zu Beteiligten werden oder sich von dem Beteiligungsprozess distanzieren. Beteiligte sind keine homogene Gruppe, sondern spalten sich in diverse Untergruppen auf, sodass einzelne Personen einen kleinen Ausschnitt der Stadtgesellschaft repräsentieren (vgl. Selle 2012: S. 7). Sie unterscheiden sich

*Beim Sanierungsvorhaben einer Straße sind die **Betroffenen** exemplarisch Grundstückseigentümer, die Flächen für das Vorhaben abtreten sollen sowie diejenigen, die unmittelbar an der Straße wohnen. Fraglich sind entfernter wohnende Menschen, für die ggf. erhöhte Lärmpegel oder Durchgangsverkehre zu verzeichnen sind. Um zu gewähren, dass **mutmaßlich Betroffene** (bei denen noch nicht feststeht, ob sie betroffen sind) von den Plänen Kenntnis erlangen, sieht das Gesetz vor, dass keine Beteiligung der **potenziellen, privaten Betroffenen** über persönliche Anschreiben stattfindet. Durch solche Anschreiben könnten Betroffene übersehen werden, da im Vorfeld selten abschließend erfassbar ist, wer sich betroffen fühlt. Stattdessen wird über eine Planauslegung in der jeweiligen Gemeinde sowie über öffentliche Bekanntmachungen informiert und es erfolgen Hinweise in örtlichen Zeitungen. Zusätzlich informieren viele Gemeinden über die städtische Homepage (vgl. Bezirksregierung Detmold o. J.; Ochtendung 1998: S. 168).*

in ihren formellen Teilhabechancen, Motiven, Fachkenntnissen, Beteiligungserfahrungen, Artikulationsvermögen und Auftreten, ihrem Grad der Betroffenheit sowie ihrer Entschlossenheit (vgl. Selle 1996: S. 162; Selle 2013: S. 73). Eine weitere Gruppe innerhalb der allgemeinen Öffentlichkeit sind Experten, zum Beispiel Fachleute und Wissenschaftler, die entsprechend der jeweiligen Themen beteiligt werden, um ihr Fachwissen in die Planung einzubringen (vgl. Bock; Reimann 2017: S. 72).

Medien haben zunehmend einen wesentlichen Einfluss auf Beteiligungsvorgänge und stellen eine Verbindung aller Akteure dar. Sie sind Übermittlungsformen von Kommunikation und können eine enorme Beeinflussung auf alle Akteure ausüben, weswegen sich das Kapitel 5.1.1 gezielt Medien in der Beteiligung widmet.

Im Vorfeld eines Beteiligungsprozesses sind zahlreiche Faktoren zu klären, beginnend mit der Zielgruppenbestimmung, Interessen und Problemen der Zielgruppe, Beteiligungsformat und -methode (vgl. Newig; Fritsch 2006: S. 7, S. 73). Sie sind Teil der allgemeinen Öffentlichkeit, können Betroffene und Beteiligte sein. Für die Jugendbeteiligung in Göttingen, auf die im späteren

Verlauf eingegangen wird, sind primär Medien, Betroffene/Beteiligte (hier: Jugendliche) und Experten von Relevanz. Beteiligter sind die Wissenschaft (hier: Innovationsgruppe), teils durch die Unterstützung der Verwaltung der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. sowie der Stadt Göttingen.

3.3.4.2 ZIELGRUPPENBESTIMMUNG: ES GIBT KEINE HOMOGENE GRUPPE

Die Zielgruppenbestimmung ist wesentlich für die Absicht, Methodik und den Erfolg eines Beteiligungsprozesses. Ein Verfahren kann sich beispielsweise an die allgemeine Öffentlichkeit wenden, was eine Vielzahl an Interessierten beinhaltet, ohne konkrete Zielgruppen hervorzuheben. Desgleichen ist es möglich, sich auf eine repräsentative Auswahl von Vertretern unterschiedlicher Interessen zu beziehen oder auf alle Betroffenen, die mit einem bestimmten Thema in Verbindung stehen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 26). Grundsätzlich ist die Anzahl von Beteiligten kein Merkmal für den Wert von Beteiligung, denn nicht jede Planung berührt alle Menschen einer Gemeinde. Es gibt Themen, Fragestellungen und Anregungen, die bestimmte Gruppen betreffen. Es ist unzweckmäßig, diejenigen zwanghaft beteiligen zu wollen, die desinteressiert sind (vgl. Selle 2012: S. 7).

Unabhängig vom Alter, Geschlecht und sozialem Milieu, haben Menschen verschiedene Interessen, finanzielle Hintergründe, divergierende Bildungsstände und manche Menschen haben Migrationshintergründe, was Einfluss auf das Beteiligungsverhalten nimmt (vgl. Gessenharter 2012: S. 2). Einkommensschwache Bevölkerungsgruppen sowie jene mit einem niedrigen Bildungsabschluss engagieren sich selten in der Öffentlichkeit und beteiligen sich wenig (vgl. Geißel 2015: S. 40). Es gibt einen Zusammenhang zwischen sozio-ökonomischem Status, politischer Einbindung und der Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement. Das gilt sowohl für Beteiligungsformen wie Wahlen und politische Mitgliedschaften als auch für weniger institutionalisierte Methoden, wozu Unterschriftensammlungen, Demonstrationen, Online-Protteste, öffentliche Diskussionen oder planerische Beteiligungsprozesse zählen (vgl. Bödeker 2012).

Bürgerschaftliches Engagement steht in einem engen Zusammenhang mit Öffentlichkeitsbeteiligung, da Beteiligte gehäuft anderweitig (ehrenamtlich⁴⁰) engagiert sind. Je niedriger der Schulabschluss, desto geringfügiger die Abundanz des Engagements an Online- und Offline-

⁴⁰ Ehrenamt ist eine freiwillige, gemeinwohlorientierte sowie unentgeltliche Beschäftigung (vgl. Für soziales Leben e.V. o. J.).

Beteiligungsvorgängen. Das wirkt sich ebenso auf Jugendliche aus: Beispielsweise kennen knapp 60% aller Personen mit Volks- beziehungsweise Hauptschulabschluss oder Menschen mit gar keinem Abschluss Online-Beteiligungsprozesse, aber nur annähernd 20% nahmen jemals teil. Über 60% der befragten Hochschulabsolventen hingegen partizipieren regelmäßig bei Online-Beteiligungsprozessen (vgl. Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft 2014: S. 24). Es bleibt nach Jahren der Diskussion um gelungene Öffentlichkeitsbeteiligung noch immer eine Herausforderung, schwer erreichbare Gruppen in zentralen Fragen der Stadtentwicklung und für Beteiligungsvorhaben einzubeziehen (vgl. Brückner; Korte 2016: S. 1).

Die Teilnehmendengruppe für eine Beteiligung zu bestimmen, erfolgt nicht automatisch, sondern muss seitens der Beteiligten mit Bedacht gewählt werden. Drei verschiedene Formen der Teilnehmendenauswahl lassen sich voneinander unterscheiden⁴¹:

- Selbstselektion: Diese Verfahrenstypen sind grundsätzlich offen für alle Interessierten, ohne dass Zielgruppe und Teilnehmendenzahl festgelegt werden. Eine Gefahr obliegt einer Überrepräsentation von bildungsnahen Menschen und/oder Gruppen mit großem Zeitbudget beispielsweise Senioren und Studierende.
- Zufallsstichprobe: Dabei wird die Anzahl der Beteiligten festgesetzt und eine Stichprobe gezogen. Der Vorteil hierbei liegt darin, dass insbesondere bei einem großen Stichprobenumfang eine Zufallsrekrutierung eine breite Repräsentativität von Beteiligten gewährleistet. Jedoch ist nicht garantiert, dass alle zufällig ausgewählten potenziellen Teilnehmenden sich wirklich beteiligen möchten. Vertreter von Bevölkerungsgruppen mit höherer Bildung (und/oder mit mehr Zeit) bleiben verstärkt übrig. Damit dieser Fall vermieden, zumindest die Wahrscheinlichkeit dieses Falls minimiert wird, ist es vielversprechend, die Erhebung einer Zufallsstichprobe mit einer geplanten Bürgerauswahl zu kombinieren. Dies geschieht mit einer gezielten Nachrekrutierung, entsprechend demographischer Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung oder Migrationshintergrund⁴².
- Das dritte Beispiel ist eine gezielte Auswahl, denn um eine bessere Repräsentativität des Teilnehmendenkreises zu erlangen, laden Beteiligter bewusst einzelne Personen oder Vertreter verschiedener Personengruppen zur Mitwirkung ein. Dies kann durch die

⁴¹ Siehe auch Kapitel 6.3.1 zur Zielgruppenbestimmung in der Beteiligung in Göttingen Osterode a.H.

⁴² „Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde“ (Statistisches Bundesamt 20 o. J.). Das umfasst zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedler sowie als Deutsche geborene Nachkommen dieser Gruppen (vgl. Statistisches Bundesamt 20 o. J.).

Schaffung von Mitwirkungsanreizen (beispielsweise Aufwandsentschädigungen, Freistellung von der Arbeit/vom Unterricht) erfolgen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 26 ff.)

Bevor mit einer Beteiligung begonnen werden kann, bedarf es umfassender Vorarbeit in Anbetracht der Zielgruppenbestimmung. Koop (2010) stellt zur Bestimmung der Zielgruppe sowie ihrer Erwartungen und Interessen eine Reihe von Fragen auf:

- Wer ist von dem Vorhaben betroffen, wer hat darüber hinaus eventuell einen Bezug zum Vorhaben, gewichtet nach der Intensität des Vorhabenbezuges?
- Soll trotz spezieller Zielgruppe eine breitere Masse angesprochen werden?
- Was sind Motive und Interessen der Zielgruppe und ggfs. der breiteren Masse?
- Wer sind Experten auf diesem Gebiet, die hinzugezogen werden könnten?
- Wer wird das Vorhaben federführend umsetzen und wer sind weitere Umsetzer?
- Welche Akteure und bislang außenstehende Institutionen, öffentliche Stellen etc. nehmen gegebenenfalls einen besonderen Einfluss auf die Entscheidung?
- Welche relevanten Bevölkerungsgruppen sind möglicherweise schwer zu erreichen und wie können diese einbezogen werden?
- Wie werden organisierte Interessenvertretungen eingebunden?
- Welche Themen sind relevant/werden für die Zielgruppe relevant sein (vgl. Koop 2010: S. 34)?

Demzufolge ist eine genaue Auseinandersetzung mit der Zielgruppenbestimmung und deren Bedürfnissen notwendig. Kennen Planende und Beteiligter die Betroffenen und die Zielgruppenbedürfnisse nicht und fassen sie zu einer homogenen Gruppe zusammen, riskieren sie eine Entfremdung der Zielgruppe (vgl. Schrepel 2015: S. 1).

3.4 UMFASSENDE BLICK AUF ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Andere Nationen betreiben Öffentlichkeitsbeteiligung mit unterschiedlichem Stellenwert und auf verschiedenen Gesetzesgrundlagen. Bislang gibt es keine nationenübergreifende und gegenüberstellende wissenschaftliche Forschung, die unterschiedliche europäische Beteiligungskulturen, differente Verbreitungsgrade und Ausprägungen einzelner Beteiligungsmethoden erfasst, bis auf die Erforschung von Bürgerhaushalten, eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von (kommunaler) Bürgerbeteiligung. Dies ist das weltweit verbreitetste und dialogorientierteste Verfahren (vgl. Nanz; Kamlage 2013: S. 13). Darüber hinaus favorisieren einzelne Nationen ihre jeweiligen Themen, Zielgruppen, Beteiligungsformate und -methoden. Es bestehen Potenziale

aller Nationen, auf Erkenntnisse internationaler Mitwirkungsverfahren zurückzugreifen. Nachfolgend wird daher ein kurzer Überblick über internationale Beteiligungen erstellt, ehe sich an späterer Stelle explizit mit globaler Kinder- und Jugendbeteiligung befasst wird.

3.4.1 ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG IM INTERNATIONALEN UND EUROPÄISCHEN KONTEXT

Grundsätzlich ist dialogorientierte Öffentlichkeitsbeteiligung⁴³ in spezifische politische Kulturen und Systeme eingebettet, die sich je nach Ländern beziehungsweise Regionen, ggf. nach Städten und Gemeinden differenzieren. Weltweit beliebt sind Konsultationsverfahren, doch werden sie elektronisch auf deutscher Bundesebene nur vereinzelt durchgeführt und es fehlt die Regelmäßigkeit von landes-/bundesweiten Online-Konsultationen. In mehreren Ländern gibt es zentrale Plattformen mit Verzeichnissen, bei denen Interessierte sich thematisch und/oder geographisch über aktuelle Beteiligungsmöglichkeiten informieren können (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 8).

Die Europäische Union hat das Jahr 2013 zum *Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger* erklärt. In Verbindung dazu steht die Aufforderung, sich über die Zukunft der EU „auf allen exekutiven und legislativen Ebenen, aber auch in der Zivilgesellschaft und in der Geschäftswelt öffentlich auszutauschen“ (Kalb 2013: S. 3). Zudem soll die Bevölkerung auf nationalen, regionalen oder lokalen Ebenen dazu angeregt werden, sich zu äußern und zu beteiligen. Länder sollen neue Wege der Öffentlichkeitsbeteiligung entwickeln, erproben und etablieren (vgl. ebd.). Öffentlichkeitsbeteiligung soll auf europäischer Ebene stärker Anwendung finden, was eine Motivation zur Teilnahme an Europawahlen, einen wesentlichen Punkt dieser Kampagne, einschließt.

Auf europäischer Ebene wurde Bürgern durch die Aarhus-Konvention der EU aus dem Jahre 1998 das Recht auf eine Beteiligung an Entscheidungsprozessen, zumindest an umweltpolitischen Belangen, eingeräumt. Da die Bauleitplanung einen entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung der Umwelt nimmt, finden sich Inhalte der Konvention in der Planungspraxis wie in Deutschland, in der Richtlinie zur strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung wieder (vgl. Meunier 2006: S. 6 ff.; Fürst; Scholles 2008: S. 165 f.).

⁴³ Hierbei werden Bürger, zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträger frühzeitig im politischen Prozess zusammengebracht. Kern der Beratungen sind Argumentationsaustausch und gemeinschaftliche Willensbildung. Im Idealfall kommt es anschließend zu einer konsensualen Entscheidungsfindung. Beteiligte wägen in Diskussionen alternative Positionen unter der Voraussetzung ab, dass andere Standpunkte berücksichtigt werden (vgl. Nanz; Kamlage 2017: S. 12; Brückner; Korte 2016: S. 1).

Europäische Demokratien unterliegen verschiedenen Wandlungen, so gibt es in Europa eine wachsende Zahl direktdemokratischer Verfahren.⁴⁴ „Von den weltweit seit 1793 gezählten 1.405 nationalen Referenden entfallen alleine 62 Prozent auf die europäischen Länder. Ungefähr die Hälfte davon fanden seit 1989 statt“ (Nanz; Kamlage 2017: S. 12). Ferner finden die so genannten *deliberativen*⁴⁵ oder *dialogorientierten Verfahren*, vergleichsweise Bürgerhaushalte, Bürgerräte, Zukunftskonferenzen und Planungszellen⁴⁶ in den letzten 20 Jahren zunehmend Anwendung auf europäischer Ebene (vgl. ebd.).

In Europa findet Öffentlichkeitsbeteiligung hauptsächlich auf lokaler und regionaler, weniger auf nationaler Ebene statt. Dort ausgeübte Formate und Methoden unterscheiden sich abhängig der politischen Kultur nach verschiedenen Mustern und innerhalb der einzelnen Länder beziehungsweise Regionen. In **Frankreich** gibt es eine zentralstaatliche Organisation, die öffentliche Diskussionen und Mitwirkung an großen Infrastrukturvorhaben organisiert. Im Gegensatz zu deutschen Beteiligungsformen sind diese spontaner und auf die Beeinflussung von Öffentlichkeit und Gesellschaft gerichtet. Deutsche Formen verfügen dahingegen über ein unübersehbares Regelwerk und verfolgen oft das Ziel, Entscheidungsträger zu beraten. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland haben Mandatsträger und Verwaltungsmitarbeiter die führende Rolle in der Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsverfahren (vgl. ebd.: S. 13).

In **Italien** gibt es zahlreiche lokale und regionale Initiativen. „Die Region Toskana hat im Jahr 2007 ein in Europa bislang einzigartiges Gesetz erlassen, das es Bürgern und dort wohnhaften Personen ermöglicht, Beteiligung einzufordern und selber zu initiieren“ (ebd.). Das gilt nur für den Fall, dass ein geplantes Großvorhaben einen bedeutsamen Einfluss auf die Bevölkerung aufweisen kann, was Auslegungssache der öffentlichen Planung ist (vgl. ebd.).

Je nach Nation sind differente Beteiligungsmethoden beliebt: In **Österreich** findet *Dynamic Facilitation*⁴⁷ eine weite Verbreitung. Dies wurde in den **USA** unter dem Namen *Wisdom Council*

⁴⁴ Direktdemokratisch = durch unmittelbare Bevölkerungsbeteiligung an (politischen) Entscheidungsprozessen geprägt oder zustande gekommen.

⁴⁵ Deliberation (lat. deliberare) bedeutet abwägen. Es beschreibt eine auf den Austausch von Argumenten angelegte Form der Entscheidungsfindung unter Gleichberechtigten. Es soll nicht die Mehrheitsabstimmung, sondern das bessere Argument die Entscheidungen prägen, weil alle Argumente gegeneinander abgewogen werden. Somit ist eine Einigung auf die beste Lösung möglich (vgl. Große Hüttmann; Wehling 2013: o. A.).

⁴⁶ Die verschiedenen Methoden der Bürgerbeteiligung sind zuweilen nachzulesen auf: BertelsmannStiftung 2012: S. 10 ff.; Nanz; Fritsche 2012: o. A.

⁴⁷ Für Informationen zu dieser Beteiligungsmethode, vgl. Dynamic Facilitation o. J.

(ähnlich dem deutschen Bürgerrat) entwickelt. Es fällt auf, wie konform divergierende Formate in andersgearteten Ländern sein können und teilweise (abgeändert) angewandt werden. Ziele und Zwecke der Beteiligung ähneln sich ebenso stark, was unter anderem daran liegt, dass westlich geprägte Industrienationen zunehmend gleiche Probleme aufweisen (demographischer Wandel, soziale Gefälle, Klimawandelauswirkungen etc.).

In **Großbritannien** fordert die Regierung Öffentlichkeitsbeteiligung vornehmlich auf lokaler Ebene ein, überlässt deren Ausführung jedoch dem privaten und dem Non-Profit-Sektor. Dort wird neben anderen Formaten vermehrt das Beteiligungsverfahren *Planning for Real*⁴⁸ angewendet, was ebenfalls in Deutschland Verwendung findet. Es verfolgt das Ziel, die Lebensqualität an Orten entsprechend zentralen Plätzen, Quartieren oder Stadtparks zu verbessern. **Dänemark** führt seit den frühen 1990er Jahren *Konsensuskonferenzen*⁴⁹ mit Bürgern durch, welche desgleichen hierzulande beliebt sind (vgl. ebd.: S. 14).

Ungeachtet zahlreicher Erfahrungen und Parallelitäten in Bezug auf Öffentlichkeitsbeteiligung fand auf europäischer Ebene lange Zeit kein systematischer Lern- und Erfahrungsaustausch statt. Aus dem Anlass hat die Stabsstelle der *Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung* des Staatsministeriums Baden-Württemberg und das EIPP 2012 verschiedene europäische Regionen zu einer Konferenz eingeladen. Daraus resultierte das erste Europäische Netzwerk zur Förderung von Öffentlichkeitsbeteiligung, was das Ziel verfolgt, systematische Vorschläge für europäische Demokratiereformen zu unterbreiten. Diese Formen sollten institutionelle Rahmenbedingungen für eine Verbindung aus repräsentativer, direkter und partizipativer Demokratie entwickeln (vgl. ebd.: S. 14 f.).

Nachdem ein Blick auf die internationale Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte, ist es entscheidend, um die heutige Situation zu verstehen, wie sich Beteiligung in Deutschland im Laufe der Jahre entwickelte. Ein kurzer Abriss der Beteiligungshistorie erfolgt daher in Kapitel 3.4.2.

⁴⁸ Für Informationen zu dieser Beteiligungsmethode, vgl. *planning for real* 2018.

⁴⁹ Für Informationen zu dieser Beteiligungsmethode, vgl. *Beteiligungskompass* 1 2013.

3.4.2 ENTWICKLUNG DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND

Die Entwicklung der Öffentlichkeitsbeteiligung ist im historischen Kontext zu betrachten, ihr Gewinn kann nicht allein in Reflexion von angestrebten Zielen erfolgen. Stets sind der gesellschaftliche Zusammenhang und die Konsequenz aus der Vergangenheit zu berücksichtigen (vgl. Richter 2001: S. 7). Daher vollzieht sich zunächst ein Überblick über die Geschichte der deutschen Beteiligungskultur, denn bis heute sind Auswirkungen vorangegangener Beteiligungen ersichtlich.

Im Mittelalter, ab dem sechsten bis zum 15. Jahrhundert galt Herrschaft als legitim, „wenn sie auf dem Konsens mit den zur politischen Teilhabe berechtigten Untertanen beruhte. So erkämpfte sich das mittelalterliche Stadtbürgertum von den [...] adligen oder geistlichen Stadtherren, Formen politischer Selbstverwaltung und Bürgerfreiheit“ (ebd.). Das Sprichwort *Stadtluft macht frei* trifft den Kern des städtischen Selbstbestimmungsanspruchs (vgl. Steiner-Welz 2006: S. 403).

15.
JAHRHUNDERT

In und um Deutschland wurde im 18./19. Jahrhundert beinahe in ganz Europa gekämpft. In diesen Kämpfen entwickelten sich Beteiligungsformen, welche im späten 18. Jahrhundert in einer bürgerlichen Gesellschaft endeten. Die Bevölkerung wollte ihre Verhältnisse selbstständig und friedlich regeln, ohne dass soziale Ungleichheiten entstehen. Aus dieser neuen Sichtweise resultierten Revolutionen in Amerika (1776), Frankreich (1789) und letztlich in Deutschland (1848) (vgl. Griessinger 2016: S. 36).

18. /19.
JAHRHUNDERT

Im 20. Jahrhundert entwickelte sich aus einer bürgerlichen Gesellschaft eine Zivilgesellschaft, die sich nach Ende des Zweiten Weltkriegs global entfaltete (vgl. Howell 2002: S. 117). In den Folgejahren hatten der Zivilisationsbruch der Jahre 1933 bis 1945 sowie der 1947 einsetzende *Kalte Krieg*, Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen und Mitbestimmungswünsche. Proteste von Kirchen, Gewerkschaften, Studentenvertretungen etc. zur Atom- und Verteidigungspolitik kamen auf (vgl. Griessinger 2016: S. 35). Internationale Widerstände entsprechend der indischen Unabhängigkeitsbewegung der 1940er Jahre wurden weltweit zum Vorbild und Katalysator für öffentliche Proteste. Die Anführer der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung der 1950er Jahre, vornehmlich Martin Luther King, Stokely Carmichael und Malcolm X beeinflussten ebenfalls die Entwicklung von Beteiligungsformen in Deutschland.

1. HÄLFTE DES 20.
JAHRHUNDERTS

In der DDR forderte die Bevölkerung in den 1950er Jahren Beteiligung, welche erfolglos nach einem gescheiterten Aufstand am 17. Juni 1953 endete (vgl. ebd.: S. 36 ff.). Nach ersten Erfolgen der bundesrepublikanischen Bürgerbewegung musste Mitte der 1950er Jahre der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer Niederlagen gegen eine zusehends kritischer werdende Öffentlichkeit hinnehmen. Sein Rücktritt 1963 war ein zentraler Punkt der Öffentlichkeitsbewegung, denn erstmals siegte die Öffentlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in einer politischen Krise, was die Beteiligungsmotivation in den Folgejahren anhalten ließ (vgl. ebd.: S. 36). Seit den 1960er und 70er Jahren veränderten sich politische sowie gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Beteiligung in Deutschland. Den nächsten Meilenstein bildete das Jahr 1968, in dem durch die 1968er-Bewegung zunehmend Proteste aufkamen (vgl. Baumann et al. 2004: S. 11 ff.).

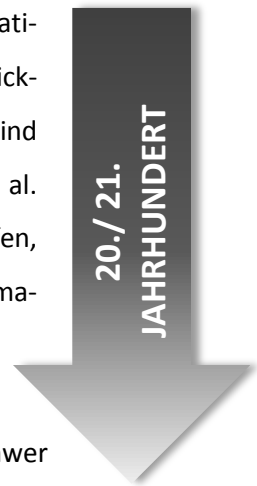
Ein breit gefächertes Reformprogramm der deutschen Innen- und Außenpolitik liberalisierte und erneuerte Deutschland nicht zuletzt durch eine verstärkte Öffentlichkeitsbeteiligung. Neben Studierenden und Schülern fühlten sich andere Gruppen dazu bewogen, für ihre Belange einzutreten. Ab den 1971er Jahren protestierten zunehmend Frauenbewegungen gegen eine Bestrafung der Abtreibung, was zahlreiche Fraueninitiativen auslöste (vgl. Griessinger 2016: S. 37 f.). Der Zusammenbruch der DDR 1989 markiert „den Erfolg vielfältiger zivilgesellschaftlicher Bürgerbewegungen, die sich aus unterschiedlichen Quellen speisen und auf eine lange Tradition in der Geschichte Deutschlands und Europas zurückblicken können“ (ebd.: S. 39).

Ab den 1990er Jahren kündigten sich Tendenzen innerhalb des politisch-administrativen Systems an, die die Kommunikation und Teilhabe an Planungsgeschehen änderten. Dazu gehörten die Hinwendung zu Elementen der direkten Demokratie, Steigerung der Aufmerksamkeit bezüglich des bürgerschaftlichen Engagements in der Gesellschaft, Bürgerorientierung und Modernisierung kommunaler Verwaltung.

2. HÄLFTE DES 20.
JAHRHUNDERTS

20. JAHR-
HUNDERT

Ebenso sind die Nutzung neuer, vorzugsweise internetgestützter Kommunikationstechniken sowie die Suche nach Partnern in der Stadt- und Regionalentwicklung für kooperative Prozesse zu nennen. In den meisten Bundesländern sind derweil Bürgerbegehren⁵⁰ und -entscheide rechtlich verankert (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 30). Themen, welche die westliche Weltbevölkerung in Zukunft betreffen, sind vor allem: Klimawandel, Gesundheitsbelange, Flüchtlings- und Asylproblematik oder Arbeitsmigration. Sie stehen aktuell in den Medien und bei der Öffentlichkeit hoch im Kurs. Die Rolle der weltweiten zivilgesellschaftlichen Akteure ist in diesen und anderen künftigen Globalisierungsprozessen jedoch schwer einschätzbar.



In den letzten 35 Jahren hat sich viel an den Aufgaben, der Handhabung und den Rahmenbedingungen räumlicher Planung geändert. Der in den 1970er Jahren noch vornehmlich im Mittelpunkt stehenden Stadterneuerung unter Wachstumsbedingungen steht heute eine Auseinandersetzung mit schrumpfenden Städten und Regionen gegenüber. Die Öffentlichkeit hat einen Part bei der Planung von Innenstadtkonzepten, neuen Plätzen und Siedlungen, Stadtteilerneuerungen, Verkehrsentwicklungskonzepten oder dergleichen gefordert und eingenommen (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 26). Jedoch bietet sich durch eine deutschland- und europaweit geschichtlich betrachtete Rückbesinnung auf langwährende Traditionen und wechselnde Bedingungen zivilgesellschaftlichen Engagements und Protests bei der Suche nach einem demokratischen Weg in das 21. Jahrhundert eine wertvolle Orientierung (vgl. Griessinger 2016: S. 39). Bürgergutachten und -haushalte, Workshops, Volksentscheide: Die heutige Stadtpolitik ist vielerorts eng mit Bürgern verbunden (vgl. Winkler-Schlang 2016).

Protestbewegungen und Wutbürger sind Gesichtspunkte, die Medien aktuell bevorzugen, weil sie kontroverse Diskussionen hervorrufen, die die Öffentlichkeit interessieren. Doch seit langem gibt es ergänzende stillere Formen von Öffentlichkeitsbeteiligung, die ebenso ein Teil politisch-administrativer Normalität wurden: Schulkonferenzen, in denen Eltern die Bedürfnisse ihrer Kinder vertreten oder Anwohner, die sich an der Stadtentwicklungsplanung beteiligen. Es verdreifachte sich in den letzten 10 Jahren die Anzahl der Bürgerentscheide auf Ebene kommunaler Gebietskörperschaften (vgl. Griessinger 2016: S. 34). Gegenwärtige Jugendbewegungen, ver-

⁵⁰ Für diese Arbeit ist es relevant zu erwähnen, dass für ein Bürgerbegehren beziehungsweise zur Leistung der Unterschrift, Jugendliche mindestens 16 Jahre alt sein müssen. Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sind von der Beteiligung dieses Formates ausgeschlossen (vgl. Initiative Allianz für Beteiligung e.V. 2018: S. 21).

gleichsweise *Fridays for Future*⁵¹ oder *JAGs*⁵² lassen bisher eine Vereinnahmung durch Parteien oder Organisationen größtenteils nicht zu. Die Besonderheit ist das junge Alter der minderjährigen Akteure, was die Bewegung beispielsweise von der 68er- oder der Anti-Atomkraft-Bewegung, die von Studierenden im Alter von 25 bis 30 Jahren angeführt wurden, unterscheidet (vgl. DTS Nachrichtenagentur 2019). In vielen Städten Deutschlands halten Beteiligte der 68er-Generation an der Tradition der Ostermärsche fest. Ostern 2019 bekamen die Ostermarsch-Aktivisten Unterstützung durch *Fridays for Future*-Aktivisten. Seit über 60 Jahren gibt es diese Protestmärsche und nun schließen sich alte und neue Gruppen zusammen, um sich gemeinsam für eine Sache einzusetzen (vgl. Kämmerling 2019).

3.4.3 DAS DEUTSCHE EBENENSYSTEM IN DER BETEILIGUNG MIT DER FORMELLEN UND INFORMELLEN BETEILIGUNG

Je nach politischer Ebene wird Beteiligung divergent durchgeführt. Dementsprechend sind die Initiatoren, die Beteiligungsformen oder die Mitwirkungsdauer verschieden. Die Andersartigkeit von Beteiligung blickend von Bundesebene auf kommunale Ebene liegt mitunter daran, dass die (gefühlte) Nähe zum Geschehen, also zu Planungsthemen, Bauvorhaben etc. auf kommunaler Ebene häufig deutlich größer ist als auf Bundes-, Landes- oder regionaler Ebene. Auf der Bundesebene gibt es nur formelle Beteiligungen wie Petitionen, auf der kommunalen, regionalen und Landesebene gibt es eine Vielzahl an informellen Beteiligungen wie bei Leitbildprozessen in der Stadtplanung (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 57 ff.).

Auf kommunaler Ebene ist es wahrscheinlicher, dass Projekte und Initiativen, die mit geringfügiger finanzieller Unterstützung initiiert werden, viel bewegen, als auf höherer Ebene (vgl. Rohr 2012). Verantwortliche Politiker und Akteure sind erfahrungsgemäß präsenter als regionale und verfügen über eine größere Nähe zu den Bürgern. Das führt zu einer höheren Responsivität zwischen Bürgern und Politik auf lokaler Ebene (vgl. Vetter 2010: S. 257 ff.). Diese Ebene bietet faktisch Vorteile, da eine starke Teilhabe der Bevölkerung für gewöhnlich dort stattfindet, wo in Beteiligungsverfahren konkret mit der Öffentlichkeit über die Verwendung von Mitteln entschieden wird. Ausschlaggebend ist die Tatsache, dass engagierte Menschen eine Entscheidung treffen, welche Chancen hat, realisiert zu werden (vgl. BBR 2004: S. 191). Schlüsselakteure sind auf kommunaler Ebene untereinander oft gut vernetzt und eng verbunden. Der *Dorf-Funk* ist ein

⁵¹ Internationale Klimastreik-Bewegung, die überparteilich, autonom und dezentral organisiert ist.

⁵² Jugendgruppen von Greenpeace.

altbewährtes Mittel zur Nachrichtenübermittlung und kann die Rückläufe bei einer ansonsten anonymen Befragung beispielsweise via Hauswurfsendung deutlich erhöhen, wenn vorher Akteure animiert werden (vgl. Hawel; Quast 2014: S. 1 ff.). Ein weiterer Vorteil kommunaler Beteiligung ist die räumliche Nähe zum Planungsgegenstand, da sich Menschen zumeist für greifbare Themen aus ihrem alltäglichen Lebensbereich interessieren (vgl. Knauer; Sturzenhecker 2005 S. 71).

In Deutschland wird zwischen formeller und informeller Öffentlichkeitsbeteiligung unterschieden. Während formelle Beteiligung nach jeweiligen Rechts- und Verfahrensvorschriften verbindlich geregelte Beteiligungsformen umfasst, ist die informelle rechtlich nicht festgelegt. Formelle und informelle Beteiligungen beziehen sich auf die jeweiligen Instrumente der Raumplanung und sind in der folgenden Tabelle gegenübergestellt:

	formelle Instrumente	informelle Instrumente
rechtlich	mit Rechtsgrundlage, bindend	ohne Rechtsgrundlage, selbstbindend
zeitlich	mittel- bis langfristig	kurz- bis mittelfristig
räumlich	klein- bis großräumig	kleinräumig, projektorientiert
Beteiligung	gesetzliche Beteiligungsvorschriften mit Top-Down-Vorgaben	kooperative Beteiligungsprozesse mit Bottom-Up-Vorschlägen
Priorität	Planen: Planungsorientiert	Handeln: Handlungs- und umsetzungsorientiert, Prioritäten setzend
Stärken	normativ, rahmengebend; Raumansprüche abwägend, Konflikte ausgleichend/ entscheidend, ergebnisdurchsetzend	aktiv gestaltend, flexibel änderbar, einsetzbar und modifizierbar
Schwächen	Verfahrensdauer kann beträchtlich sein, hierarchisch-zentralistisch	unfähig, bei harten Raumnutzungskonflikten Lösung zu erzwingen
Beispiele	kommunale Bauleitplanung (Umweltverträglichkeitsprüfung, Bebauungsplanverfahren etc.), Planfeststellungsverfahren	informelle Verfahren (Runde Tische, Workshops etc.)

Tabelle 1: Formelle und informelle Beteiligungsinstrumente der Raumplanung
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Krappweis 2015

Seit den 1970er Jahren wurden bei formellen, öffentlichen Planungsverfahren Mindeststandards (v.a. Informations- und Anhörungsrechte) der Öffentlichkeitsbeteiligung etabliert (vgl. Kabis-Staubach; Staubach 2017: S. 2). Unkonventionelle, d.h. informelle und direktdemokratische Beteiligungsformen nehmen zu, wohingegen konventionelle beziehungsweise formelle Verfahren zurückgehen (vgl. Hebestreit; Korte 2015: S. 24). Oftmals befinden sich zwischen den verschiedenen Verfahren fließende Übergänge, die sie manchmal erst auf den zweiten Blick voneinander

zu trennen scheinen lassen. Daher ist es unentbehrlich zu wissen, wie formelle und informelle Verfahren miteinander zu kombinieren sind (vgl. Bayrischer Städtetag 2012: S. 18 ff.).

Die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung, gleichermaßen gesetzliche, obligatorische oder verpflichtende Beteiligung genannt, umfasst zwei Bereiche, welche als konventionelle Formen in der indirekten Demokratie und der direkten Demokratie betitelt werden (vgl. Helms 2007: S. 21):

- 1) Indirekte (repräsentative) Demokratie: Wahlen sind die bedeutungsvollste Form politischer Beteiligung im Rahmen der repräsentativen Demokratie in Deutschland. Eine weitere Ausprägung konventioneller Beteiligung ist Mitarbeit in Parteien (vgl. Ipb o. J.).
- 2) Direkte Demokratie: Bürger können über sachpolitische Fragestellungen selbst entscheiden. Dies kann unmittelbar durch Bürger *von unten* initiiert werden (*bottom up*) (vgl. Schiller; Mittendorf 2013: S. 11).

Im Gegensatz zu informellen Verfahren sind formelle Verfahren per Gesetz vorgeschrieben und geregelt. Sie sind deutlich strenger, in ihrer Struktur starrer und kaum anpassungsfähig. Bei informellen Ansätzen stehen neben der Teilhabe der Bevölkerung Kooperationen zwischen Bürgern und Verwaltung im Vordergrund. Sie weisen eine größere methodische Vielfalt auf als formelle Beteiligungsprozesse. Beispiele für informelle Prozesse sind Runde Tische, World Cafés, Zukunftswerkstätten, Arbeitskreise und Planungszellen (vgl. Krappweis o. J.). Informelle Beteiligungsverfahren ersetzen keine formellen, sie komplementieren sie und werden beispielsweise im Vorfeld der Verfahren eingesetzt oder bei Planungsprozessen genutzt, bei denen keine formellen Verfahren anwendbar sind vergleichbar der Entwicklung von Leitbildern oder der Erstellung von Beteiligungsrichtlinien. Bei jenen existiert eine Vielzahl verschiedener Formen und Methoden (vgl. Gessenharter 2012: S. 7).

3.5 CHANCEN UND GRENZEN VON ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Die Beteiligung der gesamten Bevölkerung, auch jener Bevölkerungsteile, die keine Bürgerrechte für sich beanspruchen können, soll der öffentlichen Verwaltung jedweder Ebene ermöglichen, alle für die Planung relevanten öffentlichen Belange zu sammeln, um demgemäß zu einer gerechten und möglichst vollständigen Abwägung der privaten und öffentlichen Interessen zu gelangen. Doch Öffentlichkeitsbeteiligung ist umstritten und wie viele Prozesse und Verfahren in der öffentlichen Verwaltung, hat sie Chancen und Grenzen. In diesem Kapitel wird ein Überblick über die Beteiligung der gesamten Öffentlichkeit geschaffen.

3.5.1 CHANCEN

Beteiligung führt generell Menschen zusammen, ermöglicht ihnen, ihre Haltung kundzutun und zu verändern, was sie negativ berührt. Nach dem Motto *Gemeinsam ist man stark* fällt es vielen Menschen leichter, sich für oder gegen eine Sache einzusetzen. Durch gemeinsame Protestaktionen werden Menschen zusammengeführt, die durch ein Thema miteinander verbunden sind, doch alleine kaum den Mut aufbrächten, ihre Meinung publik zu machen und gehört zu werden. Demonstrationen, Kundgebungen, Unterschriftenaktionen, Streiks etc. bringen Menschen die Chance sich für etwas einzusetzen und in der Öffentlichkeit zu äußern.

Beteiligung kann zur Akzeptanz, Legitimation, Transparenz, Einbindung aller Akteure, Identifikation mit Lösungen und zur Konsensfindung beitragen (vgl. von Streit; Musch 2019). Sie ist eine funktionale Bereicherung von Entscheidungsprozessen sowie eine auf der demokratischen Grundordnung basierende Verpflichtung gegenüber Betroffenen (vgl. Renn 2006: S. 2). Der Einbe-

Öffentlichkeitsbeteiligung ist laut einer Befragung aus dem Jahre 2014 eine zentrale Aufgabe von Stadtplanungsämtern. 76,5% aller befragten Planungsämter geben an, dass Öffentlichkeitsbeteiligung die Akzeptanz von Planungsvorhaben steigert. Rund 50% der Verwaltungsmitarbeiter meinen, dass dadurch bisher ungenutztes Bürgerwissen und Bürgerressourcen aktiviert werden. Rund 45% sind der Meinung, dass Fehlplanungen mittels Öffentlichkeitsbeteiligung vermieden und rund 50% sind überzeugt, dass zu große Projektdauern verhindert werden können (vgl. Hägar; Wiesrecker 2014: S. 2 ff.).

zug der Bevölkerung kann in konfliktären Planungsprozessen, Verhaltensweisen aktivieren, die das Sozialkapital einer Gesellschaft mehren. Sie schafft und festigt soziale Netzwerke und erhöht das Vertrauen der Menschen gegenüber Politik, Verwaltung und anderen Akteuren (vgl. Koop 2010: S. 20).

Wegweisend für eine gelungene Planung öffentlicher Vorhaben ist die wissenschaftliche, theoretische Basis. Dazu gehört eine bürgerschaftliche Expertise, die aus Beteiligung resultiert (vgl. Walk 2011: S. 64). Anwohnende kennen ihre Umgebung, wissen was ihnen fehlt, was sie benötigen und kennen Missstände ihrer Umgebung. Dieses alltägliche und gleichzeitig planungsrelevante Wissen kann kaum leichter und verständlicher ermittelt werden als von den Menschen, die an dem Ort wohnen, an dem die Planung geschieht. Sie erhalten aufgrund von Teilhabe erst die Chance, an der Gestaltung der eigenen Lebenswelt mitzuwirken (vgl. Renn 2006: S. 7). Planende bekommen Informationen zum Planungsgebiet, die sie mit herkömmlichen Analysen nicht in Erfahrung brächten. Ihnen sind meist nur fachliche Ausschnitte bekannt, die Zusammenhänge, soziale Gewohnheiten etc. ausklammern (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 21). Wenn beteiligt wird, besteht die Chance auf eine Lösung von Konflikten angesichts vorliegender Missverständnisse

und Irrtümer. Vielfach gibt es Unterschiede zwischen statistischen Aussagen und persönlichem Empfinden von Menschen (vgl. Habermeier 2012: S. 7).

Die Bevölkerung betrachtet politische Aktivitäten teilweise mit Wohlwollen, teilweise mit Skepsis. Dies beruht auf Unwissenheit und Vorurteilen seitens der Bevölkerung sowie auf negativen Erfahrungen mit politischen Entscheidungen oder Handlungen der Verwaltung in der Vergangenheit. Beteiligungsformate und -methoden können dabei helfen, die Wahrnehmung und Relevanz eines Vorhabens in der Öffentlichkeit zu steigern und eine spätere Intervention durch frühzeitige Einbeziehung vermeiden (vgl. Koop 2010: S. 20).

Angesichts gelungener Beteiligung können zudem Folgekosten und Zeitverzögerungen gemindert werden, die sonst ggf. durch juristische Prozesse anfielen. Wenn Menschen unzufrieden sind, sogar den Klageweg einschlagen und vor Gericht ziehen, kostet das nicht nur Zeit, es kann ebenso zusätzliche Kosten für die Planung bedeuten (vgl. Gessenharter 2012: S. 5 ff.). Gelingt ein Beteiligungsverfahren, kann es bei konfliktreichen Themen ähnlich einem Ventil wirken, aus dem Bürger aufgestaute Anliegen hervorbringen (vgl. Selle 2012: S. 4).

Beteiligung kann zudem einen Haltefaktor bewirken, denn es kann gewinnbringend sein, wenn die Verwaltung einer Stadt Menschen, die darüber nachdenken, eine Gemeinde zu verlassen, nach ihren Beweggründen fragt. Sie kann Gegebenheiten herausfinden, die die Menschen ändern würden, damit sie bleiben und Fortzugspläne überdenken, wenn lösbare Probleme behoben werden und eine Verbindung zu ihrer Gemeinde besteht. Beteiligung ist somit ein grundlegender Schritt gegen Abwanderung und das Aussterben ländlicher Ortschaften (vgl. Olk; Roth 2007: S. 50; Baden-Württembergstiftung 2015: S. 11). Ehrenamtliches Engagement und Beteiligung sind zwar nicht gleichzusetzen, doch der Schritt zwischen Beteiligung und ehrenamtlichen Tätigkeiten ist oftmals klein. Viele Menschen in ländlichen Räumen⁵³, die sich beteiligen, engagieren sich desgleichen ehrenamtlich und halten soziale und technische Infrastrukturen aufrecht: Zahlreiche ländliche Gemeinden könnten ohne dieses Engagement kaum mehr existieren beziehungsweise ihre Bevölkerung halten, zum Beispiel im Feuerwehr- und Rettungswesen, bei Bürgerbussen, Betreuungsprojekten oder Sportvereinen (vgl. Schaaf-Derichs; Munsch 2019: o. A.).

⁵³ 57,2% der Einwohner Deutschlands leben in ländlichen Räumen auf 91,3% der Fläche. Gemeint sind in diesem Fall Räume, die folgende Kriterien aufweisen: Die Ländlichkeit eines Raums ist umso ausgeprägter, je geringer die Siedlungsdichte, je höher der Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche, je höher der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser, je geringer das Bevölkerungspotenzial und je schlechter die Erreichbarkeit großer Zentren ist (vgl. Küpper (2016): S. i).

Selbst wenn Ergebnisse für eine Planung unbrauchbar oder nur schwer bis gar nicht umsetzbar sind, sind sie zumeist richtungsweisend bei der Formulierung konkreter Handlungsempfehlungen (vgl. Habermeier 2012: S. 10). Zudem erfolgt kraft Beteiligter nicht nur Expertenwissen: Öffentlichkeitsbeteiligung kann grundlegende, hilfreiche Informationen über die Präferenz- und Werteverteilung betroffener Bevölkerungsteile ermitteln. „Da Entscheidungen auf Folgewissen und Urteile über die Wünschbarkeit der zu erwartenden Folgen beruhen, ist es für Entscheidungsträger häufig unverzichtbar, die Wahrnehmung der Wünschbarkeit der Folgen explizit zu erheben und (mit) als Grundlage für die eigene Entscheidung zu nehmen“ (Renn 2006: S. 6). Die Einbeziehung Betroffener und der interessierten Öffentlichkeit kann somit dazu beitragen, dass Problemlagen der differenten Adressatengruppen besser aufgefasst und in Lösungsfindungsprozesse einbezogen werden.

Es gibt darüber hinaus Chancen der Beteiligung in Bezug auf Kinder und Jugendliche. Diese sind teilweise auf die Beteiligung der Bürger übertragbar und werden in Kapitel 4.4.1 aufgeführt. Wo Chancen sind, bestehen desgleichen Grenzen von Öffentlichkeitsbeteiligung, die im folgenden Kapitel aufgezeigt werden.

3.5.2 GRENZEN

Positive Beteiligungserfahrungen jeglicher Art können demokratische Einstellungen, Verhaltensweisen und Vertrauen in Politik und Verwaltung stärken. Sind Beteiligungserfahrungen jedoch negativ, tritt das Gegenteil ein: Potenzielle Beteiligte scheuen davor, an Beteiligungen teilzunehmen und Beteiligter wollen keine weiteren initiieren.

Gemeinsam ist vielen Beteiligern, dass sie sich vor Beteiligten fürchten, vor unbequemen Diskussionen, Populismus, vor Kommentaren in Politikabläufen und vor Einwänden von Quertreibern (vgl. Rohr 2012). Zudem fürchten sie die Kosten eines Beteiligungsverfahrens, die teilweise vor Beginn eines Verfahrens kaum kalkuliert werden können. Kosten sind ein Einfluss, der in öffentlichen Verwaltungen entscheidend ist. Zwar gibt es keine Öffentlichkeitsbeteiligung ohne finanziellen Aufwand, dennoch muss der Beteiligungsvorgang verhältnismäßig betrachtet werden, wobei Kosten-Nutzen-Analysen hilfreich sind. Bei kostenintensiven Planungen (beispielshalber Abfallplanung oder Altlastensanierung) bedeuten Beteiligungskosten nur einen Bruchteil des gesamten Planungs- und Kostenaufwandes und sind deshalb überzeugend zu rechtfertigen. Es existieren jedoch Bereiche wie beim Umweltschutz, in denen die Kosten für Beteiligungsmaßnahmen ein wesentlich größeres Gewicht einnehmen, als die Kosten der Umweltschutzmaßnahme

(vgl. Renn 2006: S. 8 ff.). Das ist der Fall, wenn „es nicht um kostenintensive Investitionen, sondern um umweltrelevante Verhaltensweisen geht, z. B. bei den Konflikten zwischen Naturschützern und Landwirten“ (ebd.: S. 8). In diesem Fall wird eher davor gescheut, eine kostenintensive Beteiligung durchzuführen.

Unabhängig vom Alter stellt öffentliche Teilhabe für Menschen einen randständigen Lebensbereich dar. Daher darf es nicht verwundern, wenn die Teilnahmebereitschaft an Beteiligungsprozessen vorwiegend niedrig ist. Gleichwohl entstehen, obschon sich nur wenige Menschen beteiligen, Kosten für Beteiligter. Zudem ist Beteiligung in hohem Maße von sozialen Milieus und Bildungsgraden abhängig, weswegen sie selten repräsentativ sein kann. Generell besteht ein Problem mit der vermeintlichen Repräsentativität, denn eine stellvertretende Öffentlichkeitsbeteiligung ist gewünscht, aber entspricht selten der Realität. Die Freiwilligkeit zur Mitwirkung ist ein Grund für eine nicht repräsentative Beteiligteuzusammensetzung. Wer sich zur öffentlichen Mitwirkung motiviert fühlt, entscheidet dies aus einer individuellen Motivation heraus (vgl. Sommer 2015: o. A.).

Oftmals bilden sich Mehrheiten, die eine Motivation teilen. Demgegenüber stehen Einzelpersonen mit eigenen Zielen, die konträr zur Mehrheit sein könnten. Das führt letztlich dazu, dass es Beteiligte gibt, die trotz Beteiligung, bei der sie aktiv mitwirkten, am Ende unzufrieden sind. Hinzukommen diejenigen, die gar keine Motivation an Beteiligung verspüren und nicht partizipieren. Beteiligen wird sich in der Regel zumeist eine Minderheit der potenziellen Gesamtgruppe. Gegner von Beteiligungsverfahren leiten daraus ver-

*In Anbetracht der Bedeutsamkeit werden an dieser Stelle die so genannten **Wutbürger** angeführt. Ihre Ängste aufzubrechen ist kompliziert, aber bedeutungsvoll, um eine Beteiligung durchzuführen. Im Zusammenhang mit Stuttgart 21 waren Wutbürger vielfach in den Medien vertreten. Sie äußern lautstark und wiederkehrend, teils in einem hasserfüllten Tonfall, ihren Standpunkt, sind zutiefst empört über Politiker, partiell auch über die Gesellschaft. Wutbürger resultieren aus der Enttäuschung über politische Entscheidungen und betreiben einen heftigen öffentlichen Protest. Es handelt sich überwiegend um eine ältere, wohlhabende, recht konservative Bevölkerungsgruppe (vgl. Kurbjuweit 2010). Wutbürger nehmen nicht zuletzt durch die Nutzung sozialer Netzwerke einen großen Einfluss auf die Planung und das öffentliche, mediale Geschehen (vgl. Hinrichs 2017).*

mehrt die Argumentation ab, „das Verfahren hätte keine Legitimierung, da die schweigende Mehrheit nicht teilgenommen hätte“ (Sommer 2015: o. A.). Der teilnehmenden Minderheit wird laut Sommer (2015) regelmäßig eine eigene, überaus essenzielle Position unterstellt (vgl. ebd.). Diese Unterstellung ist ebenso unrichtig „wie der Anspruch, dass nur eine möglichst vollständige Beteiligung Legitimierung für die Ergebnisse brächte“ (ebd.). Das ist an politischen Wahlen ersichtlich, an denen sich bei weitem nicht die gesamte Bevölkerung beteiligt (vgl. ebd.). Jugendli-

che beispielsweise dürfen nur bei wenigen Wahlen abstimmen, nichtsdestoweniger würde kaum jemand den gewählten Volksvertretern ihre Legitimation absprechen. Wirkliche Mehrheitsentscheidungen finden bei Entscheidungsmanipulationen nicht statt und Manipulationen von abgegebenen Stimmen bei Wahlen im Internet sind leicht durchzuführen. „Systemadministratoren können bei Online-Abstimmungen [...] die Stimmabgabe verändern oder Stimmen hinzufügen“ (Eisel 2016: S. 285).

In der Praxis wird der Erfolg von Beteiligungsangeboten daran gewertet, was für quantitative Resonanzen sie erzeugen⁵⁴: Für viele Teilnehmer ist das Idealbild einer Beteiligungsveranstaltung, wenn die Kamera des Lokalfernsehens über einen Saal voller Beteiligter schwenkt. Das sei ein Beweis, dass es auf publikumswirksame Effekte ankommt, auf gefüllte Räume und zahlreiche Aufrufe einschlägiger Internetseiten (vgl. Selle 2012: S. 3). Ein Saal, in dem nur ein Frontalvortrag präsentiert wird, ist keine aktive Einbindung der Bevölkerung. Nichtsdestoweniger ist es nicht immer die große, aufwendig inszenierte Beteiligung, die von Teilnehmern als erstrebenswert bezeichnet wird. Kleine Mitwirkungsvorhaben können ebenfalls aussichtsreich sein, da sie desgleichen bemerkenswerte Ergebnisse erzeugen können und eine Mitwirkung von 100 Personen kann genauso aussagekräftig und erfolgreich sein, wie eine von 1.000 (vgl. von Streit; Musch 2019).

Erfolge und Ergebnisse von Beteiligungen sind nicht identisch. Das Ergebnis kann eine Erfahrung, ein Kompromiss, ein Lernprozess oder etwas Greifbares, vergleichsweise eine umgestaltete Spielfläche oder eine geänderte Verkehrsführung sein. Das Scheitern eines Projektes ist genauso eine potenzielle Quintessenz einer Beteiligung, doch auf den ersten Blick würde das niemand als Erfolg bezeichnen. Allerdings entsteht aus einem Scheitern ein Lernprozess, aus dem eine positive Wende resultieren kann. Herrscht keine Einigung zwischen Bürgern und Planung, werden Defizite deutlich, die es zu beheben gilt (vgl. Ohl 2009: S. 122).

Es lässt sich kaum vermeiden, dass es bei der Komplexität von Planverfahren, Leitlinienbildung und anderer Themen im Rahmen einer Beteiligung Benachteiligte gibt. Daher ist es schwer zu definieren, was für Beteiligte und für die beteiligende Seite *Erfolg* bedeutet: Wenn Wünsche von Teilnehmern in Erfüllung gehen, Beteiligte ihre Belange durchsetzen, wenn alle Akteure zufrieden sind, wenn sich viele Menschen beteiligen oder reicht es, wenn die Möglichkeit besteht, sich zu beteiligen (vgl. Paust 2016c: o. A.)? Wann eine Beteiligung für welche Seite oder für alle Seiten

⁵⁴ Wie schwierig es ist, den Erfolg einer Beteiligung zu messen, wird in Kapitel 7.3 deutlich.

erfolgreich ist, ist selten im Vorfeld absehbar, da viele Einflüsse bestehen, wie äußere Rahmenbedingungen des Planungsraumes (Budget, Know-how der Planenden, Planungsgegenstand und Rechtslage), Entscheidungen der Politik, sinkendes Interesse am Sachverhalt der Beteiligung und zeitliche Verzögerungen etc. (vgl. Ohl 2009: S. 122).

Unabhängig davon, ob Beteiligungen aussichtsreich sind oder nicht, besteht die Auffassung, dass Menschen zu viel beteiligt werden (vgl. Bohse 2017). Das verdeutlicht sich bei genauer Betrachtung von *Information* und *Meinungsäußerung*: Das Angebot wächst. „Jeden Tag wird man mehrfach aufgefordert »Sagen Sie uns Ihre Meinung!«, »Ihre Stimme zählt«, »Schicken Sie Ihr Votum per SMS an...«, »Wir freuen uns über Ihren Kommentar«... [...] und zu jeder Gelegenheit den Daumen hoch oder herunter: »Gefällt mir, gefällt mir nicht«“ (Selle 2012: S. 11). Twitterbeiträge, Televotings wie TED-Abstimmungen⁵⁵, Kommentare und Likes auf Facebook, Twitter und Instagram haben enorm zugenommen (vgl. ebd.). Solche Beteiligungen sind simpel durchzuführen wie das *Liken* oder *Disliken* eines Beitrages, einer Wahl oder eines politischen Wahlslogans. Doch die Häufigkeit, mit der ein und dieselbe Person ein *Like* oder *Dislike* anklickt, wird nicht gewahrt. Solche Abstimmungsergebnisse können dessen ungeachtet käuflich sein.⁵⁶ Täglichen Tausende oder Millionen Menschen solche Meinungsäußerungen, erzeugt das Aufmerksamkeit und gibt zu bedenken, obschon unbekannt ist, wie viele dieser Stimmen *echt* und *einzigartig* sind (vgl. Schmidt 2015: S. 14).

Die Zielgruppenspezifika kann ebenso Grenzen setzen, denn diese stellt einen wesentlichen Gesichtspunkt der Beteiligung dar. Jede Zielgruppe bedarf anderer Beteiligungsmethoden, Informationsumfänge inklusive deren Verbreitungswege. Potenzielle Sprachbarrieren, fehlendes Verständnis für ein Thema, Interessendefizite, mangelnde Zeitressourcen oder keine Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme, benötigen angepasste Methoden (vgl. Gessenharter 2012: S. 6). An Gruppen wie Kinder und Jugendliche heranzutreten und sie zur Teilhabe zu motivieren ist aufwändig, ressourcenintensiv und vor allem unter dem Aspekt des Datenschutzes schwierig. Laut Munsch (2005) entstehen gesellschaftliche Selbstselektionsprozesse zwischen einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen sowie jenen mit einem niedrigen Bildungsabschluss und den höher Gebildeten mit einem besseren Einkommen (vgl. Munsch 2005: S. 108 ff.). Das führt Schmidt (2015) zu der Vermutung, Beteiligungsangebote von Teilnehmern beziehen bestimmte Zielgruppen nicht

⁵⁵ TED = Tele-Dialog; ist ein Televoting-Verfahren.

⁵⁶ Im Internet findet sich eine große Bandbreite verschiedener Anbieter, die Abstimmungen manipulieren, die aber hier nicht aufgeführt werden.

ein, die Effektivitätsorientierung der Beteiligung geht zu Lasten des Integrationsziels und Beteiligter grenzen bestimmte Gruppen bewusst aus (vgl. Schmidt 2015: S. 24). Die sich manifestierende, starke Verzerrung im soziodemographischen Profil von Beteiligten und die Überrepräsentation gebildeter und interessierter Menschen, führt Brundidge; Rice (2009) zu der Schlussfolgerung, dass der Informationsstand wohlhabender Menschen sich vermehrt, während der Informationsstand relativ armer Menschen nur langsam oder gar nicht steigt (vgl. Brundidge; Rice 2009: S. 144 f.).

Für die Stadtplanung und -entwicklung ist kaum absehbar, unabhängig davon, wer die Zielgruppe ist, wie rational, vorhersehbar und kontinuierlich an Projekten nachhaltig gearbeitet werden kann, wenn gleichzeitig ein Anspruch auf größtmögliche Beteiligung zu verfolgen ist. Diese hat oft unkalkulierbare Einflüsse auf Planungsverfahren. Beziehen Beteiligter Kinder und Jugendliche ein, ist die Entwicklung des Beteiligungsverlaufs noch schwieriger zu kalkulieren, da aus der Erwachsenenperspektive im Vorfeld kaum eine Vorstellung darüber herzustellen ist, welche Ideen, Vorstellungen und Haltungen Kinder und Jugendliche haben. Je mehr Menschen beteiligt werden, desto komplizierter wird es sich zu einigen, dementsprechend eine allseits zufriedenstellende Planung zu erhalten (vgl. Hummel 2015: S. 37).

Die Fülle von Ideen, Anregungen von Maßnahmen und Vorschlägen, die Beteiligungen bestenfalls hervorbringen, übersteigt oft die Möglichkeiten von Bteiligern, wie Gemeinden, die nur über geringe finanzielle Mittel verfügen. Bis sich damit konkret auseinandergesetzt wird, vergeht oft viel Zeit. Beteiligte können manchmal nur vage einen Zusammenhang zwischen Beteiligung und Umsetzung erkennen, falls eine Umsetzung der Planung realisiert wird (vgl. Selle 2012: S. 3 ff.). Viele genannte Anregungen und Vorschläge sind darüber hinaus unpassend zum Thema, zu Aussage- und Regelungsmöglichkeiten des Planes oder nicht umsetzbar. Zum Beispiel kann in einem Flächennutzungsplan die rollatorgerechte Pflasterung des Marktplatzes oder die Linienführung des örtlichen Verkehrsunternehmens weder geplant noch gesteuert werden (vgl. ebd.: S. 4).

Sind nach der Mitwirkung der Beteiligten alle Anregungen, Wünsche, Hinweise, Ideen etc., die im Plan, Konzept oder Vorhaben keinen Platz fanden, aussortiert, stellt sich die Frage, des weiteren Verfahrens. Werden sie nicht augenblicklich aussortiert, werden sie bestenfalls an die zuständigen Ressorts der Verwaltung weitergereicht, in der Hoffnung, dass sich dort jemand zuständig fühlt (vgl. Städtetag Baden-Württemberg, Kommunalen Landesverband e.V. o. J.). Hinzukommen Beteiligte, die Wünsche äußern, vergleichsweise ein neues Freibad oder eine Funsportanlage.

Oft liegen Wunschprojekte weit außerhalb der kommunalen Finanzierungsmöglichkeiten und haben in den nächsten Jahren keine Chancen auf eine Umsetzung (vgl. Scholl 2011: S. 39).

Daneben gibt es Anregungstypen, die sich auf konkrete Aussagen eines Plans oder eines Konzepts beziehen, wobei es sich um konfliktreiche Reizthemen, die schon lange zur Diskussion stehen zum Beispiel der Neubau oder die Verlagerung einer Autobahnanbindung oder eines neuen Windkraftstandorts, handeln kann. Äußerungen von Planungsgegnern werden ebenso erfasst und dokumentiert, sofern sie im Zusammenhang mit förmlichen Verfahrensschritten (Beteiligung nach § 3 BauGB) geäußert werden und fließen in die spätere Abwägung ein, in der sie weggewogen werden können. Es gilt daher seitens durchführender Beteiligter nachzuweisen, dass es unmöglich ist, die Anmerkungen zu beachten, weil höherrangige Belange dem entgegenstehen und diese höherrangigen Belange an die Beteiligten zu korrespondieren (vgl. Selle 2012: S. 5).

Gerade beim Korrespondieren mit der Bevölkerung sind Medien hilfreich, denn allgegenwärtig sind sie Format- und Taktgeber, wobei die Kurz- oder Langlebigkeit eines Themas in den Medien eklatant ist. Solange Medien ein Eigeninteresse an der Verbreitung von Informationen zukommt, was unmittelbar mit Einschaltquoten, Klickzahlen auf einer Homepage oder Verkaufszahlen von Printmedien zusammenhängt, berichten sie über Planungsprojekte und Beteiligung. Sinken diese, lässt sie vorwiegend nur ein Eklat wieder steigen. Medien filtern Kriterien ihrer Berichterstattung zuweilen nach der Anzahl der Menschen, die sie mit einem Sachverhalt erreichen, damit sie möglichst unzählige Klicks auf ihrer Homepage bekommen, hohe Einschaltquoten oder Verkaufszahlen erzielen. Je weniger wesentliche Kriterien, seien es Aktualität, räumliche Nähe zum Publikum, Status eines Akteurs, Überraschungen im Prozessverlauf, positive oder negative Wertigkeit einer Information und Identifikation zur Berichterstattung erfüllt werden, desto weniger Gründe gibt es, vorhandene Informationen aufzuarbeiten (vgl. Lüdeck; Schulz 2011: S. 137).

Im Hinblick auf das Thema dieser Arbeit ist darauf hinzuweisen, dass auch der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Grenzen anhaften. Diese werden in Kapitel 4.4.2 ergänzend aufgeführt.

3.6 ZWISCHENFAZIT

Der Bedarf an Forschung zum Thema *Jugendbeteiligung* drückte sich während der Bearbeitung des UR-Forschungsprojekts aus, bei dem ein Mitwirkungsprozess von Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. durchgeführt wurde. Vor allem bei der Recherche zu Online- und Offline-Beteiligungen und dem Einsatz digitaler Medien zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zeigten sich Defizite betreffs Beteiligungsarten, Motivation, Themen und Hintergründen von Kinder- und Jugendbeteiligungen. In der Fokusregion standen die Erfassung und Bewertung von Angebot und Erreichbarkeit öffentlich zugänglicher Freizeitorde sowie das Mobilitätsverhalten Jugendlicher im Vordergrund. Flankierend zum Forschungsprojekt wurden eine umfangreiche Literaturanalyse, Experteninterviews und die Konzipierung der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. durchgeführt, welche die zentrale Forschungsfrage aufkeimen ließ. Diese hat bedingt durch die Aktualität digitaler Medien und Online-Beteiligung sowie dem unwesentlichen Forschungsstand zu diesem Thema, ein großes Gewicht: **Inwiefern trägt der Einsatz digitaler Medien bei Jugendlichen zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bei?** Die Forschungsfrage wiederum wirft Auffassungen auf, welche in fünf Hypothesen einfließen, die im Laufe der Arbeit mittels empirischer Forschungen bestätigt oder widerlegt werden.

Die deutsche Forschung verdeutlicht Defizite bei der Öffentlichkeitsbeteiligung, unabhängig der räumlichen Ebene. Das veranschaulicht sich zuweilen in Konzeptionsfehlern, Durchführungsmängeln, Defiziten bei der Nachbereitung und Zielsetzung von Beteiligungen sowie darin, dass Themen nicht wirksam genug in wissenschaftlichen Publikationen präsent sind. Bei den geführten Experteninterviews, der Literaturanalyse, der Auswertung der Evaluationsbögen und der Offline-Befragung wurden kaum Kenntnisse gewahrt, die aus bisherigen Forschungspublikationen hätten gewonnen werden können. Neue Erkenntnisse werden bislang nur vereinzelt in die Praxis umgesetzt, Beteiligungsverläufe wenig evaluiert und durchgeführte Evaluationen selten publiziert. Primär Kinder und Jugendliche sind kaum Gegenstand von Beteiligungsforschung; ob dafür kein Bedarf oder keine Ressourcen vorhanden sind, ist unbekannt. Eine theoretische Basis ist geringfügig vorhanden, weshalb in dieser Arbeit ein explorativer Forschungszugang gewählt wurde.

Ein Blick auf die internationale Ebene zeigte Defizite und Unwissenheit von Beteiligungen in Deutschland sowie Beispiele auf, aus denen für künftige Beteiligungen aus dem Ausland gelernt werden kann, da auf internationaler Ebene Unterschiede zur deutschen Mitwirkungslandschaft

bestehen. Zum Beispiel betreiben andere Nationen Öffentlichkeitsbeteiligung mit ungleichen Stellenwerten, in unterschiedlichen Ebenen und Institutionen und basierend auf verschiedenen Gesetzesgrundlagen. Individuell beziehen Nationen digitale Medien mehr oder weniger intensiv ein oder geben speziell Kinder- und Jugendbeteiligung eine unterschiedliche Bedeutung. In der EU hat bei der Öffentlichkeitsbeteiligung in den letzten Jahren ein Fortschritt stattgefunden und gesetzliche Rahmenbedingungen wurden geschaffen. Jeder EU-Mitgliedsstaat setzt diese unterschiedlich um. EU-Länder könnten voneinander lernen, weil sich vornehmlich in der westlich geprägten Welt Beteiligungsthemen ähneln. In jedem Land bestehen verschiedene Erfahrungen im Umgang mit Kinder- und Jugendbeteiligung, mit dem diesbezüglichen Einsatz digitaler Medien, dem Umgang mit Beteiligungsthemen wie Klimawandel, Umweltschutz etc. Dessen ungeachtet findet ein Erfahrungsaustausch unter den verschiedenen Nationen bislang kaum statt.

Deutschland blickt auf eine Beteiligungsgeschichte zurück, von der es für künftige Beteiligungen lernen kann. Zwar änderten sich Rahmenbedingungen von Beteiligung und Themen im Laufe der Zeit, jedoch bleibt der Wille der Bevölkerung bestehen, sich zu beteiligen. Demonstrationen und Protestmärsche fanden immer in der Geschichte statt und sind momentan allgegenwärtig, was *Fridays for Future* beweist. Der Umgang mit Beteiligten, das Lösen von Konfliktsituationen sowie die Entwicklung von Beteiligungsprozessen sind zukünftig beachtenswert. Welche Themen relevant sein werden, kann nur grob bestimmt werden, denn sie unterliegen einem permanenten Wandel. Was zu einer effizienten Beteiligung gehört, ist jedoch bekannt und dieses Wissen kann bei noch so unterschiedlichen Themen und Zielgruppen eingebracht werden.

Die intensive theoretische Aufarbeitung des Themas verdeutlicht, dass sich mit dem *Öffentlichkeitsbeteiligungsbegriff* vielfältige Assoziationen verbinden, doch es gibt keine eindeutige, verbindliche Definition, die Jugendbeteiligung definiert. Sie wird für diese Forschung als die aktive, freiwillige Einbindung der Bevölkerung mit einem aufrichtigen Willen aller Akteure aufgefasst. So verschieden Beteiligung interpretiert wird, so unterschiedlich ist die Ansiedlung von Beteiligung auf Verwaltungsebenen. Öffentlichkeitsbeteiligung ist als ein zentrales Fundament der Demokratie von der kommunalen bis zur Bundesebene mit variierender Bindungswirkung gesetzlich verankert und impliziert drei ungleiche Akteursgruppen: Beteiligter, Beteiligte und Betroffene. Alle Akteure sind in unterschiedlichem Umfang, zu verschiedenen Zeitpunkten und Themen in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die Umsetzung rechtlicher Vorgaben wird von Beteiligten verschieden gehandhabt, manche setzen sie streng um, andere weniger. Wird eine Beteiligung angeboten, ist es potenziell Beteiligten selbst zu überlassen, ob sie teilnehmen.

Essenziell ist, dass ihnen ermöglicht wird sich zu beteiligen, falls sie es möchten und die Akzeptanz seitens der Beteiligter, wenn potenzielle Beteiligte die Möglichkeit ausschlagen.

Beteiligung kann die Vorbereitung und Umsetzung von Maßnahmen verbessern und eine inhaltliche Rückkopplung mit den Wünschen von Beteiligten ermöglichen. Ziele von Bteiligern und Beteiligten sind in der Regel ungleich, sodass selten die Ziele aller Akteure erreicht werden. Werden Ziele von Beteiligten nicht oder nicht auf die gewünschte Weise umgesetzt, sind die Gründe den Bteiligern mitzuteilen. Eine durchdachte und aufrichtig durchgeführte Beteiligung bewirkt positive Effekte für alle Seiten und auch der Prozessverlauf kann ein Erfolg sein. Beteiligte können beispielsweise ihre Meinungen vertreten, diskutieren, an einer Problemlösung beziehungsweise einem Projekt mitarbeiten und verstehen die Arbeit der öffentlichen Verwaltung ggfs. besser. Beteiligter erfahren die Meinungen von Beteiligten und erhalten somit ein anderes Verständnis für die eigene Arbeit und die Bedürfnisse von Beteiligten.

Der Erfolg einer Beteiligung ist schwer messbar und von einer Vielzahl von Einflussfaktoren abhängig. Dabei ist weniger die Methode der Teilhabe entscheidend oder ob es sich um formelle (rechtlich bindend) oder informelle (ohne rechtliche Bindungswirkung) Instrumente handelt. Einflussgebend sind in erster Linie finanzielle und technische Ressourcen, der Grad der Betroffenheit der Beteiligten, die Informationsgebung, der Wille und die Motivation aller Akteure. Um Beteiligte adäquat einzubeziehen, müssen Zielgruppen definiert werden, was beispielsweise wichtig ist, wenn Beteiligter die Beteiligungsform oder -methode bestimmen. Beteiligung sucht nicht Beteiligte, sondern Beteiligte finden das Beteiligungsangebot, falls sie darüber Auskunft erhalten und sich beteiligen möchten.

Öffentlichkeitsbeteiligung ist einerseits eine Bereicherung und Chance für Mitwirkungsprozesse, andererseits kann sie negative Faktoren aufweisen. Daher ist bei jedem Beteiligungshergang individuell zu prüfen, worin Vor- und Nachteile bestehen. Überwiegen nach einer Abwägung die Nachteile, ist ihre Durchführung zu überdenken, ggf. umzuplanen, sodass Nachteile neutralisiert oder positiviert werden, falls möglich. Jeder Beteiligungsprozess ist daher einzigartig und Ergebnisse sind nicht verallgemeinerbar. Werden jedoch Rahmenbedingungen, die individuell für verschiedene Beteiligungsvorhaben gelten (zielgruppengerichtete Ansprachen, passend gewählte Zeitpunkte und zielgruppenspezifische Beteiligungsformate) eingehalten, sind Nachteile begrenzt.

4. KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Es gibt gegenwärtig und zukünftig anhaltende gesellschaftliche Trends und Herausforderungen, vor denen Jugendliche als die verantwortliche Generation der Zukunft stehen. Im Besonderen spielt der demografische Wandel eine Rolle, der mit einer älter werdenden Gesellschaft, einer anhaltenden Tendenz des Bevölkerungszuzugs in die Ballungsräume und damit dem Abwandern aus ländlichen Räumen zu gesellschaftsstrukturellen Veränderungen führt. Eine solche Entwicklung verdeutlicht die Bedeutung einer engagierten Jugend (vgl. Baden-Württembergstiftung gGmbH 2015: S. 9). Regelmäßig treffen öffentliche Verwaltungen Entscheidungen für Kinder und Jugendliche, ohne die jungen Menschen in die

Entscheidungsfindung einzubeziehen. Eigens für Entscheidungen in Bezug auf die durch den demografischen Wandel gefährdete Daseinsvorsorge bedarf es neuer, den aktuellen Gegebenheiten angepassten Möglichkeiten zur Mitbestimmung. Kinder und Jugendliche sind Konsumenten und zugleich gestaltende Akteure. Zwischen ihnen, ihrer Umwelt und anderen Generationen muss ein Dialog entstehen, der angesichts von Beteiligungsangeboten geschaffen werden kann.

Die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendbeteiligung werden in Kapitel 4.1 und 4.2 dargestellt. Diese Kapitel behandeln Spezifika, Akteurskonstellationen, Beteiligungsformen sowie rechtliche Grundlagen und den Entwicklungsverlauf von Kinder- und Jugendbeteiligung. In Kapitel 4.3 erfolgt ein Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus, um darzulegen, wie Kinder- und Jugendbeteiligung im Ausland praktiziert wird, ehe Kapitel 4.4 Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aufzeigt.

Die weltweite Öffentlichkeit steht dem gegenwärtigen öffentlichen Engagement von Kindern und Jugendlichen kontrovers gegenüber. Bei Fridays for Future kommt diese Diskrepanz stark zur Geltung: Eine Reihe einflussreicher Politiker begrüßt die Aktionen der jungen Demonstranten wie Italiens Präsident Sergio Mattarella, Bundeskanzlerin Angela Merkel und der US-amerikanische Politiker Bernie Sanders (vgl. Jebson Moore 2019). Ein Kritiker dieser Bewegung, der FDP-Vorsitzende Christian Lindner äußerte, dass von Kindern und Jugendlichen nicht zu erwarten sei, dass sie alle globalen Zusammenhänge, technisch Zweckmäßiges und ökonomisch Machbares erkennen. Sie sollen zur Schule gehen und in der Freizeit protestieren (vgl. Tagesspiegel 2019). Der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann bezeichnet die Streiks als zivilen Ungehorsam (vgl. Welt 2019). Dass die Bewegung ihre Kraft aus dem Regelverstoß gegen die Schulpflicht bezieht, ist entscheidend. Erst dadurch, dass Schüler sich punktuell der Schulpflicht verweigern, erhalten sie Aufmerksamkeit (vgl. Kühl 2019).

4.1 KINDER UND JUGENDLICHE SIND KEINE JUNGEN ERWACHSENEN

Laut Bundesjugendkuratorium (2009) gewann die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung. Dies betrifft jedoch gemeinhin die kommunale Ebene im Rahmen von Projekten der Verkehrs- und Wohnumfeldplanung, Spielplatzgestaltung oder Kinder- und Jugendparlamente. Ausdrücklich in Kitas, Schulen und weiteren Einrichtungen/Diensten der Kinder- und Jugendhilfe⁵⁷ wurden zwar wiederholt, jedoch nur punktuell Beteiligungsprojekte initiiert und umgesetzt (vgl. BJK 2009: S. 4). Aktuelle Recherchen zeigen diesbezüglich noch keine Änderung.

Gesellschaftliche Veränderungen angesichts des Werte- und Strukturwandels wirken sich im besonderen Maße auf Kinder und Jugendliche aus. Die heutigen Jugendlichen befinden sich in einer anderen Lebenssituation als vorangegangene Generationen. Unter anderem durch die Einführung von Ganztagschulen und der damit verbundenen wenigen Zeit für Freizeit⁵⁸, verändert sich ihr Alltag. Außerdem haben sich für das Aufwachsen bedeutende Tätigkeiten in Form von Kommunikation und Freizeitaktivitäten in den letzten Jahren zunehmend in digitale Räume verschoben (vgl. BertelsmannStiftung 2010).

4.1.1 SPEZIFIKA IN DER BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

In der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gibt es Parallelen in Hinsicht auf Akteursrollen, gesetzliche Grundlagen und Methoden. Das ist ein Grund, warum im Basisteil (Kapitel 1 bis 5) Kinder und Jugendliche zusammen betrachtet werden. Erst im spezifischen Untersuchungsteil ab Kapitel 6, dem Forschungsdesign, wird sich auf die Beteiligung Jugendlicher bezogen, weil sie die Zielgruppe der Empirie darstellen.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist das aktive und nachhaltige Mitbestimmen jener Zielgruppe an Planungen und Entscheidungen. Dies bezieht sich wie bei der Beteiligung Erwachsener auf Lebenswelt betreffende Themen, Problemerkfassungen sowie deren Lösungsverwirklichungen (vgl.

⁵⁷ *Jugendhilfe* sind Angebote, die nach dem KJHG Kinder, Jugendliche und ihre Erziehungsberechtigten unterstützen wie Kitas, Einrichtungen von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sowie zur Unterstützung von Familien. Leistungen der Jugendhilfe erbringen Träger der freien und Träger der öffentlichen Jugendhilfe (vgl. Knauer 2004: S. 27).

⁵⁸ *Freizeit* ist die Zeit, die der eigenen Gestaltung offen steht und in der jeder soweit möglich, machen kann, was er möchte. Freizeit ist demnach eine Restgröße, also die Zeit, die von der insgesamt verfügbaren Zeit übrig bleibt. Schul- respektive Arbeitszeit, Zeit zum Schlafen, Essen und die Körperpflege werden davon abgezogen (vgl. Herzog-Raschle 1991: S. 168).

Fatke; Schneider 2007: S. 12). Von Beteiligung nach Hüther (2013) kann gesprochen werden, wenn Kinder und Jugendliche Teilnahme erleben können, wertgeschätzt werden und wenn ihnen zugetraut wird, an bedeutsamen Entscheidungen mitzuwirken (vgl. Hüther 2013: S. 41).

Die Bezeichnung *jugendlich* definiert sich nicht von selbst, sondern wird von außen bestimmt. Das wird zunehmend schwieriger, da Jugendliche stetig komplexer und vielschichtiger erscheinen. Unter Berücksichtigung verschiedener Studien stellt Von Alemann (2006) unterschiedliche Alterskategorien zusammen, um die *Gruppe* der Jugendlichen bezüglich des Alters zu bestimmen. Laut der 13. Shell-Studie aus dem Jahre 2006 sind Jugendliche Personen zwischen 15 und 24 Jahren, bei der elften Shell-Studie sind es Menschen, deren Lebensalter zwischen dem 13. und 29. Lebensjahr liegt. Für manche Erwachsene gehören Teenager (13 bis 19 Jahre) zur Gruppe der Jugendlichen (vgl. Von Alemann 2006: S. 9 f.). Nach deutschem Recht gelten Vierzehn- bis Achtzehnjährige als Jugendliche, was im Jugendgerichtsgesetz (JGG) in § 1 Abs. 2 näher geregelt ist: „Jugendlicher ist, wer zur Zeit der Tat vierzehn, aber noch nicht achtzehn, Heranwachsender, wer zur Zeit der Tat achtzehn, aber noch nicht einundzwanzig Jahre alt ist“ (JGG i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974; BGBl. I S. 3427). Gemäß § 2 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), tritt die Volljährigkeit mit Vollendung des 18. Lebensjahres ein (vgl. BGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002). Alle Menschen unter dem 14. Lebensjahr sind Kinder.

Jugendliche weisen typische von Erwachsenen als *jugendlich* bezeichnete Verhaltensweisen und Einstellungen auf. Im Laufe des Erwachsenwerdens entwickeln Jugendliche Persönlichkeit und bilden kognitive Fähigkeiten wie formal-logisches Denken und subjektive Betrachtungen ihrer eigenen Zukunft (vgl. Godewerth-Pollmann 2007: S. 27 f.). Die Kompetenz des formal-logischen Denkens findet normalerweise im Jugendalter ihren Höhepunkt (vgl. Fatke 2007: S. 32). Ab dem elften Lebensjahr können Jugendliche logischen Argumentationen folgen und eigene Denkweisen durchführen. Diese Entwicklung ist bei jedem Heranwachsenden zwar individuell, jedoch lässt sich feststellen, dass sie ungefähr ab diesem Zeitpunkt gesellschaftlich oder politisch mit-sprechen und Zusammenhänge erkennen können. Abgesehen vom Lebensalter beeinflussen Gegebenheiten vergleichbar Geschlecht, Bildung, sozialem Milieu und potenzieller Migrations-hintergrund die Entwicklung dieser kognitiven Fähigkeiten (vgl. Hurrelmann 2007: S. 27). Zwar sind sie nicht auf dem Niveau von Erwachsenen, nichtsdestoweniger haben sie die notwendigen Voraussetzungen und Kompetenzen an einer Beteiligung teilzunehmen, wenn Beteiligung ihrem Alter gemäß gestaltet ist.

Aus einer Studie der Technischen Universität Dortmund resultiert, dass sich Jugendliche aus vielfältigen Gründen beteiligen (siehe Tabelle 2).



Öffentlichkeit erreichen: Jugendliche möchten Missstände und Probleme in ihrer Umgebung ändern, Akteure auf Veranstaltungen aufmerksam machen und Aufrufe starten. Jugendliche merken, wann sie ohne Unterstützung nicht handlungsfähig sind und erhoffen sich Beihilfe. Sie streben an, eine möglichst breite Masse zu adressieren und gegebenenfalls online zu kontaktieren, falls sie in der realen Welt unerreichbar ist.



Aktuell informiert sein: Schnelle Weiterleitung von Informationen und permanent auf dem Laufenden sein ist elementar, um keinen Trend zu verpassen und mitreden zu können, auch um in den sozialen Medien aktuell zu bleiben.



Eigenes Interesse respektive subjektive Motive: Dazu zählen Selbstbetroffenheit, (finanzielle) Entlohnung, Spaß, Stolz auf die eigene Leistung sowie der Wille, öffentlich aktiv zu sein.



Wechselseitige Unterstützung erhalten: Gegenseitige Hilfestellung Gleichaltriger bei der Unterstützung der Erfüllung von Wünschen in der Hoffnung auf eine Revanche. Ein gemeinsames Problem macht zusammen stark.



Sich in sozialen Beziehungen erfahren: Eigene Meinung einbringen und ein (positives) Feedback von anderen Akteuren erfahren. Eine Bestätigung für Taten bewirkt ein gutes Gefühl und stärkt das Wir-Gefühl unter den Jugendlichen.

Tabelle 2: Gründe von Jugendlichen für eine Beteiligung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Kutscher et al. 2015: S. 149, S. 164, S. 168

Beteiligung ist eine Chance, die Jugendlichen Handlungsoptionen bietet, die sie ggf. suchen und nicht nutzen können, weil sie nichts davon wissen. Insgesamt wächst die Beteiligungsbereitschaft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, aber oft wird ihnen nicht die Teilnahme ermöglicht (vgl. Scholl 2011: S. 34). „Wenn ich auf die Karte von Nordrhein-Westfalen gucke, einen unglaublichen Flickenteppich erlebe von Jugendamtsbezirken, die ein Jugendparlament haben, von Jugendamtsbezirke, wo es einen Jugendring gibt, viele wo es gar nichts gibt, manche Kommunen, in denen gibt es beides, in manche gibt es unregelmäßige Jugendforen...“ (Interview Brüninghoff 21.06.2018). Das zeigt die fehlende Strategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (vgl. ebd.).



Abbildung 7: Prozessschritte einer Jugendbeteiligung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Baden-Württemberg-Stiftung 2015: S. 30

Die Baden-Württemberg-Stiftung legt wesentliche Prozessschritte fest, die bei der Beteiligung von Jugendlichen einzuhalten sind (siehe Abbildung 7). Erfahrungen aus den geführten Interviews und der Literaturanalyse belegen, dass diese Schritte einer Erweiterung bedürfen und flexibel sein müssen. Das zu Beginn zu definierende Ziel kann sich erweitern oder im Laufe des Prozesses ändern. Die Zielgruppe und einzubeziehende Akteure können sich ebenso während des Beteiligungsverlaufs ändern. Unabhängig der Zielgruppenkonstellation sind die in Abbildung 7 aufgeführten Schritte ein dienlicher Leitfaden, wenn Kinder- und Jugendbeteiligungen geplant werden, wobei sich vor allem der Schritt *Durchführung* von einer Erwachsenenbeteiligung unterscheidet. Die anderen Schritte unterscheiden sich teilweise kaum, lediglich bei der Ausgestaltung zur Beteiligung Erwachsener.

Der Informationsstand und das Ausmaß einer Beteiligung nehmen ab, je weiter sich das entsprechende Beteiligungsangebot von dem unmittelbaren Lebensumfeld junger Beteiligter entfernt, was bei Erwachsenen kaum anders ist. Beteiligungsangebote, die jenseits der unmittelbaren Lebensvollzüge angesiedelt sind, erreichen nur spezifische Gruppen von Kindern und Jugendlichen (vgl. BJK 2009: S. 22). Mit zunehmendem Alter und Alltagserfahrungen von Jugendlichen steigt vornehmlich das Interesse an Beteiligung (vgl. Von Alemann 2006: S. 10). Erwachsene unterstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen stets an allen öffentlichen Themen beteiligt werden sollen und wollen. Dies wäre allerdings weder korrekt noch effizient, denn Jugendliche interessieren sich selten für ihre gesamte Umgebung, vor allem dann nicht, wenn es in keinem unmittelbaren Zusammenhang zu ihnen steht oder sich auf längere Zeithorizonte bezieht (vgl. Stange 2012a: S. 22). Zudem sehen einige Entscheidungsträger und Planende sie „eher als Störung des technischen Prozesses denn als Bereicherung“ (Fürst; Scholles 2008: S. 163) der Entscheidungs-

grundlage an, doch Kinder und Jugendliche haben ein Recht⁵⁹, ihre Positionen in gesellschaftliche Debatten einzubringen und das Gemeinwesen aktiv mitzugestalten (vgl. Siefken et al. 2013: S. 1).

Kinder und Jugendliche als eine Gesamtgruppe zusammenzufassen ist aus verschiedenen Gründen unausführbar. Sie befinden sich in unterschiedlichen Phasen ihres Lebens, ihrer physischen, psychischen sowie sozialen Entwicklung (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2020). Die Übergänge von Kindheit zum Jugendalter sind individuell, es gibt unterschiedliche altersspezifische Sichtweisen, Motive und Kompetenzen und diese variieren zwischen den differenten Alters- und Entwicklungsstufen. Dies ist für Beteiligung insofern relevant, als dass verschiedene Nutzergruppen aufeinandertreffen, deren Bedürfnisse bei Planungen stets zu berücksichtigen sind. Zudem sind die Methoden der Beteiligung entsprechend zu wählen und umzusetzen (vgl. BMFSFJ 2017: S. 31, S. 54, S. 58 ff.).

Jugendliche sind eine heterogene Gruppe und Menschen verbinden ungleiche Assoziationen mit ihnen. Eine 2019/2020 durchgeführte Befragung in Nordrhein-Westfalen im Kontext dieser Arbeit, in der nach Zufall 50 ausgewählte Personen, unterschiedlicher sozialer Milieus zwischen 23 und 80 Jahren innerhalb von fünf Minuten aufschreiben sollten, welche Assoziationen sie mit *Jugendlichen* verbinden, verdeutlicht dieses (siehe Abbildung 8). Am meisten nannten die Befragten die Begriffe *Pubertät* (19 Mal), *Schule* (13 Mal), *Zukunft* (12 Mal), *Alkohol*, *frech*, *Handy* (je zehn Mal), *Smartphone*, *Ausbildung*, *Freunde*, *Fridays for Future* und *Grenzen* (je sechs Mal). Allerdings sind es insgesamt 990 Begriffe/ Wortfolgen, sodass nicht alle hier darstellbar sind.⁶⁰ Je größer die Begriffe abgebildet, desto häufiger die Nennung. Das ist zwar kein repräsentatives, dennoch ein wegweisendes, grobes Meinungsbild. Diese Befragung belegt eine Mannigfaltigkeit, mit der Erwachsene Jugendliche wahrnehmen, denn teils betrachten Erwachsene sie außerordentlich positiv, teils negativ.

⁵⁹ Zur Verankerung dieser Rechte siehe Kapitel 4.2.2.

⁶⁰ Die vollständige Liste befindet sich im Anhang auf S. 269 ff.

ohne Migrationshintergrund (vgl. Gaiser; Gille 2015: S. 103). Das liegt daran, dass Kinder und Jugendliche erfahrungsgemäß weniger Sprachbarrieren und mehr Offenheit aufweisen, da sie sich durch Schule und Hobbies ggf. besser integrieren/ integrieren möchten als erwachsene Migranten, daher leichter zu erreichen und zu beteiligen sind.

Unabhängig von der Herkunft von Kindern und Jugendlichen gibt es Stimmen, die eine geschlechtsspezifische Unterscheidung bei Beteiligungsprozessen befürworten. Prinzipiell sollen verschiedene Interessen und Vorlieben von Jungen und Mädchen durch unterschiedliche Methoden getrennt voneinander in die Prozesse eingebunden werden (vgl. Engelfried 2001: S. 83). Eine aktive Ansprache und spezielle Unterstützung sollte Mädchen in die Beteiligung integrieren, damit sie sich gegen oftmals extrovertiertere Jungen durchsetzen können, was sich bei der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. unverkennbar bestätigte. Zwar konnten die Mädchen mit ihrem Ideenreichtum, ihrer Kreativität und ihren handwerklichen Fertigkeiten beim Bau der Prototypen mit den Jungen mithalten. Doch die Tatsache, dass die Jungen zahlenmäßig in der Mehrheit waren, schüchterte die Mädchen bei Diskussionen ein und so waren sie zunächst zurückhaltender (siehe Anhang S. 465). Ob Jungen und Mädchen getrennt oder gemeinsam beteiligt werden, hängt zuweilen von dem Thema, der Moderation, der Anzahl von Jungen und Mädchen sowie der Extrovertiertheit aller Teilnehmenden ab.

Ähnlich der Beteiligung Erwachsener ist die Ausstattung von Kindern und Jugendlichen mit bestimmten Ressourcen mitausschlaggebend für ein Gelingen von Beteiligung. Hierbei spielt neben materiellen Ressourcen (Einkommen der Eltern, Taschengeld, Ausstattung mit bestimmten Gütern) vorrangig das soziale und kulturelle Kapital eine zentrale Rolle. Einflüsse wie subjektives Qualifikationsempfinden, der Wunsch, Tatsachen und Planungen eigenständig zu verändern sowie der Informationsgrad über vorhandene Mitwirkungsmöglichkeiten, stehen in einem engen Zusammenhang mit dem formalen Bildungsniveau (vgl. BJK 2009: S. 18). Die eingeschränkten Rechte von Kindern und Jugendlichen wirken sich zudem auf Mitwirkungsmöglichkeiten aus. Die jungen Menschen sind beschränkt geschäftsfähig, können nicht problemlos Räume anmieten, in denen sie sich versammeln und in denen sich Beteiligungen ergeben. Dafür benötigen sie die Unterstützung Erwachsener (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019).

Kapitel 3.3.4.2 zeigt auf, dass Bildung eine große Einflussnahme auf die Beteiligung Erwachsener ausübt. Aber auch Kinder und Jugendliche, die einen geringeren Bildungshintergrund haben, beteiligen sich weniger am öffentlichen Geschehen. Jugendliche mit einer höheren Bildung weisen mehr Offenheit am öffentlichen Geschehen auf (vgl. Von Alemann 2006: S. 10). Junge Men-

schen mit niedrigeren Bildungsressourcen sind gegenüber Befragten mit mittlerer Reife oder Abitur generell weniger öffentlich engagiert (vgl. Gaiser; Gille 2015: S. 108). Entscheidend ist vor allem die Bildung des Elternhauses: Kinder, deren Eltern ein höherer formaler Bildungshintergrund zukommt, partizipieren mehr als Kinder, deren Elternhaus eine geringfügigere Bildung aufweist (vgl. Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft 2014: S. 24 ff.). Bildungsfernere Schichten, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen in prekären Lebenssituationen, Kinder und Jugendliche haben oft andere Sorgen, Interessen, wissen nichts von Beteiligungsverfahren oder es fehlt ihnen ein Bezug zum Thema (vgl. Selle 2012: S. 7). Nicht zuletzt ist der finanzielle Hintergrund einer Familie entscheidend. „Ich mach´ noch die Feststellung, dass da ein ganz, ganz starker sozialer Bruch da ist. Also je sozial schwächer die Elternhäuser der Jugendlichen sind, über je weniger Geld die verfügen, desto dringender sind die auf der Suche nach WLAN, weil die dann einfach Verträge [...], wo sie einfach ganz wenig Datenvolumen haben, [abschließen]. Also das sind auch soziale Fragen, die sich in solchen Dingen spiegeln“ (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Das wiederum hat Einfluss auf die Komplexität eines Online-Beteiligungsverfahrens.

Zwar gibt es weitere Einflussfaktoren, wobei die Beeinflussung von Eltern auf Jugendliche unterschiedlich ist, doch es geschieht deutlich häufiger, dass Kinder, die Beteiligung zu Hause vorgelebt bekommen, im Vergleich zu Kindern, deren Eltern damit nicht in Berührung stehen, sich eher beteiligen.⁶¹ Ausnahmen hierbei bilden Jugendliche, die sich von ihren Eltern abgrenzen und das Gegenteil von dem vollziehen, was Eltern vorleben. Es sind die weniger gebildeten und sozial schlechter gestellten Schichten, die sich vermindert beteiligen, nicht die aus oberen Schichten mit einem höheren Bildungsniveau. Leben Eltern ihren Kindern Beteiligung vor und erziehen sie zu verantwortungsvollen, partizipierenden Menschen, hat das nicht nur Konsequenzen für Beteiligung in der Öffentlichkeit. Es besteht ein Zusammenhang zwischen Beteiligungsmöglichkeiten in Familien und Schulen. Diejenigen, die in der Familie mitbestimmen, nehmen im schulischen Bereich Möglichkeiten der Beteiligung stärker wahr (vgl. BJK 2009: S. 18; Wagner et al. 2009: S. 44 ff.).

Neben häuslichen Einflüssen gibt es weitere Einflussfaktoren auf das Beteiligungsverhalten von Kindern und Jugendlichen:

⁶¹ In Bezug auf Kinder- und Jugendbeteiligung bedeutet *Mitwirkung* im Elternhaus für gewöhnlich mithelfen und unterstützen. In der Schule bedeutet es überwiegend Mitsprache. In der Beteiligung öffentlicher Planungen, abseits von Elternhaus und Schule, wird Teilnahme und Mitbestimmen als Mitwirken ausgelegt (vgl. Fatke; Schneider 2007: S. 26).

- Zufriedenheit mit der Möglichkeit der Beteiligung am Wohnort,
- das subjektive Qualifikationsempfinden bei der Mitwirkung,
- die schulische Beteiligungsintensität,
- die persönliche Motivation, Gegebenheiten zu verändern,
- der Informationsstand der Optionen zur Mitwirkung am Wohnort,
- eine Vereinsmitgliedschaft,
- ein beteiligungsinteressierter Freundeskreis (vgl. BertelsmannStiftung 2010: S. 9 ff.).

Jugendliche sollen nicht nur von ihren Eltern oder anderen Erwachsenen Lerneffekte auffassen, gleichfalls können Erwachsene von Jugendlichen lernen und in einer Beteiligung kooperieren (siehe Kapitel 3.4.2). So können alle Seiten eine positive Wirkung erzielen, wenn sie miteinander in Kontakt treten und sich gegenseitig unterstützen: Gerade bei Generationenkonflikten ist eine solidarische Beteiligung von Jung und Alt eine Chance. Menschen lernen eine gemeinsame Perspektive zu bilden oder die Perspektive von dem jeweils anderen zu begreifen und verstehen, was das *Erwachsenensein* oder das *Jugendlichsein* bedeutet (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019). Beteiligung zu erlernen erfolgt dann, wenn sie in vielfältigen Kontexten und unter verschiedenen Bedingungen praktiziert wird (vgl. Eichholz 2001: S. 58).

Neben den verschiedenen Bedingungen unter denen Beteiligung stattfindet, gibt es eine Reihe unterschiedlicher Akteure, die Einfluss auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ausüben, was das Kapitel 4.1.2 thematisiert.

4.1.2 AKTEURE FÜR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Kinder- und Jugendliche können sich nur beteiligen, wenn Erwachsene ihnen das Recht auf Beteiligung gewähren und die Gelegenheit einräumen, von dem Recht Gebrauch zu machen. Verantwortliche Erwachsene müssen anerkennen, dass sich die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus verschiedenen Gründen rentiert (vgl. Knauer 2002: S. 164). Folgend wird ein Blick auf zentrale Akteure der Kinder- und Jugendbeteiligung gerichtet, die Beteiligungsprojekte maßgeblich prägen können. Für den Verlauf von Beteiligungsprojekten sind einzelne oder mehrere Akteure gleichzeitig relevant. Je nach Sachverhalt ergänzen sich diverse Fachexperten aus ungleichen Bereichen, ebenso Betroffene, Stakeholder etc., weshalb Abbildung 9 nicht abschließend ist. Es gibt zu den jeweiligen Akteuren noch weitere in Verbindung stehende Akteure, die für Beteiligungen Wesentliches leisten können.



Abbildung 9: Zentrale Akteure von Kinder- und Jugendbeteiligungen

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Jakobowski et al. 2005: S. 19; Interview Blödorn 2018 ; Interview Ertelt 2018; Interview Leschwange 2018; Interview Ulmer 2018.

Auf oberster Ebene sind **Ministerien** tragende Akteure bei Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen in Form von Schul- und Kultusministerien verschiedener Länder und des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Diese Ministerien stellen in den einzelnen Bundesländern den Übergang zur außerschulischen Bildung dar. Bildungspläne an Hochschulen, wofür die Wissenschaftsministerien zuständig sind, können ebenfalls eine zentrale Bedeutung aufweisen, wenn sie Beteiligungen enthalten (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Auf **regionaler Ebene**, als Vermittler zwischen der kommunalen und der Landesebene, gibt es ebenso zahlreiche Akteure die fundamental für die Beteiligung Jugendlicher sein können (vgl. Jakobowski et al. 2005: S. 19).

Die **kommunale Politik** und **kommunale Verwaltung** sind auf der öffentlichen Seite in der (Kinder- und Jugend-)Beteiligung sogar ein Hauptakteur (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Die finale Entscheidung, ob und wie Beteiligung stattfinden soll, wird durch politische Gremien getroffen. Die Verwaltung, hier bedeutsam in Form von Stadtplanung und Jugendamt, nimmt Einfluss auf die Entscheidungen der Politik. Zum Beispiel beschließt das Gemeindeparlament, dass Kinder bei der Spielplatzplanung zu beteiligen sind. Die kommunale Verwaltung bereitet vor und führt die Entscheidung der Politik aus, was mit Informationen, Beschlussvorlagen etc. beispielsweise die

Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für eine Beteiligung, geschieht (vgl. Knauer 2004: S. 57). Individuelle Akteure aus dem Bereich der Verwaltung sind im Hinblick auf den Stellenwert einer bürgernahen Stadtentwicklung im Allgemeinen und einer partizipativen Planung unter Einbezug von Kindern und Jugendlichen im Besonderen, ebenso auf gesamtstädtischer Ebene von zentraler Bedeutung (vgl. ebd.: S. 47, S. 56 f.).

Bereits vor, spätestens bei dem Bau von Wohnanlagen, Spielplätzen und Schulen können **Wohnungsbaugesellschaften** und Bauherren als Akteure auftreten und Jugendliche bei Planungen beteiligen. Entweder führen sie die Verfahren eigenständig durch oder ziehen, was Verwaltungen vielfach tun, **Dienstleistungsanbieter** hinzu, die die Beteiligung an ihrer Stelle vollziehen (vgl. Jakobowski et al. 2005: S. 19).

Vereine, die für Jugendliche arbeiten, damit diese ihre Ziele erreichen – etwa beim Sport oder in der Musik – sind weitere Akteure. Sie nehmen eine bedeutsame Rolle in der Vermittlung von Beteiligungsrechten und -möglichkeiten ein, indem sie Jugendliche zu Beteiligten in ihrem Verein machen und Beteiligung vorleben. Vereine und Verbände, die je nach Struktur und Ziel einen guten Zugang zu Jugendlichen haben, auch solche, die nicht die Förderung von Jugendlichen bezwecken, sondern andere Absichten verfolgen wie den Naturschutz (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) oder Naturschutzjugend (NAJU)), sind erheblich (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018).

Fachkräfte in der Jugendförderung müssen dabei helfen, Beteiligung umzusetzen und über Kenntnisse verfügen, wie sie Beteiligung durchführen können (vgl. Leschwange 26.06.2018). Hier gemeinte Fachkräfte sind Beschäftigte in Kinder- und Jugendeinrichtungen ähnlich Jugendpfleger, Streetworker, Lehrer oder Erzieher. Laut Ertelt (2018) sollen Jugendarbeiter, -verbände und -zentren dafür eintreten, verstärkt Jugendbeteiligung zu realisieren, sowohl in ihrem Verband als auch in der Gemeinde (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018).

Einflussreiche Akteure sind vornehmlich **Eltern**, **Schulen** und **Kitas**, entweder jeweils für sich betrachtet oder in Kooperation. Zum Beispiel klären Beteiligter bei Elternabenden auf, auf denen sie von einem Beteiligungsvorhaben berichten. Hierdurch werden ganze Netzwerke von Eltern, Lehrern, Erziehern, Kindern und Jugendlichen aufgebaut. Erwachsene erinnern und motivieren ihre Kinder und sind erfreut, wenn sich ihre Kinder mit Beteiligung befassen. Insbesondere auf kommunaler Ebene ist das eine effiziente Methode, um an Jugendliche heranzutreten (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019).

Jugendliche selbst sind Akteure, beispielsweise bei Jugend-zu-Jugend-Kooperationen. Sie unterstützen und motivieren sich gegenseitig, netzwerken untereinander und arbeiten zusammen. Möchten Akteure Planungskompetenzen bei Jugendlichen entwickeln, dann ist Jugend-zu-Jugend-Kooperation eine Voraussetzung, um die Diversität, die in der Gesellschaft besteht, zu einem früheren Zeitpunkt kennen zu lernen und wertzuschätzen (vgl. ebd.). Jugendparteien sind bedeutsam für Beteiligungen, vorausgesetzt sie sind daran interessiert mitzumachen und gleichzeitig an Erwachsenenparteien beziehungsweise Erwachsenengruppen orientiert, was eine nützliche Verbindung sein kann (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018).

In Abbildung 9 wird ersichtlich, dass alle Akteure in einer Beziehung zueinander stehen. Der Abstimmungsbedarf unter ihnen ist groß und stellt eine Herausforderung dar, denn vorrangig die jeweilige Projektebene und die gesamtstädtische Ebene sind manchmal untrennbar miteinander verbunden, was sich bei der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. erwies (siehe Kapitel 6.5.3).

4.1.3 BETEILIGUNGSFORMEN

Gesellschaftliche und politische Vorstellungen von Kinder- und Jugendbeteiligung weisen eine beträchtliche Bandbreite auf. Das bestätigt eine Vielfalt der Formen und Modelle, die eine Beteiligung haben kann (vgl. Fatke 2007: S. 23). Aktionsfelder, in denen Beteiligung mit unterschiedlicher Intensität stattfindet, sind die Bereiche *Beteiligung in der Familie, Schule, Kinder- und Jugend(hilfe)einrichtung* (Kitas, Einrichtungen der Jugendarbeit und -sozialarbeit etc.), *Beteiligung in den Medien* und *in der kommunalen Planung* (vgl. Knauer 2002: S. 155 f.). Beteiligungen in den Aktionsfeldern lassen sich in anwaltschaftliche Formen (Interessenvertretung durch Erwachsene) und Formen unmittelbarer Beteiligung (Kinder und Jugendliche vertreten sich/ihre Altersgruppe selbst) unterteilen, wobei in dieser Arbeit Formen unmittelbarer Beteiligung von Bedeutung sind (siehe Abbildung 10).



Abbildung 10: Formen für eine repräsentative, offene und projektorientierte Kinder- und Jugendbeteiligung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Knauer 2002: S. 157; Fatke; Biebricher 2006: S. 26 f.; BMFSFJ 2002: S. 192; BJK 2009: S. 18; Knauer; Sturzenhecker 2005: S. 33 ff.

Kommunale Beteiligungsprojekte mit Jugendlichen lassen sich bezüglich ihrer Initiierung in drei Typen unterteilen:

- **Top-Down-Projekte** werden durch Politik oder Verwaltung in die Wege geleitet,
- **Bottom-Up-Projekte** werden von Kindern und Jugendlichen selbst initiiert,
- bei **Projekten aus der Mitte** initiieren Erwachsene, in der Regel durch die Jugendhilfe, Wissenschaft oder Vereine, Beteiligungsprojekte (vgl. Knauer 2002: S. 158).

Kinder und Jugendliche sind tendenziell mit projektorientierten Formen⁶² leichter zu erreichen. Sie müssen hierbei für eine bestimmte, absehbare Zeit ihre Energie einsetzen und haben ein konkretes Ziel vor Augen. Projektorientierte Formen entsprechen dem Bedürfnis nach Mitsprache bei Themen, die sie in ihrem Leben und Alltag persönlich betreffen. Zudem sind zeitlich begrenzte, unverbindliche und punktuelle Angebote effizienter als langandauernde, bindende Prozesse (vgl. Fatke 2007: S. 34).

In Deutschland etablierten sich im Laufe der Zeit zahlreiche Methoden der Online- und Offline-Beteiligung. Einige unterscheiden sich hinsichtlich Feinheiten voneinander oder sind unter ver-

⁶² Die projektorientierte Beteiligung trifft desgleichen auf die Beteiligung der Beteiligung in Göttingen zu, das an späterer Stelle erläutert wird.

wöhnlich nur privilegierte und artikulationsstarke Gruppen. Die *Bundeszentrale für politische Bildung* beispielsweise veröffentlichte eine Methodensammlung im Internet⁶⁵. Zwar sind die vorgefertigten Methoden eine Hilfe bei Beteiligungen, jedoch betonen Klages und Vetter, dass Standardrezepte im Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendbeteiligung nicht weiterhelfen, sondern noch mehr als bei einer üblichen Beteiligung einer Anpassung an die jeweilige Situation bedürfen (vgl. Klages; Vetter 2013: o. A.; Keutz et al. 2001: o. A.).

4.2 DIE JUNGEN VERWANDTEN DER ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Grundsätzlich gelten die Voraussetzungen für Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen, die desgleichen bei der Beteiligung Erwachsener einzuhalten sind (siehe Kapitel 3.3.2). In Anbetracht der Zielgruppenspezifität gibt es ergänzend andere beziehungsweise veränderte Voraussetzungen, die bei Kindern und Jugendlichen einzuhalten sind (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019).

4.2.1 RAHMENBEDINGUNGEN

Die Anwendung der Kinder- und Jugendbeteiligung verläuft in Deutschland je nach Kommune, Region und Bundesland verschieden. Manche Akteure halten eine Anhörung von Kindern und Jugendlichen in sie betreffenden Begebenheiten (siehe Kapitel 4.1) für ausreichend. Andere Akteure setzen sich für eine umfassende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in möglichst vielen sie berührenden Belangen ein (vgl. BertelsmannStiftung 2010: S. 8). Kinder und Jugendliche müssen ausdrücklich motiviert werden und der Aufwand dieses Motivations- beziehungsweise Aktivierungsprozesses kann für Beteiligter groß sein (vgl. Bruner 2001: S. 121).

Ertelt (2012), Knauer und Sturzenhecker (2005) wenden sich in diesem Zusammenhang mit zahlreichen Kriterien zur Strukturierung⁶⁶ der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu und sehen Folgende als entscheidend an:

- Es sind bei Verfahren, Planungen oder Lösungen Aspekte zu entscheiden, welche einen Lebensweltbezug zu den Adressaten vorweisen.
- Ein lokalräumlicher Bezug ist der Fragestellung abzuleiten.

⁶⁵ Weitere Informationen zur Methodensammlung vgl. BBP 3 o. J.

⁶⁶ Dazu gehören organisationsbezogene Rahmenbedingungen und Ausstattungen, unter der die Leistung erbracht wird, beispielsweise Ausbildungsniveau der Mitarbeiter, Personalschlüssel oder zur Verfügung stehende Ressourcen (vgl. Knauer 2004: S. 96).

- Ernstnehmen von Kindern und Jugendlichen sowie das Vorhandensein eines spezifischen Know-hows im Umgang mit der Zielgruppe.
- Die Fragestellung ist unkompliziert, verständlich, für die Zielgruppe ansprechend und thematisch eindeutig.
- Strukturelle Verankerungen von Beteiligungsrechten müssen vorhanden sein.
- Informationen zur Beteiligung sind für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich.
- Es gibt gleiche Spielregeln für alle Akteure.
- Sicherstellung von Ressourcen (Zeit, Geld, Raum, Know-how und Personal).
- Aufrichtigkeit, ehrliche Absichten und Transparenz gegenüber allen Beteiligten.
- Offenheit gegenüber verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten, auch solchen, die zu Beginn nie zur Debatte standen, seitens aller Akteure.
- Akzeptanz von Ergebnissen inkl. der Akzeptanz von Entscheidungsalternativen.
- Die Sicherstellung von Dokumentation, Reflexion und Evaluation des Prozesses.
- Jugendliche sind ihrem Alter entsprechend zu behandeln
(vgl. Knauer; Sturzenhecker 2005: S. 78 ff.; Ertelt 2012: S. 88; Bruner 2001: S. 121).

Bei Kindern und Jugendlichen ist nicht allein das Resultat der Beteiligung entscheidend. Zwar ist das Ergebnis von Belang, vielfach haben aber scheinbar kleine Kompromisse eine große Bedeutung. Für Kinder und Jugendliche steht viel mehr als für Erwachsene im Vordergrund, was sie während eines Beteiligungshergangs erleben, dass es etwas Neues gibt, Erwachsene ihnen zuhören, ihre Meinung akzeptieren und sie Spaß haben (vgl. Wergin 2000: S. 7). Ebenso sind die Zusammenarbeit mit Gleichaltrigen und das Kennenlernen neuer Menschen, das Lösen von Konflikten und das Erzielen eigener Erfolge maßgebend. Sie möchten beweisen, dass und wie sie ihre Fähigkeiten in den Prozess einbringen und dafür Anerkennung erhalten. Beteiligung sollte für sie nicht als Arbeit, sondern als Erlebnis angesehen werden können und freiwillig sein, obschon sie mit gewissen Anreizen (Stichwort: *Incentives*⁶⁷) verbunden ist (vgl. Winklhofer 2001: S. 139).

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen hat für die Bundesregierung oberste Priorität (vgl. BMFSFJ 2018). Eine Beteiligung dieser sensiblen Zielgruppe kann daher nicht ohne rechtliche nationale und internationale Grundlagen erfolgen, auf welche das nachfolgende Kapitel eingeht.

⁶⁷ Incentives (engl. = Anreiz, Antrieb oder Ansporn) bezeichnet Anreize, die geeignet sein sollen, Menschen, in diesem Fall potenziell Beteiligte zu Verhalten im Interesse des Incentive-Gebers zu motivieren.

4.2.2 RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Es gibt zahlreiche gesetzliche Regelungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Im Folgenden wird auf die bedeutungsvollsten gesetzlichen Regelungen eingegangen. Obwohl sie zum Teil schon seit Jahren bestehen, fehlt ihnen noch immer Durchsetzungsfähigkeit.

4.2.2.1 INTERNATIONALE GESETZESGRUNDLAGEN

Auf internationaler Ebene hat sich im Laufe der Zeit einiges in der Öffentlichkeitsbeteiligung geändert. Bedeutsam war das Jahr 1989, als die Vereinten Nationen mit dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes eine Erklärung verabschiedeten, die besagte, dass alle notwendigen Schritte ergriffen werden müssen, um Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, sich wirksam am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben zu beteiligen. Dadurch weitet sich der Blickwinkel, die Belange von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen, auf alle Lebensbereiche aus (vgl. Zinser 2015: S. 157 ff.).

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention, engl. Convention on the Rights of the Child) verabschiedete 1989 die Generalversammlung der Vereinten Nationen (Resolution 44/25) und trat 1990 völkerrechtlich in Kraft. Ihre zentrale Aufgabe ist die Anerkennung von Kindern als Träger der Menschenrechte: Der Staat hat in all seinem Handeln die Interessen von Kindern beziehungsweise des individuell betroffenen Kindes zu berücksichtigen. Die jeweiligen Vertragsstaaten sind zur Achtung, zum Schutz und zur Gewährleistung der in der Konvention festgehaltenen Rechte verpflichtet (vgl. Meyer 1999: S. 63 ff.; Richter 2001: S. 7 ff.). Die Deklaration der EU aus dem Jahre 1989 für ihr *Engagement zum Schutz und zur Förderung der Kinderrechte* lautet: „Der Schutz und die Förderung von Kinderrechten ist eines der Ziele der EU. Alle Politiken und Maßnahmen, die Kinder betreffen, sind so auszugestalten, umzusetzen und zu überwachen, dass dem Wohl des Kindes bestmöglich Rechnung getragen wird“ (Europäische Kommission 2011). 2005 startete die UN das Weltaktionsprogramm für die Jugend, das sich mit der Verbesserung der Situation Jugendlicher auseinandersetzt. In seinem Rahmen erstellte 2003 und 2005 der damalige UN-Generalsekretär die Welt-Jugend-Berichte (vgl. UN 1992).

Durch Artikel 2 des *Vertrages von Lissabon* verpflichtet sich die EU, den Schutz der Rechte des Kindes zu fördern. Das Bekenntnis wurde ebenso in Artikel 24 der Charta der Grundrechte der EU festgehalten und garantiert die Rechte des Kindes zu einer festen Komponente der EU-

Grundrechtspolitik und der *Grundrechts-Checkliste*. Diese wird von der Europäischen Kommission auf entsprechende EU-Gesetzesvorhaben angewendet (vgl. BMAFJ 2020).

Das Jahr 2001 steht für das Weißbuch *Neuer Schwung für die Jugend Europas*. Die Europäische Kommission entwarf mit dem Weißbuch die Zielvorstellungen und Leitlinien für die jugendpolitische Zusammenarbeit der EU-Staaten für die weiteren Jahre. Im Wesentlichen ruft das Weißbuch dazu auf, Jugendliche zu informieren und aktiv einzubinden, damit sie an Entscheidungsprozessen partizipieren können. Zudem steht die verstärkte Einbeziehung von Jugendlichen in das öffentliche Leben dafür, mehr Wissen über jugendliche Bedürfnisse zu erlangen und stellt entsprechend eine verstärkte Berücksichtigung der Jugend in allen Politikbereichen in den Vordergrund (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2017).

Weder die formulierten Rechte der UN-Kinderrechtskonvention noch der Agenda 21⁶⁸ sind einklagbar. EU-Bürger können normalerweise ihre Rechte beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einklagen, was jedoch nicht für Kinderrechte gilt. Die Lokale Agenda 21 beispielsweise gehört zu solchen normativen Forderungen, ist eine außerrechtliche Norm, die keinen endgültigen Durchsetzungscharakter verzeichnet. Weil diese Rechte lediglich zu berücksichtigen sind, kann das Interesse von Kindern und Jugendlichen jederzeit weggewogen werden (vgl. Keutz et al. 2001: S. 16). Die weitreichenden Effekte sowohl der Agenda 21 als auch der Kinderrechtskonvention beruhen primär auf der Willigkeit der sie praktizierenden Nationen. Es besteht somit noch Handlungsbedarf, wenn Kinder- und Jugendbeteiligung einen höheren Stellenwert erhalten soll.

⁶⁸ Agenda 21 ist ein Aktionsprogramm der UN, welches 172 Staaten auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 beschlossen. An dieser Konferenz nahmen Regierungsvertreter und nichtstaatliche Organisationen (NGOs) teil. Die Agenda 21 setzt Leitlinien für das 21. Jahrhundert, vor allem zur nachhaltigen Entwicklung und Beteiligung nimmt dort genauso einen zentralen Stellenwert ein. Nachhaltige Entwicklung – und damit die Agenda 21 – ist vielerorts zur Leitlinie öffentlichen Handelns geworden. Ihre kommunale Umsetzung ist die Lokale Agenda 21 (vgl. UN 1992).

4.2.2.2 DEUTSCHE GESETZESGRUNDLAGEN

Deutschland hat den Kinderrechten⁶⁹ keinen Verfassungsrang gegeben. Gleichwohl verbesserte sich die Rechtstellung im privaten und öffentlichen Recht für Kinder und Jugendliche. Ein Beispiel ist die Aufnahme von Beteiligungsrechten in Gemeindeordnungen, obschon die Umsetzung diesbezüglich mitunter hervorragend verläuft oder nicht ernst genommen wird (vgl. Meinhold-Henschel 2007: S. 9).

Völkerübergreifend regelt die UN-Kinderrechtskonvention seit dem 20. November 1989 als erste allgemeine, völkerrechtliche Grundlage die menschenrechtlichen Ansprüche von Kindern und Jugendlichen. Aus dem 12. Artikel der Konvention resultiert, dass Kindern und Jugendlichen der unterzeichnenden Vertragsstaaten, die der Meinungsbildung fähig sind, das Recht zugesichert werden muss, sich in allen sie betreffenden und berührenden Angelegenheiten äußern zu können. Sie müssen entsprechend ihres Alters und ihrer Reife die Möglichkeit zum Mitbestimmen erhalten. Neben der *Schaffung gesicherter Lebensgrundlagen* und dem *Schutz vor Gewalt* bezieht sich der dritte Schwerpunkt auf *Beteiligungsrechte (Provision, Protection and Participation)* (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2007: S. 1). Doch die Wirkung der UN-Kinderrechtskonvention (siehe Kapitel 4.2.2.1) erhielt in Deutschland bislang mehrheitlich ihre Kraft weniger aus der Wirkungsmacht rechtlicher Normen als durch gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die bis an den Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreichen (vgl. Meinhold-Henschel 2007: S. 9). Sie ist zwar vor über einem Vierteljahrhundert verabschiedet worden, dennoch dauerte es bis zum Jahre 2019, ehe der Beschluss gefasst wurde, sie ins deutsche GG aufzunehmen. Seit dem Zeitpunkt hat jedes Kind im GG das Recht auf Achtung, Schutz, Förderung und Gehör zugesichert. Dazu soll Artikel 6 GG erweitert werden, um in einem neuen Absatz das Recht eines jeden Kindes auf Achtung, Schutz und Förderung festzuhalten (vgl. BMFSFJ 2 2019). Durch die Festschreibung im GG bekämen die Belange von Kindern und Jugendlichen ein neues Gewicht und müssten immer mitgedacht werden. Ferner müssten sie bei Entscheidungsprozessen angehört werden und ihre Haltung wäre zu berücksichtigen (vgl. MDR 2019). Kritisch zu hinterfragen ist die Kompetenz der jungen Beteiligten in Bezug auf das Beteiligungsthema beispielsweise in wieweit Kinder den Unterschied von Zebrastreifen und Lichtsignalanlagen bezüglich Sicherheit, Kosten oder Nachhaltigkeit bewerten oder ob sie die Wirkung einer Umgehungsstraße einschätzen können. Dabei bedarf es Beteiligern, die explizit Kindern und Jugendlichen erklären, wovon die Beteiligung han-

⁶⁹ Das Kinderrecht gilt für Kinder und Jugendliche gleichermaßen; es gibt keine altersgemäße Unterscheidung hierbei.

delt und die Vor- und Nachteile der in der Beteiligung relevanten Planung vermitteln. Obwohl Kinder bei Planungsprozessen beteiligt werden, die letztendliche Entscheidung der Umsetzung treffen sie nicht selbst.

Auf nationaler Ebene sind in erster Linie das GG, das BGB, das SGB (hier: Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG, auch bezeichnet als SGB VIII) von Belang. Im KJHG werden Kinder explizit als Träger eigener Rechte ausgelegt und Beteiligung ist dort als ein Grundprinzip verankert. Das Gesetz sieht als umfassende Vorgabe vor, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsniveau an allen Entscheidungen, die sie betreffen, zu beteiligen (vgl. § 8 KJHG). Dazu gehört unter anderem das Recht auf Aufklärung über ihre Rechte oder auf Beratungsleistungen vom Jugendamt, die unabhängig von ihren Eltern stattfinden können (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2003: S. 9). „(1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“ (§ 8 Abs. 1 Aches Buch Sozialgesetzbuch). Beteiligung wird vom Gesetzgeber vor allem in einem Erziehungskontext betrachtet und ist diesbezüglich in einschlägigen Gesetzen verankert. Der Anspruch auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zieht sich durch das gesamte KJHG und hat eine Entsprechung im BGB. Dort ist beschrieben, dass Eltern dem Entwicklungsstand des Kindes entsprechend, mit ihren Kindern in einen Dialog treten und sie an Entscheidungen beteiligen zum Beispiel § 1626 Abs. 2 BGB (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2003: S. 10).

Die Bundesregierung stellte 2005 den *Nationalen Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010* auf, der als Strategiepapier der Umsetzung der international festgelegten Rechte von Kindern und Jugendlichen dient. Darin wird umfangreich das Recht von Kindern auf Beteiligung beschrieben. Auf Grundlage dessen besteht Bedarf, Belange von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungsstrukturen wirksamer zur Geltung kommen zu lassen (vgl. BMFSFJ 2006: S. 57 f.).

Einfluss auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen haben zusätzlich Gesetze, die sich auf spezielle Bereiche beziehen, vergleichbar das *Gesetz zum Schutze der Jugend* (Jugendschutzgesetz). Das Jugendschutzgesetz ist ein Bundesgesetz zum Schutz von Minderjährigen in der Öffentlichkeit und in den Medien. Es löste 2002 als gesetzliche Grundlage das *Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte* ab (vgl. Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte). Es regelt mitunter in Bezug auf Minderjährige in der Öffentlichkeit den Aufenthalt an allgemein zugänglichen Orten seien es Gaststätten,

Spielhallen, Filmtheatern oder Diskotheken. Zudem regelt es die Zuständigkeiten der Jugend-schutz-organisationen *Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)* und *Unterhaltungs-software Selbstkontrolle (USK)* und die Tätigkeit der *Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien*, vor allem das Instrument der Indizierung von Medieninhalten.⁷⁰

Deutschland befindet sich so gesehen im Hinblick auf die rechtliche Verankerung von Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf einem guten Weg. Es ist allerdings Aufgabe der Institutionen und den in ihnen arbeitenden Fachkräften, Beteiligung zu einem zentralen Anliegen zu machen. Zudem haben die Institutionen selbstständig über die Art der Ausführung der Aufgabenerfüllung zu entscheiden (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2003: S. 10). Die rechtliche Verankerung und die tatsächliche Umsetzung liegen somit weit auseinander. Es besteht eine Kluft zwischen politischen Absichtserklärungen und der Beteiligungsrealität von Kindern und Jugendlichen. Die Bereitschaft Erwachsener, Entscheidungsmacht vorrangig auf lokaler Ebene zu teilen, ist nicht zufriedenstellend, obgleich auf dieser Ebene vereinzelt Maßnahmen für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung initiiert wurden/ werden. Aber einzelne Maßnahmen allein sind unzureichend und es besteht eine Diskrepanz zwischen fachpolitischen Zielen, Absichtserklärungen und der Beteiligungswirklichkeit. Dies stellte bereits 2001 das Bundesjugendkuratorium in einer Stellungnahme zur direkten Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fest (vgl. BJK 2009: S. 4 ff.). Eine Verstetigung von oft zeitlich befristeten Beteiligungsprojekten wurde vornehmlich angemahnt, was sich bis heute kaum geändert hat. Ungeachtet steigender, wenngleich noch unwesentlicher Anzahl von Projekten und der wachsenden Bedeutung dieses Themas in der Fachdiskussion, stellte das Bundesjugendkuratorium fest, dass eine strukturelle Nachhaltigkeit verlässlicher, situations- und personenunabhängiger Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche bislang nicht gegeben ist. Empirische Studien belegen, dass die Mehrzahl von Kindern und Jugendlichen über keine ausreichenden Möglichkeiten verfügen, sich an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, zu beteiligen, obwohl genau dies Artikel 12 der UN-Konvention über die Rechte des Kindes, die 1992 in Deutschland in Kraft trat, allen Kindern und Jugendlichen zusichert. Das unterstreicht, dass bislang noch immer viele bestehende Normen nicht umgesetzt werden (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2007: S. 1).

Maßgeblich für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Bauleitplanung in Deutschland ist das BauGB. Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist im BauGB in § 3 geregelt (siehe Kapitel

⁷⁰ Vgl. Jugendschutzgesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 420) geändert worden ist.

3.1.3), wobei Kinder und Jugendliche zur Öffentlichkeit zählen und daher nicht noch einmal explizit Erwähnung finden. Dass die Belange von Kindern und Jugendlichen in der Planung besonders zu berücksichtigen sind, ist in § 1 BauGB sichtbar. Dieser besagt, dass bei der Aufstellung von Bauleitplänen insbesondere die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, vorzugsweise die Bedürfnisse von Familien, jungen, alten und behinderten Menschen zu berücksichtigen sind (vgl. § 1 Abs. 6 BauGB), wobei *junge* Menschen definiert sind und auch der Begriff *Familie* ist heutzutage umfassend. Eine konkrete Anforderung für eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist im BauGB oder in einer Landesbauordnung an keiner Stelle genannt, sodass jedes Bundesland Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einen anderen Stellenwert zuschreibt. Ergänzend ist zu erwähnen, dass viele Gemeinde- und Landesbauordnungen eine *Kann-* und keine *Muss-Bestimmung* formuliert haben (vgl. Interview Flügge 06.09.2018).

Das Land Baden-Württemberg verabschiedete 2015 ein Gesetz, was einen großen Fortschritt für die Beteiligung von Jugendlichen bedeutete (vgl. Wenzl 2015): „Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu entwickeln“ (§ 41a GemO Baden-Württemberg). Rheinland-Pfalz hat diesbezüglich § 16c GemO – *Beteiligung von Kindern und Jugendlichen* eingeführt. Die Gemeindeordnung für Nordrhein Westfalen führt bislang keinen solchen Paragraphen. Kinder- und Jugendbeteiligung würde dadurch auf kommunaler Ebene gesetzlich nachhaltig gesichert, weshalb ein solcher Paragraph in der Gemeindeordnung wichtig wäre, wenngleich die Ausgestaltung bei der Anwendung dieses Gesetzes den Gemeinden selbst überlassen ist und in Teilen streng oder weniger streng praktiziert wird.

*Bezüglich des § 41a GemO Baden-Württemberg fand 2017 eine Befragung mit über 1.000 Kommunen in Baden Württemberg statt, in der kommunale Mitarbeiter gefragt wurden, inwieweit seit Inkrafttreten des besagten Paragraphen im Jahre 2015, **Jugendbeteiligung** in der Kommune einen **höheren Stellenwert** erhalten hat. 45,3% stimmen dem nicht zu, wobei zu Bedenken ist, dass eine Vielzahl der 566 Kommunen Baden-Württembergs, die Jugendbeteiligung anbieten, längst vor Inkrafttreten des § 41a Jugendbeteiligungen einen hohen Stellenwert beimaßen. Angesichts der Einführung des § 41a stieg der Stellenwert bei jenen daher nicht mehr an (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2018: S. 12). Relevant ist, dass 16,4% § 41a als Belastung ansehen. 48,7% sehen darin eine Chance, 34,9% sind unentschlossen und verbinden Positives und Negatives mit der Gesetzesvorschrift. Die Einführung einer solchen Vorschrift bewirkt nichts, bis Überzeugungsarbeit von Hintergrund und Nutzen geleistet, Unterstützung angeboten und die Ausstattung mit Personal und Know-how verbessert wird (vgl. ebd.: S. 15).*

In manchen Gemeindeordnungen ist verankert, dass Jugendliche nicht als Bürger, sondern als Einwohner zu betrachten sind. Daher sind sie über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, zu

unterrichten, haben ein Fragerecht und eine Anhörungsmöglichkeit im Gemeinderat sowie die Möglichkeit, diesen zu beraten. Ferner steht ihnen als Einwohner eine Anhörung in den jeweiligen Fachausschüssen zu. Kinder und Jugendliche können sogar beratende Mitglieder in beschließenden oder beratenden Ausschüssen sein sowie an Bürgerversammlungen teilnehmen, sie jedoch nicht einberufen. Selbst wenn eine Jugendvertretung in einer Gemeindeordnung verankert ist, sind Jugendliche über diese Beteiligungsmöglichkeiten selten informiert und nutzen ihre Rechte in der Regel nicht, weil sie nicht darüber aufgeklärt wurden (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2017). Der Einfluss, den diese Jugendräte ausüben, ist in jeder Kommune unterschiedlich und ihre Wirkung wurde bislang nicht öffentlich evaluiert.

Einerseits ist wesentlich, dass Kinder und Jugendliche in Deutschland kraft Gesetzeslandschaft einen starken Schutz erfahren. Andererseits schränkt das bei Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen ein. Bis die EU-DSGVO 2018 in Kraft trat, war es gestattet, Jugendliche ab 14 Jahren unter Berücksichtigung der Einsichtsfähigkeit beispielsweise durch Fragebögen zu beteiligen. Seitdem die EU-DSGVO wirksam wurde, können nur noch Jugendliche unter 16 Jahren an Befragungen teilnehmen, wenn eine Einwilligungserklärung der Erziehungsberechtigten vorliegt (siehe Kapitel 5.2.1). Die Erhebung persönlicher Daten von Menschen unter 16 Jahren bedarf daher einen großen Aufwand, den viele Beteiligter fürchten. Geschehen Fehler im Umgang mit datenschutzrechtlichen Bestimmungen, kann das weitreichende Folgen für Beteiligter nach sich ziehen.⁷¹ Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren sind in der Hinsicht eingeschränkt, dass sie diesbezüglich ohne Zustimmung ihrer Eltern handlungsunfähig sind.

4.2.3 ENTWICKLUNG DER KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG IN DEUTSCHLAND

Die Entwicklung der Jugendbeteiligung durchläuft in Deutschland verschiedene Hoch- und Tiefpunkte, wobei in der wissenschaftlichen Literatur darüber wenig publiziert ist. Rechercheresultate zeigen sich erst ab dem 20. Jh.: In den 1950er/1960er Jahren gab es vielfältige Formen der Veränderung öffentlicher Beteiligung. Wissenschaftler wie Robert David Putnam kamen zu dem Ergebnis des Beteiligungsverfalls, der mit Umstrukturierungen respektive Modernisierungen

⁷¹ Nicht jeder Verstoß gegen den Datenschutz fällt ins Strafrecht. Es wird zwischen Ordnungswidrigkeiten (§ 43 BDSG) und Straftaten (§ 44 BDSG) unterschieden. Die Paragraphen beinhalten jeweils eine Aufstellung von entsprechend sanktionierten Verstößen. Die Bußgeldvorschriften des BDSG besagen, dass ein Verstoß gegen den Datenschutz mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden kann. Die Bußgeldvorschriften des neuen BDSG benennen Verstöße, die mit bis zu 50.000 Euro sanktionierbar sind. Die DSGVO benennt in Art. 83 Verstöße, die mit Geldbußen von bis zu 20.000.000 Euro geahndet werden können (vgl. Datenschutz.org 2019).

gesellschaftlicher Strukturen in diesem Zeitraum zusammenhängt (vgl. Putnam 2000). Dalton (2007) vertritt dazu die Gegenthese, dass die Behauptung eines Rückgangs des Engagements speziell bei Jugendlichen irrtümlich sei. Er konstatiert eine Veränderung bürgerschaftlicher Normen mit Konsequenzen für eine andersartige Beteiligungskultur und verweist auf langfristige Zeiträume von gesellschaftsstrukturellen Veränderungen. Es handelt sich nicht um einen generellen Rückgang, sondern insbesondere bei Jugendlichen um einen Wandel des Repertoires des gesellschaftlichen Engagements (vgl. Dalton 2007: S. 31 f.). Die Abkehr der Jugendlichen von traditionellen Bindungen von Kirchen, Parteien oder Vereinen sowie eine Individualisierung führten dazu, dass Interessenvertretungen hinterfragt wurden, denn Jugendliche wollten ihre Belange selbst durchsetzen (vgl. Ketter 2012: S. 143). Beginnend in den 1970er Jahren bis in die 1980er Jahre fand eine Hoch-Zeit sozialräumlicher Erkundungen für den Dorfraum in der ländlichen Jugendarbeit statt (vgl. Helms; Tschöke 2009: S. 287). Einen Meilenstein legte die Gründung des ersten Jugendgemeinderats, der 1985 im oberschwäbischen Weingarten eingerichtet wurde (vgl. Jugendgemeinderat o. J.). Die menschenrechtliche Anerkennung der Beteiligungsrechte Heranwachsender löste vor allem angesichts der UN-Kinderrechtskonvention in Europa eine Bewegung von Beteiligungsprozessen aus. Eine Reformbewegung zur Einführung unterschiedlicher Verfahren und Institutionen der Beteiligung ist seit Beginn der 90er Jahre zu erkennen (vgl. Olk; Roth 2007: S. 41).

Die UN-Kinderrechtskonvention von 1989, vor allem der dritte Schwerpunkt *Participation* (siehe Kapitel 4.4), ist der nächste Meilenstein. Dieser Zeitpunkt bildet den eigentlichen Startschuss der Geschichte der Kinder- und Jugendbeteiligung (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2008: S. 347). Mit Beteiligungsformen für Jugendliche experimentierten Beteteiligter zwar schon in der Nachkriegszeit, aber weder Beteteiligter noch Wissenschaftler verfolgten die Projekte weiter. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfuhr erst durch die Kinderrechtskonvention in den vergangenen 20 bis 30 Jahren in Deutschland eine Aufwertung. Insbesondere die Jugendarbeit in ländlichen Räumen war eine Vorstufe der heutigen Jugendbeteiligung (vgl. Jugendgemeinderat o. J.). Für alle Unterzeichnerstaaten der UN-Kinderrechtskonvention musste klargelegt sein, dass die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an bestimmten Entscheidungsprozessen gewährleistet und verpflichtend ist. Demgemäß müsste es Entwicklungsprozesse geben, die in der Wirklichkeit jedoch unersichtlich sind (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2008: S. 348).

Durch den *Achten Jugendbericht* der Bundesregierung von 1990, ein lebensweltorientierter Wendepunkt in der Kinder- und Jugendhilfe, wurde Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als eine Strukturmaxime fortschrittlicher Kinder- und Jugendhilfe ausgearbeitet. Zur Jahrtausend-

wende erschien durch das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* die erste bundesweite Erhebung über Modelle gesellschaftlicher Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (vgl. Jugendstiftung Baden-Württemberg 2017).

Die Senkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre bewirkte ein Signal für die Demokratie und Beteiligungsbereitschaft. Es ist ein sehr wesentlicher Schritt in eine richtige Richtung, doch Wählen allein macht noch keine Beteiligung aus, es ist ein Teilbereich und die Beteiligung von Jugendlichen muss an vielen Stellen möglich sein, um deren Interessen besser zu vertreten (vgl. Scholl 2011: S. 36).

Trotz einer wachsenden Anzahl an teils ergebnisreichen Beteiligungsprojekten fühlt sich im Jahre 2019 noch ein großer Teil der

jungen Menschen unbeachtet und unzureichend beteiligt. Dieses Gefühl nimmt im Laufe der Zeit zu, denn je älter Jugendliche werden, desto weniger haben sie den Eindruck, mitgestalten zu können: 34% der 14-Jährigen können in der Schule aus ihrer Sicht mitbestimmen. Die Studie *Children's Worlds+ Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland* der BertelsmannStiftung⁷² aus dem Jahre 2019 bewies, dass die meisten Kinder ihre Beteiligungsrechte nicht oder nur unzureichend kennen. An Gymnasien verfügen 47% der Jugendlichen über kein oder unsicheres Wissen darüber, an Grundschulen sind es 63% der Kinder. Im dreißigsten Jahr der UN-Kinderrechtskonvention ist es unbefriedigend, dass Kindern und Jugendlichen oftmals ihre Rechte unbekannt sind und sie sich nicht beteiligen können (vgl. Stein; Funcke 2019). Anzumerken ist, dass nur 14% der Achtjährigen überhaupt von der Existenz der UN-Kinderrechtskonvention wissen und unter den Vierzehnjährigen sind es knapp 29% (vgl. Andresen et al. 2019: S. 50 ff.).

*Im Jahre 1996 war es in Niedersachsen zum ersten Mal bei Kommunalwahlen zulässig, ab einem Alter von **16 Jahren zu wählen** (vgl. Scholl 2011: S. 36). Bis heute folgten Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen (vgl. Fröhlich et al. 2019). In Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und in Sachsen dürfen Jugendliche **erst ab 18 Jahren wählen**. In Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ist es 16-Jährigen gestattet, den Landtag zu wählen (vgl. Wolf 2019). Die Wahl zum Deutschen Bundestag ist nur Bürgern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, vorbehalten. In keinem Bundesland besitzen 16-Jährige das passive Wahlrecht, was bedeutet, dass sie nirgendwo in Deutschland beispielsweise als Gemeinderatsmitglied gewählt werden können (vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen 2017).*

⁷² Vgl. BertelsmannStiftung 1 2019.

Viele Sachverhalte, die Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Familienpolitik betreffen, werden seit Jahren auf landes- und bundespolitischer Ebene entschieden, ohne dass die betreffende Bevölkerungsgruppe hierzu Stellung beziehen darf. Unzählige Beteiligungsangebote und -verfahren sind nicht nachhaltig und vermehrt nicht oder wenig mit anderen Projekten im kommunalen und schulischen Raum vernetzt und dass obwohl Kommunen um ihre Einwohner kämpfen und sich als kinderfreundlich präsentieren (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2008: S. 348).

Nachdem zuvor internationale und nationale rechtliche Faktoren sowie die Entwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung beschrieben wurden, erfolgt in Kapitel 4.3 eine internationale Betrachtung der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, um den Stellenwert und die Bedeutung der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Bundesrepublik einordnen zu können.

4.3 BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Etwa 1,8 Milliarden Menschen, über ein Viertel der Weltbevölkerung, sind zwischen 10 und 24 Jahre alt. Ihre Beteiligung ist von landesspezifischen Gegebenheiten in Form von Verwaltungssystemen, politischen Einflüssen etc. abhängig. Unzählige Jugendliche sind in ihren Heimatländern noch nicht wahlberechtigt oder es existieren für sie keine anderen Möglichkeiten sich zu beteiligen. Selbst wenn diese Chance bestünde, gibt es Kinder und Jugendliche, die unter Bedingungen wie Armut oder fehlender Bildung leben, in denen Beteiligung unmöglich ist (vgl. Moser 2014). Weltweit haben bei Kindern und Jugendlichen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien zu einer Verbreiterung und Beschleunigung der Informations- und Mobilisierungsmöglichkeiten und zu neuen Formen der (Online-) Beteiligung geführt. Es gibt beispielsweise Demonstrationen und Flashmobs, die über Online-Communitys, Weblogs oder per Smartphone von Jugendlichen organisiert werden und individuelles, aber auch kollektives Handeln erleichtern (vgl. Jugend für Europa 2010: S. 6).

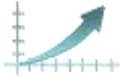
4.3.1 BETEILIGUNG AUßERHALB EUROPAS

Überall auf der Welt sind Interessen- und Stadtteilerkundungen, Maßnahmenentwicklungen, Ideengenerierung für Spielplätze, Funsportanlagen, Außengelände von Schulen oder von sozialpädagogischen Einrichtungen beliebte Themen für Kinder- und Jugendbeteiligungen (vgl. Frank 2006: S. 351 ff.).

In der internationalen Thematisierung sind darüber hinaus fünf Diskussionsstränge beziehungsweise Annahmen über die Bedeutung und den Wandel von Kinder- und Jugendbeteiligung bedeutsam:



Globale Herausforderungen: Gruppen vergleichbar Geringqualifizierte oder Migranten sind beispielsweise von prekären Biographieperspektiven bedroht. Es besteht die Gefahr des Ausschlusses vom Zugang zu stabiler Beschäftigung und solider sozialer Sicherung. Diese gesellschaftlichen Probleme haben Jugendliche erkannt.



Kontroverse Annahmen über Entwicklungstrends: Die These eines Rückgangs von Beteiligung und Vereinsmitgliedschaft verwies auf gesellschaftstheoretisch bedeutsame Grundsatzfragen eines potenziellen Rückgangs des sozialen Zusammenhalts.



Wandel des Wohlfahrtsstaates: Änderungen angesichts wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme des Arbeitsmarktes und demokratischer Institutionen bedeuten für Jugendliche ebenfalls Veränderungen. Sie werden mit gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert, die ihnen steigende Ansprüche an Flexibilität, Autonomie in der Wohlfahrtssicherung und an Aktivität gesellschaftlicher Teilnahme auferlegen. Das kann zu Überforderung und einer Priorisierung einzelner Belange führen.



Kompetenzgewinn im freiwilligen Engagement: Freiwilliges Engagement im Jugendalter lässt davon ausgehen, dass die frühzeitige Übernahme von Verantwortung für sich selbst, andere Menschen, die Gesellschaft und entsprechendes Handeln, bestimmte Kompetenzen voraussetzt.



Politische Impulse zur Beteiligungsförderung: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist auf allen Ebenen in vielen Verbänden, Vereinen und Organisationen erwünscht. Anspruch und Realität sind jedoch widersprüchlich.

Tabelle 3: Diskussionsstränge über die Bedeutung und den Wandel von Jugendbeteiligung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an BJK 2009: S. 4; Jugend für Europa 2010: S. 9; Weßels 2001: S. 639; Putnam 2000; Betz et al. 2010

Die Operationalisierung von Beteiligung ist bereits in Studien, die sich auf nur ein Land beziehen, derart verschieden und teilweise widersprüchlich, dass Resultate innerhalb eines Landes kaum miteinander verglichen werden können (vgl. van Santen 2005). Solche Vergleiche sind auf internationaler Ebene umso schwieriger. Dennoch werden in diesem Unterkapitel bedeutsame Aspekte aus anderen Ländern erläutert, denn daraus können Lerneffekte für Beteiligungsprozesse in Deutschland resultieren.

Bei Betrachtung transnationaler vereins- beziehungsweise verbandsübergreifender Beteiligung wird die Bedeutung von staatlicher Rahmung und politischer Kultur sichtbar: Aus einem Vergleich von 22 europäischen Städten von Newton und Giebler (2008) resultiert, dass jenseits der

für die Individualebenen typischen Einflussgrößen wie Motivation und Ressourcen auf der Makroebene vielfältige soziale, ökonomische und politische Ländercharakteristika eine bedeutsame Funktion einnehmen. Dazu gehören demokratische und ökonomische Entwicklungen, Regierungseffizienz, niedrige Korruptionsraten, hohe öffentliche Ausgaben für Bildung und Gesundheit sowie Rechtsstaatlichkeit. Diese Einflussgrößen schaffen einen zivilgesellschaftlichen Rahmen, der zu einem unterschiedlichen, länderspezifischen Umfang an Beteiligung führt (vgl. Newton; Giebler 2008: o. A.).

Außerhalb des europäischen Kontinentes gibt es Länder, die eine Vorzeigerolle bei Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen einnehmen: In **Ghana** beispielsweise setzt die Youth Bridge Foundation eine internationale Online-Beteiligungsplattform namens Youthpart (Ypart), speziell für Jugendliche ein, um die lokale politische Beteiligung ghanaischer Jugendlicher zu stärken. Es soll ihnen dabei helfen, bei politischen Entscheidungen aktiv mitzubestimmen. Seit Oktober 2014 können sie mittels E-Partizipationsplattform beispielsweise mit Politikern und der öffentlichen Verwaltung diskutieren oder Petitionen einreichen. **Südafrika** macht sich die Beliebtheit der sozialen Netzwerke für Jugendbeteiligungen zu Nutze. Über die Netzwerke wird sich für mehr Sicherheit in den Gemeinden engagiert. Südafrikanische Jugendliche werden dadurch in Initiativen unter dem Aspekt von Sicherheit und Gewaltprävention eingebunden. Ergänzend zu sozialen Medien wie Facebook und Twitter werden Workshops und Aufklärungskampagnen eingesetzt. Jugendliche können Ideen austauschen und sie erhalten nicht nur eine Stimme, sondern sind mitten in Dialogen rund um Kriminalität (vgl. Moser 2014).

In Zentralamerika wird unter anderem mittels E-Partizipation beteiligt: **Guatemala Stadt** bildet Jugendliche aus so genannten *zonas rojas*, d.h. Stadtviertel mit hohem Gewalt- und Armutsanteilen, zu Reportern für ein Online-Portal aus. Auf diesem können sie über ihren Alltag berichten. Dafür wird ihnen eine von ihnen selbst gestaltete Online-Plattform geboten, worauf bereits hunderte Reportagen zu finden sind (vgl. ebd.). Das **Chicagoer Comprehensive Community Development (CCD)**, was mit *umfassender Stadt(teil)entwicklung* zu übersetzen ist, entwickelte in den 1980ern Jim Capraro (vgl. Schüpphaus 2013: S. 1). Dabei handelt es sich um einen generationenübergreifenden Ansatz, Stadtteile wiederzubeleben wobei Gemeinschaftsinitiativen von Jung und Alt darum bemüht sind, das Leben von Kindern und Familien in Nachbarschaften zu verbessern, die von extremer und konzentrierter Armut geprägt sind. Dies ist annähernd mit dem deutschen Programm *Soziale Stadt* vergleichbar. Es wurde erkannt, dass die Jugend als zentrale Ingredienz des Entwicklungsprozesses der Gemeinschaft die Fähigkeit besitzt, das lokale Wohler-

gehen zu verbessern. „When practicing community development comprehensively, the whole is indeed greater than the sum of its parts“ (Capraro 2013).

In **Asien** ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vergleichbar Zentralamerika und Afrika in hohem Maße von politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängig. Zwar sind in Asien im Gegensatz zu Afrika Kriegssituationen weniger einflussgebend, doch Armut, mangelnder Zugang zu Bildung und Krankheiten sind zentrale Themen, mit denen manche Länder Asiens Probleme haben. Kinder und Jugendliche zu beteiligen geschieht daher selten (vgl. GIZ 1 o. J.). Ein positives Beispiel ist **Indonesien**, wo Meinungen, Ideen und Ansichten von Kindern und Jugendlichen elementar im Kampf für ihre Rechte sind. Kraft verschiedener Aktivitäten lernen die jungen Menschen mehr über ihre Rechte, ihre Umwelt, das Klima und den Klimawandel. Lokale Entscheidungsträger sind ermutigt mit Kindern und Jugendlichen zu sprechen und sie durch partizipative Maßnahmen bei der Implementierung des Klimaaktionsplans und laufenden Entwicklungs- und Sektorprogrammen zu integrieren (vgl. GIZ 2 o. J.).

4.3.2 BETEILIGUNG INNERHALB EUROPAS

In Europa ist das Thema *Jugendliche in der Beteiligung* in jedem Land rechtlich ungleich festgehalten, wird unterschiedlich umgesetzt und ebenso befinden sich Verantwortlichkeiten auf verschiedenen Ebenen. Gemeinsam ist vielen Ländern, dass sie zwar Jugendliche beteiligen, die Einbeziehung ihrer Ergebnisse jedoch nur rückständig erfolgt. Bei der Literaturrecherche (siehe Kapitel 6.2.1) war es aufwändig, umfangreiche Informationen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einzelner Länder zu erhalten. Es gibt Nationen, bei denen Jugendbeteiligung kaum bis gar nicht praktiziert wird. Wiederum gibt es welche, in denen Jugendliche beteiligt werden, worüber indes wenig publiziert wird. Die hier aufgeführten Beispiele werden vornehmlich angesichts der vorhandenen Information und den Unterschieden zu Deutschland exemplarisch aufgeführt.

Die EU fördert E-Partizipationsprojekte für Jugendliche mit verschiedenen Programmen. Verankert sind sie im Rahmen des *E-Government Action Plan* und der *Digitalen Agenda*. Für Projekte im E-Government Action Plan werden Mittel aus dem gemeinsamen Programm für Policy Forschung bereitgestellt. Für Projekte, die sich mit IKT befassen, wurde ein eigenes Programm ins Leben gerufen (vgl. Karbach 2012: S. 188). Die Europäische Kommission hob in ihrem Programm *Jugend in Aktion* (2007-2013) die Entwicklung der Bürgergesellschaft und Stärkung der partizipa-

tiven Demokratie als ein vornehmliches Ziel hervor und verstärkte sie im ersten EU-Jugendbericht und der Strategie 2010-2018 (vgl. Jugend für Europa 2010: S. 9).

Lokale-Agenda-21-Prozesse sind je nach Problemlage, konkreter Zielsetzung und regionalen Gegebenheiten vielfältig. International führen über 6.400 Städte und Gemeinden in 113 Ländern Lokale-Agenda-21-Prozesse durch, deren Organisation und Ablauf unterschiedlich sind. Zudem sind die behandelten Themen in Europa anders als in der übrigen Welt. In Industrieländern dominieren Technik-, Wirtschafts- und Umweltfragen, in Entwicklungsländern gehören die ökonomische Entwicklung, Armutsbekämpfung und Empowerment zu wesentlichen Anliegen der Projekte. Die Fortschritte in der Realisierung der Lokalen Agenda 21 sind regional verschieden, wohingegen Öffentlichkeitsbeteiligung bei nahezu allen ein dominierendes Thema ist. Europa nimmt, aus globaler Sicht betrachtet, eine Vorreiterrolle in der Umsetzung von Lokalen-Agenda-21-Prozessen ein: Seit 1992 starteten mehr als 5.000 europäische Städte und Gemeinden derartige Prozesse (vgl. participation institute o. J.).

Großbritannien bietet diverse Angebote zur Online-Beteiligung. *Practical Participation* behandelt speziell internetbasierte Beteiligungen in der Jugendarbeit, wie *Fix my Street*, *Where does my money go* und *They work for you*. Dies ist im Prinzip nichts anderes als der in Deutschland bekannte *Mängelmelder*, bei dem online Schäden im öffentlichen Raum aufgezeigt werden, eine Abfrage von Missständen, die durch Crowdsourcing⁷³ behoben werden sollen. In Großbritannien wird so an landesweiten und internationalen Projekten gearbeitet (vgl. Karbach 2012: S. 191; practical participation 2018). Weit verbreitet ist im Vereinigten Königreich eine Beteiligung mittels Jugendbürgermeisters, einem Modell dem nachgesagt wird, dass es der Imageaufwertung des erwachsenen Bürgermeisters dient und Jugendliche trotz ihres Amtes wenig Einfluss haben (vgl. Interview Wenzl 01.02.2018).

Seit dem Jahre 2009 bestrebt **Island** einen für das Land ungewöhnlichen Weg der Beteiligung. Im Projekt *The young people's constitution* schließen sich das UNICEF-Team Island und der Ombudsmann der Stadt Reykjavik zusammen. Dabei stehen Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren im Vordergrund. Sie haben die Möglichkeit, unmittelbar auf der Projektwebsite Videos hochzu-

⁷³ Crowdsourcing beschreibt die Auslagerung interner Teilaufgaben an eine Gruppe freiwilliger User, beispielsweise über das Internet oder eine App; User suchen städtebauliche Missstände ihrer Stadt und melden sie (vgl. ispo 2019).

laden, in denen sie ihre Meinung zur Verfassung mitteilen (vgl. Karbach 2012: S. 191 f.), wobei ungewiss ist, wie mit den eingegangenen Beiträgen umgegangen wird.

In **Schweden** sind Kinder- und Jugendpolitik zwei getrennte Bereiche. Das Bildungsministerium ist für Angelegenheiten von Jugendlichen im Alter zwischen 13 und 25 Jahren zuständig, wobei Jugendpolitik ein sektorübergreifender Arbeitsbereich ist. Für Kinder- und Sozialpolitik ist das Sozialministerium verantwortlich. Eine Unterscheidung besteht zwischen den Gemeinden und den schwedischen Provinzialtagen (nationale Ebene), wobei beide autonom agieren. Entscheidungen, die Jugendpolitik betreffen und die das schwedische Parlament verabschiedet, sind für Kommunen nicht verpflichtend. Kinder- und Jugendpolitik stehen in Schweden hoch im Kurs und seit 1993 vertritt ein Ombudsmann Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen. Seit 2006 gibt es das Nationale Zentrum für Kinderrechte an der Universität Örebro (vgl. IJAB o. J.).

Im Mittelpunkt bei dem Projekt *Initiative Channel* in **Finnland** steht der Dialog zwischen Jugendlichen und der örtlichen Verwaltung. Dabei haben Jugendliche die Chance, lokale Online-Initiativen zu starten und sich mit anderen Jugendlichen zu verknüpfen. Die finnischen Ausschüsse und der Vorstand des Kinderparlaments tagen wöchentlich in Online-Chats. Im eigenen Forum diskutieren Kinderparlamentsmitglieder ihre Themen online und beantworten (Um-)Fragen, die Politiker an sie herangetragen (vgl. Karbach 2012: S. 192).

Bei der Betrachtung der Jugendarbeit der letzten 100 Jahre in **Spanien** wird die Häufigkeit deutlich, mit der versucht wurde, diese für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Es werden jedoch wesentliche Unterschiede in den Erwartungen an Jugendarbeit als Anknüpfungspunkt der Beteiligung, des gesellschaftlichen Engagements und bei Maßnahmen zur Beteiligungsförderung deutlich. Die spanische Entwicklung der Jugendbeteiligung war lange Zeit durch die Regierung geprägt: Der Staat definiert und kontrolliert Möglichkeiten des (politischen) Engagements und die Übernahme von Verantwortung (vgl. Merino; Seckinger 2007: S. 363 ff.). Die Ziele der Beteiligungsförderung sind in Spanien stark auf den Konsum von Freizeitangeboten ausgerichtet (vgl. ebd.: S. 373.). In einschlägigen spanischen Gesetzen gibt es mittlerweile einige Regelungen, die Beteiligungsrechte von Kindern/Jugendlichen explizit als Gegenstand aufweisen. Hervorzuheben ist der Artikel 7 des Gesetzes zum Schutze von Minderjährigen, in dem mitunter festgelegt ist, dass Minderjährige berechtigt sind, sich an dem sozialen, kulturellen und künstlerischen Leben und an Freizeitangeboten zu beteiligen. Das signalisiert, dass sich die Verankerung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen auf Formen politischer Mitwirkung fokussiert (vgl. ebd.: S. 367).

Die aufgeführten Beispiele belegen, dass sich weltweit seitens der Regierungen und NGOs bemüht wird, Jugendliche zu beteiligen, soweit es die jeweiligen wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gegebenheiten eines Landes zulassen. Dies ist eine unbeträchtlich kleine Auswahl, bei der weder die Nachhaltigkeit dieser Beteiligungen, noch die Durchsetzungsfähigkeit bekannt sind. Nichtsdestoweniger befinden sich darunter vorzeigbare Ansätze, die gleichfalls in Deutschland positive Effekte bewirken würden, beispielsweise die generationenübergreifende Beteiligung in Chicago, die Ombudsperson in Island oder die Möglichkeit lokale Online-Initiativen zu starten, vergleichbar mit Finnland.

Je nach betrachteter Nation lassen sich in diesem Kapitel positive und negative Aspekte für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erkennen. Der unterschiedliche Stellenwert dieser jungen Zielgruppe liegt unter anderem daran, dass in den jeweiligen Ländern Chancen und Grenzen von Kinder- und Jugendbeteiligung verschieden wahrgenommen werden. Auf die Chancen und Grenzen, die sich in Deutschland erkennen lassen, nimmt Kapitel 4.4 Bezug.

4.4 CHANCEN UND GRENZEN DER BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Hart (1997) erstellte in Bezug auf Kinder und Jugendliche die Ladder of children's participation (siehe Abbildung 12), welche die unterschiedlichen Stufen von Kinder-/Jugendbeteiligung abbildet. Hier sind speziell die unterste (Manipulation) und die vorletzte Stufe (Decoration) provokant. Die untersten drei Stufen sind laut Hart (1997) Missbrauch und keine Beteiligung. Die oberen Stufen, die **Degrees of Participation**, (*Assigned but informed* bis *Child-initiated, shared decision with adults*) sind in aufsteigender Reihenfolge selten in der Realität vorzufinden (vgl. Fatke 2007: S. 26). Die untersten Stufen, die zur **Non-Participation** gehören, entsprechen einer Alibi-Beteiligung (vgl. Heiden 2014: S. 8). Bei der Manipulation täuschen Erwachsene bewusst dadurch, dass sie behaupten, das jewei-

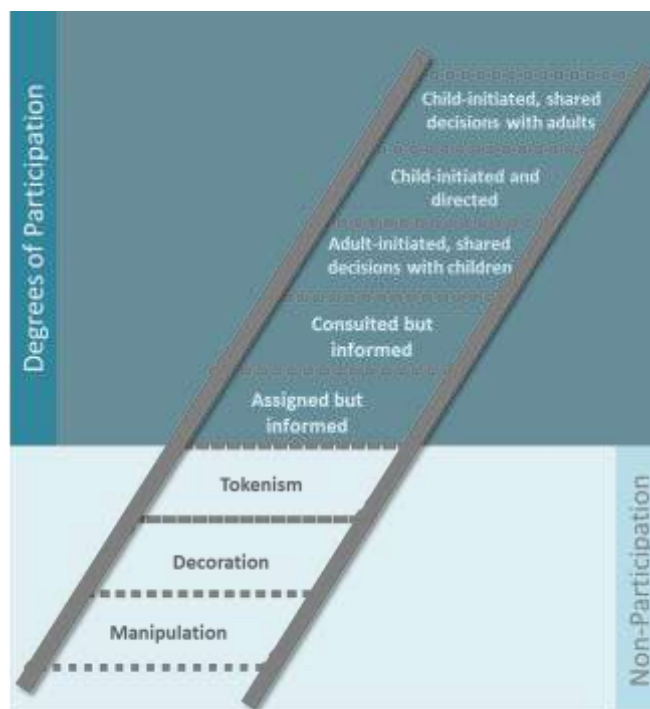


Abbildung 12: Ladder of children's participation
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Hart 1997: S. 41

lige Anliegen hätten Jugendliche selbst initiiert. Bei der Dekorationsstufe handelt es sich tatsächlich um Beteiligung, doch deren Ausschmückung und das Zeigen nach außen sind der Hauptzweck der Durchführung, nicht die Beteiligung.

Bei Betrachtung der Leiter stellt sich die Frage, wie viele Beteiligungsprojekte in der Realität mit Jugendlichen auf den beiden oberen beziehungsweise unteren Stufen ablaufen. Es muss und kann nicht permanent auf den obersten Stufen gearbeitet werden; das Hauptziel ist Beteiligung auf den drei unteren Stufen zu vermeiden. Dass Jugendliche selbst Initiatoren sind, geschieht selten, da sie von der Möglichkeit nichts wissen, keine Zeit oder keinen Mut aufbringen, Beteiligung zu initiieren (vgl. Hart 1997: S. 41).

Jugendbeteiligung ist für den Erhalt und die Stabilität einer Demokratie notwendig: Mitreden, Mitentscheiden und Mitgestalten des Lebensumfelds sind Grundlagen einer Demokratie (vgl. Baden-Württembergstiftung 2015: S. 9). Sowohl für Beteiligter aus Verwaltung und Politik als auch für beteiligte Kinder und Jugendliche ergeben sich durch die Teilhabe Chancen und Grenzen, die in Tabelle 4 dargestellt werden und auf die in den nachfolgenden Unterkapiteln eingegangen wird.

Für Beteiligter		Für Beteiligte	
Chancen	Risiken	Chancen	Risiken
Erörterungs- und Wissensbasis über Meinungs- und Interessenslagen der Bevölkerung erhalten und/oder vergrößern	unzutreffende, fehlerhafte Vorbereitung der Beteiligung, mangelndes Know-how → Misslingen der Beteiligung	Verständnis für aktuelle Themen und Probleme schaffen; Wissen über Meinungs- und Interessenlage verbessern	Beim Prozess: Frustration, Enttäuschung und Unmotivation, unter anderem, weil Themen zu komplex sind
Handlungsfähigkeit in Konflikten vergrößern	Falsche Erwartungen an Beteiligte → keine Konsensfindung	Entwicklung einer Demokratiekompetenz	Frustration, weil sie unbeachtet bleiben
Akzeptanz für Vorhaben wird frühzeitig abgeschätzt und erhöht	Fehlende Akzeptanz bei Beteiligten	Abwechslung zum (Schul-)Alltag und Spaß haben	Zeitliche und mentale Überforderung
Verständnis für Planungsprozesse und Arbeit der Verwaltung schaffen → Planungssicherheit steigern	komplexe Zusammenhänge durch Beteiligte sind nicht einschätzbar → Ergebnis unbrauchbar	Anerkennung hinsichtlich Politik, Verwaltung, Eltern, Freunde und Lehrer	Vertrauensverlust in Beteiligung, Politik und Verwaltung
Imagegewinn für alle Akteure, wenn Beteiligung gelingt	Scheitern kann Beteiligte enttäuschen → Imageschädigung	Auf sich selbst und das Erreichte stolz sein	Einschüchterung durch dominante Teilnehmende

Verbundenheit junger Menschen mit der Kommune beziehungsweise der Region wird gestärkt	Lösungen sind unbeständig oder unrealistisch und werden nicht umgesetzt → fehlende Akzeptanz der Alternativlösungen	Dabei helfen, Probleme und Missstände zu beheben; Positives bewirken	Beteiligter missachten Resultate beziehungsweise sind damit unzufrieden
Andere Sichtweisen für Planungen und Gestaltung von Planungsprozessen erfahren als nur die von Politik und Verwaltung	Sprunghaftigkeit, schnelle Trend- und Interessenänderungen von Beteiligten bereitet Planung Schwierigkeiten	Verbundenheit mit Wohnort oder sogar der ganzen Region wird gestärkt	Beteiligung als Vandalismusbekämpfung, Wählerstimmengewinnung etc. missbraucht
Phantasie, Kreativität, Spontanität und Begeisterungsfähigkeit von Beteiligten	Beteiligter können mit Haltung und Sichtweisen von Jugendlichen nicht umgehen	Lernen, dass es unmöglich ist, sich in jeder Situation durchzusetzen	Dauerhaft unmotiviert → keine weitere Teilnahme an Beteiligungen
Engagement junger Menschen auf Dauer und für andere Projekte und Beteiligungen fördern	Überlastung und Mehrarbeit durch Beteiligung	Eigene Belange vertreten und sich für Angelegenheiten in der Öffentlichkeit engagieren	Abwälzen von Aufgaben und Verantwortungen; Beteiligter geben Probleme an Jugendliche ab
Gezielterer Einsatz von Ressourcen möglich	Uneinigkeiten in Beteiligtergruppe → kein Ergebnis	Neue Menschen kennenlernen	(Noch) weniger Freizeit
Entlastung der öffentlichen Kassen	geringes Kosten-Nutzenverhältnis	Horizont erweitern	Kein Lernen aus dem Prozess, nur Informationsabfrage
Förderung der Demokratiekompetenz	Erwartungsdruck für Umsetzung kann Beteiligter nicht Stand halten	Selbstvertrauen/Selbstbewusstsein stärken	Beteiligter verbessern Image und bekommen Lösungsansätze
Gezielte Planung wird möglich	Verkehrter Zeitpunkt, falsches Thema, unpassendes Format	Anerkennung erhalten	Opfer von Alibi-Beteiligung
Vandalismus vorbeugen	Durch Fehlentscheidung kann Vandalismus entstehen	Mehrheitsentscheidungen mittragen	unzutreffende Vorstellungen
Zufriedene (Jung-) Bürger und Wähler	Unzufriedene (Jung-) Bürger und Wählerstimmenverlust	Standpunkte anderer Akteure anhören, überdenken und Statement formulieren	Am Ende kann ein Ergebnis stehen, was Akteure nicht umsetzen wollen
Verbesserte Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltungsbereiche	Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb der einzelnen Fachbereiche der Verwaltung	eigene Position bekräftigen; lernen sich durchzusetzen	unerfüllte Erwartungen
Quintessenzen, die Konzepte, Maßnahmen	Verstetigung funktioniert nicht; Sättigungserscheinungen bei	Persönliche geistige Fähigkeiten erlangen	Eingeschüchtert werden durch andere

oder Lösungen erhalten	Jugendlichen → keine weitere Beteiligung	beziehungsweise fördern und Verantwortung übernehmen	Beteiligte oder Beteiligter
Sinkendes Prozess-Verzögerungsrisiko	Instrumentalisierung durch wenige Teilnehmende	Kompromisse finden und Lernen, Interessen auszuhandeln	geringes Kosten-Nutzenverhältnis
Verantwortung übertragen	Übertragen von Verantwortung kann misslingen		
Möglichst ausgiebig Unterstützung erhalten	Die, die sich beteiligen, sind nicht immer diejenigen, deren Meinung überwiegt		

Tabelle 4: Chancen und Risiken von Kinder- und Jugendbeteiligung

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Bergmann 2001: S. 13; participation institute o. J.; Keutz et al. 2001: S. 61 f.; Knauer 2002: S. 160; Stange 2012a: S. 58; Bruner 2001: S. 124 f.; Krappmann 2001: S. 68 f.; BertelsmannStiftung 2010: S. 9

4.4.1 CHANCEN NUTZEN

Kinder- und Jugendliche können effektiv an der Gestaltung ihrer Umgebung mitwirken, sofern sie die Chance dazu erhalten. Zwar schätzen sie komplexe technische, ökonomische oder rechtliche Zusammenhänge oft unkorrekt ein. Anstelle dessen bringen sie Fähigkeiten mit, die Erwachsene teilweise nicht (mehr) besitzen: Phantasie, Kreativität, Spontaneität und Begeisterungsfähigkeit, was nützliche Eigenschaften für Planungsprozesse sind. Jugendliche interessieren sich zunehmend für das Weltgeschehen und an ihrem unmittelbaren Lebens- und Sozialraum (vgl. participation institute o. J.). Sie gelten als unvoreingenommen und authentisch (vgl. Anton; Obertreis 2019).

Kinder und Jugendliche sind Experten für realitätsnahes Lebenswelt-Wissen ihrer Altersklassen. Vor allem wenn der demografische Wandel, die politische Zukunft, der Nachwuchs für bürgerchaftliche Organisationen, Nutzer von Infrastrukturen und zukünftige Arbeitskräfte bedacht werden, verdeutlicht sich ihre Rolle (vgl. Stange 2012a: S. 51 ff.). In einer alternden Gesellschaft gelten junge Menschen als Garanten für Innovationsfähigkeit. Mit ihrer Beteiligung werden neue, ungewohnte Prozesse und Problemzugänge, innovative Ideen, Kompetenzen und Ressourcen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik wirksam (vgl. Olk; Roth 2007: S. 51). Für Achatz et al. (2000) gilt Jugend für eine Gesellschaft als Zukunftsgarantie, Hoffnungsträger oder Motor von Wandel und Innovation. Sie an Meinungsbildungs- und Einflussprozessen teilhaben zu lassen, stabilisiert eine Demokratie und entwickelt sie weiter (vgl. Achatz et al. 2000: S. 12).

Bezüglich Kinder- und Jugendbeteiligung fand seitens junger Menschen ein Umdenken statt. Die Aktivisten der Klimastreik-Bewegung von *Fridays for Future* sind eine erste Bewegung, die an die Verantwortung älterer Generationen appelliert. Die jungen Aktivisten sind der Ansicht, dass es älteren Generationen Schwierigkeiten bereitet, Missstände zu ändern oder dass sie Probleme verkennen, was vorwiegend dann gilt, sofern sie bestimmte wirtschaftliche Interessen verfolgen. Jugendliche sehen sich in einer Verantwortung gegenüber Erwachsenen, die ihnen nicht zuge-
traut wird (vgl. Beck 2019). Kinder- und Jugendbeteiligung fördert zudem Kooperationen innerhalb des Verwaltungsapparates, wenn starre Verwaltungsstrukturen aufbrechen und verschiedene Abteilungen, Institutionen und Ämter zusammenarbeiten. Verantwortliche Erwachsene sind in unterschiedlichen Systemen oder Ebenen eingebunden: Sachbearbeiter, Erzieher, Jugendpfleger, Lehrerkollegien, Stadträte, Verbands- und andere Strukturen (vgl. Bruner 2001: S. 124 f.). Bislang thematisierten Stadtentwicklungsstrategien vorzugsweise eine senioren- und kindergerechte Stadtgestaltung, weniger gestalterische Gesichtspunkte für Jugendliche.

Für die Öffentlichkeit und für die Stadt- und Regionalplanung sind Kinder- und Jugendbeteiligung unter dem Blickwinkel der Generationengerechtigkeit, des demografischen Wandels, als Standortfaktor für Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit einer Kommune sowie im Zuge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Innovationsfähigkeit, essenziell. Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft hängt unter anderem von dem gebildeten Humankapital und sozialem Kapital ab. Diese werden in Organisationen, die Jugendlichen die Möglichkeit zum Mitwirken und Mitbestimmen geben, bereits im Kleinen gebildet (vgl. Nieto-Tröger et al. 2008: S. 26 ff.). Die Förderung von

Demografischer Wandel heißt für viele Kommunen Bevölkerungsalterung und -rückgang sowie (temporäre) An-/Abwesenheit von Teilen der Bevölkerung. Diese Entwicklung ist für die kommunale Daseinsvorsorge, technische beziehungsweise soziale Infrastruktur eine Herausforderung. In sämtlichen Daseinsvorsorgebereichen sind Veränderungen der Nachfrage oder der inhaltlichen Leistungsausgestaltung sichtbar (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik o. J.) Jugendliche sind vor allem entscheidend für die Zukunft ländlicher Räume, da sie diejenigen sind, die (künftig) die Infrastruktur aufrechterhalten (vgl. BMVBS 2009: S. 7). Die Arbeit der Feuerwehr und des Rettungswesens ist beispielsweise ohne Nachwuchs aussichtslos. Die Jugend birgt das Potenzial, aus dem spätere Einsatzkräfte entstammen. Sowohl in Berufsfeuerwehren als auch in jeglichen Ehrenamtsbereichen herrschen personelle Defizite (vgl. Steinführer et al. 2012: S. 116).

Familien mit Kindern setzt wirtschaftliche Kräfte frei, denn funktionsfähige Familien sind eine Entlastung für öffentliche Kassen. Eine intensive Einbeziehung von Jugendlichen in die Umfeldgestaltung ist nötig, um Familien attraktive Angebote in der Gemeinde zu unterbreiten (vgl. Hauray 2012). Standortentscheidungen von Unternehmen orientieren sich zunehmend an weichen Standortfaktoren wie sozialen, kulturellen und ökologischen Gegebenheiten (vgl. Keutz et al. 2001: S. 61 f.). Beteiligung gilt als weicher Standortfaktor im Wettbewerb von Kommunen und

Regionen. Stehen die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt, heißt das ebenso, in die Lebensqualität gegenwärtiger und künftiger Generationen zu investieren (vgl. Baden-Württembergstiftung 2015: S. 11).

Mit Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie der Entwicklung einer Kinder-/Jugend- und familienfreundlichen Infrastruktur soll durch die Identifikation mit dem Wohnort eine Halte- und Bindekraft zum Verbleib in der Region erfolgen (vgl. Olk; Roth 2007: S. 50). Werden Jugendliche aktiv an der Mitgestaltung ihres Umfelds beteiligt, erhöht sich ihr Interesse für ihren Wohnort und ihre Identifikation mit diesem (vgl. Baden-Württembergstiftung 2015: S. 11). Beteiligung kann daher als Instrument dienen, Abwanderung aus ländlichen Räumen entgegenzuwirken (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2018: S. 13). Für die von dem demografischen Wandel (stark) betroffenen Gemeinden ist es notwendig, Abwanderungen der künftigen Generationen, die die Daseinsvorsorge aufrechterhalten, zu reduzieren beziehungsweise Abgewanderte zurückzugewinnen. Dies ist nachdrücklich bei Jugendlichen relevant, die beispielsweise bei ihrer Ausbildungs-/Studienwahl über einen Wegzug nachdenken. Sammeln sie positive Erfahrungen in ihrem Lebensraum, bestehen gute Chancen, dass sie dorthin zurückkehren (vgl. Wenzl 2015). Freizeiteinrichtungen und -gestaltung sind ein wesentlicher Part, der positive Assoziationen bewirken kann. Zudem haben weiche Standortfaktoren wie kulturelle Einrichtungen, Kitas, Schulen, Jugendräume etc., zunehmend Einfluss auf einen Zuzug junger Familien in eine Gemeinde. Das Ziel vieler kommunaler und regionaler Verwaltungen ist der Aufbau einer Ortsbindung, um die dort wohnenden Jugendlichen am Abwandern in urbane Räume im frühen Erwachsenenalter zu hindern, beziehungsweise sie später zum Rückkehren zu bewegen und junge Familien anzuziehen (vgl. Vogelgesang 2013: S. 54). Eine konsequente, zielgerichtete und durchdachte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hilft „Kommunen dabei, kind- und jugendgerecht zu bleiben oder zu werden und wirkt so als identitätsstiftender `Heimat- und Haltefaktor´“ (AGJ 2015: S. 2). Konstruktive, öffentliche Dialoge und Prozesse signalisieren jungen Menschen, dass ihr Engagement, ihre Ideen und Sichtweisen relevant für ihre Gemeinde sind (vgl. Kropp 2013: S. 10).

Das Internet erleichtert eine Kontaktaufnahme und Kommunikation mit jungen Zielgruppen. Dadurch ist es einfacher, ihre individuellen Haltungen mit derer anderer zu vergleichen und ihre Argumente zu verstehen (vgl. Kutscher et al. 2015: S. 163). Jugendliche sind untereinander gut

vernetzt, was das Nutzen eines Dominoeffekts⁷⁴ ermöglicht. Die *Arbeitsgemeinschaft Partizipation Österreich (ARGE Partizipation)* erforschte Auswirkungen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen grundsätzlich bewirken und bewies, dass durch ihre Teilhabe das Engagement junger Menschen gefördert und die Identifikation mit der Schule und dem Wohnort gestärkt wird. Desgleichen profitiert die Stadt- und Regionalplanung durch Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, denn sie lernt Ideen, Visionen und Bedürfnisse junger Menschen kennen. Auf diese Weise lässt sich spezifischer planen und Finanzmittel lassen sich gezielter einsetzen, wovon schließlich die gesamte Gemeinde profitiert. Letzten Endes wird die generationsübergreifende Kommunikation verstärkt, was die Lebensqualität aller Beteiligten steigern kann (vgl. Lutz et al. 2012: S. 143). Frühe Beteiligungserfahrungen fördern nachweislich die Demokratiekompetenz und Bereitschaft zu späterem bürgerschaftlichen Engagement, was in der heutigen, alternden Gesellschaft⁷⁵ zunehmend an Relevanz gewinnt (vgl. Stange 2012a: S. 52). Um die Bedeutung der Beteiligung von Bürgern und Jugendlichen zu verstehen, muss ein Bezug zur Demokratie bestehen, denn „Demokratie lebt von Beteiligung“ (Klages 2007: S. 7).

Ansprüche, Bedürfnisse und Kontexte im Hinblick auf Interessen von Kindern und Jugendlichen sind heutzutage nicht grundsätzlich mit denen vergangener Generationen zu vergleichen. Hinsichtlich veränderter Rahmenbedingungen, persönlicher Einstellungen und gesellschaftlicher Entwicklungen sind Planende nicht in der Lage, die Bedürfnisse der heutigen Jugend durch Zurückerrinnern an ihre eigene Jugend zu erfassen. Dieses *time-lag*⁷⁶ führt zu einer unzureichend kindergerechten Planung (vgl. Meyer 1999: S. 63 ff.). Erwachsene empfinden vielfach eine große Unsicherheit und partiell sogar Angst⁷⁷ vor Jugendlichen, weil sie sich nicht in den Entwicklungsstand von Jugendlichen hineinversetzen können. Kinder- und Jugendbeteiligung leistet daher einen grundlegenden Beitrag zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und adressatengerechten Planung.

⁷⁴ Der Dominoeffekt beschreibt eine durchweg im gesellschaftlichen Bereich auftretende Kettenreaktion, wobei hier gemeint ist, dass ein Jugendlicher einem anderen eine Information mitteilt und dieser jene an den nächsten weitergibt.

⁷⁵ Alterung der Bevölkerung bezeichnet eine Erhöhung des Alters der Individuen einer Bevölkerung. Im internationalen Vergleich gehört die deutsche Gesellschaft zu den älteren (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2013).

⁷⁶ Time-lag = Verzögerungseffekt; gibt die zeitliche Verzögerung an, die zwischen zwei Ereignissen zu beobachten ist.

⁷⁷ Angst ist ein mit Beklemmung, Bedrückung, Erregung einhergehender Gefühlszustand angesichts einer Gefahr sowie ein undeutliches Gefühl des Bedrohtseins (vgl. Duden 1 o. J.).

Kommunale Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen führen zu einer Zunahme sowie Verbesserung sozialräumlicher Ressourcen. Dies gelingt zunächst hinsichtlich der Produkte, die bei Projekten geplant und umgesetzt werden. Beteiligung kann dazu als Prävention von Gewalt und Vandalismus dienen, denn kaum jemand zerstört, was er selbst mitgeplant und aufgebaut hat. Ein Spielplatz, der mit Kindern geplant wurde, ist für sie oft attraktiver und wird mehr genutzt als ausschließlich von Erwachsenen geplante Spielplätze (vgl. Knauer 2002: S. 160; Stange 2012a: S. 58). Durch Beteiligung in Schulen ist bekannt, dass Schulklassen mit hoher Schülerbeteiligung ein positiveres Lernverhalten im Sinne einer besseren Lernhaltung und -motivation entwickeln. Zudem erlangten sie ein gesteigertes Arbeitsverhalten und leistungsbezogenes Selbstvertrauen (vgl. Stange 2012a: S. 60).

Beteiligung ist immer mit Kompromiss und Abwägung verbunden. Ergebnisse müssen seitens umsetzender Akteure abgewogen werden und häufig gibt es kein einstimmiges Resultat, sondern einen Kompromiss. Bei Demonstrationen wie der *Fridays for Future*-Bewegung gilt es Prioritäten abzuwägen: Schulpflicht oder Versammlungsfreiheit der Schüler. Die Demonstrationen sind eine demokratiebildende Tätigkeit, die die teilnehmenden Schüler zu Mündigkeit und Wertschätzung gegenüber der Gesellschaft, Demokratie und Umwelt befähigt. Beteiligungen während der Unterrichtszeiten dürfen jedoch nicht dazu verleiten, den Unterricht zu *schwänzen*. Zwar rechtfertigen Befürworter und Anhänger der Bewegung die Schulstreiks damit, dass für die Teilnehmenden uneingeschränkt das Greifen von drastischen Maßnahmen erfolversprechend ist. Doch es geht dauerhaft zu Lasten der streikenden Schüler, da sich um Bildung und Zukunft gesorgt wird (vgl. Steafel et al. 2019). Wird aufgrund der Teilnahme an einer *Klimastreik-Aktion* eine Prüfung versäumt, kann ein Schüler in Deutschland und der Schweiz theoretisch mit der schlechtesten Note bestraft werden. Umgesetzt hat diese Maßnahme allerdings bislang nur die Schweiz (vgl. Mkm 2019). In Bundesländern vergleichbar Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Bayern bestehen Politiker und Behördenvertreter auf die Schulpflichteinhaltung und Schüler müssten demnach mit Sanktionen rechnen (vgl. BR24 2019). Daher ist ein ideales Maß von Beteiligung verbunden mit Unterrichtsausfall zu finden und die Chance besteht darin, Beteiligung in den Unterricht einzubinden. Schulen könnten im Kontext von Projekten die Themen *Klimawandel* und *Klimaschutz* behandeln, Schüler können in der Schule Erfahrungen sammeln, wie Selbst- und Mitbestimmung funktionieren, wo Probleme auftauchen, wie sie solidarisch bearbeitet und wie die Erfolge auf andere Bereiche und Systeme übertragen werden können (vgl. Sander 2013: o. A.; Dpa 2019). Die Unterrichtsfächer Geschichte, Sozial- oder Politikwissenschaften, können ideal Beteiligung vertreten. Ein weiterer Vorteil entsteht in einer gewissen Verbindlichkeit zur Beteiligung durch die Kooperation mit einer Schule, wenn das Projekt in

den Unterricht integriert wird und gleichzeitig Lehrplaninhalte abdeckt. Integration in den Unterricht bedeutet eine intensive Auseinandersetzung mit einem oder mehreren Themen über eine längere Zeit hinweg (vgl. Bastian 2009).

4.4.2 GRENZEN DER BETEILIGUNG

In Kapitel 4.2.2 wird die Rechtslage beschrieben, die verdeutlicht, dass es seither nicht gelang, Kinder- und Jugendbeteiligung strukturell in Städten und Gemeinden auf Verwaltungs- und politischer Ebene nachhaltig und flächendeckend zu institutionalisieren. Das vollzieht sich durch Beschlüsse, Satzungen, Richtlinien etc. (vgl. Stange 2012a: S. 25). Der Beteiligungsprozess verlangt von Beteiligten Einfühlungsvermögen und Akzeptanz, öffentliche Problemlösungen zuzulassen, obgleich sie manchmal nicht regelkonform sind. Sie müssen ihre Macht teilen, um sich ernsthaft mit den Problemen, Ansichten und Wünschen von Kindern auseinanderzusetzen (vgl. Brückner 2001: S. 150 ff.). Beteiligter benötigen die Bereitschaft zu akzeptieren, dass Kinder und Jugendliche Ideen und Lösungsvorschläge entwickeln, die sie selbst so nicht gehabt hätten (vgl. Bruner 2001: S. 123).

Bei Beteiligungen entsteht der Eindruck, dass sie Instrumente der direkten Demokratie sind und sie suggerieren, dass eine eindeutige Mehrheit dahintersteht, was allerdings meist ausgeschlossen ist. Beteiligung ist Entscheidungsvorbereitung und wenn nicht der Mehrheit entsprechend Entscheidungen getroffen werden, müssen alle mit dem Resultat leben, weil ggfs. Menschen mit anderen Interessen sich einbringen (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Ein weiteres Argument gegen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen unterstellt eine Überforderung jener (vgl. BertelsmannStiftung 2010: S. 9). Freie Zeit wird vielfach mit Vereinstätigkeiten, Spielen mit Freunden, anderen Aktivitäten oder Nichtstun gefüllt. Damit diese knappe Zeit effizient nutzbar ist, sollte sie nicht zusätzlich durch politische Prozesse und langwierige Beteiligungsformate gekürzt werden, vorwiegend dann nicht, wenn Jugendliche unfreiwillig beispielsweise auf Wunsch ihrer Eltern partizipieren. Schule, Freunde, Hobbies, Hausaufgaben, Nachhilfe etc. können Jugendliche überfordern, ergänzt sich zudem ein umfassendes Beteiligungsverfahren, sind schnell zeitliche und psychische Grenzen erreicht. Zudem ist fraglich, inwieweit Kinder und Jugendliche sie selbst bleiben und sich aus den Aufgaben der planenden Verwaltung raushalten sollten, um ihnen ein kindgerechtes Leben zu ermöglichen. Laut BertelsmannStiftung (2010) sollten sie sich keine Gedanken über Prozesse machen, die sie erst in geraumer Zukunft betreffen oder Lösungsansätze zu kaum greifbaren Problemen entwickeln. Kinder und Jugendliche sind sprunghaft, haben teilweise utopische Phantasien und kurzzeitige Denkweisen. Letztlich kann es passie-

ren, dass sie Entscheidungen treffen und Ideen entwickeln, die sie selbst in kürzerer Zeit nicht mehr tragen (vgl. ebd.: S. 9 ff.). Erwachsene streben meist Entscheidungen an, die langfristig Bestand haben. Übertragen auf Beteiligungsvorgänge und Planungen mit Kindern und Jugendlichen bedeutet dies, dass es passieren kann, dass eine Planung bereits wenige Jahre nach der Umsetzung nicht mehr angenommen wird (vgl. Knauer 2004: S. 141). Die Nachhaltigkeit von Beteiligungsprozessen ist zeitweilig aus solchen Gründen zu hinterfragen.

Beteiligungsverfahren unterliegen ebenfalls zeitlichen Begrenzungen und sind befristet; Arbeiten an und Wirkungen von Beteiligungsprojekten sind personalgebunden und sobald Akteure sich zurückziehen, verschwinden ihre Wirkungen. Bei der Kinder- und Jugendbeteiligung verändert sich die Zielgruppe schnell. Wenn einst an der Planung beteiligte Kinder und Jugendliche angesichts langer Umsetzungszeiten nicht mehr von realisierten Ergebnissen profitieren können, weil sie älter geworden sind, andere Interessen haben oder ihre Lebensphase zu einem Wegzug führte, ist das bedauerlich und für viele enttäuschend. Sie wirkten als Experten, Planende und Entscheider, haben allerdings keinen persönlichen Mehrwert von der Umsetzung (höchstens vom Prozess), sondern agieren für jüngere Generationen, die eventuell andere Interessen haben (vgl. Bukow 2001: S. 35).

Hinzukommt, dass die heutigen Kinder und Jugendlichen in einer Zeit aufwachsen, die durch rasante Veränderungen in allen Lebensbereichen gekennzeichnet ist. Globalisierung und Technisierung, das Ausbreiten der Informations- und Kommunikationsbranche führen zu großen Anforderungen und (beruflichen) Qualifizierungen. Teilweise führt das zu Überforderungen sowohl für Beteiligte als auch für Beteiligter, sodass der Druck für Jugendliche in der Schule und im Alltag wächst. Die Bedingungen unter denen Jugendliche heute aufwachsen sind mit den Bedingungen, die viele Beteiligter hatten, als sie im jugendlichen Alter waren, kaum zu vergleichen (vgl. Meinhold-Henschel 2007: S. 9 f.).

Sättigungen der Beteiligten sind wiederkehrend sichtbar. Zum Beispiel zeigte sich bei Haupt- und Nachuntersuchungen des Forschungsprojektes *Wissenschaft debattieren* im Jahre 2011, dass bei Schülerforen und -parlamenten Sättigungseffekte in Bezug auf das Interesse an wissenschaftlichen Fragestellungen eintraten. Das hat unter anderem mit verschiedenen Schulformen und Bildungshintergründen zu tun. Dies betrifft im Fall von *Wissenschaft debattieren* überwiegend Hauptschüler, die schneller als Gymnasiasten das Interesse an Themen verloren. Ein möglicher Grund könnte eine Überforderung sein, obwohl ebenso bei Gymnasiasten mit der Zeit Sättigungserscheinungen und Überforderungen auftraten (vgl. *Wissenschaft im Dialog* 2011: S. 21).

Sozial benachteiligte Jugendliche⁷⁸ sind besonders aufwendig für Beteiligungsprozesse zu erreichen. Die Größe dieser Gruppe ist in Deutschland kaum abschätzbar (vgl. Pott; Lehmann 2002: S. 976 ff.). Jene Gruppe zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass ggf. örtliche Erreichbarkeiten nicht vorhanden sind, niedrigere Bildungsstände und begrenzte finanzielle Ressourcen erschweren gleichermaßen das Herantreten an diese Jugendlichen (vgl. Stange 2012b).

Wie erwähnt, hat die Beteiligung von Jugendlichen für Verwaltung und Planende Vorteile. Allerdings sind Beteiligungsformate nicht als Mittel zum Zweck einzusetzen, was in der Praxis jedoch wiederkehrend geschieht. Gemeint ist, dass die ursprüngliche Absicht intransparent ist und Beteiligung zur eigenen Imagepflege, zur Bekämpfung von Vandalismus, zur Gewinnung von Wählerstimmen etc. missbraucht wird. Jugendliche werden vielfach zur Dekoration von Ergebnissen, die sie selbst nicht entwickelten (vgl. Ertelt 2012: S. 86). Selle (2006) bezeichnet die Alibi-Beteiligung (siehe Kapitel 3.3.2) bei Kindern und Jugendlichen als *Sandkastenbeteiligung*. Er unterstreicht die Folgenlosigkeit vielzähliger Projekte, die die örtliche Presse vorwiegend publikumswirksam inszeniert, obwohl entsprechende Beschlüsse der Verwaltung und Politik bereits im Vorfeld fielen (vgl. Selle 2006: S. 502). Bartscher schlussfolgert, dass Kinder und Jugendliche eine positive Außenwirkung auslösen, da sie Sympathien erzeugen und das Image der Beteiligter aufwerten. Sie sind daher ideal für Inszenierungen, bei denen Akteure sich durch ein gemeinsames Auftreten profilieren und sich als kinder- und jugendfreundlich darstellen möchten (vgl. Bartscher 1998: S. 35).

Beteiligung kann Akzeptanz fördern, ist allerdings keine Voraussetzung für Akzeptanz (vgl. Busse 2019); mehr Beteiligung bedeutet nicht gleichzeitig eine höhere Akzeptanz (vgl. von Streit; Musch 2019). Die Einbindung von Bürgerbelangen und die von Kindern und Jugendlichen erfordert einen hohen Zeit-, Personal- und Finanzaufwand und die Resultate eines Beteiligungsverlaufs können gerade bei Kindern, aber auch bei Jugendlichen kaum abgeschätzt oder kontrolliert werden. In der Kosten-Nutzen-Analyse kann das oft negativ aussehen, daher besteht die Hoffnung, dass das Internet Beteiligungsprozesse kostengünstiger macht. Internetprozesse können Beteiligungsverfahren zwar verbessern, nichtsdestoweniger verteuern sie sie gleichzeitig, da eine

⁷⁸ *Soziale Benachteiligung* beschreibt die Tatsache, dass Personen oder einzelne Gruppen auf Grund niedriger gesellschaftlicher Statuspositionen, einen verringerten bis sehr geringfügigen Zugang zu positiv definierten Gütern haben (vgl. Stimmer 2000: o. A.). Ihre Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und das Erreichen bestimmter Ziele sind beschränkt und sie haben einen erhöhten Bedarf an Unterstützungsleistungen (vgl. Lehmann 2003: S. 238 ff.).

Online-Plattformerstellung, deren Betreuung und Kontrolle Geld kosten. Online-Beteiligungen sollen ein Zusatz zu einer Offline-Offerte sein und kein Ersatz (vgl. Interview Flüge 06.09.2018).

Dazukommt, dass Verstetigung ein grundlegendes Prinzip der Demokratie ist, denn Beteiligung ist keine spontane, einmalige Intervention zur Erreichung eines Ziels. Sie braucht einen rechtlichen Rahmen und verlangt nach Verbindlichkeit auf eine längere Dauer, was eine zeitnahe Befriedigung von Wünschen meist unwahrscheinlich macht (vgl. Bruner 2001: S. 123). Neben der zeitlichen ist eine fachliche Überforderung ein Problem. Stimmen, die gegen eine Beteiligung der jungen Generation sprechen, sind der Ansicht, dass Kinder und Jugendliche noch nicht die nötige Kompetenz, Erfahrung und Reife aufweisen, um an einer Beteiligung mitzuwirken. Laut Brunner (2001) seien Kinder noch zu jung und es fehle ihnen an Urteilsfähigkeit, um über wesentliche Angelegenheiten mitzuentcheiden. Sie könnten überfordert sein und sollten zunächst entscheidende Kompetenzen erwerben, bevor sie mitwirken und mitgestalten (vgl. Bruner 2001: S. 123 ff.). Gegen diese Haltung spricht, dass Kompetenzen und Erfahrungen normalerweise erst im Vollzug bestimmter Handlungen entstehen. Die Zuerkennung von Beteiligungsrechten versetzt Kinder und Jugendliche erst in die Lage, entsprechende Kompetenzen zu entwickeln. Auch jüngere Kinder können in den sie betreffenden Begebenheiten, kompetent mitbestimmen, „ohne gleichzeitig allgemeine Fragen politischer (Selbst-)Regierung beurteilen können zu müssen“ (BertelsmannStiftung 2010: S. 8). Handelt es sich um Angelegenheiten rund um ihr alltägliches Leben, wie bei Kindertageseinrichtungen, im Wohnumfeld, bei Verkehrsplanung, Freizeit- und Spielplatzgestaltung etc., sind Kinder wertvolle Ansprechpartner (vgl. ebd.).

Beteiligte benötigen eine Motivation, die dem Aufwand der Beteiligung gerecht wird und sie zur Aktivität bewegt. Es gibt verschiedene Motive, sich zu beteiligen wie intrinsische Tätigkeitsanreize, gleichsam intrinsische Motivation genannt. Beteiligte machen beispielsweise mit, weil es ihnen Spaß macht. Motivierend wirkt zudem für Beteiligte der eigene Profit, in Form von persönlicher Lernerfahrung, die durch das Vernetzen mit anderen Menschen entsteht, die ähnliche Interessen teilen. Außerordentlich motivierend ist die Option Preise zu gewinnen, weswegen Beteiligter über den Einsatz von Incentives nachdenken sollten (vgl. Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft 2014: S. 35). Letztendlich gibt es keine Faktoren, die grundlegend eine Beteiligung unmöglich machen. Sie muss auf die Sachfrage und andere Prozessvariablen hin gestaltet sein und fortwährend anders aussehen. Es gibt nicht das Beteiligungsschema, was beständig anwendbar ist (vgl. Interview Midasch 13.06.2018).

4.5 ZWISCHENFAZIT

Für Kommunen ist es vorteilhaft, Jugendliche aufgrund von Trends und Herausforderungen der Gesellschaft bei vielen Themen in Beteiligungsprozessen, die bereits jetzt oder später für sie relevant sind, wie bei der Planung von (Schul-)Buszeiten und ÖPNV-Verbindungen, Klimaschutz und Ausbildung respektive Studium, einzubeziehen. Das erfordert die Kooperation unterschiedlicher öffentlicher Fachbereiche und Institutionen. Da es nicht *die Jugendlichen* gibt, müssen Teilnehmer individuell bedenken, welche Altersgruppen und welche sozialen Milieus sich mit welchen Themen befassen. Dessen ungeachtet beteiligen Gemeinden aktuell Kinder und Jugendliche weniger bei öffentlichen Planungs- und Entscheidungsprozessen, als nötig und möglich wäre.

Wenngleich Erwachsene nie mit Jugendlichen zu vergleichen waren, ist es unentbehrlich zu betonen, dass heutige Jugendliche unter anderen Gegebenheiten als frühere Generationen aufwachsen. Geänderte Lebensbedingungen sind neben technischen Entwicklungen, die auffallenden Einfluss auf den Alltag ausüben, steigende Umweltbelastungen, Leben mit den Folgen der Globalisierung und ein zunehmender gesellschaftlicher Druck. Gleichwohl möchten Kinder und Jugendliche an öffentlichen Beteiligungen teilnehmen, um die Welt, in der sie leben, aktiv mitzugestalten. Was sie daran hindert sind in erster Linie beteiligende Akteure. Erwachsene schätzen sie vielfach unzutreffend ein und vergeben ihnen ein zwiespältiges Image. Kinder und Jugendliche bringen Eigenschaften mit, die Erwachsene partiell als negativ bezeichnen, obwohl sie für Beteiligungsvorgänge nützlich sein können: Spontanität, Trend- und Technikaffinität, Kreativität, utopische Vorstellungskraft und Offenheit in Diskussionen. Zwar sind sie selten in der Lage komplexe technische, ökonomische oder rechtliche Zusammenhänge korrekt einzuschätzen, nichtsdestoweniger bringen sie Fähigkeiten mit, die Erwachsene teilweise nicht (mehr) besitzen. Die Sichtweisen Jugendlicher ergänzend in Planungsprozesse einzubeziehen, ist von Vorteil und Menschen aller Altersgruppen können auf diese Weise gegenseitig voneinander lernen und zusammen agieren.

Es gibt Jugendliche, die sich beteiligen möchten und es tun, daneben gibt es welche, die wollen sich nicht beteiligen und andere wiederum möchten, können aber nicht. Gründe sind ein fehlender Zugang zu Beteiligungsprozessen, Erreichbarkeitsdefizite von Beteiligungsveranstaltungen oder mangelnde zeitliche Ressourcen. Dadurch, dass Jugendliche eine heterogene und teils für Erwachsene unbekannt Zielgruppe bilden, fürchten sich manche Akteure vor ihnen, ihren Ideen und Forderungen. Aus dem Anlass nehmen sie von einer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorzugsweise Abstand. Für verantwortliche Akteure bedeutet die Einbeziehung der Öffent-

lichkeit vielfach, dass sie Macht an eine unbekannte, für sie handlungsunfähige Gruppe abgeben müssen, wobei sie teilweise eine Mitschuld an der Handlungsunfähigkeit tragen.

Eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verläuft unter eigenen Regeln und Bedingungen und ist an die Zielgruppe angepasst, denn abhängig vom Alter und Entwicklungsstand benötigen Jugendliche Unterstützung von Erwachsenen, die sie während des ganzen Beteiligungsverfahrens ernst nehmen. Zentrale Akteure sind vornehmlich Lehrer und Erzieher in Schulen und Kitas, Eltern sowie Erwachsene in Entscheidungspositionen. Ohne jene Akteure einzubeziehen ist es schwierig, mit Jugendlichen in Kontakt zu treten und sie für eine Beteiligung zu motivieren. Das gilt insbesondere für Themen, die für sie in Zukunft von Relevanz sein werden, die sie aktuell jedoch noch nicht erkennen. Auch Kinder und Jugendliche sind wesentliche Akteure, denn sie erreichen weitere potenzielle Beteiligte. Trotz aller positiven Effekte, die einer Kinder- und Jugendbeteiligung zukommen können, muss die Freiwilligkeit und der Status *Kind* im Fokus stehen. Durch Beteiligungsprozesse sollen keine Probleme gelöst werden, die Erwachsene zu lösen nicht in der Lage wären. Zudem sollten Kinder und Jugendliche nicht durch Beteiligung überfordert und ihrer Freizeit beraubt werden.

Weltweit gibt es bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Industrienationen und Entwicklungsländern ähnliche Themen, Bedürfnisse und Wünsche. Lebensumstände, die vorwiegend in Entwicklungsländern präsent sind, wie Armut, unzureichende Bildung, schwerwiegende Probleme beispielsweise angesichts von Krieg und Kriminalität, benötigen andere Zugänge zu Jugendlichen und entsprechende Beteiligungsformate. Es gibt aktuell zahlreiche gesetzliche Regelungen auf internationaler Ebene, trotzdem fehlt vielen Ländern die Durchsetzungsfähigkeit ins nationale Recht. Diese hängt überwiegend vom Stellenwert der Kinder- und Jugendbeteiligung ab und von der Bereitschaft der Regierungen, beispielsweise die UN-Kinderrechte oder die Agenda 21 in ihrem Land umzusetzen. Innerhalb Deutschlands gibt es Bundesländer, in denen Beteiligung auf Gemeindeebene verankert ist und streng umgesetzt wird. Andere Bundesländer formulieren sie zwar in kommunalen Satzungen, aber mehr als Empfehlung, denn als Pflicht, wodurch eine Umsetzung selten besteht. Für fast alle Akteure sind die Motivation von Jugendlichen und das Finden eines zielgruppengerichteten Formats, eine Schwierigkeit. Das sind Komplikationen, die viele Länder betreffen, wobei die Länder voneinander lernen könnten, doch es gibt diesbezüglich bislang so gut wie keine Kooperationen. Für gewöhnlich werden, wenn überhaupt, nur gelungene Beteiligungsprozesse publiziert. Erfolgreiche Verläufe werden weit weniger evaluiert und noch seltener veröffentlicht, wodurch keine Lerneffekte bezogen auf andere Beteiligungsprozesse entstehen.

5. E-PARTIZIPATION

Beteiligungsangebote in Form von Online-Plattformen sind keine Erfolgsgarantie, um Verdruss, Unkenntnis von oder Desinteresse an Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen zu beheben. Dessen ungeachtet belegen vorangegangene Studien, dass Online-Beteiligungsangebote geeignet sind, um Offline-Angebote zu ergänzen und eine höhere Anzahl an Jugendlichen, primär in ländlichen Räumen, zu erreichen und zu einer Beteiligung zu motivieren (vgl. MFFJIV 2015: S. 24).

Dieses Kapitel steht im Zeichen der E-Partizipation, womit gemeint ist, dass Beteiligung unter dem Aspekt der elektronischen beziehungsweise digitalen Komponente erforscht wird. Dazu gehört in Kapitel 5.1 eine Auseinandersetzung mit der E-Democracy, mit digitalen Medien und der elektronischen Grundlage, ehe konkret die Verbindung zu Kindern/ Jugendlichen und digitalen Medien hergestellt wird. Kapitel 5.2 beinhaltet Voraussetzungen für E-Partizipation, die rechtliche Komponente der E-Partizipation und nimmt Bezug auf technische Voraussetzungen. E-Partizipation hat sowohl Vor- als auch Nachteile, weshalb Kapitel 5.3 Chancen und Grenzen der elektronischen Beteiligung aufzeigt.

5.1 EIN INDIREKT DEMOKRATISCHES ELEMENT DER E-DEMOCRACY

E-Democracy (= Electronic Democracy) wird als eine Ergänzung zur repräsentativen Demokratie (in der analogen Welt) behandelt. Darunter wird die „Umsetzung beziehungsweise Unterstützung demokratischer Prozesse mittels digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien“ (Maier-Rabler et al. 2012: S. 20) verstanden. E-Democracy bietet eine Vereinfachung und Durchführung von Prozessen zur Information, Kommunikation und Transaktion innerhalb und zwischen öffentlichen und privaten/unternehmerischen Institutionen durch den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien. Hinsichtlich der Entwicklung des Internets bieten sich zunehmend Optionen, sich auszudrücken und zu beteiligen, ohne dass eine Partei, ein Verein oder ein Verband dahinterstehen muss (vgl. Nagel 2012: S. 153). Der Begriff *E-Partizipation* wurde eingeführt, um eine Abgrenzung zum E-Government⁷⁹ zu treffen (vgl. Kaiser 2001: S. 57

⁷⁹ E-Government (= Electronic Government) umfasst die Optimierung und Modernisierung von Verwaltungsprozessen mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien. Öffentliche Verwaltungsdienstleistungsangebote sind online zugänglich: Hierbei werden Einwohner als Kunde von Regierungs-

ff.). *E-Partizipation*, *ePartizipation* oder *Online-Partizipation* ist die Nutzung des Internets zu Beteiligungszwecken, wobei E-Partizipation weit vorne in der Debatte um eine Lösung für offensichtliche Kommunikations- und Vertrauensprobleme zwischen Volk, Volksvertretung und Regierung ist (vgl. Scholl 2011: S. 34). „Erst wenn die wesentlichen kommunikativen und interaktiven Bestandteile des Beteiligungsverfahrens mit Hilfe von webbasierter Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) realisiert werden, verdient das Verfahren die Bezeichnung »Online-Bürgerbeteiligung« (beziehungsweise E-Partizipation)“ (Martini; Fritzsche 2015: S. 17). Im Prinzip sind allerhand Mitwirkungsformate nicht unweigerlich auf eine Online- oder Offline-Realisierung festgelegt, sondern es gibt zahlreiche Mischformen (vgl. ebd.). Bevor Vor- und Nachteile dieses Formates der Beteiligung aufgegriffen werden, wird sich zunächst mit digitalen Medien auseinandergesetzt, die Grundlage jeder E-Partizipation bilden.

5.1.1 DIGITALE MEDIEN

Medien haben fortwährend einen bedeutsamen Platz im Alltag eingenommen, seien es Printmedien, Radio oder Fernsehen. Durch technische Fortschritte kamen Neuerungen beispielsweise bei Formaten, im Design oder bei Verbreitungen auf und die verschiedenen Typen von Medien gehören mittlerweile zum Alltag aller Menschen, im Besonderen von Kindern und Jugendlichen (vgl. BMFSFJ 2013: S. 8). Für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen haben sich bedeutende Aktivitäten ihrerseits zu großen Teilen in digital erzeugte Räume verschoben. Das Internet ist als Medium der Information, Kommunikation und Unterhaltung selbstverständlich und ein Bestandteil der Lebenswelt aller, vor allem junger Menschen geworden (vgl. Lange et al. 2015: S. 5). Jenkins (2006) beschreibt das Zusammenwachsen differenter Medien als eine Situation, in der multimediale Mediensysteme koexistieren und in der Medieninhalte über sie hinweg fließen. Konvergenz wird als ein fortlaufender Prozess oder eine Reihe von Überschneidungen zwischen verschiedenen Mediensystemen verstanden, nicht als eine feste Beziehung (vgl. Jenkins 2006: S. 282).

Medien sind ein Mittel zur Zweckerfüllung und das Wort *Medien* hat im Sprachgebrauch verschiedene Bedeutungen. In diesem Kontext werden Medien als Massenmedien und Kommunikationsmittel zur Verbreitung von Inhalten in der Öffentlichkeit betrachtet, demnach als Übermittlungsformen von Kommunikation. Zu Massenmedien zählen sowohl Printmedien (Zeitungen,

dienstleistungen betrachtet. Die E-Partizipation betont die Rolle der Bürger/Einwohner als mündigen Partner bei politischen Entscheidungsfindungen (vgl. Kaiser 2001: S. 57 ff.).

Zeitschriften, Plakate oder Flugblätter) als auch elektronische Medien entsprechend Rundfunk und Online-Diensten (vgl. Krotz 2007). Medien werden oft als *Vierte Gewalt*⁸⁰ einer Demokratie bezeichnet und tragen einen erheblichen Teil zur Meinungsbildung der Bevölkerung bei. Essenziell dafür ist die in Artikel 5 GG geregelte Pressefreiheit.⁸¹ Sie ermöglicht in Anbetracht freier Berichterstattung eine Meinungsbildung und damit die Beteiligung von Bürgern (vgl. BBP 4 o. J.).

Grundsätzlich verfügen digitale Medien in der Öffentlichkeitsbeteiligung über eine besondere Funktion, da sie über diverse Methoden zur qualitativen und quantitativen Verbreitung des Informationsflusses zwischen Bürgern, Experten und Entscheidungsebenen verfügen. Der Informationsfluss ist eine Voraussetzung für Beteiligung. Informationen müssen Beteiligte erreichen, sodann in öffentliche Diskussionen einfließen, die Medien prägen. Das verdeutlicht, dass Medien doppelt in den Prozess der Öffentlichkeitsbeteiligung involviert sind: Sie informieren und sind ein Ort des öffentlichen Diskurses, an dem Menschen teilnehmen können. Bekannte Medienformate für Beteiligungen sind eine offene Talkrunde im örtlichen Radio- oder lokalen Fernsehsender, Leserbriefe in Zeitungen, Diskussionen in Onlineforen oder sozialen Netzwerken (vgl. Lüdecke; Schulz 2008: S. 132). Die Diskussion in der Bevölkerung wird durch Medien in die Öffentlichkeit zurückgetragen. Einige Medien eignen sich besser (beispielsweise das Internet) oder schlechter (beispielsweise Fernsehen, was wenig Rückkopplungsmöglichkeit bietet) für diesen Diskurs (vgl. Schmidt 2013: S. 46).

Beteiligung steht und fällt vielfach mit den (digitalen) Medien: In der Presse erscheinen beispielsweise Beiträge, die sich konkret für oder gegen Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren positionieren (vgl. Koch; Mulke 2010). Wenn ein Beteiligungsthema keine bahnbrechende Schlagzeile verspricht, verursacht das eine geringe Resonanz, denn häufig steht bei Berichterstattungen weniger die Unterstützung der Beteiligungsbestrebungen als mehr die Polarisierung und das Aufheizen der Bevölkerung im Mittelpunkt. Alle Altersklassen, Bildungsschichten und sozialen

⁸⁰ Das ist ein informeller Ausdruck für die öffentlichen Medien und bedeutet, dass es in dem System der Gewaltenteilung eine vierte, virtuelle Gewalt gibt. Neben Exekutive, Legislative und Judikative kann die vierte Gewalt zwar keine tatsächliche Macht zur Änderung der Politik oder zur Ahndung von Machtmissbrauch ausüben aber durch Berichterstattung und öffentliche Diskussion das politische Geschehen beeinflussen (vgl. Andersen; Woyke 2003: S. 227 ff.).

⁸¹ Art 5. (1) GG: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt“ (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Juli 2017 (BGBl. I S. 2347) geändert worden ist).

Milieus nutzen verschiedene Medien. Es gibt zwar Unterschiede bei der inhaltlichen Schwerpunktsetzung, aber eine Beeinflussung der Bevölkerung ist überall vorhanden (vgl. Klenk 2010). Menschen sind permanent empfänglich für echte und falsche Nachrichten, weswegen *Fake News*⁸² spezieller Erwähnung bedürfen. Nachrichtenströme fließen ununterbrochen und überall, selbst wenn bewusst Medien zu Hause ausgeschaltet werden (vgl. Klenk 2010).

Der politische Einfluss von Medien spiegelt sich in Theorien darüber wider, wie die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen vor Wahlen die Einstellung der Bürger und das Abstimmungsergebnis verändern. Medien können bestehende Meinungen verstärken, jedoch geschieht eine echte Meinungsveränderung selten allein durch Berichterstattung (vgl. BBP 2 2011). Die Haltung von Mitmenschen bestimmt das Denken der Bevölkerung auf vielfältige Weise, welche wiederum von Medien verbreitet wird (vgl. Sharot 2017: o. A.).

Es ist zu unterscheiden zwischen öffentlicher Meinung (Ansichten von Menschen) und veröffentlichter Meinung (Meinung, die veröffentlicht wird, doch nur bedingt der Öffentlichkeit entspricht). Als Massenmedium ist das Internet gleichzeitig ein Manipulationsmedium, welches veröffentlichte Meinungen produziert, weil die Zuverlässigkeit von Informationen dort nur gemächlich überprüft werden kann, falls Informationen aus dem Internet jemals überprüft werden. Subjektive Statements, Vermutungen und wilde Spekulationen erscheinen im Internet oft als scheinbar objektive Informationen (vgl. Eisel 2016: S. 282 ff.). Das liegt an der Angewohnheit, Medien und Nachrichten zu bevorzugen, die mit dem eigenen Standpunkt übereinstimmen und andere Medien auszublenden, was als selektive Mediennutzung bezeichnet wird (vgl. BBP 2 2011). Medien geben vor, worüber sich Menschen Gedanken machen. Wenn auf allen Kanälen über den gleichen Sachverhalt intensiv berichtet wird und andere Medien das übernehmen, wird die Themenagenda der Öffentlichkeit definiert, was Medienwissenschaftler *Agenda-Setting* nennen (vgl. Klenk 2010). Wenn das Thema *Öffentlichkeitsbeteiligung*, vor allem in einer kleinen Kommune in den Medien auffallend präsent ist, dann sind Interesse und Aufmerksamkeit von Beteiligten größer, als wenn es dort nicht thematisiert wird. Medien neigen dazu, komplexe Sachverhalte zu vereinfachen und stärker vergangenheitsorientiert als zukunftsgerichtet zu korrespondieren (vgl. Bonfadelli 2007: S. 257 f.). Das bedeutet, dass umfangreiche Planungsprojekte vielfach schwerlich in der Gänze ihrer Komplexität dargestellt werden, wodurch relevante Details

⁸² Fake = gefälscht; News = Nachrichten: Bei Fake News handelt es sich um gefälschte Nachrichten. Mittels gefälschten Bildern und Behauptungen werden Lügen und Propaganda verbreitet wobei Fake News den Eindruck erwecken, dass es sich um echte Nachrichten handelt (vgl. Schneider; Toyka 2019).

übersehen werden könnten. Ohne eine Einschränkung der Pressefreiheit ist ein Eingreifen in Medienberichterstattungen ausgeschlossen und die Einschränkung ist ein anspruchsvolles Thema in Anbetracht des Artikels 5. (1) GG. Außerdem ist es zweifelhaft, ob eine Einschränkung der Pressefreiheit überhaupt gewollt ist.

5.1.2 DAS E IN DER E-BETEILIGUNG

E-Partizipation umfasst alle internetgestützten Verfahren, die eine Mitwirkung der Bevölkerung an öffentlichen Entscheidungsprozessen ermöglichen. Es handelt sich um ein indirekt demokratisches Element der E-Democracy. E-Democracy besteht neben der E-Partizipation aus den zwei weiteren Unterkategorien E-Government und E-Voting (elektronisch gestützte Wahlen). Allerdings ist E-Government, wie das virtuelle Rathaus ein Service, der die Arbeit der Verwaltung erleichtert, denn es ermöglicht eine umfassende Dienstleistungsorientierung, Produktivität und Wirtschaftlichkeit im öffentlichen Sektor.⁸³ Die Bevölkerung nimmt beim E-Government eine passive Rolle ein und bestimmt nicht selbst mit. Das E-Government wird oft fälschlicherweise als Beteiligung bezeichnet, obwohl sie nicht der Beteiligung, der hier verwendeten Definition, entspricht (siehe Kapitel 3.1).

Durch E-Partizipation wird verschiedenen Akteuren ermöglicht, im Dialog an Planungs- und Entwicklungsprozessen aktiv mitzuwirken. Sie wird ebenfalls als Web 2.0⁸⁴ oder Mitmachweb bezeichnet und umfasst alle internetgestützten Verfahren, die Menschen eine Teilhabe an Entscheidungsprozessen und eine aktive Einbindung ermöglichen. Dazu zählen elektronische Petitionen, staatlich initiierte Diskussionen zu Gesetzesinitiativen, Mitsprachemöglichkeiten bei lokalen Planungsvorhaben oder Diskussionen über das Kommunalbudget (so genannte *Bürgerhaushalte*). Die Gemeinsamkeit aller Online-Verfahren liegt darin, dass Menschen über das Internet ihre Standpunkte, Bedenken, Anregungen oder Unklarheiten mitteilen und mit anderen Beteiligten oder verantwortlichen Akteuren in einen Dialog treten (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 88 ff.).

⁸³ Das virtuelle Rathaus ermöglicht, dass öffentliche Dienstleistungen online zugänglich sind. Es ist ein kostengünstiges und effektives Medium für die Verwaltung, um umfangreiche Planungsunterlagen unabhängig von Öffnungszeiten und ohne Kopier- und Versandkosten bereitzustellen (vgl. Koop 2010: S. 13). Ein Ziel dahinter ist die Schaffung von Bürgernähe, Transparenz und eine starke Betonung des Servicegedankens (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 88).

⁸⁴ Web 2.0 wird für eine Reihe interaktiver Elemente des webbasierten Lebens verwendet. Bei der ersten Internetgeneration wurden Informationen bereitgestellt und als Ein-Weg-Kommunikationsrichtung von Nutzern abgerufen: Das so genannte *Web 1.0*. Die Weiterentwicklung, das Web 2.0, steht für eine Zwei-Wege-Kommunikation, denn der Nutzer kann selber Inhalte bereitstellen, nicht bloß aufnehmen (vgl. Bayerischer Städtetag 2012: S. 24).

Jugendliche wenden sich bevorzugt jenen Bereichen des Webs 2.0 zu, die vornehmlich den kommunikativen Austausch ermöglichen und nutzen unterschiedliche Tools⁸⁵, um sich zu artikulieren (Videos, Fotos, Votings, Chats etc.). Viele zeigen offen eine Fülle ihrer Interessen, ihren Alltag, Gefühle, Beziehungen, Werte und Lebensziele (vgl. Lutz 2012: S. 24 f.). Sie sind mehr als Rezipienten, sie werden desgleichen zu Produzenten und Sendern, denn das ist durch die technische Vielfalt, die das Internet bietet, unkompliziert (vgl. Lange et al. 2015: S. 5).

Beteiligung im Internet führt nicht unbedingt zu mehr und einer jugendgerechteren Mitwirkung. Dennoch kann die elektronische Gegebenheit, demgemäß das *E* in E-Partizipation, Möglichkeiten vervielfachen und neue eröffnen, hingegen genauso Grenzen setzen (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 1). Wenn es komplizierter ist, Jugendliche für öffentliche Anliegen zu gewinnen, sind auf Jugendliche zugeschnittene Online-Formate eine vielversprechende Chance, um eine Verbindung zu jungen, oft als technikaffin bezeichneten Menschen aufzubauen. Online-Lösungen sind keine Allheilmittel, denn nur, weil das Internet als Medium dient, werden Jugendliche nicht gleich zu Beteiligten oder Beteiligungswilligen (vgl. Tröster et al. 2016: S. 1).

Bei der Online-Beteiligung ist zu beachten, dass sie einem Offline-Angebot folgt. Das bedeutet, dass in der Beteiligung als erstes eine persönliche Begegnung von Menschen vorhanden sein muss, beispielsweise mittels einer Offline-Veranstaltung, ehe online beteiligt wird (vgl. Interview Wenzl 01.02.2018). Für E-Partizipation gelten die gleichen Ansprüche wie für eine klassische Offline-Beteiligung.⁸⁶ Jugendliche benötigen die für sie entsprechend aufbereiteten Informationen, Zeit und Raum, um miteinander in einen Austausch zu kommen und sie müssen ihre dabei entwickelten Haltungen an entscheidender Stelle äußern können (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 2). „Das Bereitstellen von Informationen, das Äußern von Meinungen in sozialen Netzwerken (z. B. Facebook) oder in Mikroblogs (z. B. Twitter), das Vernetzen in Communities – das alles für sich sind einzelne Facetten politischen Agierens, aber noch keine ePartizipation“ (ebd.). Für eine Vielzahl an Jugendlichen, insbesondere in ländlichen Räumen, sind Vor-Ort-Beteiligungs-Termine (insofern sie nicht in der Schule stattfinden), schwer durchzuführen, vor allem, wenn sie mit langen Fahrzeiten verbunden sind. Große räumliche Distanzen in ländlichen Regionen erschweren aufgrund von Erreichbarkeiten mit dem ÖPNV, dass Jugendliche an Off-

⁸⁵ Tool (engl.: Werkzeug); der Begriff wird vielfach im Zusammenhang mit nützlichen IT-Programmen verwendet, die als *Tool* bezeichnet werden.

⁸⁶ Klassische Methoden sind hier Beteiligungsveranstaltungen, die Menschen an einem Ort zusammenbringen und sich verschiedener Offline-Beteiligungsformate bedienen (beispielsweise Runde Tische, World Cafés, Zukunftswerkstätten, Planungszelle etc.).

line-Veranstaltungen teilnehmen können. Die Motivation, zeitliche und physische Hürden in Kauf zu nehmen, um sich zu beteiligen, ist bei Jugendlichen niedrig. Dadurch bieten Online-Beteiligungsformate eine Potenzialität, eine größere Anzahl an Jugendlichen zu erreichen (vgl. Stange 05.03.18). Um an möglichst zentralen Orten Beteiligungen anzubieten, sind große finanzielle und zeitliche Ressourcen der Beteiligter erforderlich. Das Problem von realen Erreichbarkeiten (siehe Kapitel 2.3) fällt angesichts E-Partizipation weg.

E-Partizipation muss eine Auseinandersetzung und einen Bezug zur Lebenswelt bieten, genug Zeit und Platz für Feedbacks lassen, Transparenz und Informationen gewährleisten sowie auf diese Weise wirksame Bilanzen erzielen, sodass mit ihnen Einfluss auf Entscheidungen genommen werden kann (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 2). Mit Hilfe des Internets ist es Kindern und Jugendlichen möglich, sich auf verschiedene Art und Weise zu beteiligen:



Sich Positionieren: Kinder und Jugendliche können zu speziell für sie oder zu allgemein relevanten Themen Stellung nehmen und ihre Haltung ausdrücken. Eine leicht durchführbare Form ist das Liken, beispielsweise auf Facebook: *Daumen hoch/runter* symbolisiert simpel eine unmissverständliche Haltung.



Sich Einbringen: Stellung zu einem Sachverhalt beziehen, Fragen stellen oder einen Austausch anregen.



Andere aktivieren: Hierbei wird konkret das Ziel verfolgt, dass sich andere Betroffene/Interessierte ebenfalls zu einem Thema positionieren, Anregungen oder Fragen äußern. Dies geschieht beispielsweise dadurch, dass ein Link in einem öffentlichen Netzwerk weitergeleitet wird.



Auf sich wirken lassen: Informationen aus dem Internet ziehen, sich eine Meinung bilden und entweder außerhalb des Internets darüber diskutieren oder dies nicht weiter thematisieren, ist genauso eine Beteiligung, die in Verbindung mit dem Internet steht.

Tabelle 5: Austauscharten von Beteiligung im Internet
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schmidt 2015: S. 16

Es ist schwierig zu erfahren, wer letztendlich welches Beteiligungsangebot auf welche Weise nutzt. Die vom dänischen Usability-Experten⁸⁷ Nielsen (2006) aufgestellte 90/9/1- Regel für Online-Kommunikation besagt, dass 90% der Nutzer lediglich Zuschauer sind, 9% tragen gelegentlich Inhalte bei und 1% der besonders aktiven Nutzer kreieren 90% aller Inhalte (vgl. Nielsen 2006). Beteiligungsstufen (siehe Kapitel 3.3.3) verdeutlichen, dass Beteiligungen verschiedene Ausmaße annehmen können und nicht immer mit einem sichtbaren Online-Output von Beteiligten in Verbindung stehen müssen. Ziehen Menschen aus der Online-Beteiligung Inputs und Anstöße für eine Offline-Mitwirkung, ist das nicht unbedingt sichtbar. Das Einholen von Information ist ebenfalls Beteiligung, wenngleich eine passive, was für Dritte unsichtbar ist. Aus Niensens Regel zu übernehmen ist die Tatsache, dass in der Online-Kommunikation eine vergleichsweise kleine Minderheit von beachtlich aktiv Beteiligten einer deutlichen Mehrheit von kaum Beteiligten gegenübersteht. Das Internet erreicht im Punkt Beteiligung zwar die Menschen, doch sie vertritt keine repräsentative Meinung, weil manche nur Zuschauer sind. Beteiligung im Internet ist allerdings in mancher Hinsicht eine gewichtige Tendenz, denn sie kann gleichfalls den Standpunkt von Menschen widerspiegeln, die sich nicht beteiligen (vgl. Hasebrink 2016: S. 1ff.). Denn nur weil manche ihre Ansicht nicht offiziell äußern heißt das nicht, dass sie nicht den getätigten Mei-



Abbildung 13: Engagementsstufen von Online-Beteiligungen

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Klenk & Hoursch AG o. J.

nungsäußerungen zustimmen. Bei vielen kommt eine Meinungsäußerung nur dann zum Tragen, wenn sie sich gegen eine Angelegenheit richtet.

Nielsen bedenkt nicht, dass sich zwischen Konsumieren und Produzieren sowie Lesen und Verfassen eigener Beiträge mehrere Stufen der Beteiligung bilden, die zunehmend stärkeres Engagement aufweisen (siehe Abbildung 13). Es gibt fortwährend aktive Meinungsmacher, die weniger Aktive unterschützen. Erst wenn mehrheitsfähige Inhalte vorhanden und gut sichtbar sind, kann sich eine weniger aktive Mehrheit anschlie-

⁸⁷ Usability: engl.: Brauchbarkeit, (Be-)Nutzbarkeit, Bedienbarkeit.

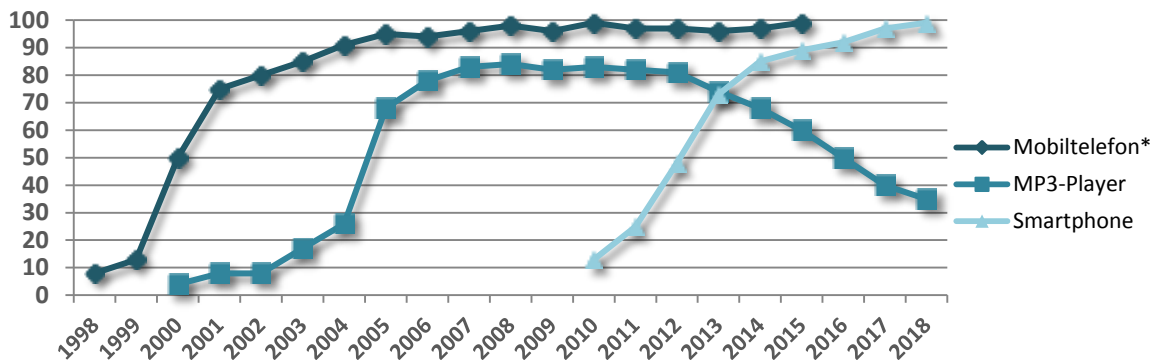
ßen. Sie muss nicht selbst Inhalte beisteuern, kann uneingeschränkt betrachten oder weiterleiten, bewerten oder empfehlen (vgl. Klenk & Hoursch AG o. J.).

Im Zusammenhang mit E-Partizipation, öffentlichen Dialogen und Online-Beteiligung sind digitale Medien zu beachten. Sie haben derweil Einzug in sehr viele öffentliche und private Bereiche erlangt und den Alltag von Kindern und Jugendlichen längst erreicht, weshalb sich das folgende Kapitel Kindern und Jugendlichen im Kontext digitaler Medien widmet.

5.1.2.1 KINDER UND JUGENDLICHE IM ALLTAG MIT DIGITALE MEDIEN

Kinder und Jugendliche wachsen heutzutage in Haushalten mit einem breiten Medienangebot auf. In fast allen Familien sind im Jahr 2018 Smartphones, Computer respektive Laptops mit Internetzugang vorhanden, unabhängig von dem Wohnort oder sozialem Milieu. 67% der Haushalte mit Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren verfügen über Tablets. Fernsehgeräte werden von 95% und Smart-TVs in drei von fünf Familien genutzt, Radiogeräte und DVD-Player sind in vier von fünf Haushalten vorhanden. Die Nutzung digitaler Medien wird zunehmend unkomplizierter, günstiger und bequemer und so besitzt heutzutage rund jeder Zwölf- bis 19-Jährige ein eigenes Mobiltelefon (97%), bei 95% handelt es sich um ein Smartphone mit Internetzugang (vgl. MPFS 2018: S. 72 f.). Die Geschlechterbetrachtung weist kaum Unterschiede auf: 99% aller Mädchen zwischen zwölf und 19 Jahren sowie 97% aller Jungen diesen Alters besitzen ein Smartphone/Mobiltelefon (vgl. Vom Orde; Durner 2018: S. 5). Zugang zum Internet besteht für 91% der Zwölf- bis 19-Jährigen täglich, unabhängig von Zugangsart und Geschlecht. 50% der Jugendlichen besitzen einen Fernseher, 45% ein Radio und 66% verfügen über eine eigene Spielkonsole, ein Tablet besitzen 26% und Smart-TVs 22% der Jugendlichen (vgl. MPFS 2018: S. 72 f.). Bei den Zwölf- bis 19-Jährigen, die im Besitz eines eigenen Laptops oder PCs sind, ist ein Rückgang offenkundig: 2012 besaßen 80% der Jugendlichen einen eigenen PC beziehungsweise Laptop, 2016 waren es rund 75%. Insbesondere für die Zwölf- bis 15-Jährigen ist ein eigener PC/Laptop anscheinend seltener nötig, da ältere Schüler ihren PC oder Laptop für die Schule häufiger benötigen als Jüngere (vgl. MPFS: S. 22). Zudem ersetzen immer besser entwickelte Tablet-PCs ihre größeren Vorgänger. Gleichzeitig steigt die Smartphone-Besitzrate an, was einen permanenten Online-Zugang ermöglicht, PCs und Laptops diesbezüglich für bestimmte Online-Aktivitäten überflüssig macht.

Der Gerätebesitz von Mobiltelefon und Smartphone stieg von 1998 bis 2018 deutlich, der Besitz von MP3-Playern nimmt seit 2012 in hohem Maße ab, was mitunter damit zusammenhängt, dass Mobiltelefone und Smartphones mittlerweile diese Funktion übernehmen (siehe Abbildung 14).



* ohne Internetzugang

Abbildung 14: Gerätebesitz von Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren von 1998 bis 2018
Angaben in %; N im Durchschnitt = 1.164; Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MPFS 2018: S. 67

Smartphones sind so weit verbreitet, dass sie nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken sind. Es etablierten sich Begriffe wie *Smombi*⁸⁸ oder *Head-Down-Generation*⁸⁹ in den täglichen Sprachgebrauch. Sie beschreiben trefflich das aktuelle Verhalten Jugendlicher in Bezug auf die Smartphone-nutzung. 88% aller Kinder- und Jugendlichen nutzen heutzutage den mobilen Internetzugang mittels Smartphone (vgl. MPFS 2016: S. 22). Beim Fernsehen gibt es eine Entwicklung in eine andere Richtung: 1998 war das Fernsehen noch das Leitmedium von Jugendlichen: 95% der Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren sahen regelmäßig fern und jeder Vierte nutzte regelmäßig Videokassetten. Der Kreis der Internetnutzer war übersichtlich, lediglich 18% der Jugendlichen waren zumindest selten online und wenige Jugendliche sahen damals Videos im Internet (vgl. MPFS 2018: S. 67).

Jungen und Mädchen unterscheiden sich beim Internetzugang übers Smartphone, einen Laptop, ein Notebook oder Netbook kaum voneinander (siehe Abbildung 15). 96% der Mädchen und 92% der Jungen nutzen das Smartphone, um im Internet aktiv zu sein, 41% der Jungen benutzen stationäre Computer, um ins Internet zu gelangen, was 22% mehr sind, als Mädchen. Das liegt unter anderem daran, dass Jungen mehr im Internet spielen und dies vermehrt über einen feststehenden Computer, da Tablets, Netbooks oder Smartphones dafür weniger komfortabel sind beziehungsweise nicht über die nötige Hardwareausstattung verfügen (vgl. MPFS 2018: S. 67).

⁸⁸ Kofferwort aus den Begriffen *Smartphone* und *Zombie*. Damit gemeint sind Menschen, die aufgrund des ständigen Blicks auf ihr Smartphone derart abgelenkt sind, dass sie ihre Umwelt kaum noch wahrnehmen (vgl. Newton 2018: o. A.).

⁸⁹ Die *Head-Down-Generation* zeichnet sich dadurch aus, dass sie den Kopf beim Gang auf der Straße, durch die Fußgängerzone, den Park etc. über das Smartphone beugt. Was um sie herum passiert, ist vorwiegend Nebensache (vgl. Z-LIVE GmbH o. J.).

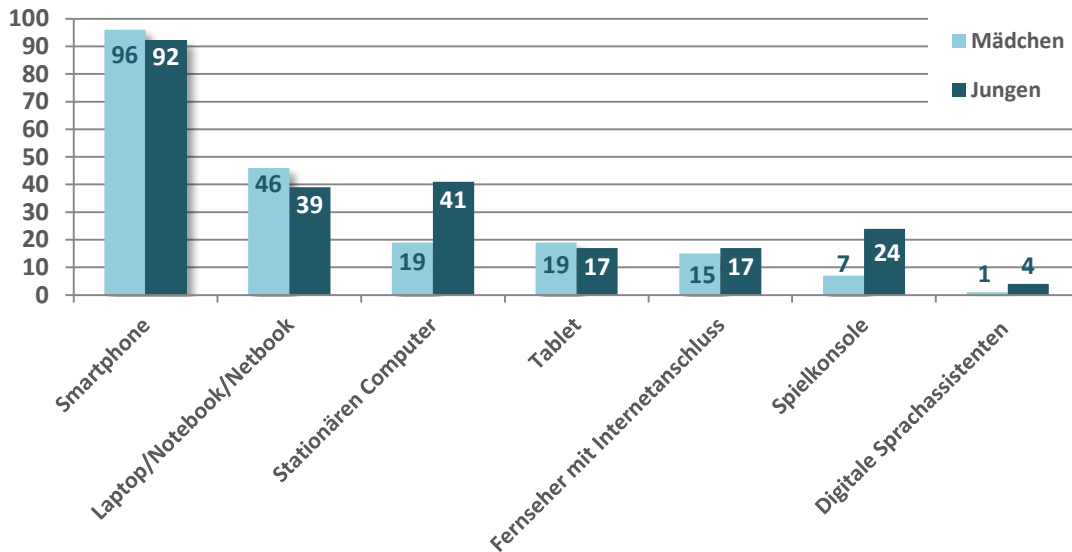


Abbildung 15: Wege der Internetnutzung 2018 in den letzten 14 Tagen über unterschiedliche Zugänge
Angaben in %; N = 1.195; Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MPFS 2018: S. 27

Dem Internet wird verstärkend mehr Zeit und Aufmerksamkeit geschenkt: 91% der Zwölf- bis 19-Jährigen sind täglich im Internet unterwegs, 2016 waren es 87% (siehe Abbildung 16). Mädchen sind mit 93% häufiger täglich online als Jungen (90%). Der Anteil der Nutzer zwischen zwölf und 13 Jahren liegt aktuell bei 85% (+7% seit 2017), der Anteil der 14- bis 15-Jährigen erhöhte sich auf 92% (+6%). Bei den über 16-Jährigen zeigt sich keine Änderung (16-17 Jahre: 93%, 18-19 Jahre: 95%) (vgl. MPFS 2018: S. 31). Die Selbsteinschätzung der täglichen Nutzungsdauer verringerte sich jedoch. Dabei geben beispielsweise Jugendliche für das Jahr 2018 eine durchschnittliche tägliche Nutzungsdauer (Mo-Fr) von 214 Minuten an, 7 Minuten weniger als 2017. Da mittlerweile das mobile Internet zum Alltag gehört, nehmen Jugendliche es kaum wahr, wie viel sie im Internet sind. Obschon die Selbsteinschätzungen der Jugendlichen nicht immer exakt sind, ist erkennbar, dass seit 2007 die Internetnutzung bei Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren gestiegen ist. Bis 2008 lag die Nutzung unter 120 Minuten, wohingegen sie seit 2014 auf über 180 Minuten anstieg.

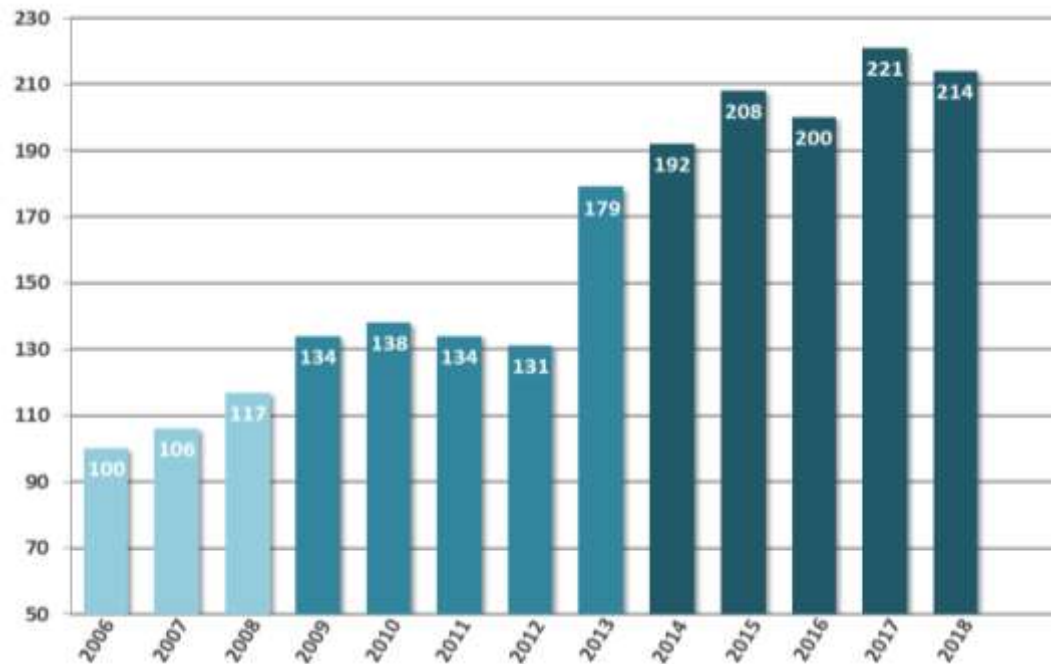
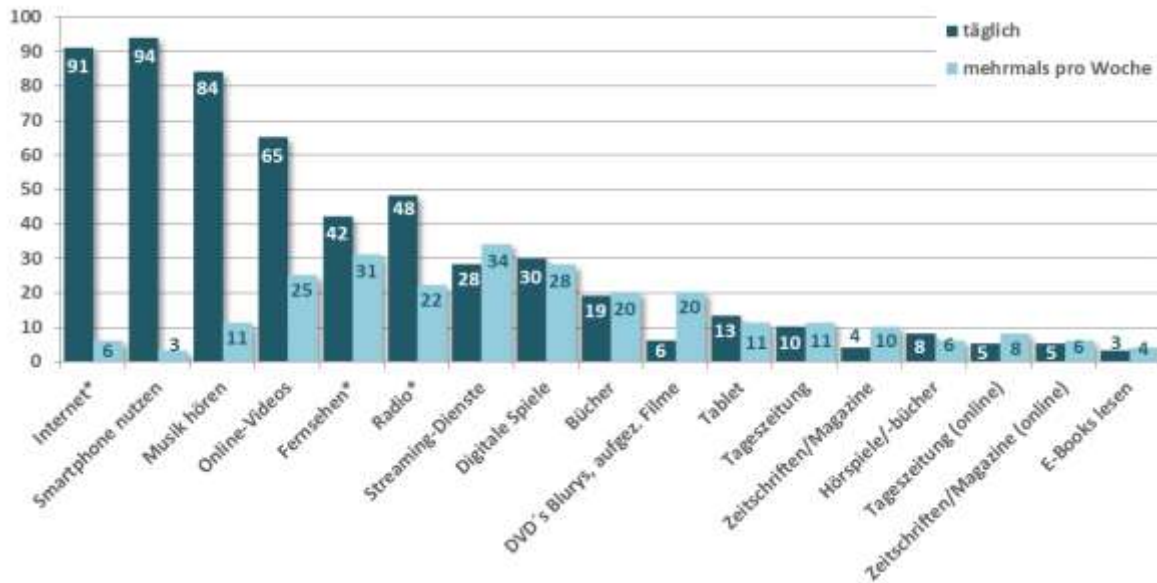


Abbildung 16: Entwicklung der täglichen Onlinenutzung von 2006 bis 2018
Montag bis Freitag nach Selbsteinschätzung, Angaben in Minuten, Altersunabhängig; N im Durchschnitt = 1.202; Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MPFS 2016: S. 27; MPFS 2018: S. 31

Die aktuelle KIM-Studie⁹⁰ belegt, dass bereits nahezu alle Zwölf- bis 13-Jährigen täglich, sei es mit Smartphone, Tablet oder PC online sind (vgl. MPFS 2018: S. 19, 29 ff.). Je älter die Jugendlichen, desto höher das Zeitkontingent: Im Altersverlauf wächst die Zeit im Internet von 142 Minuten bei den unter 14-Jährigen, auf 185 Minuten bei den 14- bis 15-Jährigen an. Mit durchschnittlich 235 Minuten ist das Zeitkontingent bei den 16- bis 17-Jährigen 2006 am stärksten ausgeprägt (vgl. MPFS 2016: S. 27).

Der größte Anteil der Internetnutzung macht der Bereich der Kommunikation mit 35% aus, Unterhaltung (Musikhören, Videos anschauen etc.) folgt mit 31%. Rund 25% der Nutzungszeit entfällt auf Spielen und 10% auf die Suche von Informationen (siehe Abbildung 17). 41% der Mädchen verbringen einen deutlich größeren Teil ihrer Online-Nutzung mit Kommunikation als Jungen (30%). Dafür spielen 33% der Jungen lieber Online-Spiele (Mädchen 10%). Diese Statistiken sind bezüglich der verschiedenen Altersgruppen kaum zu unterscheiden (vgl. MPFS 2018: S. 73).

⁹⁰ KIM = Kindheit, Internet, Medien: Basisuntersuchung zum Medienumgang sechs- bis 13-Jähriger vom Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest.



*der Verbreitungsweg ist irrelevant

Abbildung 17: Medienbeschäftigung in der Freizeit 2018
Angaben in %; N = 1.200; Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an MPFS 2018: S. 13

Es darf nicht geschlussfolgert werden, dass die Zeit im Internet komplett für andere Aktivitäten verloren ist. Durch die weite Verbreitung von Smartphones mit Internetzugang wird oft in Zwischenzeiten, beispielsweise beim Warten, während der Bahn- oder Busfahrt oder auf der heimischen Couch, der Gang ins Internet ermöglicht (vgl. Schorb et al. 2000).

Im Prozess des Heranwachsens stellt sich das Internet als eine Ausweitung und Entfaltung der Teilhabe- und Handlungsmöglichkeiten dar. Besonders die mobile Internetnutzung ist für Jugendliche eine Domäne der Ablösung vom Elternhaus. Damit orientieren sie sich weg von den Eltern, näher an Gleichaltrige und ihr Medienhandeln ist stets orientiert an sozialer Kommunikation. Die sozialen Netzwerke werden zur Selbstdarstellung und Präsentation genutzt und dadurch sind sie zu jeder Zeit erreichbar beziehungsweise online, können Bilder und Videos senden/posten oder Text-/ Sprachnachrichten versenden (vgl. BMFSFJ 2013: S. 77).

Die oft geäußerte Befürchtung, Jugendliche könnten sich in die virtuelle Welt zurückziehen und persönliche Kontakte vernachlässigen, wird nicht bestätigt. Das Gegenteil ist der Fall: Kommunikationsapps und soziale Medien eröffnen neue Kommunikations- und Aktivitätsoptionen und ermöglichen eine vielfältige Planung von (gemeinsamen) Aktivitäten (vgl. Konrad; Wittowsky 2016: S. 6). Apps und Online-Plattformen bieten Handlungsmöglichkeiten und Entscheidungsgrundlagen, um beispielsweise die Mobilität flexibler, effizienter oder nachhaltiger zu gestalten. Es ist möglich, Angebote mobiler Reiseassistenten zu nutzen, digitale Fahrplanauskünfte zu er-

halten oder Sharing-Fahrzeuge (auch Fahrräder und E-Scooter) per Smartphone zu buchen. Die Bindung von Aktivitäten an feste Orte und Zeiten weicht auf. Jugendliche haben mehr Optionen Angebote zu nutzen, um sich in einem größeren Raum zu bewegen, vorausgesetzt, ein ÖPNV-System ist vorhanden (vgl. Couclelis 2000: S. 341 ff.).

5.1.2.2 SOZIALE MEDIEN: ENTWICKLUNG VON FACEBOOK, TWITTER UND CO.

Soziale Medien veränderten die digitale Kommunikation grundlegend und bestimmen vielfach das Leben der Menschen. Die mediale Kommunikation unter Jugendlichen im Freundeskreis hat sich im Laufe der vergangenen 20 Jahre bezüglich der verwendeten Tools gewandelt. Den Beginn machte die Kommunikation mittels E-Mails und Chatrooms. Mit den 2000er Jahren kamen weitere kostenlose Online-Kommunikationsmöglichkeiten hinzu und es erweiterte sich der Internetnutzerkreis und somit der Kreis von Gesprächspartnern. Instant Messenger gewannen ab 2004 Bedeutung, wobei damals zumeist *ICQ*⁹¹ genutzt wurde. Eine weitere Option zur Kommunikation waren Online-Plattformen wie das 2007 entstandene *SchülerVZ*, die Mitte der 2000er Jahre meistgenutzte Austauschplattform unter deutschen Jugendlichen. SchülerVZ wurde von dem amerikanischen Konkurrenten Facebook abgelöst und mittlerweile tendieren vermehrt junge Menschen zu Instagram, dem ebenfalls für Nutzer kostenlosen Onlinedienst, der zu Facebook gehört (vgl. MPFS 2018: S. 69 f.).

Mit der Entwicklung des Webs 2.0 traten Veränderungen für den Austausch von Ideen, Kritiken, Mitteilungen und Fragen sowie der Alltagsorganisation ein. WhatsApp, Twitter, Instagram, Facebook und andere entwickelten sich zu weit verbreiteten Informationskanälen. Im Ranking der größten sozialen Netzwerke und Messenger weltweit belegt Facebook im Januar 2020 mit rund 2,45 Milliarden monatlich aktiven Nutzern den ersten Platz, gefolgt von YouTube mit 2,0 Milliarden. Auf Platz drei und vier liegen mit 1,6 Milliarden monatlich aktiven Nutzern weltweit WhatsApp und mit 1,3 Milliarden Nutzern Facebook (vgl. Rabe 2020). YouTube ist ein umfangreiches Videoarchiv geworden, welches weltweit bekannt und beliebt ist. TikTok, ein chinesisches Videoportal zur Lippen synchronisation von Musikvideos und anderen kurzen Videoclips, bietet zusätzlich Funktionen eines sozialen Netzwerks an und ist aktuell auf dem Vormarsch unter Jugendlichen. Das *Social Web* entwickelt sich stetig weiter, ist omnipräsent und erlaubt neue Möglichkeiten zur effizienteren, jederzeit durchführbaren Kommunikation und Selbstorganisati-

⁹¹ ICQ ist ein Homophon für engl. *I seek you* = *Ich suche dich*. Der Instant-Messaging-Dienst gehörte ab 1998 dem US-amerikanischen Unternehmen AOL und wurde 2010 verkauft. Damit können Benutzer über das Internet miteinander live chatten und zeitverschobene Nachrichten versenden (vgl. Fernholz 2018).

on. Es ist indessen ein Medium, das auf die Beteiligung einer großen Zielgruppe setzt (vgl. Flade; Höffken 2012: S. 1).

Gleichwohl sich die Beeinflussung der sozialen Netzwerke auf eine unüberschaubare Masse beschränkt, so ist prinzipiell deren Anwendung auf die Mobilisierung der User⁹² unumstritten (vgl. Kersting 2015: S. 77). Sie sind von den klassischen Massenmedien Fernsehen, Rundfunk oder Printmedien zu unterscheiden. Es handelt sich ausschließlich um digitale Kommunikationskanäle, die der Vernetzung von Nutzern dienen. Darunter sind alle Medien und Plattformen zu verstehen, die Internetnutzer verwenden, um entweder eins zu eins oder eins zu vielen zu kommunizieren. Ein zentrales Merkmal der sozialen Medien ist die Interaktivität. Gäbe es ein deutsches Synonym, wäre es das Wort *Mitmachmedien*, allerdings konnte sich dieser Begriff nicht durchsetzen. Auf kollaborativen Plattformen wie Wikipedia, Blogs oder Microblogs geben User wenig von sich selbst preis. Daneben gibt es soziale Netzwerke (Instagram oder Facebook), auf denen sie sich präsentieren und auf sich aufmerksam machen möchten (vgl. Geißler 2010).

Nicht alle Arten sozialer Medien sind für jede Beteiligung und Zielgruppe gleichermaßen geeignet, unter anderem weil sie verschieden beliebt sind. WhatsApp bildet eine Ausnahme, denn das ist bei 95% der Jugendlichen zwischen zwölf und 19 Jahren in Deutschland das am meisten genutzte Austauschmedium, obwohl oder gerade weil es einen abgeschotteten Rahmen bietet (Mädchen: 97%, Jungen: 92%). Dem folgen Instagram (67%) und Snapchat (54%). Facebook hat im Laufe der Jahre an Beliebtheit eingebüßt und wird noch von 15% der Jugendlichen regelmäßig genutzt (vgl. MPFS 2018: S. 73). Mädchen bedienen sich lieber Formaten vergleichbar Instagram (60%, im Vergleich Jungen: 44%) und Snapchat (55%, im Vergleich Jungen: 36%). Das sind soziale Dienste, die sich auf eine Kommunikation stützen, die vorwiegend durch Bilder ausgedrückt wird. WhatsApp ist bei allen Altersgruppen durchweg in Gebrauch, während Instagram stärker von den unter 16-Jährigen und Snapchat stärker von den Über-16-Jährigen genutzt wird (vgl. MPFS 2016: S. 31). Die Tatsache, dass Jugendliche untereinander gut vernetzt sind und Informationen weiterverbreiten, kann für Beteiligung bedeutsam sein. Möchten Beteiligter diese Medien für eine Beteiligung nutzen, sollten sie sich in aktuellen Trends auskennen und sicher in deren Umgang sein.

⁹² *User sind* in dieser Arbeit alle Personen, die einen Computer und/oder das Internet nutzen.

Das Potenzial digitaler und speziell sozialer Medien erkannten öffentliche Verwaltungsstellen: In den letzten Jahren präsentieren sich politische Akteure, Parteiangehörige und Abgeordnete, staatliche Einrichtungen, Behörden und Bürgerinitiativen oder gemeinnützigen Organisationen vermehrt in sozialen Netzwerken, um sich dort zu positionieren. Sie möchten präsent sein, ihre Ansichten und Ziele publik machen sowie Anhänger und Unterstützung gewinnen (vgl. Schmidt 2013: S. 47). Laut Bakker und de Vreese (2011) besteht ein Zusammenhang zwischen Internetnutzung und Beteiligung für junge Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren. Demnach stärken soziale Online-Netzwerke sogar die Engagementbereitschaft junger Menschen (vgl. Bakker; de Vreese 2011: S. 464 ff.). Potenziale bieten sich daher nicht zuletzt für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, da soziale Medien eine Bandbreite von Wegen zur Kommunikation und zum Datenaustausch auf eine einfache Art erzeugen, ungeachtet dessen, ob eine Person einen Beteiligungsort aufsuchen kann.

Auch die Initiatorin der *Fridays for Future*-Bewegung, die junge Schwedin Greta Thunberg, nutzt ein Werkzeug, das früheren Generationen nicht zu Verfügung stand: Das Internet und in erster Linie soziale Medien. Damit kann sie ihren Protest – vor allem in Zeiten des Covid-19-Virus – über Ländergrenzen hinweg publik machen und aufrechterhalten. Auf Facebook abonnieren über 3,1 Millionen Menschen ihren Account, auf Twitter folgen ihr über 4,1 Millionen, auf Instagram sind es mehr als 10,3 Millionen Abonnenten (Stand: 06.2020; Angaben der jeweiligen Social-Media-Seite)⁹³. Nach den freitäglichen Demonstrationen postet die 16-Jährige ihre Eindrücke von Protesten in die ganze Welt, denn über das Internet ist sie mit anderen Aktivisten verbunden (vgl. Ehrenzeller 2019). „Thunbergs Twitter-Account kann man auch so lesen: Jugendliche schließen sich über die Kontinente hinweg online zusammen und streiken [...]. Einen gemeinsamen Protestort braucht es dafür nicht“ (Ehrenzeller 2019).

⁹³ Siehe: <https://de-de.facebook.com/gretathunbergsweden/> ;
<https://twitter.com/gretathunberg?lang=de>; <https://www.instagram.com/gretathunberg/?hl=de>.

5.2 VORAUSSETZUNGEN FÜR E-PARTIZIPATION

Die E-Partizipation, hier in Form eines Online-Beteiligungsverfahrens über eine Plattform, hat rechtliche Voraussetzungen, die speziell im Hinblick auf Kinder und Jugendliche im Zusammenhang mit Datenschutz explizit berücksichtigt werden müssen. Der technische Rahmen der Internetbeteiligung ist bei der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen zudem eine elementare Größe, die im Folgenden dargelegt wird.

5.2.1 RECHTLICHE VORAUSSETZUNGEN

In Anbetracht der sensiblen Zielgruppe dieser Expertise und der aktuellen EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) widmet sich dieses Unterkapitel der rechtlichen Situation von E-Partizipation. Im Zusammenhang mit der Generierung persönlicher Daten sind die EU-DSGVO, die Bundesdatenschutz- und die Datenschutzverordnungen der Länder von Bedeutung. Daneben gibt es in Bezug auf Jugendliche und Online-Plattformen weitere gesetzliche Regelungen, die einzuhalten sind, da Bereiche berührt werden, bei denen strenge Vorschriften bestehen. Zum Beispiel regelt das Urheberrecht die Gesetzmäßigkeiten vom Werk eines Autors und soll vor Diebstahl oder unerlaubter Vervielfältigung geistigen Eigentums schützen. Probleme im Zusammenhang mit sozialen Medien und dem Arbeitsplatz wie Mobbing, regelt das Arbeitsrecht respektive Strafgesetzbuch (vgl. Gewerkschaft der Polizei o. J.: S. 16). Ferner können das Grundgesetz, Telemediengesetz, Archivgesetz, Gesundheitsdatenschutzgesetz, Landesmediengesetz, Pressegesetz oder das Verfassungsschutzgesetz berührt werden. Die Landesbeauftragten für Datenschutz nennen beiliegend eine Reihe von Gesetzen, die mit Online-Plattformen in einem Zusammenhang stehen.⁹⁴

Die EU-DSGVO enthält in Artikel 8 DSGVO eine ausdrückliche gesetzliche Regelung betreffs der Einwilligung von Kindern und Jugendlichen. Dies bewirkt mehr Rechtssicherheit für Eltern und verantwortliche Akteure. Die neue Datenschutz-Regulierung trat im Mai 2018 in Kraft.⁹⁵ Hinsichtlich des zweijährigen Zeitraums, in dem die Mitgliedsstaaten alle Regeländerungen des neuen EU-Rechts in ihre nationalen Gesetze übernehmen sollen, gilt sie auch für die Beteiligungs-Plattform, die unter anderem Gegenstand der empirischen Untersuchung ist. Im Bundesdaten-

⁹⁴ Für mehr Informationen siehe: ldi.nrw

⁹⁵ Mit Wirksamkeit der Datenschutz-Grundverordnung müssen alle nationalen Gesetze den jeweiligen Bestimmungen angepasst werden. Es bedarf zwar keiner separaten Übertragung in nationales Recht, doch die Einzelgesetze sind so zu formulieren, dass sie den Bestimmungen in der DSGVO nicht zuwiderlaufen und dürfen sie lediglich ergänzen (vgl. Datenschutz.org 2019).

schutzgesetz (BDSG) gab es bisher keine Regelung, die sich unmissverständlich auf Kinder und Jugendliche bezieht. Bislang wurde nach Einsichtsfähigkeit entschieden, wofür maßgeblich war, ob Minderjährige die Konsequenzen der Datenverwendung erkennen und dementsprechend Stellung nehmen können. War ein Minderjähriger, der älter als 13 Jahre alt ist, einsichtsfähig, bedurfte es keiner Einwilligung durch gesetzliche Vertreter. Bei Kindern unter elf Jahren war grundsätzlich davon auszugehen, dass sie keine Einsichtsfähigkeit besitzen und Erziehungsbeauftragte in die Datenerhebung und -verwendung einwilligen mussten. Bei Befragungen von Kindern zwischen elf und 13 Jahren lag es in der Verantwortung des Interviewers, entweder die Einsichtsfähigkeit festzustellen oder zur rechtlichen Entlastung des Interviewers, auch bei dieser Altersgruppe generell davon auszugehen, dass keine Einsichtsfähigkeit besteht und deshalb die Einwilligung eines Erziehungsberechtigten erforderlich ist (vgl. ADM et al. 2006: S. 1 f.). Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) setzt nun diese Einsichtsfähigkeit der unter 16-Jährigen seit 2018 außer Kraft und das Mindestalter für die Abgabe einer rechtswirksamen Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten stieg von 14 auf 16 Jahre (vgl. isico-datenschutz 2018).

Da sich die DSGVO mitunter auf die ursprünglich hier relevante Gruppe der unter 14- bis 16-Jährigen bezieht, ist die Befragung dieser Zielgruppe ohne rechtswirksame Einwilligung der Erziehungsberechtigten ausgeschlossen, sobald es sich um personenbezogene Daten handelt. Damit wird Jugendlichen die Anmeldung in sozialen Netzwerken sowie auf Beteiligungs-Plattformen wie der in dieser Forschung initiierten, deutlich erschwert. Kritiker mutmaßen, dass sich Jugendliche mehrheitlich ohne Zustimmung der Eltern – und damit rechtswidrig – anmelden (vgl. Bleich 2017; Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit 2017; Telefonat Simbach 29.08.17)).

Das Problem der Online-Plattform vergleichbar dieser Beteiligung, besteht bei dem Personenbezug (siehe Kapitel 6.5.3.1). Es gibt beispielsweise auf den meisten Schulen kaum Mädchen mit Migrationshintergrund im Alter von 14 Jahren, deren Hobby Fußballspielen ist und die in einem bestimmten Postleitzahlbereich wohnen. Je mehr Fragen vorhanden sind, desto mehr geben sie über eine Person Auskunft und helfen, sie zu identifizieren. Nur wenn eine Befragung vollkommen anonym verläuft, zwischen dem Antwortenden und den gegebenen Antworten keine Verbindung gezogen werden kann, ist es möglich, 14- bis 16-Jährige ohne Einwilligung eines Erziehungsberechtigten zu befragen. Zudem hat das Thema der Befragung Einfluss, ob eine Einwilligungserklärung notwendig ist, denn ethische Fragen sind höchst sensibel zu behandeln. Diese Befragung erfasste viele personenbezogene und sensible Daten: Alter, Postleitzahl, Migrationshintergrund, Sprache, die zu Hause überwiegend gesprochen wird und Taschengeldverfügbarkeit

(siehe Anhang S. 507 ff.), sodass Jugendliche unter 16 Jahren nicht ohne Zustimmung eines Erziehungsberechtigten befragt werden durften.

Beteiligung im Internet braucht hohe Standards beim Schutz der Privatsphäre. Beteiligter müssen den Beteiligten kommunizieren, welche Daten wofür, von wem, auf welche Weise erhoben und wem zur Verfügung gestellt werden. Dafür gilt: So viel Information wie nötig, so wenig wie möglich erheben. E-Partizipation dient der Einbeziehung der Öffentlichkeit in Planungsprozesse und Entscheidungen, nicht dem Sammeln und Verwerten privater Daten, schon gar nicht zum Weiterleiten der Daten für Werbezwecke (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 4).

5.2.2 DER ZYKLUS EINES ONLINE-BETEILIGUNGSVERFAHRENS UND TECHNISCHE VORAUSSETZUNGEN

Ein Online-Beteiligungsverfahren besteht aus diversen Zyklen und durchläuft unterschiedliche Managementphasen. Unter Berücksichtigung des jeweiligen Beratungsbedarfs lassen sich mehrere Phasen unterscheiden (siehe Abbildung 18).



Abbildung 18: Beteiligungszyklus im UR-Projekt

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Martini; Fritzsche 2015: S. 19

Die **Initiierungsphase** klärt, ob eine Beteiligung durchgeführt wird/ durchgeführt werden muss. Ihr folgt die **Umsetzungsphase**, die ausführt, auf welche Weise beteiligt wird. Aus ihr gehen die **Konzeptions-, Planungs-, Durchführungsphase** sowie die **Auswertung** der erhaltenen Beiträge und Daten hervor (vgl. Martini; Fritzsche 2015: S. 19). Die Phase der **Evaluation** führen Martini und Fritzsche nicht auf, obwohl sie in der vorliegenden Studie einen beträchtlichen Stellenwert einnimmt und aus diesem Grunde von der Forscherin in der Abbildung ergänzt wird. Denn eine

Evaluation gibt wesentliche Hinweise, um Rückschlüsse auf die Initiierung für künftige Beteiligungsverfahren zu ziehen.

Innerhalb der E-Partizipation sind verschiedene Kommunikationsformen vorhanden. Die technisch einfachsten Formen sind E-Mails, Online-Formulare oder Onlinefragebögen. Online-Votings führen Meinungsäußerungen und Abstimmungen zu bestimmten Fragestellungen durch. Eine weitere Form sind Online-Foren, wobei es sich um divergierende Arten von Onlinediskussionen zu unterschiedlichen Themen handelt. Daten und Beiträge können hierbei über zeitversetzte Artikel oder Kommentare ausgetauscht werden. Beim Chat unterhalten sich mehrere Internetnutzer gleichzeitig in abgeschlossenen oder offenen Chatrooms. Darüber hinaus werden interaktive Kommunikationsangebote angepasst oder weiterentwickelt, um auf ihre speziellen Bedürfnisse einzugehen. Ein Fragebogen kann beispielsweise per E-Mail versendet oder eine interaktive Karte in einen Chat eingefügt werden (vgl. Bischoff et al. 2005: S. 168 ff.). Jede dieser Formen stellt andere Voraussetzungen an die inhaltliche und technische Basis. Es gibt Beteiligungsformate, die einer intensiven Kontrolle und Betreuung bedürfen, wie Chats oder andere, die weniger Aufsicht benötigen wie Votings, bei denen keine Möglichkeit zur Kommentarabgabe besteht.

Beteiligter sollten Voraussetzungen wie Gestaltungsanforderungen bei Online-Beteiligungen einhalten, unabhängig davon, wer die Zielgruppe und was der Beteiligungsgegenstand ist. Abgesehen von der Konzipierung einer App, weil dafür kein finanzielles Budget zur Verfügung stand, hielt die Online-Plattform der Fokusregion alle aufgeführten Punkte ein, die von unterschiedlichen Beteiligungsakteuren als wesentliche Voraussetzungen aufgeführt werden:

- Online-Angebote erheben den Anspruch barrierefrei, zumindest barrierearm, d.h. für Menschen mit Behinderungen nutzbar zu sein. Dafür gibt es bestimmte Standards.⁹⁶
- Beteiligter sollten nicht die Anonymität des Internets ausnutzen und sich der Öffentlichkeit entziehen, da Beteiligter online kaum im Sichtfeld von Beteiligten stehen.

⁹⁶ Um das Internet barrierefreier zu machen, wurde 1997 die Web Accessibility Initiative (WAI) gegründet, die für die Einführung der Richtlinien der WAI bis 2002 in der öffentlichen Verwaltung sorgte. Der Europäische Rat verabschiedete 2002 eine Entschließung, in der die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, sich stärker um eine Umsetzung der Leitlinien der WAI zu bemühen, unter anderem durch das Festlegen dieser Leitlinien in nationales Recht. 2002 ist daraufhin in Deutschland das Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen (Behindertengleichstellungsgesetz (BGG)) in Kraft getreten. In diesem Gesetz hat der Bund Regeln zur Herstellung von Barrierefreiheit in der Informationstechnik für die öffentliche Verwaltung gesetzt. Eine entsprechende Rechtsverordnung (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung – BITV) vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung regelt die Maßgaben hierfür (vgl. Caldwell et al. 2008: o. A.; Europäische Kommission o. J.; Hellbusch o. J.).

- Datenschutzrechtlich bestehende Verpflichtung zur Datensparsamkeit: Nur personenbezogene Daten dürfen erhoben und verarbeitet werden, die für das jeweilige Verfahren unverzichtbar sind.
- Online-Angebote haben ein hohes Maß an IT-Sicherheit zu gewährleisten.
- Übersichtliche Gestaltung der Plattform: Verfahren und Mitwirkungsmöglichkeiten sind in kurzer Zeit zu überschauen und zu verstehen.
- Beteiligter haben eine angemessene, leicht verständliche Sprache, angepasst an die Zielgruppe zu wählen.
- Regeln und Rechte der Beteiligung sind präzise zu formulieren und leicht aufzufinden.
- Aktivitäten auf der Online-Plattform müssen jederzeit sichtbar werden.
- Neue und geänderte Beiträge sind von den Usern schnell aufzufinden.
- Bestimmte Informationen sind in einem Impressum (Impressumspflicht) anzugeben.
- Belangvoll ist eine Aufklärung über potenzielle Cookies⁹⁷.
- Umfangreiche Angaben zum Umgang mit Datenschutz (Datenschutzerklärung) sind auf die Internetseite zu stellen, wenn personenbezogene Daten erhoben werden.
- E-Partizipationselemente sollten für mobile Geräte geeignet sein, bestenfalls als App (vgl. Koop 2010: S. 50 ff.; Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 3 f., S. 12; BMJV o. J.).

Technische Voraussetzungen und Zugänge zum Internet sind heutzutage wesentlich problemloser und kostengünstiger geworden als vor einigen Jahren. So ist mittlerweile fast jeder Haushalt an das Internet angeschlossen: 2019 waren rund 95% aller Haushalte in Deutschland mit einem Internetanschluss ausgestattet. Vor zehn Jahren lag der Anteil noch bei 79%⁹⁸ (vgl. Tenzer 2020). Evident ist, dass nicht jede Person an das Internet angeschlossen sein oder es jeden Tag nutzen möchte, obgleich technische Voraussetzungen für die tägliche Nutzung gegeben wären. Möchten Eltern keinen Internetanschluss, ist es für Minderjährige fast unmöglich, zu Hause ins Internet zu gelangen, wenn sie kein Smartphone mit Internetzugang besitzen. Die technische Ausstattung von Teilnehmern in öffentlichen Behörden kann heutzutage fast flächendeckend als gut bezeichnet werden, sodass dort Ressourcen für eine Online-Beteiligung vorhanden wären (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 8). Neben dem Ausbau des Breitbandnetzes ist es notwendig, dass der Zeitumfang und die Abläufe der Beteiligung passend sind und darüber hinaus Medienkompetenz

⁹⁷ Cookies = Textinformation, die im Browser (= Computerprogramm zur Darstellung von Internetseiten oder von Dokumenten und Daten) auf dem Computer jeweils zu einer besuchten Internetseite gespeichert werden kann.

⁹⁸ Die Zahlen beziehen sich auf Haushalte, die mindestens ein Mitglied im Alter von 16-74 Jahren aufweisen.

aller Seiten vorhanden ist. Dazu gehört, dass eine temporäre Teilnahme sowie ein zeitlich späteres Einsteigen in die Beteiligung eingerichtet werden. Ferner ist zu berücksichtigen, dass manche Instrumente Hürden für Jugendliche unterschiedlicher Herkunft, Bildung, Geschlecht etc. darstellen können (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 2; Hamburger Abendblatt 2011).

Zentral sind das Wissen und die Fähigkeit des Umgangs mit Medien, wozu in erster Linie instrumentell-qualifikatorische Befähigungen (Fähigkeit, neue Geräte zu bedienen) und Kenntnisse (Funktionswissen) zählen. Hierunter fällt das Wissen, Computerprogramme zu installieren oder eine Webseite aufzurufen. Ästhetisches Wissen erlaubt, gestalterische Möglichkeiten von Medien zu entschlüsseln und zu nutzen (vgl. BMFSFJ 2013: S. 20). Bewerten ist ebenfalls eine fundamentale Fähigkeit und umfasst in diesem Zusammenhang die Befähigung, die hinter dem Medium befindlichen Interessen zu erkennen und daraufhin das mediale Angebot, Strukturen und Techniken kritisch zu reflektieren. Ergänzt wird die ethisch-kritische Reflexion von inhaltlichen Angeboten und medientechnischen Strukturen (vgl. ebd.: S. 20 ff.). Kinder und Jugendliche haben zwar oft ein technisches Verständnis und kennen sich im Umgang mit Medien aus. Doch die kritische Reflexion ihrer Online-Tätigkeit und die Beurteilung des Wahrheitsgehaltes und der Manipulationsfähigkeit von Medien, sind für viele noch unmöglich.

Verschiedene Wege führen zur Beteiligung der Bevölkerung, für die es Voraussetzungen bedarf. Diese Voraussetzungen unterscheiden sich kaum von Online- und Offline-Offerten. Beteiligungsformate sollten immer Gestaltungsmöglichkeiten bieten, die einen Bezug zur Realität und Lebenswelt herstellen sowie an das Thema und die Zielgruppe angepasst, aufbereitet und methodisch vielfältig sind. Wenig aussichtsreich ist, wenn sie optisch, inhaltlich und technisch die Beteiligten überfordern. Besonders Jugendliche sollten gezielt mit partizipativen Ansätzen im Medienhandeln gefördert und ihnen sollte somit Beteiligung erfahrbar gemacht werden. Wissen im Umgang mit dem Einsatz von (sozialen) Medien ist eine Voraussetzung aller Akteure (vgl. Deutscher Bundesjugendring 2012: S. 2f). Die schrittweise Etablierung der gesellschaftlichen Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten und es muss dabei geholfen werden, jüngeren Generationen Beteiligung verständlich zu machen und sie in ihren Alltag zu integrieren (vgl. Wolf 2016).

Wichtig ist an dieser Stelle nicht nur die rechtlichen und technischen Voraussetzungen der E-Partizipation darzulegen, sondern aufzuzeigen, welche positiven und negativen Folgen sich hinter diesem Beteiligungsmedium befinden. Nicht nur die Öffentlichkeitsbeteiligung und speziell die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (siehe Kapitel 3.5 und 4.4) haben Chancen und Grenzen, E-Partizipation ist genauso zwiespältig zu betrachten.

5.3 CHANCEN UND GRENZEN DER E-PARTIZIPATION

Der Übergang von Chancen zu Grenzen/ Grenzen zu Chancen ist teilweise sehr klein. So kann die Beteiligung der Bevölkerung im Internet marginalisierten Gruppen Gehör verschaffen, andere Wege der Kommunikation und Darstellung nutzen und ist eine Chance für die räumliche Planung, die bislang kaum genutzt wird (vgl. Schmidt 2013: S. 46). Aber hinter dieser Chance befinden sich desgleichen Grenzen, wie Jugendschutz, Anonymität der User, technische Voraussetzungen, sprachliche Barrieren etc. Dessen ungeachtet erleichtern digitale Planeinsichten und Informationsbereitstellungen, Meinungsumfragen, Ideengenerierung sowie digitale Mitteilungen an Beteiligte die Arbeit von Planenden. Während nur 10,2% aller 1068, im Rahmen einer Studie der *Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg* befragten Kommunen, digitale Beteiligungsmethoden für Jugendliche gebrauchen, sind 74,6% der Meinung, dass sie in Zukunft wichtiger werden (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2018: S. 14). Fraglich ist jedoch, inwiefern diese bereits lange erkannte Bedeutung in einer tatsächlichen Anwendung Umsetzung findet. Diese Haltung lässt den Rückschluss zu, dass digitale Methoden im Zusammenhang mit Jugendbeteiligung weitgehend unangetastet sind, obwohl ihre Bedeutung bekannt ist. Ursachen der Einstellung sind sehr vielfältig und werden im Laufe dieser Arbeit aufgezeigt.

5.3.1. CHANCEN DER E-PARTIZIPATION

Durch Online-Beteiligung entstehen neue Informations- und Kommunikationsräume, in denen sich Themen entwickeln können, die klassische Medien wie Tageszeitungen und Fernsehen bislang nicht nutzen konnten (vgl. Wimmer 2012: S. 54). Medienpädagogen versprechen sich von sozialen Medien und eigens für Jugendarbeit programmierten Online-Diensten, eine Aktivierung von Jugendbeteiligung (vgl. Ketter 2012: S. 115). Das Internet bietet vielfältige Darstellungsweisen (Videos, Bilder und Audios), Auswertungsoptionen (automatische Auswertung anstatt manuelle), eine permanente Präsenz (jeden Tag, rund um die Uhr) und durch Anonymität einen gewissen Schutz. Vornehmlich sozial schwächer gestellte Jugendliche möchten nicht, dass bestimmte soziale Marker, beispielsweise Kleidung oder Sprechweise, in Erscheinung treten, welche das Internet verbergen kann (vgl. Schlozman 2010: S. 487 f.). Manchen Menschen fällt es durch das gesprochene Wort leichter sich auszudrücken, weil ein Kommentar, bevor er abgeschickt werden, kontrolliert, geändert und gelöscht werden kann, im Gegensatz zum gesagten Wort (vgl. Hurrelmann et al. 2002: S. 544). Menschen mit Sprachfehlern oder taubstummen Menschen wird dadurch eine Möglichkeit zur Beteiligung geboten: Durch die technischen Mög-

lichkeiten von Computern und Smartphones können auch blinde Menschen via Sprachregelung über das Internet kommunizieren (vgl. Landgraf 2015; Gruber2018).

Laut Wimmer (2012) agiert die Jugend aktuell im Internet medial so partizipativ wie nie zuvor, wodurch Erwartungen entstehen, dass durch Onlinekommunikation Beteiligungsbe- reitschaft und bürgerschaftliches Engagement gestärkt werden. Diese Erwartungen treffen teils ein, teils bewahrheiten sie sich nicht (vgl. Wimmer 2012: S. 59; Wolling 2009: S. 448). Definitiv hat die gesteigerte Internetnutzung laut einer Studie der TU Dortmund (2015), *Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesell- schaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0* aus dem Jahre 2015, kei- nen negativen Einfluss auf die Bereitschaft zu

Die Chancen der E-Partizipation lassen sich erneut an dem Beispiel von Stuttgart 21 aufzeigen. Der Prozess von Bekanntmachung bis zum ersten Spa- tenstich zog sich über 15 Jahre. Zu lange, als dass Print- und Fernsehmedien diesen Prozess stets ansprechend und detailliert in das Gedächtnis der Bevölkerung hätten rufen können. Zu Beginn der Beteiligung war das Internet noch nicht so populär wie heute. Soziale Medien waren nicht allgegen- wärtig und die meisten Menschen bekamen ihre Informationen weniger aus dem Internet als heute. Die Übertragung und Bereitstellung aller relevan- ten Unterlagen, wie sie später im Schlichtungspro- zess rund um das Bahnprojekt im Internet durchge- führt wurde, war auf diese Weise zu Projektbeginn ausgeschlossen, wäre allerdings einträglich für das Verfahren gewesen (vgl. Büro Dr. Heiner Geißler 2010).

freiwilligem Engagement und Mitwirkung auf Seiten von Jugendlichen. Zugleich bestärkt diese Studie die Vermutung, dass das Internet für die Beteiligung junger Menschen mehr Möglichkei- ten bietet, die in Offline-Formaten schwer umzusetzen wären (vgl. Technische Universität Dort- mund 2015: S. 141). Beispielsweise werden Tools vergleichbar virtuelle Karten, Videos, Audios oder animierte Bilder unterstützend eingesetzt. Auch die Datenerfassung, -speicherung und - verbreitung wird durch das Internet erleichtert (vgl. Koop 2010: S. 19). Daten können über Jahre gespeichert und jederzeit aufbereitet, ergänzt und verbreitet werden.

Während eines E-Partizipationsprozesses kann sich flexibel an umgestaltete Rahmenbedingun- gen, wie geänderte gesetzliche Regelungen, Ansprüche und Wandel der Zielgruppe etc. ange- passt werden. Grundsätzlich ermöglicht das Internet große Mengen an Informationen interaktiv und intermedial darzustellen und aufzubewahren. Eine große Errungenschaft digitaler Demokra- tie besteht darin, dass sie die Bereitstellung, den Abruf und den Austausch von politischen und staatlichen Informationen wesentlich verbessert (vgl. Dijk van 2012: S. 49 ff.). Dadurch steigt die Transparenz sowie verbesserte Information des politischen Handelns der Entscheidungen, was letztlich in eine bessere Zugänglichkeit zu politischen Sachfragen münden kann (vgl. Kolleck 2016: S. 3).

Mittels Internet stehen vielfältige Formen an Beteiligungsformaten zur Verfügung. Befragungen auf Online-Plattformen sind zwar eine Ein-Wege-Beteiligung, doch sie sind für viele Forschungen und öffentliche Planentwicklungen notwendig. Online-Befragungen bevorteilen Papierbefragungen durch eine einfache Auswertung und eine problemlose, zeitnahe Verbreitung der Fragebögen über größere Räume. Online-Fragebögen können jederzeit ausgefüllt werden, sind ortsungebunden sowie Papier- und umweltschonend. Ein bedeutender Vorteil liegt darin, dass sie im Gegensatz zu einer persönlichen Befragung mit einem Interviewer eine deutlich höhere Repräsentativität gewährleisten: Viele Interviewer wählen bewusst oder unbewusst Befragte nach optischer Erscheinung aus. Menschen neigen dazu, bei einer persönlichen Befragung nach den eigenen individuellen Vorlieben zu handeln und Personen auszuwählen, die (unterbewusst) sympathisch erscheinen (vgl. Ketter 2012: S. 115).

Vornehmlich sind für eine Beteiligung Ziel, Zielgruppe, Format und Methode entscheidend, weniger bestimmend ist das Medium. Es ist irrtümlich zu glauben, dass allein die Chance zur Meinungsäußerung Menschen dazu bewegt, ihre Haltung publik zu machen und zu Beteiligten zu werden. Eine Vielzahl von Menschen vertritt die Ansicht, dass Fakten, die Menschen mitteilen möchten, unerhört bleiben und verzichtet demzufolge darauf, sich zu äußern (vgl. Flügge 2015). E-Partizipation ist ein ergänzender, bequemer, einfacher und schneller Weg der Bevölkerung, sich in das öffentliche Geschehen einzubringen und Meinungen zu äußern. Über PCs, Smartphones, Tablets etc. können Menschen Probleme melden oder mit Politikern und der öffentlichen Verwaltung diskutieren. Sie müssen dafür nicht das Haus verlassen, Formulare ausfüllen und in Briefkästen einwerfen oder Telefonhotlines anrufen.

Für die E-Partizipation ist es besonders wichtig, Stärken zu nutzen, um Risiken in Chancen zu verwandeln und Grenzen zu eliminieren, um Chancen zu erhalten. Daher kann das folgende Kapitel zwar als eine Aufzählung von Grenzen betrachtet, jedoch sollte zugleich im Umkehrschluss die Konsequenz daraus gezogen werden, dass es eine Chance sein kann, diese Grenze aufzulösen und aus der Schwäche einen Nutzen zu ziehen.

5.3.2 GRENZEN DER E-PARTIZIPATION

Kritiker warnen, dass sich Desinformation ausbreitet, bloße Simulation von Teilhabe und Fehlformen entsteht, ohne tatsächlich gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Diese Bedenken sind beständig, was ein Blick in die Geschichte der Medien belegt: Alle digitalen und die so genannten *neuen Medien* riefen jeweils solche Ängste auf den Plan, hatten widerstreitende Diagnosen und Annahmen über ihre Konsequenzen zur Folge (vgl. Schmidt 2013: S. 46). Abgesehen von technischen Voraussetzungen (siehe Kapitel 5.2.2) und dem Zugang zur Beteiligung, besteht vornehmlich die Frage der Reproduktion sozialer Ungleichheit innerhalb der Mediennutzung, die als *digitale Ungleichheit* (= *digital divide*⁹⁹) bezeichnet wird. Sie ist durch soziostrukturelle Ressourcenunterschiede wie kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital nach Pierre Bourdieu bedingt (vgl. Kutscher et al. 2015: S. 120). Ferner bestehen Ungleichheiten im Kommunikationsverhältnis, in der Kommunikationsart sowie ungleiche Wissensvoraussetzungen bei Beteiligungsthemen (vgl. Wimmer 2012: S. 55). Verschiedene Studien belegen, dass Unterschiede in der Internetnutzung nicht ausschließlich über individuelle Präferenzen, sondern mehr über Einflüsse in Form von Bildungshintergrund, sozialem Umfeld und finanziellen Ressourcen erklärt werden können (vgl. Kutscher et al. 2015: S. 120). Menschen mit niedrigem Bildungsstand oder einem niedrigem Haushaltseinkommen gebrauchen das Internet seltener zur Beteiligung als Angehörige der Mittelschicht mit hohen Bildungsabschlüssen. Neben Unwissenheit und fehlenden technischen Voraussetzungen ergänzen sich Hemmungen, was bei bestimmten Personengruppen deutlich wird: Ältere Menschen und Migranten trauen sich vermehrt nicht an Online-Verfahren teilzunehmen, da ältere Menschen weniger vertraut mit dem Internet und bei Migranten Sprachbarrieren ein zentraler Hindernisgrund sind (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 90), die allerdings auch Offline-Beteiligungen hinderlich machen.

*Die **technischen Voraussetzungen** sind noch längst **nicht überall gegeben**. Das Homeschooling in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt auf, dass Lebensrealitäten vieler Schüler nicht berücksichtigt werden. Längst haben nicht alle einen Computer zu Hause, stellenweise fehlt der Zugang zu einer Internetverbindung, die den Zugriff auf Daten und das Herunterladen jener ermöglicht (vgl. Munzinger: 2020). Daher ist es wichtig, Beteiligungen auf Smartphones durchzuführen, da jene überwiegend unter Kindern und Jugendlichen vorhanden sind (siehe Kapitel 5.1.2.1).*

⁹⁹ Digital divide = digitale Kluft, digitale Spaltung. Dieser Begriff beschreibt die Unterschiede im Zugang zu und der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie wie dem Internet, zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinsichtlich technischer und sozioökonomischer Faktoren (vgl. BBP 1 2017).

Weder die reale noch die digitale Gesellschaft setzt sich aus einer homogenen Nutzergruppe zusammen. So sehr E-Partizipation einen öffentlichen Dialog beleben kann, genauso stark können diejenigen ausgeschlossen sein, die keinen Zugang zum Internet haben, wobei sowohl der technische Zugang als auch das Wissen im Umgang mit dem Medium Internet gemeint sind. Vor allem höher Gebildete nutzen das Internet für ihre, die Öffentlichkeit betreffenden Interessen, geringfügiger Gebildete können mit (politischen) Botschaften auf diesem Weg nicht erreicht werden (vgl. Born 2014). Wolf (2016) knüpft daran an, indem er darauf verweist, dass selbst jüngere Nutzergruppen, die gewissermaßen am aktivsten online tätig sind und selten auf klassische politische Beteiligungsmöglichkeiten zurückgreifen, sich überdies online nur bedingt mehr beteiligen. Menschen mit einem niedrigeren Haushaltseinkommen und weniger Gebildete besuchen ebenso selten Präsenz-Veranstaltungen zur Beteiligung. E-Partizipation kann dieses milieuspezifische Beteiligungsproblem mildern, wenn konkret auf diese Gruppen eingegangen wird. Beteiligter können Beteiligungsverdrossenheit ergründen und lösen, wenn sie für jede Gruppe unterschiedliche Voraussetzungen und Maßnahmen bedenken (vgl. Wolf 2016).

Pädagogen und Medienwissenschaftler bewerten häufig die Medien kritisch, die Jugendliche nutzen und wollen nicht, dass Beteiligung in jenen Medien stattfindet, weil Jugendliche dort zum Teil überlegen und Beteiligter zu unerfahren sind. Manche Beteiligter weigern sich dahingehend, dass sie keinen Account in einem sozialen Netzwerk einrichten möchten oder nicht bereit sind, ein Dienstmobiltelefon zu führen, um nicht permanent erreichbar zu sein (vgl. Interview Flüge 06.09.2018). Doch es hemmt die Entwicklung von Jugendlichen und der Gesellschaft, wenn jene Gruppen nicht durch digitale Medien einbezogen werden, nur weil die Beteiligtegruppe auf diesem Gebiet überlegen ist. Es sollte vermehrt dazu führen, dass Beteiligter ihre entsprechenden Wissenslücken schließen, um so eine Grenze in eine Chance zu wandeln.

*Eine ausgiebige **Nutzung des Internets** kann zur **Sucht** führen. In einer Studie aus dem Jahr 2011 wurden bei den 14- bis 16-Jährigen, 4% als internetabhängig (Mädchen 4,9%, Jungen 3,1%) identifiziert (vgl. Rumpf et al. 2011). In 6,3% der Familien mit 14- bis 17-Jährigen berichteten Eltern über Probleme mit exzessiver Internetnutzung (vgl. Kammerl et al. 2012). Laut einer Studie im Zuge des Forschungsprojekts EU-Net-ADB aus dem Jahre 2013 nutzt etwa jeder zehnte deutsche Jugendliche das Internet zu intensiv (vgl. Tsitsika et al. 2013)). Hinter Apps und mobilen Spielen verbergen sich vielfach Gefahren. Der Einstieg ist oft kostenlos und nach einiger Zeit oder einem gewissen Spiel-Level geht es nur weiter, wenn User dafür bezahlen (vgl. Petersen; Thomasius 2010: S. 97 ff.).*

Manche Pädagogen nehmen Medien als Bedrohung wahr, während andere Pädagogen die Entwicklung positiv betrachten (vgl. Lutz 2012: S. 15). Extremistische Auftritte demonstrieren, dass Nutzer sozialer Netzwerke leicht manipuliert werden und sich negative Potenziale dahinter ver-

bergen können. Da diese Netzwerke zudem rasant wachsen, nimmt ihre Macht zu. Vor allem weil der Zutritt und das Verhalten im öffentlichen virtuellen Raum ohne legitimierte Regeln und anonym oder mit einer falschen Identität erfolgen kann, sind fortwährend Ungewissheiten und Risiken gegeben (vgl. Bayrischer Städtetag 2012: S. 24 f.). Niemand weiß, ob die Person, die vor dem Rechner sitzt, tatsächlich von der Beteiligung betroffen ist. Das ist kaum zu überprüfen und macht E-Partizipation letztendlich manipulierbar (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018).

Neben der Anonymität und möglichen Manipulierbarkeit der User liegt ein Nachteil der E-Partizipation in der Dramatisierung und Inszenierung der realen Welt. Menschen wollen unterhalten werden und an die Stelle substanzieller Diskurse tritt das *Infotainment*¹⁰⁰. Die Darstellung von Politik ähnelt wiederholt dem Showbusiness und ein Unterhaltungswert von Medien wird mittlerweile gleichartig bei Beteiligungsveranstaltungen erwartet (vgl. Selle 2012: S. 1). Auf eine paradoxe Weise führt das Internet durch die Unabhängigkeit von Raum und Zeit zur Dramatisierung der realen Welt. Das Leben wird schneller, aufdringlicher und unübersichtlicher. Medienkonsumenten werden überfordert und neigen dazu, das eigene Denken einzustellen (vgl. Eisel 2016: S. 271 ff.). Abstimmungen mittels Web 2.0 sind aus Gründen der Anonymität aus demokratischer, repräsentativer Sicht kritisch zu hinterfragen. Entweder äußert sich ein kleiner Teil der Bevölkerung zu Meinungsbildern oder es ist eine Gruppe Gleichgesinnter, die permanent auf der Online-Plattform aktiv ist (siehe auch: 90/9/1-Regel für Online-Kommunikation Kapitel 5.1.2) (vgl. Bayrischer Städtetag 2012: S. 26).

Bei der E-Partizipation in Form von Textmeldungen steht das Argument ungeachtet der vortragenden Person im Mittelpunkt, gleichzeitig rücken visuelle und andere, nicht textbasierte Kommunikationsformen zugunsten des Schriftprinzips in den Hintergrund. Das kann einerseits von Vorteil sein und als Chance gewertet werden, andererseits kann sich je nach Beteiligungsanlass, -form und -zielgruppe diese spezifische Selektivität als Belastung erweisen (vgl. Nanz; Fritsche 2012: S. 90). Obgleich schriftliche Kommentare überdacht und bearbeitet werden können, bevor sie abgesendet werden, ist die Person im Vorteil, die sich schriftlich verständlich, grammatikalisch sowie orthografisch korrekt und rhetorisch überzeugend ausdrücken kann. Zudem besteht bei Online-Diskussionen in der Regel kaum eine Chance sich mit Gestik und Mimik als Kommunikationsmittel auszudrücken, was die Deutung von Aussagen erschwert (vgl. ebd.: S. 120).

¹⁰⁰ Zusammensetzung aus den Wörtern *Information* und *Entertainment*. Darunter versteht sich der Teil eines Medienangebots, bei dem Empfänger informiert und gleichzeitig unterhalten werden sollen.

Die Bandbreite an Möglichkeiten, die sich im Web 2.0 ergibt, wodurch Kinder und Jugendliche bei Beteiligung aktiv werden, ist unüberschaubar (vgl. Wimmer 2012: S. 53). Was seriös oder Alibi-Beteiligung ist, ist für junge Menschen vielfach unkenntlich. Bislang mangelt es bei E-Partizipation noch immer an Transparenz und Responsivität, obwohl beides eine Grundlage von Beteiligung ist. Dies ist dadurch zu begründen, dass wiederkehrend nicht, nicht umfangreich genug oder dissonant kommuniziert wird, welchem Zweck eine Beteiligung dient. Der Umgang mit Ergebnissen und ob mit einer Reaktion von Politik und Verwaltung zu rechnen ist, ist gleichermaßen unklar (vgl. Albrecht et al. 2008: S. 8).

Jugendliche laden Fotos und Videos aus dem Internet herunter oder verbreiten sie, ohne dass die Rechtsfrage geklärt ist (vgl. BMFSFJ 2013: S. 57). Eisel (2016) spricht in diesem Zusammenhang von der naiven Netzgläubigkeit von Jugendlichen. Schon die gewaltige Verfügbarkeit von Daten im Internet lässt unzählige Jugendliche denken, dass die Daten seriös sind. Der leichte Informationszugang zu großen Mengen an Daten macht Informationsgewinnung bequem und der Wahrheitsgehalt wird von Jugendlichen selten geprüft. Jeder Nutzer kann Informationen bereitstellen, ergänzen und kombinieren. In Anbetracht von Kollaboration entstehen vollkommen neue Zusammenhänge und letztlich neue Informationen, unabhängig ob wahrheitsgemäß oder fehlerhaft: Das Wort *Fake News* steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit digitalen Medien (vgl. Scholl 2011: S. 36; siehe Kapitel 5.1.1).

Persönliche Daten werden im Internet etliche Male, ohne darüber nachzudenken, preisgegeben. Was die Sachlage verschlimmert, ist, dass das Internet nie einen Eintrag vergisst. Zwar soll laut Artikel 17 der EU-DSGVO ein Recht auf Löschung und Recht auf Vergessenwerden bestehen, aber daran wird sich inkonsequent gehalten (vgl. Lobe 2018: S. 1). Ein Beispiel ist die Online-Plattform Wikipedia: User übernehmen die Angaben meist völlig unreflektiert. Zudem lesen sie generell bei kommerziellen Angeboten das Kleingedruckte wie Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) selten (vgl. Eisel 2016: S. 291). Plattformen sollen Angebote zur offenen Meinungsäußerung bieten. Bei großen Social-Media-Plattformen ist das eigenverantwortliche Gestalten von Strukturen und Regeln nicht vorgesehen.

Mit dem Registrieren auf der Online-Plattform akzeptieren User im selben Moment die AGBs und begeben sich dadurch in ein Vertragsverhältnis zu den Anbietern. Nutzer sind gleichzeitig und oftmals unbewusst Kunden, was sich hinsichtlich verschiedener Pop-Ups und Einblendungen seitens der Werbetreibenden widerspiegelt (vgl. Schmidt 2013: S. 48). „Zynisch formuliert ist man also noch nicht einmal Kunde von Facebook und anderen Plattformen, sondern selbst das

Produkt“ (ebd.). Das Problem hierbei ist, dass zahlreiche Nutzer und Beteiligungsakteure der Meinung sind, sie verstünden mehr von Internetsicherheit, als es der Realität entspricht und bilden sich diesbezüglich nicht oder nur bedingt weiter (vgl. Horchert 2014). Die Schwierigkeit zu beheben erfordert Expertise und Arbeit, doch es ist nicht unmöglich, diese Grenze aufzubrechen.

Kinder und Jugendliche können in Schulen oder durch ihre Eltern besser über die Gefahren des Internets aufgeklärt werden. Es bedarf weiterer/ neuer Strategien im Umgang mit den Gefahren des Internets auf Seiten des Gesetzgebers und der IT-Experten. Der Gesetzgeber erkannte schon vor über 10 Jahren, dass Internet und digitale Medien nicht gefahrlos für Kinder und Jugendliche sind und in der Beteiligung Grenzen gesetzt werden müssen. Daher sind dies unter anderem Bereiche – obschon nur langsam wirksamer – die das Jugendschutzgesetz regelt. Junge Menschen werden heutzutage selten ohne eine Beteiligung an den Medien erwachsen und das Lernen aus Fehlern gehört dazu (vgl. Richter 2007: S. 101). In den letzten Jahren ist bereits eine sehr positive Entwicklung für Internet-User in Bezug auf AGBs, Recht auf Vergessenwerden, Abschließen von Verträgen etc. zu erkennen, was genauso der DSGVO¹⁰¹ zu verdanken ist, damit die E-Partizipation sicherer wird.

Die Beliebtheit der sozialen Netzwerke hält bei der E-Partizipation Einzug. Doch wer kein Mitglied in genau dem/den sozialen Netzwerk/en ist, über das beteiligt wird, kann an der über diese Netzwerke durchgeführten Beteiligung nicht teilhaben (vgl. Kutscher et al. 2015: S. 121). Gefahren für Netzwerkmitglieder bestehen dahingehend, dass in sozialen Netzwerken anhaltend das Risiko von Cyber-Mobbing¹⁰² oder Cyber-Bullying besteht. Eine Kontrolle der sozialen Netzwerke auf Mobbing und anderweitige diskriminierende Beiträge ist bislang nur schwer möglich (vgl. Schmidt 2013: S. 47). Sollte sich ein User zum Verlassen eines sozialen Netzwerks entscheiden, bauen sich soziale und technische Hürden auf. Soziale Hürden, weil zumindest in bestimmten Altersgruppen oder Jugendmilieus die Präsenz auf einer Netzwerkplattform unerlässlich ist, um sich nicht sozial von Gleichaltrigen zu isolieren. Technische Hürden bestehen, da der User die

¹⁰¹ Art. 17 DSGVO Recht auf Löschung ("Recht auf Vergessenwerden"), Art. 19 DSGVO Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung.

¹⁰² Mobbing bezeichnet feindliche Angriffe gegen eine/ mehrere Personen, die systematisch und über einen längeren Zeitraum ausgeübt werden mit dem Ziel, Betroffene zu demütigen oder auszugrenzen (vgl. Leffers; Hockling 2005). Das Wort *Mobbing*, wie es meist von Schülern verwendet wird, meint zwar nicht immer das, was Fachleute unter diesem Begriff subsumieren. Nichtsdestoweniger ist die Problematik des öffentlich Ärgerns und Bloßstellens unter Jugendlichen präsent, denn beleidigende oder diskriminierende Äußerungen, die strenggenommen kein Mobbing darstellen, sind dennoch aus Sicht der Betroffenen eine Belastung (vgl. MPFS 2016: S. 49).

aufwendig eingestellten und zusammengetragenen Informationen nicht problemlos zu einem anderen Netzwerk transferieren kann (vgl. Schmidt 2013: S. 48).

Die nach 1990 geborenen Menschen sind wie selbstverständlich mit dem Internet aufgewachsen. Daraus wird voreilig die Schlussfolgerung gezogen, sie seien alle und permanent im Internet aktiv und würden sich überall beteiligen. Obwohl die Schlussfolgerung stimmen könnte, sind dadurch, dass Flatrates die Kosten der Internetnutzung gering halten, eine Vielzahl von Menschen online, ohne wirklich im Internet aktiv zu sein, was Zahlen zur Aktivität verfälscht (vgl. Eisel 2016: S. 273 ff.). Im Internet ist die Entscheidung gegen die Teilnahme an einer Beteiligung deutlich einfacher als bei Vor-Ort-Veranstaltungen, denn es lässt sich ohne weiteres eine Website wieder schließen. Dies belegt sich bisweilen an der durchschnittlich kurzen Verweildauer auf Beteiligungsplattformen, eine Offline-Veranstaltung hingegen verlassen Teilnehmende eher selten vorzeitig (vgl. Kolvek 2016: S. 4).

Trotz der Schnelligkeit der technischen Möglichkeiten ist eine Online-Beteiligung fast immer mit einem höheren (technischen, finanziellen und personellen) Aufwand auf Seiten der Verwaltung verbunden, als eine Offline-Beteiligungsveranstaltung:

- Planung und Konzipierung von Verfahren vollziehen sich bereits weit im Vorfeld,
- technische Umsetzung und Aktualisierung der Online-Plattform,
- Kontrolle und Betreuung von Technik und Inhalten der Online-Plattform,
- Auswertung, Darstellung und Übermittlung der Resultate,
- ggf. ist eine Moderation nötig, beispielsweise wenn Blogs einbezogen werden,
- zeitnahe, regelmäßige Kommunikation mit Teilnehmenden und Erreichbarkeit bei Fragen und Problemen (vgl. Koop 2010: S. 27 ff.).

Der Aufwand unterscheidet sich je nach Zielsetzung und Rahmenbedingungen erheblich. Um zu wissen, welche (gestalterischen und technischen) Entscheidungen sich auf welche Weise auf den Beteiligungsprozess auswirken, sind umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen im Vorfeld angebracht (vgl. Åström 2012: S. 75 f.). Bedingt durch den technischen Fortschritt, verbesserten Grafiken und virtuellen Realitäten mit Echtheitsfaktor, stellt sich die Frage, was Online-Plattformen bieten müssen, damit Jugendliche teilnehmen würden. Videospiele¹⁰³ in Form von

¹⁰³ Ein Video-/Computerspiel ist ein elektronisches Spiel, das durch Interaktion mit einer Benutzeroberfläche ein visuelles Feedback auf einem Videobildschirm, meist einem Fernsehgerät oder Computermonitor, generiert (vgl. Bates 2002: o. A.).

Ego-Shootern¹⁰⁴ und realistisch arrangierten Autorennspielen sind gestalterisch aufwendig und spannend zu spielen. Zugleich gibt es dort Kommunikation in Echtzeit unter den Spielern. Plattformen müssen viel bieten, um Jugendliche von sich zu überzeugen und können nicht mit denen von Erwachsenen verglichen werden, da Erwachsene andere Maßstäbe setzen (vgl. Interview Stange 08.02.18).

Eine Online-Plattform kann nicht als die Lösung für sämtliche Beteiligungsprobleme betrachtet werden. Beteiligungen bleiben vielfach erfolglos, obwohl Ministerien, Politiker und Verbände in die Entwicklung, Programmierung und den Betrieb von Beteiligungsplattformen investieren. Diesen Irrglauben nutzen einige Agenturen, die Plattformen erstellen und schaffen eine Plattform, die laut eigenen Angaben alles kann. Das reicht von Bebauungsplanbeteiligung über Mängelmelder, Diskussionen bis zu konkreten Entscheidungsprozessen (vgl. Flügge 2015). Solche Überangebote erregen bei Beteiligten Misstrauen und Enttäuschung, sofern sie nicht ihren Erwartungen entsprechen und schaden dem Ruf von (Online-)Beteiligungsvorhaben.

Die aufgeführten Grenzen machen deutlich, dass weniger die E-Partizipation, also die Beteiligung mittels digitaler Medien eine Grenze darstellt, als mehr die Strukturen, die hinter der digitalen Welt stehen und nicht ausgereift oder zu einfach zu manipulieren sind: rechtliche und technische Bedingungen, Zugriffsrechte, Anonymität, Datenschutz, Löschung von Daten, Barrierefreiheit etc. Auf diesen Gebieten gibt es zukünftig enormen Handlungsbedarf, damit aus Grenzen Chancen werden.

¹⁰⁴ Ego-Shooter (im englischen first-person shooter) sind Video-/Computerspiele, bei der ein Spieler aus der Ich-Perspektive in einer dreidimensionalen Spielwelt agiert und mit Schusswaffen gegen andere Spieler oder computergesteuerte Gegner kämpft (vgl. Bopp 2009: o. A.)

5.4 ZWISCHENFAZIT

Digitale Medien und junge Menschen sind Komponenten, die in der Beteiligung nicht separat betrachtet werden sollten. Online-Beteiligungen und der Einsatz digitaler Medien sind eine sinnvolle Ergänzung zu Offline-Beteiligungsverfahren. Online-Beteiligung ist kein eigenes Format, sondern ein Medium, um Mitwirkungsmethoden, die teilweise auch offline bestehen, umzusetzen. Sowohl Online- als auch Offline-Beteiligungen haben ihre Chancen und Grenzen, die vor jeder Beteiligung zu bedenken und abzuwägen sind.

Ein wesentlicher Bestandteil von Online-Beteiligungen sind digitale Medien. Medien nahmen grundsätzlich fortwährend Einfluss auf Meinungsbildung und Einstellungen von Menschen, welche noch nie so global aktiv und kommunikativ waren wie heute. Digitale Medien strahlen heutzutage kraft ihrer nahezu bestehenden Omnipräsenz einen größeren Einfluss auf Berichterstattung, Alltag und Öffentlichkeitsbeteiligung als in der Vergangenheit aus und ihre Existenz ist durch zwiespältige Meinungen gekennzeichnet. Einerseits bieten sie optimale Teilnahme- und Informationsmöglichkeiten, andererseits können sie manipulativ und gefährlich zugleich sein. Der Wahrheitsgehalt digitaler Medien ist stets zu hinterfragen und ihr Einsatz in der Beteiligung nur zu vollziehen, wenn diesbezüglich Wissen der verantwortlichen Akteure vorhanden ist. Das Internet kann permanent eine Vielzahl von Menschen erreichen und miteinander verbinden, es kann darstellen, korrigieren, Audios, Bilder und Videos abspielen. Für Digital Natives sind Internet und digitale Medien nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken. Angesichts internetfähiger Smartphones, welche mittlerweile in Deutschland fast jeder Teenager und unzählige Kinder besitzen, sind die Menschen fortlaufend und überall online und erreichbar. In erster Linie nehmen Kinder und Jugendliche je nach Alter mit ihren Smartphones auf verschiedenen sozialen Plattformen am virtuellen Leben teil, auf denen sie sich mit anderen Menschen austauschen. Sie kommunizieren permanent mit der Welt oder ziehen Informationen aus dem Internet. Aus diesem Grund entschied sich das UR-Innovationsteam im Zuge des Beteiligungsprozesses in Göttingen Osterode a. H. für eine Online-Beteiligung als Ergänzung zum Offline-Angebot. Vor allem in ländlichen Räumen, in denen oftmals durch schlechte ÖPNV-Erreichbarkeiten Jugendliche nur umständlich zu Beteiligungsveranstaltungen gelangen können, ist Online-Beteiligung vorteilhaft, sofern eine stabile Internetverbindung vorhanden ist. Umfragen, Wegetagebücher, Informationsübermittlung, Abstimmungen etc. sind online vielfach reibungsloser und schneller durchzuführen als durch Offline-Methoden. Doch solche Online-Angebote kosten meist mehr Geld als Offline-Formate, da sie vielfach durch externe Agenturen erstellt werden müssen.

Fundamental ist es für Teilnehmer sich zu Beginn einer Beteiligung intensiv mit den Chancen, Grenzen und rechtlichen Gegebenheiten in Bezug auf Internet und Jugend-/Datenschutz zu befassen. Da das Internet keine unerheblichen Gefahren birgt, verstärken sich Regelungen und Einschränkungen für die Arbeit mit Jugendlichen im Internet und die Gewinnung von Daten durch die EU-DSGVO enorm. Teilnehmer müssen technische und inhaltliche Voraussetzungen schaffen und eine optimale Verbindung aus Online- und Offline-Beteiligung initiieren. Je nach Zielgruppe stellt E-Partizipation unterschiedliche Gestaltungsanforderungen. Vergleichbar der Offline-Beteiligung sind bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, damit eine Online-Mitwirkung durchgeführt werden kann. Dazu gehören die Bereitstellung zeitlicher und finanzieller Ressourcen, Motivation von Beteiligten und Teilnehmern, die Entwicklung eines der Zielgruppe angepassten Formats, die Gewährung von Transparenz, Sicherstellung eines funktionierenden und erreichenden Informationsfluss etc.

Grenzen entstehen mitunter dadurch, dass im Internet nichts vergessen und Anonymität gewährt oder eine falsche Identität ermöglicht wird. Verfälschte Informationen, wofür besonders Kinder und Jugendliche anfällig sind, lassen sich schnell verbreiten und nur aufwändig wieder entfernen, sofern sie als solche erkannt werden. Auf sozialen Netzwerken laden User Bilder, Videos und andere Dateien hoch, ohne oftmals über Konsequenzen nachzudenken, unabhängig davon, ob sie die Urheberrechte besitzen oder ob sie wissen, wer die Dateien für welche Zwecke verwendet. Grenzen bestehen desgleichen in Bezug auf die Repräsentativität von Abstimmungen und Umfragen bei Online-Beteiligungen, da – sofern es keine Anmeldung gibt – unbekannt ist, wer wie häufig abstimmt oder ob Abstimmungen erkauft werden. Entsprechend Offline-Beteiligungen lässt sich kaum verhindern, dass sich bei Online-Plattformen weniger Randgruppen wie Migranten, Sozial- oder Bildungsschwache, sondern die *üblichen Verdächtigen* beteiligen. Das sind Personen, die aus vielfältigen Gründen gehäuft an öffentlichen Mitwirkungen teilnehmen als die restliche Bevölkerung. Letztendlich sind Ergebnisse von Online-Beteiligungsprozessen daher als Hinweis, Trend oder Stimmungsrichtung zu bewerten, können wegweisend sein, sind allerdings kritisch zu hinterfragen. Das ist nicht zuletzt bei der vorliegenden Studie der Fall, weswegen die herausgestellten Quintessenzen nicht als absolut übertragbar gelten, sondern als Hinweise und Anregungen für weitere Jugendbeteiligungsverfahren zu verstehen sind.

6. DAS FORSCHUNGSDESIGN

Empirische Forschung bedeutet Daten zu erheben, um daraus Erkenntnisse zu ziehen¹⁰⁵ (vgl. Hug; Poscheschnik 2015: S. 22 ff.). Um die Forschungsfrage zu beantworten und die aufgestellten Hypothesen zu be- oder widerlegen (siehe Kapitel 2.3), wurden mehrere Forschungsmethoden miteinander kombiniert. Dieses Kapitel beschreibt die Vorgehensweise der Untersuchung, beginnend mit Kapitel 6.1, das die empirische Grundlage dargestellt. Kapitel 6.2 beinhaltet Hintergründe zur Kombination von quantitativen und qualitativen Untersuchungsmethoden und begründet den Mixed-Method-Forschungsansatz. Rahmenbedingungen in Form von Zielgruppenbestimmung und Beschreibung des Untersuchungsraums erfolgen in Kapitel 6.3. Die Kapitel 6.4 bis 6.7 beinhalten die Vorgehensweisen, die herangezogen wurden, um das Forschungsziel zu erfüllen: Sie beschreiben die Experteninterviews sowie die Online-Plattform *My-Goettingen-Osterode.de*, erläutern den Ablauf der Offline-Workshops und geben Hintergründe zu den Offline-Befragungen an drei Göttinger Schulen.

6.1 DIE EMPIRISCHE GRUNDLAGE

Zentraler Gegenstand dieser Untersuchung ist eine Fallstudie, welche sich an einem einzelnen Planungsprojekt orientiert (vgl. Langenau 2001: S. 12). Fallstudien sind empirische Forschungen, die einen Untersuchungsgegenstand in seinem realen Umfeld untersuchen und dabei kontextbezogenes Wissen über komplexe Zusammenhänge in der Umgebung generieren. Mit einem Fall können Personen, Organisationen sowie Ereignisse umfassend untersucht werden (vgl. Yin 2014: S. 50 f.). Fallstudien sind eine der gängigsten Methoden in der Raum- und Planungswissenschaft und werden vermehrt nicht als eigene Methode, sondern als Forschungsansatz bezeichnet. Das stimmt insofern, als dass innerhalb eines Fallstudiendesigns verschiedene qualitative und/oder quantitative Methoden eingesetzt werden können. Sie folgen jeweils eigenen methodischen Grundsätzen und Regeln (vgl. Lamker 2014: S. 1 ff.). Die vertiefte Analyse eines Prozesses innerhalb einer Fallstudie ermöglicht Wirkungszusammenhänge zu erkennen, zu beschreiben und zu erklären, die für eine rein quantitative Analyse nicht zugänglich sind (vgl. ebd.: S. 7). Eine Fallstudie kann detailliertes und kontextabhängiges Wissen produzieren, ermöglicht die Beobachtung von Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen Phänomenen und ihrem Kontext (vgl.

¹⁰⁵ Beispielsweise durch Dokumentanalysen, Interviews beziehungsweise Befragungen oder Beobachtungen.

Lamker 2014: S. 9). Dieses Wissen erlaubt hingegen keine Aussagen über die Wahrscheinlichkeit, ähnliche Zusammenhänge in anderen Zusammenhängen vorzufinden.

Fallstudien eignen sich im Besonderen als wissenschaftliche Erhebung, wenn eine *Wie-* oder *Warum-Frage* gestellt wird. Zudem werden sie eingesetzt, wenn es sich um aktuelle, neue oder zeitlich beschränkte Phänomene handelt und der Forschende wenig oder gar keine Kontrolle über die Ereignisse besitzt (vgl. Seubert 2010: S. 10). Dies liegt partiell bei der vorliegenden Forschung vor, denn die Fallstudie präsentiert, auf welche Weise und mit welchem Format Jugendliche in der Fokusregion, durch Einsatz digitaler Medien zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bewegt werden können, was bis dato noch nicht durchgeführt wurde.

Diese Fallstudie zieht Rückschlüsse, die für Beteiligungsverfahren von Jugendlichen verallgemeinerbar sind. Die Vorstellung, dass keine auf Basis eines Einzelfalls verallgemeinerbare Aussagen getroffen werden können, gilt wissenschaftlich als unangemessen. Eine Forschung, die sich primär an einzelfallspezifischen Situationen orientiert, kann insofern von verallgemeinernder Bedeutung sein, als dass sie dazu dient, die Art der Erkenntnisfähigkeit von Agenten und damit ihre Handlungsgründe über eine Vielzahl von Handlungskontexten hinweg zu beleuchten (vgl. Flyvbjerg 2006: S. 9). Die formale Verallgemeinerung als Quelle wissenschaftlicher Entwicklung wird überbewertet, während die Bedeutung eines Beispiels unterschätzt wird. Es ist derzeit praktikabel, auf der Basis eines einzelnen Falls zu generalisieren und eine Fallstudie kann durch Abstraktion als Ergänzung oder Alternative zu anderen Methoden zentral für wissenschaftliche Entwicklungen sein (vgl. ebd.: S. 12).

Empirische Sozialforschung beschreibt Untersuchungen über gesellschaftliche Entwicklungen und Zusammenhänge, die weiterentwickelt und überprüft werden können (vgl. Diekmann 2016: S. 12). Grundlagenanalyse und Empirie stehen dabei in einem engen Zusammenhang (siehe Abbildung 19), denn ohne eine grundlegende Analyse der Thematik kann keine empirische Arbeit entstehen.

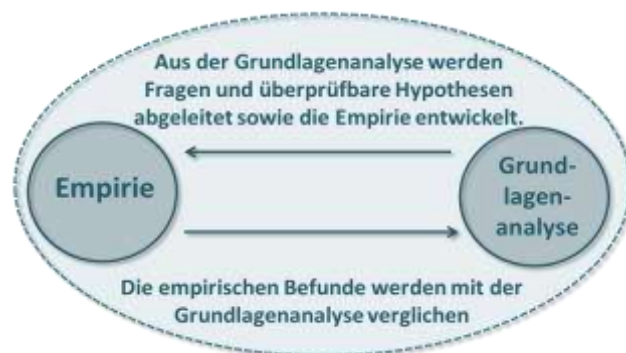


Abbildung 19: Verbindung aus Empirie und Grundlagenanalyse
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Diekmann 2016: S. 47 ff.

Die Methoden empirischer Sozialforschung basieren auf der systematischen Erhebung sozialwissenschaftlicher Daten. In dieser Studie sind vorwiegend quantitative Befragungen und qualitative Interviews von Belang. Im Gegensatz zur theoretischen Aufarbeitung dieser Arbeit rücken in der Fallstudie/ ab diesem Kapitel Jugendliche in den Forschungsfokus, da Kinder in der Studie nicht zur Zielgruppe gehören (siehe Kapitel 6.3.1).

Die Befragung von Jugendlichen wurde durchgeführt, da dem Landkreis Göttingen sowie der Stadt Göttingen zwar die Problematik der Unterauslastung der öffentlichen Freizeitorde Jugendlicher und deren Erreichbarkeitsdefizite bekannt, die Gründe für die sinkenden Besucherzahlen der städtischen Jugendeinrichtungen hingegen nicht offenkundig sind (vgl. Stadtjugendring Göttingen e.V. 2014). Es bestehen zudem keine Informationen über Jugendliche in Göttingen

- zu subjektiven Erreichbarkeiten von Freizeitorde, insbesondere nicht über Jugendliche aus dem ländlichen Umland,
- zu Gegebenheiten, die Jugendliche an diesen Orde umgestalten würden, was sie als Defizite betrachten, wie sie diese Defizite ändern möchten,
- darüber, wie stark die in der Region lebenden Jugendlichen sich vom Landkreis Göttingen und der Stadt Göttingen bezüglich ihrer Freizeitorde beteiligt fühlen.

Solche Informationen sind jedoch wichtig, um die Lebensqualität von Jugendlichen in Bezug auf öffentliche Freizeiteinrichtungen zu überprüfen und rechtzeitig Handlungsmaßnahmen zu generieren, damit Jugendliche in ihrer Heimatgemeinde bleiben möchten.

Für die Dissertationsforschung sollte mit dieser Beteiligung herausgefunden werden, mit welchem Format Jugendliche in der Region bestmöglich beteiligt werden können. Das beinhaltet Informationen zu sammeln,

- wie Jugendliche diesbezüglich erreicht und informiert werden,
- was Jugendliche über Beteiligung denken,
- über Auskünfte zum Zeitbudget, das sie dafür aufwenden können und
- was sie zu einer Beteiligung motiviert.

Über 350 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren wurden aus diesem Grund innerhalb eines Jahres mit drei Methoden beteiligt, auf die im Folgenden detailliert eingegangen wird:

- Eine Online-Plattform: *My-Goettingen-Osterode.de*¹⁰⁶ inklusive Evaluation,
- Drei Offline-Workshops inklusive teilnehmender Beobachtung der Verfasserin dieser Arbeit sowie Evaluation,
- Drei Offline-Befragungen an drei Göttinger Schulen.

Ein zentraler Forschungsansatz dieser Studie liegt in der Evaluation der Beteiligungsmethoden. Dafür wurden anschließend an die jeweiligen Jugend-Workshops Evaluationen dieser Veranstaltungen durchgeführt. Im Nachgang der Online-Plattform erfolgte ebenso eine Evaluation dieser. Damit eine Übersichtlichkeit über die jeweiligen Zeitpunkte des Einsatzes der Beteiligungsmethoden gegeben ist, wird in Abbildung 20 der zeitliche Methodenablauf dargestellt.

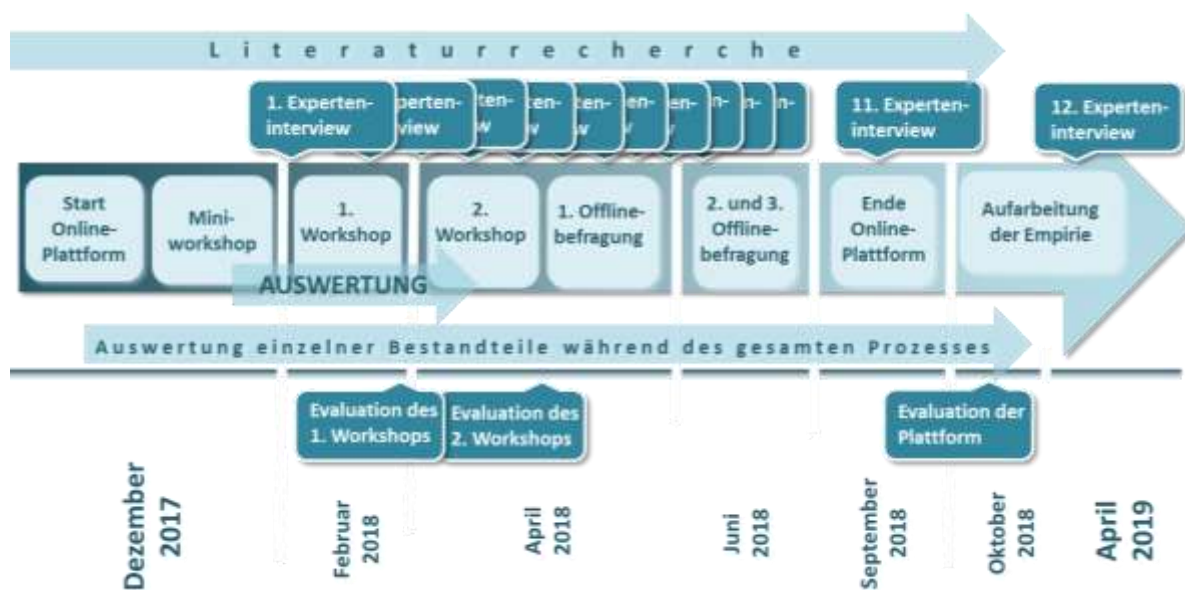


Abbildung 20: Zeitlicher Methodenablauf der empirischen Bestandteile
Quelle: Eigene Darstellung

Während der gesamten empirischen Phase wurden bereits abgeschlossene Prozesse ausgewertet, deren Ergebnisse und Erfahrungen in den nächsten Bestandteil einfließen. Die Resultate des einen Workshops waren für die Darauffolgenden die Vorbereitungsgrundlage. Nach dem letzten empirischen Bestandteil, der Evaluation der Plattform, wurden alle Ergebnisse aufbereitet, verglichen und auf die Beantwortung der Forschungsfrage und Hypothesenüberprüfung untersucht.

¹⁰⁶ Auf der Online-Plattform wurden Jugendliche erst ab einem Alter von 16 Jahren beteiligt (siehe Kapitel 6.3.1).

6.2 DER MIXED-METHOD-ANSATZ ALS UNTERSUCHUNGSMETHODE

In Kapitel 6.1 wurde ersichtlich, dass sich nicht einer empirischen Methode bedient, sondern ein Mixed-Method-Ansatz gewählt wurde. Das Thema Jugendbeteiligung ist zwar in der Wissenschaft weder neu noch unbekannt, aber in Kapitel 3.2 bestätigt sich der unzureichende Forschungsstand im Sinne von Offline- und Online-Beteiligung mittels digitaler Medien. Bei dieser Forschungsform liegt der Schwerpunkt auf dem Entdecken weshalb explorativ geforscht wurde. Explorative Forschung wird eingesetzt, wenn wenig über Ursachen und Zusammenhänge bekannt ist und bislang keine oder nur grobe Annahmen vorhanden sind. Es wird zunächst ein Einblick in unstrukturierte Situationen erhalten, wobei nicht das Überprüfen, sondern das Finden von Fakten ausschlaggebend ist. Für gewöhnlich wird sich bei der explorativen Forschung nicht einer standardisierten Untersuchungsmethode bedient. Explorative Forschung zeichnet sich dadurch aus, dass das Sammeln von Basisinformationen der erste Ansatzpunkt ist, welcher hier mittels Literaturanalyse vollzogen wurde. Daraus resultieren Informationen, die eine spätere Untersuchung konkretisieren. Charakteristisch für explorative Forschung ist, dass Informationen aus verschiedenen Formen explorativer Untersuchungen resultieren (vgl. WPGS o. J.). Für die Beschaffung der Informationen eignen sich laut Ulber (2010) zuweilen folgende Methoden: Einzel- und Gruppeninterviews, Expertengespräche und Literaturanalyse (vgl. Ulber 2010: S. 23). Alle drei Formen finden in dieser Studie Anwendung (siehe Kapitel 6.2.1, 6.4 und 6.7). Die explorative Forschung grenzt sich von der deskriptiven (= Daten werden nur beschreibend ausgewertet, ohne zeitliche oder kausale Zusammenhänge herzuleiten) und kausalanalytischen (= Erforschung ursächlicher Zusammenhänge) Forschung ab (vgl. Wöhe 2005: S. 461).

Die Verwendung von qualitativen und quantitativen Methoden ist bei dieser Arbeit effektiv, weil dadurch so viele Forschungserkenntnisse wie möglich erhalten werden, die Blickwinkel einzelner Akteure demonstrieren (Experteninterviews = Beteiligter; Workshops und Online-Plattform = Beteiligte und Beteiligter). Mixed Method-Ansätze verfügen erfahrungsgemäß über eine dominierende Forschungsmethode. Diesfalls ist die quantitative Forschung dominierend, da die Online-Plattform, die Offline-Workshops und die Offline-Befragung an Schulen quantitativ durchgeführt wurden, die Experteninterviews hingegen waren qualitativ.

6.2.1 LITERATURANALYSE ALS BASIS DER FORSCHUNG

Die Literaturanalyse ist eine für sich isoliert zu betrachtende Methodik der Sekundärforschung und beinhaltet eine systematische, explizite und reproduzierbare Durchsicht inklusive Analyse aller thematisch relevanten Quellen. Sie besteht aus der Literaturrecherche (Suche, Reduktion und eventuell Clusterbildung der Ergebnisse) und Inhaltsanalyse (vgl. Kotulla 2012: o. A.). Diese Studie begann mit einer umfangreichen Aufarbeitung des theoretischen Hintergrundes, deren Resultate bereits in Kapitel 3.3 dargestellt wurden. Dazu gehört die Definition von Begrifflichkeiten, die Darlegung und Entwicklung des aktuellen Forschungsstandes sowie der gesetzlichen Grundlage, die historische Entwicklung der Beteiligung, aktuelle Gegebenheiten etc. als Grundlage für die empirische Forschungsarbeit. Obschon der aktuelle Forschungsstand von Online- und Offline-Jugendbeteiligung gering ist, wurde soweit machbar, eine Literaturrecherche/ -analyse durchgeführt. Der erarbeitete, umfangreiche wissenschaftliche Ausgangspunkt ist ebenso wichtig für die Belegbarkeit oder Widerlegbarkeit der Hypothesen und untersucht die Relevanz der Forschungsfrage. Für die Bildung des theoretischen Hintergrundes wurden Online-Beiträge, Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, Buchbeiträge (Gesetzestexte, Monographien und Sammelbände) sowie Vortragsmitschriften und -publikationen in deutscher und englischer Sprache untersucht. Um Experteninterviews durchzuführen ist es elementar, sich zunächst intensiv mit allen Facetten und Hintergründen von Kinder- und Jugendbeteiligung auseinander zu setzen. Die geführten Experteninterviews wiesen weitere, wesentliche Ansichten für den theoretischen Rahmen nach, die die Ergebnisse der Literaturanalyse ergänzen.

Viele hier verwendete Informationen stammen aus Internetquellen, weil diese in Anbetracht des engen Themenbezugs und der Aktualität besonders geeignet sind, in die theoretische Forschungsbasis einzufließen. Dem Internet sind unzählige Informationen zu entnehmen, da Beiträge sich an Adressaten richten, die nicht auf wissenschaftliche Journals zurückgreifen. Jugendliche, Personen die im Jugendbereich und der städtischen Verwaltung arbeiten, Beteiligter aus der Praxis, die aktuellste Informationen zu Jugendbeteiligung recherchieren etc., greifen auf Internetquellen oder auf Informationen aus Datenbanken und Zeitschriften zurück, in denen es keine Review- Verfahren¹⁰⁷ gibt, weil sie meist kostenlos/ kostengünstig und leicht zu beschaffen sind. Bezogene Internetquellen und Zeitschriften wurden vor ihrer Verwendung durch die Verfasserin dieser Forschungsarbeit auf ihre Seriosität geprüft, beispielsweise dadurch, dass sie über Univer-

¹⁰⁷ Ein Review ist ein Verfahren zur Qualitätssicherung einer Arbeit durch unabhängige Gutachter, die dem gleichen Fachgebiet entsprechend des Autors der Arbeit entstammen.

sitätsdatenbanken und -bibliotheken, Ministerien oder anderen Behörden erfragt wurden, so dass sich Autor und Expertise überprüfen lassen. Wissenschaftliche Suchmaschinen wie Google Scholar unterstützten zusätzlich bei der Suche nach wissenschaftlichen Texten.

Bislang existieren keine entsprechenden Datenbanken oder Online-Portale, die Beteiligungsprojekte digital auflisten. Eine Bestandsaufnahme über aktuelle Forschungsschwerpunkte besteht lediglich rudimentär. Als Literaturgrundlage dienen primär Berichte verschiedener Forschungseinrichtungen, die medienpädagogische Studien durchführen. Es berichten temporär nicht gereviewte Fachzeitschriften über neue Quintessenzen aus der Kinder- und Jugendmedienforschung. Ergebnisse der Studien der Landesmedienanstalten sowie deren Untersuchungsberichte werden in der Regel zeitnah in Schriftenreihen der jeweiligen Landesmedienanstalten publiziert (vgl. Ganguin; Sander 2005: S. 222 ff.).

Um eine subjektive und willkürliche Literaturrecherche und -analyse zu verhindern und weil der Schwerpunkt der vorliegenden Fallstudie auf Jugendliche und Online-Beteiligung befand, lag der Fokus der Literaturrecherche auf der theoretischen Grundlage von Sekundäranalysen empirischer Studien zu Jugendbeteiligungen und Aktivitäten junger Menschen im Internet. Es gibt mitunter Jugendstudien, die den Umgang mit Medien und Kompetenzen untersuchen, einzelne Studien zu Beschreibungen von länderspezifischen Unterschieden in Bezug auf Jugendbeteiligung, Untersuchungen, welche die Bedeutung, Vor- und Nachteile des Internets für die Beteiligung (Jugendlicher) erforschen und vereinzelt welche, die politische Jugendbeteiligung im Internet untersuchen.

Es gibt ebenfalls wissenschaftliche Studien zu kommunalen Jugendbeteiligungsprozessen, allerdings sind gemäß der Recherche keine Studien bekannt, die genannte Themen miteinander vereinen. Eine Übersicht über bestehende Forschungen bietet die folgende Charakterisierung; unter den recherchierten Studien sind unter anderem:

- *Jugendstudien, die den Umgang mit Medien untersuchen*, Beispielsweise:
 - BMFSFJ (2013): Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche;
 - Lüdecke; Schulz (2011): (Neue) Medien, Partizipation und nachhaltige Entwicklung;
 - MPFS- Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2016): JIM 2016 Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12-bis 19-Jähriger in Deutschland;

- MPFS- (2018): JIM 2018 Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12-bis 19-Jähriger in Deutschland
- *Studien zu Beschreibungen länderspezifischer Unterschiede hinsichtlich Jugendbeteiligung*, Beispielsweise:
 - Böttcher, Wolfgang; Kerlen, Christiane; Maats, Peter; Schwab, Oliver; Sheikh, Sonja (2014): Evaluation in Deutschland und Österreich: Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DeGEval;
 - Karbach (2012): ePartizipation und Europa – Die Jugend im Blick;
 - Newton, Kenneth; Giebler, Heiko (2008): Patterns of Participation: Political and Social Participation in 22 special – Band 6;
- *Studien, die die Bedeutung, Vor- und Nachteile des Internets für die Partizipation (Jugendlicher) untersuchen*, Beispielsweise:
 - Albrecht et al. (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government;
 - Bakker; de Vreese (2011): Good News or the Future? Young People, Internet Use, and Political Participation);
 - Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (2014): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie;
 - Kutscher et.al. (2015): Politische Netzwerkaktivitäten junger Menschen;
 - Lutz (2012): Exzessive Mediennutzung als Voraussetzung von e-Partizipation. Ein Dilemma – oder die Verhinderungsmechanismen der e-Partizipation
- *Studien, die politische Jugendbeteiligungen im Internet untersuchen*, Beispielsweise:
 - Lange et al. (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 -Chancen, Grenzen, Herausforderungen-, Technische Universität Dortmund, FK 12 Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./Technische Universität Dortmund
- *Studien, zu kommunalen Jugendbeteiligungsprozessen*, Beispielsweise:
 - Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachbereich Jugend und Politik [Hrsg.] (2018): STUDIE Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018

6.2.2 KOMBINATION QUALITATIVER UND QUANTITATIVER FORSCHUNG

Die vorliegende Forschung basiert auf qualitativen und quantitativen Untersuchungspraktiken, die sich zwar zu zwei eigenständigen Bereichen in der empirischen Sozialforschungslandschaft entwickelten, sich jedoch bei entsprechender Fragestellung miteinander kombinieren lassen. Die

Kombination hilft, ein bestmögliches Forschungsergebnis zu erzielen (vgl. Flick et al. 2012: S. 24 ff.). Eine wissenschaftliche Untersuchung mittels qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden in einem Forschungskontext wird als *Mixed Method* bezeichnet, wodurch eine Forschungsfrage durch mehrere Untersuchungsmethoden beleuchtet werden kann. Dadurch, dass bei dieser Studie ein Mixed-Method-Ansatz praktiziert wird, lassen sich Nachteile der jeweils einer Forschungsmethode durch die Vorzüge der anderen ausgleichen (vgl. Greco; Völckler 2018: S. 229 ff.). Zum Beispiel lassen sich quantitativ erhobene Befragungsdaten meist schwer interpretieren. Sie werden mit Hilfe der durchgeführten qualitativen Experteninterviews analysiert, gleichzeitig belegen Daten die Aussagen von Experten.

Befragungen können alle empirischen Verfahren der Erhebung sozialer Realität sein, bei denen Einzelpersonen oder Gruppen auf mündliche oder schriftliche Fragen Auskunft geben. Die Fragen können Hypothesen generieren und aufgestellte Hypothesen überprüfen (vgl. Dresing; Pehl 2013: S. 6). Ebenso wird die Häufigkeitsverteilung sozialer oder gesellschaftlicher Phänomene durch Befragung einer großen Stichprobe gemessen. Das verfolgt den Zweck, statistisch möglichst verlässliche Aussagen zu tätigen sowie Erklärungsmodelle zu überprüfen. Die quantitative Forschung bedient sich vorwiegend standardisierter Verfahren, um tunlichst große Gruppen in die Untersuchung einzubeziehen. Die Daten werden anschließend durch statistische Berechnungen weiterverarbeitet (vgl. Miegl; Näf 2005: S. 4 f.). In der quantitativen Sozialforschung ist die Feststellung der Abundanz empirischer Ausprägungen anhand vordefinierter Indikatoren und Fragestellungen das Ziel. Wissenschaftler sollen zu einer zahlenmäßigen Beschreibung von sozialen Gruppen oder Phänomenen gelangen können (vgl. Universität Wien).

Die quantitative Forschung findet in der Befragung der Göttinger Schüler mittels eines Fragebogens Anwendung (siehe Kapitel 6.5.4), da die Schüler einiger weiterführender Schulen in Göttingen mit einem standardisierten Fragebogen befragt wurden. Auf die Ergebnisse können statistische Verfahren angewandt werden, um die Gültigkeit, Zuverlässigkeit und Signifikanz zu bestimmen. Mit ihrer Hilfe werden Einstellungen, Werte, Überzeugungen und Verhaltensweisen der Befragten ermittelt. Aufgrund der Standardisierung sind solche Fragebögen weniger anfällig für Fehler und einfacher zu verwalten als nicht standardisierte Fragebögen. Wissenschaftler stellen nur Fragen, die für ihre Forschung von Belang sind, zeichnen sie auf und analysieren sie (vgl. ONMA 2020). Das verhindert allerdings den Erhalt wesentlicher Informationen, die ein nicht standardisiertes Verfahren durch die offene Gestaltung ermöglicht. Zum Beispiel haben die Befragten in standardisierten Fragebögen mit geschlossenen Fragen keine Gelegenheit, eigene Erfahrungen zu formulieren. Aus dem Grunde erfolgt in dieser Forschung eine Kombination offe-

ner und geschlossener Fragen in den Fragebögen, damit an bestimmten Stellen Gelegenheit besteht, Aspekte einzubringen, die bei den Antwortvorgaben nicht bedacht wurden. Dessen ungeachtet besteht keine Gefahr, einen Überfluss an Informationen zu erhalten, die von dem Thema abweichen.

In der qualitativen Forschung, hier in Form der Experteninterviews, wird das Ziel verfolgt, Lebenswelten, Erfahrungen und Sichtweisen der Interviewten verstehend zu erschließen. Diese Art der Forschung greift auf die subjektive Wahrnehmung des Wissenschaftlers als Erkenntnisbestandteil zurück (vgl. Flick et al. 2012: S. 25). Sie ist in ihren Zugangsweisen zum Untersuchungsgegenstand häufig offener und näher an dem Geschehen als andere Forschungsstrategien. Das ist darauf zurückzuführen, dass sie mehr subjektive Methoden beinhaltet als quantitative Forschungen (vgl. ebd.: S. 17). Qualitative Untersuchungen sind ergebnisoffener, worin ihre Stärke liegt. Sie zielen auf das Entdecken neuer und unerwarteter Zusammenhänge sowie die Entstehung neuer Theorien ab (vgl. Legewie o. J.: S. 6). Dieser Aspekt erweist sich bei der explorativen Forschung dieser Arbeit als zentraler Vorteil.

Wissenschaftler erheben Daten bei qualitativen Untersuchungen für gewöhnlich in einem natürlichen Kontext (zu Hause, in der Schule oder im Büro) und analysieren Aussagen im Zusammenhang des Resultats (längere Antwort, Erzählung, Interviewverlauf etc.). „Fragestellungen, die eher komplexe Abläufe, soziale Phänomene und Bedeutungskonstruktionen zum Thema haben“ (Dresing; Pehl 2013: S. 6) werden bearbeitet. Es betrifft keine Merkmalsausprägungen, die bei der quantitativen Methodik zentraler Gegenstand sind. Um Informationen für die theoretische Basis zu erhalten, wurden ergänzend zur Literaturanalyse Experteninterviews durchgeführt. Sie eignen sich insbesondere als Erhebungsinstrument zur Gewinnung einer Wissensbasis (vgl. Flick 2007: S. 238 ff.; Lamnek 2005: S. 362 f.), da sie ermöglichen, sowohl Erzählpassagen bei Interviewpartnern zu initiieren als auch punktuell problemzentriert nachzufragen.

Die Forschung wurde direkt durchgeführt, das bedeutet, die Verfasserin war wahrnehmbar und präsent, aber verdeckt. Die Beobachteten waren folglich nicht über die Forschungstätigkeit aufgeklärt (vgl. Halbmayer; Salat 2011).

6.3 RAHMENBEDINGUNGEN DER FORSCHUNG

Eine empirische Untersuchung ist von äußeren Rahmenbedingungen abhängig. In dieser Untersuchung spielt vornehmlich die Zielgruppe *Jugendliche im Alter von 16 bis 19 Jahren* eine essenzielle Rolle. Der Untersuchungsraum beeinflusst ebenfalls die Empirie und die daraus resultierenden Ergebnisse angesichts seiner topografischen Gegebenheiten und seinen vielen ländlichen Gemeinden, die Großteils nur unzureichend mit dem ÖPNV erreichbar sind. Zielgruppe und Untersuchungsraum werden in den folgenden Unterkapiteln vorgestellt.

6.3.1 ZIELGRUPPENDEFINITION

Ursprünglich gehörten Jugendliche ab 14 Jahren aus dem Landkreis Göttingen zur Zielgruppe, weil sie als Nutzer räumlicher Infrastrukturen (ÖPNV-Netz, kulturelle Einrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten etc.) einen grundlegenden Beitrag zum Erhalt der Daseinsvorsorge leisten. Ab 14 Jahren entscheidet sich bereits bei einigen, welchen Bildungsabschluss oder welche berufliche Bildung, sie an welchem Ort anstreben. Zudem ist in diesem Alter auffälliger, an welchen Orten und wie weit sie sich auf welche Art, d.h. zu Fuß, mit dem Rad, dem ÖPNV etc. im Raum bewegen und was ihre zukünftigen (räumlichen) Ziele sind. Dessen ungeachtet werden Jugendliche bezüglich Infrastrukturplanungen bei Beteiligungen kaum berücksichtigt. Es lässt sich diese Zielgruppendefinition keiner der drei Zielgruppenbestimmungsformen, die in Kapitel 3.3.4.2 aufgeführt wurden, zuordnen. Gegen die Selbstselektion spricht die eingegrenzte Altersgruppe und der Radius des Fokusraumes, die Beteiligung war zudem nicht offen für alle Interessierten und die Teilnehmendenzahl bei den Workshops wurde durch die Direktoren der Schulen begrenzt. Eine Zufallsstichprobe gab es ebenso wenig, da von den Beteiligten selbst keine Stichprobe gezogen wurde. Die Plattform stand allen Jugendlichen der entsprechenden Zielgruppe offen und Einfluss auf die Auswahl der Workshopteilnehmenden hatten die Teilnehmer nicht. Aus den gleichen Gründen hat auch keine gezielte Auswahl der Teilnehmenden stattgefunden.

Die Forschung beschränkt sich in dieser Expertise auf Jugendliche ab 15 beziehungsweise 16 Jahren.¹⁰⁸ Zu begründen ist diese Altersgrenze mitunter damit, dass Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren in Bezug auf ihr Mobilitätsverhalten, ihren Bewegungsradius und die Nutzung von

¹⁰⁸ An den Offline-Befragungen in den Schulen durften Jugendliche ab 15 Jahren teilnehmen, wohingegen bei der Online-Plattform erst Jugendliche ab 16 Jahren teilnehmen durften. Die datenschutzrechtliche Begründung wird in Kapitel 6.5.3.1 erläutert.

Daseinsvorsorgeeinrichtungen, andere Merkmale und Gegebenheiten aufweisen als Jugendliche ab 14 Jahren.¹⁰⁹

Jugendliche legen im zunehmenden Alter weitere Strecken zurück und die Verkehrsmittelwahl wird differenzierter (vgl. VMS o. J.; Wilbrand-Donzelli 2012). Die Überlegung der Anwendung unterschiedlicher Mobilitätsalternativen ist, abgesehen von persönlichen Vorlieben, vornehmlich geprägt von Chancen, die das Alter bietet, ergänzt durch finanzielle Ressourcen sowie der Fahrbereitschaft der Eltern (vgl. Gastel 2016; Vorndran 2007: S. 1221). Mobilität bedeutet für Jugendliche das Erreichen von Schule, Hobbies, Ausbildungsplatz oder von Freunden, gleichzeitig stellt sie eine Loslösung vom Elternhaus dar (vgl. Gastel 2016). Der Aktionsradius von Kindern zwischen sechs und zwölf Jahren liegt zwischen 300 und 400 m, bei Jugendlichen zwischen 13 und 19 Jahren durchschnittlich bei 1000 m (vgl. Chaloupka-Risser 2009: S. 29; Gastel 2016). Unterschiede bestehen insbesondere im Geschlecht: Jungen haben einen größeren Aktionsradius als Mädchen (vgl. Chaloupka-Risser 2009: S. 31).

Hinzukommen rechtliche Bestimmungen im Umgang mit den unter 14-Jährigen, die eine Beteiligung dieser Zielgruppe erschweren, zum Beispiel die DSGVO (siehe Kapitel 6.5.3.1). Die Altersgrenze von 14 Jahren bietet seitens gesetzlicher Regelungen mehr Zugeständnisse in Form von länger *außer Haus bleiben* oder *ohne Eltern in den Urlaub fahren* zu dürfen. Ab dem 15. Lebensjahr ist Ferienarbeit von bis zu vier Wochen Vollzeit (ca. 35 bis 40 Stunden pro Woche) in einem Jahr erlaubt, was Mobilitätsansprüche steigen lässt. Jugendliche werden zudem mobiler, weil ab dem 15. Lebensjahr die Nutzung eines Kraftfahrzeugs¹¹⁰ und ab 17 beziehungsweise 18 Jahren der Erhalt eines PKW-Führerscheins gestattet ist (vgl. Lenz et al. 2012: S. 34 ff.).

Selbst bei 14- bis 16-Jährigen stellt der Daten-, Kinder- und Jugendschutz bezüglich der Datengenerierung in der Realität und mittels Internet, strenge Regelungen auf (siehe Kapitel 4.2.1). Ohne Einwilligung der Eltern ist es ausgeschlossen, Kinder unter dem 16. Lebensjahr, gemäß EU-DSGVO (gültig ab Mai 2015 mit einer Übergangszeit bis 2018) zu personenbezogenen Angele-

¹⁰⁹ Dies ist wesentlich, weil die Beteiligung der Jugendlichen in einem engen Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt *UR* steht, das mitunter das Mobilitätsverhalten von Jugendlichen zum Untersuchungsgegenstand hat.

¹¹⁰ Dazu zählen beispielsweise einsitzige, einspurige Fahrräder mit Hilfsmotor, wenn sie ebenerdig nicht schneller als 25 km/h fahren. Die Drehzahl des Motors darf 4800 U/min nicht übersteigen. Ebenso gehören dazu einachsige Zug- oder Arbeitsmaschinen, die von Fußgängern an Holmen geführt werden sowie alle Kraftfahrzeuge, die nicht schneller als 6 km/h fahren (vgl. § 4 Abs. 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)).

genheiten zu befragen. Dies stellte eine Hürde dar, die Beteiligungsquoten bei der Online-Plattform der 14- bis 16-Jährigen niedrig hielt. Der Aufwand hinter dem Einholen der Einwilligungserklärung eines Erziehungsberechtigten für die Beteiligung, stand in keinem Verhältnis zum Rücklauf der eingegangenen Erklärungen. Lediglich zwei Erklärungen gingen bei den Verantwortlichen der Online-Plattform ein. Das führte zu der Entscheidung, dass nach einigen Wochen Laufzeit der Online-Plattform nur noch eine Beteiligung der Über-16-Jährigen durchgeführt wurde. Die Jugendlichen im Alter von 14 bis 15 Jahren bleiben, zumindest beim Online-Angebot, unberücksichtigt (siehe Kapitel 6.6 und 6.7).

Die meisten Schüler, die sich bei den Workshops und auf der Online-Plattform beteiligten, kamen laut eigenen Angaben aus Schulen in der Stadt Göttingen. Die Wohngemeinden der Schüler lagen teilweise über 30 km von der Stadt Göttingen entfernt (siehe Tabelle 16 in Kapitel 7.4). Der Sachverhalt, dass überwiegend Jugendliche von Göttinger Gesamtschulen und Gymnasien an der Evaluation der Online-Plattform teilnahmen, hängt unter anderem damit zusammen, dass an jenen Schulen die Offline-Befragung durchgeführt wurde, wodurch dort direkt für die Plattform geworben wurde. Bei den Offline-Befragungen warben das UR-Innovationsteam und einige regionale Akteure unmittelbar bei den Schülern für die Online-Plattform. Außerdem gehören zur Zielgruppe Jugendliche ab 16 Jahren, die vermehrt in Gymnasien und Gesamtschulen und weniger an Haupt- und Realschulen anzutreffen sind, da dort die Schulzeit für gewöhnlich mit dem 16. Lebensjahr endet.

Koop (2010) stellte zur Bestimmung von Zielgruppen sowie der Zielgruppenerwartungen und -interessen eine Reihe von Fragen auf, die Teilnehmer zu bedenken haben (siehe Kapitel 3.3.4.2). Diese wurden ebenso für den vorliegenden Beteiligungsprozess in der Fokusregion beantwortet:

Wer sind die von dem Vorhaben Betroffenen, wer hat darüber hinaus eventuell Interesse?

Jugendliche aus der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. und aus angrenzenden Regionen.

Verwaltung, primär die Fachbereiche Jugend und Planung sowie die örtliche Politik.

Diverse wissenschaftliche Disziplinen (Raumplanung, Geographie, Pädagogik, Politik etc.).

Soll trotz spezieller Zielgruppe eine breitere Masse angesprochen werden?

Auch Eltern, Jugendpfleger, Schulen und andere Akteure sind als wesentliche Antreiber anzusprechen, damit sie die Jugendlichen der Zielgruppe motivieren und unterstützen.

Was sind die Motive und Interessen der Zielgruppe?

Situationsverbesserung: Erreichbarkeit, Freizeitangebote, Mängel und Unzufriedenheit öffentlich bekannt geben.

Gemeinsame Motive: Von Erwachsenen, der öffentlichen Verwaltung und Entscheidern gehört und beteiligt zu werden.

Persönliche Motive: Anerkennung erhalten, neue Prozesse kennenlernen, Abwechslung und Spaß haben.

Wer sind mutmaßliche Experten auf diesem Gebiet, die hinzugezogen werden könnten?

Öffentlich: Politiker und Vertreter der Verwaltung (vor allem Entscheider), Jugendpfleger, Vertreter von Tarif- respektive Zweckverbänden wie der Zweckverband Südniedersachsen (ZVSN).

Privat: Kinobetreiber, Mountainbike-Experten, Radsportvereine, die Radfahrerlobby und an den Projekten interessierte Menschen aus der Region.

Wer wird das Vorhaben letztlich (federführend) umsetzen und wer sind weitere Umsetzer?

Lokale Akteure: Politik, Verwaltung, ZVSN- Vertreter, Investoren und Unterstützer der Privatwirtschaft.

Welche öffentlichen Stellen, Akteure, Institutionen etc. nehmen gegebenenfalls einen besonderen Einfluss auf die Entscheidung?

Vor allem das Dezernat Planen und Bauen sowie der ZVSN. Vertreter des Jugendbereichs können durch ihren Einfluss zudem zentrale Entscheider sein.

Welche relevanten Bevölkerungsgruppen sind schwer zu erreichen und mit welchen Mitteln können diese einbezogen werden?

Jugendliche, vornehmlich in ländlichen Räumen.

Erwachsene Unterstützer: Kinobetreiber, Eltern und Schulleitungen.

Beide Gruppen müssen persönlich angesprochen werden und ihnen sind Vorteile an dem Beteiligungsprozess aufzuzeigen.

Wie werden organisierte Interessenvertretungen eingebunden?

Unerlässlich ist der Nutzen einflussreicher Akteure. Beispielsweise haben der Landkreis Göttingen und die Stadt Göttingen mit dem Fachbereich Jugend (vor allem dem Fachdienst *Besondere Soziale Dienste, Jugendhilfeplanung und Netzwerk Frühe Hilfen*) Kontakte, die das UR-Innovationsteam nutzen kann.

Das UR-Innovationsteam tritt an kommunale und regionale Politik, Jugendakteure, Vertreter des ZVSN, Schulleiter und private Akteure wie Kinobetreiber heran, um sie um Unterstützung zu bitten.

Welche Themen werden für die Zielgruppen relevant sein und welche sind nebensächlich?

Relevant: Freizeitangebote, Infrastruktur (WLAN, Erreichbarkeit mittels ÖPNV) sowie Ausbildungsplätze oder Studienort und die erste eigene Wohnung in diesem Zusammenhang.

Nebensächlich: Um herauszufinden, was relevant und was nebensächlich ist, wurde der Mini-Workshop durchgeführt. Dabei kristallisierten sich relevante Themenfelder und im Umkehrschluss die Felder heraus, die die teilnehmenden Jugendlichen nicht bearbeiten wollten.

Tabelle 6: Fragen zur Bestimmung der Zielgruppe und Antworten aus dem Beteiligungsprozess in Göttingen Osterode a. H.

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Koop 2010: S. 34

Nicht auf alle Fragen sind eindeutige Antworten abzuleiten. Auf manche Fragen ergaben sich erst Antworten, nachdem bereits der erste Workshop durchgeführt wurde. Zum Beispiel war vor Beteiligungsbeginn unklar, welche Wünsche Jugendliche bezüglich ihrer Freizeit haben, ob und wo sie Probleme in der Freizeit sehen. Die Heterogenität der Zielgruppe erschwerte es ebenso, detaillierte und verabsolutierende Aussagen zu treffen.

Die Forschung unterlag einerseits Rahmenbedingungen, die die Zielgruppe vorgab. Doch diese Zielgruppe lebt überwiegend in einem ländlich geprägten Raum, deren Struktur wiederum einen

großen Einfluss auf das Mobilitäts-, Freizeit- und Beteiligungsverhalten der Zielgruppe ausübt. Nicht zuletzt ist die demografische Entwicklung dieses Raumes entscheidend bei der Beteiligung der Zielgruppe. Daher wird im folgenden Kapitel der Untersuchungsraum der Fallstudie beschrieben.

6.3.2 UNTERSUCHUNGSRAUM DER FALLSTUDIE: GÖTTINGEN OSTERODE A. H.

Die Online-Plattform, deren Evaluation sowie die Offline-Befragungen beziehen sich auf Jugendliche der Region Göttingen Osterode a. H. (Landkreis Göttingen, Northeim und der Stadt Göttingen (**Blauer Punkt** in Abbildung 21) als Oberzentrum). Die Fokusregion grenzt in Niedersachsen an die Landkreise Holzminden, Hildesheim und Goslar, im Südwesten an den Landkreis Kassel (in Hessen) und im Südosten an den Kreis Höxter (in Nordrhein-Westfalen). Das UR-Forschungsprojekt wählte als einen der Fokusräume den Landkreis Göttingen, der 2016 mit dem



Abbildung 21: Fokusregion Göttingen
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Region Göttingen 2 2013

kleineren, strukturschwächeren Landkreis Osterode a. H. fusionierte. Jene Fokusregion wies Merkmale auf, die für die Bearbeitung der Fragestellung zur Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen entscheidend waren, denn dort befinden sich zahlreiche, ländlich gelegene Räume, die teilweise eine große Entfernung zum nächsten Mittelzentrum, Defizite in der Daseinsvorsorge und bei Erreichbarkeiten aufweisen (vgl. TU Harburg 2 2015).¹¹¹

Als Region im äußersten Süden Niedersachsens gehören im Osten mit dem Ober- und Mittelharz Teile des Harzes zum Kreisgebiet (die höchste Stelle des Höhenzugs mit beispielsweise 865,1 m ü. NHN), im Westen befindet sich das Weserbergland (vgl. Region Göttingen 2012). Entfernungen zahlreicher Orte in der Fokusregion zum Zentrum Göttingens sind per Rad oder zu Fuß nicht zu überwinden und können daher für Vor-Ort-Veranstaltungen in Göttingen ein Problem für nicht Individualmotorisierte wie Senioren und Jugendliche darstellen.

¹¹¹ Weitere Informationen zum UR-Projekt befinden sich auf der Projekt-Homepage, vgl. TU Harburg 2 2015.

Angesichts von Wachstums- oder Schrumpfungstendenzen gibt es für die Fokusregion und die Stadt Göttingen verschiedene Prognosen und Aussagen. Aus Abbildung 22 resultiert, dass die Fokusregion einen schrumpfenden Raum darstellt. Der direkt an die Stadt Göttingen angrenzende Raum schrumpft gemäß Prognosen bis 2025 am wenigsten. Göttingen als Oberzentrum hat Funktionen, die die Bevölkerung zu schätzen weiß (Spezialgeschäfte, Fachkliniken, Theater, Museen, Fachhochschulen, Hochschulen etc.), somit können Oberzentren neben dem Grund- und dem periodischen Bedarf den spezifischen Bedarf decken. Diese Angebote sind Gründe für die Bevölkerung nach Göttingen zu ziehen.

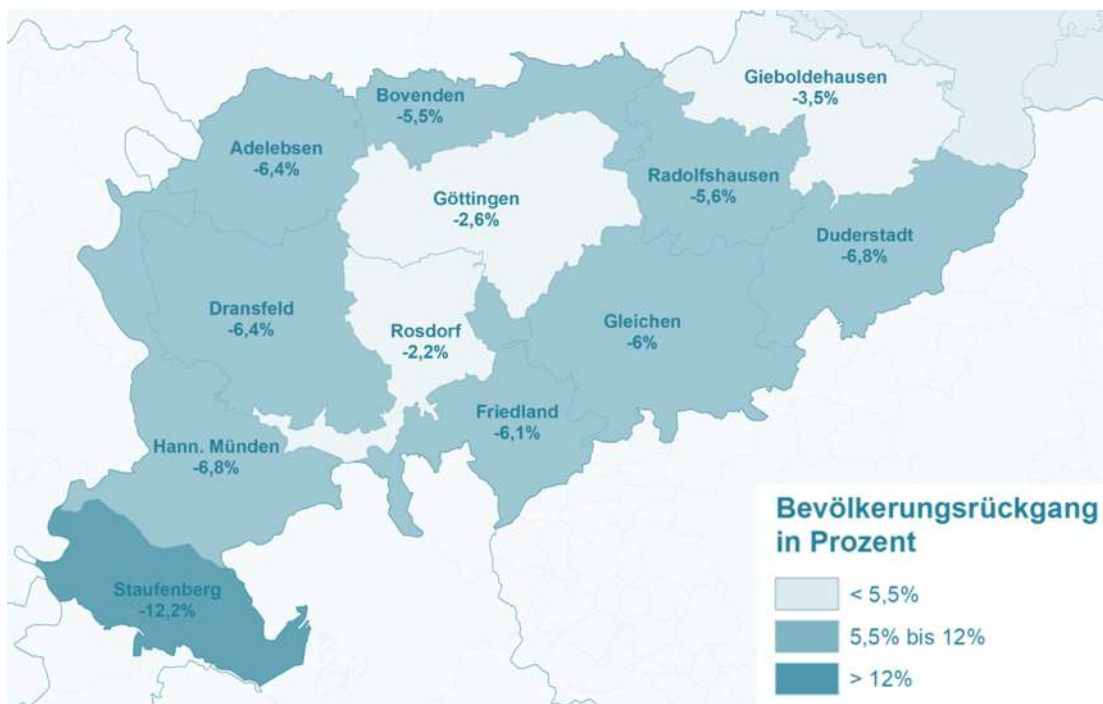


Abbildung 22: Bevölkerungsentwicklungsprognose in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. von 2013 bis 2025

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Landkreis Göttingen, Amt für Kreisentwicklung und Bauen 2014; Geodaten: © GeoBasis-DE/BKG 2019 (Daten verändert)

Je weiter entfernt eine Gemeinde von der Stadt Göttingen liegt, desto mehr schrumpft sie. Der Demographiebericht der BertelsmannStiftung prognostiziert ebenfalls für das gesamte Land Niedersachsen, den Landkreis und die Stadt Göttingen bis 2030 eine Schrumpfung der Bevölkerungszahlen (vgl. BertelsmannStiftung 2017: S. 9). Andere Prognosequellen deuten an, dass die Stadt Göttingen in Bezug auf Wachstum und Schrumpfung in Zukunft wachsen, zumindest stagnieren könnte (vgl. Bildungsregion Südniedersachsen 2020). Wachstum beziehungsweise Stagnation hängt zuweilen mit der Funktion Göttingens als Studentenstadt zusammen. Es zieht viele junge Menschen zu Ausbildungs- und Studienzwecken vom Umland in die kleine Großstadt mit rund 120.000 Einwohnern. Junge Menschen entscheiden sich für ein Studium in Göttingen, weil

sie das Elternhaus verlassen, gleichzeitig in einer Stadt wohnen möchten, in der vieles fußläufig oder mit dem Fahrrad erreichbar ist (vgl. Steffens 2018).

Wenn sich die Gesamtbevölkerung reduziert, nimmt parallel die Zahl der Jugendlichen in der Fokusregion ab. Bedeutsamer als der Bevölkerungsrückgang wird eine Verschiebung der Altersgruppen sein: Die Zahl der Null- bis Zehnjährigen wird durchschnittlich um 21%, die Zahl der Zehn- bis 18-Jährigen sogar um 41% (gemessen ab 2010) bis 2025 abnehmen. Daraus resultiert eine Minderauslastung von Infrastrukturen, die ein Agieren wie Infrastrukturrückbau und struktureller Anpassungen erfordert (vgl. Waibel 2010: S. 7). Die Altersgruppen in der Fokusregion verschieben sich, was Folgen für die kommunale Infrastruktur bedeutet. Alle Altersgruppen ab 50 Jahren nehmen zahlenmäßig zu und es ist ein Anstieg der Zahl der über 80-Jährigen um 32% erkennbar (siehe Abbildung 23).

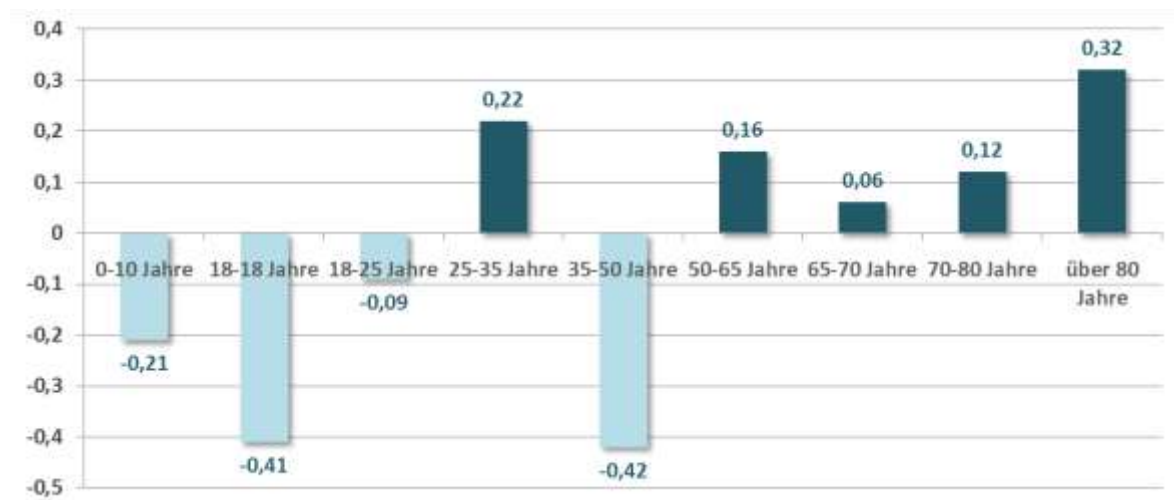


Abbildung 23: Prognostizierte Veränderung der Altersgruppen im Planungsraum Göttingen zwischen 2008 und 2025; Veränderungen in %, Alter in Jahren;
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Waibel 2010: S. 32

Jugendliche in der Region zu halten beziehungsweise zu Rückkehrern¹¹² zu machen ist aufgrund der Bevölkerungsprognosen ein starkes Anliegen der Gemeinden in Göttingen Osterode a. H. Demgemäß ist der Fokusraum des Projekts gleichzeitig Untersuchungsraum dieser Studie. Dort gibt es neben ländlichen desgleichen städtische Regionen, die eine bessere Übertragbarkeit der Projektergebnisse ermöglichen. Das ist ergiebiger, als würde sich nur auf städtische oder nur auf ländliche Regionen fokussiert werden.

¹¹² Mit Rückkehrern sind junge Erwachsene gemeint, die die Region zu Ausbildungs- und Studienzwecken verließen und nach Beendigung ihrer Ausbildung oder ihres Studiums in ihre Heimat zurückkehren.

6.4 EXPERTENINTERVIEWS

Abgesehen von einer umfangreichen Literaturanalyse wurden konkrete Fragestellungen rund um Online- und Offline-Jugendbeteiligung in ländlichen Räumen von Experten beantwortet. Die Beantwortung der Forschungsfrage ist kraft des aktuellen unzureichenden Forschungsstandes, der daraus resultierenden explorativen Forschung sowie der Komplexität der Fragestellung, nicht allein mit Literaturanalysen zu erfüllen, sondern bedarf weiterer Forschungsmethoden. Den Experteninterviews kommen zwei Funktionen zu:

1. Sie dienen als Wissensbasis, um neben Literaturanalysen einen theoretischen Hintergrund zu bilden und gaben wichtige Hinweise für den Jugend-Beteiligungsprozess in Göttingen Osterode a.H.
2. Sie helfen bei der Überprüfung der Hypothesen und bei der Beantwortung der Forschungsfrage.

6.4.1 QUALITATIVE EXPERTENINTERVIEWS

Qualitative Interviewmethoden werden genutzt, wenn es sich um einen neuen Forschungsgegenstand handelt oder um ein Forschungsgebiet zu explorieren und Theorien zu entwickeln (vgl. Edwards; Holland 2013: S. 77). Da das auf die vorliegende Studie zutrifft, wurde sich für qualitative Experteninterviews zur Erkenntnisgewinnung in Bezug auf die Forschungsfrage entschieden. Zwölf Experten wurden befragt und die Interviews mit der Methode *Grounded Theory* (siehe Kapitel 6.5.4) ausgewertet.

Das qualitative Experteninterview unterliegt einer vorab festgelegten Struktur, dem leitfadengestützten Fragebogen (siehe Kapitel 6.4.3). Dieser kann abhängig des Gesprächsverlaufs je nach Einzelfall erweitert, gekürzt oder umgestellt und umformuliert werden (vgl. Bogner; Menz 2005: S. 36 ff.), was bei dieser Forschung oftmals geschehen ist. Bei den geführten Interviews lenkte der Interviewer den Interviewverlauf und ging situationsgemäß auf einzelne Punkte vertiefend ein. Außerdem konnten die Interviews vergleichend durchgeführt werden, da wiederkehrend auf den Leitfaden zurückgekommen, falls davon abgewichen wurde. Bei qualitativen Interviews ist es darüber hinaus möglich, dass sich das Interview weiterentwickelt, was hier geschah. Es können sich unerwartete, aber relevante Antworten ergeben und der Interviewer kann auf aktuelle, bei der Leitfadenerstellung unberücksichtigte Faktoren oder Rückfragen der Experten spontan eingehen (vgl. Edwards; Holland 2013: S. 53). Darüber hinaus kann der Interviewer konkret bei unverständlichen Antworten nachfragen (vgl. Dresing; Pehl 2013: S. 7 f.). Solche Entwicklungen und Antworten gab es bei den durchgeführten Interviews mehrmals. In Anbetracht von Erfah-

rungen, ausführlichen Antworten und Beispielen aus der Arbeit der Experten ergaben sich Betrachtungsweisen, die im Vorfeld bei der Leitfadenerstellung nicht bedacht wurden.¹¹³

Der Interviewleitfaden (siehe Anhang S. 285 ff.) war komplex und umfangreich, sodass der zeitliche Anspruch an die Experten, diesen schriftlich auszufüllen, zu groß gewesen und zu Lasten inhaltlicher Aussagen gegangen wäre. Beim Face-to-Face-Interview entsteht eine unvermittelte Befragungssituation, in der für gewöhnlich der Interviewer die zu befragende Person aufsucht (vgl. Loosveldt 2008: S. 201 ff.). Aus zeitlichen Gründen und angesichts der großen räumlichen Distanzen zu den Interviewpartnern, waren Face-to-Face-Interviews aussichtslos. Hinzukam, dass alle Experten ein Telefon-Interview bevorzugten. Diese Interviewart ist jedoch unpersönlicher als direkte Interviews und der Interviewer kann nicht auf interne Störungen (beispielsweise Verbindung- und Lautstärkeschwankungen) und externe Störungen auf der anderen Seite der Leitung (beispielsweise Umgebungsgeräusche oder welche, die nur der Interviewte, nicht der Interviewer wahrnimmt) reagieren (vgl. Becker 2011: S. 3 ff.).

Die Interviews dauerten im Durchschnitt kaum mehr als 50 Minuten und es zeigten sich keine Konzentrations- oder Motivationsschwächen, weder bei den Experten noch bei dem Interviewer. Bei persönlichen Einzelinterviews können nonverbale Signale der interviewten Personen wahrgenommen und anschließend der Analyse zugeführt werden (vgl. Dresing; Pehl 2013: S. 8). Bei den hier geführten Interviews gab es zwar keine Interpretation von Mimik und Gestik der Experten, nichtsdestoweniger war eine Interpretation mittels linguistischer Merkmale (Intonation, Satzmelodie, Tongebung, Tonhöhenverlauf, Betonung, Füllwörter oder Pausen) seitens des Interviewers durchführbar. Aufgrund einer gewissen Anonymität und dem Schutz der vertrauten, selbst gewählten Umgebung der Experten, in die der Interviewer nicht eindringen konnte, war eine angenehme und offene Gesprächsatmosphäre vorhanden. Technische Störungen gab es lediglich bei einem Interview.¹¹⁴

Aus einem Vergleich der Interview-Transkripte (siehe Anhang S. 289 ff.), die im Anschluss an die Interviews erstellt wurden, resultierten konkrete Ergebnisse in Bezug auf Forschungsfrage und

¹¹³ Beispielsweise war vor den Interviews nicht bekannt, wie groß die Unterschiede in den verschiedenen Bundesländern sind. Baden-Württemberg ist ein Vorreiter in Anbetracht seiner laufenden Verfahren und der gesetzlichen Regelungen bezüglich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

¹¹⁴ Ein Interview, das während einer mehrstündigen PKW-Fahrt eines Experten durchgeführt wurde, wurde aufgrund von Verbindungsproblemen mehrfach unterbrochen. Dies war jedoch für beide Seiten kaum störend, da das Interview nach wenigen Minuten fortgesetzt werden konnte.

Hypothesen. Zwar gab es Themen, in denen die Experten inhaltlich ähnlich antworteten, aber vielfach bekundeten sich differente Ansichten und Erfahrungen. Gegensätzliche Eindrücke, die aus Interviews resultieren, sind zwar ein schwer vergleichbares, indes wissenswertes Fazit. Unter anderem belegen sie die Komplexität des Forschungsthemas, zeigen, dass wissenschaftlich relevante Diskussionen daraus hervorgerufen werden, die Erfahrungen der Experten verschieden sind und die Forschung ggf. noch nicht so weit vorangeschritten ist, eine einheitliche Wissensbasis zu bilden. Somit bietet das Thema viel Raum für Interpretationen.

6.4.2 EXPERTENAUSWAHL

Ein Experte ist jemand, der Verantwortung für einen Entwurf, eine Implementierung oder Kontrolle einer Problemlösung trägt (vgl. Cafuta (2017) S. 108) oder „wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt“ (Meuser; Nagel 1991: S. 443). Laut Gläser und Laudel (2004) sind zum einen diejenigen als Experten zu bezeichnen, die Angehörige jener Eliten, vergleichbar Wissenschaftler oder Politiker sind, die kraft ihrer Position über besondere Informationen verfügen (vgl. Gläser; Laudel 2004: S. 9). Allen Definitionen ist gemeinsam, dass ihnen eine spezielle Expertise und überdurchschnittliches Wissen in einem Bereich unterstellt wird und alle Experten Repräsentanten einer Gruppe bestimmter Fachleute bilden.

Um solche Repräsentanten auszuwählen wurden seitens der interviewenden Person folgende Kriterien aufgestellt, die die Personen erfüllen mussten:

- Zum Themenfeld passender Ausbildungs- beziehungsweise Studienhintergrund,
- berufliche Erfahrung im Zusammenhang mit Kinder-/ Jugendbeteiligung,
- berufliche Erfahrung im Zusammenhang mit Beteiligung und digitalen Medien,
- entsprechende aktuelle Forschungs- und Themenschwerpunkte,
- Publikationen und Vorträge im Themenbereich zur klassischen Jugend- und/oder Jugend-Online-Beteiligung,
- Empfehlung von fachbezogenen Wissenschaftlern sowie bereits interviewten Experten.

Es gab Personen, die sich zum Zeitpunkt der Interviewanfrage nicht als Experten in diesem Thema betrachteten und auf andere Fachpersonen verwiesen, die laut ihrer Ansicht geeigneter zu sein scheinen, was daraufhin anhand des genannten Kriterienkatalogs geprüft wurde. Letztendlich ergab sich eine Liste von zwölf Experten (siehe Tabelle 7).

Name	Hintergrund	Tätigkeit/Funktion
Julia Behr	Erziehungs-, Kommunikationswissenschaften und Psychologie	<ul style="list-style-type: none"> • Projektleiterin <i>JuMP-Jugend, Medien, Partizipation</i> • Seit März 2017 medienpädagogische Referentin am JFF (Institut Jugend Film Fernsehen) Berlin-Brandenburg
Vanessa Blödorn	Erziehungswissenschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Referentin Beteiligungsstruktur beim Stadtjugendring Erfurt e.V. • betreibt Beteiligungsstruktur, die diverse Akteure mit Maßnahmen des Kinder- und Jugendförderplanes in Erfurt verbindet • Betreibt praktische Medienarbeit mit und für Jugendliche
Christian Brünninghoff	Politikwissenschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Referent für Jugendpolitik beim Landesjugendring NRW • Unterstützt Bildungs- und Jugendpolitik (kommunale Ebene) • Organisiert Fachtagungen, gibt Fachpublikationen zur Unterstützung der jugendpolitischen Arbeit der Mitgliedsverbände heraus
Jürgen Ertelt	Sozial- und Medienpädagogik	<ul style="list-style-type: none"> • Realisiert Konzepte für die Bildungsarbeit mit digitalen Medien • Projektkoordinator bei <i>jugend.beteiligen.jetzt</i> • Koordinator bei IJAB (Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.)
Erik Flügge	Germanistik und Politologie	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligt junge Menschen an politischen Prozessen • Entwickelte mit Udo Wenzl das Jugendbeteiligungsmodell <i>Der 8er-Rat</i> (seit 2014 in mehr Städten praktisch erprobt) • 2013: Massenbeteiligung von Bürgern mit Hilfe von Facebook; er entwickelte das Verfahren weiter zu einer neuen Form der strukturierten WhatsApp-Mitwirkung
Martina Leschwange	Sozial- und Kulturwissenschaften	<ul style="list-style-type: none"> • Fachberaterin für Kinder-, Jugend- und Mädchenarbeit in der Jugendförderung beim Landschaftsverband Rheinland • Berät öffentliche und freie Träger der Jugendhilfe zu Qualitäts- und Konzeptionsentwicklung in der Kinder- und Jugendarbeit
Nikolaj Midasch	Geographie	<ul style="list-style-type: none"> • Fachbereich Weltoffene Jugendarbeit; Programmreferent und Koordinator für das Programm <i>Wir sind dabei!</i> beim Landesjugendring Baden-Württemberg
Frank Ulmer	Geographie	<ul style="list-style-type: none"> • Strategie- und Kommunikationsberater sowie Prozessbegleiter in einem Kommunikationsbüro; Schwerpunkte sind Beteiligungsmanagement (Konzeption, Durchführung und Begleitung) • Erprobt in Jugendbeteiligungsprojekten, Reallaboren und innovativen Verfahren für nachhaltige Entwicklung • Mitglied diverser Beteiligungsgremien
Udo Wenzl	Sozialpädagogik	<ul style="list-style-type: none"> • Beratung, Begleitung und Moderation von Kinder- und Jugendbeteiligung und Jugendengagement im kommunalen Raum • Ehem. Referent für Jugendbeteiligung beim Landesjugendring Baden-Württemberg

Prof. Waldemar Stange	Lehramt an Grund- und Hauptschulen, (Geschichts- und Erziehungswissenschaften)	<ul style="list-style-type: none"> • Professur für Bildungsforschung am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik an der Leuphana Universität Lüneburg • Trainer und Lehrtrainer für Kinder- und Jugendbeteiligung • Leitung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten rund um Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
Expertin Beteiligung ¹¹⁵	Soziologie, Politikwissenschaften und Sozialforschung	<ul style="list-style-type: none"> • Forschungsschwerpunkte sind Beteiligungsverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung und Evaluation mit Jugendlichen
Johanna Hallbauer	Liberal Arts and Science	<ul style="list-style-type: none"> • Leitung & Entwicklung bei Power On e.V.; Sie arbeitet für das Konzept <i>Jugend Aktiv</i>

Tabelle 7: Experten für das Interview

Quelle: Eigene Darstellung

Zu Beginn der Befragung war die Anzahl der Experten, die für ein Interview bereitstehen sollten, noch unklar. Die Befragungsreihe endete nach 12 Experten, als sich keine neuen Erkenntnisse oder kontroverse Ansichten herausstellten, sondern Antworten gegeben wurden, die inhaltliche Wiederholungen waren. Zudem war nach 12 Experteninterviews deutlich, hinreichend Antworten auf die im Interviewleitfaden befindlichen Fragen für die Auswertung erhalten zu haben, sodass die Überarbeitung der theoretischen Basis, die Überprüfung der Hypothesen und die Beantwortung der Forschungsfrage möglich war.

6.4.3 INTERVIEWLEITFADEN

Es gibt Leitfäden, die beinhalten ausformulierte Fragestellungen, andere sind stichwortartig. „Die meisten Leitfadeninterviews sind nicht einem beschriebenen spezifischen Typen zuzuordnen. Umgekehrt: Manche alternativen Bezeichnungen (beispielsweise ein ‚problemzentriertes Interview‘ (Witzel 1982) lassen sich gut unter ‚Leitfadeninterview‘ subsumieren“ (Ludwig-Mayerhofer 2016: S. 6). Die Befragten steuern entweder das Gespräch selbst (direkt oder indirekt) oder der Interviewer lenkt den Gesprächsverlauf (vgl. Heisting 2007: S. 6). Der Leitfaden enthält vorstrukturierte Schlüsselfragen, die im Gesprächsverlauf abgewandelt und ergänzt werden können (vgl. Bogner; Menz 2005: S. 36 ff.). Es handelt sich unterdies um leitfadengestützte, offene Interviews. Das bedeutet, dass im Vorfeld eine Vorstrukturierung zentraler Fragestellungen und Themen stattfand. Der Interviewleitfaden dieser Untersuchung (siehe Anhang S. 285 ff.) wird nicht

¹¹⁵ Die interviewte Person wollte nicht namentlich als Expertin betitelt werden.

als standardisiertes Frageschema eingesetzt und gibt somit keine Antwortmöglichkeiten vor. Er dient dazu, weitestgehend die Vergleichbarkeit der Interviews zu erhalten und dennoch den Antwortgebern inhaltliche Freiheiten zu gewähren (vgl. Mayring 2002: S. 66). Der Leitfaden ermöglicht auf diese Weise ein offenes Interview und lässt es zu, Schwierigkeiten und Unklarheiten direkt zu thematisieren. In den getätigten Aussagen gibt der Befragte unmittelbar zu erkennen, wie er die Frage auffasst (vgl. Kohli 1978: S. 10). Diese Vorteile begründen die Entscheidung für leitfadengestützte, offene Interviews für diese Experteninterviewreihe.

Der Interviewleitfaden ist dreiteilig aufgebaut (siehe Abbildung 24): Zuerst erfolgt ein **Einstieg**, in dem über Erfahrungen der Experten in Anbetracht von Jugendlichen und Online-Beteiligung gesprochen wurde. Den Experten bot sich ebenso die Gelegenheit, ihren beruflichen Hintergrund zu erläutern, was die Auswahl des Experten als solchen für das Thema bestätigte.

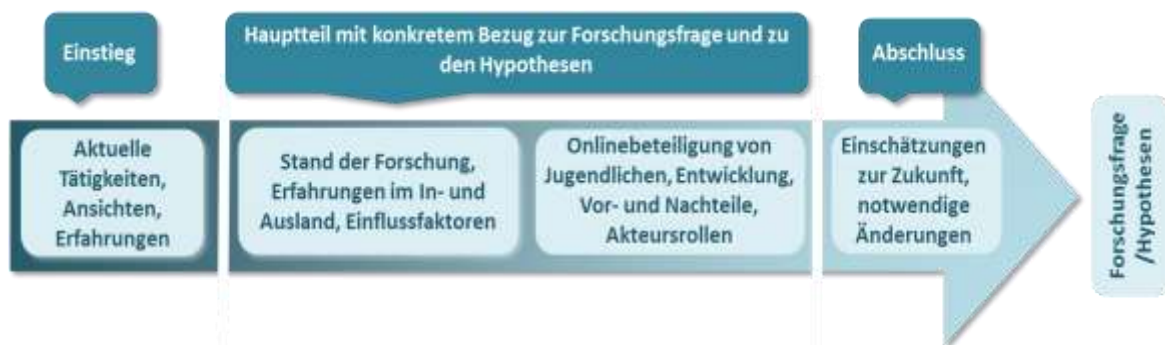


Abbildung 24: Schematische Ansicht des Interviewleitfadens
Quelle: Eigene Darstellung

Im **Hauptteil** wird auf den Stand der Forschung eingegangen, auf Erfahrungen in Bezug auf Jugendbeteiligung im In- und Ausland sowie auf Einflussfaktoren von Beteiligungsprozessen. Anschließend wurden Fragen zu Online-Beteiligungserfahrungen und Einstellungen gestellt. Es sollten Vor- und Nachteile jener Beteiligungsform erkennbar und diskutiert werden. Zudem war es unentbehrlich, auf die Entwicklung von Online-Mitwirkungsprozessen für Jugendliche einzugehen, um über den aktuellen Stand zu diskutieren. Ferner wurde nach der Rolle von Akteuren in der Jugendbeteiligung gefragt. Den **Abschluss** bildet eine Einschätzung von Jugendbeteiligung in der Zukunft, wobei sich herausstellen sollte, welche Themen bei Jugendbeteiligung relevant sein werden, welchen Stellenwert Beteiligung haben wird und welche Faktoren sich ändern müssen, damit für alle Seiten vorteilhaft beteiligt werden kann.

6.4.4 PRE-TEST UND DURCHFÜHRUNG

Nachdem der Interviewleitfaden erstellt wurde, war es wichtig, jenen bevor er an den Experten angewandt wird, durch mehrere Testinterviews zu erproben und so diente der Pre-Test als Trainingsmöglichkeit für den Interviewer. Der Umgang mit dem Leitfaden, eine verständliche, dem Tempo angemessene Aussprache sowie aufmerksames Zuhören, sind wesentliche Voraussetzungen für das zweckmäßige Führen eines Interviews (vgl. Flick 2007: S. 244). Für den Pre-Test standen die Mitglieder des UR-Innovationsteams sowie Wissenschaftler des Forschungsinstitutes, an dem einige Mitglieder des UR-Projekts angesiedelt sind, zur Verfügung, wonach anschließend extern getestet wurde. Es fand sich für den Pre-Test im Rahmen einer Konferenz eine Forscherin, die in der Jugendbeteiligung bereits Erfahrungen sammeln konnte.¹¹⁶ Nach den Pre-Tests wurde der Interviewleitfaden soweit überarbeitet, dass er zielführend im Hinblick auf ein Erreichen des Untersuchungsziels und der Beantwortung der Forschungsfrage (siehe Kapitel 2) angewandt werden konnte.

Vor jedem Interview fand eine erste Kontaktaufnahme per E-Mail statt, um Vorhaben und Ziel des Interviews zu explizieren und bereits bestehende Fragen seitens des Experten zu beantworten (Veröffentlichungsart, Datenschutz, Hintergrund des Interviews etc.). Zudem wurde bei jedem Interview-Telefonat gleich zu Beginn eine Auskunft darüber eingeholt, ob es der Interviewer gestattet, das Gespräch zu Auswertungszwecken aufzuzeichnen und ob die Experten namentlich genannt werden dürfen. Das kürzeste Interview dauerte 40 und das längste rund 60 Minuten. Aus zeitlichen Gründen und wenn ein Experte eine Frage nicht beantworten konnte oder vorher zentrale Aspekte der Antwort bereits zufällig bei einer anderen Frage erwähnte, wurden Fragen übersprungen. Die Aufzeichnung auf ein digitales Diktiergerät war hilfreich, um sich komplett auf das Interview zu konzentrieren und alle Interviewinhalte zu erfassen. Zudem konnte durch die Aufnahme bei der Analyse der Interviews auf den originalen Wortlaut zurückgegriffen werden. Die Betonung einzelner Worte und Sätze oder Redepausen, Zögern und Lachen werden zudem in die Analyse einbezogen, was die Deutung unterstützt.

¹¹⁶ Ihre Antworten flossen in die Auswertung der Interviews mit ein, da sie für die Beantwortung der Forschungsfrage und Überprüfung der Hypothesen aufschlussreich sind. Eine einvernehmliche Einigung bestand darin, dass sie namentlich nicht in dieser Arbeit zitiert, sondern als *Expertin Beteiligung* bezeichnet wird (siehe Tabelle 7).

6.4.5 INTERVIEWAUSWERTUNG

Das Hauptziel der Interviewauswertung ist die aufgestellten Hypothesen zu be- oder widerlegen, Antworten auf die Forschungsfrage abzuleiten und Informationen zur Untermauerung der theoretischen Basis zu erhalten. Dafür wurden die Interviews zielgerichtet ausgewertet, was bei qualitativen Interviews auf verschiedene Arten praktikabel ist, wie nach der Auswertungsmethode von Mayring. Sie orientiert sich an seinem Ablaufmodell der zusammenfassenden Inhaltsanalyse. Das erhobene Material wurde bis auf wesentliche Inhalte reduziert, die aber noch immer ein Abbild des Grundmaterials bilden. Das dient der Strukturierung der Interviews und der Generierung von zentralen Aussagen mittels vier Schritten: Durchführen, Transkribieren, Codieren der Texte (Kategorienbildung und Generalisierung) und Auswerten. Der Interviewtext wird anschließend auf theoriegeleiteter Basis in einen Forschungskontext eingeordnet (vgl. Mayring 2003: S. 58 ff.). Doch für diese Studie ist die Auswertungsmethode ungeeignet. Da Jugendbeteiligungsforschung in Deutschland noch rudimentär ist und hier explorativ geforscht wird, gibt es bislang kaum eine altersbezogene theoretische Basis, in die die Interviews eingebettet werden könnten (siehe Kapitel 3.2). Zudem spricht gegen Mayrings Art der Analyse, dass er mit seiner Methodik große Materialmengen handhabbar macht. Gleichzeitig nivelliert er den individuellen Charakter des Einzelfalles und somit wird das, was die qualitative, einzelfallbezogene Forschung mitausmacht, nicht mehr beachtet. Mayring (2003) zieht nur das Material in Betracht, das er beispielsweise aus Interviews diejenigen Textstellen auswählt, die sich auf die Forschungsfrage beziehen (vgl. ebd.: S. 53 ff.). Daneben werden Aussagen ausgewertet, die über die Beantwortung der Forschungsfrage hinausgehen, um die theoretische Basis durch die Interviews zu ergänzen.

Eine weitere Auswertungsart ist die qualitative Inhaltsanalyse nach Meuser und Nagel (1991). Für diese Analyseart spricht das Codieren nach Mayring (2003), um thematisch zu vergleichen, welches hier ebenfalls Anwendung findet. Ein Ziel des Codierens ist, das Gemeinsame der Interviews herauszuarbeiten sowie die Reduktion der vorliegenden Daten durch eine Analyse von Gemeinsamkeiten (vgl. Ullrich 2006: S. 103). Weniger relevant ist das Individuelle, „als spezifisch-komplexe Ausprägung einer Struktur“ (ebd.: S. 103). Doch hier ist der Forschungsstand und die empirische Basis genauso entscheidend: Ist die Bildung von Kategorien zur Strukturierung abgeschlossen, folgt der Vergleich mit bestehenden empirischen Studien, bevor eine theoretische Generalisierung der Texte erfolgt. Die Interpretation wird dabei in einen theoretischen Zusammenhang gebracht und Gemeinsamkeiten werden definiert (vgl. ebd.: S. 104 ff.). Das ist bei explorativer Forschung kaum möglich, weil es wenige relevante Studien gibt, was sich in Kapitel 6.2.1 zeigt.

Ein wesentlicher aus der Sozialwissenschaft stammende Ansatz zur systematischen Sammlung und Auswertung qualitativer Daten wie Experteninterviews, ist die Grounded Theory. Sie ist mehr eine Methodologie als eine einzige Methode und gibt eine Systematik vor, die in Bezug auf die Forschungsfrage angepasst werden kann. Gleichzeitig arrangiert sie eine Offenheit bei der Anwendung, was wiederum Wissenschaftlern Freiheiten und Kreativität ermöglicht (vgl. Mey; Mruck 2007: o. A.). Das Verfahren präsentiert Analysehilfen, „um Theorien über Phänomene auf der Basis empirischer Daten zu generieren“ (Tiefel 2006: S. 68). Die Grounded Theory stellt eine systematische Strategie dar, mit der aus Rohdaten theoretische Konzepte entwickelt werden können. Beim Überprüfen von Theorien steht das Schließen von Allgemeinem (Theorie) auf Besonderes (Hypothesen) über Daten im Mittelpunkt (= Deduktion). Bei der Grounded Theory herrscht ein stetiger Wechsel zwischen Induktion (Schließen von Besonderem zum Allgemeinen) und Deduktion (vgl. Legewie o. J.: S. 13).

In der explorativen Forschung besteht vielfach ein enger Bezug zur Grounded Theory. Es kommen dort keine standardisierten Untersuchungsmethoden zum Einsatz, da der Forschungsstand zu gering ist, was sich gleichsam bei dieser Forschung bestätigt (vgl. WPGS o. J.). Ziele der Grounded Theory sind:

- Entwicklung einer Theorie aus gesammelten Daten,
- Erzeugen von Theorien für menschliche Verhaltensmuster und soziale Prozesse,¹¹⁷
- Modifizieren (Abwandlung/Einschränkung) oder Ausweiten von bestehenden Theorien,
- Untersuchung von Interaktion, Sozialverhalten und Erfahrungen von Menschen
(vgl. Schmidt et al. 2015: S. 35).

Der Ursprung der Grounded Theory entstammt der Analyse organisationaler Praktiken und fand in zahlreichen Feldern der empirisch forschenden Sozial- und Kulturwissenschaften Anwendung. Die Grounded Theory bedient sich Interviewstudien, Dokumentenanalysen, Beobachtungsprotokollen, Gruppendiskussionen oder ethnografischer Feldforschung. Wissenschaftler haben die Möglichkeit, interaktiv teilzunehmen und auf diese Weise inklusive seiner Umwelt fortwährend zu reflektieren (vgl. Strübing 2018: S. 29). Glaser und Strauss begründeten eine Forschungsrichtung, die darauf verwies, Theorien aus vorliegenden empirischen Daten heraus (grounded) zu generieren und nicht die Vielfältigkeit der Inhalte des Materials durch abstrakte Handlungsbezugsrahmen (bestehende Theorien) zu reduzieren (vgl. Strauss 1998: o. A.).

¹¹⁷ Die ersten beiden Ziele werden in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht verfolgt.

Bei der Grounded Theory sind entscheidend:

- Das *theoretical sampling* (Auswahl der Datenquellen, der Stichprobe beziehungsweise eines Ereignisses vor dem Hintergrund theoretischer Überlegungen). Die Anzahl der Themen oder Stichprobengröße ist weniger relevant, die Auswahl der Interviewpartner dafür umso bedeutender.
- Die Aufhebung der Trennung zwischen Wissenschaftlern, Forschungsgegenstand und einzelnen Forschungsphasen.
- Ein iterativer Auswertungsprozess (vgl. ebd.).

Zu beachten ist der zeitgleiche Ablauf von Datenerhebung, -analyse und Grundlagenanalyse (siehe Abbildung 25). Die drei Arbeitsschritte beeinflussen sich gegenseitig und sind voneinander abhängig. Die Phänomene, die Gegenstand der Untersuchung sind, hängen von der Forschungsfrage ab. In der Grounded Theory wird deutlich, dass rekonstruierbare Reaktionen, d.h. Handlungs- und Interaktionskontexte im Fokus der Aufmerksamkeit stehen (vgl. Tiefel 2006: S. 68 ff.). Hier handelt es sich vorzugsweise um die Reaktion Jugendlicher auf Beteiligungsprozesse und die Reaktion Erwachsener auf Jugendliche und Jugendbeteiligungsvorgänge. Ein ständiger Wechsel von Datenerhebung, -analyse und -auswertung erwies sich bei der Bearbeitung des Untersuchungsdesigns zu einem früheren Zeitpunkt als nützlich. Die Datenerhebung und Auswertung wird so lange fortgesetzt, bis sich keine neuen Erkenntnisse mehr ergeben (vgl. Legewie o. J.: S. 15).

Mit Hilfe der Grounded Theory wurden die geführten Interviews dahingehend ausgewertet, dass die Forschungsfrage beantwortet und die Hypothesen belegt oder widerlegt werden. Demgemäß handelt es sich um eine Mischung aus den genannten Zielen: Entwicklung einer Theorie aus gesammelten Daten, Untersuchung von Interaktion, Informationen über das Sozialverhalten und Beteiligungserfahrungen von Menschen. Nach der **Interviewdurchführung** wurden die **Interviews transkribiert**. Der Ablauf der Auswertung ist Abbildung 25 zu entnehmen.

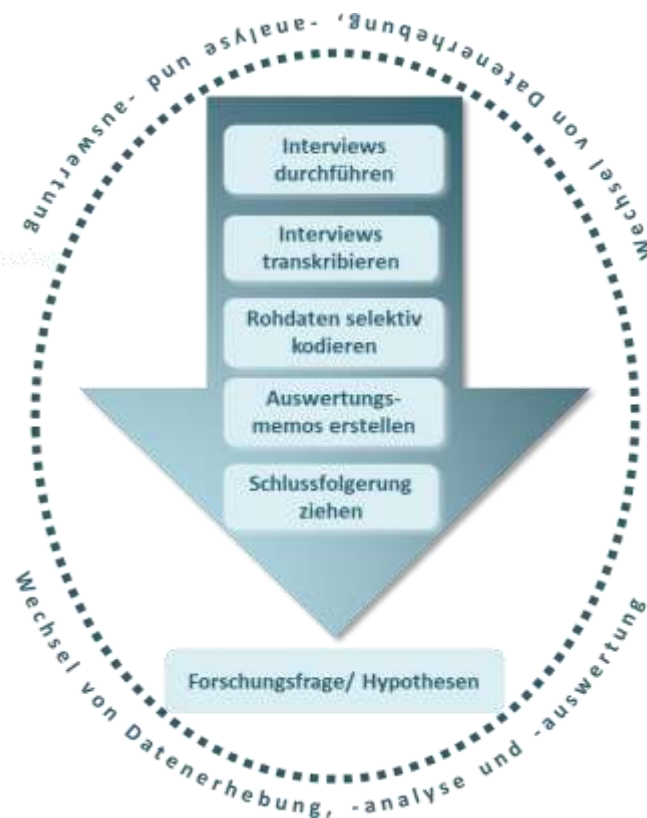


Abbildung 25: Ablauf der durchgeführten Analyse mittels Grounded Theory
Quelle: Eigene Darstellung

Der nächste Schritt ist das **Codieren**, ebenfalls nach Mayring. Dies ist ein wesentlicher Schritt der Grounded Theory. Gemeint ist das Zuweisen von Schlüsselwörtern (= Codes oder Kategorien), zu einzelnen Textpassagen (vgl. Tiefel 2006: S. 68 ff.). Dies dient der Entwicklung von Konzepten in Auseinandersetzung mit dem empirischen Material und hier erfolgte das selektive Codieren, d.h. eine Kernkategorieermittlung. Es war nicht zielführend, das gesamte Interviewtranskript zu codieren, denn es gab Interviewbereiche, in denen die Experten von Erfahrungen berichteten, die stärker am Rande mit der Fragestellung in Zusammenhang stehen. Die Codeanalyse verlief kleinteilig, indem nach Oberbegriffen gesucht wurde, beispielsweise *Angst, Motivation, Online-Beteiligung, Offline-Beteiligung, Trends, Ausland, Forschung* etc. Anschließend erfolgte die Interpretation der Codes; Schlussfolgerungen und erste analytische Ideen wurden in **Auswertungs-memos** festgehalten (siehe Anhang S. 456 ff.). Die Memos bestehen aus den Codes der Expertenaussagen, dem gegenübergestellt die Interpretation dieser Codes und sie dienen der Reflexion sowie der Unterstützung der Analyse. Aus diesen Memos ließen sich Schlussfolgerungen für die Forschungsfrage und die Hypothesenbelegung oder -widerlegung ziehen.

Es gibt bei der **Datenauswertung/ Ziehung der Schlussfolgerung** nicht den einen richtigen Weg (vgl. Wollny; Marx 2009). Beim Codieren werden einzelne Daten stetig ohne Vorgabe miteinander

der verglichen (vgl. Tiefel 2006: S. 69). Der permanente Vergleich der Codes ist das Prinzip der Auswertung. Phänomene, die sich in einzelnen Textstellen verdeutlichen, werden mit dem Code gekennzeichnet und anschließend wird gezielt nach anderen Textstellen gesucht, die ähnliche oder kontrastierende Phänomene aufweisen (vgl. Legewie o. J.: S. 15 f.). Das erzeugt generative Fragen, die weiterverfolgt, verarbeitet und deren Daten aufgebrochen werden (vgl. Tiefel 2006: S. 68). Demnach ist diese Methode gut geeignet für die Auswertung der hier durchgeführten qualitativen Interviews, denn wie in den Memos ersichtlich, wurden verschiedene Aussagen gegenübergestellt und interpretiert (siehe Anhang S. 456 ff.).

Die Grounded Theory nimmt an, dass Wissenschaftler schon während der Datenerhebung theoretische Konzepte, Konstrukte, Hypothesen entwickeln und verknüpfen, sodass sich Erhebung und Auswertung der Daten überschneiden (vgl. Wendt 2009: S. 1 ff.). Da die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Interviews Zeit in Anspruch nahmen, mussten unterschiedliche Arbeitsschritte der Interviewauswertung parallel verlaufen. Zeitgleich lief ebenfalls die Beteiligung der Jugendlichen über die Online-Plattform und die Workshops sowie die Offline-Befragung an Schulen in der Stadt Göttingen. Deswegen wurden Informationen der Interviews bereits für die Grundlagenanalyse und zur Erklärung der Online-Plattformresonanz hinzugezogen. Abgeschlossen war die Datenerhebung an dem Punkt, als die theoretische Sättigung eintrat, was für die Grounded Theory üblich ist. In diesem Fall zu dem Zeitpunkt, an dem durch weitere Datenerhebungen keine zusätzlichen Eindrücke mehr entstanden.

Die Auswertung ist äußerst aufschlussreich, denn die Auswahl der Experten aus verschiedenen Bundesländern, mit unterschiedlichen Ausbildungshintergründen, Berufserfahrungen und Tätigkeitsbereichen innerhalb von Jugendbeteiligung, führte zu bedeutungsvollen Resultaten. Einerseits gab es Themenpunkte, bei denen sich die Experten einig waren wie, dass ein Methodenmix unerlässlich ist. Andererseits gab es differente Ansichten, beispielsweise ob Akteure im Bereich von Jugendbeteiligung Angst vor Jugendlichen haben. Die Auswertung nimmt einen wesentlichen Part bei der Beantwortung der Forschungsfrage sowie der Überprüfung der Hypothesen ein (siehe Kapitel 7 und 8.2). Zudem konnten viele Aussagen während der Beteiligung mittels Online-Plattform, Befragung und Workshops bedacht werden. So ergaben sich wesentliche Hinweise, wie die Beteiligter die laufende Online-Plattform verbessern oder bewerben können, Aspekte, die sich bei der Umsetzung der Jugendworkshops bewährten etc.

6.5 DIE ONLINE-PLATTFORM: MY-GOETTINGEN-OSTERODE.DE

Beim Beteiligungsverfahren in der Fokusregion wurden verschiedene Online- und Offline-Beteiligungsmethoden durchgeführt: Eine **Online-Plattform**¹¹⁸, drei **Workshops** und **Offline-Befragungen**. Die Methoden und ihre Umsetzung in die Praxis werden im nachstehenden Kapitel an den jeweiligen Stellen genauer erläutert.

Abbildung 26 beschreibt die Funktionsweise des Methodenmixes in dieser Beteiligung. Vordringlich ist, die Online- und Offline-Beteiligungsstränge zwar eigenständig, aber nicht losgelöst voneinander zu betrachten. Offline gesammelte Vorschläge werden online dokumentiert, damit sie für alle Akteure einsehbar sind. In den Workshops erarbeiteten alle Teilnehmenden in verschiedenen Gruppen Vorschläge und erstellten Prototypen, die anschließend auf die Online-Plattform gestellt wurden. Die online durchgeführte Priorisierung der Vorschläge wurde in den Offline-Workshops diskutiert. Resultate aus der Offline-Diskussion standen daraufhin online allen auf der Plattform angemeldeten Beteiligten zur Verfügung.

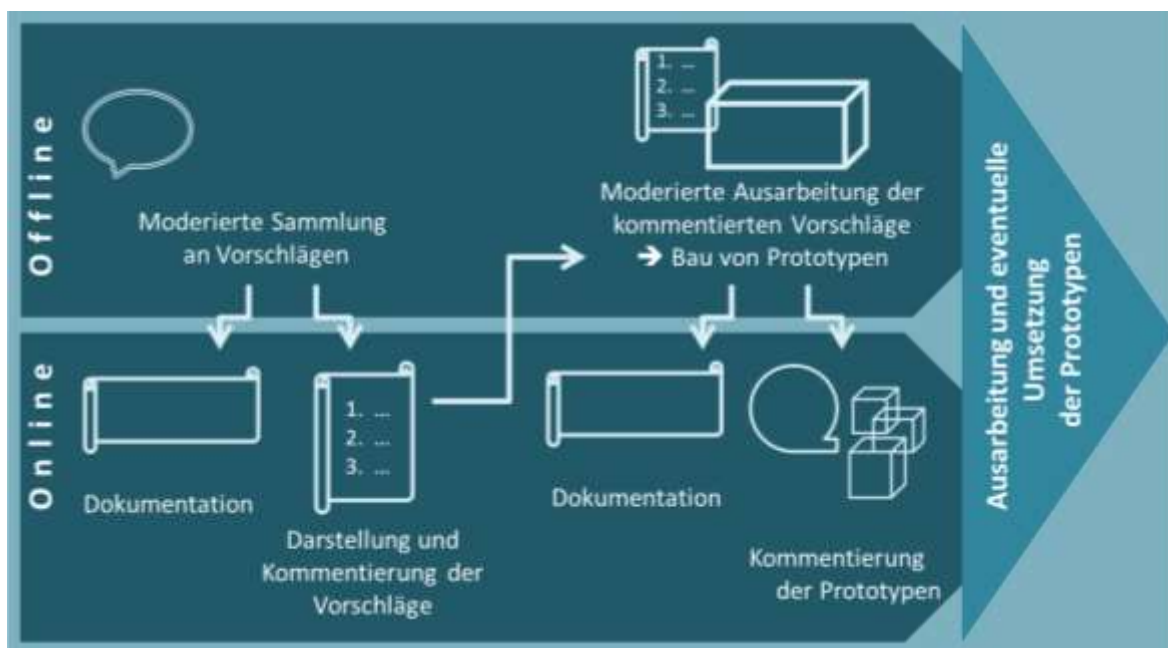


Abbildung 26: Die Verzahnung beim Methodenmix des vorliegenden Forschungsprojekts
Quelle: Eigene Darstellung

¹¹⁸ Die Plattform hatte während der Laufzeit die Internetadresse: <https://my-goettingen-osterode.de>.

Um die Evaluation der Online-Plattform nachzuvollziehen, werden nachstehend ihr Ziel, ihre Funktion und ihr Aufbau erläutert. In der Fokusregion gibt es entweder zu wenige Jugendliche in den Gemeinden, die öffentliche Freizeiteinrichtungen nutzen und andernorts gibt es Jugendliche, die Einrichtungen besuchen könnten, dies aber nicht tun. Sowohl dem Landkreis Göttingen als auch der Stadt Göttingen ist die verminderte Auslastung der städtischen Jugendhäuser bekannt, Ursachen sind jedoch unklar. Zudem gibt es keine Informationen zu Erreichbarkeiten von öffentlichen Freizeitornten, zu Aktivitäten, die Jugendliche in ihrer Freizeit unternehmen oder unternehmen möchten, hingegen nicht können und was sie in ihrer Region an ihren Freizeitornten ändern würden. Für künftige Planungen ist es hilfreich und notwendig zu erfahren, welchen Bedarf Jugendliche, welche Wünsche sie in Bezug auf ihre Freizeiteinrichtungen und welche Vorstellungen sie für die Zukunft haben.

Das Ziel der Online-Plattform sowie der gesamten Beteiligung für das UR-Projekt war es, den aktuellen Stand des Freizeit- und Mobilitätsverhaltens von Jugendlichen in der Region, vorrangig der Erreichbarkeiten, aufzuklären. Für die vorliegende Arbeit hingegen ist primär zu untersuchen, inwieweit zeitliche Ressourcen von Jugendlichen für eine Beteiligung vorhanden sind und in welchem Maß digitale Medien Einfluss auf das Mitwirkungsverhalten nehmen. Für diese Studie sind weniger die erzielten Mobilitäts- und Freizeit-Ergebnisse der Online-Plattform relevant als vielmehr der auf ihr geführte Beteiligungsprozess. Daher steht insbesondere die Evaluation der Online-Plattform sowie der Workshops im Vordergrund. Alle Jugendlichen, die sich auf der Online-Plattform anmeldeten, wurden bezüglich der Evaluation angeschrieben, unabhängig davon, ob sie überhaupt und welche Aktivitäten sie auf der Online-Plattform durchführten.¹¹⁹

6.5.1 GRUNDGESAMTHEIT, STICHPROBE UND REPRÄSENTATIVITÄT DER ZIELGRUPPE

Sowohl die Online-Plattform als auch die Offline-Befragung und die Workshops waren nur einer begrenzten Gruppe von Jugendlichen zugänglich, Ergebnisse aus diesen Beteiligungen sind somit nicht auf alle Jugendlichen übertragbar. Die Jugendlichen der Fokusregion¹²⁰ in einem Alter von

¹¹⁹ Ergebnisse des gesamten Beteiligungsprozesses in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H., einschließlich der Online-Plattform können in diversen (teils noch in Bearbeitung befindlichen) Publikationen nachgelesen werden, zum Beispiel im UR-Projekt-Endbericht: Matthes 2020. Weitere Publikationen aus dem Projekt sind hier aufgeführt: TU Harburg 1 o. J.

¹²⁰ Bei der Offline-Befragung in den Schulen wurden entsprechend Schüler jener teilnehmenden Schulen befragt. Bei der Online-Plattform bestand für alle Jugendlichen, auch Auszubildende, der gesetzten Altersgruppe die Möglichkeit, sich zu beteiligen.

15 respektive 16 (je nach Beteiligungsmedium) bis 19 Jahren, bilden die Grundgesamtheit (= Population).

Bildet eine hohe Personenanzahl die Grundgesamtheit, steht eine Vollerhebung mittels persönlicher Befragung in Papierform in keinem Verhältnis, da Kosten, Aufwand und die benötigte Zeit hoch wären, weshalb eine Teilerhebung präferiert wurde (vgl. Schnell et al. 2013: S. 257 ff.; Diekmann 2012: S. 376). Daher berücksichtigte die Befragung nicht alle potenziellen Jugendlichen, sondern eine Stichprobe, die zufällig ausgewählt wurde. Eine Stich-

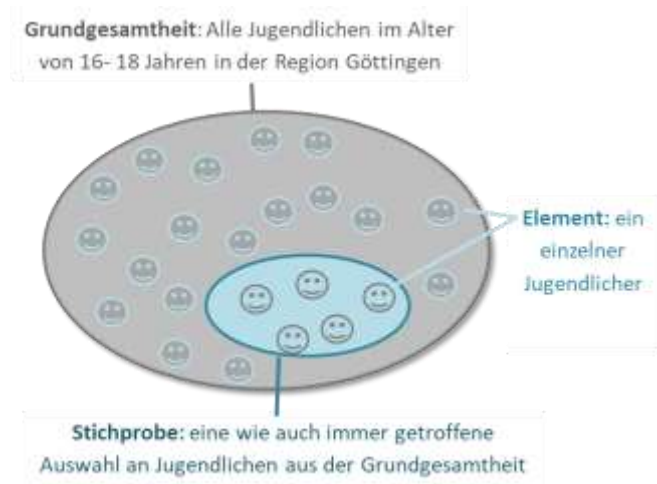


Abbildung 27: Stichprobe, Grundgesamtheit und Element
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Diekmann 2012: S. 376

probe, wie sie hier verstanden wird, ist als Auswahl von Teilen der Grundgesamtheit definiert (siehe Abbildung 27). Auf diese Weise kann von einer Verteilung aller Merkmale in der Stichprobe auf die Verteilung dieser Merkmale in der Grundgesamtheit geschlossen werden (vgl. Schnell et al. 2013: S. 296).

In diesem Kontext ist auf die drei Gütekriterien *Objektivität (Wer)*, *Reliabilität (Wie)* und *Validität (Was)* hinzuweisen, die bei dieser Forschung beachtet wurden. Wissenschaftler möchten mit diesen Kriterien die statistischen Auswertungsverfahren im Hinblick auf mögliche Vergleiche und Abhängigkeiten betrachten, um verwertbare Daten zu erhalten. Objektivität besagt, dass das Ergebnis einer Messung, hier der Befragung, unabhängig von den messenden Personen sein soll. Die Reliabilität (Zuverlässigkeit) einer Messung ist gegeben, wenn Daten derart definiert werden, dass bei einer erneuten Messung desselben Merkmals und unter identischen Bedingungen zu demselben Resultat, die gleiche Ausprägung vorhanden ist. Die Eignungen der Aussagekraft einer Variablen zur Beantwortung der Fragestellung, zeigt die Validität (vgl. Loy 2019: o. A.).

Da versucht wurde, so viele Jugendliche wie möglich zu erreichen, erfolgten Abgrenzungen nach Alter und Wohngemeinde. Jede Person unter 16 oder über 19 Jahren sowie Personen, die außerhalb des Landkreises Göttingen wohnen, konnten sich auf der Online-Plattform nicht beteiligen. Möglichkeit zur Beteiligung bestand für Schüler, die zwischen 16 und 19 Jahren alt waren, zwar außerhalb des Landkreises wohnen, aber im Landkreis zur Schule gehen, da jene ihre Frei-

zeit in der Region verbringen könnten und somit potenzielle Beteiligte sind. Obwohl sich die Online-Plattform mehrheitlich auf die Fokusräume des UR-Projekts (Bad Grund, Osterode a. H., Adelebsen und Dransfeld sowie der Stadt Göttingen) konzentrierte, durften alle Jugendlichen der besagten Altersgruppen, die im Landkreis wohnhaft sind, mitmachen. Bei den Offline-Befragungen standen nur die Jugendlichen zur Verfügung, die an dem Tag in der Schule waren und der Zielgruppe entsprachen.

Die Repräsentativität macht die Rücklaufquote der Beteiligung aus und ist ein zentrales Element in der empirischen Forschung. „Unter Repräsentativität ist die wirklichkeitsgetreue, problemadäquate Abbildung einer Grundgesamtheit durch die Stichprobe zu verstehen“ (Sommer et al. 1999: S. 30). Ein Problem ist, dass nicht gewährleistet werden konnte, dass alle Jugendlichen in den Fokusräumen und vor allem in der ganzen Region, von der Mitwirkungsoption erfuhren. Es kann für diese Forschung keine Zahl der Grundgesamtheit angegeben werden, da die Menge der Jugendlichen unbekannt ist, die hätte erreicht werden können. Unbekannt ist faktisch die Anzahl der Jugendlichen, die letztendlich von der Beteiligung erfuhren und mitgemacht, sofern sie davon Kenntnis erlangt hätten.

Die Grundgesamtheit beinhaltet somit eine spezielle Zielgruppe, die eigene Ansprüche an Beteiligungs- und Forschungsvorhaben aufweist. Jene galt es bei der Konzipierung der jeweiligen Beteiligungsmethoden zu bedenken.

6.5.2 KONZIPIERUNG, UMSETZUNG UND VERBREITUNG DER PLATTFORM

Die Konzipierung, Ausschreibung, Vergabe, Beauftragung und Umsetzung der Online-Plattform dauerte über eineinhalb Jahre. Die Inhalte der Online-Plattform stammen von der Verfasserin dieser Arbeit, in der Rolle als Mitglied des UR-Innovationsteams. Die Plattforminhalte wurden mit einer nach einer öffentlichen Ausschreibung beauftragten Agentur, die auf Anliegenmanagement und Beteiligung für Kommunen spezialisiert ist, rückgekoppelt. Sie sorgte für die gestalterische und technische Umsetzung. Wesentliche Inhalte wurden zuvor mit der Stadt Göttingen, dem Fachbereich Jugend¹²¹ sowie dem Landkreis Göttingen, Referat für Demografie und Sozialplanung sowie dem Fachdienst Kinder- und Jugendarbeit des Landkreises, ausgearbeitet.

¹²¹ Fachbereich Jugend mit den Fachdienst *Besondere Soziale Dienste, Jugendhilfeplanung und Netzwerk Frühe Hilfen*.

Die Online-Plattform war von Dezember 2017 bis Oktober 2018 verfügbar. Rund 160 Schüler meldeten sich in dieser Zeit auf der Online-Plattform an und führten verschiedene Module aus. Nachdem das erste Modul der Online-Plattform startete, folgten regelmäßig weitere und alle sechs Module zusammen liefen bis zum Ende der Herbstferien in Niedersachsen, Mitte Oktober 2018 (siehe Abbildung 28). Hinter jedem Modul befand sich ein eigenständiges Tool. Dies war beispielsweise ein Wegetagebuch, eine digitale Karte zur Verortung von Freizeitpunkten in der Fokusregion, eine Umfrage sowie eine Möglichkeit zur Kommentarabgabe.



1. **Modul Infos:** Informationen zu Zielen, Hintergründen, Spielregeln, Datenschutz etc.
2. **Modul Ansagen:** Kartenbasierte Bestandsaufnahme von Freizeitorten.
3. **Modul Wünschen:** Fragen zum Mobilitäts- und Freizeitverhalten, Aktionsräumen, Internetnutzung, zu Einstellungen und Zukunftsvorstellungen von Mobilität, Digitalisierung und Freizeit.
4. **Modul Bewegen:** Ausfüllen eines Wegetagebuchs¹²².
5. **Modul Benoten:** Kartenbasierte Zufriedenheitsabfrage mit Freizeitorten zur Priorisierung der in Modul 1 bestehenden und ergänzten Orte; Kommentarsammlung zur qualitativen Einschätzung des Abstimmungsergebnisses der erhobenen Orte.
6. **Modul Verbessern:** Verbesserungsvorschläge und Ideen einreichen; Akzeptanz von bereits erarbeiteten Vorschlägen durch Kommentierung und Bewertung ermitteln.

Abbildung 28: Überblick über die Module der Online-Plattform *My-Goettingen-Osterode.de*

Quelle: Eigene Darstellung

¹²² Sozialräume werden chronologisch für einen Tag am Wochenende und einen Tag unter der Woche wiedergegeben.

Die Module wurden zeitversetzt freigeschaltet, um den stetigen Aufwand auf mehrere Zeitpunkte aufzuteilen und die Motivation zu erhöhen, sich über eine längere Zeit zu beteiligen. Es standen insgesamt sechs Module zur Bearbeitung zur Verfügung, welche durch den sechsteiligen Aufbau nicht auf einmal *Arbeit* für die Beteiligten bedeuteten. Neben der Darstellung von Workshopergebnissen konnten beispielsweise auf der Plattform Wegetagebücher ausgefüllt oder Diskussionen geführt werden. Sie diente zudem dazu, die Beteiligung in der Zeit zwischen den Workshops zu überbrücken.

Der Zugang zur Online-Plattform erfolgte über Postkarten mit QR-Code, die die Schulen erhielten oder über einen Link, der über die Schulleitungen an Schüler der Zielgruppe übermittelt wurde. Der UR-Innovationsgruppe war es aus Datenschutzgründen nicht erlaubt, Schüler persönlich anzuschreiben. Eine kurze Registrierung mit E-Mail-Adresse war zur Bearbeitung der Module erforderlich, ehe unmittelbar die Freischaltung folgte. Wurde ein neues Modul freigeschaltet, sandte die Agentur eine E-Mail an bereits registrierte Teilnehmende, die darüber informierte und zeitweise an die Beteiligung erinnerte.

Insgesamt erhielten rund 20 Schulen in der Fokusregion über 11.500 Postkarten und einige Schulen (ergänzend) Informations-Poster. Eine Schule wollte jedoch nur Poster aufhängen und keine QR-Code-Karten an die Schüler verteilen (siehe Anhang S. 464). Die lokale Printpresse berichtete ebenfalls über die Beteiligungsplattform. Doch die Adressaten der lokalen Printpresse waren weniger die Jugendlichen der Fokusregion als vielmehr ihre Eltern, denn sie sind es überwiegend, die die örtlichen Tageszeitungen lesen. Eltern nehmen eine wichtige Rolle als Übermittler und Motivator ein: Sie hätten die Jugendlichen auf die Beteiligung aufmerksam und zur Teilnahme animieren können.

Die Zielgruppe stellte sowohl die Beteiligter, als auch die Verfasserin dieser Arbeit vor Herausforderungen, denn es bestanden einige Schwierigkeiten in der Gewinnung und Motivation der Beteiligten aus dem Adressatenkreis. Diese Probleme werden im nachfolgenden Kapitel ausführlich unterbreitet, da sie den weiteren Beteiligungs- und Forschungsverlauf maßgeblich beeinflussen.

6.5.3 PROBLEME BEI DER GEWINNUNG VON BETEILIGTEN

Der Vorteil einer Online-Plattform zu Beteiligungszwecken liegt darin, dass sich Jugendliche jederzeit auf ihr anmelden und beteiligen können. Hier mussten sie zunächst durch die UR-Innovationsgruppe freigeschaltet werden, ehe sie mit PC, Tablet, Laptop oder von ihrem Smartphone teilnehmen konnten. Insgesamt beteiligten sich wenige Jugendliche aus der Region auf der Plattform (siehe Tabelle 8). Die Ursachen für die niedrigen Beteiligungszahlen werden im anschließenden Unterkapitel dargelegt.

Registrierte Jugendliche	161
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Min.	7,1
Aufrufe der Module <i>Ansagen/Benoten</i>	156
Aufrufe im Modul <i>Verbessern</i> - Bestehende Projektvorschläge bewerten	130
Aufrufe im Modul <i>Verbessern</i> - Neue Ideen einreichen	78
Ausgefüllte Fragebögen im Modul <i>Wünschen</i>	48
Ausgefüllte Fragebögen im Modul <i>Bewegen</i>	5
Seitenbesuche insgesamt	625

Tabelle 8: Nutzerzahlen der Online-Plattform
Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung

6.5.3.1 GRÜNDE FÜR DIE GERINGEN BETEILIGUNGSZAHLEN

„Aber was alle diese [bereits durchgeführten] Plattformen nicht leisten, ist dass nachdem ich mal einmal da war, wiederkomm´. Das ist keine Alltäglichkeit und in der Pubertät sind so viele andere Themen wichtiger und spannender, dass die da einfach nicht hin zurückkommen“ (Interview Flügge 06.09.2018). Flügge (2018) spricht nicht das Problem der erstmaligen, sondern bereits das Problem der erneuten Beteiligung an. Eine erneute Beteiligung auf der Online-Plattform war in dieser Beteiligung dagegen ein zweitrangiges Problem, die erstmalige Motivation der Zielgruppe, war ein größeres. Es gab vielfältige Gründe, die für die verminderten Teilnehmerszahlen auf der Online-Plattform ursächlich waren.

11.762 **Postkarten** wurden an rund 20 Göttinger Schulen durch die regionale Koordination des Landkreises Göttingen und gleichzeitig Mitglied von UR im November und Dezember 2017 sowie im Januar 2018 abgegeben (siehe Anhang S. 464). Die Koordination informierte die Schulleiter schriftlich und partiell ergänzend persönlich oder telefonisch über das Beteiligungsvorhaben. Das Lehrpersonal sollte die Karten mit einem kurzen Informationsblatt an die Schüler verteilen. Bereits bei dem Mini-Workshop im Dezember 2017 stellte sich heraus, dass bei fast allen Schülern, die am Workshop teilnahmen, die Lehrer die Karten **ohne erläuternde Worte** ausgaben, die Karten dann direkt in den Schultaschen der Schüler verschwanden, ohne, dass sie ihnen Beachtung schenkten. Das ist eine Erklärung, warum viele Jugendliche den Link nicht nutzten und sich folglich nicht auf der Plattform beteiligten, obwohl sie eigentlich hätten informiert sein müssen.

Im direkten Kontakt mit Jugendlichen während der Offline-Workshops stellte sich heraus, dass privat teilweise **kein Internetzugang** verfügbar war und wenn doch, für solche Zwecke nicht genutzt wurde. Die Nichtnutzung des Internets für Online-Beteiligungen begründet sich unter anderem mit dem sozialen Hintergrund. Insbesondere der Bildungshintergrund von Jugendlichen und ihren Familien sowie das soziale Umfeld sind entscheidend. Es gibt große Unterschiede zwischen Personen mit höherem und niedrigerem formalen Bildungsstand bezüglich ihrer Fähigkeiten, das Internet zu nutzen (vgl. Otto et al. 2004: S. 3).

Technische Umstände erschweren es Jugendlichen gleichermaßen, das Internet zu gebrauchen. In Göttingen Osterode a. H. gibt es Regionen, die entweder nicht oder unzureichend an das Breitbandnetz angebunden sind (siehe Abbildung 29). In der Region sind selbst Bandbreiten von DSL 16.000, womit sich Download-Geschwindigkeiten von bis zu 16 Mbit/s erreichen lassen, nicht überall verfügbar. Bis zu 100 Mbit/s, wie sie die Telekom im Internet auf Karten zur Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen angibt, sind in der Fokusregion kritisch.

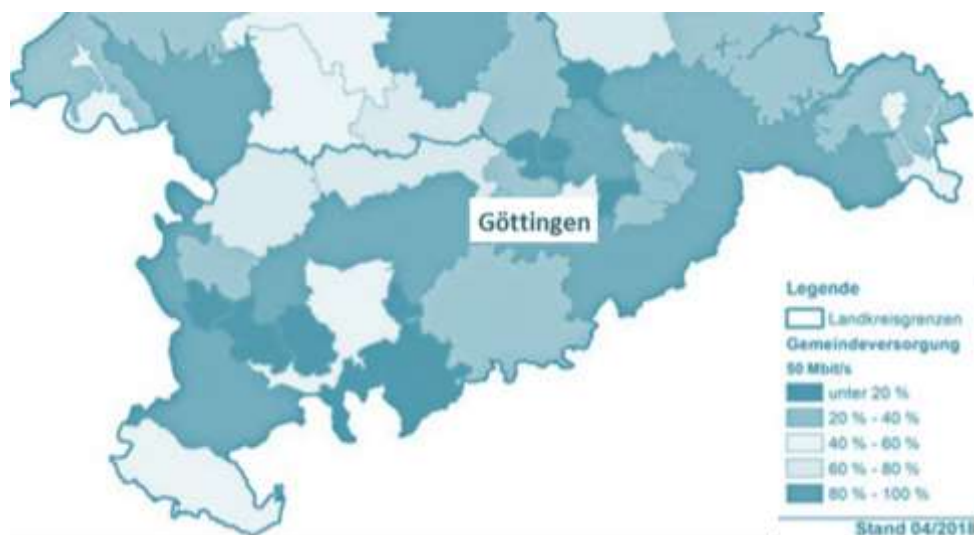


Abbildung 29: Breitbandverfügbarkeit in der Fokusregion

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen 2018

Obwohl 50 oder 100 Mbit/s vermerkt sind, werden nicht immer so viel zur Verfügung gestellt (vgl. Brakemeier 2015). Für die Fokusregion sieht es vor allem in den ländlichen Räumen angesichts der Breitbandversorgung deutlich schlechter aus. Dort gibt es Flächen, in denen sogar unter 10% der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von 50Mbit/s versorgt sind. Daher sollte ab April 2018 mit dem Breitbandausbau begonnen werden, denn dann fiel der offizielle Startschuss für den geförderten Glasfaserausbau u.a. in Gemeinden, die bei der Beteiligung vertreten

waren.¹²³ Ein flächendeckender Ausbau solle innerhalb von 12 Monaten – spätestens bis Ende 2019 vollzogen sein, was den Jugendlichen der Beteiligung, die 2019 bereits endete, zu jenem Zeitpunkt keinen Vorteil brachte (vgl. WRG 2018).

Unterstützung in Form von **öffentlichen Anschreiben** durch den Landrat, das Kultusministerium oder Vertretern der Bildungsregion Südniedersachsen¹²⁴ **blieben aus**, wären dahingegen notwendig gewesen, um Schulen zur Beteiligungsunterstützung zu aktivieren. Dies hätte eine besondere Wirkung gehabt sowie die Ernsthaftigkeit und Bedeutung des Vorhabens unterstrichen.

Die Beteiligung erschwerte desgleichen der **Erlass des niedersächsischen Kultusministeriums**¹²⁵ aus dem Jahre 2017, laut dem es nicht gestattet ist, Befragungen während des Unterrichts durchzuführen, die inhaltlich kein Bestandteil des Unterrichts oder des schulischen Kontextes bilden. Laut der niedersächsischen Landesschulbehörde (2015) ist eine Befragung, wie sie im Sinne von *UR* durchgeführt wurde, nach den Vorgaben des Bezugserlasses genehmigungspflichtig. Es ließ sich jedoch hinsichtlich der geplanten Durchführung keine Genehmigungsfähigkeit durch das Kultusministerium Niedersachsen feststellen. Die Einbindung von Schulen ist allerdings ein wesentlicher Zugang, die Aufmerksamkeit der Schüler zu erhalten und sie zu beteiligen (vgl. Interview Stange 05.03.18).

Ein weiteres Hindernis sind **Lebensumstände** und **Einstellungen** der Jugendlichen: Lebensweltorganisation, Zeitdruck und die vielen Aufgaben von Jugendlichen im Alltag. Ihre Zeit- und Lebensplanung ist stressiger, komplizierter und aufwendiger geworden. Jugendliche sollen schneller mit ihrer Ausbildung fertig werden und verfügen über weniger Zeit zum Beteiligen (vgl. Interview Behr 30.04.2018; Interview Brüninghoff 21.06.2018). Manche Jugendliche der Fokusregion haben andere Interessen, andere Freizeittorte außerhalb der Region, die sie aber gut erreichen, treffen sich privat bei Freunden in der Nähe und sehen keinen Grund, sich diesfalls einzubringen, was sich bei den Workshops und der Online- und Offline-Befragung vorweisen lässt (siehe Anhang S. 465 ff., 473 ff. und S. 553). Wenn Interesse an einer Beteiligung vorliegt, steht angesichts

¹²³ Beispielsweise: Bad Grund (Harz), Bad Lauterberg im Harz, Bovenden, Dransfeld, Duderstadt, Herzberg am Harz, Jühnde, Osterode a. H., Rosdorf und Scheden.

¹²⁴ Das Bildungsbüro gestaltet gemeinsam mit allen Akteuren der frühkindlichen Bildung bis in den Beruf, Wege zu einer erfolgreichen Bildungsbiographie junger Menschen. Kernaufgaben sind: Entwicklungsprozesse identifizieren, Abstimmungsprozesse anstoßen, Handlungsoptionen für die Fokusregion entwickeln sowie Prozesse koordinieren und moderieren (vgl. Bildungsregion Südniedersachsen 2020).

¹²⁵ Siehe: Umfragen und Erhebungen in Schulen; RdErl. des MK vom 01.01.2014-25b-81402 (SVBl. 1/2014 S. 4), geändert durch RdErl. v. 01.12.2015 (SVBl. 12/2015 S. 598) – VORIS 22410 –

von Ganztagschulen, zeitintensiven Busfahrten von der Schule nach Hause, Nachhilfeunterricht etc. kaum Zeit zur Verfügung, um das Interesse zu vollziehen.

Ein weiterer Grund ist die **individuelle Situation** der Jugendlichen der Zielgruppe. Es gibt Jugendliche, die entweder kein Problem in der Erreichbarkeit und Gestaltung ihrer Freizeitorte sehen oder bereits eigene Lösungen für die Problematik fanden (Eltern-Taxi, Freunde mit Führerschein und PKW-Verfügbarkeit, private oder andere öffentliche Treffpunkte) (siehe Anhang S. 465 ff.).

Seitens der **Agentur**, die die Plattform umsetzte, gab es keine Initiativen hinsichtlich Werbung und Ansprachen an die Zielgruppe. Die Agentur wies eine begrenzte Flexibilität bezüglich Änderungen und Anpassungen der Online-Plattform auf, obgleich dies in diversen Vorgesprächen thematisiert wurde. Den vom UR-Projekt gestellten Anforderungen¹²⁶ einer ansprechenden Plattformgestaltung wurde die Agentur zudem nicht gerecht. Die praktische Ausführung war nicht zufriedenstellend, was sich anhand zahlreicher technischer Störungen der Online-Plattform begründet. Einige bei der Auftragvergabe ausgearbeiteten Ideen, konnte die Agentur ebenfalls nicht zufriedenstellend umsetzen.

Aus datenschutzrechtlichen Gründen, damit doppelte Befragungen vermieden wurden und um die auf der Plattform angemeldeten Jugendlichen per E-Mail an die Beteiligungstools zu erinnern, war eine **Registrierung** notwendig. Dies funktionierte zu Beginn technisch nicht einwandfrei: Zum Beispiel versuchte ein Lehrer¹²⁷ während des Unterrichts die Online-Plattform mit seinen Schülern zu bearbeiten, scheiterte indessen bereits bei der Registrierung. Einen erneuten Versuch zu einem späteren Zeitpunkt, als die technischen Probleme behoben waren, lehnte die Lehrkraft ab. Ein Pre-Test ergab, dass von 25 Schülern lediglich zwei eine erfolgreiche Registrierung durchführen konnten. Bei allen anderen versagte die Webseite, obschon die Klasse mit Tablets oder mit verschiedenen Browsern arbeitete. Zudem verwehrt technische Gründe die Online-Plattform in geschlossenen Netzwerken zu verwenden. Bis die technischen Probleme behoben wurden, verstrich Zeit, innerhalb derer Jugendliche das Interesse an der Beteiligung verloren.

¹²⁶ Ein Anspruch an die Online-Plattform lautete, dass sie einfallsreich, innovativ, kreativ, fantasievoll, ideenreich und originell sein sollte. Zudem sollte die Bedienung der Oberfläche einfach, barrierearm und überwiegend selbsterklärend sein.

¹²⁷ Es gab ein halbes Dutzend Lehrer, die sich über den Erlass hinwegsetzten und im Rahmen ihres Unterrichts die Online-Plattform besuchten und sich beteiligten.

Artikel 8 der **Europäischen Datenschutzgrundverordnung** (EU-DSGVO), der erstmals eine ausdrückliche gesetzliche Regelung bezüglich der Einwilligung von Kindern und Jugendlichen vorsah, ist zudem eine Hürde, um Jugendliche zu beteiligen (siehe Kapitel 6.5.3). Ihnen wird die Anmeldung auf der Online-Plattform und desgleichen bei anderen Internetdiensten, deutlich erschwert (vgl. Bleich 2017). Zum Schutz von Jugendlichen musste zu Beginn der Online-Plattform, als noch die unter 16-Jährigen beteiligt wurden, eine schriftliche Einwilligungserklärung der Eltern eingeholt werden. Dieses Vorgehen war aufwendig¹²⁸, sodass einige Jugendliche daraufhin doch nicht teilnahmen, obwohl sie es ursprünglich beabsichtigten. Letztlich gingen zwei Erklärungen ein, sodass zwei Jugendliche unter 16 Jahren auf der Online-Plattform mitmachten, weil sie sich gleich zu Plattformstart registrierten und die Einwilligung der Eltern einreichten, bevor die Online-Beteiligung für die Unter-16-Jährigen geschlossen wurde.

„Die Registrierung [sic] hat eine gefühlte Ewigkeit gedauert, zuerst waren die erstmaligen Zugangsdaten [sic] schwierig zu bekommen und die Verifizierung hat mehr als eine Woche gedauert und das war in meiner Klasse kein Einzelfall... Es sollte evtl. lieber eine automatische E-Mail Verifizierung [sic] geben um den Prozess zu beschleunigen und damit die Jugendlichen das Interesse nicht verlieren. An Veränderungen zu helfen ist super, aber in unserer multi medialen [sic] Zeit ist die Geschwindigkeit und die umsetzbarkeit [sic], so wie das festhalten [sic] von Ideen dringend notwendig!“ (Anhang S. 481 ID 24).

Als Problem stellte sich darüber hinaus die **Kommunikation** und **Zusammenarbeit** von **Wissenschaft**¹²⁹ und **Praxis**¹³⁰ heraus. Vielfach gab es in Bezug auf die Online-Plattform Unstimmigkeiten zwischen Praxis und Wissenschaft, die nicht geklärt werden konnten, wie andersgeartete Zielvorstellungen und Vorschläge für die Herangehensweise. Zum Beispiel konnte kein Einvernehmen hergestellt werden, was zur Steigerung der niedrigen Plattform-Nutzerzahlen unternommen wird. Der Landkreis und später die regionale Koordinatorin, die im UR-Projekt arbeitete, zogen sich letztendlich aus der Online-Beteiligung zurück, was einen erheblichen Nachteil für weitere Arbeitsschritte bewirkte. Denn persönliche Kontakte und lang gepflegte Beziehungen des Landkreis Göttingen zu einflussreichen Akteuren standen nicht länger zur Verfügung. Dies fing das etwas später begonnene Engagement der Stadt Göttingen nur bedingt auf.

¹²⁸ Für die Einwilligung mussten die Jugendlichen ein Formular auf der Online-Plattform herunterladen, ausdrucken, von einem Erziehungsberechtigten unterschreiben lassen, einscannen und per E-Mail oder Fax an das UR-Projekt, zurückschicken.

¹²⁹ Zur Gruppe *Wissenschaft* zählen unterdies die im UR-Projekt beteiligten Forschungseinrichtungen: TU Harburg, Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln (FiFo Köln) sowie das ILS in Dortmund.

¹³⁰ Zur Seite der *Praxis* gehören die im UR-Projekt beteiligten Verwaltungen der Stadt Göttingen sowie des Landkreises Göttingen mit den jeweiligen relevanten Fachbereichen.

In den Interviews mit den Beteiligungsexperten erwies sich im Nachgang, dass es vielversprechend ist, Jugendliche, anders als hier praktiziert, **zuerst offline zu kontaktieren**, um sie anschließend zur Beteiligung an der Online-Plattform zu motivieren. Für eine Realisierung von Workshops mit Jugendlichen müssen zunächst Kommunikation, Gruppenprozesse und Motivation geschaffen werden, um anschließend Onlineverfahren durchzuführen (vgl. Interview Stange 05.03.18).

Zahlreiche Faktoren kamen zusammen, sodass die Beteiligungszahlen unzufrieden stellend waren. Das bedeutet nicht, dass einzelne, von den Jugendlichen abgegebene Beiträge qualitativ nicht ausreichen. Doch für eine Repräsentativität ist die Qualität der Beteiligung allein nicht entscheidend, desgleichen spielt die Quantität eine unerlässliche Rolle. Damit Repräsentativität gegeben ist, demzufolge die Quantität erhöht wird und so viele Jugendliche wie möglich, sich beteiligen, galt es Maßnahmen zu entwickeln, womit mehr Jugendliche über das Mitwirkungsangebot informiert und zur Teilnahme motiviert wurden.

6.5.3.2 MAßNAHMEN ZUR STEIGERUNG DER BETEILIGUNGSZAHLEN

Damit Jugendliche die Chance nutzen, sich zu beteiligen, wurden einige Maßnahmen ergriffen, um sie zu motivieren. Es war nicht davon auszugehen, dass sich alle Jugendlichen aus Lustlosigkeit der Beteiligung entziehen. Ferner sind der Mangel an Informationen sowie ein fehlendes Problembewusstsein ein Grund, der Jugendliche in der Fokusregion von einer Beteiligung abhielt. Gleichwohl unternahmen die Beteiligter verschiedene Aktivitäten, die Jugendlichen zu informieren und bestenfalls zu einer Mitwirkung zu motivieren.

Verbreitung von Informationen zur gesamten Beteiligung und Erinnerungen verliefen ergänzend via Twitter (siehe Twitter 2018) und Instagram. Dies erfolgte ab dem zweiten (Februar 2018) bis nach dem dritten Workshop (April 2018) (siehe Abbildung 30).

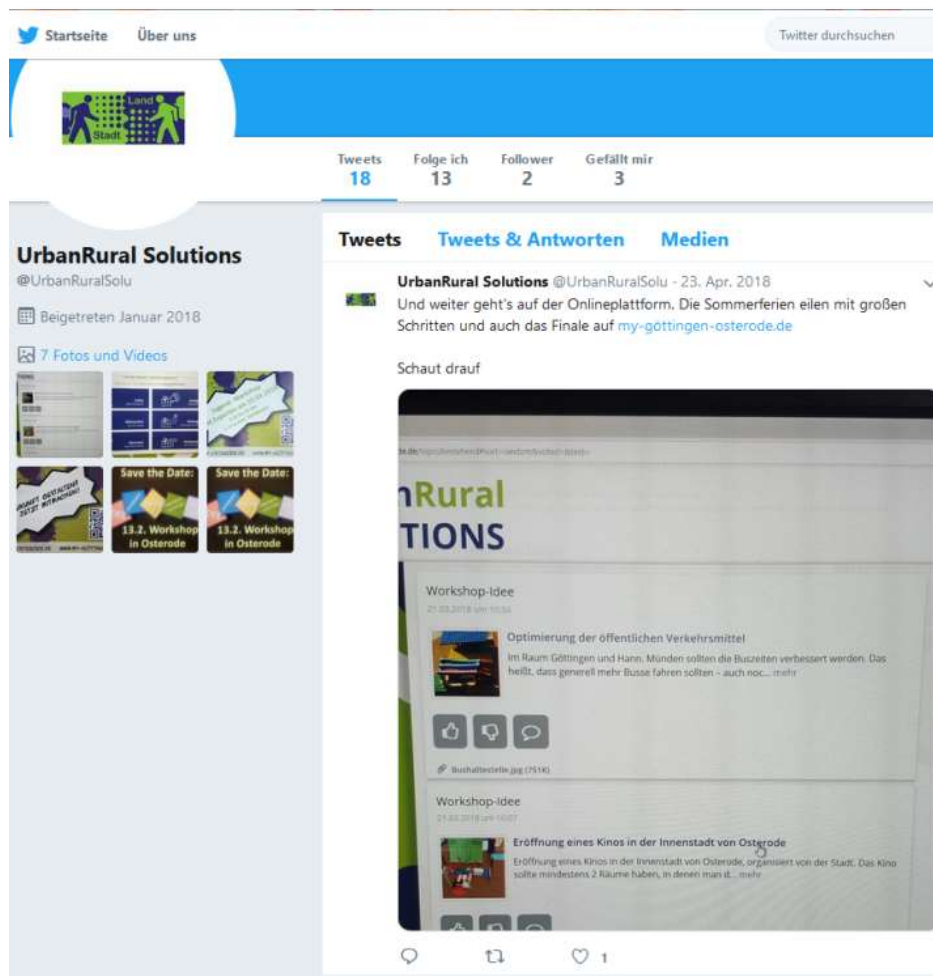


Abbildung 30: Twitter-Seite der Jugendbeteiligung
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Twitter 2018

Die regionale Koordinatorin des *UR*-Projektes aus dem Landkreis Göttingen suchte, bevor sie sich aus dem Projekt zurückzog (siehe Kapitel 6.5.3.1), nach der Postkartenverteilung und einem **persönlichen Anschreiben** (siehe Anhang S. 471) erneut Schulen in Osterode a. H. zu einem unvermittelten Gespräch auf, damit sich die Schulleitung für die Beteiligung bei den Schülern einsetzt, sie motiviert und informiert. Ebenfalls wurde versucht über **Schülerversammlungen** der Schulen zu agieren: An zahlreiche Schülerversammlungen wurden daraufhin E-Mails mit Informationen versendet und um Weiterverteilung an die Mitschüler gebeten (siehe Anhang S. 473). Aus datenschutzrechtlichen Gründen war es unzulässig, dass das UR-Innovationsteam selbst die E-Mail-Adressen der Schüler erhielt, um die Informationsschreiben zu verschicken. Keine einzige Schülervertretung antwortete auf die E-Mail, weshalb ungewiss ist, ob die Schülervertretungen die E-Mail an die Mitschüler weiterleiteten.

Durch den, wenn auch verspäteten Kontakt zum **Fachbereich Jugend der Stadt Göttingen** bot sich erst die Möglichkeit, an drei Schulen der Stadt Göttingen die Offline-Befragung durchzuführen. Denn der Fachbereich pflegt bereits seit Jahren engen Kontakt mit den Schulleitungen der Göttinger Schulen. Durch jene Verbindung wurden die Offline-Befragungen möglich, bei denen ergänzend für die Online-Plattform geworben wurde. Zudem erfolgte durch den Fachbereich eine Kontaktaufnahme zu anderen **Organisationen** aus der Region, die im **Jugendbereich** arbeiten: der Evangelische Kreisjugenddienst Osterode a. H., das Kinder- und Jugendbüros der Gemeinden, der Kreissportbund *Göttingen-Osterode e.V.* etc. (siehe Anhang S. 464). Die Ansprechpartner verteilten Postkarten und sprachen Jugendliche der Zielgruppe an.

Bei den **Workshops** wurde ebenso für die Online-Plattform **geworben**, unter anderem durch die Präsentation von Screenshots, welche Inhalte der Online-Plattform demonstrierte, Erklärungen, warum die Beteiligung bedeutsam für Jugendliche ist und somit Neugierde wecken sollte. Ergänzend bedienten sich die Beteiligter **Incentives** als Ansporn; es fanden sich jedoch nur wenige Sponsoren, die Anreize für Jugendliche zur Verfügung stellten. Die zur Verfügung stehenden Incentives Theaterkarten und Freibadeintrittskarten fanden kaum Zuspruch bei den Jugendlichen. Die Vorgaben des Fördervorhabens von *UR* sahen einen Kauf von Incentives, die ansprechender hätten sein können, nicht vor, weshalb es auf Spenden von Sponsoren ankam. Bei der Verlosung der Karten wurden 10 Jugendliche über ihren Gewinn informiert, doch lediglich zwei gaben eine Rückmeldung, um sich ihren Gewinn zusenden zu lassen.

Bei der Neujahrsbesprechung der **Jugendpfleger** des Landkreises Göttingen im Jahre 2017 wurden die Jugendpfleger erstmals persönlich durch Mitglieder des UR-Innovationsteams auf das Beteiligungsvorhaben hingewiesen. Im Frühjahr 2018 wendete sich das UR-Innovationsteam erneut an die Jugendpfleger und klärte über den aktuellen Projektstand auf. Einige von ihnen traten alsdann auf ihnen bekannte Gruppen von Jugendlichen zu, von denen sie eine Teilnahme erwarteten, um sie zu motivieren. Ergänzend gab es weitere Gespräche mit Jugendpflegern, die im direkten Kontakt zu Jugendlichen stehen und ebenfalls bei der Postkartenverteilung und der Informationsübermittlung halfen.

Die **örtliche Presse** (Tageszeitung und lokaler Radiosender) wurde einbezogen und berichtete ausgesprochen positiv über die Arbeit der Jugendlichen.¹³¹ Doch die Adressaten dieser Medien

¹³¹ Vgl. Pressestimmen unter: Göttinger Tageblatt 2018; Bullert 2018; Focus 2018.

sind mehrheitlich Eltern, als Jugendliche selbst. Sprechen Eltern nicht mit ihren Kindern darüber, sind Mitteilungen über diesem Wege ergebnislos.

Als besonders effektiv zeigte sich im Rahmen der Beteiligung der **Offline-Fragebogen**, der an drei weiterführenden Göttinger Schulen zum Einsatz kam, weil damit eine große Anzahl von Jugendlichen beteiligt wurde. Aussichtsreich war, dass während des Termins der Befragung über die Beteiligung informiert und für die Online-Plattform geworben wurde.

6.5.4 PLANUNG UND ERSTELLUNG DES FRAGEBOGENS

Der Fragebogen sollte speziell auf diese Zielgruppe zugeschnitten und derart gestaltet sein, dass die Teilnehmenden nicht während der Bearbeitung das Interesse verlieren und das Ausfüllen unterbrechen, da bereits die Gewinnung der Beteiligten eine große Herausforderung darstellte, wie in dem vorherigen Kapitel ersichtlich ist. Es ist vorteilhaft, wenn Fragebögen standardisiert sind, da damit erhobene Daten unkomplizierter aufgenommen und ausgewertet werden können. Ein standardisierter Fragebogen liegt vor, wenn alle Befragten dieselben Fragen unter derselben Bedingung und in der gleichen Reihenfolge erhalten (vgl. Flick et al. 2012: S. 25 f.). Es gibt nicht standardisierte, teil- und vollstandardisierte Befragungen. Nichtstandardisierte Befragungen geben Stichworte oder Themen vor, teilstandardisierte Befragungen enthalten bereits vorgegebene Fragen, wobei Fragenreihenfolgen und/oder Antwortmöglichkeiten variieren. Vollstandardisierte Befragungen sind vom Aufbau und den Antwortmöglichkeiten (bestehende Skala) bis auf wenige offene Fragen vorgegeben (vgl. HTW Chur 2014). Letztes wurde bei dieser Befragung angewendet, doch zudem besteht der Fragebogen auch aus offen gestellten Fragen, bei denen eine individuelle Beantwortung möglich war.

Da es hinsichtlich der Ausstattung der Schulen unausführbar war, eine Befragung digital mittels Tablet, PC oder Smartphone durchzuführen, wurde für die Schulen eine Papierbogenbefragung ausgewählt. Der Fragebogen in den Schulen beinhaltet die gleichen Fragen wie die Online-Plattform, allerdings mussten sie offline anders wiedergegeben werden; beispielsweise gab es offline keine Pop-Up-Fenster mit Erklärungen wie sie auf der Online-Plattform vorhanden waren. Das eigenständige Korrigieren von Antworten durch die Befragten selbst war offline schwieriger als online.

Themenschwerpunkte des Online- und Offline-Fragebogens bildeten die Kategorien¹³²:



Verkehrsverhalten: Fragen zur ÖPNV-Nutzung und -Zufriedenheit, Fahrrad- und PKW-Nutzung und zum (Frei-)Zeitbudget; Fragen zu persönlichen verkehrsbezogenen Einstellungen und subjektiver Erreichbarkeit.



Analyse der mobilen Internetnutzung: Informationen zu Online-Affinität, zum Bedarf der Internetnutzung, Einsatz von Smartphones in der Freizeit.



Statistische Angaben: Erhebung soziodemografischer Faktoren.



Deine Orte in Göttingen¹³³ *Bewertung städtischer Jugendeinrichtungen und Verbesserungsvorschläge sowie Auskunft über das Freizeitverhalten. Dies war in erster Linie der Stadt Göttingen ein zentrales Anliegen, die einen großen Teil dieser Fragen beisteuerte.*

Tabelle 9: Themenschwerpunkte des Fragebogens

Quelle: Eigene Darstellung

Gewählte Antwortarten sind Alternativfragen (ja/nein), Multiple Choice (Mehrfachauswahl aus Optionsliste), Mehrfachwahl-Abstufungen (selten/manchmal/oft), Likert-Skalen (Grad der Zustimmung 1-7; Ausprägung etc.). Dieser Fragebogen enthält sowohl offene als auch geschlossene Fragen, wobei die Geschlossenen überwiegen.

6.5.5 DIE PLATTFORM-EVALUATION

Die Evaluation der Online-Plattform erfolgte mittels einer Online-Umfrage.¹³⁴ Jugendliche wurden durch eine E-Mail auf die Umfrage und die damit zusammenhängende Verlosung von Preisen informiert (siehe Kapitel 6.5.3.2). Ziel der Evaluation war es herauszufinden, inwiefern Jugendliche aus Göttingen Osterode a. H. mit der Online-Plattform als Beteiligungsmethode zufrieden waren und Aspekte zur Beantwortung der Forschungsfrage zu erheben. Die Analyse der Teilnehmendenzahlen alleine bewirkt keine wissenschaftlich relevanten Aussagen in Bezug auf Zufriedenheit der Beteiligung, denn Website-Teilnehmendenzahlen bilden nur begrenzt Aussagen über die Beliebtheit und Effektivität von Plattformen. Jeder, der einmal, selbst wenn es kurz

¹³² Der gesamte Fragebogen befindet sich im Anhang auf S. 239 ff. und S. 278 ff.

¹³³ Die Kategorie *Deine Orte in Göttingen* gab es auf der Online-Plattform noch nicht. Sie wurde im Nachgang der Offline-Befragung an den Schulen hinzugefügt, weil die Stadt Göttingen den Wunsch danach äußerte. Der Stadt Göttingen war es besonders bedeutungsvoll, konkrete Informationen (Zufriedenheit, Änderungswünsche, Besuchshäufigkeiten, Konfliktsituationen, Ängste etc.) zu den bestehenden Freizeitor-ten in Erfahrung zu bringen. Das war bei der Plattformkonzipierung noch nicht bekannt, weil sich bis dato die Stadt Göttingen aus der Beteiligung heraushielt (siehe Kapitel 6.5.3.2).

¹³⁴ Dafür wurde eine kostenfreie Online-Umfrage-Applikation benutzt, mit der ohne umfangreiche Programmierkenntnisse Online-Umfragen entwickelt und veröffentlicht sowie deren Ergebnisse in einer Datenbank erfasst werden konnten.

geschah, auf die Online-Plattform gelangte, wird unter den Aufrufen gezählt, unabhängig davon, ob er auf ihr ein Tool, eine Idee oder eine Mitteilung anklickt, bearbeitet oder die Seite umgehend wieder verlässt. Die Beteiligungszahlen erklären nicht, warum User die Online-Plattform besuchen, an Modulen teil- oder nicht teilnehmen. Daher sollen mit dem Online-Evaluations-Fragebogen gezielt Hintergründe für eine Beteiligung oder Nichtbeteiligung herausgefunden werden. Die Evaluationsdauer der Online-Plattform betrug rund 10 Minuten pro Teilnehmenden. Für diejenigen, die sich bislang auf der Online-Plattform beteiligten und diejenigen, die es nicht taten, dennoch an der Evaluation teilnehmen wollten, sollte dies ohne Zeitaufwand möglich sein.

Ein Vorteil der Online-Befragung liegt in der Reihenfolge der Fragebeantwortung, denn diese ist variabel. Sprünge und Verzweigungen können in Abhängigkeit der Antworten programmiert werden, Teilnehmende können eine Frage später beantworten und sich zunächst anderen Fragen widmen. Zudem ließ es die Programmierung zu, die Befragung zu unterbrechen und später an der gleichen Stelle, an der unterbrochen wurde, wieder einzusteigen. Das ermöglichte den beteiligten Jugendlichen, die Befragung fortzusetzen, wenn die Internetverbindung unterbrochen war oder sie von sich aus die Befragung pausierten. Zudem war die Befragung ergänzend per Smartphone durchführbar, was für viele Jugendlichen vorteilhaft ist.

Anders als bei Offline-Befragungen müssen online alle Fragen sofort verständlich sein, da keine Möglichkeit zur direkten Nachfrage besteht, sondern nur durch Nachricht an den Administrator. Damit die teilnehmenden Jugendlichen die Fragen auf Anhieb verstehen, dienten Abbildungen in der Online-Befragung als Unterstützung, die beispielsweise Plattform-Module bildlich in Erinnerung riefen. Popup-Informationen, Ausfüllbeispiele und Informationskästchen halfen gleichermaßen den Jugendlichen bei der Evaluation. Angabestatusleisten zum Stand der Befragung in % ermöglichten eine Abschätzung der Restdauer der Befragung. Für den Pre-Test der Evaluation standen zum Projekt angehörige Werkstudenten und Mitglieder des UR-Innovationsteams zur Verfügung. Diese hatten bereits Erfahrung in der Erstellung von (Online-)Fragebögen und Jugendbefragungen.

Die Auswertung der Evaluation wurde mittels Tabellenkalkulationsprogrammen für deskriptive Statistik durchgeführt, womit sich ebenfalls statistische Analysen anfertigen und grafisch darstellen lassen. Deskriptive Statistik bezweckt, empirische Daten durch Tabellen, Kennzahlen und Grafiken übersichtlich darzustellen und zu ordnen. Anders als bei den qualitativen Leitfadenterviews, wird bei den Befragungen eine quantitative Forschung angewandt (siehe Kapitel 6.4.3). Die Evaluationsbefragung der Online-Plattform war ab Oktober 2018 für sechs Wochen freige-

schaltet; ab dem Zeitpunkt wurde per E-Mail und in den Workshops darauf aufmerksam gemacht. Nach drei Wochen erinnerte erneut eine E-Mail die Angemeldeten an die Evaluation.

Auf der Online-Plattform registrierten sich bis September 2018 161 Jugendliche, an der Plat-
formevaluation nahmen 55 Jugendliche teil, was 34% der On-
line-Plattformregisrierern entspricht. 39 Jugendliche (70%)

beantworteten den Evaluationsbogen vollständig, 30% teil-
weise, sodass letztendlich 48 Bögen ausgewertet wurden.
Zwar ist die Anzahl der evaluierten beziehungsweise die An-
zahl der vollständig ausgefüllten Fragebögen nicht repräsenta-
tiv, aber sie ermöglicht eine *grobe Tendenz* in Bezug auf die-
sen Beteiligungsprozess, die gewählten Methoden und Forma-
te. Beteiligung, wie sie in dieser Forschung verstanden wird,
zeichnet neben Quantität die Qualität der Beiträge aus, sodass
jeder Beitrag eines Teilnehmenden Berücksichtigung findet. Durchschnittlich waren die evaluierten Jugendlichen 17 Jahre alt (siehe Tabelle 10).

Alter	Absolut	%
15	1	3
16	10	33
17	10	33
18	8	27
19	1	3
20	1	3

Tabelle 10: Alter der Evalua-
tionsteilnehmenden
N = 31; Quelle: Eigene Darstel-
lung nach eigener Erhebung

Das Geschlechterverhältnis ist kaum zu beurteilen: 25% der 31 Teilnehmenden waren weiblich, 35% männlich und 40% machten diesbezüglich keine Angaben. Der Fragebogen enthielt fünf Blöcke mit insgesamt 21 Fragen (siehe Tabelle 11).¹³⁵

Frageblock	Inhalt des Frageblocks	Fragenanzahl
Motivation	Beteiligungsmotivation des Jugendlichen.	4
Bearbeitung der Online-Plattform	Fragen rund um die Bearbeitung der Online-Plattform (Darstellung, Handling, Aufbau, Design etc.).	3
Technische Probleme	Fragen zu technischen Fehlern und Supportunterstützung.	3
Einschätzungsfragen	Einschätzungsfragen zur Plattform, zur Zufriedenheit der Online-Plattform und zur Haltung von Beteiligung.	4
Noch kurz was zu dir	Statistische Angaben.	7

Tabelle 11: Frageblöcke des Fragebogens der Online-Plattform-Evaluation
Quelle: Eigene Darstellung

¹³⁵ Der vollständige Fragebogen befindet sich im Anhang auf S. 239 ff.

Der Evaluationsfragebogen beinhaltet zwei Fragestränge: Beteiligte, die zu Beginn der Evaluation anklickten, dass sie sich nach der Registrierung auf der Online-Plattform beteiligten, sollten insbesondere Fragen zu Inhalt und Zufriedenheit der Plattform beantworten. Von Jugendlichen, die sich registrierten und später nicht mehr auf der Online-Plattform beteiligten, war entscheidend zu erfahren, welche Gründe dazu führten, dass sie die Online-Plattform nicht mehr besuchten. Fragen zu technischen Problemen bei der Bearbeitung der Module fielen bei jenen Jugendlichen weg. Beide Fragestränge liefen bei *Einschätzungsfragen zur Haltung von Beteiligung* zusammen und endeten bei statistischen Angaben (= *noch kurz was zu dir*) (siehe Abbildung 31). Die Erfragung der Statistik geschah zuletzt, da es vordringlicher war, Antworten auf die Evaluationsfragen zu erhalten, ehe Jugendliche ggf. vorzeitig die Befragung beendeten.



Abbildung 31: Stränge der Evaluations-Befragung
Quelle: Eigene Darstellung

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Aufwand zur Erstellung der Online-Plattform und den resultierten Ergebnissen ist für die Beteiligter negativ. Vorbereitung, Werbung und Betreuung der Online-Plattform waren sehr zeit- und kostenintensiv, die daraus resultierende Fragebogenanzahl war im Vergleich zur Offline-Befragung (siehe Kapitel 6.7) geringer. Das lag mitunter daran, dass die Online-Plattform und die Bearbeitung der einzelnen Tools auf Freiwilligkeit basierten, wohingegen die Offline-Befragung in den Schulen überwiegend Pflicht war. Die Vorteile lagen bei der Online-Plattform zum einen darin, dass es verschiedene Tools gab, zum Beispiel in Form virtueller Karten, die Verortungen ermöglichten, was bei der Offline-Befragung ausgeschlossen war. Zum anderen standen die ausgefüllten Fragebögen bei der Online-Plattform direkt digital für die Auswertung zur Verfügung. Die Möglichkeit jederzeit mit den Jugendlichen über die Plattform zu kommunizieren, war äußerst gewinnbringend für den Beteiligungsverlauf.

6.6 OFFLINE-WORKSHOPS ALS ERGÄNZUNG ZUR ONLINE-BETEILIGUNG

Damit mehr Jugendliche eine Chance zur Beteiligung erhalten und als Ergänzung zur Datensammlung der Online-Plattform, führte das UR-Innovationsteam, regionale Workshops durch, die einen inhaltlichen Zusammenhang mit der Online-Plattform aufweisen. Workshops eignen sich ausgezeichnet, um direkten Kontakt zu Jugendlichen aufzunehmen, ihre Fragen zu beantworten, Wünsche und Bedürfnisse zu erfahren. Zudem sollten Jugendliche, die beispielsweise wenig online aktiv sind, die Chance bekommen, sich offline zu beteiligen, unter anderem weil

- sie in der Realität und nicht der virtuellen Welt Taten vollziehen möchten,
- sie keinen Internetzugang haben,
- Wert auf persönliche Kontakte legen oder
- die Teilnehmer persönlich kennenlernen möchten.

Die Online-Plattform bildete eine Verbindung zu den Workshops, denn sie präsentierte Zwischenergebnisse, verbreitete Informationen und die teilnehmenden Jugendlichen konnten sich untereinander zu entwickelten Ideen oder Defiziten, die sie in der Fokusregion empfinden, austauschen. Aus einer Evaluation der Workshops im Anschluss an jede Veranstaltung resultieren Erkenntnisse über den Einsatz dieser Methode (siehe Anhang S. 520 ff. und S. 525 ff.). Die Jugendlichen hatten, kurz bevor die Workshops endeten Zeit, um die Fragebögen auszufüllen. Daher füllten alle die Bögen aus, die daraufhin in ein Textprogramm übertragen und ausgewertet wurden. Die Resultate des ersten Workshops übten somit Einfluss auf die Ausgestaltung des zweiten Workshops aus, da anschließend an den ersten Workshop nach Verbesserungsmöglichkeiten gefragt wurde. Andere Befragungspunkte der Evaluationen waren:

- Statistische Angaben der User (Alter, Geschlecht, Wohnort etc.),
- bisherige Beteiligungserfahrungen,
- Erreichbarkeit des jeweiligen Workshoportes,
- Bewertung des durchgeführten Workshops,
- Gründe für die Beteiligung,
- Prozess- und Ergebniszufriedenheit,
- Beschwerden, positive Anmerkungen zum Beteiligungsverlauf,
- Hinweise, Verbesserungsvorschläge zu dem jeweiligen Workshop.

Drei Workshops wurden durchgeführt, wovon den Beginn ein Mini-Workshop mit einer verminderten Teilnehmendenzahl machte, weil sich zunächst eine kleine Gruppe an das Thema herantasten sollte, ehe in den beiden darauffolgenden Workshops die Problemlösungsfindung mit

einer größeren Gruppe von Jugendlichen stattfand. Bei allen drei Workshops führte die wissenschaftliche Mitarbeiterin und Verfasserin dieser Arbeit eine teilnehmende Beobachtung durch, die angehängt an die jeweiligen Workshopprotokolle nachzulesen ist (siehe Anhang S. 465 ff., S. 529 ff. und S. 537 ff.). Bei einer teilnehmenden Beobachtung werden das Handeln oder die Auswirkung des Handelns und die Verhaltensweise einer Person oder Personengruppe von Wissenschaftlern untersucht. Wissenschaftler nehmen persönlich an den Interaktionen der Personen beziehungsweise Personengruppe teil. Die Unterscheidung zwischen teilnehmender und nicht teilnehmender Beobachtung bezieht sich auf die Rolle der Wissenschaftler und die Intensität ihrer Involviertheit, bei der in der Beobachtung stattfindenden Aktivität (vgl. Halbmayr; Salat 2011).

Durch die Teilnahme an face-to-face-Interaktionen beziehungsweise die unmittelbare Erfahrung von Situationen, werden Aspekte des Handelns und Denkens ersichtlich, die in Gesprächen und Dokumenten über diese Interaktionen beziehungsweise Situationen nicht zugänglich wären (vgl. Lüders 2001: S. 151). Üblicherweise nehmen Wissenschaftler im Laufe einer Feldforschung zu unterschiedlichen Zeitpunkten diverse Rollen ein, die zwischen einer völligen Teilnahme, einer teilnehmenden Beobachtung, einer beobachtenden Teilnahme sowie einer nicht teilnehmenden Beobachtung variieren. Dadurch entsteht ein umfassendes und vielschichtiges Bild des untersuchten Feldes (vgl. Halbmayr; Salat 2011; Hitzler; Gothe 2015: S. 9 ff.).

Die Forschung wurde direkt durchgeführt, das bedeutet, die Verfasserin war wahrnehmbar und präsent, aber verdeckt, die Beobachteten folgten nicht über die Forschungstätigkeit aufgeklärt (vgl. Halbmayr; Salat 2011). In diesem Fall erfolgte

- eine völlige Teilnahme: In Phasen in denen mit den Teilnehmenden diskutiert wurde,
- eine teilnehmende Beobachtung: Während die teilnehmenden Jugendlichen in den Gruppen arbeiteten, wurde auf Rückfragen geantwortet, dennoch war die Verfasserin dieser Arbeit distanziert gegenüber den Teilnehmenden,
- eine nicht teilnehmende Beobachtung: Während die Gruppen in den Feedbacküberarbeitungsrounds eigenständig arbeiteten und keinerlei Bezug zu der Verfasserin bestand.

Die Workshops wurden in Kooperation mit den Göttinger Schulen und der Stadt Göttingen ausgeführt. Das gestaltete sich dahingehend, dass städtische Räume oder Schulgebäude für die Workshops genutzt wurden. Darüber hinaus waren Vertreter der Stadt als organisatorische Unterstützung und Beratung bei den Workshops anwesend. Schuldirektoren stellten alle teilnehmenden Jugendlichen für die Veranstaltungen vom Unterricht frei. Da die *freiwilligen* Workshops

während der Unterrichtszeit stattfanden, war dies ein Anreiz zur Teilnahme, weil die Aussicht auf Unterrichtsausfall die Motivation förderte. Den Jugendlichen war es nicht gestattet, die Beteiligungsveranstaltung früher zu verlassen, was der Schule andernfalls gemeldet worden wäre. Dies widerspricht zwar der Freiwilligkeit, die im Vordergrund jeder Beteiligung stehen sollte, doch ohne Anreize und Regelungen ist es schwieriger, Jugendliche zur Workshopteilnahme zu bewegen. Zudem waren die Jugendlichen über diese Bedingung aufgeklärt und meldeten sich freiwillig bei den Schulleitungen für die Workshops.

6.6.1 ERSTE VOR-ORT-BETEILIGUNG MIT DEM MINI-WORKSHOP

Im Vorfeld zur Durchführung der *großen* Workshops, wurde sich mit Hilfe einer zunächst kleinen Auswahl von Jugendlichen dem Thema genähert. Dies war ein Weg, um persönlich seitens des UR-Innovationsteams Jugendliche auf das komplette Beteiligungsangebot, auch auf die Online-Plattform aufmerksam zu machen. Der vorbereitende Mini-Workshop stand unter dem Motto *Freizeitverhalten und Mobilität von Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren im Stadt-Land-Kontext*¹³⁶ und wurde im Dezember 2017 in der Gemeinde Dransfeld mit sieben Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren aus der Fokusregion durchgeführt. Die Fahrzeit von den Wohnorten der Jugendlichen bis zum Ort des Workshops betrug teils eine Stunde und die Entfernung war mit dem ÖPNV kaum bis gar nicht zu überwinden. Daher fuhren Jugendpfleger des Landkreises die Teilnehmenden zum Workshop. Die fünf Jungen und zwei Mädchen gaben erste Einsichten in Bezug auf ihr Mobilitätsverhalten in der Freizeit, ihrer Zufriedenheit mit den Freizeitangeboten sowie über die Zufriedenheit mit den öffentlichen Verkehrsangeboten.

Der Mini-Jugendworkshop im Dezember 2017 wurde bedingt durch seinen inhaltlichen Aufbau nicht evaluiert. Er diente lediglich als Einstieg in die Beteiligung, um Themen für die beiden größeren Workshops zu bestimmen, die in jenen genauer definiert und bearbeitet wurden. Es waren sieben Jugendliche, die regionale Koordinatorin, eine externe Moderation und die Verfasserin dieser Arbeit, die den Prozess mitgestaltete und die Teilnehmenden beobachtete, anwesend. Dies suggerierte einen privaten Rahmen, in dem offen gesprochen werden konnte. Auffallend waren die rege Beteiligung der fünf Jungen und die passive Haltung der beiden Mädchen, die sich nur äußerten, wenn sie explizit angesprochen wurden. Ein möglicher Grund war, dass die fünf Jungen sich sehr gut kennen, regelmäßig in ihrer Freizeit treffen und daher zusammengehö-

¹³⁶ Zum damaligen Zeitpunkt 2017 wurde noch nicht auf die EU-DSGVO 2018 eingegangen, weshalb die Zielgruppe noch bei 14 Jahren begann. Die Workshops erhoben keine personenbezogenen Daten, was ohnehin die Einbeziehung der Über-14-Jährigen ermöglichte.

rig und extrovertiert auftraten. Sie unterbrachen mehrfach die zwei Mädchen in ihren Wortbeiträgen (siehe Anhang S. 465 ff.).

Im Anschluss an den Mini-Workshop wurde eine WhatsApp-Gruppe eröffnet, in der die Jugendlichen aus den Workshops sowie die Verfasserin dieser Arbeit sich anmeldeten, damit alle Gruppenmitglieder auf einem aktuellen Stand waren, was Ergebnisse oder neue Termine betraf. Zudem bestand so die Möglichkeit, die Jugendlichen an die Online-Plattform und die bevorstehenden Workshops zu erinnern und Fragen diesbezüglich zu klären.

6.6.2 DER ERSTE WORKSHOP

Der erste Workshop fand im Februar 2018 in der *Berufsbildenden Schule* in Osterode a. H. statt. Jugendpfleger fuhren fast alle der 19 Jugendlichen (fünf Mädchen und 14 Jungen) morgens zum Workshop und brachten sie nachmittags zurück, die übrigen konnten auf eigene Weise den Workshoport erreichen. Unter den Teilnehmenden waren unter anderem jene fünf Jungen und eines der beiden Mädchen aus dem Mini-Workshop, die auch im Dezember 2017 bereits mitmachten. Warum sich so wenig Mädchen für den Workshop meldeten ist unbekannt, denn die Schulleitungen der angefragten Schulen bestimmten, welche Schüler an den Workshops teilnehmen durften. Ergänzend waren Vertreter aus dem Jugendbereich der Fokusregion anwesend, Mitglieder aus dem UR-Innovationsteam und die externe Moderation, die auch den Miniworkshop leitete.

***Design Thinking** ist eine Methode beziehungsweise ein Ansatz, Probleme zu lösen, Ideen zu entwickeln und vermutet, dass Probleme besser gelöst werden, wenn unterschiedliche Disziplinen in einem kreativitätsfördernden Umfeld zusammenarbeiten. Es basiert auf den drei Grundprinzipien Team, Raum und Prozess und fordert eine stetige Rückkopplung zwischen Lösungsentwickler und Zielgruppe. Problemlösungen und Ideen werden als Prototypen möglichst früh sichtbar, damit potenzielle Anwender sie vor der Fertigstellung testen und bewerten können. Auf diese Weise erzeugt Design Thinking praxisnahe Ergebnisse (vgl. Hasso-Plattner-Institut o. J.).*

Der Workshop wurde mittels Design Thinkings durchgeführt. Die aus dem Mini-Workshop entstandenen Themen und Ideen wurden zunächst aufgegriffen, präsentiert, erweitert und in der großen Gruppe diskutiert. Hierbei galt es herauszufinden, welche Ideen die Teilnehmenden haben, um die Lebensqualität von Jugendlichen hinsichtlich des Freizeitverhaltens in ihrem ländlichen Raum zu verbessern. Da eine Fülle an Ideen gesammelt wurde, war der nächste Schritt die Priorisierung der Vorschläge. Anschließend an die Diskussion bildeten sich drei Gruppen, um Ideen zu den erarbeiteten Hauptthemen und den dazugehörigen Problemen zu konkretisieren und Prototypen zu bauen (siehe Abbildung 32):

- Ein Kino mit fremdsprachigen Filmen in Osterode a. H.,
- Änderung der Buszeiten, angepasst an Unterrichtszeiten sowie eine neue Tarifstruktur,
- Eine offizielle Fahrradstrecke zum Mountainbike fahren.

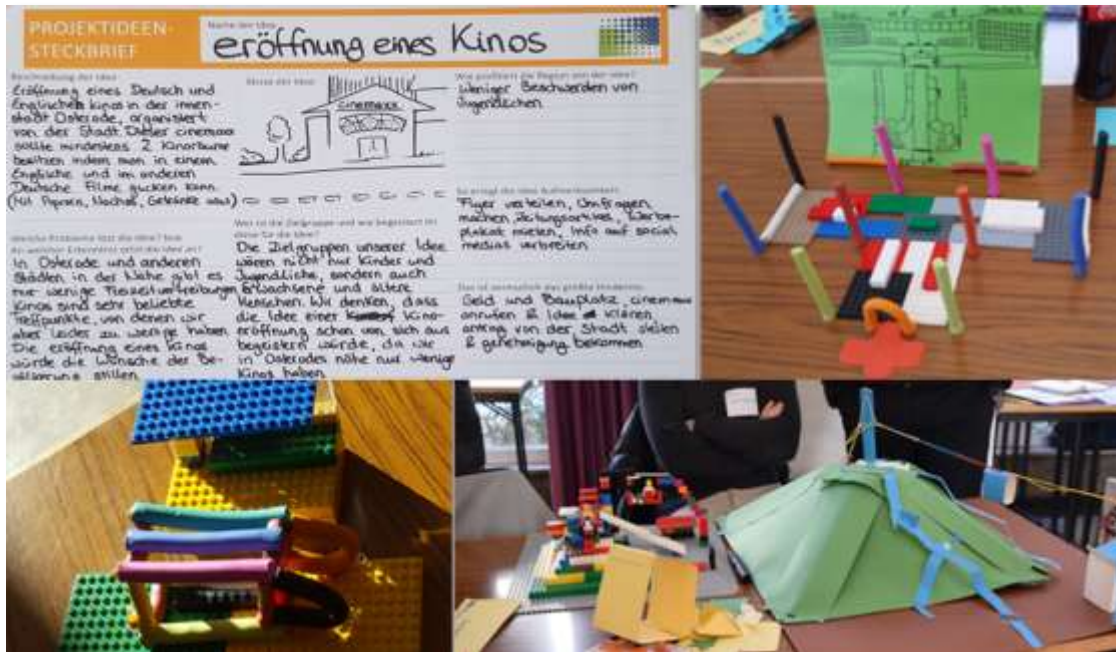


Abbildung 32: Prototypen und Konzepte des Workshops
 Obere Reihe: Konzept und Prototyp Kino, untere Reihe: Prototyp Busverbindung, dargestellt durch eine Bushaltestelle sowie die Mountainbike-Strecke
 Quelle: Eigene Bilder

Die charakteristischen Design-Thinking-Feedbackrunden zur Kritik an den entwickelten Konzepten und Prototypen führten die Teilnehmenden fair und konstruktiv durch. Sie nahmen die Kritiken der anderen Gruppen auf und überarbeiteten ihre Konzepte und Prototypen im Anschluss als Vorbereitung für den zweiten Workshop. Design Thinking bei Beteiligungen erhielt bei allen anwesenden Akteuren eine positive Resonanz: Sowohl bei den teilnehmenden Mädchen und Jungen als auch bei den gegenwärtigen Entscheidern, wie den Bürgermeister*innen aus Osterode a. H. und Bad Grund, die zu einem fortgeschrittenen Verlauf des Workshops, als es um die Feedbackrunden der Prototypen ging, eingeladen waren. Es war für fast alle Akteure eine neue Form der Beteiligung, die sie gerne erneut durchführen würden (siehe Anhang S. 529 ff.). Der erste große Workshop und der zweite Workshop im April 2018 wurden unmittelbar im Nachgang der Veranstaltung von allen Beteiligten evaluiert (siehe Anhang S. 520 ff. und S. 525 ff.).

6.6.3 DER ZWEITE WORKSHOP

Um die Prototypen auf ihre Machbarkeit und Umsetzung zu diskutieren, fand im April 2018 ein weiterer Workshop im Gemeindezentrum Dransfeld statt, wo sich bereits der Mini-Jugendworkshop im Dezember 2017 ereignete. Probleme, die im Zusammenhang mit den von den Jugendlichen entwickelten Konzepten aufkamen, konnten mit eingeladenen Experten¹³⁷ besprochen werden. Hierhin wurden abermals die Jugendlichen von Jugendpflegern des Landkreises mit dem PKW gebracht: 13 Jugendliche (zwei Mädchen und elf Jungen) aus dem letzten Workshop machten bei diesem Termin erneut mit. Die Übrigen nahmen nicht wieder teil, weil sie keine Motivation oder kein Interesse an diesen Themen mehr hatten. Zugegen waren darüber hinaus Experten, Mitglieder des UR-Innovationsteams, Jugendpfleger, Vertreter des Landkreises und die externe Moderation.

Obwohl die Experten teilweise negative Kritik äußerten, waren die Jugendlichen sehr zufrieden, sich mit ihnen auszutauschen. Die Experten machten zugleich Vorschläge zur Überarbeitung negativer Ansatzpunkte der Konzepte, nannten Ansprechpartner, an die sich die Jugendlichen für eine Unterstützung wenden können und setzten sich auf Augenhöhe mit den Jugendlichen auseinander. Es gab niemanden mehr, der sich derart bedeckt hielt, dass es den Anschein erweckte, die Teilnahme wäre aufgrund des Unterrichtsausfalls erfolgt. Merkwürdig war der Wille aller nach Beteiligung und Handeln, was die Evaluation beweist (siehe Anhang S. 525 ff.).

6.7 DIE OFFLINE-BEFRAGUNG AN SCHULEN

Trotz aller Bemühungen, die Beteiligungszahlen auf der Online-Plattform zu steigern, mussten die Teilnehmer eine ergänzende Option entwickeln, die Jugendlichen aus der Fokusregion ermöglicht, ihre Meinung zu vertreten. Das UR-Innovationsteam entschied sich daher, das Modul 3 (*Wünschen*) als weiteren Schritt offline an Schulen mittels Papierfragebogen durchzuführen. Hinsichtlich der Inhalte war der Offline-Fragebogen gleichzusetzen mit dem Online-Fragebogen, abgesehen von dem letzten Teil *Deine Orte in Göttingen* (siehe Kapitel 6.7), der ergänzend hinzukam, da es für die Stadt Göttingen, die später in den Beteiligungsprozess einstieg, maßgebend war, öffentliche Freizeitorte für Jugendliche in der Stadt zu evaluieren.

¹³⁷ Die Experten waren Personen, die bezüglich der erarbeiteten Themen über eine besondere Expertise verfügen. Unter anderem waren Erfahrungen aus bisherigen Projekten oder ihrer beruflichen Tätigkeit ein Grund für ihre Funktion. Experten bei den Workshops waren ein Vertreter des ZVSN, ein Vertreter des Bikeparks Bad Salzdetfurth sowie Jugendpfleger des Landkreises Göttingen Osterode a. H.

Es bot sich für die Befragung nur der Zeitraum im Juni um die Abiturprüfungen 2018, kurz vor den Sommerferien in Niedersachsen an, da viele Schulleiter keine anderweitigen Zeitfenster für eine Befragung der Schüler bereitstellen konnten und das UR-Projekt zeitlich begrenzt war. Insgesamt wurden in drei Schulen Göttingens Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren¹³⁸ befragt: Im April ein Gymnasium in der Innenstadt, gefolgt von einem weiteren Gymnasien und einer Gesamtschule, beide im Juni 2018. Diese Schulformen stellen allerdings nicht die ganze Bandbreite aller sozialen Milieuschichten dar, weshalb in Bezug auf die soziale Struktur von Gesellschaften, diese Befragung nicht alle Abstufungen betrachten kann. Des Weiteren ist der räumliche Bereich deutlich stärker eingegrenzt, als bei der Online-Befragung. In den drei Schulen wurden nur die Jugendlichen befragt, die in der Stadt Göttingen zur Schule gehen und Großteiles dort wohnen. Ein kleiner Anteil der befragten Schüler wohnt außerhalb der Stadt, was die Befragungsbögen belegen (siehe Anhang S. 553).

Die Erstellung und wesentliche Inhalte des vollstandardisierten Fragebogens wurden in Kapitel 6.5.4 vermittelt. Die Bearbeitung des Fragebogens dauerte zwischen 25 und max. 45 Minuten. Manche Schüler waren schneller, weil sich im Teil *Deine Orte in Göttingen* (siehe Anhang S. 546 ff.) Zeit einsparen lies, wenn Jugendliche die aufgeführten Jugendhäuser nicht kennen beziehungsweise nicht besuchen. Vertiefungsfragen, die darauf Bezug nehmen, fielen demzufolge weg. Zudem gab es offene Fragen, bei denen manche Schüler sich kürzer fassten als andere und Fragen, die von manchen Schülern aus verschiedenen Gründen unbeantwortet blieben. Auf Rückfragen und Unklarheiten konnte ein Mitglied des UR-Innovationsteams, die gleichzeitig Verfasserin des Fragebogens und dieser Arbeit ist und die ganze Zeit während des Ausfüllens anwesend war, unverzüglich antworten und die Bögen im Anschluss an die Befragung einsammeln.

Bei der freiwilligen Befragung der ersten Schule im April diente die einstündige Mittagspause als Befragungszeitraum. Den Schülern war es freigestellt, wie sie ihre Mittagspause verbringen und so kamen dort weniger Schüler zur Befragung als an den beiden anderen Schulen, obwohl die Zielgruppe entsprechend groß der Anzahl der anderen Schulen war. Bei den Schulen, an denen die Befragung im Juni 2018 stattfand, wurden die Schüler des Gymnasiums durch die Direktorin vom Unterricht für zwei Schulstunden freigestellt. Die Zehnt- und Elftklässler versammelten sich

¹³⁸ Die 19-Jährigen standen angesichts der Abiturprüfungen nicht für die Befragung zur Verfügung. Die Befragung der 15 Jährigen war gestattet, weil anders als auf der Online-Plattform, keine personenbezogenen Daten abgefragt wurden und die Schulleiter dies gestatteten.

nach Jahrgang getrennt, zeitlich versetzt zusammen mit ihren Lehrern in der Aula, um den Fragebogen auszufüllen.

In der Gesamtschule, in der wenige Tage später befragt wurde, wurden ebenfalls die Schüler der elften Klasse im Rahmen der Unterrichtszeit in der Aula versammelt, um den Fragebogen auszufüllen. Bei beiden Schulen im Juni waren die jeweiligen Kurslehrer zugegen, sodass die Schüler zur Befragung erschienen, den Fragebogen bearbeiteten und zusammen den Raum wieder verließen. Aus der Befragung in den Schulen gingen letztendlich 279 Fragebögen hervor, die ausgewertet wurden. Online wurden 48 Fragebögen bearbeitet, aber nur 39 vollständig, sodass 39 Fragebögen der Onlineplattform hinzukamen und letztendlich die Auswertung 318 Fragebögen enthält.

Nach der Erhebung wurden die pseudonymisierten Online- und Offline-Fragebögen in ein Datenanalyseprogramm eingegeben und ausgewertet. Dazu wurden unterschiedliche Verfahren der deskriptiven Statistik in Form von Kreuz- und Häufigkeitstabellen sowie Korrelationen genutzt. Die sich daraus ergebenden Erkenntnisse verbildlichen grafische Darstellungsweisen, welche an diversen Stellen in dieser Arbeit vorzufinden sind (siehe beispielsweise Abbildung 33, 34, 35 etc. und Tabelle 15, 16 etc.).

Das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Aufwand der Offline-Befragung und den daraus resultierenden Ergebnissen ist positiv. Die Vorbereitung und Durchführung der Befragung war deutlich weniger zeitaufwändig als die Konzipierung und Umsetzung der Online-Plattform und die Kosten der Befragungsdurchführung waren deutlich geringer. Indessen nahmen die Auswertung der Offline-Befragung unverkennbar mehr Zeit in Anspruch, denn alle Fragebögen mussten per Hand in ein Statistikprogramm übertragen und anschließend ausgewertet werden. Auf der Online-Plattform und deren Evaluation lagen die ausgefüllten Fragebögen sofort digital bereit. Die Offline-Befragung bewirkte jedoch eine deutlich größere Anzahl ausgefüllter Fragebögen, was aber zuweilen daran lag, dass die Befragung in zwei der drei Schulen zur Pflichtveranstaltung wurde, wohingegen die Befragung auf der Online-Plattform freiwillig war.

6.8 ZWISCHENFAZIT

Aus der Grundlagenanalyse werden wesentliche Resultate zur Erstellung der empirischen Basis gezogen. In dieser Arbeit sind für die Konzipierung der theoretischen Grundlage Literaturanalyse und Experteninterviews von Bedeutung, die zeitgleich mit der Vorbereitung des praktischen Forschungsteils verliefen, indem parallel zur Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. Experteninterviews geführt wurden. Die Auswertungen der Interviews dienen der Überprüfung der aufgestellten Hypothesen und der Beantwortung der Forschungsfrage. Die Erkenntnisse aus den Interviews flossen zudem in die theoretische Basis sowie in die Planung und Durchführung des Beteiligungsprozesses ein. Insgesamt wurden zwölf Experten mittels Leitfaden durch qualitative Telefon-Interviews befragt. Die Interviews wurden mit der Grounded Theorie, einem wissenschaftlichen Ansatz zur systematischen Sammlung und Verarbeitung vor allem qualitativer Daten, wie Interviewtranskripten, ausgewertet.

Diese Arbeit zeichnet sich unter anderem aufgrund der explorativen Forschung, durch eine Kombination qualitativer und quantitativer Untersuchungsmethoden aus, was bedeutet, es wurde ein so genannter *Mixed-Method-Ansatz* verfolgt. Da die Fokusregion Göttingen Osterode a. H. zahlreiche ländliche Gemeinden, eine gebirgige Topographie und teilweise unzureichende ÖPNV-Verbindungen in das rurale Umland aufweist, war eine Online-Beteiligung angesichts schlechter Erreichbarkeit vieler Orte für die Jugendbeteiligung naheliegend. Auf Basis der theoretischen Grundlage wurde eine Jugendbeteiligung von über 350 Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren innerhalb eines dreiviertel Jahres mit vielfältigen Methoden durchgeführt. Eine Beteiligung nur mittels Internet reicht nicht aus, um so viele zielgruppenspezifische Jugendliche wie möglich, zu erreichen. Denn es gibt Jugendliche, die sich von Online-Beteiligungen distanzieren. Als Ergänzung zu einer Online-Plattform wurden Offline-Befragungen und Workshops initiiert, welche inhaltlich in einer engen Verbindung standen. Resultate der Workshops wurden auf der Online-Plattform präsentiert und Resultate der Online-Plattform wiederum in den Workshops diskutiert.

Für die Beteiligung auf der Online-Plattform mussten sich Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren vorab registrieren und wurden daraufhin freigeschaltet. Jugendliche unter 16 Jahren konnten sich aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht auf der Online-Plattform beteiligen. Jugendliche für eine Beteiligung auf der Online-Plattform zu erreichen und zu motivieren, stellte sich als beschwerlich heraus: Letztendlich registrierten sich 161 Jugendliche auf der Plattform. Von den 161 Registrierten beteiligte sich rund ein Drittel anschließend an den Plattform-Tools.

Die Teilnehmer unternahmen alles im finanziellen, personellen und zeitlichen Rahmen dieser Forschung Durchführbare, um Jugendliche zur Beteiligung zu motivieren. Dass es Jugendliche gibt, die ein Beteiligungsangebot, vornehmlich die hier entwickelte Online-Plattform, begrenzt annehmen, ist zu akzeptieren und die Ursache zu hinterfragen. Ursachen in diesem Fall können technische Probleme, eine nicht ansprechende Gestaltung der Plattform, ein unzutreffendes Format der Beteiligung mit unpassenden Methoden, mangelndes Interesse oder mangelndes Problembewusstsein, fehlende Zeit oder andere Prioritätensetzung der Jugendlichen sein, was im folgenden Verlauf der Arbeit überprüft wird.

Innerhalb des Mini-Workshops sowie der zwei großen Workshops entwickelten die Jugendlichen in die Praxis umsetzungsfähige Ergebnisse. Mit Unterstützung von drei Göttinger Schulleitungen konnten bei einer Offline-Befragung 279 Fragebögen ergänzend zu den 39 Bögen der Online-Plattform zur Auswertung hinzugezogen werden. Von den 161 Jugendlichen, die sich auf der Plattform anmeldeten, nahmen 31 Jugendliche an der Evaluation der Online-Plattform teil. Teils füllten sie den kompletten Evaluationsbogen aus, teils brachen sie zwischendurch ab, wobei Zwischenstände gespeichert wurden. Diese Erkenntnisse sind essenzielle Komponenten für die Überprüfung der Hypothesen sowie die Beantwortung der Forschungsfrage (siehe Kapitel 7 und 8.2), die durch die Experteninterviews, Beteiligungsevaluationen und die gesammelten Erfahrungen während der gesamten Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. ergänzt wurden.

Durch den Beteiligungsprozess in der Fokusregion erweist sich, dass eine Verbindung von Online- und Offline-Beteiligungsformaten wertvoll ist, obgleich beide Formen Chancen und Grenzen vorweisen. Es muss rechtzeitig reagiert werden können, wenn eine Form nicht den gewünschten Anklang findet. Unabhängig davon, für welche Beteiligungsmethode beziehungsweise welches Format Teilnehmer sich entscheiden, ist ohne den Willen aller Akteure, einen Problembezug der Zielgruppe zum Thema und vor allem ohne persönliche Kontakte der Teilnehmer zu den Zielgruppen, keine Beteiligung möglich.

Die Online-Plattform, Offline-Workshops und Offline-Befragung sind inhaltlich, finanziell und organisatorisch teilweise so verschieden, dass es kompliziert ist, jene mit einander zu vergleichen, auch wenn sie zu einem Beteiligungsprozess gehören. Aufgrund des Zwangs der Schüler zur Teilnahme an der Offline-Befragung während des Unterrichts, war die Anzahl der ausgefüllten Fragebögen fast drei Mal so hoch entsprechend der Zahl der ausgefüllten Bögen auf der Online-Plattform. Die Workshops hatten mit dem Design Thinking eine eigene Beteiligungsmethodik mit der ein anderes Ziel verfolgt wurde, als bei der Online-Plattform und der Offline-

Befragung. Denn bei den Workshops ging es nicht nur um die Gewinnung von Daten, sondern auch um die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen. Ihre Organisation und Durchführung benötigte zudem mehr Zeit und verursachte höhere Kosten als die Offline-Befragung, jedoch weniger als die Online-Plattform. Letztlich brachten alle drei Mitwirkungsformen für die Wissenschaft qualitativ beachtliche Schlüsse hervor mit denen in künftigen Forschungen und Jugendbeteiligungen gearbeitet werden kann.

Die Resultate der Workshops einer solch kleinen Gruppe sind zwar keinesfalls als eine allgemeingültige Erkenntnis für alle Jugend-Workshops zu deuten. Jugendliche, ihr soziales Milieu, ihre Wohnsituation und ihre Bereitschaft, Wege zu überbrücken und Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen, sind dafür zu heterogen. Doch angesichts der verschiedenen Methoden und deren Ergebnisse sind einzelne Resultate dieser Studie auf ähnliche Regionen, Zielgruppen oder Beteiligungsthemen übertragbar, aber nicht in der Gesamtheit der Fallstudie zu betrachten. Die Forschung dient mitunter als Beweis und als Lösungsansatz eines gängigen Problems (Motivation und Methodik der Beteiligung von Jugendlichen), wobei die Untersuchung im Schlusskapitel dennoch auf eine Verallgemeinerung der Erkenntnisse abzielt. Dadurch dass mehrere empirische Untersuchungsmethoden mit einem lokalen Bezug (Evaluation der Workshops sowie eine teilnehmende Beobachtung, Evaluation der Plattform und Experteninterviews) angewendet werden, schließt diese Fallstudie mehrere Untersuchungsfälle ein und ist nicht zwingend als Studie eines einzelnen Falles, sondern gemeinhin als Erforschung einer Einheit anzusehen. Die Fallstudie ermöglicht es, Entwicklungen, Prozessabläufe sowie Ursache-Wirkungszusammenhänge nachzuvollziehen und hierdurch praktisch relevante, datenbasierte Aussagen zu treffen, die Forschungsfrage zu beantworten und die vorab gestellten Hypothesen zu be- oder widerlegen.

7. ÜBERPRÜFUNG DER HYPOTHESEN

Die Hypothesen dieser Forschung wurden mit dem Anspruch formuliert, diese empirisch zu prüfen. Wichtig hierbei ist zu bedenken, dass eine Hypothese nicht absolut verifiziert werden kann, da jede Hypothese an individuelle Bedingungen geknüpft ist wie Zielgruppe, regionale Gegebenheiten, äußere Einflüsse etc. (vgl. Graf-Stuhlhofer 1986: S. 99f.; Steininger; Hummel 2015: S. 71). Sie beziehen sich daher alle nur auf die Ergebnisse der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. Die Bilanzen der vielfältigen Methoden, die in der empirischen Forschung zum Einsatz kamen, werden an dieser Stelle zum ersten Mal in der Arbeit zusammengefügt. In Kapitel 7.1 bis 7.5 werden pro Hypothese die Resultate der Online-Evaluation, der Workshopevaluation, der Offline-Befragung und der Experteninterviews reflektiert, um damit die Hypothesen zu bekräftigen oder zu widerlegen.

7.1 ÜBERPRÜFUNG HYPOTHESE 1: ZEIT UND INTERESSE FEHLEN FÜR EINE BETEILIGUNG

Hypothese 1: Aufgrund dessen, dass der Alltag vieler Jugendlicher zeitlich stark eingegrenzt und von zahlreichen Interessen beeinflusst ist, besteht seitens der Jugendlichen weder Zeit noch Motivation, an öffentlichen Beteiligungsverfahren teilzunehmen.

Jugendliche haben Probleme und Themen, die sie beschäftigen, wozu Zukunftspessimismus und Identitätssuche gehören oder noch nicht zu wissen, welche berufliche Richtung sie anstreben (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019). Ferner gibt es Jugendliche, die eine strikte Verweigerungshaltung gegenüber institutionalisierten Formen von Beteiligung aufweisen. Wenngleich Jugendliche gewillt und interessiert, technisch, zeitlich und räumlich in der Lage sind, sich zu betei-

„Danke, dass ihr eine solche Plattform auf die Beine gestellt habt, die Verkniffenheit [sic] und Engstirnigkeit [sic] vieler Erwachsener ist ein großes Problem in unserer Gesellschaft[,] die den Fortschritt lähmt! Viele Jugendliche haben sehr gute Ideen zum Wandel in und um unsere Region und es wäre verschwendet, wenn sich niemand dafür interessieren würde was unglaublich als junges und frisches kollektiv zu sagen und vorzuschlagen haben! Deshalb ein ganz dickes Dankeschön für euer Engagement unsere Region zu verbessern und die Wünsche derer zu berücksichtigen die normalerweise niemand wirklich zu Wort kommen lässt! Immer weiter so! :)“ (Anhang S. 495 ID 24).

gen, wenn sie nicht wissen, dass eine Beteiligung für sie zufriedenstellend enden kann, nehmen sie nicht teil. Der Großteil der Jugendlichen in der Fokusregion weiß nicht, dass es möglich ist, sich zu beteiligen und kann die Folgen nicht abschätzen, die diese Chance bedeutet. Für Akteure scheint es oftmals so, als ob Jugendliche sich nicht beteiligen möchten, weil sie andere Interessen verfolgen, denn sie erkennen nicht, dass es Jugendliche nicht können, da sie von der Beteili-

gung nicht in Kenntnis sind (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Ein Problem liegt vornehmlich darin, dass Akteuren vielfach unklar ist, ab wann Belange von Jugendlichen betroffen sind. Das resultiert neben einem beidseitigen mangelhaften Informationsfluss aus einer fehlenden Kommunikation zwischen Jugendlichen und beteiligenden Akteuren. Jugendliche sind allerspätestens dann betroffen, wenn sie sich melden, weil sie mitreden möchten (vgl. Interview Midasch 13.06.2018).

Ähnlich den beteiligenden Akteuren haben Jugendliche einen Kosten-Nutzenfaktor vor Augen und entscheiden ergänzend zu anderen Motiven danach, ob sie sich beteiligen (vgl. ebd.). Jugendliche müssen einen Nutzen für sich erkennen, damit sie sich einbringen und wissen, dass es ein erreichbares Ziel gibt, wofür sie sich engagieren (vgl. Interview Wenzl 01.02.2018; Interview Midasch 13.06.2018). Jugendlichen fehlt der Glaube, dass ein aufrichtiges Interesse an ihrer Person besteht, solange ihnen unvermittelt bleibt, dass sie eine aktive Rolle in öffentlichen Prozessen einnehmen (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Sie sind manchmal dankbar dafür, nach ihren Belangen gefragt zu werden und beteiligen sich dann äußerst engagiert (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018).

Eine weitere Einflussgröße auf die Motivation ist der soziökonomische Hintergrund. Das, was zu Hause vorgelebt wird, abhängig vom Grad sozioökonomischer familiärer Herkunft, bestimmt den Level an demokratischer Teilhabe. Eltern, die sich nicht beteiligen, können diesbezüglich keine vorbildliche Position vorleben, doch sie wären ein einflussreicher Motivator und müssen ihre Kinder zur Beteiligung antreiben und ihnen übermitteln, wie solche Prozesse funktionieren (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019).

Primär in ländlichen Räumen bestimmt zudem die öffentliche Mobilitätsinfrastruktur, ob sich Jugendliche bei Beteiligungsveranstaltungen einbringen können. Sie müssen die Örtlichkeit einer Veranstaltung mit dem ÖPNV, dem Fahrrad oder zu Fuß erreichen, falls sie nicht mit dem PKW selber fahren oder gefahren werden können. In ländlichen Gebieten gibt es weniger Anschlussorte, reale Netzwerke und Möglichkeiten zum Ausgehen. Jugendliche bewegen sich ohnehin meist viel im Internet, sodass das Internet zu einem digitalen Zufluchtsort wird und sich die Kommunikation dorthin verlagert. Online spielen und korrespondieren sie mit ihren Freunden, ohne sich real an einem Ort zu treffen, sodass Erreichbarkeiten diesbezüglich nebensächlich sind (vgl. ebd.), beim realen Beteiligungstreffen jedoch relevant sein können.

Im Zuge der Evaluation der Online-Plattform wurden die Jugendlichen nach ihren Beteiligungsmotiven gefragt. 38% waren neugierig, worum es sich bei der Online-Plattform handelt und welche Gesichtspunkte sie beinhaltet. Die Tatsache, dass sich 25% der Jugendlichen beteiligten, weil ihre Freunde es gleichermaßen taten, hebt die Bedeutung von Gruppendynamiken und äußeren Einflüssen hervor (siehe Tabelle 12). Der Antwortvorgabe zur Meinungsbildabfrage auf der Online-Plattform *Meine Lehrer/meine Eltern haben darauf bestanden*¹³⁹, stimmen 11% der Befragten zu. Bei Beteiligungen soll kein Druck von außen aufgebaut werden, da Freiwilligkeit im Vordergrund steht und Handlungen oder Äußerungen, die durch Druck entstehen, entsprechen eventuell nicht dem tatsächlichen Willen von Jugendlichen. Fragwürdig sind Ernsthaftigkeit und Richtigkeit von Beiträgen, die aus widerstrebenden Handlungen resultieren. Online-Befragungen respektive Beteiligungen im Internet auf verschiedene Arten in Form von Abstimmungen in sozialen Medien, Gewinnspielen, Marktforschungen etc., gehören mittlerweile zu täglichen Aktionen im Internet und bereiten Jugendlichen Spaß. 12% der Jugendlichen gaben an, dass sie gerne bei Online-Plattformen und Befragungen mitmachen.

Was hat Dich motiviert, diese Online-Plattform zu besuchen?	
Antwort	%
Ich war neugierig	38
Meine Freunde haben das auch gemacht	25
Ich mache gerne bei Online-Plattformen und Befragungen mit	22
Ich denke, dass ich damit etwas für Jugendliche in Göttingen bewegen kann	20
Meine Lehrer/meine Eltern haben darauf bestanden	11
Etwas Anderes und zwar...:	0
Nicht beendet	15

Tabelle 12: Motivation zur Beteiligung auf der Online-Plattform
Angaben in %; N = 21; Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 474)

Jugendliche haben eigene Bedürfnisse, wenn Sachverhalte die jetzige und die in naher Zukunft liegende Gestaltung ihres Lebensraumes tangieren (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Erwachsene machen unweigerlich den Fehler, dass sie Jugendliche nicht nach ihren Bedürfnissen fragen, weil sie ihr Verhalten und ihre Einstellung nicht deuten können (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019). Welches Thema letztendlich welche Zielgruppe interessiert, müssen Beteiligter mit Beginn einer Beteiligung herausfinden (vgl. Interview Expertin Beteiligung 24.01.2018). Je älter die Jugendlichen, desto größer werden ihre Bewegungsradien. Daher reicht

„Wir haben von der Plattform über die schule [sic] während einer Projektarbeit zur Jugendarbeit im Landkreis Göttingen erfahren und ich finde es persönlich wichtig, dass uns Jugendlichen gehör [sic] geschenkt wird!“ (Anhang S. 474 ID 24).

¹³⁹ Gemeint ist mit *darauf* die Beteiligung.

der Raum, der sie interessiert, zunehmend weiter als bis zu ihrer Grundstücksgrenze, Straßengrenze, Ortsgrenze etc. (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Jugendliche sind interessiert an dem, was sich um sie herum ereignet, nachdrücklich, wenn es sie direkt tangiert. Es muss ihnen bewusst gemacht werden, worum es sich bei der Beteiligung handelt und dass sie betroffen sind, damit ihr Interesse steigt (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Erkennen sie ein Problem, dessen Dringlichkeit und ihre eigene Betroffenheit, ist die Bereitschaft zur Beteiligung ermuntert (vgl. Interview Stange 05.03.18; Expertin Beteiligung 24.01.2018).

Jugendliche sind nicht von Beginn an auf Entscheidungen und ihre persönliche Haltung festgelegt, sondern auf Kompromisse aus, was ihre Interessen anbelangt. Sie sind in der Lage, sich flexibel anzupassen und ihre Position neu zu verhandeln (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Jugendliche sind innovativ und kreativ, können ihren Ergebniswunsch an äußere Umstände anpassen, haben Vorschläge und wenn nötig und lohnenswert, verlassen sie ihre ursprüngliche Haltung (vgl. Interview Stange 05.03.18).

Das Argument, Jugendliche hätten wenig Zeit und kein Verlangen nach Beteiligung, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Experteninterviews belegen, dass Jugendliche heutzutage teilweise großen Termindruck verspüren. Je voller der Terminkalender, desto weniger bleibt die Neigung, in der übrigen Freizeit an Beteiligungen teilzunehmen (vgl. Interview Behr 30.04.2018; Interview Flügge 06.09.2018). Jugendliche verspüren einen zunehmenden Leistungsdruck in der Schule (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018), wodurch die fehlende Zeit, sich (ggfs. über längere Zeiträume) mit Sachverhalten zu befassen, nachvollziehbar ist. Diese Situation geht zu Lasten von Verbindlichkeiten, die Jugendliche weniger als in früheren Zeiten eingehen. Bei Jugendlichen, die Hobbies haben, neben der Schule arbeiten oder sich ehrenamtlich engagieren, bestehen unweigerlich Terminkonflikte und so lassen sie sich oftmals situativ bis kurz vor einem Termin offen, ob sie beziehungsweise welchen Termin sie wahrnehmen, gefolgt von kurzfristigen oder gar keinen Absagen, was ein negatives Bild auf ihre Zuverlässigkeit projiziert (vgl. Interview Midasch 13.06.2018). Aufgrund ihres geringen Alters und Entwicklungsstadiums sind sie mit ihrer Person und ihrer Identitätssuche beschäftigt und ihre Bedürfnisse sind andere als die Erwachsener, was Beteiligter vielfach nicht bedenken (vgl. Interview Stange 05.03.18). Sie geraten daher gehäuft mit Erwachsenen wie Eltern oder Lehrern in konfliktäre Situationen. Selbst bei bestehendem Interesse gilt: Motivation von außen (jedoch kein Druck, der die Freiwilligkeit untergräbt) zur (Wieder-)Beteiligung ist bedeutend. Es gibt zu viele Angelegenheiten, die Jugendliche im Alltag beschäftigen, sodass sie stets motiviert und an eine Beteiligung erinnert werden müssen (vgl. Interview 2018).

Dem mangelnden Engagement von Jugendlichen entgegen Midasch (2018), dass nicht weniger Jugendliche als früher in Vereinen vorzufinden sind, zumindest nicht in allen Regionen und Vereinssparten, trotz Ganztagschule, doch Jugendliche wechseln vermehrt Hobbies und Vereine. Das Hobby- und Vereinsangebot ist groß, Interessen sind heterogen und ein Wechsel ist leicht. Sie identifizieren sich daher weniger mit einer einzigen Angelegenheit und testen verschiedene Angebote aus. Diese Entwicklung lässt sich auf Beteiligungsverfahren übertragen, indem Jugendliche sich nur einmalig beteiligen, weil sie merken, dass (jene) Beteiligung kein Anliegen für sie ist (vgl. Interview Midasch 13.06.2018). Laut Stange (2018b) sind Jugendliche sogar engagierter, als Erwachsene meinen, da heutzutage digitale Gegebenheiten eine andere Art von Engagement ermöglichen. Jugendliche und Erwachsene werden in Beteiligungsprozessen fälschlicherweise zu oft und zu stark miteinander verglichen und von Beteiligten mit einem anderen Maß gemessen (vgl. Interview Stange 05.03.18). Dass sich Jugendliche sogar mehrmals Zeit nehmen, um sich zu beteiligen, demonstriert ein weiteres Ergebnis der Plattform-Evaluation. Eine der ersten Fragen der Online-Evaluation handelte davon, ob die Jugendlichen nach der Registrierung erneut die Online-Plattform besuchten (siehe Tabelle 13).

Hast du nach der Registrierung noch mal die Plattform besucht? Bitte wähle eine der folgenden Antworten!	
Antwort	%
ja	47
Nein	24
keine Antwort	15
nicht beendet	15

Tabelle 13: Nutzung /Nichtnutzung der Plattform
N = 48 Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung



Abbildung 33: Häufigkeit der Beteiligung auf der Plattform
Angaben in %; N = 26; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 475)

Die Jugendlichen, die sich auf der Online-Plattform beteiligten, sollten die Häufigkeit angeben, mit der sie das taten: 46% beteiligten sich ein bis zwei Mal, 23% drei bis vier Mal und niemand beteiligte sich häufiger als vier Mal auf der Online-Plattform. 23% kamen nach der Registrierung auf die Online-Plattform zurück, um sich durch die Module zu klicken und auf der Internetseite umzuschauen, jedoch ohne einen Beitrag zu hinterlassen oder sich anderweitig zu beteiligen, 8% machten diesbezüglich keine Angaben (siehe Abbildung 33).

Auf die Frage nach Zeitgründen, die gegen eine Beteiligung auf der Online-Plattform sprechen, stellte sich heraus: Auf die Aussage „Ich hatte keine Zeit“ reagierten 10 Jugendliche bei der Online-Befragung: 30% *stimmen zu* respektive *eher zu*, 30% *meinen weder noch* und 40% *stimmen dem nicht* beziehungsweise *eher nicht zu* (siehe Anhang S. 498). Somit ist Zeitmangel bei diesen Jugendlichen nur bedingt ein Problem, welches sie von einer Beteiligung abhält. Aufgrund von Schulstress, Freizeitaktivitäten oder weil die Priorität für eine Beteiligung geringer ist als für andere Aktivitäten, kann ein Mitwirkungsangebot in Vergessenheit geraten.

Die Jugendlichen, die sich zwar registrierten, indes nicht erneut die Online-Plattform besuchten, erhielten genauso die Chance, sich in Bezug auf ihre Haltung zur Online-Plattform und zur gesamten Beteiligung zu äußern.¹⁴⁰ Genauso war es möglich, dass sie sich nach der Registrierung auf der Online-Plattform (mehrmals) umsahen, allerdings nichts aktiv auf ihr durchführten. Die Gründe für eine Nichtbeteiligung trotz

rung sind in Tabelle 14 aufgeführt: 23% derjenigen, die die Plattform nutzen wollten, aber es nicht taten, hielten technische Probleme ab. Das widerspricht Pausts (2016a) Stufen der Konsultation (siehe Abbildung 5 in Kapitel 3.3.3), die davon ausgehen, dass die Chance zur Beteiligung geboten wird und Beteiligte selber entscheiden, ob sie diese Möglichkeit annehmen. Hier konnten die Jugendlichen nicht entscheiden, ob sie sich beteiligen oder nicht, diese Entscheidung war ihnen aufgrund der Technikfehler abgenommen worden. 45% der Befragten entschieden sich jedoch aus

freiem Willen gegen eine Beteiligung, weil sie entweder keine Lust hatten (15%), keine Daten preisgeben wollten (15%) oder der zeitliche Aufwand für sie zu groß war (15%) und 23% vergaßen es. Zu kompliziert schienen die Module laut Befragung nicht gewesen zu sein (0% stimmen

Wieso hast du dich nicht auf der Plattform beteiligt? Bitte kreuze alle zutreffenden Kästchen an.	
Antwort	%
Hat technisch nicht funktioniert	23
Hab's vergessen	23
Ich wollte keine weiteren persönlichen Daten angeben	15
Ich hatte keine Lust	15
Der zeitliche Aufwand war mir zu groß	15
Ich habe nicht verstanden, wie die Module funktionieren	0
Etwas Anderes und zwar...*:	8
*keine Gründe genannt	

Tabelle 14: Gründe für die Nichtbeteiligung auf der Plattform
N = 13; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 475)

¹⁴⁰ Für diese Jugendlichen fielen die Fragen rund um Inhalte der Online-Plattform weg und sie wurden direkt zu anderen Frageteilen, die sie betreffen, weitergeleitet. Zum Beispiel konnten die Jugendlichen hier keine Aussagen zur Struktur oder den interaktiven Karten treffen. Dafür kamen andere Fragen hinzu, die ihre Vorgehen und Einstellung zur Beteiligung erforschen, beispielsweise der Anlass für ihre Nichtbeteiligung trotz Anmeldung.

dem zu). Das weist darauf hin, dass Jugendliche wiederkehrend eine Erinnerung und einen Motivationsanstoß benötigen, damit sie sich (wiederholt) beteiligen.

Ob Jugendliche Zeit für eine Beteiligung aufbringen können, untersucht die Frage nach ihren Hobbies (siehe Abbildung 34), wobei 48 Antworten insgesamt zusammenkamen, da Mehrfachnennungen möglich waren. 38% nennen Sport als Hobby und 19% verbringen ihre Freizeit mit Freunden. 25% gaben ihren PC oder entspannende Aktivitäten rund um den Computer beziehungsweise das Smartphone als Freizeitbeschäftigung an und 10% beteiligen sich ehrenamtlich.

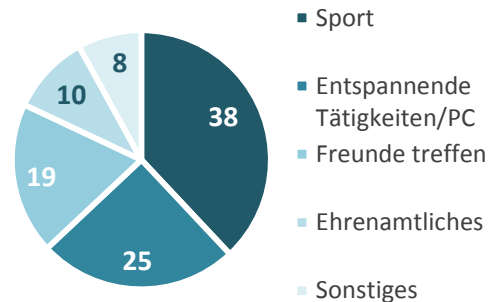


Abbildung 34: Hobbies der Jugendlichen
Angaben in %; N = 19; Mehrfachnennungen möglich
Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung
(siehe Anhang S. 528)

Demnach gibt es bei Jugendlichen Interessen, die nicht technikbezogen sind sowie Aktivitäten, die außer Haus stattfinden, körperliche Betätigung voraussetzen und Zeit in Anspruch nehmen. Das wäre Zeit, die einer Beteiligung weniger zur Verfügung stünde. Jugendliche, die keine Hobbies nannten, gaben keine Gründe dafür an, warum sie sich nicht beteiligen, obwohl sie Zeit hätten. Entweder sind sie mit ihrem übrigen Alltag und der Schule derart ausgelastet, dass sie weder Zeit für Hobbies noch für Beteiligung aufbringen können. Oder sie haben genug Zeit, die sie für ein Hobby oder Beteiligung aufbringen könnten, weil ihr Alltag zeitlich nicht ausgefüllt ist, aber keine Lust dazu.

Die Frage nach den Bedürfnissen von Jugendlichen ist divers und nicht für alle Jugendlichen gleichermaßen zu beantworten. Die Literaturanalyse und die Experteninterviews deuten darauf hin, dass Jugendliche vielseitig interessiert sind, auch an Beteiligungen (siehe Kapitel 4.1.1). Um diese Erkenntnis an den Göttinger Jugendlichen zu überprüfen, wurde nach ihren Interessen durch die Offline-Befragung geforscht. Auf die Frage, ob die Jugendlichen bereits die Möglichkeit hatten, an ihren Freizeitorten in der Vergangenheit Entscheidungen mitzubestimmen, antworteten 84 der 279 befragten Jugendlichen (siehe Abbildung 35). Insgesamt konnten 44% bisher an ihren Freizeitorten nichts mitentscheiden, 40% konnten dies zwar, doch sie hatten kein Interesse und 15% gaben an, dass sie bereits an ihren Freizeitorten mitentschieden haben. Die Resultate demonstrieren, dass Jugendliche nicht ausnahmslos an Beteiligung interessiert sind, nicht mal dann, wenn sie von der Möglichkeit wissen, wobei das Interesse in Bezug auf das Thema der

Entscheidung noch zu überprüfen wäre. Die Befragung sagt nicht aus, ob Beteiligung sie nicht interessiert oder ob es das Thema an sich war, das ihnen kein Interesse abverlangte.

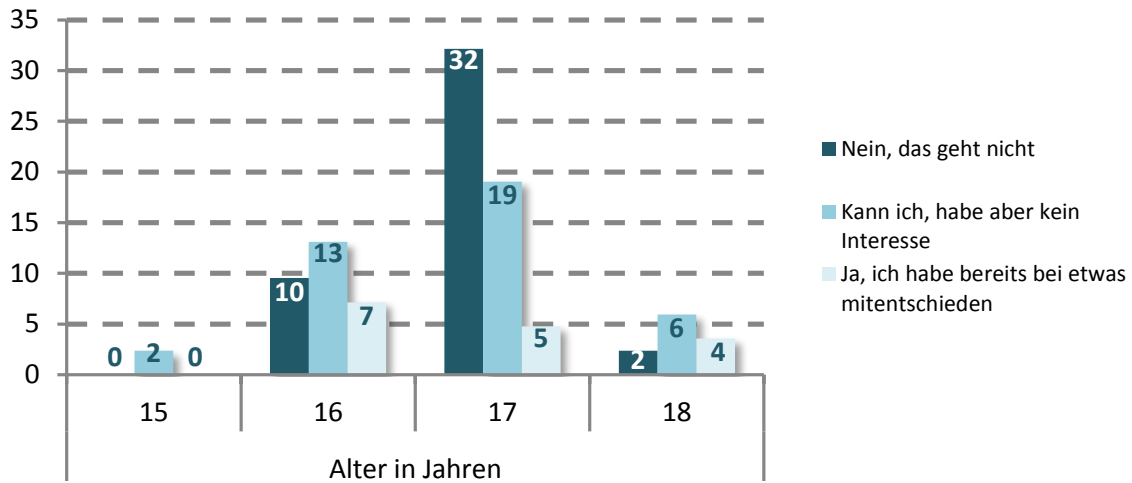


Abbildung 35: Möglichkeiten an öffentlichen Freizeitornten Orten mitentscheiden zu können
Angaben in %; N = 84; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 553)

Werden Jugendliche beispielsweise danach gefragt, in welchen Farben der Jugendraum gestrichen werden soll, sind sie, laut Aussage eines Teilnehmenden bei dem Mini-Workshop, weniger ambitioniert (siehe Anhang S. 465). Steht die Anschaffung einer Spielekonsole oder die Gestaltung von Öffnungszeiten zur Debatte, be-

*„Eigentlich finde ich ja sowas gut, aber ich hab` nicht mehr dran gedacht. Is [sic] das nun zu spät?“
(Anhang S. 495 ID 42).*

kunden Jugendliche reges Mitteilungsbedürfnis. Auffallend an Abbildung 35 ist, dass es allen Altersgruppen möglich war, sich zu beteiligen, doch der Anteil derjenigen, die diese Chance nutzten, liegt deutlich unter dem Anteil derjenigen, die es nicht taten. Verhältnismäßig nahmen zumeist die 18-Jährigen das Angebot der Beteiligung in Anspruch. Wohingegen über ein Drittel der 17-Jährigen, die das Angebot erhielten, es ausschlugen.¹⁴¹

Online-Plattformen sind nicht das einzige Format, welches Jugendliche zur Beteiligung motivieren können. Workshops sind ebenso eine ausgezeichnete Möglichkeit, Jugendliche zu informieren, motivieren und zu beteiligen, was sich in Göttingen Osterode a. H. bewies. Bei dem Mini-Workshop im Dezember 2017 erfolgte bereits der Hinweis, dass die Online-Plattform frei geschaltet war. Bei dem Workshop im Februar 2018 erfuhr die UR-Innovationsgruppe, dass sich

¹⁴¹ Abbildung 35 enthält bei den Angaben auch die von unter 16-Jährigen, da Befragung in den Schulen aus Datenschutzgründen nicht so schwerwiegend ist, wie die im Internet. Zudem lag eine Genehmigung seitens der Schulen für die 15-Jährigen Schüler vor.

annähernd ein Drittel der Workshopteilnehmenden auf der Online-Plattform beteiligte. Die meisten sagten, sie hätten es vergessen oder technische Probleme hätten sie abgehalten. Bis zum Workshop im April meldeten sich mehr Jugendliche auf der Online-Plattform an. Motivation, Unterstützung und Führung durch Akteure waren bei der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. eher das Problem als der Zeitmangel der Jugendlichen. Das gilt zumindest für die Jugendlichen, die sich noch ein wenig entfernter von ihrem Schulabschluss befanden und weniger Schulstress hatten, was bei den Workshops unverkennbar wurde (siehe Anhang S. 465 ff.).

Bei den Workshops und deren Evaluation wurde deutlich, dass eine Befreiung der Jugendlichen vom Unterricht sehr motivationsfördernd ist. Die Workshops fanden zu Uhrzeiten statt, in denen sich Schüler normalerweise im Unterricht befinden und endeten ungefähr mit Schulschluss. Die Teilnehmenden mussten für die Workshops keine Freizeit investieren. Das Motivieren der Jugendlichen und sie dazu zu bewegen, an einem Workshop teilzunehmen, ist vornehmlich zu Be-

ginn einer Beteiligung kompliziert, wenn die Teilnehmenden keine genauen Vorstellungen von dem haben, worum es sich inhaltlich bei den Workshops handelt und wie Beteiligter mit den Ergebnissen umgehen. Als sich die Workshops für sie als gewinnbringend, ansprechend und Spaßig herausstellten, wurden die Teilnehmenden engagierter. Um die entwickelten Prototypen umzusetzen, war von allen Jugendlichen anschließend an die beiden Design-Thinking-Workshops, Interesse und Einsatzbereitschaft in der Freizeit gefragt, was sie bewiesen. Eine Gruppe von Jugendlichen traf sich dafür nach dem Unterricht mehrmals, um ihre Ergebnisse zu Bustarifen und Fahrplänen auszuarbeiten. Eine andere Gruppe initiierte in der Schule eine Mountainbike-AG, besprach sich mit dem Ortsbürgermeister über mögliche Routen und behandelte dieses Thema noch Monate nach den Workshops. Einige Mitglieder aus beiden Gruppen registrierten sich zudem nach den Workshops auf der Online-Plattform und beteiligten sich dort ebenfalls. Die dritte Gruppe, die aus zwei Teilnehmerinnen bestand, wählte mit ihrem Kino-Projekt ein für sie schwer umzusetzendes Thema, gab nach kurzer Zeit auf und nannte Schulstress und zeitliche Gründe als Ursache.

„Die workshops [sic] waren super. Schade, dass die Plattform nich [sic] so toll war“ (Anhang S. 495 ID 44).

Mit der Offline-Befragung wird untersucht, mit welchen Formaten und Methoden Jugendliche bevorzugt beteiligt werden möchten, wofür der Fragebogen einige Beispiele zum Ankreuzen auflistete. 386 Antworten kamen zusammen, da Mehrfachnennungen möglich waren. Zudem bestand die Möglichkeit, weitere Methoden und eigene Ideen zu notieren. Jugendliche bevorzugen Formate und Methoden, die ihnen wenig Freizeit nehmen. Das sind Online-Plattformen (25%), die Beteiligte bequem per Smartphone bedienen können und Beteiligungen in der Schule

(24%) oder in Vereinen (15%) (siehe Abbildung 46 in Kapitel 7.4). Dort halten sie sich im Alltag am meisten auf, falls sie außer Haus sind. Es ist widersprüchlich, dass die Beteiligung auf der Online-Plattform eine niedrige Resonanz fand, obwohl Göttinger Jugendliche sich Plattformen für eine Beteiligung wünschen. Das Format spricht Jugendliche grundsätzlich an, doch wenn sich negative Aspekte häufen, was bei dieser Online-Plattform geschah, beispielsweise Fehler bei der Anmeldung, führt selbst eine gut gewählte Form letztendlich zu niedrigen Teilnehmerszahlen.

Das Format nimmt neben dem Thema und der Beteiligungsmethode einen wesentlichen Einfluss auf die Beteiligung. Die Bereitschaft alleine reicht nicht aus, wenn die Beteiligungsform zu viel Zeit in Anspruch nimmt (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Wenn es Mitwirkungsangebote gibt, benötigen Jugendliche einen realen/ digitalen Zugang. Um sie ort- und zeitunabhängig zu erreichen, müssen die digitalen und analogen Medien ihren Einsatz finden, die Jugendliche aktuell am meisten nutzen. Obwohl das Wegetagebuch im Modul 4 (Bewegen) der Online-Plattform per Smartphone durchgeführt wurde, überall und jederzeit ausgefüllt werden konnte, war die Beteiligungsbereitschaft bei diesem Tool gering. 8% aller Angemeldeten füllten das Wegetagebuch aus, was laut Kommentaren der Jugendlichen in der Evaluation „zu aufwendig“, „sehr zeitaufwendig“ war beziehungsweise „total lange“ dauerte (siehe Anhang S. 476). Trotz des Vorteils eines Smartphones, was fast immer und überall genutzt werden kann, sind damit kompatible Beteiligungen bei Jugendlichen unbeliebt, wenn sie zeitaufwendig sind.

Wesentlich ist, wenn Teilnehmer Jugendliche offline beteiligen möchten, dass sie sich auf ihre zeitliche Verfügbarkeit und ihre Mobilität beziehungsweise ihr Erreichbarkeitspotenzial einlassen. In ländlichen Räumen können Jugendliche oft nur beschränkt andere Orte erreichen. Sie sind wenig mobil und/oder gewohnt, dass viele Vorgänge im Leben digital ablaufen und sie nicht zu einem Ort gelangen müssen, um beispielsweise einzukaufen, mit Freunden zu kommunizieren oder mit ihnen zu spielen (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Sich in ländlichen Räumen auf das Internet zu verlassen, darf nicht Grundlage einer Beteiligung sein. Denn vor allem dort kann es geschehen, dass keine oder nur instabile Verbindungen vorhanden sind (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Folglich muss ein Online-Format gewählt werden, das trotz möglicher instabiler und langsamer Internetverbindungen funktioniert, damit Jugendliche die Beteiligung nicht aufgeben.

Ertelt (2018) betont, dass jeder Mensch das Recht hat, sich zu beteiligen oder es zu unterlassen. Von diesem Recht Gebrauch zu machen, dürfen Teilnehmer nicht negativ bewerten und nicht als Mangel an Interesse deuten. Nichtbeteiligung kann auch hinsichtlich zeitlicher Engpässe, Fehl-

formationen oder Scheu vor öffentlichen Beteiligungen, entstehen. Das Verhalten kann desgleichen auf einen mangelnden Bezug, auf benötigte Ressourcen, Unzufriedenheit im Hinblick auf das Format, als Zeichen eines Protests oder einer Beteiligungssättigung, zurückgeführt werden. Elementar ist, dass Jugendliche erfahren, was und wie sie Änderungen in ihrem Umfeld bewirken können, damit sie motiviert sind, sich zu engagieren (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018).

7.2 ÜBERPRÜFUNG HYPOTHESE 2: OHNE INFORMATION KEINE BETEILIGUNG

Hypothese 2: Wenn Jugendliche besser über Beteiligungsangebote informiert werden, nehmen sie vermehrt an Beteiligungsprozessen teil.

Wie in Kapitel 7.1 erwähnt, wurden die Jugendlichen bei der Evaluation gefragt, warum sie sich auf der Online-Plattform beteiligten. 38% waren neugierig, worum es sich bei der Online-Plattform handelt, welche Tools und Inhalte sie impliziert (siehe Tabelle 12 in Kapitel 7.1). Neugier kann erst entstehen, wenn vorab informiert wird, dass es eine Beteiligung gibt, worum es sich dabei handelt und wie die Zugänge sind.

Jugendlichen muss bewusst sein, dass beziehungsweise ob sie von einem Beteiligungsthema betroffen sind und wie sie sich beteiligen können. Dafür sollten Beteiligter persönlichen Kontakt herstellen, denn anonyme Informationen erreichen Adressaten selten. Eine Hürde in der Informationsübermittlung besteht darin, dass Entscheidungsträger oft nicht oder nicht vollständig informieren möchten. Zu einer vollständigen und zielgerichteten Information, die aber nicht die Beteiligten mit Inhalt und Umfang überfordert, gehört es unmissverständlich darzulegen, dass und was Jugendliche mitentscheiden können (vgl. Interview Behr 30.04.2018).

Eine an das Thema und die Zielgruppe angepasste Online- und/oder Offline-Kommunikation ist entscheidend (vgl. Interview Brüninghoff 21.06.2018; Leschwange 26.06.2018). Leschwange (2018) empfiehlt, unterschiedliche Instrumente zur Kommunikation zu verwenden, denn Jugendliche kommunizieren analog und digital (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018). Es gibt Themen, die Jugendliche stärker oder minder interessieren als andere. Die räumliche und/oder thematische Nähe zum Beteiligungsgegenstand sowie die Information, zum Beteiligungsprozess, sind daher notwendig. Erfahrungen belegen, dass bei einem passenden Thema, einer umfassenden Information und Unterstützung durch Beteiligter, einem Konzept mit einer durchdachten Struktur und dem passenden Format, mit einer Jugendbeteiligung effektive Handlungsansätze und Problemlösungen entstehen können (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018; Midasch 13.06.2018).

Von den Jugendlichen, die sich zwar auf der Online-Plattform anmeldeten, aber dann nicht beteiligten, ist es interessant, die Gründe für ihr Handeln zu erfahren (siehe Abbildung 36). „Wenn ich mehr Informationen zu der Online-Plattform erhalten hätte, hätte ich auch mitgemacht“: 8% der Jugendlichen *stimmen* dieser Aussage *zu*, 25% *eher zu*. 25% sagen *weder*

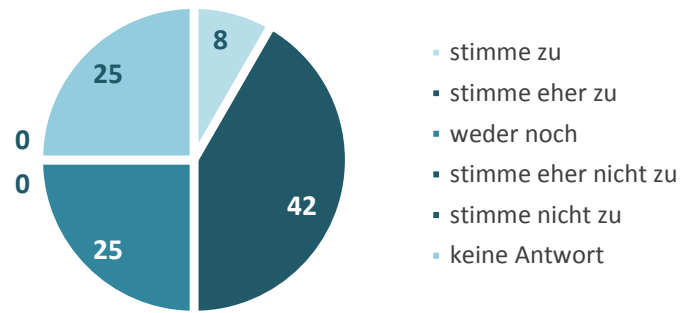


Abbildung 36: Abstimmung zur Aussage: „Wenn ich mehr Informationen zu der Online-Plattform erhalten hätte, hätte ich auch mitgemacht.“
Angaben in %; N = 12; Mehrfachnennungen möglich;
Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 504)

noch und 45% sprechen gegen diese Ansicht. Informationen alleine reichen somit nicht zur Motivation der Göttinger Jugendlichen, um sich zu beteiligen, wenngleich Information als maßgeblich eingestuft wurde (siehe Kapitel 3.1.2, 3.2 und 3.3.2).

Eine Flut an Informationen führt allerdings dazu, dass sich Beteiligte überfordert und überrumpelt fühlen, daher sollte bei der Informationsübermittlung darauf geachtet werden, dass sie keine abschreckende Fülle an Informationen beinhaltet. Die Offline-Befragung verdeutlicht, dass permanente Erreichbarkeit und Information hinsichtlich Smartphones nicht grundsätzlich als positiv betrachtet werden worauf bereits die Reflexion der ersten Hypothese hinweist: Smartphones bewirken eine gestörte Kommunikation, Jugendliche sind genervt aufgrund von Anwesenden, die uneingeschränkt mit ihrem Smartphone beschäftigt sind, fühlen sich beeinträchtigt durch die eigene Ablenkung durch das Gerät etc. (siehe Kapitel 7.1). Erwachsene verkennen unweigerlich, welche Informationen Jugendliche über das Internet bereits erhielten, unterschätzen die Schnelligkeit, mit der sie sie empfangen und dass sie manchmal Informationen erreichen, die Erwachsene lieber ferngehalten hätten (vgl. Interview Brüninghoff 21.06.2018).

Sind Themen der Beteiligung für Jugendliche vorgegeben, ist nicht zu erwarten, dass alle Jugendlichen, die zur Zielgruppe gehören, diese Themen interessieren (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Nicht zuletzt ist bei Hypothese 2 zu betonen, dass das richtige Medium entscheidend ist, denn Informationen beispielsweise ausschließlich mittels E-Mailübermittlung zu verbreiten ist unzureichend, da Jugendliche dieses Medium vermindert nutzen (siehe Abbildung 39 in Kapitel 7.4). Auf offenen Online-Plattformen würden viele Jugendliche wenig über sich oder ihre Interessen preisgeben, solange sie nicht sämtliche Hintergründe kennen. Geschlossene Online-Formate sind vorzuziehen, damit Jugendliche sich frei äußern und sich geschützt fühlen wie bei

WhatsApp, wo gezielt Informationen in einer nach außen abgegrenzten Gruppe ausgetauscht werden können (vgl. Interview Flügge 06.09.2018).

Bei einer strukturierten Beteiligung finden sich fortwährend Jugendliche, die mitmachen; obschon es vielfach die gleichen sind, müssen jene erst einmal informiert werden (vgl. Midasch 13.06.2018). Trotz aller Informationen im Laufe eines Beteiligungshergangs: Die positive Ersterfahrung einer Beteiligung ist erforderlich für eine Motivation und für die Bereitschaft zu weiteren Mitwirkungen. Jugendliche müssen erkennen, dass Lösungen und Konzepte, die sie mit Akteuren planen, ernstgenommen und ggf. umgesetzt werden, andernfalls sind sie skeptisch (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Das Ergebnis ist ein Motivator für Beteiligte an künftigen Verfahren teilzunehmen (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Lediglich der Erhalt von Informationen bietet keinen Anlass, sich zu beteiligen, besonders dann nicht, wenn Ergebnisse längst feststehen. Jugendliche erkennen solche Alibi-Beteiligungen, die sie frustrieren, demotivieren und von einer Beteiligung abstoßen (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Sollten sie sich einmal beteiligen, ist das keine Garantie, dass sie dies bei der gleichen oder einer anderen Beteiligung erneut tun, sondern sie unter Umständen neue Anreize benötigen (vgl. Interview Flügge 06.09.2018).

Die Bedeutung der Einbindung von Schulen wird bei dieser Hypothese deutlich. Es beteiligten sich ausschließlich Schüler von Schulen an der Online-Plattformevaluation, die entweder bereits bei der Offline-Befragung mitmachten oder an den Workshops teilnahmen. Das erklärt, warum an Schulen, an denen keine Offline-Befragung stattfand, Karten mit QR-Code verteilt wurden, jene Schüler sich aber nicht beteiligten. Die regionale Koordinatorin des Landkreises Göttingen und zugleich Mitglied des UR-Projektes, überreichte die Karten den Schulleitungen und das Lehrpersonal verteilte die Karten an die Schüler weiter. Allerdings gab es dort keine persönliche Ansprache und Informationsübermittlung durch die jeweiligen Lehrkörper, was eine stichprobenartige Befragung von Schülern im Nachgang belegt. An den Schulen, an denen die Offline-Befragung stattfand, konnte das UR-Innovationsteam hingegen gezielt Informationen verbreiten und umgehend aufkommende Fragen beantworten, was jene Schüler zur Beteiligung bewegte.

7.3 ÜBERPRÜFUNG HYPOTHESE 3: WECHSELHAFTIGKEIT UND GERINGER NUTZEN BEEINTRÄCHTIGEN ERGEBNISSE

Hypothese 3: Dadurch, dass Wünsche und Bedürfnisse von Jugendlichen differenziert und trendabhängig sind und sich schnell ändern, ist der Nutzen einer Beteiligung von Jugendlichen für Beteiligter gering, weil keine fundierten und umsetzbaren Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess resultieren.

Die (digitale) Lebenswelt der Menschen verändert sich rasant und Beteiligungsmittel sollten dementsprechend gestaltet und flexibel sein, um Jugendliche zu erreichen. Das hat zwar einen Wandel der Methoden zur Folge, steht aber zwangsläufig in einem Zusammenhang mit den Ergebnissen, die Jugendliche produzieren (vgl. Interview 2018). Jede Beteiligung benötigt einen (korrigierbaren) Plan, der Zwischenergebnisse demonstriert und (weiter) motiviert. Uneingeschränkt nach aktuellen Haltungen, Wünschen oder Trends bei der Beteiligung zu handeln, ist weder nachhaltig, noch möglich, noch gewinnbringend (vgl. Interview Brüninghoff 21.06.2018). Trends beeinflussen vornehmlich Verfahrensweisen der Beteiligung, nicht bedingungslos deren Ziele und Folgen. Dementsprechend müssen sich Methoden an Wünsche und Trends von Jugendlichen anpassen (vgl. Interview Midasch 13.06.2018).

*Wie schwierig es ist, Jugendliche per **E-Mail** zu **erreichen**, verdeutlicht die Incentivsvergabe der Online-Beteiligung. Jugendliche, die mindestens eines der Online-Plattform-Module durchführten, nahmen, für den Fall dass sie dem zustimmten, an einem Gewinnspiel teil. Auf die Gewinn-Benachrichtigung per E-Mail antwortete in der ersten Benachrichtigungsrunde Ende 2018 nur eine Person. Anfang 2019 wurden die Gewinner erneut benachrichtigt. Darauf antwortete eine weitere Person. Bei der dritten Erinnerung Ende Januar 2019 kam ebenfalls nur eine Antwort. Mögliche Erklärungen für den geringfügigen Rücklauf sind mangelndes Interesse an dem Gewinn oder eine Einsortierung der Gewinn-E-Mail im Spam-Ordner der Adressaten. Zudem könnte es sein, dass Jugendliche selten in ihre E-Mailpostfächer schauen und die E-Mail nicht bemerkten, da E-Mail nicht zu den Hauptkommunikationsmedien von Jugendlichen gehören (siehe Kapitel 5.1.2.2).*

Künftig nutzen Jugendliche andere Medien, als heute. Beteiligter sollten sich diese Medien vergegenwärtigen und überlegen, wie sie Jugendliche damit erreichen. Alle Aktivitäten und Daten rund um digitale Medien, sind schnelllebig, was es bei der Kommunikation mit Jugendlichen und der Wahl der Beteiligungsmethoden zu beachten gilt (vgl. Interview Stange 05.03.18). Für Beteiligter ist es kein Muss, alle Trends zu kennen, um Jugendliche zu beteiligen, doch ein allgemeiner Überblick über die wichtigsten Trends, durchgängige Bedürfnisse und Sachverhalte, die Jugendliche aktuell bewegen, sollte vorliegen. Oft genügt es zu verstehen, was hinter diesem Medium steckt (vgl. Interview Behr 30.04.2018), ob es eine bildlastige Darstellung,

wie bei Instagram, die Abgeschiedenheit innerhalb eines geschützten Bereiches, wie bei Whatsapp oder eine Plattform ist, auf der Beiträge nach einiger Zeit wieder automatisch gelöscht werden, die den Ausschlag gibt. Das ist teils äußerst ineffiziente Arbeit, unter anderem weil es geschehen kann, dass Broschüren oder Arbeitshilfen über Online-Beteiligung zu dem Zeitpunkt, zu dem sie publiziert wurden, bereits veraltet sind (vgl. Interview Flügge 06.09.2018).

Gesellschaftliche Entwicklungen wie der demografische Wandel beeinflussen ebenso Beteiligungen Jugendlicher. Der Wandel verläuft so rasant, dass Jugendliche kaum Beachtung finden, weil mehrheitlich ältere Menschen im Fokus stehen (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Jugendliche müssen sich beachtet fühlen und ihre Ansicht artikulieren können. Erfolgt dies nicht, *„Wenn es klappen würde, wäre es eine gute Sache...“ (Anhang S. 495 ff. ID 59).*

entsteht eine Skepsis gegenüber Politik, Verwaltung und Beteiligung (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Ulmer (2018) trennt Prozess- und Ergebniszufriedenheit sowie Ergebnis- und Prozess-erfolg. Erfolg ist, wenn Wirkungen einer Beteiligung für alle Akteure zufriedenstellend sind, gleichwohl sie nicht äquivalent umgesetzt werden (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Ergebnisse sind ein wesentlicher Gesichtspunkt, der nachvollziehbare und gut begründete Weg der Beteiligung ein anderer, ebenso bedeutsamer Aspekt (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Desgleichen bestärkt *Expertin Beteiligung* (2018) Ulmer (2018), indem sie sagt, es sei umstritten, wann ein Beteiligungsverfahren erfolgreich ist. Diejenigen, die mit dem Resultat nicht zufrieden sind, müssen auf eine andere Art zufrieden sein können, alternativ mit dem Prozess (vgl. Interview Expertin Beteiligung 24.01.2018). Das geschieht vornehmlich, wenn die thematisch richtigen und einflussreichen Ansprechpartner anwesend sind, die ihre Meinung nachvollziehbar erläutern. Zudem geschieht dies, in dem alle relevanten Zielgruppen erfasst werden, wenn es allen Akteuren möglich ist, ihre Interessen einzubringen und dadurch, dass eine reibungslose Kommunikationskultur herrscht (vgl. ebd.; Brüninghoff 21.06.2018).

Jugendliche sind trendanfällig, wollen ausprobieren und Sachverhalte herausfinden, die sie interessieren. Erwachsene deuten Flexibilität und Ausprobieren dementsprechend, dass Jugendliche Hobbies, Projekte etc. beginnen und nicht fortführen. Doch jeder Mensch benötigt die Chance, Trends auszuprobieren sowie Erfahrungen zu sammeln und die Chance müssen Beteiligter gewähren (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019). Bei der Antwortoption in der Online- und Offline-Befragung von Messengerdiensten entsprechend WhatsApp oder Facebook-Messenger kamen Anmerkungen seitens zweier Jugendlicher, die erneut darüber nachdenklich stimmen, ob Trends- und Technikaffinität tatsächlich auf alle Jugendlichen zutrifft, wie die Frage eines Jugendlichen: „SMS sind uninteressant [sic]?“ (Anhang S. 480 ID 6) oder die Aussage: „Zu viel me-

dialer Einfluss ist nicht unbedingt förderlich[,] aber heutzutage kommt man ohne soziale Medien ja kaum mehr aus“ (Anhang S. 480 ID 24). Beteiligung per Smartphone ist zwar zeitsparend und bequem, beinhaltet allerdings auch Nachteile. Dass permanente Erreichbarkeit hinsichtlich Smartphones nicht grundsätzlich als positiv betrachtet wird, deutet sich im Offline-Fragebogen bei der Frage an, ob für Jugendliche das Smartphone ein Störfaktor ist.

50% der Jungen, 76% der Mädchen fühlen sich durch das Smartphone beeinträchtigt und 137 der befragten Jugendlichen begründeten

ihre Ansicht: 45% gaben an, dass Smartphones eine gestörte Kommunikation verursachen. 20% fühlen sich genervt, wenn Anwesende uneingeschränkt mit ihrem Smartphone beschäftigt sind. Die Ablenkung durch das Gerät bewerten

Platz	Grund	%
1	Gestörte Kommunikation	45
2	Alle Anwesenden sind ständig am Smartphone	20
3	Ablenkung durch das Smartphone	19
4	Ständige Erreichbarkeit	15

Tabelle 15: Gründe für das Smartphone als Störfaktor
Angaben in %; N = 137; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 553)

19% als negativ und 15% fühlen sich aufgrund ständiger Erreichbarkeit gehemmt (siehe Tabelle 15).

Demnach muss ein Mittelweg zwischen dem Wunsch nach Beteiligung via Smartphone und der Schwelle zum Störfaktor gefunden werden. Merklich ist eine Smartphone-Sättigung, partiell sogar ein Überdruß, was einige Jugendliche dem Trend gegenüber Smartphones, Social-Media und Online-Präsenz empfinden. Gegen Trends der Online-Beteiligung spricht, dass er von Beteiligten regelmäßig überschätzt wird. Erwachsene glauben, sie müssen immer die neusten Instrumente parat haben, die die Technik- und Internetaffinität von Jugendlichen aufgreift. Dabei ist es schwer einzuschätzen, ob Jugendliche die Instrumente, die Beteiligter anbieten, anwenden und ob diese noch im Trend sind. Zu Beginn eines jeden Online-Verfahrens ist daher zu hinterfragen mit welchen Mitteln ein Beteiligter die Zielgruppe motivieren kann, damit sie die Website oder Online-Plattform besucht und dort mitmacht (vgl. Interview Stange 05.03.18). Motivation muss, unabhängig von dem Medium, welches die Beteiligung trägt, erst geschaffen werden.

Beteiligung sollte Spaß machen und die fehlende Spektakularität des Beteiligungsformates trug ggf. eine Mitschuld daran, dass die Teilnehmendenzahlen niedrig waren. Um das zu prüfen wurde im Evaluationsbogen gefragt, ob das Format den Plattformteilnehmenden zusagte („Online-Beteiligungen wie diese Plattform mag ich nicht“): Lediglich 9% der elf Jugendlichen, die darauf antworteten, mögen das gewählte Format nicht (*stimme zu*), 9% *stimmen eher zu*, das Plattform-

format nicht zu mögen. 9% meinen *weder noch*, 27% *stimmen eher nicht* und 45% *stimmen nicht zu* (siehe Anhang S. 497).

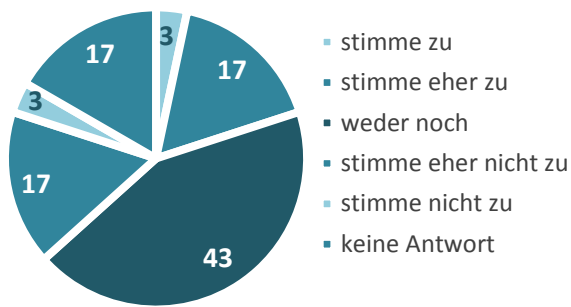


Abbildung 37: Abstimmung zur Aussage: „Mir hat das Design gut gefallen.“

Angaben in %; N = 30; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 483)

Der Aussage: „Mir hat das Design gut gefallen“, *stimmen* 3% zu, 17% *stimmen eher zu* und 43% sagen *weder noch* (siehe Abbildung 37). Rund 3% sind dem gegenüber negativ eingestellt (*stimmen eher nicht zu* beziehungsweise *stimmen nicht zu*). Niemand meint, dass die Online-Plattform inhaltlich langweilig sei und nur 10% *stimmen* der Aussage „Ich fand die Plattform langweilig“, *eher zu*. 33% empfinden sie weder als span-

nungsvoll noch als langweilig, 57% sehen sie nicht als langweilig an (siehe Anhang S. 488). Aus der Einschätzungsfrage lässt sich schlussfolgern, dass die Art dieser Online-Plattform geringen Einfluss auf die (Nicht-)Beteiligung ausübt und auch eine weniger spektakuläre und technisch weniger aufwändige Form Jugendliche erreichen kann, sodass sie sich beteiligen.

Die Ergebnisse, die in den Workshops mit den Jugendlichen erarbeitet wurden, haben wenig mit kurzweiligen Trends zu tun. Die Workshops hatten zum Gegenstand, Ideen zu entwickeln, um die Lebensqualität im Bereich von Freizeit und Erreichbarkeit von Jugendlichen in ländlichen Räumen zu verbessern. Die Teilnehmenden entwickelten in drei Gruppen jeweils eine Idee, welche sie mit einem Konzept und dem Bau eines Prototypens ausarbeiteten, was Abbildung 32 in Kapitel 6.6.2 verdeutlicht. Vor allem bestehen Wünsche nach einem englischsprachigen Kino in einer Gemeinde im direkten Umland, Änderung der Buszeiten und der Tarife sowie einer offiziellen Fahrradstrecke für Mountainbikes. Die Ideen sind keine kurzweiligen, utopischen Vorstellungen, sondern umsetzbare Konzepte.

*Die beiden Jugendlichen der Gruppe **Kino in Osterode a. H.** gaben angesichts der schulischen Belastung und der Schwierigkeit des Themas das Projekt auf. Die Gruppe **Buszeiten** erarbeitete einen Vorschlag für eine neue Tarifstruktur im VSN-Gebiet und überreichte sie dem ZVSN. Die Preisvorschläge flossen in Szenarien und Maßnahmen des neuen Tarifgutachtens ein. Das dazugehörige Gutachten wurde im Sommer 2019 veröffentlicht (vgl. ZVSN 2020). Die Gruppe **Offizielle Fahrradstrecke** verfolgte ihr entwickeltes Konzept weiter und fand Unterstützung beim Ortsbürgermeister sowie der Betreuung in der dafür gegründeten Mountainbike-Schul-AG. Bislang fanden u. a. der Aufbau einer Radfahrer-Lobby sowie Planungen für die Strecke statt. Mittlerweile sind jene Jugendlichen kurz vor ihrem Schulabschluss beziehungsweise bereits fertig und haben keine Zeit mehr am Projekt zu arbeiten (Stand: 2019).*

Bei den Ergebnissen kommt es ebenfalls darauf an, dass Jugendliche den Entwicklungsprozess und die Folgen nachvollziehen können. Rückmeldungen und Zwischenmeldungen, was mit den erarbeiteten Ergebnissen erfolgt, sind wesentlich und werden Beiträge von Jugendlichen nicht beachtet, ist das von den zuständigen Akteuren (Politik, Aufgabenträger, Stadtverwaltung etc.) zu begründen. Es ist nicht das Ziel, dass Beiträge, die Jugendliche einreichen, exakt entsprechend den Äußerungen der Jugendlichen zu beschließen wären, denn es können nicht immer alle Ideen und Konzepte, die Beteiligte vertreten, in die Praxis umgesetzt werden. Wird eine Idee oder ein Konzept abgelehnt, muss die Entscheidung transparent sein und offenkundig, dass es von Entscheidern diskutiert, dokumentiert und rückgemeldet wird, selbst wenn das Ergebnis nicht das ist, was Beteiligte eingangs wollten (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018; Leschwange 26.06.2018). Beteiligung bedeutet Aushandlung von Standpunkten und Interessen: Manchmal setzt sich ein Standpunkt durch, manchmal wird Konsens geschaffen (vgl. Interview Wenzl 30.08.2018).

7.4 ÜBERPRÜFUNG HYPOTHESE 4: OHNE TECHNIK UND DIGITALE MEDIEN KEINE BETEILIGUNG

Hypothese 4: Weil Jugendliche in einer so vernetzten und technikorientierten Welt leben, können sie nur noch mittels digitaler Medien zur Beteiligung motiviert werden, was sich primär in ländlichen Räumen, in denen Erreichbarkeiten ein Problem darstellen, darin ausdrückt, dass Offline-Beteiligungs-Formate vorwiegend bei Jugendlichen keinen Anklang finden.

Offline-Beteiligungsmethoden vergleichbar Quartiersspaziergänge, World Cafés oder Podiumsdiskussionen, sind in ländlichen Räumen aufgrund von Entfernungen und Erreichbarkeitsproblemen überwiegend begrenzt durchführbar (siehe Kapitel 2.3 und 5.1.2). Enge zeitliche Ressourcen erschweren zudem Beteiligungsvorhaben Jugendlicher, vornehmlich bei Präsenzveranstaltungen, sodass Online-Methoden die einzige Option sind, Jugendliche zu beteiligen (vgl. Interview Stange 05.03.18). Mittels sozialer Medien besteht über größere Distanzen die Möglichkeit zu Beteiligungen und zum Austausch aller Akteure, wenn Internetverbindungen dies ermöglichen (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018).

Für ein Beteiligungsangebot müssen Beteiligter verschiedene Zugänge schaffen, wodurch Ideen gesammelt, aufbereitet und diskutiert werden (vgl. ebd.). Es erweist sich als vielversprechend, zunächst offline Kontakt zu Zielgruppen aufzunehmen, um danach online Informationen zu verbreiten und zu beteiligen (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Methoden sind in Offline-Verfahren einzubinden, weswegen Beteiligter zuerst Workshops mit Jugendlichen durchführen sollten, bei

denen Kommunikation, Gruppenprozesse, Emotionen etc. vorhanden sind. Aus diesem Prozess heraus entsteht Motivation, die genutzt werden kann, um sich anschließend in einem Onlineverfahren fortfahrend damit zu beschäftigen (vgl. Interview Stange 05.03.18; Ertelt 09.04.2018). Für eine Beteiligung per WhatsApp benötigen Teilnehmer zunächst Offline-Kontakt, um Telefonnummern der Zielgruppe zu erhalten (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Dessen ungeachtet ist eine Erinnerung und Werbung für eine Beteiligung ohne Online-Format undenkbar (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018).

Vor jeder Beteiligung ist zu prüfen, welches Online- respektive Offline-Format passend ist, welche Gegebenheiten für die Vernetzung notwendig sind, wie es sich mit aktuellen Vorstellungen und Internet-Nutzungsgewohnheiten der Zielgruppe verhält (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018). Effektiv ist es, zusammen mit den Beteiligten einen Beteiligungsprozess zu entwickeln, da diese jene Hintergründe kennen (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018; Leschwange 26.06.2018). Online-Formate etablieren sich zunehmend, weil es für Jugendliche alltäglich ist, online zu kommunizieren (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Daher ist stets zu überblicken, welche Medien die Zielgruppe aktuell nutzt. Ein Medium aus dem Grund zu nutzen, weil es zwar online ist, allerdings derzeit von der Zielgruppe nicht benutzt wird, ist nicht aussichtsreich. Zum Beispiel ist gegenwärtig ein dominantes Kommunikationsmedium für private Nachrichten der Messengerdienst WhatsApp, vor ein paar Jahren waren es ICQ und Facebook Messenger (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Sich an einem einzigen Trend zu orientieren ist somit auf Dauer nicht einträglich.

Da in der Literatur vielfach Jugendlichen eine Trends- und Technikaffinität nachgesagt wird, dass sie sich mehrheitlich per Smartphone im Internet bewegen und damit mit ihrer Umgebung austauschen, zielte eine Frage des Offline-Fragebogens in Richtung Technik und Internet, um zu erfahren, mit welchen Medien Jugendliche am häufigsten im Internet vertreten sind, wobei maximal zwei Antwortoptionen zulässig waren (siehe Abbildung 38). Mit Abstand am häufigsten dient das Smartphone zur Internetnutzung mit über 50%. Das Smartphone ist fortwährend überall dabei und durch stets günstiger werdende Tarife und erschwinglichere Smartphone-Geräte für Jugendliche finanzierbar. Auf Platz zwei befindet sich der PC zu Hause (23%), welcher aufgrund von Festplattenkapazitäten, Tastatur und des größeren Bildschirms einen umfassenderen beziehungsweise bequemerem Nutzen bietet. Knapp ein Drittel aller Befragten ist damit im Internet aktiv, doch er ist nicht mobil einsetzbar. Den dritten Platz teilen sich Tablet und Laptop mit jeweils 7%. Die restlichen Plätze belegen Smart-TVs und Spielekonsolen mit Internetzugang. Demnach sind Jugendliche tatsächlich fast immer mobil zu erreichen, unabhängig davon, ob sie

Nachrichten schreiben, telefonieren oder an sozialen Netzwerken teilnehmen, was eine gute Basis für eine Online-Beteiligung darstellt.

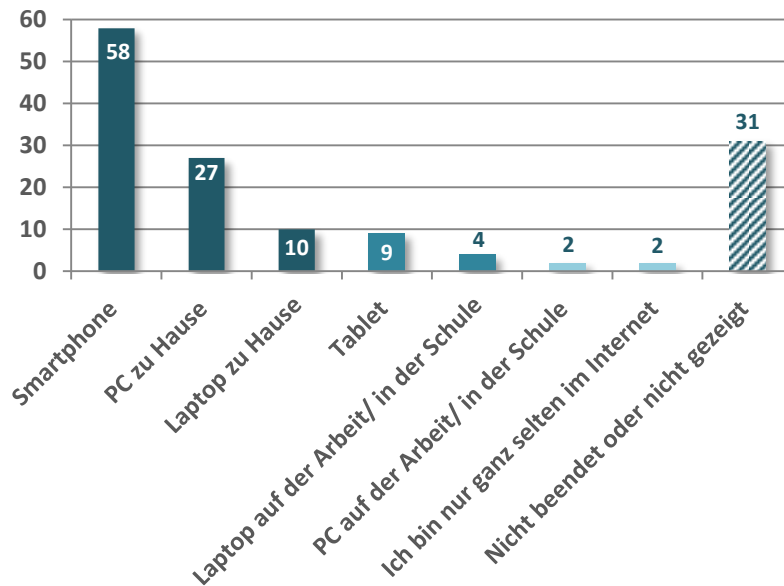


Abbildung 38: Medien für den Internetgang

Angaben in %; N = 33; Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 553)

Smartphones haben mittlerweile eine Fülle von Funktionen erhalten, die weit über das Telefonieren und Nachrichtenschreiben hinausgeht. Nur weil Jugendliche permanent online und zu erreichen sind, bedeutet das nicht, dass sie ihr Smartphone größtenteils zur Kommunikation in Chats anwenden. Bei der Evaluation der Online-Plattform wurde daher explizit erfragt, wozu die Jugendlichen ihr Smartphone einsetzen (siehe Abbildung 39). Maximal fünf Antwortvorgaben konnten angeklickt und in einem Kommentarfeld erläutert werden. Messenger Dienste werden am meisten vom Smartphone (58%) aus benutzt, gefolgt vom *Surfen* im Internet (35%), 31% hören online sowie 15% offline mit dem Smartphone Musik. Beliebt sind dazu das Posten von Fotos in öffentlichen Netzwerken (27%) sowie das Nutzen von Online-Communities (24%). Das Senden/ Empfangen von E-Mails mit dem Smartphone wird kaum praktiziert (1%), wohingegen noch 22% der Jugendlichen mit dem Smartphone telefonieren. Solche Trends zur Kommunikation gilt es prinzipiell in der jeweiligen Region bei Beteiligungen zu erfahren und zu beachten.

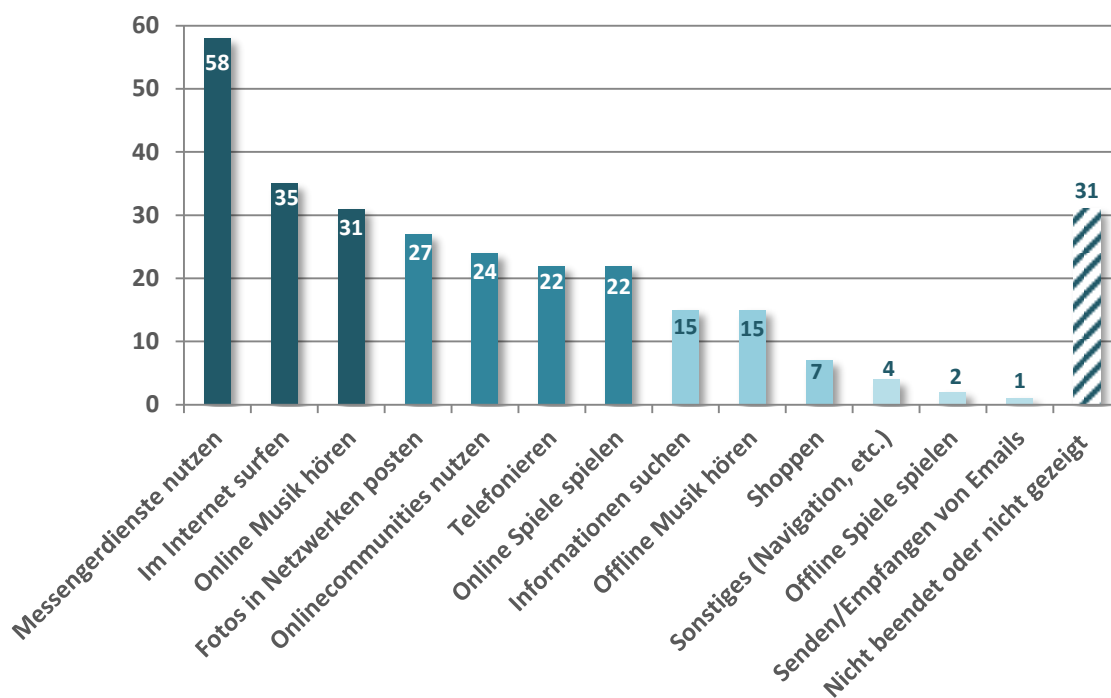


Abbildung 39: Nutzung des Smartphones für...
Angaben in %; N = 33; Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung

Bei der Evaluation der Online-Plattform ferner wurde nach den Gemeinden gefragt, in denen die Jugendlichen wohnen. Daraufhin wurden die Distanzen zur Stadt Göttingen ermittelt, die den zentralsten Punkt aller Gemeinden in der Fokusregion bildet (siehe Tabelle 16). 16 Jugendliche (30%) gaben einen lokalisierbaren Wohnort an (Straße, Postleitzahl und Wohnort), Angaben von drei Jugendlichen lassen sich nicht lokal zuordnen. Drei Personen, die ihren Wohnort nannten, kamen unmittelbar aus Göttingen beziehungsweise der angrenzenden Gemeinde Rosdorf, die Übrigen aus dem Göttinger Umland.

Anzahl	Wohnort	Luftlinie	Fahrstrecke
2	Herzberg a. H.	29,93 km	34,72 km
4	Göttingen ¹⁴²	2,06 km	6,34 km
7	Osterode a. H.	29,46 km	41,58 km
2	Dransfeld	12,22 km	14,80 km
1	Bovenden	15,99 km	25,05 km

An Tabelle 16 fällt auf, dass die Luftlinien nach Göttingen oftmals deutlich kürzere Distanzen offenbaren als die reale Fahrstrecke. Zum Beispiel ist die durchschnittliche Fahrstrecke von Bovenden nach Göttingen knapp 10 km länger als die Luftliniendistanz aufgrund der topographischen Gegebenheiten der Region.

Tabelle 16: Wohnortentfernung der Befragten gemessen nach Göttingen; N = 16; Anzahl absolut
Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung und eigener Berechnung (siehe Anhang S. 553)

¹⁴² Gemeint sind unmittelbar angrenzende Gemeinden, vergleichsweise die Einheitsgemeinde Rosdorf.

Bei den Workshops, die zeitgleich mit der Online-Plattform starteten, stellte die Raumüberwindung für fast alle teilnehmenden Jugendlichen ein Hindernis dar, weshalb Jugendpfleger sie an einem zentralen Punkt in ihrer Gemeinde mit dem PKW abholten und sie nach den Workshops zurückbrachten. Aber nicht immer können alle Jugendlichen, die Erreichbarkeitsprobleme vorweisen, aus Kapazitätsgründen persönlich abgeholt und wieder nach Hause gebracht werden.

Ebenso gibt es Beteiligungsmethoden, die nur eine beschränkte Anzahl an Teilnehmenden vorsehen. Die Online-Plattform war für die Jugendlichen, die aufgrund der begrenzten Teilnehmendenanzahl nicht an den Workshops teilhaben konnten, die einzige Möglichkeit zur Teilnahme an dieser Beteiligung. Es gibt Jugendliche, die sich um ihre persönlichen Daten sorgen und keine Angaben im Internet machen, die ihren Wohnort lokalisieren, weil sie sich ggfs. für ihre Wohngegend schämen oder

um ihre Sicherheit sorgen. Eine Person antwortete auf die Frage nach dem Wohnort: „möchte ich nicht angeben. Genügt nicht der Ortsteil bzw. nur die PLZ?“ (Anhang S. 477 ID6) und eine andere notierte: „Geheim“ (Anhang S. 477 ID 41). Auf die Frage nach dem Schulort hingegen gaben 25 Jugendliche (45%) der Befragten eine Antwort (siehe Tabelle 17).

Schulname	Ort	%
Berufsbildende Schule II	Osterode a. H.	28
Otto-Hahn-Gymnasium*	Göttingen	20
Geschwister-Scholl-Gesamtschule*	Göttingen	16
Berufsbildende Schule I	Osterode a. H.	12
Theodor-Heuss-Gymnasium*	Göttingen	12
Schule am Hohen Hagen (Haupt- und Realschule)	Dransfeld	4
Hainberg-Gymnasium	Göttingen	4
Integrierte Gesamtschule	Göttingen	4
*Schulen, an denen die Offline-Befragung stattfand		

Tabelle 17: Schulformen beteiligter Jugendlicher; N = 25; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung

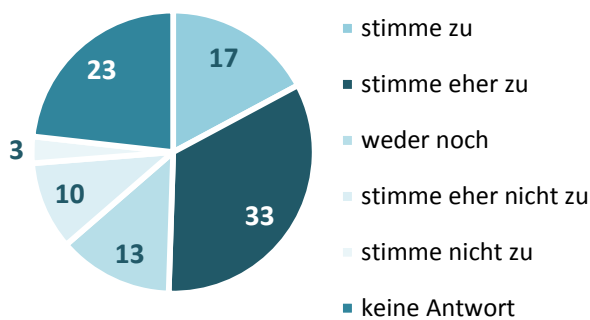


Abbildung 40: Abstimmung zur Aussage: „Ich wünsche mir, dass es noch mehr solcher Beteiligungsplattformen gibt, damit sich die Jugendlichen äußern können.“

Angaben in %; N = 30; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 487)

Das Meinungsbild im Hinblick auf die Begeisterung für die Online-Plattform deutet sich bei der folgenden Aussage an (siehe Abbildung 40): Bei der Evaluation wurden die Jugendlichen gefragt, ob es noch mehr solcher Beteiligungsplattformen geben sollte, damit sich Jugendliche äußern können. 15 Jugendliche, das entspricht 50% der befragten Jugendlichen, wollen mehr Beteiligungsformen gemäß dieser Online-Plattform (17% *stimmen zu* beziehungsweise 33% *eher zu*) in Zukunft in Göttingen Osterode a. H., 13% *meinen weder noch*

und 13% *stimmen eher nicht* (10%) beziehungsweise nicht zu (3%). 23% antworteten auf die Aussage nicht. Das zeigt, dass die Hälfte der Befragten zufrieden mit der Plattform und über die Hälfte eher positiv als negativ der Plattform gegenüber eingestellt ist und sich die Jugendlichen öffentlich zu ihren Belangen äußern möchten.

Um herauszufinden, welche Beteiligungsform Jugendlichen gefällt, wurden die Jugendlichen, die sich tatsächlich auf der Plattform beteiligten, konkret danach gefragt, ob sie Online- oder Offline-Angebote bevorzugen. Keiner der Befragten gab an, dass er oder sie lieber ein anderes Format als eine Online-Plattform genutzt hätte. 10% sagen *weder noch*,

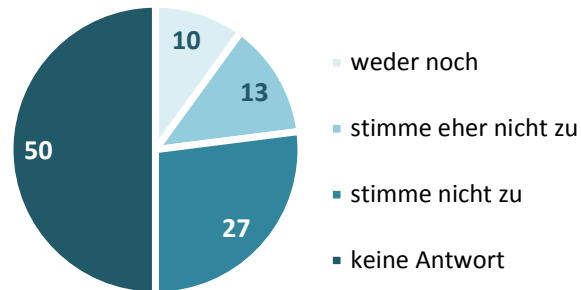


Abbildung 41: Abstimmung zur Aussage: „ANSTELLE einer Online-Plattform wäre mir eine andere Art der Beteiligung lieber (z. B. Workshop oder Schülerrat)“ Angaben in %; N = 30; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 489)

13% *stimmen dem eher nicht* respektive 27% *stimmen nicht zu* und würden die Online-Plattform nicht durch eine Offline-Beteiligung, als alleinige Mitwirkungsform, ersetzen (siehe Abbildung 41).

Elf Jugendliche, die sich auf der Online-Plattform anmeldeten, doch danach nicht beteiligten, bezogen ebenfalls zu der Aussage „ANSTELLE einer Online-Plattform wäre mir eine andere Art der Beteiligung lieber (z. B. Workshop oder Schülerrat)“ Position: 18% *stimmen dem zu*, 27% *eher zu*, dass sie eine andere Art der Beteiligung bevorzugen, 18% klickten *weder noch* an. 27% sagen aus, dass sie dem nicht beziehungsweise 9% *eher nicht zustimmen* (siehe Anhang S. 500). Ersichtlich ist, dass sich unter denjenigen, die sich auf der Plattform beteiligten, mehr Personen befinden, die diese Art der Beteiligung bevorzugen. Wohingegen unter den elf Jugendlichen, die sich zwar auf der Plattform anmeldeten, aber dann gegen eine aktive Beteiligung entschieden, fast die Hälfte (45%) eher ein anderes Format bevorzugen würde und nur rund 36% für eine solche Plattform sind.

Es wurden die Jugendlichen, die sich beteiligten und diejenigen, die sich nicht beteiligten, danach gefragt, ob sie ergänzend zu einer Online-Plattform andere Arten der Beteiligung gut fänden (siehe Abbildung 42). Bei den Jugendlichen, die sich tatsächlich auf der Plattform nach der Anmeldung beteiligten, ist eine deutliche Tendenz zu einem Methodenmix erkennbar (20% und 23%), 3% meinen *weder noch* und 10% (7% und 3%) sind eher gegen einen Methodenmix.

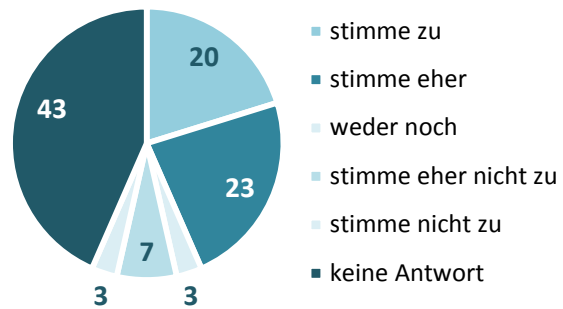


Abbildung 42: Abstimmung zur Aussage: „ERGÄNZEND zu einer Online-Plattform fände ich andere Arten der Beteiligung gut“
Angaben in %; N = 30; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 489)

Die Jugendlichen, die sich anmeldeten und dann nicht beteiligten, wurden genauso nach einem Methodenmix gefragt, wovon neun eine Antwort gaben. 22% der Jugendlichen fänden ergänzend zur Online-Plattform weitere Arten der Beteiligung gut und *stimmen zu*, 33% *stimmen eher zu* und 11% meinen *weder noch*. 22% *stimmen dem nicht* beziehungsweise 11% *eher nicht zu* (siehe Anhang S. 500). Demzufolge ist die Kombination von Online- und Offline-Beteiligung eher zu befürworten, als eine Methode zu bevorzugen.

9% der Befragten *stimmen zu*, 46% *stimmen eher zu*, dass es nach der Online-Plattform noch weiter mit der Beteiligung Jugendlicher gehen soll und 18% wünschen dies nicht (9% *stimmen nicht zu* und 9% *stimmen eher nicht zu*), 18% meinen *weder noch* und 9% geben diesbezüglich keine eindeutige Antwort (siehe Abbildung 43). Das signalisiert, dass die teilnehmenden Jugendlichen zumindest an dem Thema Freizeitorte oder an Beteiligung grundsätzlich interessiert sind und sich weiterhin beteiligen würden, wenn ihnen die Chance dazu geboten wird, unabhängig von der Methode. Es wurden dazu auch die Jugendlichen befragt, die sich nur auf der Plattform anmeldeten und dann nicht wieder auf ihr teilnahmen: „Ich wünsche mir, dass es nach der Online- Plattform noch weiter geht mit der Beteiligung Jugendlicher, auch wenn ich nicht mitgemacht habe“: Neun Jugendliche gaben eine Antwort. 11% *stimmen zu*, 22% *stimmen eher zu* und 44% meinen *weder noch*. 22% *stimmen eher nicht zu*. Demnach scheint

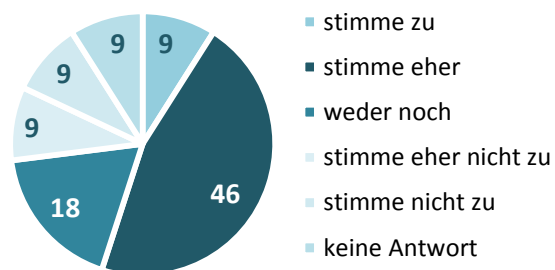


Abbildung 43: Abstimmung zur Aussage: „Ich wünsche mir, dass es nach der Online-Plattform noch weiter geht mit der Beteiligung Jugendlicher“
Angaben in %; N = 11; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 490)

Demnach scheint

dem Großteil der befragten Jugendlichen eine Beteiligung wichtig zu sein; nur sehr wenige legen keinen Wert darauf.

In Zeiten von Messengerdiensten und sozialen Medien ist die Frage nach einer Beteiligung mittels Facebook und Co. wesentlich. „Ich fände es gut, wenn auch über Facebook, Twitter etc. beteiligt wird.“: 53% (zehn Personen; 37% *stimmen zu*, 16% *stimmen eher zu*) bevorzugen weitere Medien wie soziale Plattformen als Ergänzung für eine Beteiligung. 26% (fünf Jugendliche) sagen

„Mehr Möglichkeiten zum Austausch mit den anderen wären schön gewesen“ (Anhang S. 495 ID 37). *weder noch und 22% stimmen dagegen (11%, zwei Personen, stimmen eher nicht, 11% stimmen nicht zu) (siehe Anhang S. 491).* Bei den

Jugendlichen, die nach der Registrierung keine Beteiligung durchführten, *stimmen 33% zu*, dass sie es gut fänden, wenn ergänzend über Facebook, Twitter etc. beteiligt wird, *17% stimmen eher zu und 17% meinen weder noch. 17% stimmen eher nicht zu und 17% stimmen nicht zu (siehe Anhang S. 502).* Eine Mitwirkung mittels Facebook hätte eventuell jene Jugendlichen erreicht, aber noch längst nicht alle, da Facebook aktuell nicht zu beliebtesten sozialen Medien zählt, sondern andere bevorzugt werden (siehe Kapitel 5.1.2.1). Die Beteiligung wurde zwar ergänzend mittels Twitter durchgeführt, doch das schien diese Jugendlichen ebenso wenig zu erreichen (siehe Kapitel 6.5.3.2).

Nachdem bei der Online-Plattform technische Probleme auftraten, die mitunter die Teilnehmendenzahlen gering hielten, ist es hilfreich zu wissen, ob die befragten Ju-

„Bei dieser besagten Umfrage gab es massive technische Probleme. Viele konnten gar nicht teilnehmen. Eine Verbesserung des Servers [sic], Datenschutzes und Auswahlmöglichkeiten wären von Vorteil“ (Anhang S. 495 ff. ID 48).

gendlichen nur noch an Offline-Veranstaltungen teilnehmen würden, da sie bedingt durch negative Erfahrungen demotiviert wurden, worauf 18 Jugendliche antworteten. Doch nur 11% *stimmen der Aussage „Ich würde nur bei OFFLINE-Veranstaltungen noch mal mitmachen“ zu beziehungsweise eher zu (siehe Anhang S. 493).* 89% ließen sich nicht abhalten und sind nicht der Meinung, dass sie nur noch bei Offline-Veranstaltungen mitmachen würden. Obschon es einige

„Unser Lehrer hat alles versucht. Aber das mit dem Administrator hätte zu lang gedauert“ (Anhang S. 482 ID 56).

Kritikpunkte an der Online-Plattform gibt, sind Jugendliche dennoch nicht davon überzeugt, sich künftig nur noch offline zu betei-

iligen. Die Vorteile und positiven Erfahrungen der Online-Plattform, die sie hier erlebten, überwiegen. Eine Gegenfrage soll die o.g. Aussagekraft überprüfen, ob Jugendliche nur noch bei Online-Beteiligungen mitmachen würden; 18 Jugendliche gaben dazu Auskunft: 17% der Jugendlichen würden nur noch bei Online-Veranstaltungen mitmachen, 17% sagen weder noch und 66%

stimmen dem nicht beziehungsweise eher nicht zu (siehe Anhang S. 494). Das unterstreicht tendenziell ebenfalls die Vermutung, dass Jugendliche nicht eine einzige Methode bevorzugen, sondern der Methodenmix ihnen zusagt.

In dieser Arbeit wird ebenso untersucht, ob Jugendliche nach diesem Online- und Offline-Beteiligungsverfahren an weiteren Angeboten teilnehmen würden. Niemand von den befragten Jugendlichen, die eine Antwort gaben, stimmt der Aussage „Ich würde bei gar keiner Beteiligung noch mal mitmachen“ zu, 3% *stimmen eher zu*, 13% sagen *weder noch* und 43% *stimmen dem nicht zu* (siehe

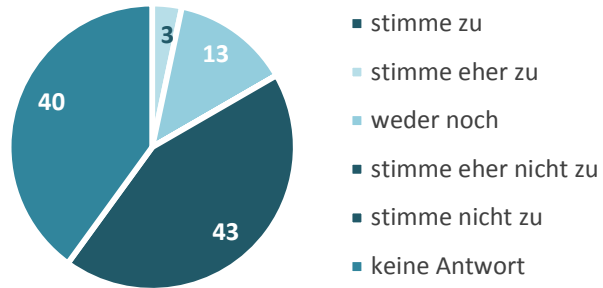


Abbildung 44: Abstimmung zur Aussage: „Ich würde bei gar keiner Beteiligung noch mal mitmachen.“
Angaben in %; N = 30; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 492)

Abbildung 44). Beteiligungsverdruss entsteht vielfach angesichts schlechter Erfahrungen bei vorangegangenen Beteiligungen. Die hier durchgeführten Online- und Offline-Formate benachteiligten die Motivation der Jugendlichen somit nicht, an künftigen Beteiligungen teilzunehmen.

Bei der Offline-Befragung an den Schulen wurde sich nach gewünschten Beteiligungsformaten erkundigt. Aus Abbildung 45 geht hervor, dass wenn sich Jugendliche beteiligen, dann bei Formaten, die zeitsparend sind beziehungsweise die an Orten stattfinden, an denen sie ohnehin viel Zeit verbringen: 25% befürworten Online-Plattformen, 24% würden bei Beteiligungen in der Schule teilnehmen und 15% favorisieren Beteiligungen im Zusammenhang mit dem Verein, dem man angehört. Workshops würden 13% bevorzugen wobei dabei unklar ist, in welchem Zusammenhang und an welchem Ort diese Workshops stattfinden. Sie sind jedoch deutlich weniger beliebt als Online-Plattformen. 8% der befragten Jugendlichen gaben das Jugendparlament als Antwort und 3% würden ein Beteiligungscamp besuchen. Zu hinterfragen an dieser Stelle ist jedoch, ob die Jugendlichen, die bislang kaum mit Beteiligung in Berührung kamen, wissen, was Jugendparlamente und Beteiligungscamps ausmachen und diese korrekt einordnen können.

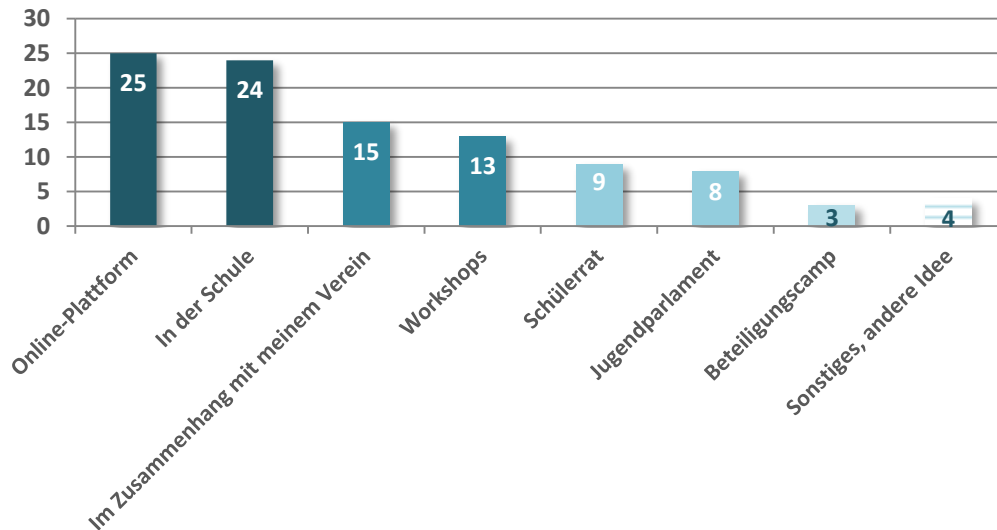


Abbildung 45: Beteiligungsformate, bei denen Jugendliche mitmachen würden
 Angaben in %; N = 249; Mehrfachnennungen möglich; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung
 (siehe Anhang S. 553)

Besonders relevant in diesem Zusammenhang ist die folgende Abstimmung aus dem Evaluationsbogen anschließend an den ersten Workshop, an deren Beantwortung alle 19 Teilnehmenden, fünf Mädchen und 14 Jungen im Alter von 14 bis 18 Jahren, teilnahmen (siehe Tabelle 18). Dabei ging es darum, die Motive der Jugendlichen zu erfahren, warum sie an diesem Tag beim Workshop in Osterode a. H. zugegen waren. Die Jugendlichen, die sich beteiligten, erkennen, dass es nützlich ist, sich einzubringen und möchten in ihrer Region Zustände verändern. Elf Personen stimmten der Aussage *...ich finde, dass es wichtig ist, dass sich die Jugendlichen mit diesem Thema beschäftigen* voll zu, acht eher zu. Auf 16 Jugendliche trifft es zu/eher zu, dass sie etwas in ihrer Region bewegen möchten (*weil ...ich etwas bewegen möchte und mit so einer Beteiligung die Chance dazu habe.*), nur auf drei trifft das eher nicht zu. Das Gefühl, dass Akteure sie anhören und Entscheider sich ihrer annehmen, steigert die Motivation zur Beteiligung. Wenngleich das Fernbleiben des Unterrichts und die Abwechslung zum Alltag (*weil ...wir dafür vom Unterricht freigestellt wurden und ich dann lieber hier hingekommen bin; ...es mal eine nette Abwechslung zum üblichem (Schul-) Alltag ist*) oder Gruppendynamiken (*weil ...meine Freunde und/oder Freundinnen auch mitgemacht haben*), Motive zur Teilnahme waren, wurden andere Gründe genannt, die unterstreichen, dass diese Jugendlichen motiviert sind.

V Ich habe heute beim Workshop in Osterode mitgemacht, weil ...				
Bitte kreuze an, wie sehr die folgenden Aussagen aus deiner Sicht zutreffen!				
	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht zu
... ich finde, dass es wichtig ist, dass sich die Jugendlichen mit diesem Thema beschäftigen.	11	8	0	0
... meine Freunde und/oder Freundinnen auch mitgemacht haben.	7	9	2	1
... ich etwas bewegen möchte und mit so einer Beteiligung die Chance dazu habe.	8	8	3	0
... wir dafür vom Unterricht freigestellt wurden und ich dann lieber hier hingekommen bin.	9	5	4	1
... ich bereits an einem ähnlichen Projekt mitgearbeitet habe und es mir gefallen hat.	7	4	2	6
... es mal eine nette Abwechslung zum üblichem (Schul-) Alltag ist.	9	9	0	1
... meine Eltern und/ oder meine Lehrer wollten, dass ich mitmache.	1	2	2	13
Für mich gab es andere Gründe, nämlich:				

Tabelle 18: Evaluationsergebnisse des ersten Workshops
 Angaben absolut; N = 19; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 521ff.)

Bei der Evaluation des zweiten Workshops wurde deutlich, dass sich alle Jugendlichen so einbringen konnten, wie sie es wollten (siehe Tabelle 19): Auf elf Jugendliche trifft das voll zu/eher zu (*Bei der Arbeit in der Gruppe konnte ich mich genauso einbringen, wie ich es wollte*). Elf Jugendliche entwickelten eine Ergebniszufriedenheit (*Das, was wir heute erarbeitet haben, finde ich richtig toll und möchte daran weiterarbeiten*) und neun Jugendliche sind davon überzeugt, dass ihre Idee umgesetzt werden kann. Wenige Jugendliche sind dagegen skeptisch, dass die Veranstaltung eine Veränderung an der Beteiligungssituation oder an den Problemen der Jugendlichen erreichen wird: Vier Jugendliche sind der Ansicht, dass die Veranstaltung zu nichts führen wird, auf sieben trifft das nicht zu. Zehn Jugendliche würden erneut bei einem Beteiligungsworkshop mitmachen. Den an den Workshops teilnehmenden Jugendlichen bereitete die Beteiligung mit Design Thinking überwiegend Freude und motivierte zwölf der 13 Jugendliche für weitere Engagements (*Ich bin jetzt motivierter als vorher, mich in meiner Gemeinde zu engagieren*). Es war ihnen wichtig, dass sie mit der Beteiligung bei den Entscheidern in der Verwaltung und der Politik ernst genommen werden und sie waren mehrheitlich davon überzeugt, dass ihr Beitrag in der Öffentlichkeit Einfluss üben wird.

VI Bitte kreuze an, wie sehr die folgenden Aussagen aus deiner Sicht zutreffen!					
	trifft voll zu	trifft eher zu	trifft eher nicht zu	trifft gar nicht	k. A.
Bei der Arbeit in der Gruppe konnte ich mich genauso einbringen, wie ich es wollte.	5	6	1	1	0
Das, was wir heute erarbeitet haben, finde ich richtig toll und möchte daran weiterarbeiten.	4	7	2	0	0
Ich habe das Gefühl, dass wir heute etwas Wesentliches für die Jugendlichen geschafft haben.	2	8	2	0	1
Ich bin jetzt motivierter als vorher, mich in meiner Gemeinde zu engagieren.	4	8	1	0	0
Ich bin davon überzeugt, dass unsere Idee umgesetzt werden kann.	7	2	3	1	1
Ich denke, dass diese Veranstaltung letztendlich zu nichts führen wird.	1	3	2	7	0
Ich würde nicht noch mal bei einem Beteiligungsworkshop mitmachen.	0	2	1	10	0

Tabelle 19: Evaluationsergebnisse des zweiten Workshops
Angaben absolut; N = 13; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 527)

Obwohl die Häufigkeit ersichtlich ist, mit der Jugendliche im Internet aktiv sind und was sie mit ihrem Smartphone online durchführen, ist bei der Entscheidung zwischen Online- und Offline-Beteiligung, wenn beispielsweise die Ressourcen nur für eines der beiden zur Verfügung stehen, die Entscheidung zugunsten der Offline-Mitwirkung zu treffen. Online- ohne Offline-Beteiligung funktioniert nicht, unter anderem weil Jugendliche selten mit Fremden im Internet kommunizieren möchten (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Laut Midasch (2018) funktionieren Beteiligungen ganz ohne Online-Formate wiederum genauso wenig (vgl. Interview Midasch 13.06.2018). Blödorn (2018) schließt sich Midasch (2018) an: Online-Beteiligung kann keine Offline-Beteiligung ersetzen, sondern muss sie ergänzen (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Stange (2018b) und Wenzl (2018b) betonen ebenfalls, dass es sinnvoll ist, zunächst offline zu beteiligen und Ergebnisse anschließend in ein Onlinetool einzuspeisen, wenn zeitliche Gründe und räumliche Distanzen dagegen sprechen (vgl. Interview Stange 05.03.18; Interview Wenzl 30.08.2018). Der Mix aus Online- und Offline-Methoden, vornehmlich der Einbezug digitaler Medien, sind aussichtsreiche Vorgehen. Das entspricht den jugendlichen Gewohnheiten, denn Jugendliche sind analog und digital unterwegs (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018). Mit digitalen Medien sind Jugendliche gut zu erreichen, aber nur dieses Format genügt für eine effiziente Beteiligung nicht (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Es lässt sich ebenso wenig pauschal aussagen, dass Offline-Beteiligungen besser sind, obwohl sie vielfach Erfolg aufweisen (vgl. Interview Ertelt

09.04.2018; Interview Brüninghoff 21.06.2018; Interview Leschwange 26.06.2018). Grundsätzlich müssen Beteiligter die Ausgestaltung des Methodenmixes von der gegenwärtigen Situation, bestehenden Möglichkeiten einschließlich Zugängen abhängig machen (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Trotz einer höheren Online-Affinität wird es nicht zwangsläufig leichter, Jugendliche zu beteiligen. Der Grund, warum sie mitmachen, ist eine gefühlsstarke Betroffenheit, ob positiv oder negativ oder dass sie für ihre berufliche Laufbahn Vorteile sehen, beispielsweise durch das Erwähnen des Engagements im Lebenslauf, Herstellung von Kontakten o. Ä. Das gilt gleichsam für die Nachbereitung einer Beteiligung, bei der im Nachgang als Auswertungsmöglichkeiten Online-Methoden effektiv sein können (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018; Interview Ulmer 12.04.2018).

7.5 ÜBERPRÜFUNG HYPOTHESE 5: ERWACHSENE HABEN ANGST VOR JUGENDLICHEN

Hypothese 5: Weil Jugendliche eine unbekannte und schwer einschätzbare, heterogene Gruppe bilden, vor der teilweise seitens Beteiligern Unsicherheiten, sogar Ängste bestehen, beziehen Beteiligter diese Gruppe oftmals nicht oder nur ungern in Planungsprozesse ein.

Dass Jugendliche zahlreiche verschiedene Interessen und Wünsche bei Beteiligungen äußern, illustriert die Aufzählung von Themen und Problemen, die beim Brainstorming während des Mini-Workshops festgehalten wurde (siehe Abbildung 46). Die Jugendlichen zählten die Einrichtungen auf, die sie in ihrer Freizeit in anderen Gemeinden nutzen, weil sie nicht in ihrer Gemeinde vor-



Abbildung 46: Wünsche der Jugendlichen der Beteiligung
Quelle: Eigene Darstellung nach Ergebnisprotokoll Mini-Workshop Dezember 2018 (siehe Anhang S. 465 ff.)

handen sind, doch die sie dort gerne hätten. Es sind einige Einrichtungen gewünscht, die teilweise kostenintensiv, aus planungsrechtlichen Gründen nicht umsetzbar sind oder nur von der Privatwirtschaft zu errichten wären. Dennoch sind keine Ideen dabei, die vollkommen unrealistisch sind.

Manche Experten unterstützen die fünfte Hypothese und sind der Ansicht, dass eine Angst vor Jugendlichen existiert. Laut Ertelt (2018) hängt die Angst insbesondere von der Verbindlichkeit einer Beteiligung ab. Ein eventueller Kontrollverlust, wenn Jugendliche offen und ungefiltert ihre Standpunkte vertreten, beängstigt sie. Nicht zu verhindern ist, dass Meinungsbildung stattfindet, denn das geschieht an unzähligen Orten. Gehäuft bilden sich Standpunkte in den Bereichen, in denen soziale Medien vorzufinden sind: Bereiche in denen Meinungsäußerung weniger kontrollierbar ist und in denen die Chance auf Feedback besteht. Mit dem Kontrollverlust, der durch das Internet gegeben ist, ist konstruktiv umzugehen. Dazu sind unzählige Verwaltungsspitzen nicht in der Lage und aufgrund dieser Angst mutlos, Verfahren zuzulassen, die Jugendliche um ihre Ansicht bitten. Beteiligter trauen Jugendlichen wenig zu und das schlägt in Ängste um (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Es besteht ebenfalls die Angst davor, dass Beteiligte den Gemeinderäten Kompetenzen abschneiden und die Räte Macht einbüßen (vgl. Interview Ulmer 12.04.2018). Die Angst verdeutlicht sich zunehmend hinsichtlich der gegenwärtigen technischen und sozialen Umbruchzeit. Jugendliche sind im Umgang mit technischen Angelegenheiten erprobter und tragen manche Informationen dementsprechend rascher zusammen. Das setzt einige Erwachsene unter Zugzwang, denn die Dynamiken, die aus immer schneller werdenden Prozessen entstehen, verängstigen sie. Verantwortliche müssen eilig reagieren und manchmal sind sie nicht rechtzeitig sprachfähig (vgl. Interview Brüninghoff 21.06.2018).

Laut Flügge (2018) ist die Angst vor Jugendlichen sogar so hoch, sodass sich Beteiligter nicht trauen, an Jugendliche heranzutreten, wobei weniger die Angst davor besteht, dass Jugendliche sie beschimpfen. Beteiligter zeigen zum Teil ein missverständliches und unangemessenes Sozialverhalten in Beteiligungsprozessen und sind eher mit Jugendlichen überfordert. Sie wissen nicht, wie sie mit ihnen reden und verständlich Situationen und Angelegenheiten erklären sollen, schätzen sie oftmals inkompetent ein und sind dann von ihren Fähigkeiten überrascht (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Erwachsene verbinden unterschiedliche positive und negative Assoziationen mit den Heranwachsenden (siehe Abbildung 8 in Kapitel 4.1.1). Daher sind bei Beteiligungsveranstaltungen vermehrt Politiker beispielsweise aus dem Gemeinderat deutlich nervöser als die anwesenden Jugendlichen. Jugendbeteiligung ist ungewohnt und vor den jungen Menschen möchten sich Beteiligter nicht blamieren und als „uncool“ (Interview Midasch 13.06.2018) wirken (vgl. ebd.). Vermehrt sind Politiker der Meinung, dass Jugendliche das ganze System mit ihrer Beteiligung verändern, doch Jugendliche sind mit ihren Vorschlägen und Ideen oft nah an der Realität (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018).

Neben der Angst vor Jugendlichen seitens der Erwachsenen und der Beteiligter, gibt es andere Befürchtungen, die mit Jugendlichen und Beteiligungsprozessen in Verbindung stehen, wie die Angst vor unerwarteten Folgen. Manche Entscheidungen und Themen sind zu komplex für eine Jugendbeteiligung. Jugendliche wollen Ergebnisse erzielen und wenn eine Abwägung dagegenspricht, ist das für Entscheider ungemütlich zu kommunizieren und bedeutet Unmut auf allen Seiten. Haushaltslagen von Kommunen beispielsweise sind einflussnehmende Faktoren, die Beteiligte frustrieren, wenn keine Gelder für die Umsetzung von Entscheidungen vorhanden sind (vgl. Interview Midasch 13.06.2018).

Lerneffekte für alle Akteure gehören zu den Ergebnissen, die aus Beteiligungen resultieren und Ängsten vorbeugen können. Zum einen sind Politiker, Gemeinderäte, Planende etc. etliche Male überrascht, wie vernünftig sich Jugendliche zeigen. Zum anderen lernen Jugendliche den Ablauf einer Gemeinderatssitzung kennen und den Umgang mit ihren Anliegen. Sie lernen, welche Optionen sie haben, um sich für ihre Ziele einzusetzen, zu diskutieren und ggf. auf einen Kompromiss zu einigen. Desgleichen lernen Jugendliche dadurch besser die Funktionen städtischer Haushalte kennen und worin Probleme bei der Ideenumsetzung liegen könnten (vgl. Interview Expertin Beteiligung 24.01.2018).

Auf der anderen Seite gibt es Experten, die eine Angst vor Jugendlichen abstreiten (vgl. Interview Behr 30.04.2018). Es besteht laut Blödorn (2018) höchstens Angst davor, dass der Arbeitsprozess der planenden und ausführenden Akteure durch die Beteiligung von Jugendlichen geändert werden muss. Das kann beispielsweise eine Planung sein, die nach der Beteiligung auf ursprüngliche Weise keinen Sinn mehr machen würde und daher umgeplant werden müsste. Aber das ist keine wirkliche Angst vor Jugendlichen selbst, sondern Angst vor der Beteiligungswirkung, dass der Arbeitsprozess länger dauert, umfangreicher und kostenintensiver wird und letztendlich mehr Arbeit verursacht, was Routinen gefährdet. Doch manche Routinen müssen sich ändern, weil sich Beteiligungsprozesse sonst nicht entwickeln können (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018).

Gemäß Wenzl (2018) gehen Jugendliche respektvoll mit politischen Vertretern und deren Entscheidungen um, sie akzeptieren sie oder hinterfragen sie, ohne sich dabei unsachgemäß auszudrücken. Mancherorts gelten Jugendliche sogar als *zu brav*; diese Ansicht bezieht sich stark auf

die Erwachsenen, die der 60er-Generation¹⁴³ entstammen und daher ein extrovertierteres Auftreten junger Menschen kennen. Die heutigen Jugendlichen sind im Gegensatz zu jenen aus der bekannten Protestzeit deutlich introvertierter (vgl. Interview Wenzl 30.08.2018).

Doch dieser positiven Haltung stimmen nicht alle interviewten Experten zu. Manche Experten leugnen die Angst nicht, sondern stimmen zu, dass es sie gibt, halten sie aber nicht für gravierend. Die Angst ist nicht so extrem, weil Jugendliche viel vernünftiger sind als manche Politiker denken. Die Forderungen von Jugendlichen sind erfahrungsgemäß überschaubar und derart, dass sie eine Kommune nicht finanziell in hohem Maße belasten würden. Es gibt Befürchtungen, dass Zugeständnisse gemacht werden müssen, die im Nachhinein nicht einzuhalten sind und dadurch Wählerstimmen verloren gehen (vgl. Interview Stange 08.02.18).

Paradox ist, dass es sowohl eine Angst vor Jugendlichen gibt als auch eine Angst von Jugendlichen ausgeht, denn Jugendliche befürchten, verdrängt und nicht ernstgenommen zu werden. Menschen unabhängig ihres Alters, die das Gefühl haben, sie sind nicht bedeutsam, werden gruppenzugehörig. In Gruppen empfinden sie eine gewisse Wichtigkeit und das können desgleichen negativ behaftete Gruppen, vergleichbar rechtsextreme Gruppierungen sein. Vielerorts wird unterbunden, dass Jugendliche zusammentreffen und sich austauschen, denn oftmals verhindert das Vorurteil, dass Jugendliche an solchen Orten beispielsweise Alkohol trinken oder Zigaretten rauchen, dass die Einrichtung eines Versammlungsraumes ermöglicht wird. Erwachsene in einer Stadtverwaltung haben vielfach Vorurteile und je mehr Angst durch Jugendaktivität und Jugendengagement, gerade in den Gruppen, die als umstritten gelten aufkommt, desto mehr wächst eine Angst vor Unbekanntem (vgl. Interview Hallbauer 12.04.2019).

Die Auswertung der Offline-Befragung unterstreicht, dass Jugendliche empfinden, zu wenig gefragt zu werden: Angeregte Jugendliche benötigen die Chance, ihre Belange in Beteiligungen auszudrücken. Mittels Offline-Befragung wurde untersucht, ob Jugendliche in ihrer Region das Empfinden haben, genug beteiligt zu werden. Daraufhin antworteten 80% der 279 beteiligten Jugendlichen. Von jenen 224 *stimmen* 30% zu und 70% sagen, dass die Jugendlichen in der Fokusregion zu wenig beteiligt werden (siehe Anhang S. 553). Jene Jugendliche fühlen sich ausgeschlossen und teils aus öffentlichen Räumen verdrängt. Das bewirkt Gefahren, denn „wenn man Menschen so behandelt, auch in öffentlichen Räumen, was sind das für Bürger, die morgen die

¹⁴³ Diese Generation ist geprägt durch die politischen Bewegungen der Studenten, die offensiv und teils radikal waren.

Erwachsenen sind und wählen. Das [...] ist ja ein Gefühl, was man denen [...] als junge Bürger vermittelt. Das ist sehr gefährlich“ (Interview Hallbauer 12.04.2019).

Der Standpunkt Hallbauers (2019) wird durch die Evaluation unterstützt: In der Evaluation wurde um Bestätigung oder Negierung einer Aussage in Bezug auf das Ernstgenommen werden gebeten (siehe Abbildung 47): „Durch meine Teilnahme fühle ich mich als Jugendliche/r ernst genommen in meinen Wünschen und Bedürfnissen“.

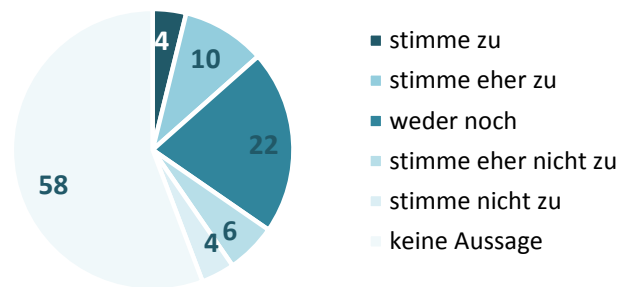


Abbildung 47: Abstimmung zur Aussage: „Durch meine Teilnahme fühle ich mich ernst genommen.“
Angaben in %; N = 23; Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung (siehe Anhang S. 486)

4% der Jugendlichen *stimmen* dem zu beziehungsweise 10% *eher zu*. 22% sagen *weder noch* und 6% fühlen sich *eher nicht* ernst genommen, 4% fühlen sich *gar nicht* ernstgenommen.

Von 13 Jugendlichen, die sich laut Evaluation zwar auf der Online-Plattform anmeldeten, aber sich danach nicht weiterbeteiligten, gab es Gründe, die ebenfalls dafürsprechen, dass sich Jugendliche in ihrer Person nicht beachtet fühlen. Der Aussage „Ich glaube, dass mein Beitrag auf der Online-Plattform nichts bewirkt hätte“, *stimmen* 20% der Jugendlichen zu beziehungsweise *eher zu*, 60% meinen *weder noch* und 20% *stimmen* dem *nicht zu* (siehe Anhang S. 497). Das lässt annehmen, dass Jugendliche sich unter anderem deswegen nicht auf der Online-Plattform beteiligten, weil sie darin für sich keinen Nutzen sehen und sich nicht beachtet fühlen.

7.6 ZWISCHENFAZIT

Die Aussagen der interviewten Experten und die durch die Evaluation der Workshops und Online-Plattform erhaltenen Resultate sind teilweise komplementär zueinander. Die Experten und die befragten Jugendlichen stimmen darin überein, dass viele Jugendliche über zu wenig Zeit für Freizeit und Beteiligung verfügen. Aufgrund von Schule und Privatleben entsteht zunehmend eine Art Leistungs- und Zeitmanagementdruck (Lernen, Unterricht, Hobbies, Freunde treffen etc.) auf Jugendliche. Druck durch die Schule und Eltern ist gleichermaßen ein Grund, warum Jugendliche keine Verbindlichkeiten beispielsweise in Vereinen eingehen. Sie möchten flexibel sein, wenn es ihnen beliebt, ihre Interessen ändern und offen für neue Trends sein. Zur Flexibilität gehört es daher auch, sich nicht verbindlich auf Beteiligungsverfahren einzulassen.

Auch andere Gründe sind ursächlich für eine Nichtbeteiligung, sei es ein fehlender Bezug zum Thema, ein Mangel an Ressourcen und/oder eine geringe persönliche Motivation sowie eine unzureichende Information über das Beteiligungsthema und den -vorgang. Manchmal wollen Jugendliche sich aus persönlichen Motiven nicht beteiligen, obgleich sie es aus Ressourcengründen könnten. Ein Grund, der Jugendliche von einer Online-Beteiligung abhält, ist eine unzureichende technische Gestaltung, nicht ansprechende Inhalte sowie technische Fehler, die bei der Bearbeitung der Online-Plattformen zeitlich aufhalten oder ein Bearbeiten unmöglich machen.

Jugendliche sind vermehrt der Ansicht, dass Erwachsene sie nicht berücksichtigen und ihre Beiträge daher nichts bewirken. Dadurch ist es unerlässlich, dass bei einer Jugendbeteiligung deutlich gemacht wird, welche Ziele Beteiligte erreichen können, wo ihre Einflussgrenzen liegen und dass jeder Akteur ernst genommen wird. Können Beiträge nicht in das Ergebnis einfließen, ist das verständlich von den Beteiligten zu begründen. Eine erfolgreiche Beteiligung zeichnet sich nicht nur durch das Resultat, sondern auch aufgrund eines gelungenen Prozesses aus. In jenem arbeiten alle Akteure zusammen, Konflikte werden ernsthaft angegangen und das Ergebnis wird am Ende übermittelt, sodass sich niemand benachteiligt fühlen muss.

Jugendliche sind eine heterogene Zielgruppe, denn sie befinden sich in verschiedenen physischen und psychischen Entwicklungsstadien mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Die meisten Jugendlichen der Beteiligung in der Fokusregion interessieren sich für ihr direktes Lebensumfeld, wenschon ihre persönlichen Interessen vielfältig sind. Bei der Evaluation der Online-Plattform war auffällig, dass manche Jugendliche sich auf der Online-Plattform anmeldeten, sich danach aber nicht an den Modulen beteiligten. Dafür gab es zeitliche Gründe, eine mangelnde Motivation, andere prioritäre Gegebenheiten oder die Beteiligung geriet in Vergessenheit. Hinzukommt, dass nicht alle Jugendlichen in Göttingen ein Problem in den angebotenen, öffentlich zugänglichen Freizeitorien sehen. Daher gibt es Jugendliche, die sich nach der Anmeldung nicht auf der Online-Plattform beteiligten, weil sie keinen Grund sahen, an Problemlösungen mitzuwirken. Persönliche Lernprozesse, Stolz auf erzielte Erfolge, neue Menschen kennen lernen oder Spaß haben, sind ergänzende Faktoren, die Beteiligungsprozesse bieten können, über die Jugendliche, die sich bislang nicht beteiligten, nicht in Kenntnis sind. Einfluss auf das Beteiligungsverhalten hat fernerhin der sozioökonomische Hintergrund, wobei die Einflussnahme von Eltern auf Jugendliche unterschiedlich ist. Leben Eltern ihren Kindern Beteiligung vor, sind die jungen Menschen eher affin dafür, dies ebenso zu leben, als Kinder, deren Eltern kein Interesse an Öffentlichkeitsbeteiligung zeigen.

Sowohl für Beteiligter als auch für Beteiligte ist der Kosten-Nutzen-Aspekt maßgebend. Bei Jugendlichen stehen weniger finanzielle, als zeitliche Ressourcen im Vordergrund, mit denen sie *bezahlen*. Daher bietet es sich an, Beteiligungen im Unterricht durchzuführen, weil Jugendliche sich einen großen Teil des Tages in der Schule aufhalten und Beteiligter über Lehrkräfte an sie herantreten können. Online-Plattformen, die unterwegs, beim Sitzen auf der Couch oder im Freien bedient werden, sind daher geeignete Mittel für eine Beteiligung.

Was durch die Experteninterviews deutlich wurde, ist die Bedeutung der Erst-Information und das persönliche Herantreten von Beteiligten an die Zielgruppe. Das Aufwachsen in einer digitalen Welt ist heutzutage alltäglich. Das Smartphone begleitet die meisten Jugendlichen vom Aufstehen bis zum Schlafengehen und digitale Medien wie WhatsApp oder Facebook können daher effektive Kommunikationsträger sein, um Jugendliche zu erreichen. In ländlichen Räumen, in denen größere Entfernungen bedingt durch ein unzureichendes ÖPNV-Netz umständlich zu überwinden sind, sind Online-Beteiligungen erfolgversprechend. Andererseits: trotz einer weitreichenden digitalen Welt bewegen sich Jugendliche im Leben ergänzend analog und halten persönliche Kontakte nach wie vor für unerlässlich.

Der Kontakt zwischen allen Akteuren muss sich auf Augenhöhe und mittels einer Zwei-Wege-Kommunikation vollziehen, zu Beginn der Beteiligung offline durchgeführt werden und sich anschließend mit Online-Methoden ergänzen. Verschiedene Zugänge mit einer abgestimmten, spannend und zielgruppengerecht gestalteten Online- und Offline-Beteiligung erleichtern es, Jugendliche zu motivieren und dass sie bei dem Prozess bleiben. Die genaue Formatwahl jeder Beteiligung richtet sich jeweils nach Zielgruppe, Beteiligungsthema und -absicht.

Entgegen der Technikaffinität der meisten Jugendlichen wird Online-Beteiligung für Jugendliche überschätzt. Die Evaluation der Online-Plattform und der Workshops ergab, dass kaum ein Jugendlicher eine Beteiligungsform bevorzugt. Eine Mischung aus Online- und Offline-Formaten ist für den Großteil der befragten Jugendlichen von Bedeutung. Letztendlich sind die Jugendlichen der Fokusregion, die an der Beteiligung teilnahmen, überwiegend mit dem durchgeführten Beteiligungsprozess zufrieden. Niemand der Befragten vertritt die Meinung, dass er anschließend nicht mehr an einer Beteiligung teilnehmen würde. Es gibt Jugendliche, die beabsichtigen in ihrer Gemeinde Tatbestände zu verändern und wenn ihnen die Chance geboten wird, für ihr Anliegen einzutreten, nutzen sie diese. Der nachhaltige Erfolg der Beiträge verdeutlicht sich noch einige Zeit nach der Beteiligung, was die Mountainbike-AG und das Tarifgutachten des ZVSN darlegen.

Manche Experten stimmen der Aussage zu, dass Erwachsene Unsicherheit, partiell sogar Angst vor Jugendlichen empfinden. Andere Experten negieren dies, denn sie sammelten bislang nur positive Erfahrungen mit Jugendlichen in der Beteiligung. Besteht Angst, dann eher davor, Macht an Jugendliche abzutreten oder aus Angst vor den Beteiligungsergebnissen und die Furch vor utopischen Ideen der Jugendlichen, die jene unbedingt umsetzen möchten. Doch weder sind alle Ideen und Vorstellungen, die Jugendliche haben, utopisch noch sind Jugendliche nicht kompromissbereit. Sie sind fähiger zu diskutieren und Einigungen zu erzielen, als Erwachsene ihnen zutrauen. Die Workshops in Göttingen Osterode a. H. offenbarten, dass Jugendliche beachtliche und realistische Ideen entwickelten, die, wenngleich etwas modifiziert, in die Praxis umsetzbar sind.

Jugendliche sind in der digitalen und technikorientierten Welt Erwachsenen oft überlegen, was bei Letzteren zu Ängsten führen kann, die das Durchführen einer Online-Beteiligung verhindern. Genauso finden oftmals keine Offline-Beteiligungen, in denen Erwachsene Jugendlichen gegenüberstehen, aufgrund von Unsicherheiten und Ängsten statt. Erwachsenen fehlt es gehäuft an Erfahrungen im Umgang mit den vielfach schwer einschätzbaren Jugendlichen und sie hegen Hemmungen ihnen gegenüber. Ein solches Verhalten von Erwachsenen vermittelt Jugendlichen, dass sie nicht beachtet werden und sie empfinden Unterdrückung. Um negativen Erfahrungen entgegen zu wirken, unabhängig davon, ob es sich um eine Online- oder Offline-Beteiligung handelt, ist es hilfreich zusammen mit den Beteiligten ein Beteiligungsverfahren zu entwickeln.

8. FAZIT

Im letzten Kapitel werden die Resultate dieser Forschung zusammengefasst und diskutiert. Es wird sich mit den Ergebnissen der Forschung auseinandergesetzt, um deren Bedeutsamkeit zu verdeutlichen sowie die gewählten Forschungsmethoden und das Beteiligungsvorgehen zu reflektieren. Somit werden in Kapitel 8.1 wissenschaftliche Erkenntnisse diverser Studien in Bezug zu den neu gewonnen Erkenntnissen gesetzt und aufgezeigt, an welchen Punkten zukünftige Studien anknüpfen könnten. Das Kapitel 8.2 widmet sich der Beantwortung der Forschungsfrage, woran anschließend in Kapitel 8.3 eine Reflexion der fünf aufgestellten Hypothesen erfolgt. Der wissenschaftliche Mehrwert dieser Arbeit wird in Kapitel 8.4 deutlich, in dem Handlungsempfehlungen für die Teiligungspraxis formuliert werden.

Beteiligung ist mehr als das Recht auf Mitsprache und Anhörung. Menschen müssen konkret aktiv werden können, wenn der Wunsch danach besteht und nicht nur passiv in Planungsprozesse einbezogen werden. Sie ist für viele Bereiche bedeutsam und hat zahlreiche Funktionen und Voraussetzungen. Sie soll Menschen ermöglichen freiwillig und ungebunden an Planungsprozessen (hier vor allem gemeint in Bereichen der öffentlichen Verwaltung) teilzuhaben. Seit geraumer Zeit sind Teiligungsprozesse in den öffentlichen Medien punktuell präsent, werden vielerorts gefordert, verfolgen mannigfache Ziele, haben unterschiedliche Hintergründe und Verläufe sowie zahlreiche Methoden, um sie durchzuführen. Teiligungen sind ein Gebot der heutigen Zeit, verlaufen beständig divers, auch wenn sie immer nach den Regeln guter Praxis gestaltet sein sollten.

Auch wenn die Bedeutung von Beteiligung verantwortlichen Akteuren vielfach klar ist, ist dessen ungeachtet Kinder- und Jugendbeteiligung bislang in der öffentlichen Planung auf Gemeindeebene, Landes- und Bundesebene nur vereinzelt eine Selbstverständlichkeit. Rechtliche Regelungen sorgen nicht für eine verbindliche Umsetzung, sondern geben nur einen gestalterischen Rahmen vor. Doch die jungen Menschen müssen die Chance erhalten, wenn sie möchten, in öffentliche Planungsprozesse einbezogen zu werden, was durch zahlreiche Hindernisse erschwert wird, wie diese Arbeit veranschaulicht. Bereits die Teiligungsmethoden überfordern viele Teiliger, zumal Kinder und Jugendliche eine kaum einzuschätzende, sehr heterogene Zielgruppe sind. Wie an diese heranzutreten, mit welchen Formatoptionen sie bestmöglich zu erreichen ist, ist bislang nicht eindeutig zu beantworten und das behindert ein Durchführen von Kinder- und Jugendbeteiligung.

Der Forschungsauftrag im Rahmen des Forschungsprojektes *UrbanRural SOLUTIONS - Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement* bildete den Anstoß für einen Jugendbeteiligungsprozess in der Region Göttingen Osterode a. H. in den Jahren 2017 und 2018. Anlehnend an die Bearbeitung der Ziele des Forschungsprojektes untersucht diese Arbeit intensiv Entwicklung, Stellenwert, Rahmenbedingungen, Chancen und Grenzen im Hinblick auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor dem Hintergrund digitaler Medien anhand eines konkreten Beispiels mit Jugendlichen im Alter von 15 bis 19 Jahren in der Region Göttingen Osterode a. H.

Die Forschung beinhaltet einen Methoden-Mix aus qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden: Der theoretische Analyserahmen besteht aus einer umfangreichen Aufarbeitung der Beteiligungsliteratur ergänzt um zwölf geführte Experteninterviews. Der theoretische Analyserahmen dient als Grundlage zur Konzipierung und Durchführung der empirischen Forschung. Die Datengewinnung der empirischen Forschung erfolgte mit der Erstellung und Evaluation einer Online-Plattform für Jugendliche, der Evaluation mehrerer Jugend-Workshops sowie einer Befragung an drei weiterführenden Schulen in der Fokusregion.

8.1 DISKUSSION DER BEOBACHTUNGEN DER BISHERIGEN FORSCHUNG IN BEZUG AUF DIE VORLIEGENDE UNTERSUCHUNG

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, vorrangig unter dem Aspekt des Einbezugs digitaler Medien, ist zwar ein rudimentär erforschtes, doch kein gänzlich unbekanntes Forschungsfeld. Dieses Kapitel ist ein Verweis auf Quellen und Studien, die in zentralen Punkten zu ähnlichen Schlüssen kommen. In der Arbeit bestätigt sich beispielsweise, was das Bundesjugendkuratorium (2009) herausfand: Viele Kinder und Jugendliche haben keine ausreichenden Möglichkeiten, „sich an Entscheidungen, die sie selbst betreffen, zu beteiligen“ (BJK 2009 S. 4; siehe Kapitel 3.2). Sogar die Mehrzahl von Kindern und Jugendlichen verfügt nicht über ausreichende Möglichkeiten, sich an Entscheidungen, die sie berühren, zu beteiligen (vgl. Meinhold-Henschel; Schack 2007: S. 1; siehe Kapitel 4.2.2.2). Zu Möglichkeiten der Beteiligung zählt nicht nur ein Angebot zu unterbreiten, genauso ist die Möglichkeit, an einem Angebot teilzunehmen (zeitlich, räumlich und der Erhalt nötiger Informationen), wie in Göttingen Osterode a. H., kritisch zu betrachten. Selbst wenn Jugendliche beteiligt werden könnten, sind sie vermehrt nicht darüber aufgeklärt, dass dieses Angebot besteht, wie sie daran teilnehmen können oder sie sind daran gehindert, die Beteiligungsstelle zu erreichen, weil sie in ihrer Mobilität, vor allem in ländlichen Räumen, eingeschränkt sind.

Forscher kritisieren, dass ein großer Bedarf an empirischer Forschung bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen besteht und dass es an Studien, die techniksoziologische oder kritisch informatische Perspektiven mit denen der Jugendsoziologie und politikwissenschaftlicher Beteiligungsforschung verbinden, fehlt (vgl. Schmidt 2015: S. 14; Interview Stange 05.03.18; siehe Kapitel 3.2). Sind Studien vorhanden, handelt es sich um solche, die mehrheitlich auf methodische Verfahren in Beteiligungsprozessen abzielen, wie empirische Studien, die

- verschiedene Beteiligungsmodelle bezüglich des sozialen Verhaltens und Lernens von Kindern und Jugendlichen untersuchen,
- die Rolle erwachsener Akteure in Beteiligungsverfahren prüfen,
- die Bedeutung digitaler Medien und Erreichbarkeiten im Gegensatz zu/ in Kombination mit Offline-Veranstaltungen erforschen,
- die Zusammenarbeit politischer Gremien und der öffentlichen Verwaltung,
- sowie die Effektivität im Hinblick auf Umsetzung von Kinder-/ Jugendinteressen eruieren, liegen bisher kaum vor (vgl. BMFSFJ 2002: S. 157; siehe Kapitel 3.2 und 6.2.1).

Online-Beteiligung ist nicht als alleiniges Format anzuwenden, was sich in Göttingen Osterode a. H. bewies (siehe Kapitel 7.6 und 9.8). Koops (2010) Untersuchungen führen zu den gleichen Erkenntnissen: Für ihn bietet die Nutzung des Internets für Beteiligungen betreffs Datenerfassung, Speicherung und Verbreitung zwar einen großen Mehrwert, hat aber auch Grenzen (vgl. Koop 2010: S. 19); siehe Kapitel 5.3.2). Dessen ungeachtet gilt für alle Beteiligungen, dass die Zukunft des Internets in Ergänzung zu analogen Mitwirkungen bedeutsam ist und bleiben wird. Daraus erfolgen neue Zugänge und Ideen, womit das Internet bei Beteiligungen jeglicher Zielgruppen aussichtsreich eingesetzt werden kann (vgl. Interview Wenzl 30.08.2018).

Aus der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. resultieren zahlreiche Erkenntnisse, die sowohl für die Wissenschaft als auch für die Praxis von Belang sind. Hinsichtlich der vorliegenden Forschung ergeben sich Gesichtspunkte, an die Beteiligter bei künftigen Jugendbeteiligungsverfahren ansetzen können. Da das Thema Jugendbeteiligung bislang zu wenig eruiert wurde, um die Forschungsfrage (siehe Kapitel 8.2) zu beantworten, wurde explorativ untersucht. Verschiedene Forschungsmethoden wurden teilweise parallel verwendet, um eine möglichst aussagekräftige und soweit übertragbare Studie zu erhalten. Alle Methoden nehmen einen wesentlichen Einfluss auf die Formulierung der Forschungsfrage sowie die Hypothesenformulierung:

- Eine umfangreiche Literaturrecherche inklusive -analyse zum Thema (Jugend)Beteiligung: Sie dient dazu, eine theoretische Basis des Themas zu entwickeln, Begrifflichkeiten zu definieren, rechtliche Sachverhalte, Entwicklung und Zusammenhänge

in Bezug auf Beteiligung zu verstehen. Zudem liefert sie das nötige Hintergrundwissen zur Vorbereitung und Durchführung der Jugendbeteiligung.

- Zwölf telefonische Experteninterviews: Experten brachten ihr Fachwissen, welches sie durch wissenschaftliche Studien und praktische Arbeit erlangten, gezielt ein. Die Interviews reflektieren die Ergebnisse der Literaturanalyse, ergänzen und aktualisieren sie. Entsprechend der Literaturanalyse führten sie zur Formulierung der Forschungsfrage und der Hypothesen, anbei lieferten sie einen wesentlichen Input zur Konzipierung und Durchführung der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H.
- Evaluation von drei Jugendbeteiligungsworkshops in Göttingen Osterode a. H. durch die teilnehmenden Jugendlichen: Durch die Workshops traten die Teilnehmer¹⁴⁴ direkt mit der Zielgruppe in Kontakt.¹⁴⁵ Die vorangegangene theoretische Arbeit wurde in die Praxis übertragen und reflektiert, womit eine Verbindung aus Wissenschaft und Praxis entstand. Tatsachen, die in der Wissenschaftstheorie beschrieben werden, wurden in der Praxis entweder bestätigt oder widerlegt, was die Reflexion der Hypothesen in Kapitel 8.3 aufzeigt. Die Workshops waren eine maßgebende Verbindung aus Forschung und Anwendung und führten zu Erkenntnissen, die in der Literaturanalyse angerissen wurden oder führten zu neuen respektive geänderten Ansichten vorangegangener Studien.
- Befragungen von Jugendlichen in drei Göttinger Schulen: Die Befragungen, ein weiteres Aufeinandertreffen von Wissenschaft und Praxis, halfen ebenfalls dabei, Resultate der Literaturanalyse mit Hilfe der Zielgruppe zu reflektieren sowie neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Anhand der Befragung wurden die Hypothesen überprüft sowie die Forschungsfrage beantwortet.
- Eine Online-Plattform mit anschließender Evaluation durch die teilnehmenden Jugendlichen: Sie diente ebenfalls dazu, neue Befunde zu erhalten beziehungsweise bestehende zu festigen, die Forschungsfrage zu beantworten und die Hypothesen zu überprüfen.

Mittels verschiedener qualitativer und quantitativer Forschungsmethoden wurde eine umfassende Beantwortung der Forschungsfrage inklusive einer Überprüfung der Hypothesen erlangt. Zu beachten ist allerdings, dass die durchgeführte Beteiligung nicht äquivalent auf andere Regionen und Beteiligungen übertragbar ist. Unterschiedliche Einflussfaktoren, auf die im Folgenden eingegangen wird, machen jede Beteiligung zu einem einmaligen Prozess, deren Rahmenbedin-

¹⁴⁴ Unterdies der Landkreis Göttingen Osterode a. H., die Stadt Göttingen und federführend die Wissenschaft.

¹⁴⁵ Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren (= Beteiligte).

gungen jedoch sehr ähnlich sein können. Daher dient diese Arbeit als eine Richtlinie für künftige Jugendbeteiligungsprozesse, die jederzeit durch praktische Anwendungen oder weitere wissenschaftliche Untersuchungen zu ergänzen ist.

Zukünftige Untersuchungen bezüglich Beteiligung von Jugendlichen mittels digitaler Medien können vor allem in dem Bereich der Evaluation anschließen, denn dort wurde bislang nur wenig erforscht respektive wurden nur wenige Forschungsergebnisse publiziert, was sowohl der Wissenschaft, als auch der Praxis von Nutzen wäre. Ein verstärktes Zusammenarbeiten von Vertretern der Wissenschaft und der Praxis ist hierbei grundlegend: Jugendpfleger, Sporttrainer, Jugendgruppenleiter, Vertreter städtischer Verwaltungen und aus der Politik etc. sollten in Forschungen einbezogen werden. Zudem ist nicht die Rolle der Jugendlichen als Experten ihrer Altersklasse und ihres Alltags zu vernachlässigen. Bei der Konzipierung einer Online- oder Offline-Beteiligung sollten Teilnehmer bereits in der Vorbereitungsphase mit Jugendlichen kooperieren und sie nicht erst als Teilnehmende der Beteiligung einbeziehen. Jugendliche sollten bereits ins Entwicklerteam von Online-Plattformen, Workshops etc. aufgenommen und bei deren Auswertung behilflich sein. Online- und Offline-Beteiligung sind nicht als getrennte Formen anzusehen, sondern im Gesamtkontext zu erforschen und zu praktizieren.

Ein weiterer Ansatzpunkt für künftige Forschungsprojekte besteht darin zu überprüfen, wo Unterschiede von Jugendbeteiligungen in ländlichen und städtischen Räumen liegen, beispielsweise indem erforscht wird, inwiefern Erreichbarkeiten in der Stadt Einfluss auf Online- und Offline-Methoden nehmen. In Göttingen Osterode a. H. wurde den Teilnehmern erst im Beteiligungsverlauf bewusst, dass eine Beteiligung sinnvoller mit einer Offline-Form gestartet wäre, als mit einer Online-Plattform (siehe Kapitel 8.2), solange die Strukturen geschaffen werden, damit Jugendliche aufgrund räumlicher Gegebenheiten an den Offline-Formaten teilhaben können. Übertragen auf städtische Räume bedeutet dies, dass dort genauso Jugendliche Offline-Beteiligung primär für den Erstkontakt bevorzugen könnten, wie Jugendliche in ruralen Räumen. In urbanen Gebieten besteht der Vorteil der Anbindung mittels ÖPNV und der Fahrradnutzung aufgrund bestehender Infrastrukturen oder kürzerer Distanzen, wodurch Beteiligte einfacher solche Veranstaltungen, ähnlich den durchgeführten in Göttingen Osterode a. H., besuchen könnten.

8.2 BEANTWORTUNG DER FORSCHUNGSFRAGE

Gleich zu Beginn der Forschung offenbarten sich Umfang und Facettenreichtum des Themas Jugendbeteiligung in der räumlichen Planung. Eine Eingrenzung des Untersuchungsfeldes auf digitale Medien, eine Bestimmung der Zielgruppe sowie die Formulierung einer Forschungsfrage halfen dabei, den Untersuchungsfokus im Blick zu behalten. Gleichzeitig stellt die Forschungsfrage das Forschungsziel ins Verhältnis zum gegenwärtigen Stand der Wissenschaft. Die zentrale Forschungsfrage lautet:

**Inwiefern trägt der Einsatz digitaler Medien bei Jugendlichen
zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bei?**

Mit verschiedenen Untersuchungsmethoden wurden Erkenntnisse erzielt, um die Forschungsfrage zu beantworten. In den Kapiteln 3.3.4.1, 4.2.2.2, 5.1.1, 5.3.1 und 6.5.3.1 wurden Faktoren deutlich, die Jugendbeteiligungsvorhaben beeinflussen. Bei der Beantwortung der Frage, inwiefern Jugendliche durch den Einsatz digitaler Medien zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bewegt werden können, erweist sich ein Methoden-Mix als unverzichtbar. Der Beteiligungsprozess der Jugendlichen in Göttingen Osterode a. H. war zunächst nicht vollständig, denn im Verlauf des Verfahrens wurde deutlich, dass ohne eine Offline-Mitwirkung eine Online-Beteiligung nicht vielversprechend ist (siehe Kapitel 7.4). Es dauerte einige Wochen, ehe sich Jugendliche für die Online-Plattform interessierten, weil sie ohne direkten Kontakt zu wenige Informationen erhielten. Digitale Medien wurden für die Beteiligung gewählt, weil sie vor allem zeitsparend sind. Zu überprüfen war daher, wie Jugendliche allgemein beteiligt werden können, ohne dass sie das Gefühl haben, zu viel ihrer Freizeit zu investieren sowie ausfindig zu machen, welche verschiedenen Kanäle sie für eine Beteiligung nutzen.

Jugendliche sind direkt, nicht anonym über das Internet, zu beteiligen. Die Beteiligter (hier: Landkreis Göttingen Osterode a. H., Stadt Göttingen und federführend die Mitglieder des Innovationsteams des UR-Forschungsprojektes) hätten zuerst vor Ort Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren (= Beteiligte) über das Ziel der Beteiligung informieren und ihnen aufzeigen müssen, wo ihre Einflussnahme liegt. Das erfolgte in der Fokusregion erst im späteren Verlauf, da der digitale Kontakt vorgezogen wurde. Im nächsten Schritt kann erst eine Online-Beteiligung erfolgen, wobei sich die beteiligenden Akteure nicht hinter der Anonymität des Internets im Verborgenen halten können, weil sie bereits durch den Erstkontakt bekannt sind. Der Einbezug von Schulen, Eltern, Jugendpflegern oder Vereinen etc. ist eine wesentliche Schnittstelle, um Erstkontakt zu Jugendlichen herzustellen. Ohne Verbindungspunkte über die Stadt Göttingen und

den Landkreis Göttingen zu Schulen und Jugendpflegern wäre es für das UR-Innovationsteam, als außenstehende Akteure, fast unmöglich gewesen, die Jugendlichen der Fokusregion zu beteiligen.

Eine weitere unerlässliche Erkenntnis der Arbeit bezieht sich auf die Zielgruppe. Jugendliche beteiligen sich, wenn sie sich von einem Thema betroffen fühlen, mitreden, Missstände verändern möchten und erkennen, dass sie dabei auch Spaß haben können. Durch Beteiligung erhalten sie die Chance Erfahrungen zu sammeln, sich selbst auszutesten und zu beweisen, neue Menschen kennenzulernen und sich ebenbürtig mit erwachsenen Beteiligten in öffentlichen Planungsprozessen zu fühlen. Sieht eine Zielgruppe für sich keinen Vorteil, ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich, ob online oder offline beteiligt, gering. Jugendliche können zur Beteiligung motiviert werden, falls sie interessiert sind, Beteiligter ihnen und ihren Beiträgen aufrichtiges Interesse entgegenbringen und wenn zeitliche Ressourcen vorhanden sind. Außerdem sind Jugendliche zu Beginn der Beteiligung darüber in Kenntnis zu setzen, inwiefern sie Einfluss auf das Resultat nehmen, wobei wichtig ist, dass sie Einfluss ausüben können und die Planung noch nicht zu weit voran geschritten ist (siehe Kapitel 3.3.2, 4.1.1 und 7.1).

Jugendliche können durch den Einsatz digitaler Medien zur Mitwirkung an partizipativen Prozessen bewegt werden, obwohl es gleichsam geschehen kann, dass sie desinteressiert sind und das Beteiligungsangebot ablehnen. Sehen sie kein Problem für sich in einem Beteiligungsthema und fühlen sich nicht betroffen, sind sie schlecht oder gar nicht über die Beteiligung informiert oder haben keine Zeit sich zu beteiligen, ist der Einsatz digitaler Medien bedeutungslos, um sie zu einer Mitwirkung zu motivieren. Dann können Beteiligter nur sicherstellen, dass Jugendliche umfassend über das Mitwirkungsangebot informiert wurden, sich aus eigenem Willen dagegen entschieden und ihre Entscheidung akzeptieren. Somit gibt es keine eindeutige Antwort darauf, ob Online- oder Offline-Formen effizienter sind, denn viele Faktoren beeinflussen eine Beteiligung und beide Formate sollten nur in Kombination angewendet werden. Je nach Rahmenbedingungen überwiegt das eine Beteiligungsformat oder das andere an Effektivität und Beliebtheit. In ländlichen Räumen, in denen Erreichbarkeitsdefizite bestehen, kann es regelmäßig zielführender sein, verstärkter mit Online-Methoden zu beteiligen, als mit Offline-Veranstaltungen. Werden Offline-Veranstaltungen geplant, ist die Erreichbarkeit von Beteiligungsorten sicherzustellen, was vor allem in ländlichen Räumen eine Herausforderung sein kann (siehe Kapitel 2.3, 4.4.2).

8.3 REFLEXION DER HYPOTHESEN

In fünf Hypothesen sind Annahmen formuliert, die sich zu Beginn sowie im weiteren Verlauf der Forschung ergaben, die bisher jedoch noch nicht verifiziert wurden. Die Hypothesen werden mit Hilfe wissenschaftlicher Erhebungen überprüft, wobei sie je nach Ergebnis entweder bewiesen oder widerlegt werden.

- 1) Aufgrund dessen, dass der Alltag vieler Jugendlicher zeitlich stark eingegrenzt und von zahlreichen Interessen beeinflusst ist, besteht seitens der Jugendlichen weder Zeit noch Motivation, an öffentlichen Beteiligungsverfahren teilzunehmen.

Rückschlüsse der empirischen Arbeit im Hinblick auf die erste Hypothese signalisieren, dass es zwar Jugendliche gibt, die über kaum Zeit für Beteiligungen verfügen, dies jedoch keinen Regelfall in der Fokusregion Göttingen Osterode a. H. darstellt (siehe Kapitel 6.6 und 6.7). Es gibt Jungen und Mädchen im Alter von 15 bis 19 Jahren die, je nach Schulform und Hobbies, in ihrer Freizeit kaum Zeit für Beteiligung aufbringen können. Ebenso gibt es Jugendliche, die über genügend Freizeit verfügen, weil sie nicht bis in den Nachmittag hinein Unterricht und keine zeitintensiven Hobbies haben. Neben dem zeitlichen Budget gibt es weitere Komponenten, die Jugendliche von einer Beteiligung abhalten, zum Beispiel eine gefühlte Sinnlosigkeit einer Beteiligung, weil augenscheinlich kaum Beeinflussung besteht. Darüber hinaus sind technische Fehler eines Online-Angebots, ein nicht ansprechendes Beteiligungsformat, fehlende Sympathie gegenüber Teilnehmern und anderen Beteiligten, mit denen zusammengearbeitet wird oder Beeinflussung durch Eltern und Freunde, Hinderungsgründe (siehe Kapitel 3.3.2, 7.1 und 7.4). Aber keines von diesen Kriterien allein ist für ein Abhalten ausschlaggebend.

Das Vorhandensein anderer Interessen hindert Jugendliche nicht grundsätzlich an einer Beteiligungsteilnahme, denn Jugendliche sind erfahrungsgemäß vielinteressiert und fokussieren sich nicht auf ein einziges Element oder einen einzigen Aspekt. Es gibt Themen, die sprechen Jugendliche nicht an, was individuell zu betrachten ist. Sie sind auch schnell für neue Themen und Methoden zu begeistern, vor allem, wenn Gruppendynamiken greifen und Freunde an Beteiligungen teilnehmen. Außerdem ist belegt, dass eine Beteiligung an den Orten sinnvoll ist, an denen sich Jugendliche die meiste Zeit des Tages außerhalb ihres Elternhauses aufhalten: In Schulen, Vereinen und Jugendräumen. Beteiligung statt Unterricht oder integriert in den Unterricht ist ein großer Motivationsfaktor. In diesem Beteiligungsprozess war es nur möglich, dass eine begrenzte Anzahl an Schülern für die Workshops vom Unterricht freigestellt wurde, was nicht damit zu

vergleichen ist, wenn ganzen Schulklassen im Unterricht die Möglichkeit zur Beteiligung geboten wird (siehe Kapitel 4.1.1).

Fühlen sich Jugendliche trotz vieler Interessen und Zeitmangel von einem Thema betroffen und sehen sie eine Chance darin, gehört zu werden, besteht die Motivation, an Beteiligungsverfahren teilzunehmen. Umgekehrt gilt: Wollen und/ oder können sich Jugendliche nicht beteiligen, ist zunächst die Ursache dafür zu ergründen. Sind Teilnehmer gewillt Jugendliche zu beteiligen und befolgen wesentliche Grundsätze (siehe Kapitel 8.4), können sie dies auch schaffen. Die erste Hypothese gilt somit nicht pauschal für alle Jugendlichen und ist nicht eindeutig zu verifizieren.

2) Wenn Jugendliche besser über Beteiligungsangebote informiert werden, nehmen sie vermehrt an Beteiligungsprozessen teil.

Information ist die Grundlage jeder Beteiligung (siehe Kapitel 3.3.2). Herausforderungen sind die Wahl des passenden Zeitpunkts, einer angemessenen Zeitdauer sowie des Informationsmediums entsprechend der Zielgruppe. Erinnerung an die Beteiligung und Motivation zum Mitmachen, sind mitausschlaggebend, damit sich Jugendliche einer Zielgruppe beteiligen. Viele Jugendliche, nicht nur in Göttingen Osterode a. H., auch in anderen Regionen, haben jeden Tag einen vollen Terminplan, zeitweise keine Geneigtheit zu bestimmten Aktivitäten und vergessen Termine (siehe Kapitel 7.4). Daher ist es eine komplexe, aber notwendige Aufgabe, sie zu motivieren und beim Prozess zu halten, wozu Auskunft über und Erinnerung an eine Beteiligung wesentlich sind. Die durchgeführte Forschung verdeutlicht, dass Jugendliche unterschiedlich weit entwickelt, aber längst nicht mit Erwachsenen gleichzusetzen sind, obgleich sie bisweilen wie Erwachsene behandelt werden möchten und bei beiden gilt, dass Information grundlegend ist (siehe Kapitel 4.1).

Bei einer Beteiligung benötigen Jugendliche vorwiegend Unterstützung von Erwachsenen, vor allem bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen. Jugendliche müssen an eine Beteiligung herangeführt und bei komplexen Themen in Kenntnis gesetzt werden, dass sie Unterstützung erhalten, andernfalls sehen sie sich überfordert. Mit einem informativen und motivierenden Anstoß sowie Unterstützung sind sie bereit, Zeit und Energie in ein Thema zu investieren, sofern sie einen Sinn und ihren Vorteil darin erkennen. Das drückte sich zuallererst bei den Beteiligungsworkshops mit Jugendlichen in Göttingen Osterode a. H. aus. Als die Jugendlichen vor Ort über die Beteiligung und die sich dadurch ergebenden Möglichkeiten informiert wurden, waren sie motiviert (siehe Kapitel 6.6). Noch stärker stieg die Motivation, als sie mit Experten

konkret besprechen, wie sie ihre Ideen umsetzen können und wer ihnen dabei behilflich sein kann. Der Großteil der Jugendlichen, die nur über Online-Wege und Postkarten informiert wurden, ohne dass sie sich persönlich angesprochen fühlten, war nicht zur Beteiligung motiviert.

Informationen müssen zielgruppenentsprechend formuliert und aufbereitet, umfassend genug, zielgerichtet erfolgen, das passende Medium verwenden sowie bei Beteiligten ankommen. Dennoch sind die Aspekte

- Interesse am Thema oder noch stärker, eine persönliche Betroffenheit,
- Transparenz des Beteiligungsverfahrens,
- Offenheit beim Umgang mit dem Ergebnis,
- erkennbarer Entscheidungsspielraum,
- ein Agieren aller Akteure auf Augenhöhe,
- ein persönlicher Profit und
- Spaß an der Beteiligung

wesentliche Beweggründe, die zu einer Teilnahme motivieren. Sind sie nicht vorhanden, ist auch ein vorbildlich durchgeführter Informationsprozess ineffektiv. Die zweite Hypothese ist daher zu bestätigen, aber gleichzeitig, um die aufgeführten Aspekte zu erweitern.

3) Dadurch, dass Wünsche und Bedürfnisse von Jugendlichen differenziert und trendabhängig sind und sich schnell ändern, ist der Nutzen einer Beteiligung von Jugendlichen für Beteiligter gering, weil keine fundierten und umsetzbaren Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess resultieren.

Bei den Workshops in Göttingen Osterode a. H. bekundete sich, dass es unzutreffend und nicht zielführend ist, Jugendliche als eine homogene Gruppe zusammenzufassen. Ferner bestehen *die Jugendlichen* aus Individuen, die sich unter anderem angesichts ihres Alters, ihres Bildungs- und Entwicklungsstands sowie ihres sozialen Milieus unterscheiden. Sie haben verschiedene Standpunkte, Wünsche sowie Bedürfnisse und sind in vielerlei Hinsicht flexibel und beeinflussbar (siehe Kapitel 6.6). Nicht alle Jugendlichen folgen jedem Trend, was bei der Themenwahl der Beteiligungsworkshops ersichtlich wurde, obwohl dieses Vorurteil vielfach unter Teilnehmern verbreitet ist.

Laut Analyse der Experteninterviews gelten Jugendliche als spontan und wollen sich weniger an Termine und Prozesse binden (siehe Kapitel 7.1). In Anbetracht ihres eigenen Umfeldes und ihrer

Zukunft sind sie in der Lage, zwischen kurzweiligen Trends und nachhaltigen Lösungen zu unterscheiden. Bei der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. war erkennbar, dass es konkrete Themen gibt, die das Leben der Jugendlichen beeinflussen und für die sie sich interessieren in Form von Mobilität und Erreichbarkeit, in Bezug auf Schule und Ausbildung/Studium sowie Raum für sich, aus dem Erwachsene sie nicht verdrängen, seien es Kinos, Kneipen oder Sportstätten etc. Was am Ende mit den Ergebnissen geschieht, ist weniger eine Frage der Beteiligungsmethode und des -formates. Die Ergebnisumsetzung hängt größtenteils von dem Umsetzungswillen der Akteure, rechtlichen Gegebenheiten und dem finanziellen Budget der umsetzenden Institution ab. Aus der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. resultieren Lösungsansätze, die in die Praxis übertragbar sind (siehe Kapitel 6.6). Die Ideen entwickelten die Jugendlichen, arbeiteten sie aus und die Durchführung trieben vor allem die erwachsenen Akteure voran, die bei den Workshops zugegen waren und welche die Jugendlichen berieten und unterstützten.

In den Workshops erwies sich die Zusammensetzung der Beteiligungsgruppe als ein bedeutender Einflussfaktor (siehe Kapitel 3.3.2). Eine ausgewogene Beteiligung ist kaum möglich, wenn sich diejenigen, die gute und umsetzbare Ideen haben nicht trauen, diese zu äußern, weil andere Jugendliche dominanter sind. Ungleiche Interessen und Vorlieben von Jugendlichen schaden nicht zwangsläufig, sofern sie gemeinsam besprochen werden können. Zudem hat Beteiligung nicht nur ein Ergebnis, sondern genauso einen Prozess, der Jugendliche in ihrer Entwicklung weiterbringen kann. Abwegig ist, nur die Problemlösung als Erfolg zu betrachten. Experten der geführten Interviews bekräftigen die Unterscheidung von Lösungs- und Prozesszufriedenheit (siehe Kapitel 7.3). Zwar sollte jede Beteiligung ergebnis- und lösungsorientiert sein und damit auf eine Umsetzung hinarbeiten, doch selbst wenn am Ende kein umsetzbares Resultat entsteht, kann die Evaluation des Beteiligungshergangs ein bedeutendes Ergebnis aufzeigen: Lernen und Charakterbildung, Erkenntnisse im Umgang mit anderen Menschen und Erfahrungen bei Diskussionen über die Funktion von Politik und Verwaltung etc., sind ebenso Erfolge und bedeutungsvolle Quintessenzen, die aus einer Beteiligung resultieren. Die aufgestellte dritte Hypothese ist somit nicht zu bestätigen.

- 4) Weil Jugendliche in einer so vernetzten und technikorientierten Welt leben, können sie nur noch mittels digitaler Medien zur Beteiligung motiviert werden, was sich primär in ländlichen Räumen, in denen Erreichbarkeiten ein Problem darstellen, darin ausdrückt, dass Offline-Beteiligungs-Formate vorwiegend bei Jugendlichen keinen Anklang finden.

Die durchgeführten Erhebungen verdeutlichen, dass Technik und Vernetzung über das Internet eindringlich zum Leben von Jugendlichen gehören (siehe Kapitel 5.1.2). Zu wissen, was sich in der Welt zuträgt, sich mit Mitmenschen auszutauschen sowie den Alltag zu planen, ist in Anbetracht von Smartphones einfacher und schneller geworden. Smartphones sind ständige Begleiter und Jugendliche kommunizieren mit ihnen über verschiedene digitale Medien mit ihrer Umwelt. Die Experteninterviews und die Befragungen in den Schulen belegen, dass für viele Jugendliche der persönliche Kontakt, besonders beim Beteiligungsbeginn, wichtig ist. Dabei besteht eine direkte Chance auf Feedbackgabe, auf Kommunikation mit einer unbegrenzten Anzahl von Worten und die Möglichkeit der Interpretation von Gestik und Mimik.

Es deutet sich vor allem in ländlichen Räumen der Region Göttingen Osterode a. H. an, dass Vorteile von Beteiligungen mittels Internet gehäuft an Orten zugegen sind, an denen Beteiligter Jugendliche schwer an einem Punkt versammeln können. Dort bieten Online-Formate eine gute Möglichkeit, um ergänzend zu Offline-Beteiligungsformen Jugendliche zu beteiligen. Online- und Offline-Formate müssen interessant, zielgruppenentsprechend gestaltet und erreichbar sein, um Anklang zu finden (siehe Kapitel 5.2.2). Jugendliche stellen hohe Ansprüche an Online-Formate, weil sie eine darstellerisch und technisch einwandfreie Qualität beispielsweise von anderen Online-Plattformen und Online-Spielen gewohnt sind (siehe Kapitel 5.2.1, 5.3.2 und 6.3.2). Zwar sind sie technikaffin, haben mittlerweile allerdings vermehrt ihre Sättigungsgrenze hinsichtlich Internet und digitale Medien erreicht, weil sie viele technische Innovationen bereits kennen. Daher sollte eine Online-Plattform eine spannungsreiche Innovation bieten, die hinsichtlich ihrer Beschaffenheit anziehend wirkt und vor allem vom Thema her die Jugendlichen betrifft (siehe Kapitel 5.1.1, 5.1.2.1 und 5.1.2.2). Ungeachtet einer höheren Online-Affinität wird es nicht zwangsläufig leichter, Jugendliche online zu beteiligen. Der Grund, warum sie mitmachen, ist eine gefühlsstarke Betroffenheit oder dass sie für ihre berufliche Laufbahn Vorteile sehen, beispielsweise durch das Erwähnen der Beteiligung im Lebenslauf, Herstellung von Kontakten o. Ä.

Die vorliegende Empirie bestätigt, dass nicht nur das Format einer Beteiligung maßgebend ist (offline oder online), ob sich Jugendliche beteiligen, was sich bereits bei der Reflektion der zweiten Hypothese andeutete. So bestehen weitere Einflussfaktoren auf die in Gesamtheit Rücksicht

bei Beteiligungsprozessen zu nehmen ist. Das gilt gleichsam für die Nachbereitung, bei der im Nachgang zur Auswertung Online-Methoden effektiv sein können (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018; Interview Ulmer 12.04.2018).

Obwohl die Häufigkeit ersichtlich ist, mit der Jugendliche im Internet aktiv sind und welche Aktivitäten sie mit ihrem Smartphone online durchführen, ist bei der Entscheidung zwischen Online- und Offline-Beteiligung, wenn beispielsweise nur die Ressourcen für eines der beiden zur Verfügung stehen, die Entscheidung zugunsten des Offline-Angebots zu treffen. Online- ohne Offline-Beteiligung funktioniert aus dem weiteren Grunde nicht, weil Jugendliche selten mit Fremden im Internet kommunizieren möchten (vgl. Interview Flügge 06.09.2018). Laut Midasch (2018) hingegen wirken Beteiligungen ganz ohne Online-Formate auch nicht (vgl. Interview Midasch 13.06.2018). Blödorn (2018) schließt sich Midasch (2018) an: Online-Beteiligung kann keine Offline-Beteiligung ersetzen, sondern muss sie ergänzen (vgl. Interview Blödorn 31.07.2018). Stange (2018b) und Wenzl (2018b) betonen ebenfalls, dass es sinnvoll ist, zunächst offline zu beteiligen und Ergebnisse anschließend in ein Onlinetool einzuspeisen, weil zeitliche Gründe und räumliche Distanzen dagegen sprechen (vgl. Interview Stange 05.03.18; Interview Wenzl 30.08.2018). „Den Königsweg gibt es nicht. Und der Partizipationsmix beinhaltet die größten Chancen“ (Interview Wenzl 30.08.2018). Das entspricht den jugendlichen Gewohnheiten, denn Jugendliche sind analog und digital unterwegs (vgl. Interview Leschwange 26.06.2018). Grundsätzlich müssen Beteiligter die Ausgestaltung des Methodenmixes von der gegenwärtigen Situation, finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen aller Akteure, bestehenden Möglichkeiten einschließlich Zugängen abhängig machen (vgl. Interview Ertelt 09.04.2018). Somit ist in Anbetracht der durchgeführten Forschung ebenfalls die vierte Hypothese widerlegbar.

5) Weil Jugendliche eine unbekannte und schwer einschätzbare, heterogene Gruppe bilden, vor der teilweise seitens Beteiligten Unsicherheiten, sogar Ängste bestehen, beziehen Beteiligter diese Gruppe oftmals nicht oder nur ungern in Planungsprozesse ein.

Die Experteninterviews bewiesen, dass viele Erwachsene nicht wissen, wie sie mit Jugendlichen umgehen sollen und sie somit unkorrekt einschätzen. Zwar sind sie keine Erwachsenen, aber auch keine Kinder mehr, womit Jugendliche mit diesem Entwicklungsstadium teils selbst Schwierigkeiten haben, was sie verunsichert. Vorrangig aus den Experteninterviews geht hervor, dass es Erwachsene gibt, die Angst vor einer Beteiligung der Öffentlichkeit und speziell vor der Zielgruppe in Jugendbeteiligungen haben (siehe Kapitel 7.5).

Ängste und Unsicherheiten basieren auf schlechten Erfahrungen mit Beteiligungen (allgemein und/oder speziell mit Jugendlichen), fehlendem Wissen im Umgang mit Jugendlichen, Kontrollverlust oder Angst vor unerwünschten Resultaten am Ende einer Beteiligung. Die Angst davor, Jugendliche seien im technischen Umgang viel geübter und könnten daher bei Online-Formaten Erwachsene bloßstellen, hegt laut Experteninterviews bei Teilnehmern weitere Bedenken. Neben Unsicherheiten und Angst vor Jugendlichen seitens der Akteure bestehen genauso bei Jugendlichen Ängste, beispielsweise davor überhört zu werden und dass Arbeit und Energie, die in Beteiligung investiert wird, vergeblich sind, weil Teilnehmer sie nicht beachten. Teilnehmer neigen dazu, schlechte Erfahrungen, die sie mit Erwachsenen erlebten, auf Jugendbeteiligungsverfahren zu projizieren (siehe Kapitel 7.4). Gegenteilig gibt es Beispiele, in denen keine Angst vor Jugendlichen in Beteiligungsverfahren besteht. Laut Experteninterviews berichten Teilnehmer partiell, dass die Arbeit mit Jugendlichen angenehmer wäre als mit Erwachsenen. Niemand der in den Interviews befragten Experten, die sich intensiv und über längere Zeit mit Jugendbeteiligungen befassen, sie selbst durchführen und daher viel Erfahrung aufweisen, sprach von einer persönlichen Angst vor Jugendlichen. Dennoch berichteten sie von Teilnehmern, die mit Vorurteilen und Angstempfinden in Jugendbeteiligungen traten und nach der Mitwirkung positiv überrascht von den jungen Menschen waren (siehe Kapitel 7.5.).

Die fünfte Hypothese ist weder zu widerlegen noch zu bestätigen. Wenn es Befürchtungen gibt, dann resultieren sie mehrheitlich aus negativen Erfahrungen und falschen Vorstellungen und nicht weil die Jugendlichen eine unbekannte Gruppe sind. Sie lautet vielmehr: Jugendliche sind für viele Teilnehmer eine kaum einschätzbare Gruppe, dennoch ist nicht pauschal davon auszugehen, dass Erwachsene sie nicht beteiligen, weil sie Angst vor Ihnen haben, sondern weil eine Vielzahl von Gründen, die aus Unkenntnis und gegebenen Strukturen resultieren, sie davon abhalten.

8.4 DER WISSENSCHAFTLICHE MEHRWERT DES BETEILIGUNGSPROZESSES IN GÖTTINGEN OSTERODE A. H. UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE PRAXIS

Die Untersuchung der Kinder- und Jugendbeteiligung unter dem Blickwinkel digitaler Medien vollzog das UR-Innovationsteam inklusive der Verfasserin dieser Forschungsarbeit sehr praxisorientiert. Der Untersuchungsprozess impliziert unvorhersehbare Aspekte, die daraus resultieren, dass die Zielgruppe kaum einzuschätzen ist, rechtliche Gegebenheiten das Beteiligungsverfahren erschweren und keine der bisher durchgeführten Studien auf diesen Beteiligungsprozess übertragbar ist. Äußere Gegebenheiten, wie die räumlichen Strukturen des Fokusraumes, Strukturen

der Verwaltungsarbeit, ein geringer Zugang zur Zielgruppe etc. beeinflussten die Untersuchung. Dies ließ den Forschungsverlauf von der ursprünglichen Planung abweichen und verlangte nach einer flexiblen Arbeitsweise. Ohne Spontanität der Beteiligten und Kompromisse unter den verschiedenen Akteuren wären diese Forschungsergebnisse nicht zustande gekommen.

Bei der durchgeführten Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H. ereigneten sich Fehler, die sich auf den Beteiligungsverlauf und das Prozessergebnis auswirkten.¹⁴⁶ Aus diesen Fehlern und den negativen Auswirkungen resultieren Lerneffekte und Erkenntnisse für künftige Jugendbeteiligungsverfahren und die begangenen Fehler können für die Forschung und als Konsequenz für die Praxis relevant sein. Die Erfahrungen dieser Studie sind jedoch nicht äquivalent auf andere Regionen und Beteiligungsthemen übertragbar. Jugendliche sind in den jeweiligen Gemeinden mit den individuellen infrastrukturellen Gegebenheiten, Altersklassen, Schulsystemen und sozialen Milieus zu verschieden, um pauschale Aussagen, zu einem grundsätzlich gelingenden Beteiligungsprozess treffen zu können, sodass Jugendbeteiligung mit jeder Durchführung als ein neuer Prozess zu betrachten ist.

Obzwar sich Beteiligter auf einen Beteiligungsprozess vorbereiten, können sie sich im Vorfeld kaum auf die individuellen Persönlichkeiten der Jugendlichen, ihre Haltungen, ihr Zeitbudget, ihre Mobilität und ihre Motivation einstellen. Sie können jedoch ihr Auftreten vor den Jugendlichen planen, überlegen, welche Sachverhalte sie auf welche Weise präsentieren, mit welchen Methoden Beteiligter Jugendliche einbeziehen und womit sie Motivationsanreize für Jugendliche schaffen. Zudem müssen sie ihre eigene Motivation hinterfragen und die Beteiligung aufrichtig und transparent durchführen.

Jugendliche möchten ähnlich Erwachsenen behandelt werden: Fair, respektvoll, auf Augenhöhe, unvermittelt und mit einer verständlichen Sprache. Durch eine gezielte Vorbereitung und Übung im Umgang mit Jugendlichen fühlen sich Beteiligter mit jedem Aufeinandertreffen der Zielgruppe zunehmend sicherer. Zur Vorbereitung gehört, sich zu vergewissern, ob Jugendliche tatsächlich Beteiligte, ob sie an dem Thema interessiert oder von einem Problem betroffen sind. Bei der Beteiligung in Göttingen Osterode a. H. gab es für manche Jugendliche keinerlei Probleme bei Freizeitgestaltung und Erreichbarkeiten, weil sie entweder in einem vom ÖPNV gut angebundenen Wohnort leben, sich diesbezüglich zu helfen wissen oder keine weit entfernten Freizeitziele

¹⁴⁶ Damit sind weniger methodische Fehler gemeint, als Fehler in der Umsetzung der Methoden: Keine persönliche Ansprache von Jugendlichen, die Online- startete vor der Offline-Beteiligung, es hätten noch mehr Akteure eingebunden werden können etc.

aufsuchen. Die Methodik zur Bearbeitung des Themas war bis auf einige Durchführungsfehler geeignet und das Thema der Beteiligung für die Zielgruppe richtig gewählt. Doch der Adressatenkreis erwies sich als zu umfassend, um direkt angesprochen zu werden, die Kontaktpunkte des Landkreises zu den Jugendlichen reichten nicht aus. Es hätte verstärkt mit Schlüsselakteuren zusammengearbeitet werden müssen, die sich für die Beteiligung einsetzen.

Die Zusammensetzung von Jungen und Mädchen, von extrovertierten und introvertierten Jugendlichen und bestehenden Bekanntschaften beeinflusst Vor-Ort-Veranstaltungen, entsprechend der in Göttingen Osterode a. H. durchgeführten Workshops. Die wenigen Mädchen, die an Workshops teilnahmen, kamen deutlich seltener zu Wort, weil die dort anwesenden Jungen sich untereinander gut kannten, in der Überzahl und redegewandter waren. Selbst die erfahrene Moderation konnte zeitweise nicht verhindern, dass die Jungen die Mädchen beim Reden während der Workshops unterbrachen. Beteiligter sollten daher im Vorfeld darauf achten, dass ein ausgeglichenes Verhältnis von Jungen und Mädchen, introvertierten und extrovertierten sowie ausdrucksstärkeren und –schwächeren Jugendlichen in Offline-Workshops besteht, die Mädchen und ruhigere Teilnehmende explizit unterstützt oder (zumindest teilweise) getrennt voneinander beteiligt werden.

Teilnehmendenzahlen sollten nicht überinterpretiert werden. Zwar ist es positiv, wenn sich viele Beteiligte auf einer Online-Plattform anmelden oder an einer Befragung teilnehmen. Zu hinterfragen ist dennoch, wer sich beteiligt, also wer sich hinter einem Kommentar, einer Frage oder einer Antwort verbirgt. Das sind für gewöhnlich diejenigen, die sich (am meisten) betroffen fühlen und Zustände ändern möchten sowie diejenigen, die sich trauen, sich zu beteiligen und von der Beteiligung in Kenntnis sind. Möchten sich Menschen nicht beteiligen, dann weil das Thema sie nicht interessiert oder sie nichts von der Möglichkeit, die ihnen angeboten wird wissen, weil sie mit dem Beteiligungsformat nicht zurechtkommen und/oder nicht den Mut zum Beteiligen aufbringen. Die Motive für eine Nichtbeteiligung von Jugendlichen werden selten hinterfragt, sondern vielfach mit Unlust oder Zeitmangel begründet. Beteiligter sollten eine Nichtbeteiligung nicht als Misserfolg ansehen, sondern die Ursache ausfindig machen und wenn möglich, dementsprechend die Beteiligung ändern oder vorzeitig beenden und für künftige Planungen beachten.

Äußern Jugendliche, dass sie das Gefühl haben, nicht beteiligt zu werden, ist zu unterscheiden zwischen:

- dem Faktum, dass Jugendliche von Beteiligten tatsächlich nicht beteiligt werden, unabhängig, ob bewusst oder unbewusst,
- der Tatsache, dass Jugendliche beteiligt wurden und sie davon ausgehen, dass ihre Anregungen augenscheinlich umgesetzt werden. Werden sie dann nicht informiert, warum ihre Ideen keine Beachtung bei der Umsetzung fanden, empfinden sie das als Nichtbeteiligung,
- dem Sachverhalt, dass sie zwar beteiligt werden sollen, aber nicht explizit angesprochen werden und sich daher selbst nicht als Beteiligte betrachten oder keine Informationen erhielten und daher nicht wissen, dass sie Beteiligte wären.

Die Beteiligter unterschätzten die Skepsis der Göttinger Jugendlichen gegenüber Beteiligungen. Nur weil ein an den Schulen verteilter Flyer Freizeit und Missstände thematisiert, anbei mitteilt, dass Jugendliche beteiligt werden, um diese Missstände zu beheben, ist nicht pauschal davon auszugehen, dass Jugendliche motiviert sind und mitmachen. Information ist die Basis jeder Beteiligung, wohingegen bei Jugendlichen neben persönlichen Motiven, der Zugang zur Beteiligung und eine persönliche Ansprache entscheidend sind. Fundamental ist, dass es Kanäle gibt oder welche geschaffen werden, die die Zielgruppe auch tatsächlich nutzt, über die Beteiligter an Jugendliche herantreten können. Zu solchen Kanälen zählen Schulen, Schülerversammlungen, Vereine und Verbände, Mitarbeiter des Jugendamtes sowie Jugendgruppen.

Des Weiteren war zu Beginn des Verfahrens den Beteiligten nicht bewusst, dass es arbeitsintensiv ist Jugendliche, sofern sie sich einmal beteiligen, bei dem Prozess zu behalten. Sie müssen an die Beteiligung erinnert werden und ihnen sind Zwischenerfolge zu präsentieren, denn vergleichbar den anderen Akteuren investieren Jugendliche Zeit und Energie. Desgleichen steht der Spaß der teilnehmenden Jugendlichen im Vordergrund, ebenfalls ein Erfolg, der dem bereiteten Aufwand entspricht. Bei der Mädchengruppe im Göttinger Beteiligungsprozess, die sich mit dem Thema *Kino in Osterode a. H.* befasste, wurde zeitnah offensichtlich, dass die Umsetzung ihrer Idee in die Realität beschwerlich sein wird. Wenn es keine Unterstützung von außen in Form von kümmernden Akteuren wie Lehrern, Kinobetreibern oder Jugendpflegern gibt, sind die Jugendlichen mit der Umsetzung ihrer Ideen überfordert. Tatsächlich gab es nicht genügend solche Kümmerer, welche sich für die Mädchengruppe hätten einsetzen können. Daher ist im Vorfeld einer Beteiligung zu klären, welche Personen die entwickelten Projekte beziehungsweise die Jugendlichen die hinter den Ideen stehen, betreuen und führen.

Es sollte für alle sich betroffen fühlenden Menschen die Chance zur Teilnahme bestehen, unabhängig ihres sozialen Milieus und ihrer Bildung. An dem in dieser Arbeit durchgeführten Beteiligungsprozess konnten angesichts der EU-DSGVO nur begrenzt Jugendliche unter 16 Jahren teilnehmen. Zudem war es hier ausgeschlossen, Jugendliche jeglicher Schulformen aus allen Gemeinden einzubinden. Zum Beispiel nahmen an den Workshops Jugendliche von zwei Oberschulen sowie einer berufsbildenden Schule aus Osterode a. H. teil. Bei der Befragung in den Schulen wurden nur Jugendliche beteiligt, die ein Gymnasium oder eine Gesamtschule besuchen. Real- und Hauptschüler hatten keine Möglichkeit, an der Offline-Beteiligung teilzunehmen. Befragungen an Real- und Hauptschulen erfolgten nicht, weil diese Schulform aufgrund ihrer Struktur verhältnismäßig wenig Jugendliche ab 16 Jahren besuchen, da Schüler die Schule für gewöhnlich spätestens nach der zehnten Klasse verlassen. Der Aufwand, jene Schulen über den Beteiligungsprozess zu informieren und um Unterstützung zu bitten, wäre zu übermäßig für die Zahl von Jugendlichen, die letztendlich hätte erreicht werden können. Somit wurden nur die Jugendlichen offline befragt, die im Einzugsgebiet der drei Schulen wohnen, an denen die Befragung stattfand. Die Ergebnisse spiegeln folglich überwiegend Meinungen von Jugendlichen mit einem höheren Bildungsniveau und aus der Stadt Göttingen, der Gemeinde Osterode a. H. sowie deren näherer Umgebung wieder. Es war im Rahmen dieser Studie aussichtslos, Jugendliche aus anderen Regionen Göttingens an einem Vormittag an dem Workshop-Ort zusammenzubringen. Die Online-Plattform besaß hingegen den Vorteil, dass sich ergänzend Real- und Hauptschüler ab 16 Jahren aus anderen Regionen innerhalb des Landkreises Göttingen Osterode a. H. beteiligen konnten und damit unterschiedliche Milieus betrachtet wurden. Diese Jugendlichen erfuhren jedoch nur über Zeitungsartikel, beim Surfen im Internet, Mitteilungen auf Instagram sowie Twitter und über Freunde und Geschwister, die beworbene Schulen besuchen, davon.

Zusammenfassend werden die maßgebenden Erkenntnisse für zukünftige Beteiligungen aus dem Beteiligungsprozess von Jugendlichen in Göttingen Osterode a. H. in Tabelle 20 dargestellt:



Methodenmix: Online- und Offline-Beteiligungsmethoden sollten soweit möglich, nur in Kombination angewendet werden.



Zeitlicher Vorzug: Ein Beteiligungsvorgang ist vielversprechender, wenn der Einsatz von Offline-Formen zeitlich vor dem Einsatz von Online-Formaten stattfindet.



Respekt: Von Bedeutung ist, dass Beteiligter Respekt vor Jugendlichen bewahren und sie als Beteiligte, nicht als Zuschauer beachten.



Augenhöhe: Alle Akteure einer Beteiligung sollten auf einer Augenhöhe agieren.



Auf Jugendliche eingehen: Wesentlich ist, dass Teilnehmer insbesondere auf Ängste, Bedenken sowie Bedürfnisse und Wünsche von Jugendlichen eingehen, vielmehr ihnen erklären, wenn Einwände und Anregungen von ihnen keine Beachtung erhalten.



Der Person entsprechend behandeln: Jugendliche sind keine Kinder mehr, aber erwachsen sind sie auch noch nicht. Ihr Wissen und ihre Fähigkeiten sollten weder unterschätzt noch überbewertet werden, da sie zum Teil, trotz gleichen Alters, unterschiedlich weit entwickelt sind. Es gibt extrovertierte und introvertierte Jugendliche und dementsprechend sollten Redeanteile gesteuert werden, sodass sich alle Jugendliche äußern können, sofern sie das möchten.



Erreichbarkeiten sichern: Es gilt Erreichbarkeiten bei Offline-Beteiligungen zum Beteiligungsort zu schaffen und falls nötig, Jugendliche dabei zu unterstützen, falls sie diese Orte nicht erreichen können. Bei Online-Beteiligungen müssen desgleichen Zugänge gewährt sein (Smartphone-Kompatibilität, Internetverfügbarkeit, Barrierearmut beziehungsweise Barrierefreiheit etc.).



Jugendliche als Teilnehmer: Jugendliche sollten bereits bei der Planung und Vorbereitung einer Beteiligung einbezogen werden und nicht erst bei der Umsetzung.



Evaluationen durchführen: Eine sachgerechte Bewertung, die am Ende eines Beteiligungshergangs den Erfolg und gemachte Fehler analysiert und dokumentiert, ist elementar, um daraus für zukünftige Beteiligungsprozesse zu lernen.



Akteure einbeziehen: Bedeutsam sind kümmernde Akteure, die beteiligende Jugendliche motivieren und unterstützen. In Göttingen Osterode a. H. erwiesen sich vornehmliche Akteure wie Schulen (Direktoren, Lehrer, Sozialarbeiter), Jugendpfleger, Vereine und andere Organisationen, die mit und für Jugendliche arbeiten sowie ggfs. Eltern, als einflussreiche Akteure für Jugendbeteiligungen.



Offenheit und Geduld: Ein maßgeblicher Faktor bei Beteiligungen ist es, dass Teilnehmer offen und geduldig sind und Meinungen von Jugendlichen respektieren.



Flexibilität: Jugendliche sind spontan, ändern schnell ihre Interessen und sie auf Dauer für eine Beteiligung zu gewinnen, ist aufwändig. Teilnehmer sollten daher Flexibilität bewahren und von einem ursprünglichen Beteiligungsplan abweichen können.



Zieländerung: Das Ziel kann sich genauso wie die Interessen der Beteiligten im Laufe des Beteiligungsablaufs ändern. Jugendbeteiligungen führen oftmals zu wesentlichen Zwischenzielen beziehungsweise zu Endresultaten, die vor Beteiligungsbeginn so nicht angedacht wurden. Dennoch sind diese nicht unbedingt negativ zu bewerten, sondern genau zu interpretieren.



Direkte Ansprache: Die Zielgruppe muss direkt angesprochen werden. Doch Teilnehmer verlassen sich oftmals auf den Trugschluss, dass allgemein gestreute Informationen die Jugendlichen erreichen und ihre Motivation wecken.



Erinnerung: Jugendliche haben jeden Tag unzählige Angelegenheiten im Kopf, weshalb Erinnerungen und ggfs. wiederholte Motivationsanstöße hilfreich sind.



Akzeptanz: Wenn sich jemand nicht beteiligen möchte, ist die Ursache zu erforschen und ggfs. die Umstimmung einer Person zu versuchen, je nachdem, welche Gründe sie für die Nichtbeteiligung hat. Möchten Jugendliche sich bewusst dennoch nicht beteiligen, ist das anzuerkennen und nicht negativ zu bewerten.



Individualität der Menschen achten: Es gibt nicht die Jugendlichen als eine homogene Gruppe. Alle Jugendlichen sind unterschiedlich in ihrer Entwicklung, ihren Einflüssen von außen und präferieren verschiedene Themen, Beteiligungsformate und -methoden. Daher ist nicht zielführend, mit einer vorgefertigten Meinung über Jugendliche in einen Beteiligungsprozess zu treten und auch nicht, sich an kurzweiligen, allgemeingültigen Trends zu orientieren.



Ausprobieren: Jugend(beteiligung) lebt vom Ausprobieren und Erfahrungen sammeln. Alle Akteure müssen Beteiligung ausprobieren können. Beteiligter sollten erkennen, dass es nicht den einen Weg gibt, um Jugendliche zu beteiligen, sondern passende Wege zur Zielgruppe und dem Thema herausfinden.



Interesse: Wenngleich es in der Planung und Verwaltung Themen und Probleme gibt, von denen sie vermuten, dass sie die Zielgruppe betreffen, ist es vordringlich, dies zu prüfen. Es gibt Themen, die betreffen weniger Jugendliche oder es bestehen Probleme, die Jugendliche als solche nicht sehen oder bereits selbstständig gelöst haben. Haben Jugendliche keinen Bezug zum Thema oder nehmen für sich kein Problem wahr, beteiligen sie sich seltener.



Generationenübergreifende Beteiligung: Es gibt Themen, bei denen stoßen Interessen von Jugendlichen und Erwachsenen aufeinander. An manchen Punkten ergeben sich Schnittstellen, an denen Erwachsene und Jugendliche zusammenarbeiten könnten, um Ideen auszuarbeiten und umzusetzen.

Tabelle 20: Erfahrungen aus der Jugendbeteiligung in Göttingen Osterode a. H.
Quelle: Eigene Darstellung

Gleichwohl keine Jugendbeteiligung nach einem strikten Plan ablaufen kann und Flexibilität notwendig ist, sind die in Tabelle 20 aufgeführten Erfahrungen grundlegende Hinweise für Jugendbeteiligungsakteure. Beteiligter sollten sie, unabhängig von dem Thema, dem Beteiligungs-ort und dem Beteiligungsziel beachten. Die Einhaltung schafft Voraussetzungen, damit eine Jugendbeteiligung für alle Akteure zufriedenstellend verlaufen kann.

9. ANHANG

Der Anhang wurde aufgrund des Umfangs an Seitenzahlen für den Druck entfernt.

10. LITERATURVERZEICHNIS

Literatur (online und offline)

A

Achatz, Juliane; Gaiser, Wolfgang; Gille, Martina; Kleinert, Corinna; Krüger, Winfried; Rijke, Johann de (2000): Forschungsleitende Perspektiven und Konzept des Jugendsurveys. IN: Gille, Martina/Krüger, Winfried [Hrsg.]: Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. Jugendsurvey, Band 2 Opladen: Verlag Leske+Budrich. Reihe: DJI-Jugendsurvey

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. 4. Vollständig neu bearbeitete Auflage, Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Albrecht, Steffen; Kohlrausch, Niels; Kubicek, Herbert; Lippa, Barbara; Märker, Oliver; Trénel, Matthias; Vorwerk, Volker; Westholm, Hilma; Wiedwald, Christian (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern, Ref. IT 1. Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib), Bremen

Aufgerufen von:

<http://www.ifib.de/publikationsdateien/ifib-zebralog-e-partizipation-lang.pdf>

Letzter Zugriff: 07.06.2017

Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft [Hrsg.] (2014): Online mitmachen und entscheiden. Partizipationsstudie 2014, Berlin

Aufgerufen von:

http://www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf

Letzter Zugriff: 11.04.2017

Andersen, Uwe; Woyke, Wichard [Hrsg.] (2003): Handwörterbuch des politischen Systems. 5. aktualisierte Auflage, Opladen: Verlag Leske + Budrich

BertelsmannStiftung [Hrsg.] (2010): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. 1. Auflage, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Andresen, Sabine; Möller, Renate; Wilmes, Johanna; Cinar, Dilan; Nolting, Pia (2019): Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (Zusammenfassung), Gütersloh

Aufgerufen von:

<https://www.bertelsmann->

stif-

tung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Studie_WB_Children_s_Worlds__Gesamt
auswertung_Zusammenfassung_2019.pdf

Letzter Zugriff: 10.07.2019

AGJ -Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe [Hrsg.] (2015): Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung stärken! Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. 03./04. Dezember 2015, Berlin: o. V.

ADM- Arbeitskreis Deutscher Markt-und Sozialforschungsinstitute e. V.; Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V. (ASI); Berufsverband Deutscher Markt- und Sozialforscher e. V. (BVM) [Hrsg.] (2006): Richtlinie für die Befragung von Minderjährigen; Juni 1996 (überarbeitet im Juli 2006

Aufgerufen von:

<https://www.oebib.de/fileadmin/redaktion/management/Materialien/Kundenorientierung/Befragungen/BefragungKinder.pdf>

Letzter Zugriff: 14.09.2019

Åström, Joachim; Åke, Grönlund (2012): Online Consultations in Local Government: What Works, When, and Why? IN: Coleman, Stephen; Shane, Peter M. [Hrsg.]: Connecting Democracy. Online Consultation and the Flow of Political Communication, Cambridge: o. V.

B

Baden-Württembergstiftung gGmbH [Hrsg.] (2015): In Zukunft mit uns! – Jugendbeteiligung in der Kommune. Handreichung Nr. 2 aus dem Projekt: in Zukunft mit uNS! –. Qualifizierung Jugendlicher in Beteiligungsprozessen, Stuttgart: o. V.

Bartscher, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg im Breisgau: Lambertus

Bates, Bob (2002): Game Design – Konzept, Kreation, Vermarktung, Köln: SYBEX Verlag GmbH

Baumann, Frank; Detlefsen, Malte; Iversen, Sven; Vogelsang, Lars (2004): Neue Tendenzen bei Bürgerbeteiligungsprozessen in Deutschland. Veränderte Rahmenbedingungen, Praktiken und deren Auswirkungen. Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Aufgerufen von:

<http://www.brangsch.de/partizipation/dateien/StudieBuergerbetEnd.pdf>

Letzter Zugriff: 10.06.2019

Bayrischer Städtetag [Hrsg.] (2012): Bürgerbeteiligung zwischen Marktplatz und Internet. Diskussionspapier. 48. Vollversammlung des Bayerischen Städtetags am 18./19. Juli 2012 in Schweinfurt, München

Aufgerufen von:

https://www.bay-staedtetag.de/fileadmin/Downloads/Jahrestagungen/2012/diskussionspapier_2012.pdf Letzter Zugriff: 14.08.2019

BBR – Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Hrsg.] (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung, Berlin: o. V.

Becker, Heinrich; Moser, Andrea (2013): Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern– Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland. Thünen Report 12, Braunschweig: o. V.

Bergmann, Christine (2001): Einführung. IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen– Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf>
Letzter Zugriff: 31.08.2017

BertelsmannStiftung [Hrsg.] (2010): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. 1. Auflage, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung [Hrsg.] (2012): Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle. 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
Aufgerufen von:

https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Politik_beleben__Buerger_beteiligen.pdf
Letzter Zugriff: 06.05.2020

BertelsmannStiftung [Hrsg.] (2015): EINWURF 1/2015. Vom Besserwissen zum Bessermachen – wie Infrastrukturbeteiligung gelingt. Ausgabe 1/ 2015, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

BertelsmannStiftung [Hrsg.] (2017): Demographiebericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune. Region Hannover, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Betz, Tanja; Gaiser, Wolfgang; Pluto, Liane (2010): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Herausforderungen. 1. Auflage, o. A.: o. V.

Bieker, Susanne; Selz, Alexandra (2007): Formelle Planungsinstrumente in der Sackgasse? IN: Bieker, Susanne; Frommer, Birte; Othengrafen, Frank; Wilske, Sebastian [Hrsg.] (2007): Räumliche Planung im Wandel – Welche Instrumente haben Zukunft? 9. Junges Forum der ARL 17. bis 19. Mai 2006 in Darmstadt. Hannover: Verlag der ARL

Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heidi (2005): Informieren, Beteiligen, Kooperieren: Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden. Völlig überarbeitete und erweiterte Neuauflage, Dortmund: Dorothea Rohn

Block, Jürgen; Icks, Stefanie (2010): Flächenmanagement-Instrumente und Maßnahmen für die Innenstadtentwicklung-. Berlin: o.V.

Aufgerufen von:

https://www.bcsd.de/media/fl__chenmanagement.pdf

Letzter Zugriff: 14.05.2020

Bock, Stephanie; Reimann, Bettina (2017): Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben. Abschlussbericht. IN: Umweltbundesamt [Hrsg.] (2017): Texte 37/2017. Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Dessau-Roßlauf: o. V.

Aufgerufen von:

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-05-30_texte_37-2017_beteiligungsverfahren-umweltvorhaben.pdf

Letzter Zugriff:

03.05.2020

Bopp, Matthias; Nohr, Rolf F.; Wiemer, Serjoscha (2009): Shooter. Eine multidisziplinäre Einführung. Münster: LIT Verlag

Bundesjugendkuratorium [Hrsg.] (2009): Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums, München

Aufgerufen von:

<https://www.bundesanzeiger-verlag.de/fileadmin/FamSoz->

Por-

[tal/Dokumente/Verbandsinformationen/Stellungnahme_Bjk_2009_Mehr_Partizipation_von_Kindern_und_Jugendlichen_gefordert.pdf](https://www.bundesanzeiger-verlag.de/fileadmin/FamSoz-Portal/Dokumente/Verbandsinformationen/Stellungnahme_Bjk_2009_Mehr_Partizipation_von_Kindern_und_Jugendlichen_gefordert.pdf)

Letzter Zugriff: 01.07.2019

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. OBS-Arbeitspapier Nr. 1, o. A.: o. V.

Bohse, Reinhard (2017): Partizipation: Keine Frage der Quantität, sondern der Qualität, o. A.

Aufgerufen von:

<https://www.neulandquartier.de/blog/blickwinkel/partizipation-keine-frage-der-quantitaet-sondern-der-qualitaet/>

Letzter Zugriff: 10.12.2017

Bonfadelli, Heinz: Nachhaltigkeit als Herausforderung für Medien und Journalismus. IN: Kaufmann, Ruth [Hrsg.]: Nachhaltigkeitsforschung – Perspektiven der Sozial- und Geisteswissenschaften, Bern: o. V.

Böttcher, Wolfgang; Kerlen, Christiane; Maats, Peter; Schwab, Oliver; Sheikh, Sonja (2014): Evaluation in Deutschland und Österreich: Stand und Entwicklungsperspektiven in den Arbeitsfeldern der DeGEval - Gesellschaft für Evaluation. 1. Auflage, München: Waxmann

Brückner, Heide-Rose (2001): Welchen Rahmen bietet die Schule für die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern? IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen– Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinder->

[beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf](https://www.kinder-beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

Letzter Zugriff: 31.08.2017

Brundidge, Jennifer; Rice, Ronald E. (2009): Political Engagement Online. Do the Information Rich Get Richer and the Like-Minded More Similar? IN: Andrew Chadwick/Philip N. Howard [Hrsg.] (2009): Routledge Handbook of Internet Politics, London: Routledge

Bruner, Claudia; Winklhofer, Ursula; Zinser, Claudia (1999): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

in der Kommune. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung, München: o. V.

Bruner, Claudia (2001): Kinder und Jugendliche ernst nehmen - Was heißt das für die begleitenden Erwachsenen? IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen– Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinder->

[beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf](https://www.kinder-beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

Letzter Zugriff: 31.08.2017

BMFSFJ -Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin: o. V.

BMFSFJ -Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2006): Nationaler Aktionsplan: Für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010, Berlin: o.V

BMFSFJ -Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (o.J.); Hoffmann, Bernward; Hoffmann, Dagmar; Hugger, Kai-Uwe; Kammerl, Rudolf; Meister, Dorothee M.; Neuß, Norbert; Pöttinger, Ida; Röhl, Franz Josef; Schorb, Bernd; Tillmann, Angela; Wagner, Ulrike (2013): Medienkompetenzförderung für Kinder und Jugendliche. Eine Bestandsaufnahme. 1. Auflage, Berlin: o.V

BMFSFJ -Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2017): Jugend ermöglichen! Die Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht. 1. Auflage: Berlin o. V.

Aufgerufen von:

<https://www.bmfsfj.de/blob/113818/57a64db71e66a5c5e27b0a2febb6b46b/broschuere-jugend-ermoeglichen-data.pdf>

Letzter Zugriff: 25.03.2020

BMVBS- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung; Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2009): Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation. Nr. 34/2009, Bonn/Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.demografie-por->

[tal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Studien/Laendliche_Raeume_im_demografischen_Wandel.pdf;jsessionid=944DEE3C45E2CC5400F314B4FE017167.2_cid389?__blob=publicationFile&v=1](https://www.demografie-por-tal.de/SharedDocs/Downloads/DE/Studien/Laendliche_Raeume_im_demografischen_Wandel.pdf;jsessionid=944DEE3C45E2CC5400F314B4FE017167.2_cid389?__blob=publicationFile&v=1)

Letzter Zugriff: 25.03.2019

BMVI- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [Hrsg.] (2014): Handbuch für eine gute Bürgerbeteiligung. Planung von Großvorhaben im Verkehrssektor, Berlin

Aufgerufen von:

https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/VerkehrUndMobilitaet/handbuch-buergerbeteiligung.pdf?__blob=publicationFile

Letzter Zugriff: 29.08.2017

Bogner, Alexander; Menz, Wolfgang (2005): Das theoriegenerierende Experteninterview, Wiesbaden: Springer VS

C

Cafuta, Sabine (2017): Die Implementierung des Bundesländerübergreifenden BildungsRahmen-Plans für elementare Bildungseinrichtungen in österreichischen Kindergärten. Münster/New York: Waxmann

Caldwell, Ben; Cooper, Michael; Guarino Reid, Loretta; Vanderheiden, Gregg (2008): Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) 2.0. W3C, 11. Dezember 2008, o. A.: o. V.

Couclelis, Helen (2000): From Sustainable Transportation to Sustainable Accessibility: Can We Avoid a New Tragedy of the Commons? IN: Donald G. Janelle und David C. Hodge [Hrsg.]: Advances in Spatial Science, Berlin/ Heidelberg: Springer

D

Dalton, Russell J. (2007): The Good Citizen: How a Younger Generation is Reshaping American Politics, o. A.: CQ Press

Deutscher Bundesjugendring [Hrsg.] (2012): ePartizipation –Beteiligung im und mit dem Internet, o. A.

Aufgerufen von:

https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Positionen/2012/2012_DBJR-Position85_epartizipation_web.pdf

Letzter Zugriff: 13.04.2017

Danielzyk, Rainer; Knieling, Jörg; Hanebeck, Kerstin; Reitzig, Frank (2003): Öffentlichkeitsbeteiligung- bei Programmen und Plänen der Raumordnung: Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung [Hrsg.] (2003): Forschungen Heft 113, Bonn: Selbstverlag

Deutsches Jugendinstitut [Hrsg.] (2003): Partizipation im Kontext erzieherischer Hilfen – Anspruch und Wirklichkeit. Eine empirische Studie Projekt: Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen, München

Aufgerufen von:

https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs/64_2189.pdf

Letzter Zugriff: 02.07.2019

Diekmann, Andreas (2012): Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 6. Auflage, Reinbek: rohwolts enzyklopädie

Diekmann, Andreas (2016): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 10. Auflage, Hamburg: rohwolts enzyklopädie

Dresing, Thorsten; Pehl, Thorsten (2013): Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse. Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende. 5. Auflage, Marburg

Aufgerufen von:

www.audiotranskription.de/praxisbuch

Letzter Zugriff: 19.10.2017

E

Edwards Rosalind; Holland, Janet (2013): What is qualitative interviewing?, New York, London

Aufgerufen von:

http://eprints.ncrm.ac.uk/3276/1/complete_proofs.pdf

Letzter Zugriff: 19.10.2017

Eichholz, Reinald (2001): Verstetigung einer Beteiligungskultur? – Politische und rechtliche Rahmenbedingungen. IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen – Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf>

Letzter Zugriff: 31.08.2017

Eisel, Stephan (2016): Technikfaszination braucht Demokratiekompetenz: Zur Jugendbeteiligung im Internet. IN: Tremmel, Jörg; Rutsche, Markus [Hrsg.] (2006): Jugendbeteiligung junger Menschen

(Grundlagen - Perspektiven, Fallstudien), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Engelfried, Constance (2001): Wer kann mitmachen? Partizipationsansätze für unterschiedliche Zielgruppen. IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen – Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinder->

[beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf](https://www.kinder-beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

Letzter Zugriff: 31.08.2017

Ertelt, Jürgen (2012): Mehr Beteiligung realisieren durch digitale Medien und Internet. ePartizipation schafft gestaltende Zugänge für Jugendliche zur Demokratieentwicklung. IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Europäische Kommission (2011): Kinderrechte in der EU; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Eine EU-Agenda für die Rechte des Kindes.

Aufgerufen von:

<https://www.kinderrechte.gv.at/kinderrechtekonvention/kinderrechte-in-der-eu/>

F

Fatke, Reinhard (2007): Kinder- und Jugendpartizipation im wissenschaftlichen Diskurs. In BertelsmannStiftung [Hrsg.]: Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze, Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung

Fatke, Reinhard; Schneider, Helmut. (2007): Die Beteiligung junger Menschen in Familie, Schule und am Wohnort. IN: BertelsmannStiftung [Hrsg.]: Kinder- und Jugendbeteiligung, Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung

FGSV- Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (2012): Hinweise zur Beteiligung und Kooperation in der Verkehrsplanung, Köln: FGSV Verlag

Flick, Uwe; von Kardorff, Ernst; Steinke, Ines [Hrsg.] (2012): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. 9. Auflage, Reinbek: Rowohlt-Taschenbuch

Flick, Uwe (2012): Qualitative Sozialforschung: Eine Einführung. 5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Reinbek: rowohlt's enzyklopädie

Flügge, Erik (2015): E-Partizipation: Die Illusion von der einen Plattform, o. A.

Aufgerufen von:

<http://www.partizipations-blog.de/2015/01/e-partizipation-die-illusion-von-der-einen-plattform/>

Letzter Zugriff: 25.01.2018

Flyvbjerg, Bent (2006): Five Misunderstandings About Case-Study Research, *Qualitative Inquiry*, vol. 12, no. 2, April 2006

Aufgerufen von:

<https://arxiv.org/ftp/arxiv/papers/1304/1304.1186.pdf>

Letzter Zugriff: 06.01.2020

Flyvbjerg, Bent (2011): Case Study. IN: Denzin, Norman K.; Lincoln, Yvonna S. [Hrsg.]: *The Sage handbook of qualitative research*, Thousand Oaks: SAGE

Fung, Archon; Wright, Erik Olin (2004): *Deepening Democracy: Institutional Innovations in Empowered Participatory Governance*, London: Verso

Fürst, Dietrich; Scholles, Frank. (2008): Partizipative Planung. IN: Fürst, D., Scholles, F. [Hrsg.] (2008): *Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung*, Dortmund: Dorothea Rohn

G

Gabriel, Oscar W. (1997): Bürger und Politik in Deutschland. Politische Einstellungen und politisches Verhalten. IN: Gabriel, Oscar W., ; Holtmann, Everhard [Hrsg.]: *Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland*. München: Oldenbourg

Gaiser, Wolfgang; Gille, Martina (2015): Früh übt sich: Startbedingungen für lebenslange Partizipation. IN: Harles, Lothar; Lange, Dirk [Hrsg.] (2015): *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?*, Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag

Ganguin, Sonja; Sander, Uwe (2005): Medienökologie. IN: Mikos, Lothar/Wegener, Claudia [Hrsg.]: *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch*, Konstanz: UVK | UTB

Gastel (2016): *Wie ticken Jugendliche in Sachen Mobilität?*, Berlin

Aufgerufen von:

<http://www.matthias-gastel.de/wie-ticken-jugendliche-in-sachen-mobilitaet/>

Letzter Zugriff: 28.03.2019

Geißel, Brigitte (2008): Wozu Demokratisierung der Demokratie? – Kriterien zur Bewertung partizipativer Arrangements. IN: Vetter, Angelika [Hrsg.] (2008): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Geißel, Brigitte (2015): Mitwirkung für alle? Thesen zur politischen Ungleichheit. IN: Harles, Lothar; Lange, Dirk [Hrsg.] (2015): *Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?*, Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag

Gemeinschaftsaktion „Niedersachsen – Ein Land für Kinder“ Geschäftsstelle [Hrsg.] (202): Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Eine Arbeitshilfe für die Praxis, Hannover: o. V.

Gerike, Regine (2005): Wie kann das Leitbild nachhaltiger Verkehrsentwicklung konkretisiert werden? Ableitung grundlegender Aufgabenbereiche. Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades: Doktoringenieur (Dr.-Ing.) an der Technischen Universität Dresden. Fakultät Verkehrswissenschaften, Dresden: o. V.

Gessenharter, Wolfgang (2012): Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligungen – Theorie und Praxis. IN: Braun, Stephan/ Geisler, Alexander [Hrsg.] (2012): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden: SpringerVS

Gewerkschaft der Polizei (o. J.): MOBBING am Arbeitsplatz, Hilden: Wölfer

Aufgerufen von:

[https://www.gdp.de/gdp/gdpbw.nsf/res/D1C64734912D5F08C12580C0002E161C/\\$file/ArbeitshilfeMobbing.pdf](https://www.gdp.de/gdp/gdpbw.nsf/res/D1C64734912D5F08C12580C0002E161C/$file/ArbeitshilfeMobbing.pdf)

Letzter Zugriff: 07.04.2020

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse, Wiesbaden: SpringerVS

Godwerth-Pollmann, Thelse (2007): Jugend und Politik: Wie können Parteien die Partizipation Jugendlicher fördern? Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie durch die Philosophische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf: o. V.

Goodin, Robert E. (2008): Innovating Democracy. Democratic Theory and Practice After the Deliberative Turn, Oxford: Oxford University Press

Greco, Alyssa L; Völckler, Matthias (2018): Mixed Methods. IN: Maier Maja, Keßler Catharina., Deppe Ulrike, Leuthold-Wergin Anca, Sandring Sabine (HRSG.): Qualitative Bildungsforschung. Studien zur Schul- und Bildungsforschung, vol 68., Wiesbaden: Springer VS

Große Hüttmann, Martin; Wehling, Hans-Georg (2013): Das Europalexikon. 2. aktualisierte Auflage, Bonn: Dietz

Growe, Anna; Heider, Katharina; Lamker, Christian; Paßlick, Sandra; Terfrüchte, Thomas [Hrsg.] (2012): Arbeitsberichte der ARL 3. Polyzentrale Stadtregionen – Die Region als planerischer Handlungsraum, Hannover

Aufgerufen von:

https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_003/ab_003_gesamt.pdf

Letzter Zugriff: 18.12.2017

H

Hamedinger, Alexander (2010): Partizipation in der Raumentwicklung- eine Frage von „politischer Kultur“ und „Good Governance“? IN: Zech, Sybilla [Hrsg.] (2010): Partizipativ planen- Raum entwickeln. FORUM Raumplanung 18, Wien: Lit-Verlag

Hart, Roger (1997): Children's participation: the theory and practice of involving young citizens in community development and environmental care, New York/London: Routledge

Hebestreit, Ray; Korte, Karl-Rudolf (2015): Partizipation und politisches Entscheiden. Politische Beteiligung im Kontext aktueller Entscheidungszumutungen in der Politik. IN: Harles, Lothar; Lange, Dirk [Hrsg.] (2015): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?, Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag

Helms, Ludger (2007): Die Institutionalisierung der liberalen Demokratie: Deutschland im internationalen Vergleich. Studien zur Demokratieforschung. 1. Auflage, Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag

Herrenknecht, Albrecht; Tschöke, Thomas (2009): Das Dorf als sozialräumlicher Untersuchungs-ort — Konzeptionelle Auswertung ländlicher Jugendbildungsarbeit der 1970er und 1980er Jahre, Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH

Herrmann, Heike (2002): Bürgerforen-ein lokalpolitisches Experiment der Sozialen Stadt, Opladen: Leske+Budrich

Herzog - Raschle, Yvonne (1991): Freizeitpädagogik als Problem. Eine theoretische und empirische Untersuchung, Zürich: ADAG

Hitzler, Ronald; Gothe, Miriam [Hrsg.] (2015): Ethnographische Erkundungen, Erlebniswelten. Wiesbaden: Springer Fachmedien

Howell, Jude (2002): Civil Society & Development: A Critical Exploration. Boulder: Lynne Rienner Publishers Inc.

Hug, Theo; Poscheschnik, Gerald (2015): Empirisch forschen. Die Planung und Umsetzung von Projekten im Studium. 2. Auflage, Konstanz: UTB

Hummel, Konrad (2015): Neuvermessung der Bürgerbeteiligung- Stadtentwicklung und Konversion. 1. Auflage, Baden-Baden: Nomos

Hurrelmann, Klaus (2007): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung; 9. aktualisierte Auflage, München: Beltz

Hüther, Gerald (2013): Kommunale Intelligenz: Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden, Hamburg: Edition Körber

I

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2011): Partizipation vor Ort. Endbericht. Im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Kooperation mit der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt und der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration,

15. Dezember 2011, Berlin

Aufgerufen von:

http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Studien/2012-partizipation-vor-ort.pdf;jsessionid=4FDE73BAE57A3B0CBC29E683A548A39B.1_cid368?__blob=publicationFile

Letzter Zugriff: 01.03.2019

Initiative Allianz für Beteiligung e.V. Bürgerentscheide [Hrsg.] (2018): Mitmachen & Entscheiden. Bürgerentscheide im Dialog gestalten, Stuttgart

Aufgerufen von:

https://www.mitentscheiden.de/fileadmin/user_upload/BW/2018-08-22_BW_Broschuere_Mitmachen_Entscheiden_WEB_180604.pdf

Letzter Zugriff: 22.08.2019

Institut für Verkehrsplanung und Logistik [Hrsg] (2019): UrbanRural SOLUTIONS Innovationen im regionalen Daseinsvorsorgemanagement durch Unterstützung von interkommunalen Kooperationen, Hamburg: Münsterscher Verlag für Wissenschaft

J

Jakubowski, Peter; Herz, Sabine; Jacob, Andreas; Pauly, Martina (2005): Effizientere Stadtentwicklung durch Kooperation? Abschlussbericht zum ExWoSt-Forschungsfeld "3stadt2 - Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung", Bonn: Selbstverlag

Jörke, Dirk (2010): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, o. A.

Aufgerufen von:

<http://www.lak-mv.de/doku110528/joerke-material.pdf>

Letzter Zugriff: 07.06.2017

Jugend für Europa. Deutsche Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION (2010) Partizipation junger Menschen. Nationale Perspektiven und europäischer Kontext. Special Band 6, Bonn: o. V.

K

Kaase, Max (1992): Vergleichende politische Partizipationsforschung. IN: Berg-Schlosser, Dirk; Mueller-Rommel, Ferdinand [Hrsg.] (1992): Vergleichende Politikwissenschaft. 2. Auflage, Opladen: Leske+Budrich

Kaase, Max (1995): Partizipation. IN: Nohlen, Dieter [Hrsg.] (1998): Wörterbuch Staat und Politik, 3. überarbeitete Auflage, München: Springer

Kaiser, Robert (2001): Bürger und Staat im virtuellen Raum – E-Government in deutscher und internationaler Perspektive. IN: Siedschlag, Alexander; Bilgeri, Alexander; Lamatsch, Dorothea [Hrsg.] (2001): Kursbuch Internet, Politik und Verwaltung. Band 1: Elektronische Demokratie und virtuelles Regieren, Opladen: Leske+Budrich

Karbach, Nadine (2012): ePartizipation und Europa- Die Jugend im Blick. IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Kersting, Norbert (2015): Das Zeitalter politischer Beteiligung. IN: Harles, Lothar; Lange, Dirk [Hrsg.] (2015): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?, Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag

Ketter, Verena (2012): Internetgestützte Beteiligungsprozesse in der Jugendarbeit. IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Keutz, Jürgen; Fahrwald, Joachim; Wittmann, Dieter; Dick, Wolfgang (2001): Zukunft im Quartier - Perspektiven nachhaltiger Stadtentwicklung und die Rolle der Jugend, o. A.

Aufgerufen von:

http://www.memo-consulting.de/Studie_BBR.pdf

Letzter Zugriff: 04.09.2017

Kinder, Peter (2016): Not in My Backyard Phenomenon (NIMBY)

Aufgerufen von:

<https://www.britannica.com/topic/Not-in-My-Backyard-Phenomenon>

Letzter Zugriff: 14.11.2017

Klages, Helmut (2007): Beteiligungsverfahren und Beteiligungserfahrungen, Bonn: o. V.

Klages, Helmut; Vetter, Angelika (2013): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, Berlin: edition

sigma

Knauer, Raingard (2002): Beteiligung in der Kommune. IN: BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Hrsg.] (2002): Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gesellschaftliche Utopie? Ideale - Erfahrungen - Perspektiven. Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin: o. V.

Knauer, Raingard (2004): Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune: vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Knauer, Rainard; Sturzenhecker, Benedikt (2005): Partizipation im Jugendalter. IN: Hafener, B.; Jansen, M. M., Niebling, T. [Hrsg.]: Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen, Opladen: Verlag Barbara Budrich

Konrad, Kathrin; Wittowsky, Dirk (2016): Digitalisierung der Lebenswelten junger Menschen – der Zusammenhang von virtueller und physischer Mobilität. IN: ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH [Hrsg.] (2016): ILS-Trends. Ausgabe. 1/16, Dortmund: o. V.
Aufgerufen von:
https://www.ils-forschung.de/files_publicationen/pdfs/ILS-TRENDS_1_16.pdf
Letzter Zugriff: 22.01.2020

Koop, Alexander (2010): Leitfaden Online- Konsultation. Praxisempfehlung für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet, Berlin
Aufgerufen von:
https://digital.zlb.de/viewer/content?action=application&sourcepath=33655831/Online_Konsultation.pdf&format=pdf
Letzter Zugriff: 20.08.2017

Kotulla, Thomas (2012): Strategien der internationalen Produktstandardisierung und – differenzierung, Dortmund: Gabler Verlag,

Krappmann, Lothar (2001): Demokratie lernen? Lern- und Bildungsprozesse in Beteiligungsmodellen. IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen – Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin
Aufgerufen von:
<https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf>
Letzter Zugriff: 31.08.2017

Krappweis, Stefan (o. J.): Formelle und informelle Instrumente der Raumplanung, o. A.
Aufgerufen von:
http://planung-tu-berlin.de/Profil/Formelle_und_Informelle_Planungen.htm
Letzter Zugriff: 18.09.2019

Krautzberger, Michael (2013): Wie steht es mit der Bürgerbeteiligung im Planungsrecht – braucht es neue Anstöße?, o. A.
Aufgerufen von:
http://www.krautzberger.info/assets/2012/03/0_fub_2_13_Krautzberger.pdf
Letzter Zugriff: 18.12.2017

Kromrey, Helmut (2006): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung; 11. überarb. Auflage. Stuttgart, Lucius & Lucius Verlag

Kropp, Thomas (2013): Brandenburg beteiligt sich! Brandenburg auf dem Weg zu einer Kinder- und Jugendbeteiligungskultur. IN: LAG Mobile Jugendarbeit / Streetwork Brandenburg e.V. [Hrsg.] (2013) Mitmischen. Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört. Erfahrungen und Erfolge von Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburger Kommunen. 1. Auflage. Dezember 2013, Potsdam: o. V.

Krotz, Friedrich (2007): Mediatisierung: Fallstudien zum Wandel von Kommunikation, Wiesbaden: VS

Kubicek, Herbert (2014): Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick. IN: Voss, Kathrin (2014): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden: SpringerVS

Kuhn, Frank (2006): Elektronische Partizipation. Digitale Möglichkeiten- Erklärungsfaktoren- Instrumente, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Küpper, Patrick (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume. IN: Thünen Working Paper 68, Braunschweig: o. V.

Aufgerufen von:

https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn057783.pdf

Letzter Zugriff: 12.05.2020

Kutscher, Nadia; Ahrens, Wiebke; Franken, Rabea; Niemann, Klara-Maria; Leggewie, Leonie, Vahnebruck, Katharina (2015): Politische Netzwerkaktivitäten junger Menschen. IN: Technische Universität Dortmund FK12, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V. [Hrsg.] (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 -Chancen, Grenzen, Herausforderungen-, Dortmund: o. V.

L

Lamker, Christian (2014): Fallstudien; Materialien „Studium und Projektarbeit“. TU Dortmund, Dortmund

Aufgerufen von:

https://www.raumplanung.tu-dortmund.de/fileadmin/Dateien/Website_neu/Studium/Gelbe_Reihe/GR11_Fallstudien.pdf

Letzter Zugriff: 13.08.2019

Landesjugendring Hamburg [Hrsg.] (o. J.): Partizipation als Stufenmodell Stufen der Beteiligung nach Roger Hart (1992) und Wolfgang Gernert (1993), o. A.

Aufgerufen von:

https://www.lragap.de/media/files/lra_kjf_koja/Leitermodell_Beteiligung_mit_Beschreibung.pdf

Letzter Zugriff: 04.09.2019

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Fachbereich Jugend und Politik [Hrsg.] (2018): STUDIE Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg 2018. Stuttgart

Aufgerufen von:

<https://www.lpb->

[bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/bausteine_materialien/studie_jugendbeteiligung_2018.pdf](https://www.lpb-bw.de/fileadmin/lpb_hauptportal/pdf/bausteine_materialien/studie_jugendbeteiligung_2018.pdf)

Letzter Zugriff: 04.09.2019

Lange, Mirja; Sass, Erich; Thuilot, Mareike (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 -Chancen, Grenzen, Herausforderungen-. Dortmund: Eigenverlag Forschungsverbund DJI/TU Dortmund an der Fakultät 12 der Technischen Universität Dortmund

Lehmann, Manfred (2003): Verhaltens- und Verhältnisprävention. IN: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung – BZgA [Hrsg.] (2003). Leitbegriffe der Gesundheitsförderung. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden der Gesundheitsförderung. 4. Auflage, Schwabenheim a. d. Selz: o. V.

Lenz, Karl; Schlinzig, Tino; Stephan, Christina; Lehmann, Matthias; Fehser, Stephan (2012): Lebenslagen Dresdener Mädchen und Jungen. Dritte Dresdener Kinderstudie 2012, Dresden

Aufgerufen von:

<https://tu->

[dres-](https://tu-dres-)

[den.de/gsw/phil/iso/mik/ressourcen/dateien/forsch/Kinderstudie/3DDKS__Bericht_130426?lang=de](https://tu-dresden.de/gsw/phil/iso/mik/ressourcen/dateien/forsch/Kinderstudie/3DDKS__Bericht_130426?lang=de)

Letzter Zugriff: 17.04.2019

Lobe, Adrian (2018): Soll man das «Recht auf Vergessen» lieber vergessen?, o. A.

Aufgerufen von:

<https://medienwoche.ch/2018/06/05/soll-man-das-recht-auf-vergessen-lieber-vergessen/>).

Loosveldt, Geert (2008): Face-to-face interviews. IN: De Leeuw, E.D.; Hox, J.J.; Dillman, D.A. [Hrsg.] (2008): International Handbook of Survey Methodology, New York: Routledge

Loy, Theresa (2016): Gütekriterien – Objektivität Reliabilität Validität, o. A.

Aufgerufen von:

<https://statistik-und-beratung.de/2016/03/2552/>

Letzter Zugriff: 17.04.2019

Lüdecke, Gesa; Schulz, Daniel (2011): (Neue) Medien, Partizipation und nachhaltige Entwicklung. IN: Heinrichs, Harald; Kuhn, Katina; Newig, Jens (2011): Nachhaltige Gesellschaft, Welche Rolle für Partizipation und Kooperation?. Wiesbaden: Springer VS

Lüders, Christian (2001): Teilnehmende Beobachtung. IN: Bohnsack, Ralf; Marotzki, Winfried; Meuser, Michael [Hrsg.] (2001): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen: Springer VS

Lutz, Klaus (2012): Exzessive Mediennutzung als Voraussetzung von e-Partizipation. Ein Dilemma- oder die Verhinderungsmechanismen der ePartizipation. IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Aufgerufen von:

http://www.gmk-net.de/fileadmin/pdf/partizipation_reichert_panek.pdf

Letzter Zugriff: 10.12.2017

M

Magistrat der Stadt Wien [Hrsg.] (2012): Praxisbuch. Gemeinsam die Stadt entwickeln. Partizipation, Wien

Aufgerufen von:

<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf>

Letzter Zugriff: 15.08.2017

Maier-Rabler, Ursula; Huber, Stefan; Schmid, Astrid (2012): Demokratieförderung durch soziale Online-Netzwerke. Politische Partizipation lernen im Web 2.0. IN: Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung [Hrsg.] (2012): Medien und Politik. Bd. 35, Wien: o. V.

Martini, Mario; Fritzsche, Saskia (2015): Kompendium Online-Bürgerbeteiligung. Rechtliche Rahmenbedingungen kommunaler Beteiligungsangebote im Internet. Version 1.1, München: o. V.

Matthes, Gesa [Hrsg.] (2020): UrbanRural SOLUTIONS. Innovationen im regionalen Daseinsvorsorgemanagement durch Unterstützung von interkommunalen Kooperationen. IN: Harburger Berichte zur Verkehrsplanung und Logistik. Schriftenreihe des Instituts für Verkehrsplanung und Logistik Band 20. Hamburg: Münsterscher Verlag für Wissenschaft

Mayring, Philipp (2002): Einführung in die qualitative Sozialforschung. 5. Auflage, Weinheim: Beltz

Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage, Weinheim: Beltz

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2016): JIM 2016 Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12-bis 19-Jähriger in Deutschland, o. A.

Aufgerufen von:

https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2016/JIM_Studie_2016.pdf

Letzter Zugriff: 16.03.2018

MPFS - Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2018): KIM-Studie 2018. Kindheit, Internet, Medien. Basisstudie zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland

Aufgerufen von:

https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/KIM/2018/KIM-Studie_2018_web.pdf

Letzter Zugriff: 29.10.2019

MPFS - Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2018): JIM 2018 Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisstudie zum Medienumgang 12-bis 19-Jähriger in Deutschland, o. A.

Aufgerufen von:

https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2016/JIM_Studie_2016.pdf

Letzter Zugriff: 01.07.2019

Meinold-Henschel, Sigrid (2007) Räume eröffnen im demokratischen Gemeinwesen. IN: Bertelsmannstiftung [Hrsg.] (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsland und Handlungsansätze, Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung

Meinold-Henschel, Sigrid; Schack, Stephan (2008). IN: Henschel, Angelika; Krüger, Rolf; Schmitt, Christof; Stange, Waldemar [Hrsg.] (2008): Jugendhilfe und Schule. Handbuch für eine gelingende Kooperation. 1. Auflage, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften

Meunier, Corinne (2006): Öffentlichkeitsbeteiligung in der Bauleitplanung: Bedeutung der Aarhus-Konvention und der ihrer Umsetzung dienenden EU-Richtlinien, Dortmund: Verlag für Architektur,

Bau- und Planungsliteratur

Meuser, Michael; Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. IN: Garz, Detlev; Kraimer, Klaus [Hrsg.] (1991): Qualitativ-empirische, Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen: SpringerVS

Meyer, Thomas (2002): Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede, Frankfurt am Main: Novo Argumente Verlag

Meyer, Bernhard (1999): Spielraumrisiko. Stadtentwicklung mit Kindern, Griesheim: Verlag V. Bassenauer

MFFJIV- Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen [Hrsg.] (2015): 2. Kinder- und Jugendbericht Rheinland-Pfalz. Respekt! Räume! Ressourcen!, Mainz: o. V.

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (2014): Bürgerleitfaden. Beteiligung bei Planung und genehmigungsverfahren, Düsseldorf: o. V.

Aufgerufen von:

[https://www.bezreg-](https://www.bezreg-muens-)
[muens-](https://www.bezreg-muens-)

ter.de/zentralablage/dokumente/service/oeffentlichkeitsbeteiligung/DsZ_Buergerleitfaden_Webversion.pdf

Letzter Zugriff: 04.05.2020

Mieg, Harald; Näf, Matthias (2005): Experteninterviews; 2. Auflage, Institut für Mensch-Umwelt-Systeme (HES), ETH Zürich, Zürich: o. V.

Mollenkopf, Heidrun (2002): Mobilität und Lebensqualität im Alter — Objektive Voraussetzungen und subjektive Bedeutung in der mobilen Gesellschaft. IN: Glatzer W., Habich R., Mayer K.U. (eds) (2002): Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung, o. A.: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Moser, Miriam (2014): Jugendbeteiligung an Politik weltweit fördern, o. A.

Aufgerufen von:

<https://www.alumniportal-deutschland.org/global-goals/sdg-16-frieden/jugendbeteiligung-partizipation/>

Letzter Zugriff: 20.04.2017

N

Nagel, André (2012): Das Netz als Chance zur Beteiligung von politikfernen Jugendlichen? IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: o. V.

Nanz, Patrizia ; Fritsche, Miriam (2012): Bürgerhaushalte, Bürgerräte, Zukunftskonferenzen und Planungszellen, Bonn: o. V.

Naßmacher, Hilturd; Naßmacher, Karl-Heinz (1999): Kommunalpolitik in Deutschland, Oldenburg: SpringerVS

Newig, Jens; Fritsch, Oliver (2006): Effektivität von Beteiligungsprozessen. IN:Matthies, Michael [Hrsg.] (2006): Beiträge des Instituts für Umweltsystemforschung der Universität Osnabrück. Beitrag Nr. 34, Osnabrück: o.V.

Aufgerufen von:

<https://www.usf.uni-osnabrueck.de/fileadmin/DE/Institut/Publikationen/Schriftenreihe/034-newig-fritsch-seminar.pdf>

Letzter Zugriff: 28.04.2020

Newton, Kenneth; Giebler, Heiko (2008): Patterns of Participation: Political and Social Participation in 22 special – Band 6. Nations. Discussion Paper SP IV 2008-201. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin: WZB

Niedermayer, Oskar (2001): Bürger und Politik. Politische Orientierung und Verhaltensweisen der Deutschen. Eine Einführung. 1. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Nielsen, Jakob (2006): The 90-9-1 Rule for Participation Inequality in Social Media and Online Communities, o. A.

Aufgerufen von:

<https://www.nngroup.com/articles/participation-inequality/>

Letzter Zugriff: 01.10.2018

Nieto-Tröger, Oliver; Rodoniklis, Wasilios; Weisheit, Jens; Zander, Daniel (2008): Politisches Interesse von Jugendlichen: Eine Fallstudie in Düsseldorf. Unveröffentlichte Projektarbeit an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf: o. V.

O

Ochtendung, Bernd (1998): Die Zulassung des vorzeitigen Beginns im Umweltrecht. 1. Auflage, Berlin: Duncker & Humblot GmbH

Ohl, Ulrike (2009): Spielraumerweiterung Institutionelle Rahmenbedingungen und Akteursstrategien

in der großstädtischen Stadtteilentwicklung unter Einbezug von Kindern und Jugend; Von der Pädagogischen Hochschule Heidelberg zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Philosophie (Dr. phil.) genehmigte Dissertation, Speyer am Rhein

Aufgerufen von:

https://opus.ph-heidelberg.de/files/26/Diss_Ohl_Onlineveroeff_15_9_09.pdf

Letzter Zugriff: 13.09.2017

Olk, Thomas; Roth, Roland (2007): Zum Nutzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. IN: Bertelsmannstiftung [Hrsg.] (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsland und Handlungsansätze, Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung

Otto, Hans-Uwe; Kutscher, Nadia; Klein, Alexandra; Iske, Stefan (2004): Soziale Ungleichheit im virtuellen Raum: Wie nutzen Jugendliche das Internet? Erste Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu Online-Nutzungsdifferenzen und Aneignungsstrukturen von Jugendlichen. Publikation im Rahmen der Bundesinitiative Jugend ans Netz, o. A.

Aufgerufen von:

www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=14282.htm

Letzter Zugriff: 21.02.2019

P

Paust, Andreas (2016a): Was ist Bürgerbeteiligung? Bürgerbeteiligung – Öffentlichkeitsbeteiligung – Partizipation, o. A.

Aufgerufen von:

<https://partizipendium.de/was-ist-buergerbeteiligung/>

Letzter Zugriff: 02.01.2020

Paust, Andreas (2016b): Grundlagen der Bürgerbeteiligung, Materialsammlung für die Allianz Vielfältige Demokratie (2016), o. A.

Paust, Anderas (2016c): Wann gilt Partizipation als „erfolgreich“? – Überforderung durch viel Beteiligung?

Aufgerufen von:

<https://partizipendium.de/wann-gilt-partizipation-als-erfolgreich-und-ueberforderung-durch-viel-beteiligung/>

Letzter Zugriff: 21.04.2020

Petersen, Klaus (2002): Partizipation. IN: Schröer, Wolfgang; Struck, Norbert; Wolff, Mechthild [Hrsg.] (2002): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim und München: Juventa Verlag.

Pickel, Gerd (2002): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Stuttgart hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Stuttgart

Pötzsch, Horst (2009): Die Deutsche Demokratie. 5. überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Pott, Elisabeth; Lehmann, Erik (2002): Interventionen zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen. IN: Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung. Band 22. Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte. Köln: o. V.

Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community, New York: SpringerVS

R

Richter, Ingo (2001): Begrüßung. IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie?

Ideale – Erfahrungen – Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

<https://www.kinder->

[beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf](https://www.kinder-beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

Letzter Zugriff: 31.08.2017

Richter, Ingo (2007): Kinderrechte- normativer Rahmen für die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. IN: Bertelsmannstiftung [Hrsg.] (2007): Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsland und Handlungsansätze, Gütersloh: Verlag Bertelsmannstiftung

Richter, Saskia (2012): Hinweise zur Formulierung von Thesen, Hypothesen und Leitfragen, o. A.

Aufgerufen von:

https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialwissenschaften/Dateien_Sozialwissenschaften/Material_fuer_Studierende/Hinweise_zur_Thesenbildung.pdf

Letzter Zugriff: 16.04.2019

Rohr, Sascha (2012): Die Angst vor dem mündigen Bürger. Bürgerbeteiligung ist das Gebot der Stunde, doch bei der Umsetzung tun sich Politik und Institutionen schwer, o. A.

Aufgerufen von:

<http://www.partizipativ-gestalten.de/die-angst-vor-dem-muendigen-buerger/>

Letzter Zugriff: 25.10.2017

Roth, Roland (2011): Durch Beteiligung zur Bürgerdemokratie. IN: Beck, Kurt; Ziekow, Jan [Hrsg.] (2011): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag

Rumpf, Hans-Jürgen; Meyer, Christian; Kreuzer, Anja; John, Ulrich (2011): Prävalenz der Internetabhängigkeit. Bericht an das Bundesministerium für Gesundheit; Lübeck

Aufgerufen von:

http://drogenbeauftragte.de/fileadmin/dateien-dba/DrogenundSucht/Computerspiele_Internetsucht/Downloads/PINTA-Bericht-Endfassung_280611.pdf

Letzter Zugriff: 16.03.17

S

Sander, Wolfgang (2013): Sachanalyse. IN: Bundeszentrale für politische Bildung (2013): Forschen mit Grafstat. Partizipation vor Ort

Aufgerufen von:

<https://www.bpb.de/lernen/grafstat/partizipation-vor-ort/155200/sachanalyse?p=0>

Letzter Zugriff: 28.04.2020

Schaaf-Derichs, Carola; Munsch, Chantal (2019): Bürgerschaftliches Engagement. Wie wichtig ist Ehrenamt für unser Zusammenleben? Im Gespräch; Beitrag vom 21.09.2019

Aufgerufen von:

https://www.deutschlandfunkkultur.de/buergerschaftliches-engagement-wie-wichtig-ist-ehrenamt.970.de.html?dram:article_id=458701

Letzter Zugriff: 09.01.2020

Schäfer, Karl-Heinz (2009): Öffentlichkeitsarbeit in der Verkehrsplanung. Nr. 3.4.18.1. IN: Brächer,

Tilman; Holzapfel, Helmut; Kiepe, Folkert; Lehmbrock, Michael; Reutter, Ulrike; Haag,

Martin [Hrsg.] (2009): Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung. 53. Ergänzungslieferung 05/09, o. A.: Beck

Sharot, Tali (2017): Die Meinung der anderen. Wie sie unser Denken und Handeln bestimmt – und wie wir sie beeinflussen; München: Siedler-Verlag

Schiller, Theo; Mittendorf, Volker (2013): Direkte Demokratie. Forschung und Perspektiven, o. A.: Westdeutscher Verlag

Schmidt, Jan-Hinrik (2015): Politische Sozialisation und Partizipation von Jugendlichen im Internet. IN: Technische Universität Dortmund FK12, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V. [Hrsg.] (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 -Chancen, Grenzen, Herausforderungen-, Dortmund: o. V.

Schmidt, Janina; Dunger, Christine, Schulz, Christian (2015): Was ist „Grounded Theory“?. IN: Palliative Care und Hospiz. Eine Grounded Theory, Berlin

Aufgerufen von:

https://www.springer.com/cda/content/document/cda_downloaddocument/9783658076634-c1.pdf?SGWID=0-0-45-1487546-p177203690

Letzter Zugriff: 04.06.2018

Schneider, Gerd; Toyka-Seid, Christiane (2019): Das junge Politik-Lexikon von www.hanisauland.de, Bonn

Aufgerufen von:

<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/239951/fake-news>

Letzter Zugriff: 22.08.2019

Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke (2013): Methoden der empirischen Sozialforschung. 10. überarbeitete Auflage, München: Oldenbourg

Scholl, Bernd; Elgendy, Hany; Nollert, Marcus (2007): In Deutschland bestimmt die bundesstaatliche Ordnung mit den drei Ebenen Bund, Land und Gemeinde das System der räumlichen Planung. Schriftenreihe des Institut für Städtebau und Landesplanung an der Universität Karlsruhe. Band 35, Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe

Schorb, Bernd; Theunert, Helga (2000): Kontextuelles Verstehen der Medienaneignung. IN: Paus-Haase, Ingrid/Schorb, Bernd [Hrsg.] (200): Qualitative Kinder- und Jugend-Medienforschung. Theorie und Methoden: ein Arbeitsbuch, München: SpringerVS

Schrepel, Marcel (2015): Zielgruppenbestimmung – 10 Tipps zu Kriterien & Methodik. IN: SEO & Online Marketing, Berlin

Aufgerufen von:

<http://marcel-schrepel.biz/2015/07/zielgruppenbestimmung-10-tipps-zu-kriterien-methodik.html>

Letzter Zugriff: 17.05.2017

Schubert, Klaus; Klein, Martina (2001): Stichwort „Partizipation“. IN: Das Politiklexikon, Bonn: Dietz

Aufgerufen von:

<http://www.bpb.de/lernen/grafstat/partizipation-vor-ort/142534/m-01-08-definiton-von-partizipation>

Letzter Zugriff: 30.09.2015

Selle, Klaus [Hrsg.] (1996): Planung und Kommunikation: Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft: Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden und Berlin: Bauverlag GmbH

Selle, Klaus (2006): Ende der Bürgerbeteiligung? Geschichten über den Wandel eines alten Bildes. IN: Selle, Klaus [Hrsg.] (2006): Zur räumlichen Entwicklung beitragen: Konzepte, Theorien, Impulse, Dortmund: Dorothea Rohn

Selle, Klaus (2010): Partizipation – ein Leitbegriff im Wandel. IN: Henckel, Dietrich; Kester, von Kuczkowski; Lau, Petra; Pahl-Weber, Elke; Stellmacher, Florian [Hrsg.] (2010): Planen – Bauen – Umwelt: Ein Handbuch. 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Selle, Klaus (2012): Particitainment oder: Beteiligen wir uns zu Tode?. Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird, Aachen

Aufgerufen von:

http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/3_2011/selle_particitainment.pdf

Letzter Zugriff: 18.05.2017

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus: Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte, Detmold: Dorothea Rohn

Seubert, Christopher-Martin F. (2010): Build, Ally or Acquire: Die strategische Entscheidung über den Entwicklungsweg (Planung, Organisation und Unternehmungsführung). Köln: Josef Eul

Siefken, Annika; Dwertmann, Anne; Gerstmann, markus; Lidice Haus Jugendbildungsstätte Bremen gGmbH [Hrsg.] (2013): Stadtteilcheckerin. Handreichung zum Projekt „Stadtteilchecker_in“, Bremen

Aufgerufen von:

http://jubis-bremen.de/toleranz/admin/attachviewer.php?typ=topic&dateiorig=Endversion%20-%20Handreichung%20Stadtteilchecker_in%20-%20aktuell.pdf&dateiverzeichnis=216287&dateiname=ccb5c6d8300de29daa82f9609f200727

Letzter Zugriff: 15.05.2017

Sommer, Rudolf; Unholzer, Gerhard; Wiegand, Erich (1999): Standards zur Qualitätssicherung in der Markt- und Sozialforschung. Ausgabe Oktober 1999, Frankfurt am Main

Aufgerufen von:

http://www.adm-ev.de/fileadmin/user_upload/PDFS/QUALI.PDF

Letzter Zugriff: 21.02.2018

Sommer, Jörg (2015): Zielgruppen von Bürgerbeteiligung. IN: Berlin Institut für Partizipation.

Nachrichten und Analysen zu Partizipation, Bürgerbeteiligung, Demokratie. Veröffentlicht am 22. Juli 2015, Berlin

Aufgerufen von:

<http://bblog.de/zielgruppen-von-buergerbeteiligung/>

Letzter Zugriff: 18.05.2017

Stadtjugendring Göttingen e.V. (2014) [Hrsg.]: Tätigkeitsbericht Stadtjugendring Göttingen e.V.2014, Göttingen

Aufgerufen von:

<https://sjrg.de/fileadmin/sjrg/downloads/zielvereinbarung/Sachbericht2014SJR-Goettingen.pdf>

Letzter Zugriff: 23.09.2019

Stange, Waldemar (1998): Können die das? Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Bauleitplanung. Kriminalpräventiver Rat des Landkreises Ludwigslust, Stadt Ludwigslust. Lüneburg/Ludwigslust: o. V.

Stange, Waldemar; Tiemann, Dieter (1999): Alltagsdemokratie und Partizipation: Kinder vertreten

ihre Interessen in Kindertagesstätte, Schule, Jugendarbeit und Kommune. IN: Glinka, Hans Jürgen et al. [Hrsg.] (1999): Kulturelle und politische Partizipation von Kindern. Interessenvertretung und Kulturarbeit für und durch Kinder. Materialien zum Zehnten Kinder- und Jugendbericht. Band 3, München: Leske+Budrich

Stange, Waldemar (2007): Strategien und Grundformen der Partizipation. Überblick und Systematisierungsversuch, o. A.

Aufgerufen von:

http://www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/pdfs/b0_0.pdf

Letzter Zugriff: 07.09.2017

Stange, Waldemar (2013): Partizipation von Kindern und Jugendlichen. IN: LAG Mobile Jugendarbeit / Streetwork Brandenburg e.V. [Hrsg.] (2013) »Mitmischen« Warum Demokratie zum Aufwachsen gehört. Erfahrungen und Erfolge von Kinder- und Jugendbeteiligung in Brandenburger Kommunen. 1. Auflage, Potsdam: o. V.

Stein, Anette; Funcke, Antje (2019): Nehmt sie ernst! Junge Menschen wollen gehört und beteiligt werden; 03.07.2019, Studie der Bertelsmannstiftung, o. A.

Aufgerufen von:

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2019/juli/nehmt-sie-ernst-junge-menschen-wollen-gehört-und-beteiligt-werden/>

Letzter Zugriff: 10.07.2019

Steiner-Welz, (2006): Die deutsche Stadt. Band 3. Rathäuser, Bürgerhäuser, Schlösser, Mannheim: Vermittler Verlag

Steinführer, Anett; Küpper, Patrick, Tautz, Alexandra (2012): Gestaltung der Daseinsvorsorge in alternden und schrumpfenden Gemeinden – Anpassungs- und Bewältigungsstrategien im Harz. Sonderheft 367, Special Issue, Braunschweig

Aufgerufen von:

https://www.thuenen.de/media/themenfelder/Laendliche_Lebensverhaeltnisse/Daseinsvorsorge/Harzstudie_Kuepper.pdf

themenfelder/Laendliche_Lebensverhaeltnisse/Daseinsvorsorge/Harzstudie_Kuepper.pdf

Letzter Zugriff: 25.03.2019

Steininger, Christian; Hummel, Roman (2015): Wissenschaftstheorie der Kommunikationswissenschaft. Berlin/Boston: De Gruyter

Stimmer, Franz [Hrsg.] (2000): Lexikon der Sozialpädagogik und der Sozialarbeit. 4. völlig überarbeitet und erweiterte Auflage, München u. a.: Oldenbourg

Strauss, Anselm (1998): Grundlagen qualitativer Sozialforschung: Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung. 2. Auflage, München: W.Fink

Strübing, Jörg (2018): Grounded Theory: Methodische und methodologische Grundlagen. IN: Pentzold, Christian; Bischof, Andreas; Heise, Nele [Hrsg.] (2018): Praxis Grounded Theory, Wiesbaden: SpringerVS

T

Technische Universität Dortmund FK12, Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V. [Hrsg.] (2015): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 -Chancen, Grenzen, Herausforderungen-, Dortmund: o. V.

Tsitsika, Artemis; Tzavela, Eleni; Mavromati, Foteini and the EU NET ADB [Hrsg.] (2013): Studie über das Internetsuchtverhalten von europäischen Jugendlichen, Mainz/Athen: o. V.

Turowksi, Gerd (2005): Raumplanung. IN: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.), Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover: ARL

U

Ulber, Verena (2010): Forschungsmethoden und Verfahren. Vorlesungsfolien für die Vorlesung im WS 2009/10. Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaft und Didaktik der Wirtschaftslehre der Uni Duisburg-Essen, Duisburg/ Essen

Aufgerufen von:

https://www.msm.uni-due.de/fileadmin/Dateien/BEducation/Upload/Forschungsmethoden_und_Verfahren_Kompatibilitaetsmodus_.pdf

Letzter Zugriff: 17.04.2019

Ullrich, Peter (2006): Das explorative ExpertInneninterview: Modifikationen und konkrete Umsetzung der Auswertung von ExpertInneninterviews nach Meuser/Nagel. - IN: Engartner, Tim; Kuring, Diana; Teubl, Thorsten [Hrsg.] (2006): Die Transformation des Politischen: Analysen, Deu-

tungen und Perspektiven; siebentes und achtes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin: rls

V

Van Deth, Jan (2004): Politische Partizipation. IN: Viktoria, Kaina; Römmele, Andrea (2009): Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Van Santen, Eric (2005): Ehrenamt und Mitgliedschaften bei Kindern und Jugendlichen – eine Meta-Analyse repräsentativer empirischer Studien. IN: Rauschenbach, Th/Schilling, M. [Hrsg.] (2005): Kinder- und Jugendhilfereport II, Weinheim/ München: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Vetter, Angelika (2008): Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen. IN: Vetter, Angelika [Hrsg.] (2008): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung. Städte & Regionen in Europa 16, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Vetter, Angelika (2010): Kommunale Reformen und die Einstellungen der Bürger zur Demokratie. IN: Schuster, Wolfgang/Murawski, Klaus-Peter [Hrsg.]: Die regierbare Stadt, Stuttgart: Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag

Vom Orde, Heike; Durner, Alexandra (2019): Grunddaten Jugend und Medien 2019 Aktuelle Ergebnisse zur Mediennutzung von Jugendlichen in Deutschland, München
Aufgerufen von:
https://www.br-online.de/jugend/izi/deutsch/Grundddaten_Jugend_Medien.pdf
Letzter Zugriff: 03.09.2019

Von Alemann, Ulrich (2006): Ist Politik jugendfrei? IN: von Alemann, Ulrich; Morlok, Martin; Godewerth, Thelse [Hrsg.] (2006): Jugend und Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung der Jugend. Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung 34, o. A.: Nomos Verlag

Vorndran, Ingeborg (2007): 15- bis 17-Jährige im Straßenverkehr: Mehr Mobilität, höheres Unfallrisiko. IN: Auszug aus Wirtschaft und Statistik 12/2007. Statistisches Bundesamt [Hrsg.], Wiesbaden
Aufgerufen von:
https://www.destatis.de/GPStatistik/servlets/MCRFileNodeServlet/DEAusgabe_derivate_00000062/1010200071124.pdf;jsessionid=006AEED6EF6AB6F838CF753CEC6D293C
Letzter Zugriff: 13.08.2019

W

Wadenpohl, Frank (2011): Stakeholder-Management bei großen Verkehrsinfrastrukturprojekten. Dissertation der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, Zürich: Vdf Hochschulverlag

Wagner, Ulrike; Brüggem, Niels; Gebel, Christa (2009): Web 2.0 als Rahmen für Selbstdarstellung und Vernetzung Jugendlicher, München

Aufgerufen von:

http://www.jff.de/dateien/Bericht_Web_2.0_Selbstdarstellungen_JFF_2009.pdf

Letzter Zugriff: 12.06.2017

Wagner, Ulrike; Gebel, Christa; Lampert, Claudia [Hrsg.] (2013): Zwischen Anspruch und Alltagsbewältigung: Medienerziehung in der Familie. Schriftenreihe Medienforschung der LfM, Band 72, Berlin: Vistas

Waibel, Michael (2010): Endbericht zur Projektstudie Demographischer Wandel im Landkreis Göttingen. Prognose 2025. Geographisches Institut. Abteilung Wirtschaftsgeographie Universität Hamburg, Hamburg

Aufgerufen von:

[http://www.michael-](http://www.michael-waibel.de/papers/2010_WAIBEL_Endbericht_Demographischer_Wandel_Prognose_2025.pdf)

[waibel.de/papers/2010_WAIBEL_Endbericht_Demographischer_Wandel_Prognose_2025.pdf](http://www.michael-waibel.de/papers/2010_WAIBEL_Endbericht_Demographischer_Wandel_Prognose_2025.pdf)

Letzter Zugriff: 22.08.2019

Walk, Heike (2011): Partizipationsformen und neue Beteiligungsprojekte im Rahmen des Governancebegriffs. IN: Beck, Kurt; Ziekow, Jan (2011): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Walz, Susanne (2012): Handbuch zur Partizipation; Senatsverwaltung Berlin; Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin [Hrsg.], Berlin: Kulturbuch-Verlag GmbH

Wendt; Peter-Ulrich (2009): Grounded Theory; Beitrag auf puwendt.de Lehre-Forschung-Öffentliche Professur; Juni 2006, o. A.

Aufgerufen von:

<http://puwendt.de/wp-content/uploads/2009/06/wendt-grounded-theory.pdf>

Letzter Zugriff: 14.08.2019

Wenzl, Udo (2015): Kinder sollen und Jugendliche müssen! Mit der neuen Gemeindeordnung Kinder- und Jugendbeteiligung gestalten, o. A.

Aufgerufen von:

<http://www.partizipations-blog.de/2015/10/kinder-sollen-und-jugendliche-muessen-mit-der-neuen-gemeindeordnung-kinder-und-jugendbeteiligung-gestalten/>

Letzter Zugriff: 22.09.2019

Wergin, Claus (2000): Konzepte zur Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aus landesplanerischer Perspektive. IN: Verein für Kommunalwissenschaften e.V. [Hrsg.] (2000): Mitwirkung und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen - Hindernisse, Probleme, Erfolge. Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe 24. Dokumentation des Seminars des Deutschen Instituts für Urbanistik in Kooperation mit dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V. vom 20. bis 22. März 2000 im Ernst-Reuter-Haus in Berlin, Berlin: o. V.

Weßels, Bernhard (2001): Vermittlungsinstitution und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland. IN: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter [Hrsg.] (2001): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Leske+Budrich

Wilbrand-Donzelli, Nicola (2012): "Teenie Rider": Wenn Jugendliche mit dem Mofa die Straßen erobern, o. A.

Aufgerufen von:

https://www.t-online.de/leben/familie/schulkind-und-jugendliche/id_58303316/mofa-roller-moped-teenager-im-strassenverkehr.html

Letzter Zugriff: 13.08.2018

Wimmer, Jeffrey (2012): Partizipation und Bürgermedien. IN: Lutz, Klaus; Rösch, Eike; Seitz, Daniel (2012): Partizipation und Engagement im Netz. Neue Chancen für Demokratie und Medienpädagogik, München: kopaed

Winklhofer, Ursula (2001): Was ist den Kindern und Jugendlichen in Beteiligungsmodellen wichtig? IN: Partizipation als gesellschaftliche Utopie? Ideale – Erfahrungen– Perspektiven: Dokumentation des Bundeskongresses am 12./13. November 2001, Berlin

Aufgerufen von:

[https://www.kinder-](https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

[beteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf](https://www.kinderbeteiligen.de/dnld/partizipationvonkindernundjugendlichenalsgesellschaftlicheutopie.pdf)

Letzter Zugriff: 31.08.2017

Wissenschaft im Dialog gGmbH [Hrsg.] (2011): Mitdenken. Mitreden. Mitgestalten. Abschlussbericht Forschungsprojekt »Wissenschaft debattieren!«, Berlin

Aufgerufen von:

[http://www.wissenschaft-](http://www.wissenschaftdebattieren.de/fileadmin/redakteure/dokumente/Wissenschaft_debattieren/Abschlussbericht-Finalweb.pdf)

[debattieren.de/fileadmin/redakteure/dokumente/Wissenschaft_debattieren/Abschlussbericht-Finalweb.pdf](http://www.wissenschaftdebattieren.de/fileadmin/redakteure/dokumente/Wissenschaft_debattieren/Abschlussbericht-Finalweb.pdf)

Letzter Zugriff: 18.08.2017

Wöhe, Günter (2005): Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, München: Vahlen

Wolf, Oliver (2016): OPIN – Europäisches Projekt für Jugendliche: Online-Partizipation auf dem Prüfstand; Auf: Politik Digital; 14.04.2016, Berlin

Aufgerufen von:

<http://politik-digital.de/news/opin-europaeisches-onlinebeteiligungsprojekt-fuer-jugendliche-online-partizipation-auf-dem-pruefstand-148939/>

Letzter Zugriff: 04.04.2017

Wolling, Jens (2009): Onlinenutzung und Einstellungen zur Politik. Ergebnisse einer repräsentativen Panelstudie. IN: Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (2009): Politik in der Mediendemokratie, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Y

Yin, Robert K. (2014): Case Study Research Design and Methods (5th ed.). Thousand Oaks, CA: Sage

Z

Zinser, Claudia (2005): Partizipation erproben und Lebenswelten gestalten. IN: Deinet, Ulrich; Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.) (2005): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden: SpringerVS

Gesetze

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414); zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.05.2017 (BGBl. I S. 1298) m.W.v. 02.06.2017

Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909; 2003 I S. 738), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. April 2017 (BGBl. I S. 969) geändert worden ist

Gemeindeordnung Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, ber. S. 698), zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99) m.W.v. 11.03.2017) Stand: 01.01.2018 aufgrund Gesetzes vom 29.07.2010 (GBl. S. 555)

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW. S. 666) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes über die Zusammenlegung der allgemeinen Kommunalwahlen mit den Europawahlen vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514)

Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften und Medieninhalte
In der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Juli 1985
(BGBl. I S. 1502) BGBl. III/FNA 2161–1 (Zuletzt geändert durch § 30 Abs. 1 Satz 2 Jugendschutzgesetz vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2730)

Jugendgerichtsgesetz i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 11. Dezember 1974) (BGBl. I S. 3427), das durch Artikel 6 Absatz 28 des Gesetzes vom 13. April 2017 (BGBl. I S. 872) geändert worden ist).

Jugendschutzgesetz vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2730), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 420) geändert worden ist

Achtes Buch Sozialgesetzbuch- Kinder- und Jugendhilfegesetz -Fassung aufgrund des Gesetzes zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz) vom 22.12.2011 (BGBl. I S. 2975), in Kraft getreten am 01.01.2012

Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007; (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286); zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 10. Juli 2014; (GVBl.I/14, [Nr. 32])

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 26. April 2012 (BGBl. I S. 679), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 20. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3723) geändert worden ist"; Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 V v. 20.10.2017 I 3723

Telemediengesetz (TMG) vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. September 2017 (BGBl. I S. 3530) geändert worden ist
Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 28.9.2017 I 3530

(Online-) Zeitschriftenartikel/ (Online-) Zeitungsartikel

A

Adam, Brigitte (2011): Gratwanderung städtebauliche Großprojekte: Zwischen Zustimmung und Ablehnung. IN: RaumPlanung: Jg. 2011; H. 156/157

Anton, Julia; Obertreis, Sarah (2019): Fridays for Future: Die Profis sind da; IN: Frankfurter Allgemeine Zeitung; 15.03.2019

Aufgerufen von:

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/wissenschaftler-unterstuetzen-fridays-for-future-bewegung-16090776.html>

Letzter Zugriff: 18.06.2019

Arbter, Kerstin (2015): Vom Eigeninteresse zum Gemeinwohl. Wie können Beteiligungsprozesse auf diesem Weg beitragen? IN: pnd online: 2/2015

Aufgerufen von:

http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2_2015/arbter_kerstin.pdf

Letzter Zugriff: 18.12.2017

Arnstein, Sherry R. (1969): A Ladder of Citizen Participation. IN: JAIP, Vol. 35, No. 4, July 1969, pp. 216

-224. Reprinted by permission of The American Planning Association: 2006

Aufgerufen von:

<https://lithgow-schmidt.dk/sherry-arnstein/ladder-of-citizen-participation.html>

Letzter Zugriff: 22.08.2019

B

Bakker, Tom P.; de Vreese, Claes H. (2011): Good News or the Future? Young People, Internet Use, and Political Participation. IN: Communication Research, Vol. 38, No. 4

Bastian, Johannes (2009): Schülerbeteiligung. IN: Pädagogik 7-8/2009

Aufgerufen von:

<https://www.beltz.de/fachmedien/paedagogik/zeitschriften/paedagogik/themenschwerpunkte/schuelerbeteiligung.html>

Letzter Zugriff: 28.03.2020

Beck, Luisa (2019): 'We don't have time anymore': In face of climate change, young people across Europe are protesting for their future. IN: Politisches Feuilleton, 15.02.2019

Aufgerufen von:

https://www.deutschlandfunkkultur.de/schule-schwaenzen-fuer-fridays-for-future-warum-der.1005.de.html?dram:article_id=447182

Letzter Zugriff: 28.06.2019

Becker, Udo; Gerike, Regine; Völlings, Andreas (1999): Gesellschaftliche Ziele von und für Verkehr. IN: Schriftenreihe des Instituts für Verkehr und Umwelt e.V. (DIVU), Heft 1

Birzer, Markus (2015): So geht Bürgerbeteiligung. Eine Handreichung für die kommunale Praxis; IN: Texte der Kommunal Akademie Band 7; 2015

Aufgerufen von:

<http://library.fes.de/pdf-files/akademie/kommunal/11523.pdf>

Letzter Zugriff: 19.07.2020

Brakemeier, Michael (2015): Schnelles Internet in der Region Göttingen?. IN: Göttinger Tageblatt: 25.08.2015

Aufgerufen von:

<http://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Schnelles-Internet-in-der-Region-Goettingen>

Letzter Zugriff: 29.09.2019

Brans, Melanie (2020): Partizipation online. Können digitale Formate und Tools in der städtebaulichen Bürgerbeteiligung den persönlichen Austausch erzeugen. IN: Bundesarchitektenkammer [Hrsg.] (2020): Deutsches Architektenblatt, 07/2020

Brückner, Maria; Korte, Jan (2016): Is' mir egal. Strategien für inklusive Stadtgespräche in Berlin und Ludwigshafen. IN: pnd online, 2/2016, o. A.

Aufgerufen von:

http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2_2016/brueckner_korte.pdf

Letzter Zugriff: 18.12.2017

BR24 (2019): Schulstreik für Klimaschutz: Piazzolo erinnert an Schulpflicht. IN: Focus Online, 17.01.2019

Aufgerufen von:

https://www.focus.de/wissen/klima/wegen-klima-streik-schweizer-schueler-kassieren-miese-note_id_10248158.html

Letzter Zugriff: 25.06.2019

Bundeszentrale für politische Bildung [Hrsg.] (2013): Alternde Gesellschaft. IN: Aus Politik und Zeitgeschichte APuZ 4–5/2013

Aufgerufen von:

<http://www.bpb.de/apuz/153115/alternde-gesellschaft>

Letzter Zugriff: 22.08.2019

Bukow, Wolf-Dietrich (2001): Barrieren und Hindernisse bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in urbanen Umbruchsituationen. IN: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 44

C

Capraro, Jim (2013): Can successful community development be anything but comprehensive? IN: Shelterforce. The Journal of Affordable Housing and Community Building, Winter 12/13

Aufgerufen von:

http://www.shelterforce.org/article/3344/can_successful_community_development_be_anything_but_comprehensive/

Letzter Zugriff: 15.05.2017

D

Dijk van, Jan (2012): Digital Democracy: Vision and Reality. IN: Wim van de Donk/Ig Snel-len/Marcel Thaens, [Hrsg.]: Public Administration in the Information Age: Revisited, Washington, IOS Press, 49–62

Dpa (2019): Umwelt. Bildungssenatorin sieht Schüler-Demo "mit Sympathie". IN: Berliner Morgenpost, 25.01.2019

Aufgerufen von:

<https://www.morgenpost.de/berlin/article216291257/Bildungssenatorin-sieht-Schueler-Demo-mit-Sympathie.html>

Letzter Zugriff: 22.04.2019

DTS Nachrichtenagentur [Hrsg.] (2019): Jugendforscher glaubt an Fortdauer der „Fridays-for-Future“-Proteste. IN: Presse Augsburg, 22.03.2019

Aufgerufen von:

<https://presse-augsburg.de/jugendforscher-glaubt-an-fortdauer-der-fridays-for-future-proteste/379474/>

Letzter Zugriff: 28.05.2019

DuPasquier, Anne (2002): Frauen und nachhaltige Entwicklung. IN: Forum Raumentwicklung - Raum hat (k)ein Geschlecht - oder doch?, 1/03, 31. Jahrgang

E

Ehrenzeller, Gian (2019): Protest aus aller Welt. Der Greta-Effekt: Wie junge Aktivisten gegen den Klimawandel kämpfen. IN: Focus Online, 07.02.2019

Aufgerufen von:

https://www.focus.de/wissen/klima/klimaschutz/junge-klimaschutz-aktivisten-der-greta-effekt-ueberall-kaempfen-jugendliche-fuer-eine-bessere-welt_id_10291821.html

Letzter Zugriff: 14.03.2019

F

Fatke, Reinhard; Biebricher, Martin (2006): Jugendbeteiligung - Chance für die Bürgergesellschaft. IN: APuZ -Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 12

FAZ [Hrsg.] (2019): Kohleausstieg und CO2-Steuer: Das sind die Forderungen der „Fridays for Future“-Demonstranten. IN: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2019

Aufgerufen von:

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/mehr-wirtschaft/fridays-for-future-legt-forderungen-zum-klimaschutz-vor-16130706.html>

Letzter Zugriff: 22.04.2019

Fernholz, Denise (2018)): Messenger der Nullerjahre. Plötzlich wieder 13: Ich wollte wissen, was aus ICQ geworden ist - und wurde bitter enttäuscht. IN: Stern Neon,30.05.2018

Aufgerufen von:

<https://www.stern.de/neon/vorankommen/mobilitaet/icq--ich-habe-versucht--mich-bei-dem-messenger-wieder-einzuloggen-7998808.html>

Letzter Zugriff: 26.06.2019

Frank, Kathryn (2006): The Potential of Youth Participation in Planning. IN: Journal of Planning Literature, 01.05.2006, H. 4

Aufgerufen von:

<https://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0885412205286016>

Letzter Zugriff: 21.08.2019

Fröhlich, Alexander; Monath, Hans; Müller-Neuhof, Jost (2019): Wahlrecht für Jugendliche 16 oder 18 Jahre – ab wann soll man wählen dürfen?, Der Tagesspiegel, 04.03.2019

Aufgerufen von:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/wahlrecht-fuer-jugendliche-16-oder-18-jahre-ab-wann-soll-man-waehlen-duerfen/24061134.html>

Letzter Zugriff: 26.03.2020

G

Geißler, Cornelia (2010): Social Media?. IN: Harvard Business Manager, Heft 9/2010

Aufgerufen von:

<http://www.harvardbusinessmanager.de/heft/artikel/a-721549.html>

Letzter Zugriff: 21.04.2016

Graf-Stuhlhofer, Franz (1986): August Weismann – ein „Vorläufer“ Poppers. In: Conceptus. Zeitschrift für Philosophie 20, 1986

Grau, Alexander (2019): Fridays for Future - Wo bleiben die Gegendemonstrationen? IN: Cicero. Magazin für politische Kultur, 20. September 2019

Aufgerufen von:

<https://www.cicero.de/innenpolitik/fridays-for-future-gegendemonstrationen-cdu-greta/plus>

Letzter Zugriff: 12.05.2020

Griessinger, Andreas (2016): Mehr Demokratie? Zivilgesellschaftliche Bewegungen in Deutschland und Europa von 1945–1990. IN: Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, Heft 65

2013. DEUTSCH-LAND & EUROPA Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Hrsg.]
Aufgerufen von:
http://www.deutschlandundeuropa.de/65_13/buergerbeteiligung.pdf
Letzter Zugriff: 07.06.2017

H

Hamburger Abendblatt [Hrsg.] (2011): Internet. Breitbandverbindung in Deutschland sehr verbreitet. IN: Hamburger Abendblatt, 19.12.11
Aufgerufen von:
<http://www.abendblatt.de/ratgeber/article108204884/Breitbandverbindung-in-Deutschland-sehr-verbreitet.html>
Letzter Zugriff: 16.03.2017

Hasebrink, Uwe (2016): Meinungsbildung und Kontrolle der Medien. IN: Bundeszentrale für politische Bildung, 9.12.2016
Aufgerufen von:
<https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/172240/meinungsbildung-und-kontrolle-der-medien>
Letzter Zugriff: 02.05.2020

Haury, Stephanie (2012): Das Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“. IN: sozialraum.de (4): Ausgabe 2/2012
Aufgerufen von:
<https://www.sozialraum.de/das-forschungsfeld-jugendliche-im-stadtquartier.php>
Letzter Zugriff: 10.01.2019

Heiden, Hans-Günter (2014): "Nichts über uns ohne uns!" - Von der Alibi-Beteiligung zur Mitentscheidung! Eine Handreichung zur Umsetzung des Gebotes der "Partizipation" der UN--Behindertenrechtskonvention. IN: Netzwerk [Hrsg.] (2014): "Barrierefrei partizipieren" 1. Auflage, Juni 2014
Aufgerufen von:
<http://www.nw3.de/attachments/article/115/Nichts%20%C3%BCber%20uns%20ohne%20uns%20-%20Von%20der%20Alibi-Beteiligung%20zur%20Mitentscheidung!.pdf>
Letzter Zugriff: 03.05.2020

Hinrichs, Ulrike (2017): Warum die Bürgerinnen und Bürger so wütend sind!. IN: HuffPost, 05.02.2017
Aufgerufen von:
http://www.huffingtonpost.de/ulrike-hinrichs/digitalisierung-trump-wutburger_b_14574516.html#
Letzter Zugriff: 21.11.2017

Horchert, Judith (2014): Deutsche im Netz: Ahnungslos, aber selbstsicher. IN: Spiegel Online, 05.11.2014

Aufgerufen von:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/n-onliner-atlas-2014-a-1001124.html>

Letzter Zugriff: 16.02.2016

Hurrelmann, Achim; Liebsch, Katharina; Nullmeier, Frank (2002): Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich?. Deliberation in Versammlungen und Internetforen. IN: Leviathan, 30 (4), 2002

J

Jebsen Moore, Kathrine (2019): When Children Protest, Adults Should Tell them the Truth. IN: Quillette, 21.03.2019

Aufgerufen von:

<https://quillette.com/2019/03/21/when-children-protest-adults-should-tell-them-the-truth/>

Letzter Zugriff: 25.06.2019

K

Kabis-Staubach, Tülin; Staubach, Rainer (2017): Beteiligung und Aktivierung im Stadtteil. Wissenschaftliche Betrachtungen und praktische Erfahrungen aus dem Planerladen in der Dortmunder Nordstadt, unveröffentlichte Langfassung, IN: pnd online, 1/2017

Aufgerufen von:

http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/1_2017/kabis-staubach_staubach.pdf

Letzter Zugriff: 18.12.2017

Kalb, Jürgen (2013): Bürgerbeteiligung im europäischen Mehrebenensystem – Chancen und Grenzen. IN: Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, Heft 65 2013; DEUTSCHLAND & EUROPA Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Hrsg.]

Aufgerufen von:

http://www.deutschlandundeuropa.de/65_13/buergerbeteiligung.pdf

Letzter Zugriff: 07.06.2017

Klagge, Britta; Stegert, Paula (2015): Akzeptanzsteigerung durch Bürgerbeteiligung beim Übertragungsnetzausbau? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. IN: Müller-Mahn, Detlef [Hrsg.] (2015): Geografische Zeitschrift, Band 103 Heft 3, 2015

Kämmerling, Janina (2019): Fridays for Future trifft auf Ostermärsche Generationenwechsel bei Friedensdemos?. IN: Hessenschau.de, 19.04.19

Aufgerufen von:

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/fridays-for-future-meets-ostermaersche-generationenwechsel-bei-friedensdemos,generationen-wechsel-bei-ostermaerschen-100.html>

Letzter Zugriff: 18.12.2017

Kepplinger, Dietmar; Mair, Michael (2016): Forschungsfrage und Hypothesenmodell: So machen Sie sich Ihre Projektziele klar!. IN: Tourismus Wissen –quarterly, 5/2016, 6/2016. (Erschienen in zwei Teilen)

Kinder, Peter (o. J.): Not in My Backyard Phänomenon (NIMBY). IN: Britannica, o. A.
Aufgerufen von:

<https://www.britannica.com/topic/Not-in-My-Backyard-Phänomenon>

Letzter Zugriff: 14.11.2017

Klenk, Christian (2010): Macht und Einfluss der Medien in Deutschland. IN: OST-WEST. Europäische Perspektiven, 2/2010

Aufgerufen von:

<https://www.owep.de/artikel/40/macht-und-einfluss-medien-in-deutschland>

Letzter Zugriff: 25.10.2017

Koch, Hannes; Mulke, Wolfgang (2010) Bürgerbeteiligung - ja oder nein?. IN: Der Westen, 25.10.2010

Aufgerufen von:

<https://www.derwesten.de/wirtschaft/buergerbeteiligung-ja-oder-nein-id3871612.html>

Letzter Zugriff: 15.08.2017

Kohler-Koch, Beate; Rittberger, Berthold (2006): The Governance Turn. IN: EU Studies, IN: JCMS, Annual Review 2006

Kohli, Martin (1978): „Offenes“ und „geschlossenes“ Interview: Neue Argumente zu einer alten Kontroverse. IN: Soziale Welt, Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung, Jg. 29, 1978

Kühl, Stefan (2019): Schule schwänzen für „Fridays for Future“. Warum der Regelverstoß den Klimaprotesten nutzt. IN: Deutschlandfunk Kultur, 26.04.2019

Aufgerufen von:

https://www.deutschlandfunkkultur.de/schule-schwaenzen-fuer-fridays-for-future-warum-der.1005.de.html?dram:article_id=447182

Letzter Zugriff: 28.06.2019

Kurbjuweit, Dirk (2010): Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren. IN: Der Spiegel: 41/2010, 11.10.2010

L

Langenau, Bettina (2001): Die Fallstudie als Forschungsansatz in der Raumplanung. IN: Nr. SOZ, 2001-1

Lüddemann, Tim (2019): Reportage: Rechter Hass auf „Fridays for Future“ in Zwickau.

Wo Klimaaktivist*innen von Rechten bedroht werden. Gegen-Demos, Beleidigungen und Übergriffe: ein Besuch bei „Fridays for Future“ in Zwickau. IN: jetzt, 10.12.2019

Aufgerufen von:

<https://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/09/ENL8_Gastbeitrag_Nanz_Kamlage.pdf](https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/09/ENL8_Gastbeitrag_Nanz_Kamlage.pdf)

Letzter Zugriff: 06.06.2020

M

Merino, Rafael; Seckinger, Mike (2007): Partizipation von Kindern und Jugendlichen in und durch Jugendarbeit. Einige Betrachtungen aus spanischer und deutscher Perspektive. IN: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 4-2007

Mey, Günter; Mruck, Katja (2007): Grounded Theory Reader. IN: Historical Social Research, Supplement. No. 19: Zentrum für Historische Sozialforschung, Köln: 2007

Mkm (2019): Fridays for Future. Schweizer Schüler streiken für mehr Klimaschutz - und werden mit Note 6 bestraft. IN: Focus online, 29.01.2019

Aufgerufen von:

https://www.focus.de/wissen/klima/wegen-klima-streik-schweizer-schueler-kassieren-miese-note_id_10248158.html

Letzter Zugriff: 25.06.2019

Munsch, Chantal (2005): Wie Engagement soziale Ausgrenzung reproduziert. IN: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 3/2005

Munzinger, Paul (2020): Vorübergehend nicht zu erreichen. IN: Süddeutsche Zeitung, 11. April 2020

Aufgerufen von:

<https://www.sueddeutsche.de/bildung/coronavirus-homeschooling-chancengleichheit-1.4872417>

Letzter Zugriff: 16.07.2020

N

Nanz, Patrizia; Kamlage, Jan-Hendrik (2017): Entwicklungen der partizipativen Demokratie in Europa; Erstveröffentlichung. IN: Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft, Deutschland & Europa; Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, Heft 65, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Hrsg.], 2013

Aufgerufen von:

<https://www.b-b->

[e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/09/ENL8_Gastbeitrag_Nanz_Kamlage.pdf](https://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/09/ENL8_Gastbeitrag_Nanz_Kamlage.pdf)

Letzter Zugriff: 25.03.2019

Nanz, Patrizia; Kamlage, Jan-Hendrik (2013): Entwicklungen der partizipativen Demokratie in Europa IN: Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa, Heft 65, DEUTSCHLAND & EUROPA Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Hrsg.], 2013

Aufgerufen von:

http://www.deutschlandundeuropa.de/65_13/buergerbeteiligung.pdf

Letzter Zugriff: 07.06.2017

Nicolaus, Kimberly (2018): Generation Smombie nervt sich selbst. IN: Welt, 06.12.2018

Aufgerufen von:

https://www.welt.de/print/welt_kompakt/webwelt/article185080248/Generation-Smombie-nervt-sich-selbst.html

Letzter Zugriff: 20.08.2019

P

Pagel, Christoph (2010): Chronologie zu Stuttgart 21. Erst Großprojekt, dann Großprotest. IN:

Focus online, 07.10.2010

Aufgerufen von:

http://www.focus.de/politik/deutschland/stuttgart-21/tid-20063/chronologie-zu-stuttgart-21-erst-grossprojekt-dann-grossprotest_aid_559169.html

Letzter Zugriff: 25.10.2017

Pauli, Manfred (2006): Systemtheorie in der stadtplanerischen Bürgerbeteiligung. Systemmagazin. Online-Journal für systemische Entwicklung, Zürich

Aufgerufen von:

http://www.systemmagazin.de/bibliothek/texte/pauli_stadtplanung_systemtheorie.pdf

Letzter Zugriff: 20.08.2019

Petersen, Kay Uwe; Thomasius, Rainer (2010): „Süchtige“ Computer- und Internetnutzung. IN: Psychiatrie und Psychotherapie up2date: Bd. 4, H. 2, 2010

R

Richter, Edmond (2000): Empowerment: Das Leben selbst in die Hand nehmen. IN: UGB-Forum 4/00, S. 182-184, 2000

Aufgerufen von:

<https://www.ugb.de/gesundheitsfoerderung/empowerment-leben-selbst-in-hand-nehmen/?empowerment-beratung>

Letzter Zugriff: 29.05.2019

S

Schmidt, Gabriele (2015): Integration durch Partizipation? Die soziale Stadt zwischen Wunsch und Wirklichkeit. IN: Nachrichten der ARL 4/2015 - Soziale Stadt - Rückblick und Perspektiven, Ausgabe 2016

Aufgerufen von:

http://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/nachrichten/2015-4/NR4-2015_Schmidt_S23-25_online.pdf

Letzter Zugriff: 29.05.2017

Schmidt, Jan-Hinrik (2013): Entwicklungen der partizipativen Demokratie in Europa. IN: Bürgerbeteiligung in Deutschland und Europa. Heft 65, Deutschland & Europa. Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft; Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg [Hrsg.], 2013

Schlozman, Kay; Lehman, Sidney; Verba, Henry E. Brady (2010): Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. IN: Perspectives on Politics: 8 (2), 2010

Scholl, Michael (2011): ePartizipation kann Jugendlichen neue Beteiligungsformen bieten. IN: Jugendpolitik: Jg. 37. 2011, Nr. 4., Zukunft der Demokratie, 2011

Aufgerufen von:

https://www.dbjr.de/fileadmin/user_upload/pdf-dateien/Publikationen/JuPo_Artikel/Scholl_ePartizipation_JuPo4-2011.pdf

Letzter Zugriff: 20.04.2017

Stange, Waldemar (2010): Partizipation von Kindern. 13.09.2010. IN: Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 38/2010

Aufgerufen von:

<http://www.bpb.de/apuz/32521/partizipation-von-kindern?p=all>

Letzter Zugriff: 05.02.2018

Steafel, Eleanor; FitzPatrick, Laura; Hope, Christopher (2019): Thousands of children stage school walk out to protest climate change. IN: Telegraph, 15.02.2019

Aufgerufen von:

<https://www.telegraph.co.uk/news/2019/02/15/theresa-may-condemns-thousands-children-staged-school-walk-protest/>

Letzter Zugriff: 20.08.2019

Steffens, Marie (2018): Warum sich ein Studium fernab der Metropolen auszahlt. IN: Welt, 06.09.2018

Aufgerufen von:

<https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article181424582/Universitaetsstaedte-Warum-sich-ein-Studium-fernab-der-Metropolen-auszahlt.html>

Letzter Zugriff: 08.06.2020

T

Tagesspiegel [Hrsg.] (2019): FDP-Chef Lindner spricht streikenden Schülern Klima-Kompetenz ab. IN: Tagesspiegel, 10.03.2019

Aufgerufen von:

<https://www.tagesspiegel.de/politik/fdp-chef-lindner-spricht-streikenden-schuelern-klima-kompetenz-ab/24085544.html>

Letzter Zugriff: 25.06.2019

Tiefel, Sandra (2005): Kodierung nach der Grounded Theory, lern- und bildungstheoretisch modifiziert: Kodierungsleitlinien für die Analyse biographischen Lernens. IN: Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung (ZBBS), Heft 1/2005

W

Welt [Hrsg.] (2019): Das kann nicht ewig so weitergehen. IN: Welt, 02.04.2019

Aufgerufen von:

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article191245663/Fridays-for-Future-Gruener-Kretschmann-hat-genug-von-den-Schulstreiks.html>

Letzter Zugriff: 25.06.2019

Winkler-Schlang, Renate (2016): Historie der Bürgerbeteiligung. Einfach mitreden. IN: Süddeutsche Zeitung, 8. Juli 2016

Aufgerufen von:

<http://www.sueddeutsche.de/muenchen/historie-der-buergerbeteiligung-einfach-mitreden-1.3069874>

Letzter Zugriff: 10.10.2017

Wolf, Georg (2019): Wählen mit 16: Das sind die Fakten, BR 24, 23.05.2019

Aufgerufen von:

<https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/dienstag-waehlen-mit-16-das-sind-die-fakten,RJkjeVi>

Letzter Zugriff: 26.03.2020

Wollny, Anja; Marx, Gabriella (2009): Qualitative Sozialforschung – Ausgangspunkte und Ansätze für eine forschende Allgemeinmedizin. Teil 2: Qualitative Inhaltsanalyse vs. Grounded Theory. IN: ZFA

Zeitschrift für Allgemeinmedizin, Ausgabe 11/2009

Aufgerufen von:

<https://www.online-zfa.de/archiv/ausgabe/artikel/zfa-11-2009/47576-103238-zfa20090467-qualitative-sozialforschung-ausgangspunkte-und-ansaeetze-fuer-eine-forsch/>

Letzter Zugriff: 03.05.2020

Interviews

B

Behr, Julia (2018): Erziehungs- und Kommunikationswissenschaftlerin sowie Psychologin; arbeitet als Medienpädagogin und Projektleiterin "JuMP - Jugend, Medien, Partizipation" in Haus Neuland e.V. in Bielefeld; Seit Juli 2017 medienpädagogische Referentin am JFF – Institut für Medienpädagogik, Büro Berlin; telefonisches Interview, ILS Dortmund; 30.04.2018, 10:00 Uhr

Blödorn, Vanessa (2018): BÄMM! – BeteiligungActionMeineMeinung
Beteiligungsstruktur in der Stadt Erfurt; Referentin der Beteiligungsstruktur beim Stadtjugendring Erfurt e.V.
Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 31.07.2018, 13:00 Uhr

Brüninghof, Christian (2018): Referent für Jugendpolitik beim Landesjugendring NRW in Düsseldorf mit dem Schwerpunkt: Bildungs- und Jugendpolitik für die kommunale Ebene; telefonisches Interview, ILS Dortmund; 21.06.2018, 13:00 Uhr

E

Ertelt, Jürgen (2018): IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik; Projektkoordinator jugend.beteiligen.jetzt; Sozial- und Medienpädagoge, realisiert als Webarchitekt Konzepte für die Bildungsarbeit mit vernetzten digitalen Medien.
Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 09.04.2018, 11:00 Uhr

F

Flügge, Erik (2018): Politikberater, Beteiligungsexperte, Autor, Redner; Geschäftsführer von Squirrel & Nuts Gesellschaft für strategische Beratung mbH
Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 06.09.2018, 14:30 Uhr

H

Hallbauer, Johanna (2019): Leiterin und Entwicklerin von Power On e.V.;
Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 12.04.2019, 10:00 Uhr

L

Leschwange, Martina (2018): Fachberaterin für Kinder- und Jugendarbeit und Mädchenarbeit in der Jugendförderung im LVR-Landesjugendamt; Telefonisches Interview, ILS Dortmund;
26.06.2018, 11:00 Uhr

M

Midasch, Nikolaj (2018): Berater im Fachbereich Weltoffene Jugendarbeit; Programmreferent und Koordinator für das Programm Wir sind dabei! beim Landesjugendring Baden-Württemberg; telefonisches Interview, ILS Dortmund; 13.06.2018, 14:00 Uhr

S

Simbach, Colin ; Ass. jur. Colin Simbach, LL.M.; TÜV Informationstechnik GmbH TÜV NORD GROUP; Fachstelle für Datenschutz, IT Security, Business Security & Privacy; Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 29.08.17, 11:35 Uhr

Stange, Waldemar (2018a): Professor an der Leuphana Universität Lüneburg, Schwerpunkt u.a. Repräsentative Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche auf kommunalpolitischer Ebene; Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 08.02.2018, 11:20 Uhr

Stange, Waldemar (2018b): Professor für Bildungsforschung am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik; Leitung des Forschungsprojektes „Jugend-Demografie-Dialog“ im Auftrag der Bundesregierung (Jugendpartizipation im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung); Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 05.03.2018, 11:00 Uhr

U

Ulmer, Frank (2018): Jugendbeteiligter, in Jugendbeteiligungsprojekten und in Reallaboren erprobt er innovative Verfahren für nachhaltige Entwicklung; Telefonisches Interview, ILS Dortmund; 12.04.18, 11:00 Uhr

W

Wenzl, Udo (2018a): Systemischer Berater für Organisationen (SYBEO) Beratung, Begleitung und Moderation von Kinder- und Jugendbeteiligung und Jugendengagement im kommunalen Raum; Telefonisches Interview ILS Dortmund; 01.02.2018, 10:00 Uhr

Wenzl, Udo (2018b): Systemischer Berater für Organisationen (SYBEO) Beratung, Begleitung und Moderation von Kinder- und Jugendbeteiligung und Jugendengagement im kommunalen Raum; Telefonat, ILS Dortmund; 30.08.18 11:30 Uhr

Vorträge

B

Becker, Kerstin (2011) Face to face interviews. Train the trainers module 1: Fieldwork, Berlin

Aufgerufen von:

<http://www.eu-hbm.info/cophes/08FacetofaceInterviewKerstinBecker.pdf>

Letzter Zugriff: 21.01.2019

Busse, Maria (2019): Transdisziplinäre Ansätze, Partizipation und Akzeptanz. Vortrag bei der Abschlusskonferenz der Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement am 14.02.2019, Berlin

C

Chaloupka-Risser, Christine (2009): Was Hänschen nicht lernt...Kind + Rad = Gesundheit; Vortrag an der TU Wien

Aufgerufen von:

https://www.fvv.tuwien.ac.at/fileadmin/mediapool-verkehrsplanung/Bilder/Lehre/Aktive_Mobilit%C3%A4t/2015-06-09_chaloupka-risser.pdf

Letzter Zugriff: 28.01.2019

H

Heisteringer, Andrea (2007): Qualitative Interviews – Ein Leitfaden zu Vorbereitung und Durchführung inklusive einiger theoretischer Anmerkungen.

Aufgerufen von:

https://www.uibk.ac.at/iezw/mitarbeiterinnen/senior-lecturer/bernd_lederer/downloads/durchfuehrung_von_qualitativen_interviews_uniwien.pdf

Letzter Zugriff: 07.11.2018

L

Legewie, Heiner (o. J.): 11. Vorlesung: Qualitative Forschung und der Ansatz der Grounded Theory.

Aufgerufen von:

http://www.ztg.tu-berlin.de/download/legewie/Dokumente/Vorlesung_11.pdf

Letzter Zugriff: 23.01.2019

Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (2016): Willkommen zur Vorlesung Empirische Methoden I. 7. Vorlesung: Qualitative Interviewverfahren; Universität Siegen, Philosophische Fakultät, Seminar für Sozialwissenschaften

Aufgerufen von:

https://www.uni-siegen.de/phil/sozialwissenschaften/soziologie/mitarbeiter/ludwig-mayerhofer/methoden/methoden_downloads/methoden_i_7.pdf

Letzter Zugriff: 07.11.2018

S

Stange, Waldemar (2012a): Was ist Partizipation? Mitreden – Mitplanen - Mitmachen
Kinder und Jugendliche als Mitbürger; Vortrag bei der Fachtagung "mitWirkung!" - Falken Essen
am 17.12.2012; Essen

Aufgerufen von:

[http://www.falken-essen.de/events/
mitWirkung/2012-11-19fachtagessenl.pdf](http://www.falken-essen.de/events/mitWirkung/2012-11-19fachtagessenl.pdf)

Letzter Zugriff: 24.02.19

Stange, Waldemar (2012b): Wie aktiviere ich Jugendliche, sich zu beteiligen? - Townload Essen
am 17.12.2012; Essen

Aufgerufen von:

[https://www.townload-essen.de/fileadmin/downloads/pdf/infozone-politik-mitwirkung-wie-
aktiviere-ich-jugendliche-waldemar-stange.pdf](https://www.townload-essen.de/fileadmin/downloads/pdf/infozone-politik-mitwirkung-wie-aktiviere-ich-jugendliche-waldemar-stange.pdf)

Letzter Zugriff: 24.05.19

V

Vogelgesang, Waldemar (2013): Jungsein heute: Ergebnisse einer aktuellen Untersuchung in der
Region Trier. Vortrag bei den Jugendpastoralen Studientagen am 4. Febr. 2013, Trier

Aufgerufen von:

https://www.eli-ja.de/fileadmin/user_upload/Vortrag_Jungsein_heute.pdfLetzter Zugriff:

12.05.2020

Von Streit, Anne; Musch, Ann-Kathrin (2019): Akzeptanzbeschaffung der Partizipation. Vortrag
bei der Abschlusskonferenz der Innovationsgruppen für ein Nachhaltiges Landmanagement am
14.02.2019, Berlin

Protokolle

Protokoll Workshop zum Thema Freizeitverhalten und Mobilität von Jugendlichen zwischen 14
und 18 Jahren im Stadt-Land-Kontext am 19.12.2017, 10 bis 13 Uhr; Gemeindezentrum Drans-
feld

Protokoll Workshop zum Thema Freizeitverhalten und Mobilität von Jugendlichen zwischen 14
und 18 Jahren im Stadt-Land-Kontext 13.02.2018, 09.30 bis 15:30 Uhr; Osterode am Harz

Protokoll Workshop zum Thema Freizeitverhalten und Mobilität von Jugendlichen zwischen 14
und 18 Jahren im Stadt-Land-Kontext am 10.04.2018, 9.30 bis 13 Uhr; Gemeindezentrum Drans-
feld

Internetseiten

B

BBP 1 (Bundeszentrale für politische Bildung) (2017): Digital Divide. Anteil der Haushalte mit Internetzugang an allen Haushalten in Prozent, 2015, 01.07.2017

<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52708/digital-divide>

Letzter Zugriff: 04.05.2020

BBP 2 (Bundeszentrale für politische Bildung) (2011): Wie Medien genutzt werden und was sie bewirken, 08.06.2011

<https://www.bpb.de/izpb/7543/wie-medien-genutzt-werden-und-was-sie-bewirken?p=all>

Letzter Zugriff: 04.05.2020

BBP 3 (Bundeszentrale für politische Bildung) (o. J.): Methodendatenbank, o. A.

<http://www.bpb.de/methodik/5JRHMH,0,0,Methodensuche.html>

Letzter Zugriff: 25.01.2020

BBP 4 (Bundeszentrale für politische Bildung) (o. J.): Medien - Die "vierte Gewalt"?, o. A.

<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138737/medien>

Letzter Zugriff: 03.05.2020

BBP 5 (Bundeszentrale für politische Bildung) (2006): Soziale Milieus, 30.10.2006

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29425/soziale-milieus>

Letzter Zugriff: 04.05.2020

BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2018): Räumliches Planungssystem in Deutschland, o. A.

<http://www.bbr.bund.de/raumordnung/raumentwicklung/planungssystem.htm>

Letzter Zugriff: 04.05.2019

Beteiligungskompass 1 (2013): Detailansicht. Konsensuskonferenz, 03.06.2013

<http://www.beteiligungskompass.org/article/show/139>

Letzter Zugriff: 21.10.2019

Beteiligungskompass 2 (2015): Grundlagen. Hinweise und Empfehlungen zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, 2015

<http://beteiligungskompass.org/pages/index/about>

Letzter Zugriff: 22.01.2020

BertelsmannStiftung 1 (2019): Children's Worlds+ Eine Studie zu Bedarfen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, 02.2019

[https://www.bertelsmann-](https://www.bertelsmann-stif-)
stif-

tung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_WB_Children_s_Worlds_2019.pdf

Letzter Zugriff: 04.05.2020

BertelsmannStiftung 2 (2013): Projekt: Bürgerbeteiligung Ortsumgehung Waren (Müritz), 2013

<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/abgeschlossene-projekte/beteiligung-bei-infrastrukturprojekten/projektthemen/buergerbeteiligung-ortsumgehung-waren-mueritz/>

Letzter Zugriff: 06.05.2020

Bildungsregion Südniedersachsen (2020): Herzlich Willkommen, o. A.

<https://bildungsregion-suedniedersachsen.de/>

Letzter Zugriff: 29.01.2020

BMAFJ (Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend) (2020): Kinderrechte in der EU, 2020

<http://www.kinderrechte.gv.at/kinderrechtekonvention/kinderrechte-in-der-eu/>

Letzter Zugriff: 04.05.2020

BMFSFJ 1 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2019): Hintergrundmeldung: Demografischer Wandel und Nachhaltigkeit. 20.08.2019

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/demografischer-wandel-und-nachhaltigkeit/demografischer-wandel-und-nachhaltigkeit/75000>

Letzter Zugriff: 12.05.2020

BMFSFJ 2 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2019): Hintergrundmeldung. Kinderrechte. Kinderrechte ins Grundgesetz, 20.11.2019

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/kinder-und-jugend/kinderrechte/kinderrechte-ins-grundgesetz/115436>

Letzter Zugriff: 27.11.2019

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2018): Kinder und Jugend Kinder- und Jugendschutz, 27.03.2018

Letzter Zugriff: 04.06.2020

BMJV (Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) (o. J.): Impressumspflicht, o. A.

https://www.bmju.de/DE/Verbraucherportal/DigitalesTelekommunikation/Impressumspflicht/Impressumspflicht_node.html

Letzter Zugriff: 15.01.2020

BMI (Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat) (o. J.): Soziale Stadt, o. A.

http://www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html;

Letzter Zugriff: 23.01.2020

Bezirksregierung Detmold (o. J.): Planung, o. A.

http://www.brdt.nrw.de/200_Aufgaben/010_Planung_und_Verkehr/Planfeststellung___Plangen_ehmigung/Info_zu_Planfeststellungsverfahren/index.php#beteiligung
Letzter Zugriff: 24.05.2019

Bullert, Jennifer (2018): Adelebsen/Dransfeld und Osterode/Bad Grund: Lösungen für Daseinsvorsorge im Praxistest, auf Stadtradio Göttingen 08.05.2018
https://www.stadtradio-goettin-gen.de/redaktion/nachrichtenarchiv/2018/mai_2018/adelebsen_dransfeld_und_osterode_bad_grund_loesungen_fuer_daseinsvorsorge_im_praxistest/
Letzter Zugriff: 12.05.2020

Born, Sigrid (2014): E-Partizipation ermöglicht politische Beteiligung mit elektronischen Mitteln, Februar 2014
Letzter Zugriff: 04.06.2020

Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen (2018): Versorgung mit schnellem Internet in den Landkreisen Göttingen und Northeim; IN: Göttinger Tageblatt (2018): Große Lücken in der Breitbandversorgung; 17.05.2018
Aufgerufen von:
<https://www.goettinger-tageblatt.de/Thema/Specials/Thema-des-Tages/Grosse-Luecken-in-der-Breitbandversorgung>
Letzter Zugriff: 20.07.2020

Bundestag 1 (o. J.): Repräsentative Demokratie, o. A.
https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/R/repraes_demo-247326Letzter Zugriff: 15.02.20120

Bundestag 2 (o. J.): Mehrheitswahlrecht, o. A.
<http://www.bundestag.de/service/glossar/M/mehrheitswahl.html>
Letzter Zugriff: 06.03.2018

Büro Dr. Heiner Geißler (2010): Schlichtung Stuttgart 21 PLUS, 30.11.2010
<http://schlichtung-s21.de/39.html>
Letzter Zugriff: 03.05.2020

D

Datenschutz.org (2019): Verstoß gegen den Datenschutz: Hohe Bußgelder möglich!, 12.08.2019
<https://www.datenschutz.org/verstoss/>
Letzter Zugriff: 18.04.2020

Deutsches Kinderhilfswerk e.V. (o. J.): Fantasiereise mit Kindern (Stadtplanung), o. A.
https://www.kinderpolitik.de/index.php?option=com_methoden&ID=229
Letzter Zugriff: 24.04.2020

Deutscher Bundesjugendring (2020): Formen der Jugendbeteiligung, 2020
<https://mitwirkung.dbjr.de/beteiligung/formen-der-jugendbeteiligung/>
Letzter Zugriff: 29.03.2020

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (o. J.): Infrastruktur und Daseinsvorsorge, o. A.
<https://kommunen-innovativ.de/infrastruktur-und-daseinsvorsorge>
Letzter Zugriff: 01.05.2020
Duden 1 (o. J.): Trend, o. A.
<https://www.duden.de/rechtschreibung/Trend>
Letzter Zugriff: 23.01.2020

Duden 2 (o. J.): Angst, o. A.
<https://www.duden.de/rechtschreibung/Angst>
Letzter Zugriff: 07.04.2020

Dynamic Facilitation (o. J.): dynamicfacilitation, o. A.
<https://www.dynamicfacilitation.org/>
Letzter Zugriff: 23.10.2019

E

Empowerment (2017): Grundlagentext Empowerment, 2017
<https://www.empowerment.de/grundlagen/>
Letzter Zugriff: 23.09.2019

Europäische Kommission (o. J.): eEurope - Eine Informationsgesellschaft für alle, o. A.
<https://web.archive.org/web/20070211024136/http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l24221.htm>
Letzter Zugriff: 01.05.2020

F

Focus (2018): Landkreis Göttingen: Praxistest für Ideen: Rollender Markt und Mountainbikestrecke, 10.05.2018
https://www.focus.de/regional/goettingen/landkreis-goettingen-praxistest-fuer-ideen-rollender-markt-und-mountainbikestrecke_id_8889758.html
Letzter Zugriff: 24.01.2020

fridays for future (2019): o. A., 2019
<https://fridaysforfuture.org/events/list>
Letzter Zugriff: 05.09.2019

Für soziales Leben e.V. (o. J.): Definition Ehrenamt, o. A.
<http://www.ehrenamt-deutschland.org/ehrenamtliche-taetigkeit/was-ist-ehrenamt-warum.html>
Letzter Zugriff: 05.05.2020

G

Göttinger Tageblatt (2018): Ein rollender Markt oder eine feste Mountainbikestrecke, 10.05.2018

<http://www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Goettingen/Projekt-zu-Daseinsvorsorge-fuer-Aeltere-und-Jugendliche-im-Landkreis-Goettingen>

Letzter Zugriff: 22.01.2020

Gruber, Angela (2018): Blinde im Internet Wie hört sich ein Emoji an?, 22.04.2018

<https://www.spiegel.de/netzwelt/web/wie-blinde-das-internet-nutzen-und-wie-sich-ein-emoji-anhoert-a-1203510.html>

Letzter Zugriff: 04.06.2020

H

Halbmayer, Ernst; Salat, Jana (2011): Qualitative Methoden der Kultur- und Sozialanthropologie, 21.01.2011

<https://www.univie.ac.at/ksa/elearning/cp/qualitative/qualitative-25.html>

Letzter Zugriff: 22.05.2020

Hasso-Plattner-Institut (o. J.): Was ist Design Thinking?

<https://hpi-academy.de/design-thinking/was-ist-design-thinking.html>

Letzter Zugriff: 01.05.2020

Hellbusch, Jan (o. J.): Richtlinien für barrierefreies Webdesign, o. A.

<http://www.barrierefreies-webdesign.de/richtlinien/>

Letzter Zugriff: 10.05.2020

HTW Chur (Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur) (2014): Fragebögen, 10.07.2014

<http://www.cheval-lab.ch/was-ist-usability/usabilitymethoden/frageboegen/>

Letzter Zugriff: 01.05.2020

I

IJAB (Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V.) (o. J.):

Kinder- und jugendpolitische Strukturen, o. A.

<https://www.dija.de/laenderinfos-schweden/kinder-und-jugendpolitik-grundlagen-und-strukturen-se/kinder-und-jugendpolitische-strukturen/>

Letzter Zugriff: 05.04.2020

Innovationsgruppen (2015): UrbanRural Solutions, o. A.

<https://innovationsgruppen-landmanagement.de/de/innovationsgruppen/urbanrural-solutions/>

Letzter Zugriff: 30.04.2020

Institut für den öffentlichen Sektor e.V. (2017): Bürgerbeteiligung bei Großprojekten, 2017
https://publicgovernance.de/docs/PG_Herbst_2011_Schwerpunkt_Buergerbeteiligung_bei_Grosprojekten_der_oeffentlichen_Hand.pdf
Letzter Zugriff: 04.07.2018

ispo (Messe München) (2019): Wissen und Erfahrung durch Open Innovation generieren. Crowdsourcing – das sind die Vorteile und Nachteile, 07.05.2019
https://www.ispo.com/maerkte/id_79709356/crowdsourcing-das-sind-die-vorteile-und-nachteile.html
Letzter Zugriff: 27.04.2020

isico-datenschutz (2018): Die größten DSGVO-Mythen: die Einwilligung – Was stimmt und was nicht?, 10.07.2018
<https://www.isico-datenschutz.de/blog/2018/07/10/die-groessten-dsgvo-mythen-die-einwilligung-was-stimmt-und-was-nicht/>
Letzter Zugriff: 28.04.2020

J

jff (Institut für Medienpädagogik) (o. J.): Gesellschaftliche Beteiligung, o. A.
<https://www.jff.de/kompetenzbereiche/gesellschaftliche-beteiligung/>
Letzter Zugriff: 04.09.2019

Jugendstiftung Baden-Württemberg (2017): Jugendbeteiligung, 2017
<http://www.jugendbeteiligung-bw.de/index.php?id=27>
Letzter Zugriff: 04.04.2020

DJKS (Gemeinnützige Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH) (o. J.): Gute Praxis, o. A.
<https://jugend.beteiligen.jetzt/praxis/gute-praxis>
Letzter Zugriff: 02.05.2020

Jugendgemeinderat (o. J.): Der erste Jugendgemeinderat in Deutschland | 1985, o. A.
http://jugendgemeinderat.de/?te_announcements=test-2
Letzter Zugriff: 11.07.2019

K

GIZ 1 (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH) (o. J.): Jugendrechte weltweit, Asien, o. A.
https://www.kinder-und-jugendrechte.de/weltweit/asien?tx_ggnews_newslistplugin%5B%40widget_0%5D%5BcurrentPage%5D=2&cHash=c7b6d859b666f8b82f1e193b383cc70e
Letzter Zugriff: 03.04.2020

GIZ 2 (Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH) (o. J.): Indonesien, o. A. Stärkung von Kinder- und Jugendrechten für eine emissionsarme Entwicklung in Indonesien, <https://www.kinder-und-jugendrechte.de/weltweit/asien/indonesien-giz-plan-unicef/staerkung-von-kinder-und-jugendrechten-fuer-eine-emissionsarme-entwicklung>
Letzter Zugriff: 03.05.2020

Klenk & Hoursch AG (o. J.): Beteiligungsstufen im Intranet, o. A. <https://www.klenkhorsch.de/blog-detailseite/welche-stufen-der-beteiligung-gibt-es-im-intranet.html>
Letzter Zugriff: 04.10.2018

L

LAG Soziale Brennpunkte Niedersachsen e.V. (o. J.): Integrierte Stadt(teil)entwicklung und Gemeinwesenarbeit, o. A. <http://www.stadtteilarbeit.de/>
Letzter Zugriff: 24.04.2020

lpb (Landeszentrale für politische Bildung) (o. J.): Was sind formelle Beteiligungsverfahren?, o. A. <http://buergerbeteiligung.lpb-bw.de/formellebeteiligung.html>
Letzter Zugriff: 04.05.2020

Landgraf, Anna-Maria (2015): Wie nutzen Blinde das Internet?, Mai 2015 <https://www.netzpiloten.de/blind-internet-barrierefreiheit-social-media/>
Letzter Zugriff: 04.06.2020

Landtag Niedersachsen: Petitionen (Eingaben), o. A. <https://www.landtag-niedersachsen.de/petitionen/>
Letzter Zugriff: 03.05.2020

Landtag Nordrhein-Westfalen (2017): Rechtsfragen bei Herabsetzung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre, 11.05.2017 <https://www.landtag.nrw.de/Dokumentenservice/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMI17-171.pdf;jsessionid=29D74C667570A4DEC4036517A0DDF979>
Letzter Zugriff: 10.04.2020

M

Märkischer Zeitungsverlag GmbH & Co. KG (2019): Thema Mobilität im Fokus der Kiersper, 23.05.19 <https://www.come-on.de/volmetal/kierspe/ideenmobil-haelt-auch-kierspe-12314329.html>
Letzter Zugriff: 01.05.2020

MDR (2019): Initiative Gesetzentwurf für Kinderrechte im Grundgesetz vorgestellt, 26.11.2019 <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/gesetzentwurf-lambrecht-kinderrechte-grundgesetz-100.html>

Letzter Zugriff: 12.05.2020

O

ONMA Online Marketing GmbH (2020): Standardisierter Fragebogen, 2020
<https://onma.de/online-marketing-lexikon/standardisierter-fragebogen/>
Letzter Zugriff: 12.05.2020

P

participation institute (o. J.): Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa, o. A.
<http://www.partizipation.at/la-umsetzung.html>
Letzter Zugriff: 05.04.2020

participationinstitute (2021): Making public participation relevant in europe, 2021
www.participationinstitute.org
Letzter Zugriff: 03.02.2021

planning for real (2018): o. A., 2018
<https://www.planningforreal.org.uk/>
Letzter Zugriff: 18.10.2019

Politische Bildung Brandenburg (o. J.): Bürger und Einwohner, o. A.
<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/themen/kommunalpolitik/buerger-und-einwohner>
Letzter Zugriff: 4.05.2020

practical participation (2018): o. A., 2018
<http://www.practicalparticipation.co.uk/>
Letzter Zugriff: 11.10.2018

R

Rabe, L. (2020): Ranking der größten sozialen Netzwerke und Messenger nach der Anzahl der monatlich aktiven Nutzer (MAU) im Januar 2020 (in Millionen), 24.02.2020
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/181086/umfrage/die-weltweit-groessten-social-networks-nach-anzahl-der-user/>
Letzter Zugriff: 12.04.2020

Region Göttingen 1 (2012): Regionale Kooperationsräume, 2012
http://www.region-goettingen-2020.de/docs/images/diagramme/Abbildung_F558.png
Letzter Zugriff: 04.05.2020

Region Göttingen 2 (2013): 4.2 Landschaft: Die artenreiche Landschaft zwischen Harz und Weser wird naturverträglich bewirtschaftet, 05.11.2013

<http://www.region-goettingen-2020.de/oekologie/landschaft/>

Letzter Zugriff: 01.05.2020

Robert Koch Institut (2020): SARS-CoV-2 Steckbrief zur Coronavirus-Krankheit-2019 (COVID-19), 30.04.2020

https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Steckbrief.html

Letzter Zugriff: 04.05.2020

S

Stadt Karlsruhe: Karlsruhe (2011): City 2015. City 2015 – Zukunft der Karlsruher Innenstadt, 29.04.2011

<https://www.karlsruhe.de/b3/bauen/city2015.de>

Letzter Zugriff: 22.02.2020

Städtetag Baden-Württemberg, Kommunaler Landesverband e.V. (o. J.): Demokratie Monitoring, o. A.

[http://www.staedtetag-bw.de/Lebensraum-](http://www.staedtetag-bw.de/Lebensraum-Stadt/B%C3%BCrgerengagement/Projekte/Demokratie-Monitoring)

[Stadt/B%C3%BCrgerengagement/Projekte/Demokratie-Monitoring](http://www.staedtetag-bw.de/Lebensraum-Stadt/B%C3%BCrgerengagement/Projekte/Demokratie-Monitoring)

Letzter Zugriff: 03.05.2020

Statistisches Bundesamt 1 (Destatis) (2020): 2019 voraussichtlich geringstes Bevölkerungswachstum seit 2012. Einwohnerzahl Deutschlands gegenüber 2018 um rund 200 000 Menschen gestiegen. Pressemitteilung Nr. 022 vom 17. Januar 2020

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/01/PD20_022_12411.html

Letzter Zugriff: 12.05.2020

Statistisches Bundesamt 2 (Destatis) (o. J.): Migration und Integration. Migrationshintergrund, o. A.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html>

Letzter Zugriff: 01.05.2020

T

Tenzer, F. (2020): Anteil der Haushalte in Deutschland mit Internetzugang von 2002 bis 2019, 26.02.2020

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153257/umfrage/haushalte-mit-internetzugang-in-deutschland-seit-2002/>

Letzter Zugriff: 03.05.2020

Twitter (2018): UrbanRural Solutions@UrbanRuralSolu, Seit Januar 2018 bei Twitter

<https://twitter.com/UrbanRuralSolu>

Letzter Zugriff: 21.04.2020

TU Harburg 1 (o. J.): Publikationen, o. A.
<http://www.vsl.tu-harburg.de/urbanruralsolutions/Publikationen>
Letzter Zugriff: 04.05.2020

TU Harburg 2 (2015): Zielsetzung, 2015
<http://www.vsl.tu-harburg.de/urbanruralsolutions/Projekt>
Letzter Zugriff: 06.04.2020

TU Harburg 3 (o. J.): Downloads. Daseinsvorsorge in Stadt und Land: Wie werden wir innovativer?
Abschlusskonferenzen der Innovationsgruppe UrbanRural SOLUTIONS, o. A.
http://www.vsl.tu-harburg.de/urbanruralsolutions/index_html
Letzter Zugriff: 04.05.2020

U

UN (1992): AGENDA 21 Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung Rio de Janeiro, 06.1992
http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/agenda_21.pdf
Letzter Zugriff: 26.04.2020

Universität Duisburg (2020): o. A., 2020
<https://www.uni-due.de/biwi/issab/>
Letzter Zugriff: 23.01.2020

Universität Wien (o. J.): Qualitative Methoden der Kultur- und Sozialanthropologie, o. A.
<https://www.univie.ac.at/ksa/elearning/cp/qualitative/qualitative-full.html>
Letzter Zugriff: 01.05.2020

V

VMS (Verkehrswacht Medien & Service GmbH) (o. J.): Jugendliche und Mobilität (Sek. I), o. A.
<https://www.verkehrswacht-medien-service.de/jugendliche-und-mobilitaet.html>
Letzter Zugriff: 28.04.2020

W

WPGS (Wirtschaftspsychologische Gesellschaft) (o. J.): 1. Explorative Forschung und hypothesenprüfende Forschung: Das Forschungsziel, o. A.
<https://wpgs.de/fachtexte/forschungsdesigns/6-das-forschungsziel-explorativ-forschung-und-hypothesenueberpruefende-forschung/>
Letzter Zugriff: 01.05.2020

WRG (Wirtschaftsförderung Region Göttingen GmbH) (2018): Projekte der WRG

Start für den geförderten Breitbandausbau im Landkreis Göttingen - Flächendeckend schnelles Internet wird umgesetzt

<https://www.wrg-goettingen.de/angebote/projekte-der-wrg/breitbandausbau>

Letzter Zugriff: 25.05.2020

Z

Z-LIVE GmbH (o. J.): Head-Down-Generation – Sind Smartphones geil oder machen sie krank?, o. A.

<https://www.zeitjung.de/smartphones-hilfreich-oder-krankmacher/>

Letzter Zugriff: 04.05.2020

ZVSN (Zweckverband Südniedersachsen) (2020): Aktuelles & Termine, 12.03.2020

<http://www.zvsn.de/de/infothek/aktuelles-und-termine>

Letzter Zugriff: 03.05.2020

eNewsletter

F

Flade, Luise; Höffken, Stefan (2012): Stadt zum Mitmachen. Die Gestaltung urbaner Räume mittels Social Media und Bottom-Up-Beteiligung. IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2012 vom 11.07.2012, o. A.

Aufgerufen von:

http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_flade_hoeffken_120710.pdf

Letzter Zugriff: 01.11.2016

H

Hägar, Benjamin; Wiesrecker, Matthias (2014): Neue Formen der Bürgerbeteiligung?! Ergebnisse einer Online-Befragung der Stadtplanungsämter deutscher Mittel- und Großstädte zum Einsatz und zur Bewertung von Bürgerbeteiligung; eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 03/2014 vom 05.11.2014, o. A.

Hawel, Bernd Wolfgang; Quast, Anette (2014): Bürgerbeteiligung im ländlichen Raum. Thesen und Erfahrungen aus dem hohen Norden. IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2014 vom 15.12.2014, o. A.

Aufgerufen von:

http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_beitrag_hawel_quast_141215.pdf

Letzter Zugriff: 20.03.2017

K

Kolleck, Alma (2016): Online mitbestimmen? Perspektiven und Herausforderungen internetbasierter Partizipationsverfahren. IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2016 vom 12.12.2016, o. A.

Aufgerufen von:

[http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/4_2016/nbb_beitrag_kolleck_161212.pdf)

[Dokumente/newsletter_beitraege/4_2016/nbb_beitrag_kolleck_161212.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/4_2016/nbb_beitrag_kolleck_161212.pdf)

Letzter Zugriff: 20.03.2017

M

Meinhold-Henschel , Sigrid; Schack, Stephan (2007): Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. IN: BBE-Newsletter 23/2007

Aufgerufen von:

https://www.b-b-e.de/uploads/media/nl23_meinhold-henschel_schack.pdf

Letzter Zugriff: 28.06.2019

P

Paust, Andreas; Claus, Frank: Bürgerbeteiligung in der Kommune verbindlich verankern? IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2012 vom 12.12.2012

Aufgerufen von:

[http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_paust_claus_121212.pdf)

[Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_paust_claus_121212.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/beitrag_paust_claus_121212.pdf)

Letzter Zugriff: 16.05.2017

S

Schüpphaus, Maren (2013): Zusammen Haltung entwickeln! Ein Impuls aus Chicago. IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2013 vom 13.12.2013, o. A.

Aufgerufen von:

[http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_schuepphaus_131213.pdf)

[Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_schuepphaus_131213.pdf](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nbb_schuepphaus_131213.pdf)

Letzter Zugriff: 15.05.2017

T

Tröster, Ann-Michelle; Kilian, Bertil: Zeitgemäße Jugendbeteiligung: e-Partizipation ist nicht alles. IN: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2016 vom 12.12.2016, o. A.

Letzter Zugriff: 21.03.2017

